C 21734 D



Zur Außenpolitik der Sowjetunion S.40

Arbeiterkampf

Jg.6 / Nr. 93 / 15.Nov. 1976

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 1,–

Brokdorf: Der Polizeistaat in Aktion

Rund 30.000 Menschen folgten am 13.11. dem Aufruf der Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe (BUU) zu einer Großkundgebung unter dem Motto „Kein Kernkraftwerk in Brokdorf und auch nicht anderswo". Aus allen Teilen dar BRD sowie aus dem benachbarten Ausland waren fortschrittliche Menschen zu dieser mit Abstand größten Demonstration der KKW-Gegner nach Brokdorf gekommen. Für den westdeutschen Staat war dies der Anlaß, einen massiven Einsatz seines Gewaltapparats anzuordnen: Bereitschaftspolizei aus sechs Bundesländern (insgesamt mehr als 3.000 Mann), Einheiten des Bundesgrenzschutzes und bewaffnete Banden des sogenannten „Werkschutzes" wurden aufgeboten, um mit Einsatz aller modernen Kampfmittel einschließlich der berüchtigten Giftgaswaffe „chemical mace" die Macht der Herrschenden zu demonstrieren. Mehr als 150 Demonstranten wurden durch diese zum Teil völlig willkürlichen Übergriffe verletzt, darunter mehrere Menschen schwer. Während der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Stoltenberg, der für den brutalen Einsatz direkt verantwortlich zu machen ist, dieses Vorgehen als „eindringliche Warnung" an alle ... „fanatischen Kräfte" bezeichnete, machte die Bürgerinitiative die Polizei für die gewaltsamen Auseinandersetzungen verantwortlich. Selbst führende SPD-Landespolitiker aus Schleswig-Holstein, die sich am Baugelände in Brokdorf augehalten hatten, empörten sich: Sie wurden zusammen mit zahlreichen Demonstranten von tieffliegenden BGS-Hubschraubern aus mit Tränengasgranaten beschossen und über die Wiesen gehetzt. Obwohl die Herrschenden am 13. November in Brokdorf den Polizeistaat praktizierten, ist die große Zahl der Kundgebungsteilnehmer für alle Gegner des Kernenergieprogramms der Bundesregierung eine Ermutigung, ihren Kampf fortzusetzen und noch zu verstärken.

Kundgebungsteilnehmer berichten

Am 13.11. kamen wir im Laufe des Vormittags in der Wilstermarsch an. Schon auf der Autobahn war alles voll von KKW-Gegnern gewesen. Auf vielen Autos waren bunte Transparente angebracht: „Kein KKW in Brokdorf und auch nicht anderswo"; „Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv" usw. Wir hängten erst mal eine rote Fahne aus dem Fenster und freuten uns über die Reaktionen der Leute: Viele winkten uns zu, lachten, „guck mal, die da" usw. Es war halt anders als normalerweise. Rund um Brokdorf hatte die Polizei weiträumig die Zufahrtswege abgesperrt, so daß alle Demonstranten erstmal einen ein- bis anderthalbstündigen Fußmarsch zurücklegen mußten, um hinzukommen. Demonstranten, die einzeln an die Polizeisperren herangekommen waren, mußten Durchsuchungen über sich ergehen lassen, so daß man später nur noch in größeren Gruppen hindurchging. Der BUU wurde sogar verweigert, eine zweite Lautsprecheranlage durch die Absperrungen hindurchzutransportieren – reinste Schikane. Dagegen hatten viele Bauern Schilder gegen das KKW aufgestellt und ihren Hof als Parkplätze zur Verfügung gestellt. Einige Höfe boten auch denjenigen, die von weiter her angereist waren, Übernachtung und Verpflegung.

Wir marschierten von Wewelsfleth aus auf dem Deich entlang, wo wir einen Überblick über die ganze Gegend hatten. Es ergab sich ein unwahrscheinlich buntes Bild. Aus allen möglichen Richtungen strömten die Leute in langen Zügen auf den Bauplatz zu: Bürgerinitiativen aus dem ganzen Bundesgebiet, darunter ein starker Trupp aus Whyl, Frauengruppen mit 30, 40 oder mehr Frauen, die auf eine Übernachtung vorbereitet waren, Spontis aus Westberlin, Frankfurt und sogar Tübingen (die Frankfurter mit regenbogenfarbenen Fahnen und musikalischer Untermalung), Leute aus Dänemark, Holland und sogar aus der Schweiz, und natürlich viele aus dem ganzen norddeutschen Raum.

Eine beträchtliche Zahl von Demonstranten hatte sich auf eine Platzbesetzung eingerichtet („vorbereitet" wäre eigentlich zu viel gesagt): Holzpfähle, Decken, Säcke oder Türen wurden mitgeschleppt, um die Stacheldrähte zu überwinden, alle möglichen Arten von Brillen, Tüchern und (freilich nur wenige) Helme waren aufgetrieben worden, um sich gegen Kampfgas und Polizeiknüppel zu schützen. Von Anfang an war eigentlich klar, daß die gesamte Ausrüstung rein defensiv und auch zum eigenen Schutz völlig unzureichend war. Zu diesem Zeitpunkt, als die Demonstranten noch

Fortsetzung Seite 2

„Unruhe in der Truppe"

Etwas gar seltsames ist geschehen. Kriegsminister Leber (SPD) hat zwei Generale gefeuert, nachdem sich die beiden in einem als „vertraulich" deklarierten Gespräch mit Journalisten abfällig über Herbert Wehner geäussert hatten.

Der Vorfall erstaunt, denn in der Bundeswehr hat es wahrhaftig weitaus Schlimmeres gegeben als das antikommunistische Geschwätz der Generale Krupinski und Franke:

- Erst kürzlich kam beispielsweise eine außerordentlich geschmackvolle Schallplatte des ‚Heeresmusikkorps 5' der Bundeswehr mit Märschen der Waffen-SS auf den Markt.
- Bundeswehroffiziere in Uniform sind gerngesehene Gäste bei den Traditionstreffen des SS-Nachfolgeverbandes ‚HIAG' und ähnlichen Gruppierungen.
- „Verdiente" Schlächter der Nazi-Wehrmacht werden zu Zwecken der „Traditionspflege" mit Billigung des Kriegsministeriums in die Kasernen eingeladen.
- Bundeswehroffiziere sind gleichzeitig hohe Funktionäre der neo-nazistischen NPD und bekommen als Bundestags- und Landtags-Kandidaten sogar noch Sonderurlaub für ihren Wahlkampf.
- Im Kasino des Jagdgeschwaders 71 „Richthofen" hängten neo-nazistische Offiziere ein Bild des Kriegsverbrechers Hermann Göring auf. Sie rechtfertigten dies damit, sie wollten dadurch nicht den Nazi-Schlächter Göring, sondern den Kampfflieger Göring ehren (Göring flog im 1.Weltkrieg in der Staffel Richthofens).
- Kriegsminister Leber deckte auch die spektakulären Ausflüge seiner Generale Hildebrandt und Rall zu den spanischen Faschisten bzw. den südafrikanischen Rassisten.

Verglichen damit nehmen sich die Vorwürfe gegen die Generale Krupinski und Franke geradezu als läppisch und lächerlich aus. Die CDU/CSU hat denn auch keinen Moment gezö-

Fortsetzung Seite 2



aus dem Inhalt



Libanon: Syrische Besatzungstruppen in Beirut

Ist es nicht merkwürdig, wie mühelos sich die Sprachregelung in der BRD-Presse durchgesetzt hat? Die Truppen, die zur Zeit in Beirut einrücken und vorerst das zerbombte Trümmer- und Niemandsland besetzen, werden „Friedenstruppen" genannt. Den „Frieden" der Imperialisten und Reaktionäre kennen wir!

Selbstverständlich sind es ganz normale syrische Besatzungstruppen. Sie waren an denselbenStellen schon früher stationiert. Zuerst als „Befreiungsorganisation" As Saika und danach, als die Saika von den libanesischen und palästinensischen Massen als Helfershelfer der Faschisten entlarvt und weggejagt worden war, als „Palästinensische Befreiungsarmee" (PLA). Danach haben sie sich tatkräftig am Massenmord von Tell al Zaatar beteiligt und nun bringen sie den „Frieden"! Die ganze Reihe der reaktionären arabischen Regimes, einschließlich der PLO-Führung unter Arafat, die in Riad und Kairo beschlossen hat, die syrischen Besatzungstruppen zu unterstützen als wären es die eigenen, möchte allerdings noch nicht ganz ihr wahres Gesicht zeigen. So sind sie zu ihrem Namen „Friedenstruppe" gekommen. Das ändert aber nichts an ihrer Aufgabe.

Ihre Aufgabe ist nach wie vor die Niederschlagung der libanesischen und palästinensischen Linken und die Aufrichtung eines modernisierten Ausbeutungssystems in Libanon. Ihr Ziel ist es, ein Libanon zu schaffen, von dem nicht mehr, wie in der Vergangenheit, Gefahr für die arabischen Regimes und die Interessen der Imperialisten und Zionisten ausgeht.

Dementsprechend war der Vormarsch der Syrer von neuen faschistischen Überfällen auf die von den fortschrittlichen Kräften beherrschten Beiruter Stadtviertel begleitet („Neue Zürcher Zeitung", 12.11.76). Für die armen Massen, die in diesen
ten Beiruter Stadtviertel begleitet („Neue Zürcher Zeitung", 12.11.76). Für die armen Massen, die in diesen
Vierteln leben, begann der „Frieden" mit dem Einschlag faschistischer Raketen und vielen neuen Toten.

In einem Tagesbefehl an die syrischen Besatzungstruppen spielte der libanesische „Oberkommandierende" al-Hadsch die Rolle, aus libanesischem Munde nochmals die Ziele der syrischen Intervention auszurufen: Wiederherstellung der „Ordnung", Wiederaufnahme der Arbeit in den Behörden, Beschlagnahme von Waffen, insbesondere der schweren Waffen. Es sagt alles über die Ordnung, die da wiederhergestellt werden soll, wenn man zu dem Zweck dem Volk seine Waffen wegnehmen will.

Aber genausowenig, wie man dem palästinensischen und libanesischen Volk den Stadtteil Quarantina und das Lager Tell al Zaatar zurückgeben kann, geschweige denn die Zigtausende von Toten, kann man ihnen die Waffen wegnehmen. Für die Verbrechen und die Opfer des Bürgerkrieges verlangen die Menschen eine Änderung der Verhältnisse, oder der Krieg wird weitergehen. Die Massen werden z.B. die Selbstverwaltung ihrer Stadtteile verteidigen. Hunderttausende von Waffen und viele Millionen Schuß Munition können nicht einfach beschlagnahmt werden.

Arafat sagt den palästinensischen und arabischen Massen, sie seien militärisch geschlagen worden, es gebe jetzt keinen anderen Ausweg. Er habe sich deshalb in Riad und Kairo zum Waffenstillstand verpflichten müssen, aber das sei ja nur zum besten, man könne jetzt wieder gegen Israel kämpfen usw. Doch das sind Ausreden. Arafat wollte sich auf keinen Fall auf einen Volkskrieg einlassen. Er hat den Krieg nur so weit geführt, wie es nötig war, um sich in Riad und Kairo mit den anderen arabischen Regimechefs an einen Tisch setzen zu können. Die Massen dagegen können zum Volkskrieg übergehen. Für s i e gibt es einen Ausweg, den es für Arafat n i c h t gibt, sie können weiterkämpfen. Es ist also zur Zeit keine libanesische Regelung in Sicht, die den Bürgerkrieg tatsächlich beenden könnte. Der Versuch, den Krieg gewaltsam zu beenden, würde einen langen noch schärferen Kampf herbeiführen.

Die arabische Reaktion, die Zionisten und die Imperialisten haben deshalb auch die Prioritäten anders gesetzt: Sie wollen erst die Globallösung für den ganzen Nahen Osten, dann die Bereinigung der regionalen Konflikte. Die syrische Besatzung im Libanon ist – ähnlich wie die iranische in Oman – nur einer der Schritte auf dem Weg zur Lösung des Nahostproblems. Sie sind nötig, damit die Revolutionäre nicht die schwierigen Verhandlungen stören, in denen sich die arabischen Reaktionäre und die Zionisten unter sich einigen wollen. Dann, hoffen sie, können sie die nationalen Befreiungsbewegungen von Palästina und Oman und die Arbeiterbewegung in ihren eigenen Ländern niederschlagen.

Jeder Waffenstillstand, jeder „Frieden", bevor nicht die arabischen Völker die Macht haben, bedeutet deshalb nur einen Frieden der Henker, die die Opfer unter sich aufteilen. Weil die revolutionären Kräfte dies wissen, werden sie die Atempause nutzen, um sich auf die nächsten Kämpfe vorzubereiten.

Offenes Auftreten der arabischen Reaktion

Offenes Auftreten der arabischen Reaktion

Die in Riad und Kairo geschlossenen Verträge sagen in aller Offenheit, was das Ziel ist: *„Entschlossene Aktionen im Libanon zur Verhütung einer künftigen Explosion der Situation"* (nach dem Text in „Horizont"- „Ho" , 46/76). Noch nie haben sich alle arabischen Regimes so offen auf eine gemeinsame Intervention in einem arabischen Land geeinigt, mit der Begründung, daß in diesem Land fortschrittliche Kräfte sich durchzusetzen drohten.

Dabei spielte Arafat eine besonders wichtige und üble Rolle. Damit die syrischen Interventionstruppen die Situation „sichern" konnten, mußte sich die PLO-Führung aus dem libanesischen Bürgerkrieg zurückziehen. *„Der Vorsitzende der Palästinensischen Befreiungsorganisation verpflichtete sich zur Einhaltung des Kairoer Abkommens"* heißt es im Kommuniqué-Text von Riad. Das Kairoer Abkommen von 1969, das hier gemeint ist, beschränkt die bewaffnete Anwesenheit der Palästinenser im Libanon auf leichte Bewaffnung in den Flüchtlingslagern. Und weiter: *„Die PLO bekräftigte außerdem die Hauptlinie ihrer Politik, die jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten irgendeines arabischen Landes ausschließt. In diesem Zusammenhang haben die Teilnehmerländer* (der Konferenz) *Libanons Sicherheit garantiert"* („Ho", 46/76).

Mit dieser Kapitulation hat sich Arafat seinen Platz in der ganzen Reihe von arabischen Reaktionären und Verrätern erkauft, die in Kairo zur Vertragsunterzeichnung angetreten waren; ein Platz, der ihm die Teilnahme an der Genfer Konferenz sichert und der ihm einen Teil der palästinensischen Gebiete unterstellen soll, um die sich die arabischen Reaktionäre mit Israel streiten. Offenbar ist Arafat sogar bereit, die Rolle eines palästinensischen Noske zu spielen: *„Arafat hat dem Vernehmen nach die radikalen Guerilleros gewarnt, er werde sie mit Gewalt entwaffnen lassen, wenn sie sich nicht an den Waffenstillstand hielten und ihre schweren Waffen nicht abliefern"* („SZ", 13.11.76). Vor dieser üblen Rolle rettet Arafat nur die Tatsache, daß er zur Ausführung dieser Drohungen zu schwach und die Revolutionäre zu stark sind.

Inzwischen sprechen die arabischen Reaktionäre auch offen über den weiteren Fortgang der Geschichte. Am 9.11. beauftragte der ägyptische Regimechef Sadat eine Delegation des amerikanischen Kongresses, dem zionistischen Ministerpräsidenten Rabin eine Botschaft zu übermitteln. Darin heißt es: *„Ich bin bereit, einen dauerhaften Frieden zu schließen. Lassen Sie uns in Genf zusammensetzen – alle arabischen Parteien und Israel – und formell den Kriegszustand in einem Friedensvertrag vor aller Welt beenden"* („FR", 11.11.76).

Die arabischen Völker haben nicht das geringste Interesse daran, mit den Zionisten, die Zehntausende von ihnen ermordet und Hunderttausende vertrieben haben, Frieden zu schließen. Ein solcher Frieden würde ihnen die gemeinsame Herrschaft von Zionisten und arabischen Ausbeutern auf den Rücken laden. Ein solcher Frieden soll jede Hoffnung beenden, daß noch in dieser Generation die arabische Revolution verwirklicht, die arabische Einheit hergestellt und das Elend der arabischen Massen beendet wird.
arabische Einheit hergestellt und das Elend der arabischen Massen beendet wird.

Wegen dieser großen Bedeutung der Kapitulation von Riad und Kairo ist die Aufgabe der Revolutionäre im Libanon schwieriger und wichtiger geworden. So weit wie sich Arafat vorgewagt hat, muß er einen „Erfolg" verbuchen, um nicht gestürzt zu werden. Die Schaffung eines Ministaates liegt jedoch noch in weiter Ferne. Die Auseinandersetzung zwischen der PLO-Führung und der Ablehnungsfront wird sich deshalb weiter verschärfen. Es geht um die Führungsrolle der PLO-Führung. Auf diese Rolle haben aber die arabischen Reaktionäre ihren Plan gebaut. Je stärker sich die Revolutionäre jetzt behaupten können, um so mehr können sie aus der kritischen Lage der PLO-Führung Nutzen ziehen.

Man beachte gut die Tatsache, daß bisher weder die versprochenen Friedenstruppen anderer arabischer Länder, noch die Gelder eingetroffen sind, mit denen sie die Kosten der syrischen Intervention übernehmen wollten. Die arabischen Regimes fürchten, sich zu sehr in einer Sache zu engagieren, die sich in kurzer Zeit als Fehlschlag herausstellen könnte. Diese Unsicherheit der Regimes ist ein gutes Zeichen.

Die Ablehnungsfront hat nochmals bekräftigt, daß sie den Kampf gegen eine „friedliche" Lösung der Palästinafrage weiter führen wird. Für die Kämpfer des Volkskriegs kann es sehr günstig sein, wenn der Feind seine feste Stellung auflöst und sich mitten unter die Massen der libanesischen Großstädte begibt.

Nahostkommission

Fortsetzung von Seite 1

unter sich waren, hatte das ganze eher Festival-Charakter: Man kloppte Sprüche, genoß das schöne Wetter, sang Lieder, nahm ab und zu einen Schluck zum Aufwärmen und begrüßte Freunde und Bekannte aus dem ganzen Bundesgebiet.

Schon von weitem war die Bauplatz-Festung auszumachen. Ständig starteten und landeten dort Hubschrauber (mindestens vier: je einer von Polizei, Bundesgrenzschutz und der NKW und ein weiterer, der in einiger Entfernung über der Elbe kreiste). Vor dem Bauplatz ankerten auf der Elbe mehrere Fischerboote, die Protest-Transparente gegen die Bedrohung ihrer Existenz durch die radioaktive Verseuchung des Wassers aufgespannt hatten. Dazwischen natürlich die Wasser„schutz"polizei.

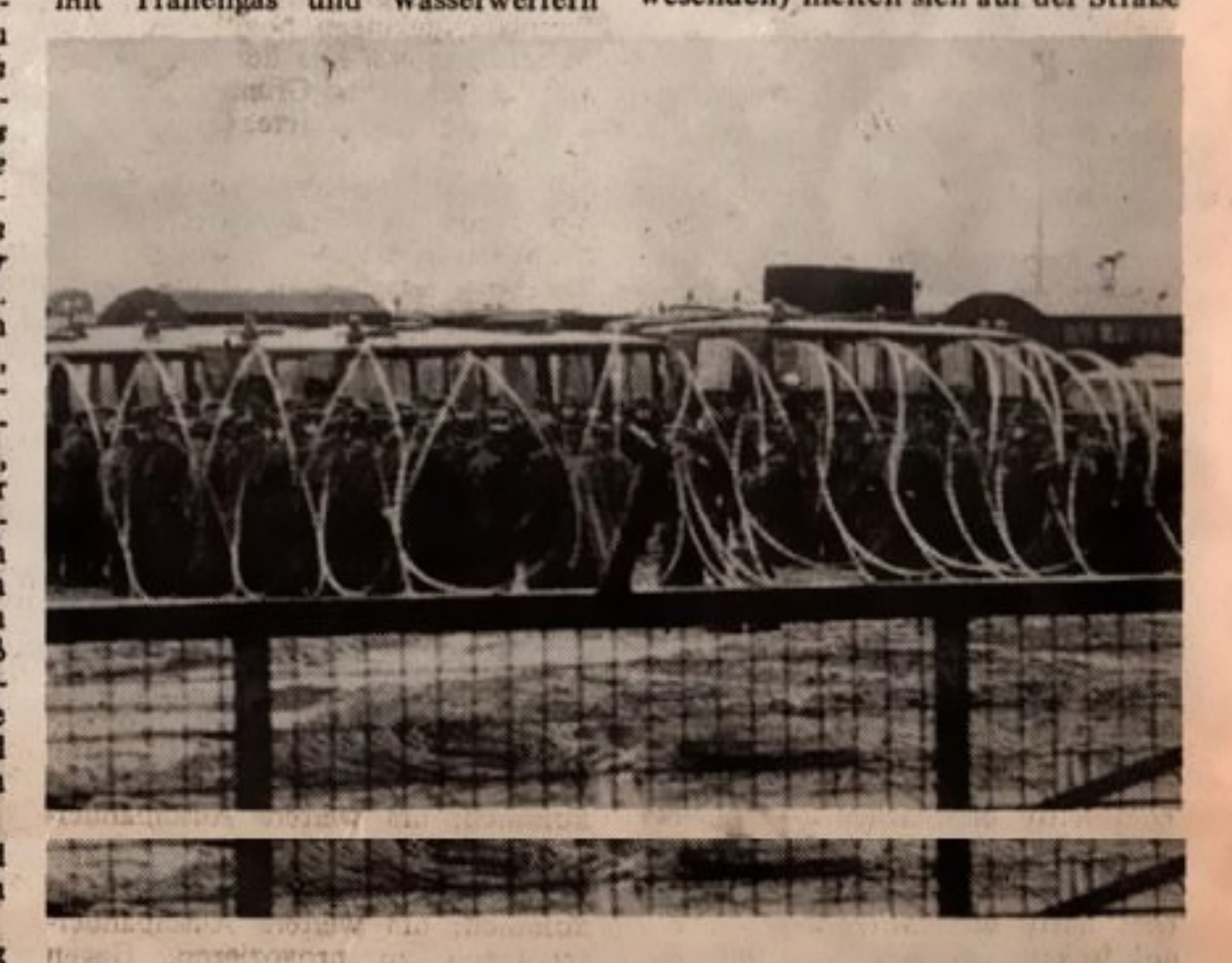
Nachdem mittags einige Pastoren einen „Feldgottesdienst" abgehalten hatten, sicher vor mehr Zuhörern als gewöhnlich, fand mit etwas Verspätung eine Kundgebung der Bürgerinitiative statt, allerdings „nur" vor einer Minderheit der Demonstranten. Die Mehrheit hielt sich derweil auf dem Weg zur Baustelle auf, um eine Absperrung durch die Polizei zu verhindern (was allerdings angesichts der Zahl auch schlecht möglich gewesen wäre).

Ein Teil war schon am Bauplatz am Gange. Allmählich rückte alles zum Bauplatz vor, wo man sofort mit Tränengas und Wasserwerfern und Absperrungen hätte gebraucht werden können.

Der Kampf

Nachdem die Demonstranten am Bauplatz angekommen waren, wurde sofort mit der Arbeit begonnen. An ungefähr 20 Stellen (vor allem an der Ost-Seite) wurden die Gräben mit Holzpfählen oder abgerissenen Leitplanken überbrückt (von der Straße, die direkt am Bauplatz entlangführt). Der Stacheldraht dahinter wurde zerschnitten und weggeschafft. Auch der NATO-Draht auf dem Zaun konnte entfernt werden. Dann wurde versucht, Haken und Anker an dem Metallgitter anzubringen und mit langen Seilen die Matten herauszubrechen. Dies war überhaupt nicht möglich. Daraufhin wurden in ziemlicher mühsamer Arbeit Löcher in den Zaun gestoßen oder geschnitten. Manchmal konnte es noch geschafft werden, auch den hinter dem Zaun liegenden NATO-Draht wegzuschaffen. Weiter kamen wir jedoch an keiner Stelle.

Die Bullen gingen mit massivem „Wasser"werfer-Einsatz an den „Brückenköpfen" vor. Dazu wurde Tränengas in wirklich riesigen Mengen unter die Leute geschossen und geworfen. Gegen die wenigen Genossen, die am Zaun selbst arbeiteten, versuchten die Bullen außerdem noch, chemical mace einzusetzen. Tausende (fast die Hälfte aller Anwesenden) hielten sich auf der Straße



empfangen wurde. Insgesamt dürften rund 30.000 versammelt gewesen sein. Der allergrößte Teil davon hielt sich an der Ostseite des Platzes auf – etwa dort, wo beim letzten Mal eine teilweise Besetzung gelungen war. KBW und „KPD/ML" konzentrierten ihre Trupps an der Südost-Ecke, weil dort die Baumaschinen standen. Dieser Teil war zwar am besten abgesichert, und am aussichtslosesten für eine Überwindung der Absperrungen – aber man mußte seine „Avantgarde"-Rolle ja unter Beweis stellen. (Die „KPD/ML" war immerhin nach einiger Zeit in der Lage, dies zu erkennen und ihren Einsatz an eine andere Stelle zu verlagern.) Während es an der Nordseite ebenfalls einige für die Polizei recht verlustreiche Auseinandersetzungen gab, spielte sich (unseres Wissens) an der Westseite kaum etwas ab.

Die „Festung"

Der Bauplatz war rundherum mit Wassergräben umgeben, an der Nordseite ca. acht Meter breit, an der Ostseite ca. zwei Meter. An den Baumaschinen war eine ca. drei Meter hohe Mauer hochgezogen worden, obendrauf noch einmal NATO-Draht. An der Ostseite kam nach dem Wassergraben sofort NATO-Draht an Pfählen, dann ein Zaun mit Baustahlmatten an Metall-Trägern, die tief in den Boden eingerammt waren. Obendrauf und dahinter wieder NATO-Drahtrollen. Dicht hinter den Absperrungen führte eine Straße entlang, auf der die „Wasser"werfer entlangführen (das „Wasser" war in ziemlich starker Konzentration mit chemischen Zusätzen versehen, die auf Augen, Schleimhäute und überhaupt auf die Haut einwirkten). Dahinter standen meistens die Bullenketten und Werk„schutz"leute. Auf dem durch Flutlicht hell erleuchteten Platz starteten und landeten ständig die Hubschrauber. An allen möglichen Punkten in der ganzen Wilstermarsch waren ebenfalls Bullen stationiert. Insgesamt sind es sicher mehrere tausend, verstärkt durch Bundesgrenzschutz, gewesen. Starke Polizeikräfte rückten im Laufe des Abends von außen heran und bildeten einen Keil an der Nordost-Ecke des Platzes. In der Nacht waren wieder in der ganzen Gegend Bullentrupps unterwegs, nachdem schon tags zuvor Einsätze auf Bauernhöfen stattgefunden hatten, um Holz und anderes zu beschlagnahmen, was für eine Überwindung der Wassergräben auf, zogen an den Seilen, bewarfen die Bullen mit Lehmklumpen und schmissen die Tränengasbomben zurück (was die Bullen immer in ziemliche Hektik brachte – sie hatten einen Heidenrespekt vor ihrem eigenen Zeug).

Schon nach kurzer Zeit der Auseinandersetzungen war klar, daß die Festung tatsächlich – wie vorher eingeschätzt – uneinnehmbar sein würde. Niemand wagte einen Vorstoß auf den Bauplatz durch die aufgebrochenen Löcher – und zwar nicht aus „Feigheit", sondern weil es wirklich einem „Selbstmord" gleichgekommen wäre. Gegen die technische Überlegenheit der Bullen und die ungeheuren Mengen an Tränengas und anderen chemischen Mitteln, die auf uns geschossen wurden, gab es kein Konzept. Man hatte ja praktisch nichts, womit man gegen die Bullen angekommen wäre. Jeder Treffer mit Lehmklumpen wurde zwar mit großem Beifall begrüßt, aber es war gleichzeitig klar, wie wenig man damit gegen „Wasser"-werfer, Gaskanonen, Tränengasbomben, Nebelkerzen usw. bewirken konnte. Die wenigen harten Gegenstände (Flaschen, Steine, die es kaum gab, Holzlatten), die geworfen wurden, wurden von den Bullen zurückgeworfen, wobei zahlreiche Demonstranten verletzt wurden, die ohne Helm in Reichweite der Bullen gewesen waren. (Die „Betonpfeiler", die – wie „Bild am Sonntag" berichtete – auf die armen, wehrlosen Polizisten flogen, kamen übrigeens von King Kong und Tarzan, die persönlich an der Demo teilnahmen!)

In der Verzweiflung, daß der Platz nicht zu erobern sein würde, kam es zu solchen Szenen, wie der folgenden: Eine Frau am Zaun weinte laut und schrie den Leuten auf der Straße zu: „Wenn ihr nicht mitkommt, geh ich allein auf den Platz". Andere riefen: „Hör auf, die nehmen dich fest" und hielten sie fest. Sie riß sich los, wurde von einem Wasserwerfer eingedeckt und brutal zusammengeknüppelt. Es gab zahlreiche Verletzte durch das Tränengas und die von den Bullen geworfenen Steine, Flaschen etc. Während einzelne verletzte Bullen natürlich sofort von Krankenwagen und Hubschraubern abtransportiert wurden, war es für uns unheimlich schwierig, in der Dunkelheit Sanitäter zu finden. Krankenwagen, die verletzte Demonstranten abholen sollten, wurden von den Bullen aufgehalten, oder die Verletzten mußten wegen der

Fortsetzung von Seite 1

„Unruhe in der Truppe"

gert, einen Riesenwirbel um diesen Vorgang zu machen und eine „Affäre Leber" zu inszenieren. So wußte der Bundestagsabgeordnete Friedrich Zimmermann (berüchtigt durch zahlreiche Korruptions- und sonstige Affären) zu berichten, Leber habe die beiden Generale *„dem gebrochenen Verhältnis der SPD zur deutschen Geschichte ... geopfert"* (FR, 5.11.). CDU-Kohl brabbelte: *„So kann man mit Bürgern in Uniform nicht umgehen"* (FAZ, 9.11.). Ein Antrag wurde von der CDU/CSU in den Bundestag eingebracht, die Entlassung der beiden Militaristen zu „mißbilligen". Aufgrund einer Erkrankung Lebers wurde die Beratung vorerst vertagt.

Was tut sich da bloß? Die bürgerliche Presse von rechts bis rechtsaussen hetzt, daß die beiden Generale „unter dem Druck der SPD-Linken" gefeuert worden seien. Der braune Karikaturist Köhler zeichnete für die ‚FAZ' (11.11., na denn!) einen Triumphzug von Jusos mit Rauschebart und Hängebusen, die zwei Generalsmützen auf Stangen tragen. Unterschrift: „Heimkehr der Treiber. Geschaßter General – guter General!".

Die Entlassung der Generale Krupinski und Franke wegen ihrer Äußerungen gegen Wehner – was für sich genommen in der Tat total „unverhältnismäßig" angesichts der sonsti- Toleranz gegenüber rechtsradikalen Umtrieben in der Bundeswehr ist und einen üblen parteipolitischen Beigeschmack hat – wird in der Bundeswehr ohne den geringsten Zweifel die ultra-rechten, der SPD und der bürgerlichen Demokratie feindlich gegenüberstehenden Kräfte stärken. Ohne diese braune Brut wirklich anzugreifen und mit einer offenkundig „unverhältnismäßigen" Maßnahme hat man ihnen zwei Märtyrer und unter freundlicher Beteiligung der CDU/CSU eine neue Dolchstoßlegende geschenkt.

Zufall? Jedenfalls weiß jeder Kenner der SPD-Szene, daß selbstverständlich nicht der „Druck der SPD-Linken" für diese Entscheidung verantwortlich war. Zu fragen ist, ob der Grund für diesen seltsamen Vorgang nicht vielmehr in einer ganz bewußten Provokation des bekanntermaßen auf dem rechtesten Flügel der SPD als CDU-U-Boot manovrierenden Ministers Leber zu suchen ist.

Tränengas-Einsätze an andere Stellen geschafft werden, bevor die Sanis eintrafen.

Schließlich gingen die Bullen mit Hubschrauber-Einsätzen gegen die Tausende vor, die – unbeteiligt an den Kämpfen und ebenso friedlich wie wehrlos – in einiger Entfernung vom Bauplatz auf einer Wiese waren. Systematisch wurde von einem BGS-(!)-Hubschrauber aus ein Flächenbombardement mit Tränengas vorgenommen. Diese sadistischen Typen verfolgten einzelne Demonstranten, die schon weit hinter dem Bauplatz auf dem Abmarsch waren, im Tiefflug über die Weiden und bewarfen sie von oben mit Gasbomben. (Dies hat sogar den schleswig-holsteinischen SPD-Vorsitzenden Jansen dazu veranlaßt, Anzeige gegen das Innenministerium, die Polizei-Einsatzleitung und die BGS-Hubschrauberbesatzung zu stellen.)

Die am häufigsten gerufene Parole war: *„Polizei – SA – SS"*. Ebenso wurde gerufen: *„Deutsche Bullen üben fleißig – für ein neues '33"* oder *„Mörder, Mörder!"*. Fast alle waren sich darin einig, daß das Vorgehen der Polizei faschistisch war. Immer wieder riefen Demonstranten in ohnmächtiger Wut den Bullen zu: *„Warum habt ihr keine braunen Hemden, das hat doch die SA auch gehabt"*. Oder als ein Truppenführer (oder ähnliches) seinen Bullen per Megaphon in provokativer Manier durchsagte: *„Ich bin sehr zufrieden mit Euch"* – rief ein Demonstrant: *„Das gibt's doch gar nicht! Der Oberfaschist bedankt sich bei seinen Handlangern. Ihr Schweine!!!"*. Das war genau die Stimmung aller.

Gegen 18.30 Uhr kamen einige KBWler mit Megaphon und bliesen zum *„organisierten Rückzug"*. An der Ecke, wo die Baumaschinen stehen, sei es gelungen, *„zehn Meter breite Löcher"* in die Absperrung zu reißen (in Wirklichkeit waren die so „groß" wie alle anderen auch). Obwohl an dieser „entscheidenden" Stelle die Avantgarde in Gestalt des KBW gekämpft hätte, sei ein Durchbruch trotzdem nicht möglich gewesen. Die Beschädigung des Zaunes sei ein großer Erfolg des Zusammenschlusses des KBW mit den Volksmassen. Um daraus einen *„Sieg"* zu machen, sei es aber notwendig, jetzt mit dem KBW den *„organisierten Rückzug"* zu vollziehen. Dies hätte eine *„Beratung d e r politischen Organisationen mit Repräsentanten der Bürgerinitiative"* ergeben.

Dieses Vorgehen wurde von der Mehrheit der Anwesenden klar als Spaltung empfunden: *„Ihr spaltet wie beim letzten Mal"*. Gelogen war es außerdem. Die „KPD/ML", die der KBW ebenfalls anführte, war an einer Stelle des Zaunes noch voll beschäftigt, wir selbst waren bei der obskuren „Beratung" jedenfalls nicht anwesend, und die Bürgerinitiative war zu diesem Zeitpunkt zu definitiven Beschlüssen gar nicht in der Lage. Gerade weil der Rückzugsvorschlag ausgerechnet vom KBW kam, der eine Besetzung des Platzes durch den KBW und die „Volksmassen" vorher großspurig behauptet hatte, und jetzt jeden, der noch weitermachen wollte, als *„verantwortungslos"* beschimpfte, gab es eine unheimliche Wut gegen diese Vögel. Wir selbst erklärten, daß wir bleiben würden, solange am Zaun noch gekämpft wird, was die KBW'ler zum Schäumen brachte. Da die Stimmung klar gegen die *„Scheißer vom KBW"* war, zogen diese es vor, lieber noch ein paar Runden zu drehen, um nicht ganz allein abzuziehen. Nach Abmarsch des KBW zogen die Demonstranten nach und nach in Gruppen ab, da die Sinnlosigkeit eines Besetzungsversuchs klar geworden war. Freilich war das keinerlei Unterstützung für den KBW, der auf seiner „Abschlußkundgebung" gemeinsam mit der „KPD/ML" lediglich ungefähr 500 Personen zusammenbrachte (die er noch mit der Lüge geködert hatte, von dort aus würde die Abfahrt mit den Bussen organisiert).

Beim Abzug (freilich nicht dort, wo der KBW marschierte...) wie überhaupt außerhalb der unmittelbaren Auseinandersetzungen am Bauplatz, gelangen noch einige Aktionen. Ein VW-Bus der Polizei ging aus unerklärlichen Gründen in Flammen auf, ein anderes gepanzertes Bullen- oder BGS-Fahrzeug blieb auf einmal im Graben liegen, wobei die Bullen unheimlich froh waren, abhauen zu dürfen. Dafür ließen sie den Demonstranten auch bereitwillig Teile ihrer Ausrüstung zurück. Schon vorher war ein beschädigter Wasserwerfer auf der Nordseite nur unter massivem Hubschrauber- und Knüppeleinsatz „gerettet" worden usw.

Umso brutaler waren die Aktionen der Polizei in der Nacht. Genossen auf dem Heimweg wurden zusammengeprügelt.

Knüppeleinsätze gab es auch gegen die wenigen, die noch länger am Bauplatz blieben. Polizei- und BGS-Einheiten waren von innen herausgekommen, um weitere Auseinandersetzungen zu provozieren. Gegen drei Uhr nachts wurden noch Leute, die im Freien übernachten wollten, brutal überfallen, nach Itzehoe auf die Wache gebracht und erst im Laufe des Sonntags wieder freigelassen. Die offenbar völlig enthemmten Bullen tobten sich aus ...

Zum Eingreifen der KB-Genossen

Trotz unserer Einschätzung, daß eine Besetzung des Bauplatzes und erst recht eine Zerstörung der Baumaschinen aussichtslos sein würde, war beschlossen worden, daß sich der KB an den Aktionen beteiligt – ohne allerdings zu versuchen, eine „Avantgarde-Rolle" für sich geltend zu machen.

Alles andere wäre unserer Meinung nach unsolidarisch gewesen und hätte auch bedeutet, die Front der KKW-Gegner gegen die Angriffe der Bullen zu schwächen. Dementsprechend rackerten sich die meisten Genossen auch an den Absperrungen ab – obwohl die Überlegenheit der Polizei von Anfang an klar war. Allerdings ist auch zu kritisieren, daß eine Reihe von Genossen ziemlich lange im „Hintergrund" an einem Treffpunkt herumstand und die Zeit mit recht fruchtlosen „Beratungen" totschlug.

Gelegenheit zu sinnvollen Aktionen gab es schließlich genug – auch zu solchen, die nicht unmittelbar auf den Versuch einer Besetzung hinausliefen, sondern die Verteidigung gegen die von der Umgebung heranrückenden Bullen zum Ziel hatten.





es außerdem. Die „KPD/ML", die der … len tobten sich aus ...

Wie weiter?

Die Bewegung hat sich bisher stark auf eine „Besetzung" des Bauplatzes fixiert, wofür vor allem das Vorbild Whyl maßgeblich ist. Die CDU-Landesregierung wiederum ist entschlossen, ein „zweites Whyl" von vornherein nicht zuzulassen. Unter dieser Bedingung ist beim gegenwärtigen Stand des Kräfteverhältnisses und der Mobilisierung eine „Besetzung" des Bauplatzes nicht zu realisieren. War es bei der ersten Demonstration immerhin noch möglich, wenigstens für ein paar Stunden ein Eckchen des Bauplatzes „besetzt" zu halten, so ging es bei der zweiten Demonstration am 13. November schon nur noch darum, überhaupt irgendwo für ein paar Minuten einen Fuß auf den Platz zu bringen, obwohl hinsichtlich Zahl, Organisiertheit und Militanz der Demonstranten die Bedingengen am 13. eigentlich weitaus besser waren als beim ersten Mal. Es hatte aber auch der bürgerliche Staat inzwischen seine Vorbereitungen getroffen.

Auf einer Großveranstaltung im Hamburger Audimax am 11. November, die von den Bürgerinitiativen organisiert war und im wesentlichen der Vorbereitung der Demonstration dienen sollte, hat ein Vertreter des Kommunistischen Bundes auf die Aussichtslosigkeit einer Bauplatz-Besetzung zum jetzigen Zeitpunkt hingewiesen und dazu aufgerufen, über andere Aktionsformen zu diskutieren, **die zur Zeit besser geeignet sind, den Kampf zu führen und die Kampffront zu verbreitern.** Diese Stellungnahme stieß auf Ablehnung bei vielen Anwesenden. Vor allem muß man sagen, daß dabei die Demagogen von „KPD/ML", „KPD" und KBW ihren großen Tag hatten. Für die Hirnverbranntheit der „KPD/ML" spricht insbesondere folgendes Zitat aus ihrem „Roten Morgen" (6.11.) nach der ersten Demonstration: *„... Die uneinnehmbare Festung, von der die bürgerliche Lügenpropaganda vorher regelrecht geschwärmt hatte, von der es hieß, sie mache eine Besetzung vollkommen unmöglich, war durch den entschlossenen und mutigen Kampf von Tausenden von Werktätigen (?) gestürmt worden. Mit ihrem Kampf bewiesen die Werktätigen von Brokdorf und Umgebung, daß es möglich ist, auch eine anscheinend übermächtige Armee von Polizei und Werkschützern zu besiegen (!)"*. Aber auch „KPD" und KBW standen kaum hinter dieser blinden Kraftmeierei zurück. **Sie alle verbreiten eine gefährliche Unterschätzung des bürgerlichen Staatsapparats und ein Hochjubeln der aktuellen Kräfte der Mobilisierung gegen das KKW Brokdorf.**

Der Genosse Mao sprach davon, daß man den Gegnern strategisch (auf längere Sicht) verachten, aber taktisch (im konkreten Moment) ernst nehmen müsse. Die „ML"er hingegen halten es u m g e k e h r t: Sie behandeln den Feind taktisch leichtfertig, weil sie im Grunde nicht in der Lage sind, ihn „strategisch zu verachten". Hinter ihrer scheinbaren „Rrradikalität" verbirgt sich kleinbürgerliche Verzagtheit gegenüber den glänzenden Erfolgsaussichten unserer l a n g f r i s t i g e n Kampfaufgaben, was zur abenteuerlichen Mentalität des „sofortigen Sturmangriffs" führt, statt auf das Sammeln der Kräfte und eine langfristige Konsolidierung der Kampffront zu orientieren.

Es ist durchaus kein Zufall, daß sich die „ML"er mit ihrer unrealistischen Festlegung auf die sofortige „Besetzung" des Bauplatzes mit den „Spontis" und mit den Vertretern der Theorie vom „gewaltlosen Widerstand" trafen.

Selbstverständlich haben die Menschen, die für eine „Besetzung" am 13. November eintraten – abgesehen von einer Handvoll kleinbürgerlicher Holzköpfe – den ehrlichen Willen, den Kampf zu führen und haben das auch, dem Polizei-Terror zum Trotz, gut getan. In dieser Lage konnten wir als Kommunisten gar nichts anderes tun, als uns diesem Kampf anzuschließen und ihn nach Kräften zu unterstützen, auch wenn wir ihn aktuell für falsch hielten.

Etwas anderes wäre es gewesen, v o r der Aktion mit unserer Meinung nicht offen aufzutreten. „Taktisch" wäre das zweifellos das Bequemste gewesen und hätte uns nicht bei vielen Menschen dem Verdacht ausgesetzt, „Abwiegler" zu sein. Eine derartige „Taktik" entspricht aber nicht der Politik der Kommunisten. Wir werden uns nicht an die Stimmungen des Moments anpassen, um uns nicht „unbeliebt" zu machen; wenn notwendig, muß man wagen, „gegen die Strömung zu schwimmen". Und bei der Orientierung auf „Besetzung" zum jetzigen Zeitpunkt (etwa auch unter der Devise „Machen wir den Bauplatz zur Wiese!") handelt es sich nicht bloß um ein nicht zu realisierendes Unterfangen, sondern diese Orientierung geht auch meist Hand in Hand mit ziemlicher Gedankenlosigkeit über die Fortführung und Verbreiterung des Kampfes.

Wir schlagen zum jetzigen Zeitpunkt vor: Dezentralisierte Demonstrationen und andere Aktionen im norddeutschen Raum unter der Parole „Kein KKW in Brokdorf und anderswo!", „Schluß mit der Besetzung des Bauplatzes durch Bullen, BGS und Werkschutz-Banden". Resolutionen und Mobilisierung in Betrieben, Gewerkschaften, Jugendzentren usw. Durchführung spezieller Informationsveranstaltungen, die weniger dem „Clinch" der Träger der Bewegung unter sich, sondern der Aufklärung und Gewinnung n e u e r Menschen dienen soll; Organisierung von Info-Tischen, Agitation durch Flugblätter, Plakate und Broschüren; Planung militanter, aber mehr dezentralisierter Aktionsformen, die den Gegner dort treffen, wo er schächer und weniger massiv vorbereitet ist als derzeit am Bauplatz.



Ein Wasserwerfer des BGS wird außer Gefecht gesetzt



Wessen Sicherheit?

Am 1. November veröffentlichte die Bundesregierung ihren Jahresbericht „Umweltradioaktivität und Umweltbelastung", aus dem erwartungsgemäß wieder einmal hervorgeht, daß „trotz der verstärkten Nutzung der Atomenergie für die Stromerzeugung die Bevölkerung der BRD keiner erhöhten Belastung durch radioaktive Strahlung ausgesetzt ist" („FAZ", 3.11.1976).

Wie dies nun wirklich aussieht, versuchte Anfang dieses Jahres der Arbeitskreis Umweltschutz an der Uni Heidelberg herauszubekommen, indem er bei den jeweils zuständigen Behörden nach den Jahresberichten der amtlichen Umgebungsüberwachung aller in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke fragte.

Außer der Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg verweigerten alle anderen Behörden die Einsicht in die jeweiligen Jahresberichte. Begründet wurde dies damit, daß diese Berichte nur die Kernkraftwerksbetreiber oder „unmittelbar Betroffene" zu interessieren hätten!

Hieraus kann man eigentlich nur den Schluß ziehen, daß die Kernkraftwerksindustrie etwas zu verbergen hat. Dies bestätigt sich auch voll allein schon bei den Jahresberichten aus Baden-Württemberg, wobei davon auszugehen ist, daß es bei anderen KKW's nicht anders aussieht bzw. noch rücksichtsloser im Sinne des Profits zugeht.

- Auf dem Gelände des Kernforschungszentrums Karlsruhe stehende Kühltürme schädigten den Bestand in einem Waldgebiet von ca. 2,5 ha derart, daß an die 2.000 Bäume abstarben. Als die Sache ruchbar wurde, wurden die Bäume einfach abgeholzt (Broschüre des AK Umweltschutz, Frbg., Seite 30).
- Die Strahlenbelastung in der Umgebung des KKW Obrigheim lag in den letzten Jahren nicht wie bisher angegeben bei maximal 1/1.000 rem pro Jahr (Einheit für die Strahlendosis, die ein menschlicher Körper oder Körperteile aufgrund radioaktiver Strahlung erhält), sondern allein die äußere Strahlenbelastung lag zwi-

Strahlung erhält), sondern allein die äußere Strahlenbelastung lag zwi-



KKW-geschädigter Wald, abgeholzt!

schen 1/50 und 1/250 rem pro Jahr. Sie lagen somit um ein Vielfaches über dem gesetzlich zugelassenen Grenzwert. In dem amtlichen Jahresbericht liest sich das dann so: *„Diese Werte sind durch die natürliche Umgebungsstrahlung verursacht. In keiner Windrichtung konnte eine auf den Einfluß des Kernkraftwerkes zurückzuführende Dosiserhöhung festgestellt werden"* (Analyse der amtlichen Umgebungsüberwachung, AG Umweltschutz Heidelberg, Seite 7 und 51).

Ebenso wurde bei Messungen an Wasserpflanzen verfahren.

- *„Während in den Wasserpflanzen oberhalb des KKW Obrigheim keine künstliche Radioaktivität feststellbar war, zeigte sich in den Wasserpflanzen unterhalb des KWO und vor allem in den Wasserpflanzen aus dem Kühlwasserauslauf eine starke Anreicherung künstlicher Radioaktivität. – Obwohl mit dieser Messung von Wasserpflanzen aus dem Kühlwasserauslauf ein eindeutiger Beweis der Herkunft der radioaktiven Stoffe getroffen werden konnte, wurden diese Messungen in allen darauffolgenden Jahresberichten nicht mehr durchgeführt"* (a.a. O, Seite 11). Im Jahresbericht 1971 liest sich das dann so: *„Eine unzulässige Freisetzung oder eine Anreicherung von radioaktiven Stoffen aus dem Kraftwerk konnte in der Umgebung nicht festgestellt werden"* (a.a.O., Seite 11).

Nachdem die Behörde also festgestellt hatte, daß eine Anreicherung festzustellen war, ging sie „vorsichtshalber" dazu über

- fortan so unvollständig zu messen, daß die Aussagen bedeutungslos wurden.
- Nachdem vorher (1972 bis 1974) die Wasserpflanzen monatlich entnommen wurden, geschah dies durch einen Erlaß ab 1975 nur noch halbjährlich. Da zudem das Ablassen von radioaktiven Abwässern schubweise erfolgt, ist es purer Zufall, ob der Einfluß des KKW feststellbar ist.

Nicht anders sieht es bei den landwirtschaftlichen Produkten und den Fischen im Neckar aus. Entweder es wird so gemessen, daß nichts festzustellen ist, oder, wenn richtig gemessen wurde, liegen die Werte um ein Vielfaches über den Grenzwerten.

Doch wie steht's in der Zusammenfassung der Jahresberichte von 1971 bis 1975? *„Die Meßergebnisse aus dem Jahre ... bezüglich der Radioaktivität in der Umgebung des KKW Obrigheim liegen durchweg in der Größenordnung, wie sie in Gegenden ohne kerntechnische Anlagen üblich sind"* (a.a.O., Seite 18).

Beispiele solcher Art ließen sich beliebig fortsetzen; zusammenfassend kann man aber sagen, daß

- von der Überwachungsbehörde Grenzwerte falsch angegeben werden;
- die Grenzwerte in der Praxis überschritten werden, dann folgt prompt ihre Erhöhung durch die Behörden;
- wenn eine erhöhte Radioaktivität festgestellt wird, das Meßprogramm geändert wird, bis nichts mehr festgestellt werden kann, oder so dargestellt wird, daß es nicht mehr erkennbar ist und
- selbst bei einer 100.000fachen Überschreitung wird jegliche Ge-

– selbst bei einer 100.000fachen Überschreitung wird jegliche Ge-

fährdung geleugnet (a.a.O., S.52).

Hieran wird klar, daß es der Kernkraftwerksindustrie darum geht, auf alle Fälle ihr Atomprogramm durchzuziehen und daß die Einrichtung einer „Landesanstalt für Umweltschutz" als „verantwortungsbewußte Überwachungsbehörde" nur der Verschleierung und Beruhigung dient.

Zudem ist die Frage der Sicherheit für die Kapitalisten durch Kosten-Nutzen-Analysen bestimmt. Sicherheitseinrichtungen werden dann angebracht, wenn Schadens- oder Störfälle den Profit zu senken drohen.

„Die Aufstellung von Sicherheitskriterien und sicherheitstechnischen Regeln darf nicht dazu führen, daß die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Kernkraftwerksindustrie, die den Zugang zum Weltmarkt noch finden muß, beeinträchtigt wird. Die Industrien aller Länder sollten nach einer Harmonisierung streben und davon ausgehen, daß bei gleichen Sachverhalten letztlich nur eine Sicherheitsphilosophie existieren kann" (Atomforum). Und das ist die „Sicherheit" des Profits, die es genau im Widerstand gegen Kernkraftwerke zu bekämpfen gilt.

Presseerklärung der Bürgerinitiativen, vom 14.11.

Die Bürgerinitiativen Umweltschutz-Unterelbe sehen in der Kundgebung vom 13.11. einen großen Erfolg, weil über 30.000 Menschen gezeigt haben, daß sie bereit sind, für ihre Überzeugung einzutreten. Dies ist umso höher zu bewerten, als alle Teilnehmer wußten, welch starke Polizeikräfte den Bauplatz des Atomkraftwerkes in Brokdorf abschirmen und auch Gewalt gegen Demonstranten einsetzen würden. Damit hat sich gezeigt, daß der bundesweite Protest gegen Atomanlagen gewachsen ist und weiter wächst. Die BUU stellen fest, daß vor allem die bundesweite, ja europäische Solidarität aller Atomanlagengegner diese eindrucksvolle Großkundgebung ermöglicht hat. Der Einsatz der Polizei war trotz gegenteiliger Versprechungen von Anfang an darauf ausgerichtet, die Kundgebungen zu behindern bzw. unmöglich zu machen. Polizeisperren haben Teilnehmer an der Kundgebung gezwungen, bis zu elf Kilometer lange Wege zum Kundgebungsort zu Fuß zurückzulegen. Sie haben zu einem Verkehrschaos in der Wilster Marsch geführt. Dadurch, daß auch die Lautsprecheranlage nicht zum Kundgebungsplatz durchgelassen wurde, hat die Polizei versucht, die friedliche Kundgebung zu verhindern. Krankenwagen und Sanitätspersonal wurden an Hilfsmaßnahmen gehindert. Im Verlauf der Demonstration wurde von Seiten der Polizei Gewalt angewendet. Unmengen von Tränengas, Rauchpatronen und Wasser wurden genauso hemmungslos eingesetzt wie der Schlagstock. Wieder einmal zeigte sich, daß Gewaltverhältnis in der hohen Zahl der verletzten Demonstranten (weit über 150)! Auch einzelne Polizeiübergriffe gegen verstreute abziehende Kundgebungsteilnehmer kamen vor. Die BUU verurteilen den rücksichtslosen Polizeieinsatz, stellen ihn der Äußerung von Ministerpräsident Stoltenberg gegenüber, der noch in der letzten Woche sagte, jeder Bürger könne seinen Protest ungehindert äußern. Die Gewalt, die uns durch die Einrichtung der Baustelle angetan wird, hat unseren Widerstand hervorgerufen. Unser Widerstandsrecht müssen wir wahrnehmen, um zu verhindern, daß heutige Gefahrenquellen errichtet werden, die später nicht aus der Welt zu schaffen sind.

Die BUU, die Bürgerinitiativen Umweltschutz-Unterelbe, behalten sich weitere Maßnahmen vor. Die Ereignisse von gestern haben uns gezeigt, daß unsere Bewegung stärker ist als je zuvor und täglich stärker wird.

Atomgipfel in Hannover



Ein nicht alltägliches Bild: Traktorendemonstration in Brokdorf

gern (wie etwa in Geesthacht) und veraner Gruppen. wie Schulklassen.
Ein nicht alltägliches Bild: Traktorendemonstration in Brokdorf

Am 11. November hatte der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht (CDU) die Bundesminister Fridrichs, Maihöfer (FDP) und Matthöfer (SPD) zu einem Gipfelgespräch über die in Niedersachsen geplante Atommülldeponie und den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage eingeladen.

Angesichts der wachsenden Proteste gegen Kernkraftwerke und die in Niedersachsen geplante Atommüll-Kippe sollte ein gemeinsamer Plan abgesprochen werden – und zwar ging es Albrecht vor allem darum, *„einen möglichen Polizeieinsatz gegen Kernenergie-Gegner zumindest politisch nicht allein verantworten"* zu müssen (wie es bereits am 3.11. in der „Süddeutschen Zeitung" in schönster Offenheit hieß).

Während Albrecht in der Öffentlichkeit den Sicherheitsapostel herauskehrte und beteuerte, es werde nichts unternommen, bevor nicht alle Unsicherheitsfaktoren beseitigt seien, war man sich auf dem Gipfel weitgehend einig: Albrecht erklärte

alle Unsicherheitsfaktoren beseitigt seien, war man sich auf dem Gipfel weitgehend einig: Albrecht erklärte

seine *„grundsätzliche Bereitschaft"* („FR", 12.11.76), die umstrittene Anlage in Niedersachsen bauen zu lassen und Matthöfer bekräftigte, daß *„nur Niedersachsen in Frage kommt"*. Im November werden voraussichtlich noch die Entscheidungen über die Standorte fallen; die bereits gemachten Standortbohrungen würden dazu ausreichen. Die in die engere Auswahl kommenden Standorte (Wahn im Kreis Aschendorf-Hümlin, Lichtenhorst im Kreis Nienburg und Fallingbostel und Lutterloh im Kreis Celle) seien *„im Prinzip gleichermaßen geeignet"* (RWE-Angaben nach „FR", 12.11.76). Insgesamt wurden 21 Standorte untersucht.

„Weitere Bohrungen seien nur noch notwendig, um die günstigste Anordnung der oberirdischen Gebäude festzustellen" („FR", 12.11. 1976).

Alle Minister erklärten, daß bei dem geplanten Bau der Anlage *„die Sicherheit der Menschen den Vorrang haben"* müsse, sonst würden keine Genehmigungen erteilt.

Obwohl ein Sprecher des Forschungsministeriums *„die Sicherheit des Projektes"* als *„verantwortbar"* bezeichnete, wollte offenbar keiner aus der Ministerrunde allein die volle Garantie für die Anlage übernehmen – was angesichts der hochgradigen Gefährlichkeit des sogenannten Atommülls auch kein Wunder ist (siehe hierzu den Artikel in ARBEITERKAMPF Nr. 90).

1977 soll dann – wenn es nach den Wünschen der Minister geht, das Genehmigungsverfahren abgeschlossen sein und mit dem Bau des bisher teuersten Industrie-Projektes überhaupt (Schätzungen reichen von 4,5 bis 10 Mrd. DM) begonnen werden.

Noch ist unklar, wer die immensen Kosten übernimmt. Die Chemie-Wirtschaft, die ursprünglich die Anlagen finanzieren wollte, weil sie sich erheblichen Profit versprach, will sich jetzt höchstens „mitbeteiligen". Die Elektrizitätswerke, die laut Gesetz als „Verursacher" für die Beseitigung des Mülls verantwortlich sind, pokern bei *„der erheblichen Bedeutung des Projekts für die Bundesrepublik"* (Albrecht in „Hannoversche Presse", 12.11.1976) um große staatliche Zuschüsse aus dem Steuersäckel.

Bis spätestens 1988 sollen die Atom-„Müllkippe" und Wiederaufbereitungsanlage fertig sein und dann jährlich 7.500 Tonnen radioaktiven Müll aufnehmen. Bis dahin werden insgesamt bereits ebenfalls 7.500 Tonnen radioaktiver Müll bei den Kernkraftwerken und in bis dahin zu errichtenden Zwischenlagern (wie etwa in Geesthacht) und im bereits dafür benutzten Salzlager Asse bei Wolfenbüttel eingelagert werden.

Insgesamt wird allerdings damit gerechnet, *„daß der Bundesrepublik mit der Entscheidung über die Wiederaufarbeitungsanlage heiße Monate, wenn nicht ein ‚Super-Brokdorf', ins Haus stehen..."* („FR", 12.11.76). Schon im Vorwege nennt der RWE-Generalbevollmächtigte die zu erwartenden Polizeieinsätze *„bedauerlich, aber sicher unvermeidlich"* und erwähnt so beiläufig, *„daß Frankreich bei seinem Aufarbeitungszentrum in La Hague derlei Bürgeraktionen nicht einkalkulieren muß, weil die dortige Anlage auf militärischem (!) Gelände steht: Da ist natürlich vieles einfacher"* (nach „FR", 12.11.76).

Das läßt sich denken! Aber noch ist die BRD keine selbständige Atommacht wie Frankreich, wo die Wiederaufbereitungsanlagen ganz offen für den Bau von Atombomben eingesetzt werden.

Einstweilen „beschränken" sich die Kapitalisten und ihr Staat darauf, mit betrügerischen Versprechungen über die angebliche „Sicherheit" der Kernenergieanlagen und – wenn's nicht anders geht – auch mit Gewalt (wie in Wyhl, Brokdorf etc.) ihr Programm der „friedlichen Kernenergienutzung" durchzusetzen.

So appellierte dann auch Albrecht in Hannover, nachdem er seine Beteuerung über die *„Akribie"* bei den Überprüfungen, die *„strengsten Sicherheitsvorkehrungen der Welt"* abgelassen hatte, an die *„Bürger und Bürgerinitiativen, jetzt erstmal die Prüfung in Ruhe abzuwarten und nicht schon diese allein zum Anlaß für ‚erhebliche Auseinandersetzungen' zu nehmen"* („Hannoversche Presse", 12.11.76).

Protestdemonstration gegen Atomgipfel

Die Bürgerinitiativen der drei möglichen Standorte und Hannoveraner Gruppen, wie Schulklassen, Bürgerinitiativen und eine Frauengruppe und die kommunistischen Organisationen am Ort hatten aus Anlaß des Atomgipfels zu einer Großkundgebung am 11.11.1976 in Hannover aufgerufen. Schon am Mittag fuhr ein Treckerkorso durch die Stadt, und zahlreiche Info-Stände mobilisierten für die Kundgebung, zu der über 2.000 Menschen kamen. Die Demonstranten trugen Parolen wie *„Lieber heute aktiv, als morgen radioaktiv"* und *„Landwirtschaft dient allen, Atommüll keinem"*.

In seiner Rede forderte der Bundesvorsitzende der Bürgerinitiativen Umweltschutz, den Bau aller kerntechnischen Anlagen bis zur Klärung aller sicherheitstechnischer Anlagen aufzuschieben.

Er machte klar, daß sich die Bürgerinitiativen „nicht mit Worten" kaufen lassen, sondern den „begonnenen Kampf" fortsetzen werden. Der Polizeieinsatz in Brokdorf wurde schärfstens verurteilt.

Zur „Atomlobby" rechnete er nicht nur Polizeiführung und Landesregierung, sondern auch völlig richtig die DGB-Führer. Der DGB solle lieber in den Bürgerinitiativen mitarbeiten, „statt unter dem Deckmantel der Schaffung neuer Arbeitsplätze mit der Atomlobby zusammenzuarbeiten" (Angaben nach „Hannoversche Allgemeine" – „HAZ", 12.11.76).

Professor Ehrenstein aus Bremen warnte insbesondere vor den Gefahren der geplanten Wiederaufbereitungsanlagen: nur ein Prozent des eingelagerten Mülls könne, freigesetzt, *„Zehntausende von Quadratkilometern verseuchen"* („HAZ", 12.11.76).

Vor der Demonstration hatten sich die Bürgerinitiativen von „parteipolitischer Betätigung" distanziert und erstmals den („KPD"-)Professor Scheer ausgeladen. Allerdings konnte andererseits der „Weltbund zum Schutz des Lebens" (WSL) auftreten, hinter dem sich rechtsradikale Kreise verbergen.



Albrechts Galgen ist von den Bauern noch freigelassen worden

Kurzmeldungen

Leserbrief

Der bisher erfolgreiche Kampf der dänischen Bevölkerung gegen Atomkraftwerke

Seit mehr als 20 Jahren haben sich die dänischen Kapitalisten zusammen mit den Elektrizitätsgesellschaften und Atomwissenschaftlern auf die Einführung der Atomenergie in Dänemark vorbereitet. Konkret wurden diese Pläne jedoch erst ab 1971, als die Untersuchungen zur Standortwahl eingeleitet wurden. Im Mai 1972 begannen die Elektrizitätsgesellschaften damit, farbige Broschüren zu verbreiten über die „friedliche" Nutzung der Atomenergie, gleichzeitig führten sie Seminare für Journalisten (!) und Physiklehrer (!) durch. So sollten also hinter dem Rücken der Bevölkerung Atomkraftwerke in Dänemark ihren Einzug halten. Aber es sollte anders kommen!

Während der Sommer- und Herbstmonate bildete sich eine Arbeitsgruppe (Pazifisten, Umweltschützer, Studenten), die sich die Aufgabe stellte, daß eine Entscheidung in der Frage der Atomenergie nicht gefällt werden dürfte, bevor die Bevölkerung sich über die Problematik im klaren ist. Aus dieser Gruppe wurde die „Organisation til Oplysning om Atomkraft" (OOA), die sich mit der Forderung nach einem mindestens dreijährigen Moratorium (Zurückstellen) in der Atomfrage der dänischen Öffentlichkeit vorstellte.



Das Kennzeichen der OOA

Die Arbeitsziele der OOA sind in folgenden drei Punkten enthal-

Die Arbeitsziele der OOA sind in folgenden drei Punkten enthalten:

1. Auf dem Hintergrund einer kritischen Analyse soll über alle die Anwendung der Atomenergie betreffenden Probleme informiert werden.
2. Andere Energieformen sollen mittels zusätzlicher Forschungsmaßnahmen und einer erneuten Prüfung berücksichtigt werden.
3. Eine langfristige Energiepolitik, die sozial und ökologisch verantwortbar ist, muß erstellt werden.

Während der vergangenen zweieinhalb Jahre ist aus der ursprünglichen Arbeitsgruppe eine beachtliche Organisation gewachsen. An die 150 Gruppen im ganzen Land arbeiten koordiniert zusammen und haben als Aktionseinheit erreicht, daß bis heute die Frage immer noch offen steht, ob in Dänemark jemals Atomkraftwerke gebaut werden. Meinungsumfragen haben ergeben, daß bei einer eventuellen Volksabstimmung heute 48 % gegen und nur 23 % für den Bau von Atomkraftwerken stimmen würden!

Durch verschiedene Aktionsformen, die von Veranstaltungen und Vorträgen bis zu Massenunterschriftssammlungen und das Verkaufen von Aufkleber und Anstecknadeln reichen, hat die OOA eine Breitenwirkung erreicht, die sich über die Landesgrenzen hinaus bis nach Schweden und in die BRD erstreckt.

Ein Genosse aus Westberlin

Notstandsübung

Im Hamburger Hafen hat es sich nach dem Hochwasser vom 3. Januar 1976 eingebürgert, daß systematisch einige Kollegen für eventuelle „Notfälle" zur Verfügung stehen müssen.

Mit ähnlichen Argumenten (zum Beispiel Bruch des Elbe-Seitenkanals) geben verschiedene Baufirmen dazu über, selbst Notdienste für Katastrophenfälle einzurichten.

Daß diese Notdienste in Wirklichkeit auch eine ganz andere Funktion haben, mußte ein Teil der Kollegen der Hamburger Baufirmen H. C. Hagemann - Hochbau, Ernst Dreyer - Hochbau und Meyer-John - Tiefbau in den späten Abendstunden vom 30. auf den 31. Oktober feststellen.

Unter dem Vorwand, ein Katastrophenfall sei eingetreten, wurden die Kollegen zwischen 19.00 und 21.00 Uhr angerufen und ohne nähere Angaben zu ihrem Arbeitsplatz hinbeordert.

Dort wurde dann den Kollegen der Firma Dreyer beispielsweise erzählt, in Brunsbüttel sei ein Katastrophenfall eingetreten.

Sie wurden mit Bussen auf einen ihnen unbekannten Platz bei Itzehoe transportiert. Während zwei Stunden Wartens wurden die Kollegen nach Bundeswehrart registriert. Dann erfuhren sie schließlich den Bestimmungsort – Brokdorf!

Schließlich ging es im Konvoi von ca. 200 bis 300 Kollegen, u. a. mit LKWs, die mit Stacheldraht beladen waren, mit Polizei-Eskorte nach Brokdorf. Dort erst erfuhren sie von ihrem Auftrag, die inzwischen berüchtigten Werkschützer aus Elektrizitätswerken der ganzen BRD abzulösen!

Sie sollten den Schutz des Werkes bis in den Tag 17.00 Uhr übernehmen.

Das war dann also nichts mehr mit Katastrophenalarm, sondern die Kollegen wurden erst im letzten Augenblick vor die vollendete Tatsache einer Notstandsübung gestellt.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß die drei uns bekannten Baufirmen für die HEW (Hamburgische Elektrizitätswerke) Bauaufträge ausführen. Auch Kollegen aus anderen Branchen wurden eingesetzt.

Die Kapitalisten mißbrauchen die Kollegen unter Vorwänden wie Katastrophenalarm, um ihre Interessen hemmungslos durchzusetzen.

Hafenzelle
KB/Gruppe Hamburg

Monopolist Siemens

Am 10.11. gab AEG-Sprecher Cipa bekannt, daß Siemens die 50 % - Beteiligung der AEG an der Kernkraftwerksunion (KWU) übernehmen werde und zusätzlich ebenfalls weitere 75 % an der Transformatoren Union (TU). Beide Firmen gehörten bislang je zur Hälfte den beiden Elektro-Riesen der BRD.

AEG hatte insgesamt über 1 1/2 Mrd. DM Verlust im KKW-Geschäft eingefahren, weil ihre Siedewasserreaktorlinie nicht wunschgemäß funktionierte (so mußte der Reaktor Würgassen lange Zeit stillgelegt werden).

Der Wunsch der AEG, 25 % ihrer Anteile auch ins Ausland verkaufen zu können (z.T. an den Schah), war von der Deutschen Bank und Siemens abgelehnt worden. Wegen anderer Schwierigkeiten im Konzern konnte AEG die Durststrecke beim Kernkraftwerksbau bis zur jetzt erst anrollenden Gewinnzone nicht durchstehen und stieg deshalb aus dem Reaktorgeschäft aus.

und stieg deshalb aus dem Reaktorgeschäft aus.

Siemens hat jetzt praktisch das Monopol im Kernkraftwerksbau in der BRD und ist der drittgrößte KKW-Hersteller überhaupt. 30 Mrd. DM beträgt das Auftragsvolumen der der KWU zur Zeit! 5 Mrd. DM Umsatz pro Jahr gewann Siemens durch diese Transaktion hinzu (!) und wird damit voraussichtlich im nächsten Jahr zum größten Unternehmen der BRD aufsteigen und zum 5. größten Elektrokonzern der Welt.

In der Presse wird Siemens als ein „muskelbepackter Riese" dargestellt, der diese Transaktion quasi „aus dem Ärmel schüttelt", die für den Kauf erforderlichen 800 Mio. DM (einschließlich des ebenfalls erfolgten Aufkaufs von Osram) werden *„sozusagen aus der Kasse bestritten"* (Angaben „Frankfurter Allgemeine", 11.11.76).

Weder eine Kapitalerhöhung noch eine Anleihe waren dafür notwendig. Siemens besitzt vor allem deshalb die Stärke, weil es sich ein weltweites Netz von Firmen aufgebaut hat und Extra-Profite aus den Ländern der „Dritten Welt" herauspressen konnte: *„Siemens hat gegenüber AEG den unschätzbaren Vorteil, in aller Welt über Werke zu verfügen, die als Zulieferer für Kraftwerksaufträge der KWU im Ausland tätig werden können"* (FAZ,

für Kraftwerksaufträge der KWU im Ausland tätig werden können" (FAZ,

11.11.76).

Von den KKW-Gegnern befürchten die Siemens-Bosse lediglich „unliebsame Verzögerungen" und ggf. den „Ausfall einkalkulierter Projekte" – aber nicht auf ihre „Existenz" zielende Angriffe ...

Bei Dortmund – Größtes Energiezentrum der Welt geplant!

Auf einem 150 ha großen Gelände bei Waltrop (bei Dortmund) soll durch die VEW das größte Energiezentrum der Welt, ein kombiniertes Atom-Kohle-Energiezentrum aufgebaut werden. Zwei Atomkraftwerke und sechs Kohlekraftwerke sollen insgesamt 7.200 Megawatt leisten – das entspricht 12 % der derzeitigen Stromerzeugung der BRD!

Seit September 1974 gibt es eine Bürgerinitiative, die durch Informationen, Kundgebungen, Demonstrationen und Unterschriftenaktionen auf folgende Gefahren aufmerksam gemacht hat:

„Das benötigte Verfahren der Kohlevergasung ist bisher nicht erprobt und es ist fraglich, ob es überhaupt funktioniert.

– Die Kohle darf nicht mehr als 1 % Schwefel enthalten. Solche Kohle ist allerdings im Ruhrgebiet nicht vorhanden. Sie mußte aus Polen, USA oder anderen Ländern importiert werden.

– Bei den Kraftwerken besteht – wie anderswo auch – die Kritik an den mangelnden Sicherheitsbestimmungen, der ungeklärten Atommüllbeseitigung und der Strahlengefahr.

– Das Problem der Wärmebelastung ist völlig ungelöst.

– Das Argument der Senkung der Arbeitslosigkeit ist nicht stichhaltig, da bei solch einem Kraftwerk höchstens einige Fachkräfte eine Anstellung finden könnten.

Ein Großkraftwerk (Kohle) mit einer Leistung von 2.000 Megawatt bläst pro Tag aus den Schloten:

– 36 Tonnen Kohlenmonoxyd (Kopfschmerzen, Schwindelgefühle, Sauerstoffarmut)
– 480 t Schwefeldioxyd (Atemerkrankungen, Bronchitis usw.)
– 48 t Schwefeltrioxyd (Lebensgefahr)
– 144 t Nitrosegase (hochgefährlich, verschiedene Krankheiten)
– 12 t Ruß (krebserregend)
– 24 t Kohlenwasserstoff (krebserregend)
– 24 t Staub (enthält gebundene Gifte).

768 t Giftstoffe pro Tag! Diese Zahlen beziehen sich auf ein 2.000-MW-Kraftwerk. Die geplante Anlage ist aber 2,5 mal so groß!

(Quelle Dipl. Ing. Kleinhorst, staatliches Gewerbeaufsichtsamt Münster)."

(Information aus „Klüngelkern", Nr. I)

AK-Verkäufer in Dortmund

Leserbrief zum Atommüll-Artikel

Liebe Freunde!

Den Artikel im letzten AK über die Atommülldeponie und Aufbereitungsanlage in Niedersachsen habe ich mit Interesse gelesen. Eines habt ihr jedoch vergessen. Neue Arbeitsplätze werden jedoch nicht nur in den geplanten Anlagen, in der Sargtischlerei und für die Totengräber geschaffen. Auch andere Industriezweige werden einen Aufschwung erleben, neue Märkte geschaffen; z. B. in der Elektro- und Textilindustrie. Nach dem Taschenrechner und Funkgerät für jedermann kommt jetzt vielleicht der Geigerzähler für jedermann. Die Anwendungsbereiche sind vielfältig. Man könnte ihn z. B. an den Fenstern montieren, die dann automatisch schließen, wenn der Wind vom Kraftwerk her weht; vor allen Dingen natürlich der praktische Taschengeigerzähler für den täglichen Einkauf, der sofort anzeigt, wenn der Sonntagsbraten, die Brötchen oder die Pommes frites am Imbiß verstrahlt sind. Die Textilindustrie hätte auch ein neues Produkt: z. B. den strahlensicheren modischen Jeansanzug, innen mit Bleifolie, für die wohlhabenden Bürger natürlich auch mit Goldfolie. Tolle Sache, was? – Na ja, vielleicht ist die Sache auch zu ernst für solche Scheiß-Witze.

Mit besten Grüßen F.H.

Wie weiter in Wyhl?

Wie weiter in Wyhl?

„Das Kernkraftwerk in Whyl kann gebaut werden", verkündete Ende letzter Woche frohgestimmt der baden-württembergische Wirtschaftsminister. Sechs sogenannte „Sachverständige" hatten zuvor ein „Gutachten" vorgelegt, das zur vollen Zufriedenheit der Kernkraftwerksbetreiber (Großkapital und Landesregierung) ausgefallen war.

Entsprechend der sogenannten „Offenburger Vereinbarung" vom Januar dieses Jahres (geschlossen zwischen der Landesregierung von Baden Württemberg und Vertretern der Bürgerinitiativen) glauben sich die Herrschenden nunmehr voll im Recht, Ende November mit dem Bau des KKWs in Whyl beginnen zu können.

In dieser denkwürdigen „Vereinbarung" hatten die Bürgerinitiativen seinerzeit der Räumung des von ihnen besetzten Bauplatzes zugestimmt – die CDU-Landesregierung ihrerseits hatte darin zugesichert, Strafverfahren gegen Bürgerinitiativen-Mitglieder nicht weiter verfolgen zu lassen, den Baubeginn bis zur Erstellung des (nunmehr vorliegenden) „Gutachtens" aufzuschieben und verschiedene radiologische Messungen durchzuführen (dieser letzte Punkt ist ein besonderer Witz, da die Behörden zu derartigen Messungen durch die von ihnen selbst geschaffenen Gesetze ohnehin verpflichtet sind!).

Allein die Zusammensetzung des „Gutachter"-Kreises ließ schon auf das Ergebnis schließen: Da waren z.B. Herren vom „Umweltbundesamt" (staatlich), das staatlich geförderte „Institut für Reaktorsicherheit" und die „Bayrische Biologische Versuchsanstalt" mit von der Partie.

Selbst der auf Anpassung bedachte Sprecher der Bürgerinitiativen (der FDP-Landtagsabgeordnete, Schött) mußte zugeben, daß in den Gutachten die befürchteten klimatischen Einwirkungen des KKW in Whyl überhaupt nicht untersucht werden („Badische Zeitung", 9.11.76)

Gewerkschaftsführer: Treue Lakaien der KKW-Konzerne!

Viele Menschen, die sich im Kampf gegen das Atomkraftwerk Brokdorf engagierten, glaubten während der Demonstration am 30. Oktober ihren Augen nicht zu trauen: Am Rande der Kundgebung versammelten sich einige gutgekleidete Herren, die namens der Gewerkschaft ÖTV und des Betriebsrates der NWK einige Schilder zur Unterstützung „ihres" Elektrizitätskonzernes und des Atomkraftwerkes in die Luft hielten. Inzwischen sollen am Freitag, dem 5. November, für das gleiche Ziel „mehr als 1.000 Belegschaftsmitglieder" der NWK und der Schleswig-Holsteinischen Stromversorgungs AG (Schleswag) in Brokdorf demonstriert haben. Ihnen war von Betriebsrats- und Gewerkschaftsfürsten erzählt worden, daß mit dem Atomkraftwerk viele neue Arbeitsplätze geschaffen würden.

Einer der Drahtzieher dieser provokatorischen Aktion ist der Vorsitzende des ÖTV-Bezirkes Nordwest, Hans Schwalbach (genannt „Atomschwalbe"). Als Landtagsabgeordneter der SPD in Schleswig-Holstein distanzierte er sich sogar von seiner eigenen Fraktion, die sich für eine leise Kritik an dem Polizeiterror in Brokdorf geübt hatte. Denn: *„Ich sehe eine sinnlose Maschinenstürmerei zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung und gegen das bessere (!) Wissen der Bundesregierung nicht ein"* („Welt", 3.11.). Jetzt man ran, liebe Kollegen von der Polizei ... Die „Gewerkschaft" der Polizei (GdP) hatte allerdings schon ohne Schwalbachs kollegiale Aufforderung erklärt, daß sie dafür sorgen würde, daß „in unserem (!) Rechtsstaat gültiges Recht und Gesetz beachtet wird". Als bewährter Gewerkschaftsführer verkauft ÖTV-Boß Schwalbach seine eigenen Interessen als die der „arbeitenden Bevölkerung". Denn sein Einkommen kann durch das Atomkraftwerk nur noch fetter werden, schließlich ist er Aufsichtsratsmitglied der NWK.

Offensichtlich war er mit dem NWK-Vorstand der Meinung, daß KKW-Befürworter auch nur mit entsprechenden Geldzahlungen herangeschafft werden können, so wurde dann auch jedem NWK-Kollegen für die Demonstration 50 DM ausgezahlt.

Bulleneinsatz bei Anhörungstermin

Bei einer öffentlichen Anhörung über Einsprüche von 7.000 Bürgern gegen den geplanten Bau eines zweiten Reaktorblocks in Philippsburg (Oberrhein) wollte ein Vertreter der Bürgerinitiative Südpfalz das Wort ergreifen. Das war den Vertretern des „Rechtsstaats" zuviel. Der Vorsitzende des Termins rief die Bullen, die den Sprecher aus dem Saal zerrten.

Begründung: die Geschäftsordnung des Termins sehe Wortmeldungen aus der Zuhörerschaft nicht vor (!). Die Anwesenden protestierten heftig gegen diese Willkür (nach: „Nürnberger Nachrichten", 14.10.76).

KB/Gruppe Nürnberg

Ein weiteres KKW in Hamm

Bei Hamm in Uentrop-Schmehausen wird von Bürgerinitiativen damit gerechnet, daß noch Ende des Jahres mit dem Bau des Atomkraftwerkes begonnen wird, da die Genehmigung des Atomreaktors zu dem Zeitpunkt erwartet wird.

Bereits im September wurden eine Probebesetzung (auf VEW-Gelände) durchgeführt, Informationsveranstaltungen gemacht und die Öffentlichkeit über die Gefahren informiert.

AK-Verkäufer in Dortmund

kein kkw
uentrop
und auch nicht anderswo



48 Seiten
Format A 4
DM 2,--

zu bestellen bei:
ARBEITERKAMPF,
J. Reents - Verlag
2000 Hamburg 50
Lerchenstr. 75



Frauen



Bilanz der Wahldiskussion in der Frauenbewegung

Einige Frauengruppen in der BRD hatten zur Bundestagswahl Stellung genommen. Allerdings ist der Kreis von Frauengruppen, die sich dieses politischen Themas angenommen hatten, noch sehr klein. Die meisten der heute recht zahlreichen Frauengruppen hatten zum Thema keine Erklärungen abgegeben. In diesem Artikel werden wir die Stellungnahmen von Frauengruppen: Frauenzentrum Hamburg, Langenfelderstraße; Frauenforum München; „Der Feminist", München („Der Feminist", maßgeblich herausgegeben von Hannelore Mabry, ist eine Abspaltung vom Münchner Frauenforum); Frauenzentrum Darmstadt; Frauengruppe Düsseldorf; efa-Redaktion, Köln; und das Heftchen „IF 10, Informationen von Frauen für Frauen" auswerten.

Vier der genannten Gruppen: Frauenzentrum Hamburg, Frauenzentrum Darmstadt, Frauenforum und „IF 10" haben zum Wahlboykott aufgerufen.

Das Fazit war bei den Gruppen im wesentlichen ähnlich: Man könne die kandidierenden Parteien und Gruppen nicht wählen, da sie allesamt frauenfeindlich seien und es keine Alternative gebe.

Aber die politischen Diskussionen, die diese Gruppen zu dem Schluß des „Wahlboykotts" geführt haben, sind z.T. sehr unterschiedlich.

Das Frauenforum („Stimme der Feministen" Nr. 1/76 Jahrg. 5, München) geht in dem Artikel „Wahlrecht der Frauen – Chance oder Farce" darauf ein, daß FDP und SPD beides Parteien des Kapitals seien (und Frauen besäßen in der Regel kein Privateigentum), daß sie die Sparpolitik auf dem Rücken der Frauen ausgetragen hätten und beide ins Auge gefaßt hätten, mit der CDU eine Koalition einzugehen. Daraus ergebe sich das Fazit: Wer für SPD oder FDP stimme, wähle also CDU!

Das Frauenforum erinnert an das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum §218, an die zunehmende Frauenarbeitslosigkeit und die schlechter
Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum §218, an die zunehmende Frauenarbeitslosigkeit und die schlechter
werdenden Ausbildungsbedingungen für Frauen. Und: *„Es darf nicht vergessen werden, daß es SPD-regierte Länder waren, die in Frankfurt und Bremen Polizei-Razzien auf Frauenzentren veranstalteten..."*

Das Frauenforum liebäugelt ein wenig mit den „linken" Frauen in der SPD, da ein Teil der Frauenbewegung Kontakt zu linken SPD-Frauen hätten. Allerdings geht das Frauenforum davon aus, daß auch durch die Wahl dieser linken SPD-Frauen nichts getan wäre. Denn erstens stünden die meisten gar nicht zur Wahl, weil sie durch die „Patriarchen" von den besten Listenplätzen verdrängt seien, und zweitens müsse sich auch jede SPD-Frau fragen, wer mehr für die Frauen getan habe, die SPD oder die Frauenbewegung?

Auch mit einer Stimme für die SPD könne ein Rechtsruck nicht mehr aufgehalten werden, denn:

„Wir Frauen befinden uns immer unter der Reaktion, und wie die Dinge liegen, ist für uns zwischen einer SPD- und einer CDU-Regierung kein Unterschied - lediglich der, daß die SPD ihren Antifeminismus besser tarnt.

Wir müssen uns fragen, ob es unser Anliegen sein kann, die SPD-Patriarchen vor den CDU-Patriarchen zu retten. Ich meine, nein. Ich meine vielmehr, wenn überhaupt, dann wird die SPD nur in der Opposition und unter einer CDU-Regierung lernen, daß sie ohne Frauen nicht an die Regierung kommt...Die SPD hat ihren politischen Antifeminismus erst noch zu erkennen - und das wird sie nicht tun, wenn sie an der Macht ist". Aus dieser Einschätzung spricht noch reichlich viel Glauben an die „Lernbereitschaft" der SPD.

Das Münchener Frauenforum begründet seinen Aufruf zum Wahlboykott auch damit, daß die Frauen selbst keine parlamentarische Alternative anbieten könnten - *„ein Zeichen für unsere politische Ohnmacht und ein Zeichen dafür, wie stark das Bedürfnis nach einer feministischen Partei ist."*

Auch die Frauengruppe, die die Zeitung „IF" herausgibt, erklärte, daß sie nur die Wahl hätten zwischen verschiedenen „Patriarchen" und deshalb die Wahl verweigert haben:

„Wir glauben, daß solch ein Wahlboykott ein entscheidendes Signal für die Parteien sein wird, die Frauen ernster zu nehmen und sich nicht so zynisch wie bisher über unsere Probleme hinwegzusetzen. Abgesehen von diesem Signalwert geht es auch darum, daß Frauen sich über bestimmte Dinge bewußter werden müssen: es geht z.B. nicht an, daß sie der Partei mit den besten Werbepsychologen und meisten Versprechungen ihren Glauben schenken". Weiter heißt es, daß die Frauen lernen müssen, ihre Interessen in die eigene Hand zu nehmen, wenn niemand anders es tut.

„Wir weigern uns, unsere Stimme abzugeben, weil wir nicht repräsentiert sind!"

Dabei bleibt die Frage offen, durch wen Frauen überhaupt im Parlament repräsentiert sein könnten.

Scheinauseinandersetzung in der Politik

Ähnlich beginnt auch die Stellungnahme des Frauenzentrums Hamburg in ihrem Artikel: „Argumente für den Wahlboykott" (Heft 4, Sept. 76).

Unter dem Titel: „Wie geht's den Frauen in und mit den Männerparteien" ist zu lesen, daß die Tendenz fallend ist, was die Abgeordnetensitze für Frauen angeht. Außerdem hätten Frauen nicht die Möglichkeit, auf gute Listenplätze zu kommen.

Daraus wird allerdings nicht der Schluß gezogen, daß „mehr Frauen
gute Listenplätze zu kommen.
Daraus wird allerdings nicht der Schluß gezogen, daß „mehr Frauen
in den Bundestag" müßten – das seien allemal nur „Alibi-Frauen". *„Bei dieser Argumentation wird aber vergessen, daß auch wir Frauen so sehr von den männlichen Normen geprägt sind, daß wir noch gar kein wirkliches Bewußtsein entwickeln konnten ... Die Präsenz von Frauen ist noch keine Garantie für eine demokratische Frauenpolitik, solange Entscheidungen nicht für die Menschen getroffen werden, sondern innerhalb einer Institution, die hierarchisch strukturiert ist und wo Entscheidungen so gefällt werden, daß das Machtgefüge erhalten bleibt. ... Und auch eine Frauenpartei ist keine Alternative".*

Die Frauen des Frauenzentrum Hamburg scheinen immer etwas hin- und hergerissen, wenn es um die Einschätzung der gesellschaftlichen Wirklichkeit geht. Im Grunde sehen sie, daß der Prozeß der Faschisierung eine Frage von Machtpolitik und Geld ist und daß dessen Durchführung in den Händen der bürgerlichen Parteien liegt. Denn sie selbst schreiben: *„Auch die SPD hat entgegen allen Versprechungen eine radikale Verschlechterung des demokratischen Prozesses für unser Land gebracht".* Weiter heißt es, daß durch den Druck, *„der durch eine verdummende Medienpolitik, Gesinnungsschnüffelei, Maulkorbgesetze, Radikalenerlasse, Berufsverbote, Einschränkungen der Rechte von Angeklagten und Anwälten, Klassenjustiz, Erhöhung von Scheidungskosten, auf alle ausgeübt wird",* die Anpassung an bestehende Rollen verstärkt wird.

Aber diese Ursachen für diese Verhältnisse werden nicht beim Namen genannt, man spricht von „hierarchischer Struktur", in die eben auch einige Frauen verstrickt werden, weil sie „männlich genormt" sind – nicht etwa, weil sie selbst ein aktives Interesse daran haben, den Kapitalismus aufrechtzuerhalten.

„So wird die Politik also in weiten Bereichen lediglich als Scheinauseinandersetzung betrieben und die wirklichen Entscheidungen fallen ganz woanders, nämlich dort, wo nun wirklich keine Frau mehr Zutritt hat: in den Generaldirektorenzimmern der Multis". Das ist sicher meistens zutreffend, aber was wäre, wenn Frauen Zutritt hätten...?

Das Hamburger Frauenzentrum sieht für sich selbst folgende Perspektive: *„Für uns gibt es nur noch die Möglichkeit eines außerparlamentarischen Engagements, wie sie die Frauenbewegung darstellt, um wirkliche Veränderungen zu bewirken."*

Eine ähnlich umfassende politische Begründung, warum man keine bürgerliche Partei wählen könne, bringt das Frauenzentrum Darmstadt:

„CDU/CSU, FDP und alle anderen rechten Parteien standen bei uns von vornherein nicht zur Diskussion, da wir von konservativen Kräften keine Veränderung unserer Lage erwarten dürfen.

Die SPD als 'kleineres Übel' ist für uns keine Alternative, da wir nicht gewillt sind, mit unserer Stimme eine Politik zu unterstützen, die nicht nur durch Radikalenerlaß, §88a und 130a und Strafgesetzänderungen allgemeine demokratische Rechte einschränkt, sondern vor allem an der weiteren Unterdrückung der Frauen beteiligt ist:

- *Verabschiedung des §218.*
- *Gewaltsames Vorgehen gegen Frauenzentren und Frauenbuchläden durch Polizei und Verfassungsschutz.*
- *Die Wirtschaftskrise wurde wieder einmal zum großen Teil auf dem Rücken der Frauen ausgetragen (zuerst gefeuert, zuletzt geheuert).*

Unser öffentlicher Protest soll verhindern, daß aus Gleichgültigkeit und durch Desinteresse den reaktionären Kräften Vorschub geleistet wird"
dern, daß aus Gleichgültigkeit und durch Desinteresse den reaktionären Kräften Vorschub geleistet wird"
(Aus einem Flugblatt, Sept. 1976).

Mit den Linken auf Kriegsfuß

Frauenzentrum Hamburg, Frauenzentrum Darmstadt und Frauenforum München haben sich auch Gedanken gemacht über eine linke Alternative. Dabei scheint meist überhaupt nur die DKP zur Debatte gestanden zu haben. Die einen wollen nicht aufgrund eines linken Anspruchs zum Stimmvieh werden (Darmstadt), die anderen sehen in *„neuen politischen Inhalten innerhalb des bestehenden Strukturgefüges keine Veränderungen"* (Hamburg).

Ähnlich behauptet das Frauenforum: Die DKP hätte eine geradezu feministische Broschüre zur Lage der Frau herausgebracht, wenn nicht die „Hauptunterdrückung" fehlte: *„Die Unterdrückung der Frau durch den Mann in einer total männlich ausgerichteten und bewerteten Kultur".* Denn auch mit der DKP bringt die *„verheißene ökonomische Revolution den Frauen nur materielle Reförmchen im Rahmen eines nach wie vor patriarchalisch geprägten Gesellschaftssystems"* (S.6).

Hannelore Mabry: „Feministen ins Parlament!"

Eine etwas extravagante Variante zur Auseinandersetzung um die Wahl bringt „Der Feminist" (1. Jahrgang/ Juli'76).

Zunächst grenzen sie sich gegen die „Frauenzentrums-Bewegung" ab: *„Einfluß auf Kultur-, Wirtschafts-, Außen- und auf eine generelle Friedenspolitik gewinnen wir nicht durch die politischen Einsichten und Ansichten oder gar durch die politische Strategie der Frauenzentren, deshalb hat das Frauenforum e.V. seit seiner Gründung für eine feministische Partei, für Struktur und demokratische Führung votiert und gekämpft. Wir haben die Männer mit in die feministische Bewegung einbeziehen wollen und uns über die Macht des Patriarchats nie getäuscht. Deshalb ist eine unpolitische Polarisierung 'Frau gegen Mann' falsch"* (S.5). Dem Mann müsse heute die „Vertrauensfrage" gestellt werden: *„Patriarch oder Feminist, wer oder was bist Du?".* Durch seinen Kampf in der Frauenbewegung könne der Mann ein jahrtausende altes Unrecht wieder gut machen.

Die „Front" der Unterdrückung verläuft also zwischen Feminist und Feministin auf der einen und Patriarch und Patriarchin auf der anderen Seite. Zu dieser Erkenntnis ist Hannelore Mabry innerhalb der letzen vier Jahre gekommen: *„Vor wenigen Jahren propagierte ich die Wahlkampf-Parole „Mehr Frauen in die Parlamente!" noch selbst – inzwischen bin ich von dieser These abgerückt... Nunmehr lautet meine Forderung: Feministen ins Parlament!"* (S. 21). Ihr Ziel ist dort: *„Wir wollen den Inhalt der Gesetze ändern, deshalb wollen wir auch ins Parlament".*

Allerdings erinnern diese Feministen ein wenig an die illusionären Marschierer „durch die Institutionen", wie sie die Studentenbewegung hervorbrachte, und die vielfach auf dem langen Marsch auf der Strecke geblieben sind oder es sich wohnlich eingerichtet haben. Wie wahr auch ihre Erkenntnis ist: *„Die Hautfarbe, der Hormonhaushalt und die Geschlechtsorgane sind nicht Träger politischer und ethischer Ideen",* so wird ihre Wahlempfehlung doch nicht konkret, da nicht inhaltlich begründet wird, was einen wählbaren Feministen denn nun ausmacht oder ob es die überhaupt schon gibt?

Nochmal für die SPD?

Nochmal für die SPD?

Die „efa"-Redaktionsgruppe, Köln, antwortet in einem Aufruf auf ein Rundschreiben des Hamburger Frauenzentrums zum Wahlboykott. In diesem Aufruf wird den Frauen des Hamburger Frauenzentrums eine *„völlig unpolitische Sichtweise"* vorgeworfen, weil sie sich für einen Wahlboykott entschieden hätten, der realistischerweise den Wahlausgang nicht beeinflussen würde, bzw. wo jede Stimmenthaltung der CDU/CSU zugutekommen würde. Deshalb rief die „efa"-Redaktionsgruppe alle Frauen auf: *„Wir meinen, daß wir auch mit einem weinenden Auge das 'geringere Übel' zur CDU/CSU mit einer gültigen Stimmabgabe wählen müssen".* Sie wollten nicht Schuld sein an der Machtergreifung einer *„Partei des großen Geldes, der Arbeitgeber, der internationalen Konzerne, einer Partei, die für den kalten Krieg mit den östlichen Nachbarn ist und gegenüber den westlichen Nachbarn – mehr noch als andere – eine verhängnisvolle Führungsrolle anstrebt".*

Ausführlicher begründeten die „Frauen aus der Frauengruppe Düsseldorf" in einem Brief (2.9.76) an das Hamburger Frauenzentrum, warum sie wieder SPD wählen würden. Sie schreiben, daß die Frauenbefreiungsbewegung kämpfen muß für die Abschaffung *„entfremdeter Sexualität, der Unterdrückung und Fremdbestimmung der Menschen auf kulturellem, gesellschaftlichem und politischem Gebiet".* Sie wiesen das Hamburger Frauenzentrum darauf hin, daß „hierarchische Strukturen" erst mit der Abschaffung des kapitalistischen Systems verschwinden werden. Sie gehen richtigerweise davon aus, daß auch *„die Abschaffung der Unterdrückung der Frauen und Kinder erst mit der Beseitigung des bestehenden Systems eine reale Perspektive der Verwirklichung erhält".* Um das zu erreichen, unterstützen die Düsseldorfer Frauen *„punktuell die Kräfte (...), die dieses Ziel ebenso anstreben, auch wenn sie kein Bewußtsein über diese Fragen haben. Dann liegt es eben an der Frauenbewegung und ihren Mitgliedern, zielstrebig diese Fragen einzubringen".* Diese Kräfte seien die „linken" Frauen in der SPD.

Auf der anderen Seite müsse man auch das Bewußtsein der Masse der „schweigenden" Frauen berücksichtigen, die Vertrauen in die SPD haben und durch sie ihre „elementaren Interessen" gegenüber der CDU vertreten sehen. Für diese Masse habe sich das „Reformgeschwätz" der SPD eben noch nicht entlarvt. Das bedeute einerseits, daß auf die *„blinden, bürokratischen Führer"* in der SPD Druck von den Frauen ausgeübt werden müsse, und andrerseits die Frauen der Frauenbewegung, die in der SPD sind, dort Veränderungen durchsetzen sollten.

Es entsteht der leise Verdacht, daß die Düsseldorfer Frauen sich selbst noch vom „Reformgeschwätz" der SPD täuschen lassen. Wie anders kann man heute auf der einen Seite für die Abschaffung des Kapitalismus sein und dies andrerseits ausgerechnet durch die SPD verwirklichen wollen, die seit Jahren mit Bravour als Geschäftsführerin des Finanzkapitals fungiert?!

Die Düsseldorfer Frauen stellen viele berechtigte Forderungen auf. Zum Beispiel werden kostenlose Kinderkrippen gefordert und die ersatzlose Streichung des §218, für freie und kostenlose Abtreibung auf Verlangen der Frau.– Aber gerade diese Forderungen sind von der SPD durch Gesetz und „Spar"politik zunichte gemacht worden.

Man muß sich fragen, ob sie bzw. die „linken" SPD-Frauen denn schon mal versucht haben, in der Partei auch nur eine Forderung ansatzweise verwirklichen zu wollen, ohne gleich
mal versucht haben, in der Partei auch nur eine Forderung ansatzweise verwirklichen zu wollen, ohne gleich
eins aufs Dach zu kriegen!

Sehr positiv heben sie sich allerdings von den anderen Frauengruppen ab, was ihre Position gegenüber linken Gruppen angeht. Die Linken hätten das gleiche Ziel einer befreiten, klassenlosen Gesellschaft, einige würden sich heute schon für die Frauen einsetzen, mitdemonstrieren gegen den §218, gegen Leichtlohngruppen usw. Deshalb müsse man mit denen Bündnisse eingehen, *„die unser gesamtgesellschaftliches Ziel teilen".*

„Frauen, wählt die, die eure Interessen vertreten", hieß ihre Parole.

Erfreulicherweise hat ein Teil der Frauenbewegung erkannt – und es entsprechend gewürdigt – daß die bürgerlichen Parteien es nun gerade nicht sind, die unsere Interessen vertreten.

Zu dieser Schlußfolgerung sind noch andere Gruppen gekommen, die hier unerwähnt geblieben sind, u.a. die in der „Aktionseinheit Hamburger Frauengruppen" zusammentreffenden Frauen, die ebenfalls mehrheitlich einen Wahlboykott beschlossen hatten.

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Redaktionelle Anmerkung:

Dieser Artikel lag schon für AK 91 vor. Er wurde damals aus Platzgründen nicht berücksichtigt. Durch ein redaktionelles Versehen kam er dann auch nicht in AK 92. Obwohl jetzt seit den Bundestagswahlen einige Zeit vergangen ist, halten wir diesen Artikel jedoch nach wie vor für aktuell.

Kampf der Militarisierung der Frauen (Teil 2)

In AK 91 untersuchten wir die Pläne des BRD-Imperialismus zur direkten Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr. Wir würden aber einen großen Fehler machen, wenn wir den Stand der Militarisierung der Frau allein daran festmachen wollten, wie weit die Einbeziehung der Frau in die Armee fortgeschritten ist. Die Erfahrung lehrt uns, daß der wesentliche Teil des Kriegsdienstes der Frauen „an der Heimatfront" stattfindet. Die Frauen wurden in beiden Weltkriegen gebraucht, um die Rüstungs- und sonstige Wirtschaft aufrechtzuerhalten. Darüber hinaus übernahmen Frauen den Bereich der sozialen Fürsorge im Staat. Schon im Ersten Weltkrieg finden wir ein ausgefeiltes System vor, das praktisch den Frauen keine Möglichkeit läßt, nicht in irgendeiner Weise in die Kriegsführung einbezogen zu sein. Die Faschisten brauchten später nur ein paar „Verbesserungen" vorzunehmen, wo die Bourgeoisie im Ersten Weltkrieg nach ihrer Meinung noch Lücken gelassen hatte.

Wir wollen hier am Beispiel des Ersten Weltkrieges aufzeigen, welche Mittel sich die Bourgeoisie schuf, um die Frauen der deutschen Arbeiterklasse möglichst vollständig zu erfassen.

Propagandistisch vorbereitet wurde der Fraueneinsatz in Wirtschaft, Gesellschaft und Militär durch eine jahrelange öffentliche Diskussion über eine Dienstpflicht für Frauen. Zunächst waren es Kreise um das Rote Kreuz, den Evangelischen Diakonie-Verein und ähnliche, die für eine öffentliche Dienstleistung der Frau auf dem Gebiet der Krankenpflege eintraten.

Dann gab es eine Strömung, die eine umfassende hauswirtschaftliche Schulung im Rahmen eines Dienstjahres forderte, um die Frauen „so zu erziehen, daß sie imstande waren, mit möglichst geringen Mitteln möglichst rationell zu wirtschaften". Eine große Rolle spielte dabei die propagandistische und praktische Unterstützung der imperialistischen

propagandistische und praktische Unterstützung der imperialistischen

Kriegspolitik durch die bürgerlichen Frauenvereine. Auf einer Tagung des Bundes Deutscher Frauenvereine 1912 z.B. wurde die Forderung nach einer Frauendienstpflicht beschlossen. 1917 gab derselbe Bund Deutscher Frauenvereine seine Leitsätze heraus, „*nach denen wie der Mann auch die Frau ihren Kräften und den ihr von der Natur zugewiesenen Aufgaben entsprechend zu einer regelrechten Dienstleistung verpflichtet*" sei.

Auch Helene Lange, nach der in der BRD zahlreiche Mädchenschulen benannt wurden, war eine der Wortführerinnen derjenigen, die ein weibliches Pflichtjahr forderten: „*Eine Ausbildung soll es sein, die alle einzelnen Stoffe dem einen Zweck unterordnet – in dem jungen Mädchen das Bewußtsein der Verantwortung gegenüber dem Volk, dem Staat zu erziehen, dessen Teil sie ist. Das Dienstjahr soll der Mädchenerziehung abschließend den Stempel der ‚Nationalerziehung' im Fichte'schen Sinn aufdrücken*" (Helene Lange, „Die Dienstpflicht der Frau").

Zwar wurde die Zwangsverpflichtung der Frau niemals gesetzlich verankert und ein weibliches Pflichtjahr wurde nicht wirklich eingeführt. In der Praxis jedoch spielt das keine entscheidende Rolle. Sprechen doch die Zahlen der Frauen, die entweder im Bereich der Sozialfürsorge bzw. der Krankenpflege tätig wurden oder die in die Wirtschaft eingegliedert wurden, für sich! Hunderttausende Frauen meldeten sich „freiwillig" zu fürsorgerischen Zwecken. Man „*mußte durch Propaganda das nachholen, was man bei entsprechender Ausgestaltung der gesetzlichen Handhabung einfach durch Befehle des Kriegsamtes hätte erreichen können*", bemängelte ein Ideologe des Hitler-Faschismus später. (Dies und die folgenden nicht näher bezeichneten Zitate aus: Th. Sonnemann, „Die Frau in der Landesverteidigung", Jahrg. 1939).

Am 17. November 1916 wurde zur Unterstützung der Kriegsführung eine „Frauenarbeitszentrale" gebildet, deren Aufgaben folgendermaßen gegliedert waren:

1. Fürsorge für Landarbeiterinnen,
2. Wohnungsfürsorge,
3. Verkehrsfürsorge,
4. Kinderfürsorge,
5. Nahrungsfürsorge,
6. Heranziehen und Ausbildung von Hilfskräften für die soziale Arbeit.

Es wurde weiterhin ein „Nationaler Ausschuß für Frauenarbeit im Kriege" gegründet, als eine Dachorganisation von 36 Frauenverbänden, der eng mit der Frauenarbeitszentrale zusammenarbeitete. „*Ihm oblag es, für die umfangreichen Fürsorgemaßnahmen freiwillige Helferinnen heranzuschaffen und auszubilden. Außerdem wurden in enger Verbindung mit den Arbeitsnachweisen sogenannte Vermittlungs-, Melde- und Beratungsstellen für weibliche Arbeitskräfte aufgezogen*".

Die bürgerlichen Frauenorganisationen stellten sich voll hinter die imperialistische Kriegspolitik und erklärten: „*Die Frauenvereine werden alles, was in ihrer Kraft steht, tun, um dabei zu helfen, daß jeder Ruf des Vaterlandes zur freiwilligen Rekrutierung Gehör findet, und daß die Frauen alle Lücken, deren Ausfüllung man von ihrer Kraft erwartet, bereitwillig und pflichtbewußt ausfüllen*" („Jahrbuch des Bundes Deutscher Frauenvereine", 1917).

Die Propaganda-Kampagne der Bourgeoisie hatte Erfolg: „*Es bedurfte im allgemeinen auch bis zum Kriegsende hin keiner besonderen Anstrengung, um genügend freiwillige Helferinnen zur Verwundetenpflege zu bekommen, ebenso auch für fast alle Zweige der sozialen Hilfstätigkeit*".

In der Praxis hatte die Bourgeoisie damit erreicht, daß ein großer Teil der deutschen Frauen freiwillig Aufgaben des Staates übernahmen und daß damit die gesamte Sozialfürsorge von der Arbeiterklasse selbst (freiwillig und unentgeltlich) getragen wurde. Zudem waren die Helferinnen natürlich auf diese Weise einer ständigen ideologischen und politischen Beeinflussung im Sinne der Kapitalisten ausgesetzt.

Die Militarisierung in den Betrieben

Die Frauen sind die „industrielle Reservearmee" im Kapitalismus. Das wird so deutlich wie nie, wenn die Bourgeoisie sich anschickt, in Kriegszeiten alle Kräfte zu mobilisieren.

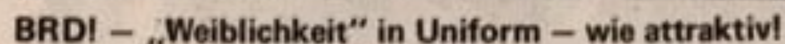
1916 nahm die Heeresleitung auch „die Zügel der wirtschaftlichen Kriegsführung in die Hand". Die Bourgeoisie ließ sogleich die Maske fallen – sämtliche „Rücksichtsnahmen" auf die Frauen waren plötzlich nicht mehr nötig! „*Der überlebte Erziehungsgrundsatz, daß die Frau ins Haus gehört und im öffentlichen Leben nichts zu suchen habe, hatte es bewirkt, daß in der Stunde der Not ein wesentlicher Teil der auch schon zu Beginn des Krieges benötigten weiblichen Ersatzarbeitskräfte nicht so eingesetzt werden konnten, wie es im Interesse der Landesverteidigung erforderlich gewesen wäre*" beklagten sich die Militaristen damals.

Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs standen den rund 7.030.000 Industriearbeitern erst 1.562.000 Arbeiterinnen gegenüber. Am 13.9.1916 schrieb der Chef des Generalstabes deshalb an den Reichskanzler: „*Es gibt ungezählte Tausende von kinderlosen Kriegerfrauen, die nur dem Staat Geld kosten. Ebenso laufen Tausende von Frauen und Mädchen herum, die nichts tun oder höchstens unnützen Berufen nachgehen. Der Grundsatz ‚Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen', ist in unserer Lage mehr denn je berechtigt – auch den Frauen gegenüber*".

Schon Ende 1915 waren sämtliche Betriebe angewiesen worden, die Möglichkeiten eines Austausches von Männern gegen Frauen zu prüfen. Das Ergebnis dieser Untersuchung in den Betrieben war, daß die Zahl der beschäftigten weiblichen Arbeitskräfte von Mitte 1915 bis Mitte 1916 um rund 750.000 zugenommen hatte – in der Metallindustrie stieg der Anteil der Frauen von neun auf 19%, in der chemischen Industrie von sieben auf 25% und in der Elektroindustrie von 24 auf 55%.

Eine zentrale Rolle bei der Eingliederung der Frauen in die Rüstungsindustrie spielten die „Arbeitsvermittlungsstellen". Unmittelbar nach Kriegsausbruch wurden alle Arbeitsämter in der „Reichszentrale für Arbeitsnachweise" zusammengefaßt, um die „Personalbewirtschaftung", wie es hieß, möglichst effektiv im Sinne der Kapitalisten zu gestalten. Die Forderungen der Bourgeoisie gingen so weit, keine Unterstützung mehr bei Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu zahlen, um die Arbeiter zu zwingen, sich in der Rüstungsindustrie zu bewerben! Darüber hinaus waren die Arbeitsämter angewiesen, monatsweise den Bedarf und den Bestand an Arbeitsstunden in ihren Bezirken festzustellen und danach den Einsatz von verfügbaren Arbeitskräften zu regeln. Ohne Zustimmung des Arbeitsamtes sollte niemand beschäftigt werden dürfen, und die gesamte arbeitsfähige Zivilbevölkerung sollte verpflichtet sein, die vom Arbeitsamt zugewiesenen Arbeiten zu übernehmen.





BRD! – „Weiblichkeit" in Uniform – wie attraktiv!

Wenn wir überlegen, welche Verschlechterungen heute schon für die Arbeitslosen eingetreten sind, könnte es die Bourgeoisie bald mit den Zuständen im Ersten Weltkrieg aufnehmen. Sie ist heute z.B. in einem Punkt weit voraus: Sie besitzt dank Datenbank, Computer usw. einen ziemlich genauen Überblick über die Bevölkerung. 1916 noch beklagte sich die Bourgeoisie: „*Vor allem fehlten die Daten, die notgedrungen die Voraussetzung jeder planmäßigen Erfassung darstellten – die Verteilung auf Bevölkerungskreise bzw. Berufe, die Altersstufungen, Herkunft, Wohnort und Familienstand; des weiteren aber auch natürlich die beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten, gar nicht zu reden von einer individuellen Beurteilung der jeweiligen Einsatzfähigkeit ...*"

Am 17.11.1916 wurde zur Unterstützung der Arbeitsämter eine Frauenarbeitszentrale gebildet. Dazu gab es eine Frauenarbeitszentrale beim Kriegsamt, Frauenreferate bei den Kriegsamtsstellen, bei den stellver-

Kriegsamtsstellen, bei den stellver-

tretenden Generalkommandos und bei den Kriegsamtsnebenstellen. So war es deren Aufgabe, in Zusammenarbeit mit dem Nationalen Frauendienst, die Frauen mit List, Tricks und Gewalt in die Industrie zu zwingen. Die Zahlen sprechen für sich: Es gelang, die Gesamtbeschäftigungsziffer der Frauen auf rund 120% der Vorkriegszeit zu steigern, während gleichzeitig der Anteil der männlichen Arbeiter auf etwa 60% sank. In den Erhebungen der Gewerbeaufsichtsbehörde stieg die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte von 1913 bis 1917 um rund 1,2 Mio!

Kapitalistische Rationalisierung – wie wir sie täglich erleben!

Der planmäßige Austausch der weiblichen gegen männliche Arbeiter war begleitet von Veränderungen in den Betrieben selbst. Was auf den ersten Blick vielleicht erscheinen mag als eine „Notlösung" für die Kapitalisten – gilt der männliche Arbeiter doch gemeinhin als besser einsetzbar und vor allem belastbarer – ist in Wirklichkeit für die deutsche Kapitalistenklasse der Anstoß für weitreichende technische Veränderungen und Rationalisierungsmaßnahmen gewesen. Die Notwendigkeit, mit Frauen eine Produktion aufrechterhalten zu müssen, führte sehr schnell zu einer Weiterentwicklung der Massenfertigung und zu einer Mechanisierung der Arbeitsgänge.

So wurden auf der einen Seite in Zusammenarbeit mit dem „Verein deutscher Ingenieure" Ausbildungsmethoden entwickelt, die eine Umschulung bzw. eine Anlernung der Frauen in den Fabriken ermöglichten; auf der anderen Seite wurde die Arbeit in den Betrieben so organisiert, daß nur noch die wenigsten Arbeiten von den Frauen nicht geleistet werden konnten. „*Die Männer konnten nur dort nicht von den Frauen ersetzt werden, wo die Körperkräfte nicht ausreichten*", heißt es in einem Bericht. Um einen Eindruck zu geben, welche Leistungen die Frauen im Ersten Weltkrieg in den Betrieben brachten, hier ein paar Beispiele: „*In einem mitteldeutschen Stahlwerk wurden Frauen nach diesen Methoden in allen Funktionen des angelernten Arbeiters vor den Stahlöfen, in der Gießerei, als Kranführer, an der Walzstraße usw. mit gutem Erfolg eingesetzt, ebenso an Schmiedehämmern und beim Pressen und Abdecken von Geschoßrohkörpern*".

Neben der Mißachtung jeglicher Arbeitsschutzbestimmungen (die z.B. den Einsatz von Frauen gerade an

Fortsetzung Seite 8

USA: Ausbildung weiblicher Soldaten

Im November trat eine Novelle zum US-Gleichberechtigungsgesetz in Kraft, nach der jetzt auch Frauen das „Recht" haben, in der imperialistischen Armee zu dienen. Zwar sind bisher schon 130.000 Frauen in den verschiedenen Waffengattungen Heer, Marine, Luftwaffe und Marine-Infanterie als Angestellte tätig (vor allem im Versorgungsbereich wie Lazarett, Verwaltung, Küche usw.), jetzt jedoch wurden zum ersten Mal 350 Frauen zur Ausbildung in die militärische „Elite"-Anstalt West-Point aufgenommen. Sie sollen nach ihrer Ausbildung als Offiziere der US-Armee in allen Teilen der Welt eingesetzt werden. Schon das Auswahlverfahren macht deutlich, daß nur Frauen, die vorbehaltlos für den US-Imperialismus eintreten, in die West-Point-Akademie aufgenommen werden: Die Kadetten müssen entweder von einem Kongreßmitglied ihres Bundesstaates nominiert werden, sofern sie nicht vom Vizepräsidenten der USA oder vom Army Department im Verteidigungsministerium vorgeschlagen werden („Süddeutsche Zeitung", 9./10.10.76).

Diese Ausbildung weiblicher Militaristen wurde von der bürgerlichen Presse zynisch als „*großer Triumpf für die Frauenrechtlerinnen*" („Welt", 16.10.) und „*Sturm auf die letzten Bastionen der Männerwelt*" herausgeputzt. Demagogisch protestierten alte Militaristen anfangs gegen die Aufnahme von Frauen in West-Point. Der Kommandant der Akademie, Sidney Berry, drohte gar mit Rücktritt. Inzwischen sind sie alle einhellig begeistert von dem noch weitgehend brachliegenden Potential für ihre imperialistische Armee: „*Die girls sind ganz schön zäh und marschieren können sie besser als die boys*" und: „*Die enorme Belastbarkeit von Frauen ist für uns die wichtigste Erfahrung*", meinte Oberst McCarthy, der für das militärische Programm der Luftwaffen-Akademie zuständig ist („Welt", 16.10.76).



Der brutale Drill der Grundausbildung soll den Frauen schmackhaft gemacht werden, indem man ihnen einredet, sie müßten auch auf diesem Gebiet „ihren Mann stehen". „*Den Frauen wurde ... das Gefühl vermittelt, daß sie es den Männern gleichtun können. Diese Sicherheit ist für sie von größter Wichtigkeit*" („Welt", 16.10.76). Die physischen Unterschiede werden durchaus bei der Ausbildung im Sinne der Imperialisten berücksichtigt: „*In einer Studie hat die West-Point-Führung ermitteln lassen, daß Frauen zwar weniger Muskeln im Oberkörper, dafür aber außerordentliche Kraft unterhalb der Gürtellinie besäßen*" („Spiegel", 25/76).

Ebenso wichtig ist die ideologische Aufhetzung der weiblichen Soldaten für ihren späteren Einsatz gegen fortschrittliche Bewegungen in der ganzen Welt. „*Ich halte es für durchaus denkbar, daß ein weibliches Wesen an aktiven Kampfhandlungen beteiligt ist und sich dort bewährt*", sagte ganz offen der Kommandant der Akademie West-Point. Und eine Kadettin meint: „*Wenn eines Tages die Notwendigkeit bestehen sollte, mein Land zu verteidigen, dann wäre ich auch dazu in der Lage*" („Welt", 16.10.76).

USA-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

solchen Arbeitsplätzen verbieten) und dem damit verbundenen erhöhten Kraftaufwand bei der Arbeit verlegten sich die Kapitalisten in der Regel darauf, die Tätigkeiten in den Fabriken arbeitsteiliger zu gestalten, um die Arbeit so „einfacher" zu machen. So gelang es einem großen Werk der Elektroindustrie, *„den Betrieb in so weitgehendem Maße auf Frauenarbeit einzustellen, daß der Anteil der Frauen auf 70 bis 80% stieg. Die wehrfähigen Männer konnten alle für den Frontdienst freigemacht werden. Gegen Kriegsende befanden sich in diesem Werk unter rund 4.000 Arbeitskräften nur noch etwa 50 Reklamierte"*. Ein führendes Werk der Fahrrad- und Schreibmaschinenindustrie steigerte z.B. seinen Anteil an Frauen von fünf auf etwa 70%.

Und wer glauben sollte, eine Umgestaltung, technische Veränderung, Mechanisierung und Anpassung an die weiblichen Arbeitskräfte hätte in erster Linie stattgefunden, um die Frauen zu schonen, der wird eines besseren belehrt. Die Kapitalisten haben mit dieser Umgestaltung und Modernisierung ihrer Produktion ausschließlich mehr Gewinn rausgeholt: *„In Verbindung mit einer Neuorganisierung des Arbeitsablaufes gelang es in den einzelnen Fabrikationszweigen sogar, die bis dahin von Männern ausgeführten Arbeiten in gleicher Menge und gleicher, manchmal besserer Qualität von einer geringeren Anzahl angelernter Frauen erledigen zu lassen"* jubelte die Berichterstattung damals! Eine Munitionsfabrik z.B. erreichte es, daß „durch sinnvolle Umgestaltung des Arbeitsprozesses" bei der Fertigung von 200 Stempeln aus rohem Blech statt zehn Facharbeitern und einer Frau nur noch zwei Facharbeiter und acht Frauen ausreichten.

Die Militarisierung, die die Frauen in der Industrie erfuhren, sowohl im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg, zeichnet sich also aus durch drei Dinge. Erstens geht mit der fortschreitenden Erfassung und dem planmäßigen Einsatz der Frauen ein Abbau ihrer Rechte am Arbeitsplatz voraus und einher. Freie Wahl des Arbeitsplatzes, Arbeitsschutzbestimmungen, Arbeitszeitordnung usw. verlieren jegliche Gültigkeit.

Zweitens lassen die Veränderungen in der gesamten Industrie den Frauen gar keine andere Wahl, als sich um die Arbeitsplätze zu bewerben, die die Bourgeoisie ihnen anbietet. Drittens ging die Militarisierung der Frau einher mit der Schaffung von sogenannten typischen „Frauenarbeitsplätzen". Aufteilung der Produktion in kleine Arbeitsgebiete, Fließbandarbeit und Rationalisierung bis zum Äußersten – das sind Begleiterscheinungen und zugleich Mittel der Kapitalisten bei der Disziplinierung der Frauen in der Industrie.



Die Stuyvesant-Generation geht ihren Weg ...



Lebensmittel werden immer knapper – Kriegsjahr 1917

Was heißt das für uns?

Wir haben uns schon früher gegen jede Einberufung der Frau in die Bundeswehr gewendet – heute gilt das natürlich in verstärktem Maße.

Wir haben öffentlich dem Gerede von der Emanzipation der Frau „im Soldatenrock" entgegenzutreten und dies als hinterhältigen Trick der Bourgeoisie zu entlarven. Die bürgerlichen Frauenorganisationen im Ersten und Zweiten Weltkrieg haben hinreichend bewiesen, wo das „emanzipierte Engagement für's Vaterland" endet!

So haben wir jede versteckte Form der Militarisierung aufzudekken. Aufrufe in jeder Form, sich unentgeltlich, aus „Dienst am Nächsten", der Wohlfahrtspflege zur Verfügung zu stellen, sind nichts weiter, als daß die Arbeiterklasse wieder sich selbst „befürsorgen" soll. So hat z.B. Springer in Zusammenarbeit mit dem Familienministerium eine Aktion „Aktivierung der Frauen" gestartet. Die Frauen werden aufgefordert, „ehrenamtlich anderen Menschen zu helfen". Sie sollen eingesetzt werden in Stätten für Behinderte, Alte, Kranke, Alkoholiker, Ausländer und Strafgegangene. Wir meinen nicht, daß etwa Hilfe für die Hilfsbedürftigen und Gescheiterten des kapitalistischen Systems unterbleiben sollte, sondern machen hier nur auf die Gefahr aufmerksam, daß der b ü r g e r l i c h e S t a a t an die Hilfsbereitschaft, das Mitleid und die Menschlichkeit appelliert, um sie für seine Ziele zu nutzen.

Besondere Aufmerksamkeit auch in den Betrieben! Unter Berufung auf schwierige wirtschaftliche Situationen, das angebliche gemeinsame Interesse am Betrieb und der Erhaltung der Arbeitsplätze, bringen es die Kapitalisten immer noch wieder fertig, große Teile der Arbeiterklasse von ihren Kampfzielen abzubringen. Wo also aus „Sachzwängen" erkämpfte Rechte am Arbeitsplatz aufgegeben werden sollen, beginnt auch schon eine Militarisierung im weitesten Sinne.

Wir weisen an dieser Stelle noch einmal auf die bereits jetzt schon bestehende Situation in den meisten Dienstleistungsbetrieben des Staates hin. In Krankenhäusern und Kinderheimen – alles Frauenarbeitsplätze – wird von den Kolleginnen mit großer Selbstverständlichkeit die Hinnahme des Fehlens grundsätzlicher Arbeitsrechte erwartet (ganz besonders sei hier das Streikrecht genannt). Immer wieder sollen die unmöglichsten Arbeitszeiten, die größten Belastungen, die schlechtesten Arbeitsbedingungen hingenommen werden als Tribut „an die große Sache". In diesem Sinne etwa sehen wir die Militarisierung auch in den Betrieben kommen. *Kämpfen wir dagegen!*

Gegen die imperialistische Kriegspolitik setzen wir noch immer das, was Clara Zetkin vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Basel sagte:

„Wenn wir Frauen und Mütter uns gegen den Massenmord erheben, so geschieht das nicht, weil wir in Selbstsucht und Kleinmut unfähig wären, um großer Ziele und Ideale willen große Opfer zu bringen. Wir sind durch die harte Schule des Lebens in der kapitalistischen Ordnung gegangen und wir sind in ihr zu Kämpferinnen geworden".

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Kurzmeldungen

Prozeß gegen § 218-Gegner

Am 21. Februar dieses Jahres hatte die Flensburger Frauengruppe eine Kundgebung und Demonstration zum ersten Jahrestag des BVG-Urteils zum § 218 durchgeführt, an der damals über 200 Menschen teilnahmen.

Diese Aktion soll jetzt ein gerichtliches Nachspiel haben.

Mit Datum vom 14.9. erhielt kürzlich ein Genosse, der die damalige Kundgebung für die Frauengruppe beim Ordnungsamt angemeldet hatte, vom Amtsgericht Flensburg einen Strafbefehl über 228 DM wegen „Vergehens gegen das Versammlungsgesetz" (§ 25, Nr. 1). Das Gericht wirft dem Genossen vor, daß die Versammlung „wesentlich anders" durchgeführt worden sei, als es bei der Anmeldung angegeben worden sei. Die „wesentliche" Änderung bestehe darin, daß die Kundgebung nicht wie angemeldet um 10.30 Uhr, sondern erst um 11.00 Uhr begonnen wurde. Dadurch habe die für 11.00 Uhr angemeldete Kundgebung des KBW-„Komitees gegen den § 218" 20 Minuten später beginnen und außerdem der für 11.30 Uhr angemeldete „Aufzug" des „Komitees" ausfallen müssen, „weil sich die Teilnehmer einem Demonstrationszug angeschlossen hatten, der sich im Anschluß an die von Ihnen geleitete Kundgebung gebildet hatte".

Wir können nicht bestreiten, daß sich die Kundgebungsteilnehmer tatsächlich an die anschließende spontane Demonstration der Frauengruppe anschlossen. Die Behauptung, der „Aufzug" des KBW-Komitees sei deshalb ausgefallen, ist allerdings falsch. Der KBW-Aufzug wurde trotzdem (mit knapp 20 Leutchen) durchgeführt, wie die ihn begleitenden (etwa gleich zahlreichen) Polizisten eigentlich bezeugen können müßten.

Im übrigen erhoben die KBW'ler auch keine Einwendungen gegen den verspäteten Beginn der Kundgebung.

Die ganze Sache ist offensichlich eine mit den billigsten Vorwänden und dümmsten Lügen zusammengeschusterte Angelegenheit, um den Gegnern des § 218 eins auszuwischen und ihrem Protest möglichst den Stempel der Illegalität aufzudrücken.

Nachdem der betroffene Genosse gegen den Strafbefehl Einspruch eingelegt hatte, erhielt er jetzt die Ladung zur Hauptverhandlung hierüber vor dem Flensburger Amtsgericht. Die Verhandlung soll am 3. Dezember um 9.45 Uhr in Zimmer 115 des Amtsgerichtes stattfinden.

Die Gegner des § 218 sollten diesen Prozeß zum Anlaß nehmen, um erneut ihren Protest gegen den Abtreibungsparagraphen und gegen die Kriminalisierung seiner Gegner zum Ausdruck zu bringen.

KB/ Gruppe Flensburg

Da schmunzelt die Revisionistin?

Einer der „Höhepunkte" des diesjährigen Pressefest der „Humanite" (Tageszeitung der revisionistischen KP Frankreichs) war die Wahl einer „roten Miß". Alle Festbesucher bekamen eine Fragebogen, auf dem die „Vorzugsmaße" angegeben werden konnten. Anhand der etwa 10.000 zurückgegebenen Fragebögen wurde dann ein „Profil" erstellt: Die Augen von Catherine Deneuve, die Hüften von Jane Birkin, 22 Jahre alt usw. Nach diesem „Profil" wurde dann ein Mädchen gesucht und zur „Miß des kommunistischen Frankreichs" ausgerufen.

Rund hundert linke Frauen, die gegen diese Verarschung vorgingen, versuchten auch Frauen der revisionistischen KP in ihren Protest einzubeziehen. Was bekamen sie aber zu hören? „Andere Probleme sind viel wichtiger: die Arbeitslosigkeit, die steigenden Preise, die Erhaltung der Kaufkraft..." und „Jeder macht Miß-Wahlen. Warum sollen wir, die Kommunisten (??), das dann nicht...?". (nach „Radikaal", Ztg. der Pazifistisch-Sozialistischen Partei – PSP, Niederlande – Nr. 17/76).

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Weitere Mißbildungen durch Contergan

Kürzlich sind vier Fälle von Genital-Mißbildungen (fehlende Scheide und Gebärmutter) bei Mädchen im Alter von 14 – 16 Jahren bekannt geworden, deren Mütter während der Schwangerschaft ‚Contergan' eingenommen hatten. War die Tatsache, daß diese Mädchen ‚Contergan'-Schäden hatten, durch äußere Mißbildungen (an Armen und Ohren) schon bei der Geburt augenscheinlich gewesen, so hatten sich die Ärzte wohl auch mit dem, was sie sahen, zufrieden gegeben. Die verantwortlichen Ärzte der Göttinger Frauenklinik gaben als Grund dafür, daß diese Schäden angeblich erst jetzt entdeckt wurden, an, daß *„augenfällige Mißbildungen"*, z. B. an Augen und Ohren, *„den Blick für weniger auffällige Anomalitäten verstellt"* hätten („Spiegel", 45/76)!

Arzt sterilisierte Frau gegen ihren Willen!

Wie willkürlich die meisten „Götter in Weiß" ihre Herrschaft über die werktätigen Frauen ausüben, wird auch deutlich an der Durchführung von Sterilisationen: Auf der einen Seite unterbinden die Ärzte mit den tollsten „Argumenten" die Selbstentscheidung der Frau, wenn sie eine Sterilisation wünscht – sie müsse doch bedenken, daß sie dann keine „vollwertige Frau" mehr sei oder daß sie vielleicht noch den „Mann ihres Lebens" treffen könnte und der dann Kinder von ihr will...usw. Auf der anderen Seite nehmen viele Ärzte sich einfach das „Recht" heraus, Frauen u n g e f r a g t zu sterilisieren.

Kürzlich ist in Kassel eine Frau ohne ihre Einwilligung sterilisiert worden. Das Baby war mit Kaiserschnitt zur Welt gekommen, die junge Mutter lag noch in Narkose. Als sie wieder aufwachte, war sie sterilisiert! Eigentlich wollte sie sich als Verhütungsmittel eine Spirale einsetzen lassen.

Die Frau zeigte den Arzt wegen schwerer Körperverletzung an und klagte auf 70.000 DM Schmerzensgeld. Das Urteil: Ein Jahr auf Bewährung und 30.000 Mark Geldstrafe für den Arzt („Bild", 28.10.76).

Wenn der Quick-Eheberater erzählt ...

Wenn wir zu allen frauenfeindlichen und frauenverachtenden Artikeln der „Quick" Stellung nehmen wollten, brauchten wir die Schreibmaschine gar nicht mehr loszulassen. Da wir besseres zu tun haben, wollen wir nur auf eine Serie der „Quick" eingehen (aus Nr. 37 und 38/76), die die Tendenz dieses braunen Blattes in bezug auf die Frauen sehr deutlich macht. Wissenschaftlich verbrämt, im gestärkten Kittel des „Eheberaters", soll den Frauen der faschistoide Dreck nahegebracht werden.

Teil 1 – Frauen brauchen keine Liebeslust

Dies wird ganz biologisch damit begründet, daß der Orgasmus zum Schwangerwerden der Frau nicht notwendig sei, während im Gegensatz dazu der Mann zwecks Fortpflanzung einen brauche. Damit will „Eheberater" Rüdiger Boschmann nach kurzem gedanklichen Ausflug ins Tierreich, wo uns die Fortpflanzung als höherer Sinn und Zweck unserer Sexualität nochmals eindringlich vor Augen geführt wird, den maßlosen Forderungen der Frauen, „die einen verbrieften Anspruch auf ihren Orgasmus anmelden", endlich einen Riegel vorschieben. Und es überkommt einen auch das schiere Mitleid, wenn er „aus meiner Beraterpraxis" erzählt, von all den armen geplagten Männern, die seelisch von ihren Frauen kaputtgemacht werden, weil sie's diesen Egoistinnen sexuell nicht recht machen können.

Er schwärmt von Zeiten, wo die Ehe noch eine „Schicksalsgemeinschaft" war, die sich gegen eine feindliche Umwelt verteidigte und mit Kindern gesegnet war – heute dagegen gibt es so gräßliche Frauen, die behaupten: „Mein Bauch gehört mir" ...

Aber obwohl die Wissenschaft eindeutig ‚Nein' sagt zum weiblichen Anspruch auf sexuelle Lust, haben die Männer einen tiefsitzenden Wunsch, liebevoll zu ihren Frauen zu sein und ihrem Urtrieb entsprechend Frauen und Kinder zu schützen (wollte man sie nur lassen). *„Klaglos lassen sie sich ausbeuten und ruinieren oft ihre Gesundheit, damit es ihrer Familie an nichts fehlt. Notfalls lassen sie sich zum Schutz ihrer Angehörigen sogar in Kriegen niedermetzeln"*. Und was ist der Dank? Die Frauen wollen mehr und mehr die ihnen „von der Natur auferlegten Pflichten" nicht mehr erfüllen. Sie verhalten sich gründlich unweiblich, wollen oft sogar gegen den Willen des Mannes keine Kinder! Sowas aber auch!

Aber dieser Herr B. will uns nicht bloß zu Gebärmaschinen degradieren, auch unser Streben nach „männlichen" Berufen ist ihm zutiefst zuwider. Dieses Streben sollen wir sein lassen, weil wir sonst an „weiblicher Substanz" verlieren,

Falls das uns noch nicht abhält, hat dieser feine Herr noch schönere Argumente parat: *„Wohl jeder Mann hat in seinem Arbeitsbereich schon diese verbissenen, krankhaft ehrgeizigen Typen kennengelernt, die für ihre Karriere über Leichen gehen"*. Hoffen wir, daß Herr Boschmann dabei ist!

Teil 2 – Wehe, wenn sie die Hosen anhat

Hier geht es den „Emanzipierten", den „Frauenbefreierinnen" an den Kragen. Denn denen geht es gar nicht um Gleichberechtigung, sondern um Vorherrschaft. Aber auch schon Gleichberechtigung ist von Übel: Am Beispiel DDR, das die „fortschrittsgläubigen" Damen angeblich so lockt, wird ein düsteres Bild gezeichnet: *„Im gelobten Land der emanzipierten Frauen arbeitet jeder zehnte Betrieb bereits unter einem weiblichen Meister. Jeder fünfte Ort wird von einem weiblichen Bürgermeister verwaltet ... Sie alle sind finanziell weitgehend unabhängig von ihren Ehemännern – und auch weitgehend von den Kindern. Um die kümmern sich staatliche Fachkräfte"*. Es ist wirklich grauenvoll! Daß auch dort die Frauen oft noch eine zweite Schicht zu Hause haben und die Männer oft nicht besser als die hier sind, erscheint dem „Quick"-„Eheberater" wohl geradezu als Trost ?! ...

Beweis, wie schlimm es um die gute alte Ehe steht, ist ihm die hohe Scheidungsrate in der DDR, aber auch im Westen ist leider schon der Wurm drin, liegt doch die Rate hierzulande nur um ein Drittel unter der in der DDR. Und, jammert Herr

Fortsetzung auf Seite 9

Fortsetzung von Seite 8

B., da wird hier auch noch die Scheidung erleichtert. (O Abendland, dein Untergang!)

Die Forderung „fortschrittsgläubiger Damen" nach einem gleichberechtigten Zusammenleben von Frauen und Männern ohne Zwänge und Abhängigkeiten ist für ihn der Anfang vom Ende. Ja, ist denn das überhaupt noch eine Ehe, fragt sich schaudernd Herr B. Wo kein Zwang mehr bindet, „nur noch Liebe", da bangt er um die Institution Ehe und ihre Funktion als „Schicksalsgemeinschaft".

Aber Herr Boschmann weiß auch, wie die Ehe zu retten ist. Vorgestellt wird ein Prof. Dr. Dr. Karl Saller, „Anthropologe" aus München, mit seinem Ehemodell „Adam und Eva": Erstmal wird vom biologischen Sinn der Einehe, von Kinderaufzucht usw. geschwafelt, wo jeder „den seinem Geschlecht gemäßen Part übernimmt". *„Die Familie ist eine Kampfeinheit, die zusammenhält, um sich gegen die Widrigkeiten der Umwelt zu behaupten. Mit diesem Ehemodell haben wir Hungersnöte, Orkane, ... die Pest und Kriege überstanden. Weltreiche sind untergegangen ... nur die Familie hat alle diese Katastrophen überdauert. Das Überlebensrezept für den Menschen heißt nicht Gesellschaft und nicht Staat, sondern Familie".*

Möglichen Einwendungen, daß dies Modell wohl nichts für die heutige Zeit ist, hält er forsch entgegen: *„Sollte uns aber wirklich das Malheur passiert sein, daß die Technik uns die naturgewollten Funktionen als Frauen und Männer nimmt, dann ist es höchste Zeit, daß sich die industrialisierte Gesellschaft unseren ursprünglichen Bedürfnissen anpaßt – nicht umgekehrt!"*. Zu diesen ursprünglichen Bedürfnissen gehört, wie seinem Lamentieren zu entnehmen ist, die Abschaffung all des modernen Krams wie soziale Einrichtungen, öffentliche Fürsorge, staatliche Sozialleistungen, eben was so alle Reaktionäre als „zuviel Sozialstaat" bezeichnen. Also so eine Art „Zurück zur Natur", damit die Frauen wieder reichlich Beschäftigung haben. Denn wohin der ganze „Sozialstaat" führt, sieht man ja: zur Gleichmacherei, zum Sozialismus. Gar nicht auszudenken! ...

Daß viele Frauen diesen Schreiber in die richtige braune Ecke stellen werden, setzt er gönnerhaft voraus, wenn er meint, er werde *„von freiheitsdurstigen Frauen nun als Reaktionär beschimpft und mit schrillem Hohn überschüttet"* werden. Man sollte ihn mit ganz was anderem überschütten, ebenfalls was Braunem!

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Schlagen die Frauen endlich zurück?

In der „Hessischen Niedersächsischen Allgemeinen" („HNA") vom 23.10.76 war zu lesen, daß es neuerdings immer mehr Männer gibt, die von ihren Frauen verprügelt werden. Unter der Überschrift „Geprügelte Ehefrauen schlagen zurück" glauben Ärzte, Anwälte, Sozialarbeiter und Polizei eine neue Tendenz festzustellen: Es wird behauptet, daß die Zahl der verprügelten Ehefrauen rückläufig sei, die der verprügelten Ehemänner dagegen ansteige.

Die Ursache dieser „Tendenzwende" wird in dem Artikel gleich mitgeliefert: *„Wenn geprügelt wird, ist meist Alkohol im Spiel. Der Frauenalkoholismus steigt aber bekanntlich"*. Es wurde auch schon mal behauptet, daß die Emanzipation der Frau schuld sei an ihrem steigenden Alkoholkonsum. Da das Prügeln der Frauen angeblich mit ihrem Alkoholkonsum zunimmt, haben wir jetzt also den verprügelten Ehemann als neuestes Opfer der Emanzipation der Frau!

In dem Artikel heißt es weiter: *„Außerdem hat der Mann heute nicht mehr die unantastbare Stellung einer patriarchalischen Respektsperson in der Familie wie früher"*. Und deswegen bekommt er also Prügel!

Um diese Behauptung zu belegen, müssen extreme Beispiele herhalten, wie z.B. der abgearbeitete Ehemann, der abends nicht mehr mit seiner Frau ausgehen wollte und regelmäßig von der sich allein „amüsierenden" Frau nach deren Heimkehr verprügelt wurde. Oder der Ehemann, der sich auf dem Speicher verbarrikadiert hatte und von der Polizei vor seiner Ehefrau „gerettet" werden mußte. Oder der Ehemann, der von seiner Frau mit Faustschlägen aus der Wohnung getrieben wurde. Man stelle sich das einmal bildlich vor und schließe dann auf die Häufigkeit solcher Fälle!

Falls die geprügelten Ehemänner Polizei zu Hilfe rufen, bekommen sie den guten Rat: „Seien Sie ein Mann und wehren Sie sich!" Denn jemand, der mit seiner Frau „nicht fertig wird", wirkt lächerlich. Die Frau, verprügelt oder selber prügelnd, ist in unserer Gesellschaft allemal die Schuldige; entweder hat sie ihn so gereizt, daß er zuschlägt, oder sie ist so gewalttätig, daß sie auf ihn losgeht. Bei den im Artikel angeführten Beispielen ist z.B. nicht davon die Rede, daß der Mann die Frau gereizt hat, bevor er die Prügel einstecken mußte. Immerhin wird erwähnt, daß der Mann gegenüber der Frau im Vorteil ist, wenn es darum geht, sich weiterer Schläge zu entziehen. Die Frau ohne Einkommen und noch dazu mit Kindern kann das nicht so leicht, das wenigstens können die Artikelschreiber nicht mehr übersehen.

Mit diesem Artikel wird versucht, das Problem der geprügelten Ehefrauen abzuschwächen und umzudrehen. Mit der Aussage *„Egal, ob Männer oder Frauen die Prügelopfer sind: Die Probleme entstehen in der Regel erst dann, wenn nur ein Ehepartner die Schläge einstecken muß"*, soll die „Prügelehe" als isoliertes Problem zweier gewalttätiger Personen hingestellt werden. Ob einer schlägt oder alle beide, das Problem entsteht nicht durch das Schlagen an sich, sondern war schon vorher da. Die Ursache liegt nicht in den Personen, sondern in den unmenschlichen Verhältnissen, die Menschen dazu bringen, die eigene Unterdrückung gewalttätig weiterzugeben.

KB Kassel/Arbeitsgruppe Frauen

CDU verschärft § 218

Drei Monate nach Inkrafttreten der „Reform" des §218, wonach eine Abtreibung auch bei einer „sozialen Indikation" zulässig ist, wird von der CDU/CSU versucht den Frauen selbst diese beschränkte Möglichkeit noch zu nehmen.

Das bayrische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung hat Bestimmungen zum §218 erlassen, die einzig und allein der Schikane und der Entmutigung der Frauen dienen, die eine Abtreibung wollen. Diese Bestimmungen untersagen es selbst den anerkannten 'Beratungsstellen', nach erfolgter 'sozialer Beratung' der schwangeren Frau auch ein Gutachten über das Vorliegen einer „sozialen Indikation" auszustellen. Außerdem wird der sowieso schon unter Zeitdruck stehenden schwangeren Frau die Aushändigung der Bescheinigung über die erfolgte Beratung verweigert. Das bedeutet, daß die Frau zu einem Arzt gehen muß, der eine soziale Indikation ermitteln könnte. Der wiederum muß erst schriftlich von der Beratungsstelle die Bescheinigung über die erfolgte Beratung anfordern. Dieses bürokratische Verfahren bringt eine zusätzlich Belastung für die Frau und ist so ausgelegt, daß eine Abtreibung auch bei vorliegender sozialer Indikation durch Hinauszögern der Erledigung des Schriftweges unmöglich gemacht werden kann. Dann ist die Frau registriert und steht vor der Kriminalisierung, wenn sie die Abtreibung woanders noch nach der 12-Wochen-Frist vornehmen läßt!

Auch in der Frage der Registrierung der Frauen weicht Bayern mit seinen Bestimmungen von den Bestimmungen anderer Bundesländer ab. Während es nach den Hinweisen für die Beratungsstellen in den anderen Bundesländern üblich ist, die Beratungen und Indikationsangaben nur ohne Nennung des Namens der Frau festzuhalten, ist es in Bayern vorgeschrieben, die Personalien der Frauen aufzunehmen. Wozu – läßt sich denken!...

Baden - Württemberg

In Baden-Württemberg haben vier Kreistage beschlossen, unter Berufung auf ihr „Gewissen", den Kreiskrankenhäusern, deren Träger sie sind, Schwangerschaftsabbrüche bei „sozialer Indikation" zu untersagen. Die Kreistage argumentieren, daß niemand verpflichtet sei, an einem Schwangerschaftsabbruch mitzuwirken; sie als Träger der Krankenhäuser seien eben „Mitwirkende" und hätten daher auch das Recht, Abtreibungen in ihren Krankenhäusern zu verbieten.

Begeistert griff Baden-Württembergs Landesjustizminister Traugott Bender (CDU) diese Beschlüsse auf und kündigte sogleich an, sich für eine entsprechende Beschlußfassung im baden-württembergischen Landtag auch für die der Landesregierung unterstehenden Krankenhäuser einzusetzen. Ein solcher Beschluß würde praktisch eine Abtreibung bei sozialer Indikation in baden-württembergischen Krankenhäusern unmöglich machen.

„Wenn ich dazu beitragen kann, einen Schwangerschaftsabbruch aus sozialer Indikation zu verhindern, würde ich mich genauso verhalten wie zum Beispiel der Kreistag von Biberach", meint der Minister („SZ", 19.10.76). Vorerst würde er aber das Verhalten der Ärzteschaft abwarten, denn wenn die Ärzte von sich aus Eingriffe nach der sozialen Indikation ablehnen, wäre ja eine Entscheidung der Landesregierung ziemlich überflüssig...

Bender ist nicht nur davon überzeugt, daß solche Kreis- und Landtagsbeschlüsse rechtlich zulässig seien, sondern hält auch die Bindung von Ärzten und Pflegepersonal an diese Beschlüsse, selbst wenn sie zur Durchführung von Abtreibungen bereit wären, für zulässig und gerechtfertigt.

Was für ein „demokratisches" Bewußtsein spricht aus diesen Äußerungen!

Gegen diesen Vorstoß wandte sich selbst die Landesärztekammer Baden-Württembergs, die wahrscheinlich befürchtete, daß den Ärzten ihre Kompetenzen streitig gemacht werden könnten.

Bundesjustizminister Vogel (SPD) meinte zu Benders Vorstoß, daß sich immer nur unmittelbar Beteiligte weigern könnten, einen Eingriff vorzunehmen. Jede Interpretation, die darunter auch juristische Personen wie Krankenhausträger fassen wolle, „überdehne" den Wortsinn des Gesetzes („FAZ", 25.10.76). Gegen diese „Überdehnung" des Gesetzes durch die vier baden-württembergischen Kreistage Schritte einzuleiten, sieht dieser Vogel aber „vorerst" keine Veranlassung! Ihn kann es ja auch nicht treffen, gezwungen zu werden, ein Kind auszutragen, das er sich nicht gewünscht hat.

Baden-Württembergs Ministerpräsident Filbinger (CDU) schaltete sich mit der Beteuerung ein: „Wir sind gesetzestreu" („FR", 19.10.76). Filbinger sprach den Kreistagen das Recht zu, sich auch zu Gewissensfragen zu äußern und gab bekannt, daß man durch Gutachten habe prüfen lassen, daß solche Entscheidungen vom Bundes- und Landesrecht her möglich seien. Weiter meinte er, *„es sei eine bare Selbstverständlichkeit, daß sich die Landesregierung ungeachtet ihrer abweichenden Meinung zu dem Gesetzesvorhaben im Bundesrat absolut korrekt verhalte und das Gesetz korrekt vollziehe"*. Seiner Meinung nach würde man aber die Rechtslage auf den Kopf stellen, wenn man aus dem Recht zur Schwangerschaftsunterbrechung eine Pflicht machen wolle. Bei der bestehenden Rechtslage sei es „abwegig", von einer Behinderung bei der Anwendung des neuen Abtreibungsparagraphen zu sprechen! Ein Beschluß wie von Bender gefordert ist nach Meinung Filbingers zwar juristisch möglich, aber derzeit nicht sinnvoll („FR", 19.10.76).

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Springer-Presse hetzt gegen „rotes Kinderhaus"

Im AK berichteten wir mehrfach über das **„Kinderhaus Heinrichstraße"** in Hamburg-Altona – eine in Privatinitiative errichtete Kindertagesstätte mit etwa 60 Kindern. Dem „Kinderhaus Heinrichstraße" wird seit Eröffnung (Anfang August) jede staatliche Förderung verweigert. Angeblich besteht „kein Bedarf" – ein total idiotisches Argument, wie jedem Kenner der Situation klar ist.

So wurde schon seit langem gemunkelt, daß für die Entscheidung der Behörde in Wirklichkeit p o l i t i s c h e Motive ausschlaggebend seien. Von den zuständigen Stellen, bis rauf zum Senator Apel, wurde dieser Verdacht allerdings in der Öffentlichkeit mehrfach entschieden zurückgewiesen. Zugleich wird unter der Hand Stimmungsmache gegen das „Kinderhaus Heinrichstraße" betrieben, was beispielsweise so aussieht, daß Lehrern, die mit ihrer Klasse das „Kinderhaus" besuchen wollen, von der Behörde deutlich „abgeraten" wird – mit klaren Anspielungen gegen „extremistische Drahtzieher".

Das bisher Schärfste auf diesem Gebiet produzierte die Springer-Presse, ganz offensichtlich mit „Material" der Schulbehörde und des Verfassungsschutzes wohlversehen, das ihnen von rechten Vögeln zugespielt worden war. Da taucht dann auf einmal ein *„rotes Kinderhaus"* auf („Welt", 8.11.76), das an einem *„knallroten Faden"* hängt („Hamburger Abendblatt", 29.10.76).

Wer zieht an dem Faden? Für Kenner der Hamburger Szene gibt's da nicht viel zu raten: Der KB, wer denn sonst?! ... Und Schlimmes hat er mit den Kindern vor: Eine **„gut getarnte Kaderschmiede für die ganz Kleinen"** soll das „Kinderhaus Heinrichstraße" sein, wo den Lütten ein *„kommunistisches Bewußtsein"* verpaßt wird („Hamburger Abendblatt", 29.10). Es glaube aber keiner, daß die Journalisten, die solchen Stuß verzapfen, wirklich so blöd sind wie sie tun! Schaut man genau hin, so findet man konkret nur die Angabe, im „Kinderhaus" solle *„das familienbezogene Bewußtsein der Kinder durch ein kollektives Bewußtsein ersetzt"* werden („Hamburger Abendblatt" und „Welt"); das „Abendblatt" wußte außerdem noch zu berichten, im „Kinderhaus" würden die Kinder dazu erzogen, sich gegenüber ihren Eltern und in der Schule *„besser durchsetzen"* zu können. Das ist aber auch schon alles. Dies zu einer „kommunistischen Kaderschmiede" (für Kinder ab 3-4 Jahren!!) hochzustilisieren, bedarf schon einer wahrhaft faschistoiden Phantasie. Und das alles, wohlgemerkt, unverkennbar unter tätiger Mithilfe rechter Behörden-Vögel. Da darf dann auch schon mal ganz offen ausgesprochen werden, was die Behörde sonst gern verschweigt: daß die Gelder dem „Kinderhaus" verweigert werden, **„weil die Behörde gemerkt hat, wer dahintersteht"** („Abendblatt"). Dementiert wurde dies bisher von dem SPD-Rechtsaußen Apel und seiner kinderfeindlichen Riege nicht! ...

Besonders infam ist auch der Angriff der Springer-Presse gegen den FDP-Bürgerschaftsabgeordneten Weber, der sich – ebenso wie einige andere Politiker von SPD und FDP – etwas für das „Kinderhaus Heinrichstraße" eingesetzt hatte: *„Daß der besonders in der Extremistenfrage* (Berufsverbote! – Anm.AK) *engagierte FDP-Linksaußen in Sachen Heinrichstraße beim Senat zu intervenieren versuchte, erstaunt niemand, der um die politischen Hintergründe für die Errichtung dieses Kinderhauses weiß"*. Gerhard Weber, den man wegen seiner DDR-Kontakte eh schon ganz offiziell zum „Sicherheitsrisiko" erklärt hat, soll nun auch noch als „Chaoten"-Freund abgestempelt werden, was er weißgott nicht ist.

Hier wird schlichtweg faschistoide Verhetzung betrieben: Das „rote Kinderhaus" als schreckliche „Kaderschmiede für die ganz Kleinen" ist nichts anderes als eine modernisierte Fassung des guten alten kinderfressenden Kommunisten der Nazis. Wer sehen will, wo Kinder wirklich indoktriniert werden, der sehe sich einen religiösen Kindergarten an („schwarze Kaderschmiede"?) oder die (vom Staat subventionierten!) revanchistischen Jugendverbände oder den Schulunterricht, wo Kinder zu „braven Staatsbürgern" verblödet werden sollen!

Antifa-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Jungdemokraten unterstützen „Kinderhaus"

Die Landesversammlung der Hamburger Jungdemokraten vom 7.11.76 hat einen Beschluß zur Unterstützung des „Kinderhaus Heinrichstraße" gefaßt, den sie uns zur Veröffentlichung zugeschickt haben, *„da wir eine Unterstützung dieser Initiative für dringend erforderlich halten"*. Wir kommen dieser Bitte gern nach und drucken im Folgenden die Resolution ab:

Kinder

„Die DEUTSCHEN JUNGDEMOKRATEN, Landesverband Hamburg, begrüßen die Initiative des „Kinderhaus Heinrichstraße".

Die Landesversammlung stellt fest:

Die aufgrund des mangelnden Angebots an Kindertagesplätzen und der unzureichenden pädagogischen Betreuung in Kindertagesheimen entstandene Privatinitiative des „Kinderhaus Heinrichstraße e.V." versucht zur Schließung der Bedarfslücke beizutragen.

Aufgrund des günstigen Betreuungsverhältnisses zwischen Pädagogen und zu betreuenden Kindern scheint unter den gegenwärtigen Bedingungen eine annähernd optimale Betreuung möglich, die vergleichsweise die in Kindertagesheimen privater und öffentlicher Trägerschaft vorhandenen Voraussetzungen deutlich übersteigt.

Die effektiven Kosten des Pflegesatzes liegen ca. 30% unter denen der „Vereinigung städtischer Kindertagesheime". (404,-DM gegenüber 572,-DM)

Strukturelle Unterversorgung, insbesondere in den zum Einzugsbereich des „Kinderhaus Heinrichstraße" gehörenden Stadtteilen mit einem hohen Arbeiterkinderanteil, sowie der durch zunehmende Berufstätigkeit der Frau hervorgerufenen Nachfrage nach ganztägiger Betreuung der

Fortsetzung von Seite 9

Kinder, lassen die finanzielle Unterstützung dieser Initiative seitens des Hamburger Senats als unausweichlich erscheinen.

Die bisher bekanntgewordene Ablehnung entsprechender Zuschüsse kann vor diesem Hintergrund nur auf die einhellige Empörung der Betroffenen stoßen, zumal in dem vom Senat herausgegebenen Jugendbericht festgestellt wird: „Die Nachfrage nach Kindertagesheimplätzen für Schulkinder übersteigt das gegenwärtige Angebot erheblich." Die vom Senat verfolgte Politik der „Sper"-maßnahmen dürfte kaum zur Deckung des Bedarfs beigetragen haben.

Die D J D begrüßen deshalb die auf Initiative des Bürgerschaftsabgeordneten Gerhard Weber stattfindende „Große Anfrage" in der Bürgerschaft zur Situation der Versorgung mit Kindertagesstätten.

Entschieden wenden wir uns gemeinsam mit den unmittelbar Betroffenen gegen die verleumderische Hetze, insbesondere der Springerpresse, die den Rückhalt der Initiative „Kinderhaus" in der Bevölkerung zu bekämpfen sucht. Damit sollen parteipolitisch unabhängige demokratische Bürgerintitiativen durch feige antikommunistische Parolen abklassifiziert werden.

Die JUNGDEMOKRATEN fordern:

Sofortige Anerkennung des Antrages auf Bezuschussung der Bau- und Investitionskosten

Sofortige Anerkennung des Antrages auf Pflegesatzerstattung in der vom Kinderhaus beantragten Höhe"

Eltern aufgepaßt!

Unter dem Zeichen „Play Big" bringt die Firma Big-Spielwaren ein Polizeiauto heraus, für das mit übler Werbung getrommelt wird („Die Polizei im Dienst – jetzt ist was los!" u.ä.).

Hier sollen die Kinder im frühsten Alter an Polizeieinsätze gewöhnt werden. Hier können brutale Bulleneinsätze, wie z.B. Brokdorf, oder „Terroristenjagd" mit detailgetreuer Ausrüstung gespielt werden. Es wird mit Gummiknüppeln gegen Demonstranten vorgegangen, alles spielbar mit dieser Ausrüstung. Dieses Spielzeug soll auch die Funktion erfüllen, bei den Kindern Illusionen über den wahren Charakter der Polizei zu verbreiten.

Die Konkurrenz-Firma Brandstätter bringt unter dem Zeichen „Playmobil" hingegen für Kinder geeignetere Figuren heraus (Bauarbeiter z.B.). Dies sollten Eltern gerade jetzt vor der Weihnachtszeit beim Einkauf von Spielzeug bedenken. Besonders auch deshalb, weil diese Art von Figuren in Kinderzimmern bereits sehr begehrt sind.

KB/Gruppe Eutin



Freibrief fürs Prügeln!

Nicht im tiefsten Mittelalter, sondern 1976, in Augsburg, wurde das folgende kinderfeindliche Gerichtsurteil verhängt:

„Zwar gebe es auf dem Papier ein gesetzliches Züchtigungsverbot, doch sei es wirklichkeitsfremd, nicht zu sehen, daß dieses Verbot nicht ernstgenommen werde" (nach „die tat" 43/76).

Was war geschehen?

Ein Lehramtsanwärter hatte einigen seiner Schüler erhebliche Verletzungen zugefügt: Eine Schülerin z.B. zog er an den Haaren durch das Klassenzimmer; einen Schüler riß er an den Haaren zu Boden, um ihn dann mit beiden Fäusten zu schlagen und mit den Füßen zu treten.

Mit diesem Gerichtsurteil werden alle Anhänger solcher „Prügel-Pädagogik" zur Nachahmung ermutigt! Auf derselben kinderfeindlichen Ebene liegt auch der CDU-Entwurf für ein neues Schulgesetz im tiefschwarzen Baden-Württemberg. Dort heißt es im § 85: *„Das Grundrecht auf körperliche Unversehrheit wird nach Maßgabe dieses Gesetzes eingeschränkt"* (aus der „Kämpfenden Jugend" 2/76, Zeitung des BDJ/RBJ).

KB/Gruppe Kassel

SPD erfüllt „Wählerwillen" Kindergärten 10 - 20 % teurer

Nürnberg: Nach dem Schwall von Wahlversprechungen kehrt die Nürnberger SPD zu ihrer arbeiter- und kinderfeindlichen P r a x i s zurück: Knapp zwei Wochen nach der Wahl beschloß der Stadtrat mit den Stimmen der SPD-Mehrheit, ab November die Gebührensätze für die Nürnberger Kindergärten und -horte um 10 - 20 % zu erhöhen. Die kurze Frist bis zum Inkrafttreten macht überdeutlich, daß die Spezialdemokraten nur noch die Wahl abwarten wollten.

Die FDP-Fraktion trat für eine noch stärkere Erhöhung ein; einzig der DKP-Stadtrat lehnte die Erhöhung ab. Die CSU-Fraktion hatte sich etwas besonders „Schlaues" ausgedacht. Hatte in der Debatte noch einer ihrer Sprecher die Erhöhung mit dem sinnigen Argument verteidigt, „die freien Träger" (vor allem die Kirche), „die aus Kostengründen höhere Gebühren verlangen müssen", würden sonst kostenmäßig „unterlaufen", so hielt sie es bei der Abstimmung für ratsam, sich der Stimme zu enthalten. Auf diese Weise kann sie je nach Bedarf einerseits beklagen, die Erhöhung sei noch zu gering, andererseits der SPD demagogisch ihre kinderfeindliche Politik vorwerfen.

Die Betrogenen sind so oder so die berufstätigen Frauen (nach „Nürnberger Nachrichten", 14.10.76).

KB/Gruppe Nürnberg



Athener Faschisten und BRD-Journalisten

Im AK 90 (S. 2) veröffentlichten wir eine Namensliste westdeutscher Journalisten, die zu Juntazeiten in Griechenland profaschistische Artikel auf Bezahlungen in einem runden Dutzend westdeutscher Tageszeitungen produzierten. Die Quelle dieser Enthüllung ist die liberale Athener Tageszeitung „To Vima" gewesen, der „Spiegel" Nr. 39 druckte es nach. Inzwischen haben mehrere Betroffene Unterlassungs-Verfügungen erwirkt und dem „Spiegel" mit Strafanzeige gedroht.

Inzwischen hat der „Spiegel" in seiner Ausgabe Nummer 45 weitere erwähnenswerte Dokumente veröffentlicht. So berichtete der Mitarbeiter der Junta im Athener Generalsekretariat für Presse und Information, Manolakis, über seine Gespräche in Westdeutschland vom 17.1. bis 7.2.1973:

„Zunächst sprach ich mehrere Stunden mit unserem Freund, Herrn Meyer-Ranke, der ab 15. Februar 1973 den Posten eines stellvertretenden Chefredakteurs der „Bild"-Zeitung übernehmen soll. Unsere Unterredung drehte sich um folgende Fragen: Möglichkeiten der Herausstellung des schöpferischen Werkes unserer Regierung. ...

Vermittlung für uns nützlicher Kontakte."

in der BRD allein von 1971 – '74 von 2,4 Mio. auf 5,2 Mio. Dollar! Und voll des Lobes erinnerte sich ein Informationsbeamter aus jenen Tagen an die deutschen Journalisten („unsere besten Gäste").

So verbrachte der Chef des „Münchner Merkur", Pucher, gleich mit seiner Frau zusammen seinen Urlaub in Griechenland auf Kosten des Presseministeriums.

Bereits 1969 schlug der damalige Botschafter Delivanis seiner Regierung vor, *„unseren wertvollen Mitarbeiter und Freund Bernhard List, zuständiger Direktor für die Gastarbeitersendungen des Dritten Fernsehprogramms im WDR, samt seinem Team, nach Athen einzuladen. ... Herr List hat überhaupt keine Bedenken dagegen, Filme zu zeigen, die ihm aus Griechenland geschickt werden."* Kontis, Beamter der griechischen Botschaft in Bonn, besuchte am 28.3.69 die Redaktion von „Christ und Welt". Am 4.4.69 erschien unter der Überschrift „Besseres Investitionsklima" ein Jubelartikel in „Christ und Welt" über Griechenland.

Am Intensivsten, wie sollte es auch anders sein, waren die Beziehungen der Junta zum Strauß-Kreis und dem Bayernkurier. Kontis 1969: *„Interessant war mein Besuch bei der bekannten, zu uns stehenden Zeitung von Bundesfinanzminister F. J. Strauß, „Bayernkurier". Der geschäftsführende Redakteur, Bentsch, würdigte mit Genugtuung die Errungenschaften unserer nationalen Regierung."*



Faschistenführer Papadpoulos und seine westdeutschen Freunde: Zoglmann-Sohn Sepp Jörg, MdB Kubitza, MdB Stecker, Dolmetscherin, Regierungssprecher Stamatopoulos, Papadopoulos, MdB Toussaint, Mdb Huys, MdB Zoglmann, PR-Agent Fraser, MdB Ertl.

Doch diese Rundreise des Junta-Abgesandten und die 1.000 DM-Beträge, von denen bisher die Rede war, sind laut Aussage eines für die deutsche Presse zuständigen Beamten des Athener Presseministeriums lediglich „kleine Krümel" gewesen. 1973 waren längst Millionenbeträge für eine gute Westpresse von der Junta in die Taschen etlicher Journalisten geflossen.

Für eben diese gute Presse engagierte die Junta für eine Million Mark den PR-Fachmann Fraser aus England, der es auch tatsächlich fertig brachte, binnen weniger Wochen 78 Gäste, darunter 45 Journalisten und 23 Parlamentsabgeordnete, unter ihnen sechs aus der BRD gratis nach Athen zu fliegen. In Athen wurden u.a. die westdeutschen Bundestagsabgeordneten Hays,Toussaint, Stecker (alle CDU) sowie Zoglmann, Ertl und Kubitza von der FDP vom Junta-Führer Papadopoulos mit den Worten empfangen: *„Griechen und Deutsche sind das Salz der freien Welt."* Aus dem Munde dieses Faschisten wahrlich ein Kompliment für das Musterländle BRD!

Doch auch Sozialdemokraten, diesmal Labour-Abgeordnete aus England, konnten dieser Versuchung nicht widerstehen. Und um auch wirklich wiederkommen zu dürfen, fanden sie nach der Rückkehr aus Griechenland viele Worte des Lobes über die Athener Killerbande.

Die BRD indes blieb für die Juntatruppe der wichtigste und auch ergiebigste Markt. So stiegen die Ausgaben griechischer Regierungsstellen

Und einige Wochen später findet sich auf einer Bewirtungsabrechnung des Presseattaché folgende Notiz: *„Abendessen für Herrn Peter Hornung vom ‚Bayernkurier' im Restaurant ‚Sankt Hubertus' in München, am 21.10.1969. An diesem Abend versprach mir Herr Hornung, daß seine künftigen Beiträge über Griechenland noch positiver ausfallen würden. Er gab mir einen seiner nächsten Artikel zu lesen. Ich billigte ihn."*

Na, wenn das keine Pressefreiheit ist! Verständlich, daß dem „Bayernkurier" das schmähliche Ende der Junta 1974 gar nicht gefiel. Hornungs Kommentar: *„Aus dem Untergrund kommt der rote Mob hervor, schreit ‚Demokratie' und bereitet den sowjetischen Vasallenstaat einer Volksdemokratie vor."*

Daß derlei bezahltes Geschmiere in der BRD nicht juristisch wegen Volksverhetzung unterbunden werden kann, zeigt nur allzu deutlich, wei es steht um den Rechtsstaat BRD mit seiner großartigen Pressefreiheit.

Hübsch ist zumindest, daß die Griechen durch diese Enthüllungen einige Freunde ihrer Junta kennenlernen – und nicht wenige kommen aus der BRD.

Griechenland/Türkei-Kommission

Demokratischer Regisseur unter CDU-Beschuß

Auf rasche Klärung des „Falles Schlöndorff" hat die SPD Bundestagspräsidentin Annemarie Renger gedrängt („Welt", 2.11.760.

Volker Schlöndorff vertritt die SPD-Bundestagsfraktion offiziell im Verwaltungsrat der „Filmförderungsgesellschaft", einer öffentlich-rechtlichen Einrichtung. Gleichzeitig ist er Beiratsmitglied im „Rechtshilfefonds für die Verteidigung politischer Gefangener", der seine Aufgaben vor allem bei den Prozessen gegen die RAF und das „Kommando Holger Meins" sieht, denen er „zentralen politischen Stellenwert" beimißt. Treuhänder des Rechtshilfefonds ist Rechtsanwalt Klaus Croissant.

Damit unterstütze Schlöndorff – so die CDU/CSU – *„durch seine Aktivitäten fanatische Feinde dieses Rechtsstaates"* und sei als Mitglied im Verwaltungsrat der Filmförderungsgesellschaft untragbar.

Als Beleg für Schlöndorffs „Verfassungsfeindlichkeit" bezieht sich die CDU/CSU außerdem auf den Umstand, daß in Schlöndorffs Wohnung in Florenz eine Pistole „entdeckt" worden sei und Schlöndorff deshalb wegen unerlaubten Waffenbesitzes verurteilt sei.

Der Angriff der CDU/CSU zielt darauf ab, die letzten Reste liberaldemokratischer Filmförderungspolitik zu liquidieren und die Filmproduktion noch mehr auf die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" festzulegen.

Antifa-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Springer vor Gericht

Westberlin. Eine zumindest vorläufige Niederlage mußte der Springer-Konzern vor der Landeskartellbehörde im Streit mit dem „Tagesspiegel" hinnehmen. Der „Tagesspiegel" hatte gegen das Wiedererscheinen der Westberliner Ausgabe von Springers „Welt" mit einem mit anderen Springer-Zeitungen gekoppelten Anzeigenanteil geklagt (siehe AK 89).

Die „Welt" erscheint in Westberlin inzwischen wieder, untersagt wurde Springer von der Landeskartellbehörde jedoch die geplante Anzeigenkombination, die Springers Beherrschung des Anzeigenmarktes von zur Zeit 75 % noch weiter ausdehnen sollte. Gegen das Urteil ist jedoch Beschwerde vor dem Westberliner Kammergericht zugelassen („FR", 8.11.76).

Ein weiterer hochinteressanter Prozeß gegen den Springer-Konzern, bei dem es um geheime Kontakte des Springer-Konzerns zum Schah-Regime und dessen eventuelle Beteiligung bei Springer ging (s. AK 90), endete kurz vor dem zweiten Prozeßtermin mit einem außergerichtlichen Vergleich. Offensichtlich wurde der Kläger, der von Springer 700.000 DM für seine Vermittlerdienste mit dem Schah einklagen wollte, inzwischen gut geschmiert, so daß er seine Klage zurückzog und ein weiteres schmutziges Springer-Geschäft im Dunkeln bleibt („die tat", 5.11.76).

Druckkomitee
KB/ Gruppe Hamburg

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF
2 Hamburg 50, Lerchenstraße 75
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.
Auflage 24 500
Erscheinungsweise: 14tägig
Verkaufspreis: DM 1,–
Verlagskonten: Dresdner Bank: 451 8378, J. Reents und Postscheckkonto Hamburg: 240 595, J. Reents
In einem Teil dieser Auflage ist eine Beilage vom Verlag ARBEITERKAMPF enthalten.

„Todesschüsse" der Polizei

Bürgerkriegs-Hetze der Bourgeoisie und juristische Hilfestellung haben dafür gesorgt, daß in den letzten Jahren der Polizei die Schußwaffen immer lockerer sitzen. Es häuft sich die Zahl von Todesopfern. Schon am 19.12.71 schrieb der „Stern", daß in den zurückliegenden zehn Jahren weit über 100 Menschen von der Polizei erschossen worden seien. Seither ist diese Zahl noch erheblich angestiegen. In AK 56 und 60 hatten wir eine erste, notwendigerweise unvollständige, Übersicht über Todesopfer derartiger Polizei-Einsätze gegeben. In diesem Artikel nun wollen wir eine „Nachlese" und eine Aktualisierung geben. Abgesehen davon, daß die Zahl von „glimpflich" verlaufenen Polizei-Schießereien (mit Verletzten oder manchmal sogar ohne) weitaus größer ist als die Zahl der tödlichen Fälle, gibt es auch über die Todesopfer keine vollständigen Angaben:

Nirgendwo werden diese Todesschüsse registriert, weder beim Bundesministerium, noch bei den einzelnen Landeskriminalämtern oder den Staatsanwaltschaften. Denn, so argumentiert der Stuttgarter Generalstaatsanwalt Dr. Blochwitz, *„solche Nachforschungen würden einen Arbeitsaufwand erfordern, den ich den mir unterstellten Staatsanwaltschaften nicht zumuten kann"*. Im Gegensatz dazu werden Angriffe auf Bullen mit und ohne Waffeneinsatz aufs Genaueste registriert. Unter dem fadenscheinigen Vorwand von Statistiken – wie „gefährlich" der Beruf eines Polizisten sei – soll die Berechtigung des „legalen Todesschusses" begründet werden. Der gezielte Todesschuß wurde schon immer angewandt. Mit der gegenwärtigen Legimitation geht es dem Staat „lediglich" darum, dem Polizisten die letzte Scheu zu nehmen, für seine Taten belangt zu werden.

Hier zuerst einige „Nachträge" zu AK 56 und 60:

Im Spätsommer 1970 starb in Frankfurt der 31jährige Fensterputzer Jürgen Will, nachdem er von Kriminalhauptmeister Peter Rossmar zusammengeschlagen wurde. Antrag der Staatsanwaltschaft: Freispruch („FR", 4.12.74).

– Am 30.12. wird in Nürnberg ein unter religiösen Wahnvorstellungen leidender Mann durch mehrere gezielte Schüsse getötet, als er in einem Sexladen Amok läuft und die Einrichtung zertrümmert.

Mit einer Axt soll der Mann auf den Polizisten losgegangen sein. Daher seien die g e z i e l t e n Schüsse berechtigt gewesen. Der Beamte habe in „klarer Notwehr" gehandelt („FR", 30.12.71).

– Am 12.4.71 tötete der POM Werner Menschel seine Freundin Gisela Zuckermeier in Hemau mit sieben Schüssen aus seiner Dienstpistole. Der POM wurde von der Anklage freigesprochen, da er „im Affekt" getötet habe. Außerdem habe er unter Alkoholeinfluß gestanden („FR", 29.3.72).

– Am 27.9.71 wurde in Westberlin ein Autodieb im Handgemenge mit Polizisten erschossen, während er vom Besitzer des Fahrzeuges und einem Taxifahrer festgehalten wurde. Urteil unbekannt.

– Am 31.1.72 wurde ein Autodieb durch Genickschuß getötet, als er in seine Brusttasche griff. Die Untersuchung ergab, daß der Bulle ihm die Waffe ins Genick gedrückt hatte. Der Polizist ist frei. (Beide Fälle: Flugblatt „Exekution statt Notwehr", Protestkundgebung Berlin 1.7.72).

– Februar '72: In Wiesbaden wurde ein 30jähriger Gebäudereiniger erschossen, als er mit einer Pistolenattrappe auf einen Beamten zielte. Er soll vor einem Jugendzentrum Streit mit Passanten bekommen haben („FR", 6.2.72).

– März '74: In München erschossen zwei Beamte der Sonderfahndung einen unbekannten Mann, der sich geweigert haben soll, seine Personalien anzugeben.

Bevor der Mann in das Polizeifahrzeug stieg, soll ihm „nach Ansicht der Polizei" seine Begleiterin noch eine Waffe zugesteckt haben. Unterwegs habe der Mann gebeten, austreten zu dürfen. Der Mann soll dann plötzlich das Feuer auf die Beamten eröffnet haben. Erst dann hätten die Bullen die tödlichen Schüsse abgegeben („FR", 29.3.74).

– Am 8.7.74 wird ein 58jähriger Familienvater von der Polizei erschossen. Der Kraftfahrer Willi Ilgen in Winsen/Luhe hatte gedroht, seine Familie umzubringen („FR", 9.7.74).

– Im Jahre 1974 wurde der Autodieb Ludwig Faix von der Polizei erschossen. Das Ermittlungsverfahren gegen den Todesschützen wurde eingestellt („Stern", 23.1.75).

Ebenfalls im Jahre '74 wurde der Dieb Josef Stieler von der Polizei erschossen. Wegen angeblicher Notwehr wurde das Strafverfahren eingestellt („Stern", 23.1.75).

– 22.12.1975: In Köln verfolgt ein Streifenwagen einen Wagen wegen unsicheren Fahrens. Der Fahrer flieht mit hoher Geschwindigkeit. Der Wagen prallt gegen einen Bus. Zwei Insassen sind sofort tot, drei weitere schwerverletzt. –

Auch in diesem Jahr hat sich die Zahl der Todesopfer weiter erhöht.

– „FAZ", 29.3.76: Ein POM erschießt seine Freundin aus Eifersucht; auch er will „im Affekt" gehandelt haben.

– „FR", 20.3.76: Ein Polizist erschießt einen psychisch Kranken. Als eine Polizeistreife mit Tränengas gegen den Mann vorging, um ihn „kampfunfähig" zu machen, soll er sich mit einer Axt gegen Polizei und Arzt gewehrt haben.

– „SZ", 24.3.76: In Münchhausen wird ein Mann von vier Polizeischüssen tödlich getroffen, nachdem er sich angeblich weigerte, einem Vorführungsbefehl nachzukommen. Er soll eine Schußwaffe auf die Bullen gerichtet haben. Geschossen hat er nicht.

– „Hamburger Morgenpost", 17.4.76: Auf dem Bonner Münsterplatz erschießt ein Bulle einen 24jährigen, der von einem Stand zwei Stiefel klauen wollte. Von einem Prozeß gegen den Bullen wurde bisher nichts bekannt.

– „FR", 21.6.76: In einer Imbißstube erschießt ein Kripobeamter einen Mann, der ihn mit einem zerbrochenen Glas bewerfen wollte. Der Mann konnte noch nicht identifiziert werden. Prozeß und Urteil sind nicht bekannt.

– „FR", 27.6.76: In Mannheim erschießen Bullen einen 25 Jahre alten Mann, nachdem dieser eine Scheibe in einer Gaststätte eingeschlagen hatte.

Welche Aufgaben sich für die demokratische und kommunistische Öffentlichkeit stellen, brachte in zynischer Weise Dr. Peter Metzer, Pressesprecher der Münchner Staatsanwaltschaft, nach der Exekution von Erich Wiesneths auf den Punkt:

„Ohne den Druck der öffentlichen Meinung hätte es eine Festnahme des exekutierenden POM Peter Presse nie gegeben" (siehe AK 56). Gerade mit dieser Öffentlichkeitsarbeit (Aufzeigen der Todesschußpraktiken usw.) muß dem Gerede von „putativer Notwehr" als Legimitation des „Todesschusses" entgegengetreten werden.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Auf „Todesschuß" gedrillter MEK-Bulle

Ach wie harmlos, dieses Keulchen...

Nach Bremen, Hamburg, Nürnberg und Frankfurt will auch die West-Berliner Polizei ab 1. November das berüchtigte Giftgas „chemical mace" einführen. Da mittlerweile die gefährliche und brutale Wirkung dieses Giftgases bekannt ist, versucht SPD-Innensenator Neubauer es der Bevölkerung als „schlagkräftig aber harmlos" darzustellen. 280 „erfahrene" Beamte sollen seine Anwendung in einem sechsmonatigen Versuchseinsatz testen. Angeblich soll dieses auch „chemische Keule" genannte Gas nicht gegen Demonstranten eingesetzt werden; geplant ist allerdings, etwa 6.000 - 8.000 Bullen damit auszurüsten!...

Hilfe erhält Neubauer vor allem von Springer, über dessen Zeitungsorgane er „chemical mace" propagiert. In „chemical mace" ist das Kampfgas CN enthalten, das seit 1925 und durch spätere UN-Beschlüsse international geächtet ist! Ach, wie harmlos ist dies Keulchen!...



Chemical Mace schießende Bullen

Wer ist hier kriminell?

In ARBEITERKAMPF Nr. 92 hatten wir über ein besonders markantes Beispiel für die Bullen-Kriminalität in Westberlin berichtet. Dort waren 23 Polizisten angeklagt, Diebstahl, Hehlerei etc. begangen zu haben.

Wie fast schon nicht anders zu erwarten, hat die Staatsanwaltschaft beim Berliner Landgericht das Verfahren gegen 14 Beamte bereits eingestellt („Frankfurter Rundschau", 10.11.76). Die Ermittlungen gegen die anderen 9 „werden noch weitergeführt".

Ein neuer Fall hat sich ebenfalls in Westberlin zugetragen: Dort sind vier Zivilfahnder in den Verdacht der Zuhälterei geraten. Einer der vier gehört zu den erfolgreichsten Zivilfahndern der Westberliner Polizei. „Wegen seiner Erfolge war er mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden" („FR", 22.10.76). Die vier Beamten sind natürlich auch nicht vom Dienst suspendiert worden, sondern in eine Einsatzbereitschaft versetzt worden.

Diese kriminelle Entwicklung einzelner Polizeibeamter, die quasi als Abfallprodukt der Faschisierung im Polizeiapparat anfällt, nimmt gerade in letzter Zeit breite Ausmaße an.

- In Recklinghausen ist ein Kriminalhauptmeister unter Diebstahlverdacht in U-Haft genommen worden („FR", 26.10.76).
- Wegen schweren Diebstahls steht ein Polizeihauptmeister in Essen vor Gericht („FR", 16.9.76).
- In Hamburg verkaufte der Polizist Peter H. Informationen, die er als Beamter bekommen hatte, an eine private Detektei („Hamburger Morgenpost", 10.9.76).
- Der oberste Polizeichef „einer süddeutschen Großstadt", wie es taktvollerweise in der „Bild" vom 5.11.76 heißt, der sich bei seinem Amtsantritt über die ständig steigende Kriminalität beklagt hatte, soll eine junge Frau während einer Bahnfahrt belästigt haben.
- In Kronberg stehen 18 Polizisten wegen Bestechlichkeit vor Gericht („FR", 27.10.76).

Antifa-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

AntiFa–Kurzmeldungen

Massenmörder Kappler frei?

In Kürze soll der bisher in Italien einsitzende SS-Kriegsverbrecher Kappler freigelassen werden. Auf sein Schuldkonto kommt u.a. die Erschießung von mehr als 300 italienischen „Geiseln" in Rom! Als offizielle Rechtfertigung wird Kapplers Gesundheitszustand angeführt. Tatsächlich ist die Freilassung jedoch als Erfolg der seit Jahren laufenden und gerade in letzter Zeit verstärkten Kampagne zugunsten Kapplers und anderer Nazi-Verbrecher (Reder, Heß u.a.) zu sehen. Wie bei Heß ist es Faschisten verschiedener Färbung auch im Fall Kappler gelungen, zahlreiche „Persönlichkeiten" für ihre Zwecke zu gewinnen – bis hin zu Kirchenpräsidenten, Bundestagsabgeordneten usw.

* * *

Faschist wegen Beleidigung Wiesenthals verurteilt

In Frankfurt wurde Anfang November der Journalist Wolf-Dieter Rothe wegen Beleidigung Simon Wiesenthals (Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrums über NS-Verbrechen in Wien) verurteilt. Rothe hatte einen offenen Brief „an Gesinnungsfreunde" verbreitet, in dem gegen Wiesenthals als „Eichmann-Jäger" gehetzt und behauptet wwurde, er wolle mit seiner „Eichmann-Mafia" „alle Deutschen ausrotten" („Frankfurter Rundschau", 3.11.76). Die „Strafe" dafür: 450 DM! An Gesinnungsfreunde Rothes mangelt es gerade in Frankfurt nicht: Hier ist der Sitz des „Kampfbundes Deutscher Soldaten" des Faschisten Schönborn, der zum Kreis um den Nazi Roeder gehört. Roeder und seine Bande haben schon einmal Ausschreitungen organisiert, bei denen Wiesenthal, der als Gerichtszeuge in einem antifaschistischen Prozeß aussagen sollte, im Gericht beschimpft und bedroht wurde. Die Pöbeleien Rothes gegen Wiesenthal entsprechen überdies wörtlich dem jahrelangen Gegeifer Roeders.

* * *

NPD bankrott?

Das mickrige Wahlergebnis der NPD (0,3%) hat finanzielle Folgen: Sie muß mehr als 950.000 DM Wahlkampfkostenerstattung zurückzahlen, die sie auf der Berechnungsgrundlage früherer Wahlergebnisse im voraus erhalten hatte. Schon nach der Wahl 1972 mußte sie zurückzahlen (damals war sie auf nur noch o,6% statt der 4,3% von '69 gekommen). Damals wurde ihr von der Bundesregierung aber eine großzügige, nämlich auf Jahre angelegte Abstotterungsmöglichkeit eingeräumt. Dabei wurde auf das Geld spekuliert, das die NPD auch in Zukunft für ihren Wahlkampf bekommen würde. Vorausgesetzt allerdings, sie kommt mindestens auf 0,5%. Damit ist's nun allerdings Asche. Aber noch ist Deutschland (s Faschistenpartei) nicht verloren. Die NPD hat bereits um neue „Verhandlungen mit der zuständigen Verwaltung des Bundestages gebeten" („Frankfurter Rundschau", 5.11.76).

* * *

NSDAP-Wegner verurteilt

Gegen zwei Mitglieder einer NSDAP-Gruppe, die in Verbindung zu der NSDAP/AO-Bande des G. Lauck steht, wurden Anfang November Urteile gefällt: Der ehemalige Unteroffizier Willi Wegener erhielt 39 Monate, der ehemalige Zöllner Ralf Ollmann 21 Monate Freiheitsstrafe. Ollmann erhielt Bewährung, läuft also frei herum.

Die Faschisten wurden für mehrere Schändungen antifaschistischer Gedenkstätten und jüdischer Friedhöfe, Nazi-Schmierereien, einen Brandanschlag auf den linken Buchladen „polibula" in Göttingen und schließlich einen Einbruch, bei dem sie mindestens acht Maschinenpistolen mitgehen ließen, verurteilt. *„Beide Angeklagte distanzierten sich in der Verhandlung von ihren Taten und gaben an, heute ‚voll auf dem Boden der Verfassung' zu stehen"* („Frankfurter Rundschau", 11.11.76).

Standrechtliche Todesstrafe gefordert

Winfried Martini, Preisträger der CDU-nahen „Deutschlandstiftung" und Kommentator im Bayrischen Rundfunk, forderte in der rechtsradikalen Zeitschrift „Die Zeitbühne" (Herausgeber: William S. Schlamm, ebenso wie Martini „Welt"-Kolumnist!):

„*...Der Vorschlag Richard Stücklens, die Todesstrafe für Geiselnahmen wieder einzuführen, scheint unrealistisch zu sein; er selber bezweifelt eine abschreckende Wirkung. Doch es geht nicht um Abschrekkung, sondern darum, den Zeitraum zwischen der Verhaftung eines Terroristen und der Urteilsvollstrekkung auf ein Minimum zu reduzieren, so daß andere Terroristen nicht die Möglichkeit haben, eine Geiselnahme zur Befreiung der Gefangenen zu planen und durchzuführen. Wenn man sich von der Todesstrafe überhaupt etwas verspricht, dann hätte sie nur Sinn bei gleichzeitiger Einführung von Standgerichten und sofortiger Urteilsvollstreckung....*"

(„Zeitbühne", Oktober 1976).

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Ein kleiner Reichstagsbrand?

Schleswig: In der Nacht zum 11.10. 76 brannte der „Wikinghof" des Radau-Faschisten Uwe Rohwer ab. Daß uns so etwas nicht gerade zu Tränen rührt, dürfte dem aufmerksamen AK-Leser nicht entgangen sein! Handelt es sich doch um ein Übungslager der offen terroristisch auftretenden „Wiking-Jugend", über das wir schon im AK 69 berichteten: *„Fremden ist der Zutritt zu dem mit Schäferhunden bewachten ‚Wikinghof' in Dörpstedt (Kreis Schleswig) verwehrt... Zeitweise wird der Hof von bewaffneten, schwarzgekleideten jungen Männern bewacht. Türen und Wände der Gebäude sind mit Odalsrunen und Nazisymbolen beschmiert"*.

Auf diesem ca. 1,5 ha großen Hof fanden in den letzten Jahren regelmäßig „Jugendlager" statt. Im Sommer '75 waren es ca. 80 Kinder und Jugendliche zwischen 8 - 16 Jahren, die daran teilnahmen: *„Nachts sangen die Jugendlichen laut (das konnte man hören), ‚Für Adolf Hitler kämpfen wir', ‚Straßen frei, SS marschiert' und ‚Hoch deutscher Adler'... Über den ideologischen Unterricht hinaus steht Exerzieren, Drill und Marschieren auf dem Programm. Einmal beobachtete die Bevölkerung, wie Rohwer mit vier kleinen Mädchen auf einem öffentlichen Weg durch den Sumpf marschierte und rief ‚Panzer von links', ‚Tiefflieger von vorn', worauf die Mädchen mit der Nase in den Dreck mußten"* („Flensborg Avis", Zeitung der dänischen Minderheit, 7.10.75, aus dem Dänischen übersetzt). Vor kurzem erst zeigte das ARD-Magazin „Monitor", daß es sich bei der „Wiking-Jugend" um eine faschistische Schlägerbande handelt, als diese WDR-Redakteure zusammenschlug.

Jener Rohwer, „Gauführer Nordmark" der WJ, Mitglied der NPD und des „Bund Volkstreuer Jugend", „Referent für Jugend" in „Stahlhelm", präsentiert sich des öfteren auch bei Aktionen der inzwischen berühmt-berüchtigten Roeder-Christophersen-Bande. So z.B. auf dem „Reichstag zu Flensburg" am 23.5.75, wo er Antifaschisten mit stehendem Messer bedrohte!

„Rote Mordbrenner..."

Die Faschisten wußten natürlich sofort, wer die „Brandstifter" waren. In einem dreiviertel seitenlangen Hetzartikel „Rote Mordbrenner gegen Wiking-Jugend" heißt es in der „National-Zeitung" (NZ): „Kommunistische Verbrecher haben in Dörpstedt-Bünge ... mit einem nächtlichen Brandanschlag den ‚Wikinghof' eingeäschert" („NZ", 29.10.76). Eine dreiste Provokation, haben die Nazis nicht einen Funken von Beweis. In Ermangelung von Beweisen müssen für Rohwer *„Hetzartikel gegen mich und meine Jugendarbeit im kommunistischen ‚Arbeitskampf'* " (ob er den „Arbeiterkampf" meint?) herhalten. Da das wohl als Beweis ein bißchen dürftig ist, behauptet Rohwer zusätzlich in einem Interview: *„Im Februar oder März dieses Jahres bekam ich zunächst einige Anrufe abends. Ich wurde beschimpft: ‚Rohwer, Du Faschistenschwein, Dich machen wir fertig!'* " („NZ", 29.10. 76). Drohbriefe will er auch erhalten haben... Wenn das kein Beweis ist! Außerdem bemerkte er, *„daß des öfteren Leute mit Autos in der Nähe herumkurvten und mit Teleobjetiven Photos vom ‚Wikinghof' machten"* („NZ", 29.10.76). So einfach ist das: Wer fotografiert, steckt Häuser an!

Kripo hilft!

Und weiter im Interview: *„Frage: Sie vermuten die Täter im Bereich solcher kommunistischen Sekten wie KBW und ähnliche? Rohwer: Ja, daran besteht kaum Zweifel. Der Besitzer eines der Autos, die den Wikinghof umfuhren, offenbar um auszukundschaften, gehört dem KBW an.* **Das hat mir die Kripo bestätigt"**! Ob da nun wirklich ein Genosse vom KBW war oder nicht, mag dahingestellt sein.

Der Hammer ist aber, daß die Kripo solchen Elementen wie Rohwer, der mit dem Messer auf Antifaschisten losgeht, Namen von Linken bekannt gibt, über Kommunisten ins Plauschen kommt und ihm *„erklärt, gerade in diesen Kreisen seien Ermittlungen sehr schwer zu führen, da Kommunisten sich an die hiesigen Rechtsauffassungen nicht gebunden fühlen und sozusagen jeden Meineid schwören. Diesen Leuten sei das schmutzige Handwerk nur sehr schwer zu legen...* **Bisher habe ich keinen Grund zur Annahme, daß von Seiten der Polizei nicht genügend getan wird.** *Einige Beamte jedoch meinten, es sei heutzutage schwierig, konsequent zu ermitteln, da die Liberalisierung in Justiz und Polizei schon zu weit fortgeschritten sei"* („NZ", 29. 10.76).

Es bleibt abzuwarten, welche seltsamen Früchte diese herzliche Zusammenarbeit zwischen Polizei und Faschisten noch haben wird!



„Die Polizei hat aus Gesprächen mit Leuten aus der Gemeinde den Eindruck gewonnen, daß die Bevölkerung meint, daß der Bus etwas mit Transporten von Waffen zu tun hat" („Flensborg Avis", 7.10.75).

Rohwer auf dem von Roeder und Christophersen inszenierten „Reichstag zu Flensburg" am 23.5.75

Rohwer auf dem von Roeder und Christophersen inszenierten „Reichstag zu Flensburg" am 23.5.75

Faschisten-„Kultur" in trauter Verbundenheit mit CDU-Faschisten

Am 6.11.76 trat im Saal des Evangelischen Gemeindezentrums in Bonn die faschistische Agitationstruppe „Die Zeitberichter" auf, die u.a. von Freys „Deutschen Nationalzeitung" besonders empfohlen wird.

Zur Durchführung dieses Auftritts hatte sich die ganze Bande von revanchistischen, reaktionären und faschistischen Organisationen zusammengetan:

Der Saal wurde von Klaus Vilter, Funktionär des „Bundes der Vertriebenen", Bonn, bestellt; er handelte im Auftrag der „Staats- und wirtschaftspolitischen Gesellschaft e.V.", in der das frühere CDU-MdB Mißbach (der heute noch in seinen „Vertraulichen Mitteilungen" faschistische Hetze betreibt und u.a. aktive „Solidarität" propagiert mit den chilenischen Faschisten) eine führende Rolle spielt.

Darüber hinaus waren folgende Organisationen mit von der Partie:

- Arbeitskreis Bonn der Deutschlandstiftung e. V.", einem Zentrum der StrauSS-orientierten Rechten;
- der „Kulturpolitische Arbeitskreis Rhein-Ruhr-Wupper e.V."

- Rechten;
- der „Kulturpolitische Arbeitskreis Rhein-Ruhr-Wupper e.V."

- der Kreisverband Bonn des „Bundes der Vertriebenen";
- der Landesverband NRW des „Freien · Deutschen Autorenverbandes", einem reaktionären Gegenstück zum PEN-Club;
- das „Deutsche Kulturwerk europäischen Geistes e.V", die „Kultur"zetrale der Faschisten um die NPD.

Am 16.11.76 sollen „Die Zeitberichter" in Hamburg (Hamburg-Haus) in einer Veranstaltung des „Freundeskreises Filmkunst e.V. Hamburg", einem örtlichen Anleger des DKEG, auftreten.

Dieser „Freundeskeis Filmkunst" veranstaltet alle 4 Wochen Filmvorführungen; es werden meist Filme aus der Nazi-Zeit gezeigt.

In den Rundbriefen des „Freundeskreis Filmkunst" findet sich neben der Ankündigung von Revanchistenveranstaltungen im „Haus der Heimat" auch die Aufforderung, Veranstaltungen des reaktonären „Hamburger Elternbundes" zu besuchen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Faschist im Schuldienst

Waren es bisher vorwiegend CDU-regierte Bundesländer, in denen sich aktive Faschisten ungestört im Schuldienst tummeln konnten, so hat jetzt die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen (SPD) diese Praxis übernommen:

Noch immer ist der Faschist **Uwe Klaas** als Realschullehrer tätig.

Klaas ist seit 1969 Lehrer in Bergkamen. 1970 wurde er Vorstands-

Klaas als Realschullehrer tätig.

Klaas ist seit 1969 Lehrer in Bergkamen. 1970 wurde er Vorstands-

mitglied in der **NPD**, trat jedoch später zur **„Deutsch-Sozialen Aktion" (DSA)** über, weil ihm die NPD zu wenig radikal war. Er gehörte zu den Hauptverantwortlichen der **„Aktion Widerstand"**.

Am 27.11.70 wurde er bei einer Anti-Brandt-Aktion vorübergehend festgenommen; am 15.12.70 war er bei der gewaltsamen Störung einer Juso-Veranstaltung in Bergkamen dabei; im Februar 1971 Störungen von SPD-Veranstaltungen in Düsseldorf; am 6.3.71 Demonstration vor dem Haus des Ministerpräsidenten von NRW, das mit Parolen wie *„Hier wohnt der rote Volksverräter Kühn"* beschmiert wurde.

1973 und 1974 antworteten staatliche Stellen auf Anfragen des „Pressedienstes Demokratische Initiative" (PDI), die auf die Entlassung von Klaas drängten, *„es werde noch ermittelt"*. Seit Oktober 1976 stehen nun endlich Klaas und die Faschisten Lachenicht, Volker und Willi Dau wegen „Sachbeschädigung, Beleidi-

nun endlich Klaas und die Faschisten Lachenicht, Volker und Willi Dau

wegen „Sachbeschädigung, Beleidigung und Widerstand gegen die Staatsgewalt" vor Gericht (siehe dazu den Artikel: „Der Fall perplex" in AK 92).

Das für Klaas zuständige Regierungspräsidium Arnsberg ist auf der anderen Seite dafür verantwortlich, daß Lehrer aufgefordert wurden, Mitglieder der „Jungen Pioniere" (DKP-Jugendorganisation) zu denunzieren (nach „PDI-Hintergrunddienst" vom 15.11.76).

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Wildgewordene Kleinbürger

In der Hamburger Ortsgruppe der „KPD/ML" toben seit einigen Monaten ein paar wild gewordene Kleinbürger herum, die das ansonsten in dieser Sekte übliche Niveau noch bei weitem übertreffen. Ohnmächtiger und hirnloser Haß gegen den Kommunistischen Bund ist das Hauptmotiv für das Treiben dieser Clique. Daß sie „die KB-Führer" als **„Wasserträger des Sozialimperialismus"** oder **„Minitiaturausgaben von Trotzki"** begeifern, wundert schon niemanden mehr. Ebenso wenig überraschend ist ihre vollständige Blindheit gegenüber der Realität, die sich niederschlägt in permanenten Beschwörungen wie etwa: *„Die wirklich ehrlichen Anhänger des KB werden den trotzkistischen Führern zunehmend die Quittung geben. Sie werden sich der KPD/ML zuwenden und sich einreihen in den revolutionären, kompromißlosen Kampf"* (aus einem Flugblatt).

Inzwischen gibt sich diese Clique aber damit schon nicht mehr zufrieden: ***„Die KB-Führer sind keinen Deut besser als die Faschisten!"***, lautet ihre neueste Erkenntnis, die sie kürzlich in einem Flugblatt kund taten. ***„Die proletarische Revolution wird mit ihnen genauso abrechnen wie mit allen anderen Abteilungen des Klassenfeindes"***. Einem namentlich genannten „KB-Führer" wurde in diesem Flugblatt gar angedroht, er werde ***„das bekommen, was er verdient: den Strick oder die Kugel!"***.

So also stellen sich diese Leute die „Revolution" vor! Ein Glück nur, daß nicht diese Narren die Revolutionen machen werden, sondern die Arbeiterklasse! Der Ton dieser Leute, der Ernst Aust, Detlef Schneider & Co., unterscheidet sich nicht im Geringsten mehr von den faschistischen Drohbriefen, die ständig beim ARBEITERKAMPF eingehen.

Und was hat diese Leute so aus dem Häuschen gebracht, daß ihre perverse Phantasie in Mord und Totschlag schwelgt? Ein Artikel aus dem AK 90, „Nazi im ‚ML'-Pelz". Es geht dabei um ein Flugblatt, das Ende August vor Hamburger Berufsschulen verteilt wurde und auf dem als Verantwortlicher der stadtbekannte Hamburger Faschist Michael Borchardt („Faschistische Front") angegeben war. In diesem Flugblatt wurde zur Teilnahme an einer Demonstration der „KPD/ML" aufgerufen. Wir berichteten in diesem Zusammenhang, daß Borchardt von Frühjahr 1969 bis Anfang 1972 Mitglied der „KPD/ML" war und forderten die „KPD/ML" auf, zur Klärung der Hintergründe dieser Provokation beizutragen.

Die Reaktion ist jetzt das zitierte Mord- und Totschlags-Flugblatt der „KPD/ML" unter dem Titel *„KB-Führer und Faschist Borchardt Hand in Hand gegen den Kommunismus"*. Neben langem, inhaltslosen Gegeifer (*„Trotzki – der Ahnherr des KB"* usw.) enthält dieses Flugblatt auch die Behauptung, das angebliche Borchardt-Flugblatt sei von zwei *„KB-Sympathisanten"* verteilt worden. Also, so die Schlußfolgerung, eine geschickt eingefädelte Provokation der „trotzkistischen KB-Führer"...

In ihrer ersten, knappen Erklärung hatte die „KPD/ML" noch geschrieben, das Flugblatt sei von einem *„bekannten Personenkreis"* verbreitet worden. Sicher hätten diese Leute es doch kaum verschwiegen, wenn sie ernsthaft der Meinung gewesen wären, die Verteiler seien „KB-Sympathisanten"? Vielmehr ist dies die Version, zu der man sich jetzt, nach unserem Artikel im AK, durchgerungen hat.

Der in dem „KPD/ML"-Flugbl. jetzt als Verteiler genannte **Uwe Zabel** ist uns bisher nicht bekannt. Der andere Verteiler, **Jan H. Lütje**, ist dafür umso besser bekannt. Er ist seit etwa 1973 Sympathisant der „Roten Garde" und der „KPD/ML", liegt mit diesen allerdings auch wegen seiner seltsamen Spielchen und Provokationen ständig im Streit. Seine „Sympathie" für den KB drückt sich darin aus, daß er uns öffentlich im „ML"-Jargon als „Politgangster" u.ä. bezeichnet. Dies alles ist der „KPD/ML" zweifellos bestens bekannt.

Nach den bisher vorliegenden Informationen ergibt sich das Bild, daß der Faschist Borchardt in der Tat wohl nichts mit dem in seinem Namen verteilten Flugblatt zu tun hatte. Verantwortlich dafür ist vielmehr die „ML"-Gruppe um Lütje, die jetzt behauptet, sie habe den Namen von Borchardt unter das Flugblatt gesetzt, ohne sich etwas dabei zu denken, weil ihnen dieser Name gerade eingefallen sei.

Diese Version erscheint uns total unglaubwürdig. Es spricht in der Tat alles für eine **Provokation**. Wir vordern die „KPD/ML" nochmals auf, bei der Klärung mitzuwirken, statt alberne Lügen in die Welt zu setzen. Wir machen uns dabei wenig Hoffnung, die wildgewordenen Kleinbürger Aust, Schneider & Co. noch zur Vernunft bringen zu können. Wir setzen jedoch auf die Bereitschaft von revolutionären Genossen der „KPD/ML", die es mit dem antifaschistischen Kampf ernst meinen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Polizeiaktion gegen „NSDAP"-Gründung

13 Faschisten, die am 6. November im Westberliner Stadtteil Neukölln, Kirchhofstr. 13, gerade eine Ortsgruppe der (verbotenen) NSDAP gründen wollten, hatten ausnahmsweise Pech: Sie wurden von Polizisten bei ihren „Feierlichkeiten" gestört. Anführer der Bande ist offensichtlich der 44jährige Erich Seyfried („Abend", 8.11.76). Die Hausdurchsuchung ergab, daß die Nazis sich beileibe nicht auf bloße Propaganda-Arbeit beschränken wollten:

Neben Flugblättern, Bildern und Schriften aus der Nazi-Zeit und einer Hitler-Büste wurden mehrere Hieb- und Stichwaffen, Gewehre und aufgebohrte Gaspistolen gefunden! Nach Polizei-Angaben wurden *„Hinweise auf Verbindungen mit Nazi-Gruppen in Amerika und in einer anderen deutschen Stadt gefunden"*. („Welt", 8.11.76).

Die kriminelle Faschistenbande – elf Männer und zwei Frauen – hatte außerdem „Korrespondenz mit rechtsradikalen Organisationen" unterhalten, „die den Ermittlungsbehörden meist bekannt sind" („SZ", 9.11.76). Später wurden weitere zehn Wohnungen durchsucht („Welt", 8.11.76).

Die Westberliner Polizei setzte die kriminelle Bande nach vorübergender Festnahme allerdings wieder auf freien Fuß!

Außer dieser Aktion sind in letzter Zeit eine Reihe von Polizei- und Justiz-Maßnahmen gegen Faschisten bekannt geworden: Erinnert sei u.a. an die „Verurteilungen" Roeders und Eckarts, der Nazis Wegener und Ollmann (siehe dazu in diesem AK), an den Prozeß gegen Floth (siehe AK 92) usw.

Dabei handelt es sich durchweg um offene oder nur dürftigst verhüllte Freisprüche, also Freibriefe für die Faschisten weiterzumachen. Diese Schein-Offensive des Staatsapparats gegen Faschisten – bereits vor einigen Wochen durch einen Bericht des Generalbundesanwalts Buback angekündigt – erinnert an das Vorgehen der BRD-Justiz und -Behörden beim Verbot der faschistischen SRP 1952. Der (praktisch folgenlose) „Schlag" gegen die Faschisten diente damals als „Legitimation" für die gleichzeitige Verfolgung und die schließlich 1956 im Verbot mündende Illegalisierung der KPD.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Nazi-Nostalgie auch in England



Das Geschäft mit Krieg und Nazi-Nostalgie blüht nicht nur in der BRD: Seit September erscheint in England eine Serie von Nachdrucken alter Tageszeitungen aus der Kriegszeit 1939 bis 45 („War Papers").

Mit einem Werbefeldzug im Fernsehen und Radio für ca. 1,5 Millionen Mark vorbereitet, sollen nach und nach etwa 50 solcher Zeitungen erscheinen. Unter dem Vorwand, Geschichte „originalgetreu" zugänglich zu machen (in der BRD gibt es da z.B. Nachrucke des „Völkischen Beobachter" und anderer Nazi-Blätter), werden vor allem große Schlachten und sonstiges Militaristisches aufgewärmt. Verleger Cavendish (Jahres-Brutto-Profit 1975: 2,28 Millionen Pfund, etwa 8 Millionen Mark) rechnet mit einem breiten Interesse an solchen Kriegs-Stories (Angaben nach: „Observer", 24.10.76).

Gleichzeitig hat er auch speziell den Hitler-Fans und sonstigen Nazis was zu bieten. In mehreren Hunderttausend Auflage (Nummer 1 der „War Papers": 700.000, Nummer 6: über 300.000) verbreiten die Nachdrucke Woche für Woche an Zeitungsläden und Kiosken Hakenkreuze und andere Nazi-Symbole: Natürlich „streng im Dienste der historischen Wahrheit"! Bisheriger „Knüller" ist der ganzseitige, farbige Nachdruck eines Original-Hitler-Posters („Ein Volk, ein Reich, ein Führer!").

Die Nazis in England (die schon vor Jahren Zettel verbreiteten: „Hitler hatte recht") werden's dem Kapitalisten danken.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„Haymarket" – Beschlagnahme aufgehoben – aber wie?

Landshut: Im AK 89 berichteten wir über die Beschlagnahme des Buchs „Haymarket 1886 – Die Deutschen Anarchisten in Chikago" durch das Landshuter Amtsgericht. Durch verschiedene dokumentarische Aussagen des Buchs (z.B. das „Lob des Dynamits als Freund der Unterdrückten") sahen die Richter die Straftatbestände nach §§ 88a und 130a STGB als gegeben an.

Diese Beschlagnahme wurde jetzt vom Landshuter Landgericht aufgehoben. Darüber könnte man sich natürlich freuen oder gar daraus schließen, daß nicht alles so heiß gegessen wie gekocht wird, was den Maulkorbparagraphen angeht. Sieht man sich jedoch die Begründung an, wird man eines Besseren belehrt.

Der Hauptgrund für die Aufhebung ist rein formal begründet:
Der Amtsrichter wird „gerügt", weil er sich nicht zuerst mit dem Staatsanwalt „ins Benehmen gesetzt" hat, wie es so schön heißt.

Erst nachdem dieser Punkt lang und breit behandelt ist, kommen die Richter zur Sache:

Sie befinden, daß zwar kein „dringender Tatverdacht" bestanden habe, aber immerhin ein „sogenannter Anfangsverdacht."

Nur: Das hätte „*keinesfalls die Anordnung der Beschlagnahme ... aller bei der Durchsuchung vorgefundenen Exemplare des fraglichen Buches gerechtfertigt, sondern eine Beschränkung auf ein oder zwei Exemplare erfordert*".

Die Herren Landrichter meinen, daß die „*Texte durchaus als geeignet angesehen werden (könnten), die Bereitschaft mancher Buchleser mit entsprechender Grundeinstellung (!) zur Bejahung einschlägiger Gewaltanwendung im Sinne der genannten Strafbestimmungen zu fördern*". Allerdings sei es „*insgesamt schwerlich nachweisbar ...., daß das Buch ... der gegenwartsbezogenen Förderung der Bereitschaft zu politischen bzw. klassenkämpferischen Gewalttaten*" diene (alle Zitate nach „FR", 3.11.76).

Auf diese Weise wird den Amtsrichtern von der höheren Instanz beigebracht, daß sie bei einer an sich „richtigen" Sache etwas zu weit gegangen sind, zumal diese Zensurmaßnahme viele Proteste hervorgerufen hat.

Roter Kaktus
Flensburg

Fünf vor zwölf für die Info-Arbeit der Schwulen-Gruppe

Die Möglichkeit, sich gegen ein Verbot von Informationstischen und Flugblättern von Schwulengruppen juristisch zu wehren, ist jetzt von allerhöchster Stelle genommen. Das Bundesverwaltungsgericht in Westberlin (BVG) hat Anfang Oktober in einem von der Aachener Schwulengruppe GSR (Gesellschaft für Sexualreform) angestrengten Prozeß die Möglichkeit einer Revision abgelehnt. Vorher war der Gruppe vom OVG Münster die Informationsarbeit in zweiter Instanz verboten worden (vgl. AK 92).

Dazu schrieb die GSR schon vor der Beschlußfassung: „*Wenn die inzwischen eingelegte Beschwerde abgelehnt wird, so bedeutet das damit unrevidierbare Urteil einen großen Rückschlag für die Schwulenbewegung nicht nur in Aachen; denn das rechtskräftig gewordene Urteil kann ab sofort rechtszeugend wirken, nämlich indem jede Stadt in der BRD gegen ähnliche Aktionsvorhaben*
nämlich indem jede Stadt in der BRD gegen ähnliche Aktionsvorhaben
unter Berufung auf Münster vorgehen kann. Es wäre ein Schritt zur Kriminalisierung bon schwulen Aktions- und Emanzipationsgruppen vollzogen! Eine Situation, in der sich heute schon verschiedene Frauengruppen befinden. Um bis vor das Bundesverwaltungsgericht zu gehen, müßte ein ganz neuer Prozeß geführt werden ..." („ID", Nr. 147, 16.10.76).

Wir meinen, daß dies allerdings nicht nur ein „**Rückschlag für die Schwulenbewegung**" ist. Dieses Verbot von Büchertischen reiht sich ein in die übrigen Angriffe auf die Meinungsfreiheit und andere demokratische Rechte.

In mehreren Städten wurden bisher auch schon Büchertische aus den verschiedensten Gründen verhindert. Dies ist jedoch der erste z e n t r a l e Angriff auf das Recht, seine Meinung öffentlich am Info-Tisch oder über Flugblätter zu äußern. Dabei hat man sich zunächst eine verhältnismäßig kleine und isolierte „Minderheit" herausgepickt.

Jetzt, wo für uns das Recht auf freie Meinungsäußerung aufs Ärgste bedroht ist, müssen wir dieses Recht offensiv wahrnehmen. Deshalb veranstaltet die Homosexuelle Aktion Hamburg (HAH) ein nationales Schwulentreffen, wo diese Unrechtsmaßnahme an zentraler Stelle steht.

Deswegen wird auch am Samstag, den 20.11.76 von 9 bis 14 Uhr ein Info-Stand in der Mönckebergstraße organisiert, an dem wir unser Recht auf freie Meinungsäußerung verteidigen.
Am Nachmittag ab 15 Uhr werden Arbeitsgruppen angeboten, in denen die Erfahrungen der Schwulengruppen ausgetauscht werden können. Bislang bestehende AG's sind:

1. Schwule im Erziehungsbereich,
2. Schwule am Arbeitsplatz,
3. Schwule in Gewerkschaft und politischen Gruppen,
4. Schwule in der Rechtsentwicklung der BRD.

Es können auch noch Gruppen zu anderen Themen gebildet werden. Genauere Informationen immer am Freitag ab 20 Uhr im KC in der Buttstraße, beim Fischmarkt.

Bei diesem Angriff kommt es darauf an, daß wir uns nicht isolieren lassen. Dazu ist es notwendig, daß sich möglichst viele Schwule wie Nicht-Schwule an den Aktionen und AG's beteiligen.

Weg mit dem Büchertischverbot für Schwulengruppen!
Kampf dem Faschismus!

Schwule Genossen
im KB/Gruppe Hamburg

Blockwarte in Stade?

Auch in Stade wird das Polizeisystem jetzt nach neuestem Stand „reformiert". Dort sollen jetzt die sogenannten „Kontaktbereichsbeamten" eingeführt werden, die „auch immer Zeit für ein kleines Schwätzchen haben".

- Die Stader Polizei stellt zunächst vier Beamte ab. Ihnen werden die Stadtviertel zugeteilt. Dort sollen sie sich „einleben und dem Bürger näherkommen".
- Die Bewohner sollen dann „ihre Sorgen und Nöte, aber auch die für die Polizei interessanten Zustände, Beobachtungen und Ereignisse mitteilen".
- Das „Schwätzchen" mit dem Bullen hat da besondere Bedeutung. Denn „vielleicht entschließt sich der eine oder andere doch, dem Beamten, den er täglich sieht, etwas Interessantes mitzuteilen".
- Darüber hinaus haben die Bullen die Anweisung, „an Versammlungen in ihrem Bereich teilzunehmen".

Durch diese Maßnahmen sollen die „Kontaktbeamten" ständig informiert sein, „wenn sich in ihrem Gebiet etwas Außergewöhnliches ereignet".

Auswerten sollen sie ihre Informationen dann mit den anderen Dienst-
Auswerten sollen sie ihre Informationen dann mit den anderen Dienst-
stellen der Polizei. Damit ist die Überwachung perfekt. Der Denunziation ist Tür und Tor geöffnet.

Bekannt ist dieses System bereits aus der Nazi-Zeit:

- Nichts passierte in einem Wohnviertel, ohne daß es die Kontaktleute der Nazis (Blockwarte, Hauswarte u.a.m.) ausspitzeln konnten und weitergaben).
- Viele Verhaftungen und anschliessende KZ-Aufenthalte von Demokraten und Antifaschisten gingen auf dieses System der Denunziation zurück.

Aber auch heute gibt es mit diesem System schon Erfahrungen. Auch in Westberlin gibt es die „Kontaktbeamten". In einer ihrer Arbeitsanweisungen heißt es: „Häufige Toilettenbenutzung und der Einkauf von übermaßig vielen Getränken lassen darauf schließen, daß sich mehr Leute als gemeldet in der Wohnung aufhalten". Entpsrechend dieser Angaben gab es schon so manche Hausdurchsuchungen in Westberliner Wohnungen. (Nach „Stader Tageblatt", 6.11.76).

Weg mit den „Kontaktbeamten"!
Wehret den Anfängen!

KB/Gruppe Stade
KB/Gruppe Stade

Antirepressionsveranstaltung in Schweinfurt

Antirepressionsveranstaltung in Schweinfurt

Am 5.11. informierte ein politischer Arbeitskreis in Schweinfurt zum Thema Berufsverbote und Radikalenerlaß. Mit 100 Teilnehmern war die Veranstaltung gut besucht. Konkreter Anlaß dieser Veranstaltung war die Überprüfung zweier Lehramtsanwärter auf „Verfassungstreue".

Der „Zweifel", den die bayrische Landesregierung hatte, war die Mitgliedschaft der beiden in der pazifistischen Deutschen Friedensgesellschaft (DFG/VK).

In der Veranstaltung wurde verdeutlicht, daß hinter diesem Vorgehen ein System steckt. Es soll ein Klima der Angst erzeugt werden, indem jeder fortschrittliche Mensch damit rechnen muß, vom Berufsverbot betroffen zu werden. Unter diesem Aspekt wurde auch auf die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in den Gewerkschaften hingewiesen.

Es wurde weiter dargestellt, daß es wichtig ist, mit jedem, der von der Repression betroffen ist, Solidarität zu üben. In dieser Hinsicht ist die Schaffung einer zentralen Institution, wie das zu bildende Russel-Tribunal, notwendig, um die Informationen über neue Fälle zu sammeln und zu verwerten.

In der Diskussion, in der auch ein Juso über die Schwierigkeiten berichtete, innerhalb der SPD etwas gegen die Berufsverbote zu organisieren, herrschte Einstimmigkeit über die Forderung: **Weg mit dem Radikalenerlaß und den Berufsverboten!**

Genossen aus Schweinfurt

CSU-Minister Heubl – „bodenlos faul"?

Zur Klärung dieser Frage hat der bayrische Landtag auf Antrag der SPD einen Untersuchungsausschuß gebildet („Welt", 15.10.76). Notgedrungen hatte auch die CSU diesem Antrag zugestimmt, da sie nur so den Vorsitz im Ausschluß stellen (und das „schlimmste" verhüten) kann.

Dieser Vorgang ist das Nachspiel zur Heubl-Affäre vom Sommer dieses Jahres. Auf dem CSU-Parteitag Ende Juni/Anfang Juli war Heubl, ein StrauSS-Opponent, zum Kniefall vor dem CSU-Vorsitzenden gezwungen worden. Wesentliches Druckmittel war dabei ein anonymes „Dossier" von 70 Seiten Stärke, in dem Heubl s „Sünden" aufgeführt wurden, so z.B.:

- Heubl sei „bodenlos faul", er „bedürfe während des Tages ... eines langen Nachmittagsschlafes, für den er in Decken gehüllt werden müsse".
- Er lasse seinen Dienstapparat „zu 80 % für H. persönlich und seine Familie" arbeiten, aber zu null Prozent für die Partei, usw. usf.

Keine Experimente mit dem menschlichen Gehirn!

Die „Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte" hat sich in einem Schreiben an den Bundesjustizminister gegen die Praxis stereotaktischer Gehirneingriffe in der BRD gewandt.

Wie wir schon im AK 85 berichteten, werden in der BRD in zunehmenden Maße an sogenannten „Psychisch Kranken" Gehirneingriffe vorgenommen, bei denen Teile des Gehirns, die für die „krankhaften Veranlagungen" verantwortlich sein sollen, zerstört werden. Betroffen sind davon u.a. „Triebtäter", depressive Menschen und Alkoholsüchtige. Eine Ausweitung dieser Praxis auf „krankhafte Radikale" wird in Kreisen der Gehirnmanipulatoren schon ernsthaft diskutiert.

Die „Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte" wendet sich in ihrem Protest vor allem gegen die „Behandlung" von Alkohol- und Drogensüchtigen durch Gehirnmanipulation. Sie enthüllt, daß lediglich in 50 % der Gehirneingriffe, die in Hamburg und Göttingen vorgenommen werden, überhaupt „Erfolge" verzeichnet werden.

Diese Feststellung belegt ein weiteresmal, daß die stereotaktischen Gehirneingriffe keine wissenschaftliche Methode darstellen, sondern daß hier Menschenexperimente betrieben werden, um festzustellen, was mit dem menschlichen Gehirn alles anzustellen ist. Dementsprechend fordert die Kommission auch, „*die ‚Anpassungschirurgie' gesetzlich einzuschränken, solange nicht Untersuchungen ‚die Fragwürdigkeit der manipulativen Hirneingriffe' widerlegt hätten*" („FR", 26.10.76).

Wir haben schon im AK 85 die hierin enthaltene Voraussetzung kritisiert, Gehirneingriffe dieser Art eventuell nach wissenschaftlicher Klärung (?) doch zuzulassen, da wir meinen, daß im Kapitalismus letztendlich solche Eingriffe der Bourgeoisie i m m e r als Anpassungschirurgie dienen sollen.

Trotzdem: Der Vorstoß der Kommission ist erfreulich – genauso wie der Protest verschiedener fortschrittlicher Wissenschaftler. Weniger erfreulich ist demgegenüber, daß gerade unsere Genossen und Freunde, die eventuell Informationen über den Fortgang dieser Art von Gehirnchirurgie haben, sich bislang nicht an uns mit neuen Enthüllungen – trotz Aufruf im AK 85 – gewandt haben.

Wenn schon fortschrittliche bürgerliche Wissenschaftler von „Anpassungschirurgie" sprechen, sollte das gerade die Linke sehr wachsam machen!

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

CDU gegen antifaschistisches Mahnmal

Im schwarzen Paderborn (Sitzverteilung im Kreistag: 55 CDU, 14 SPD, zwei FDP) hat die CDU im Verein mit der FDP die Errichtung eines antifaschistischen Mahnmals abgelehnt.

Begründung: man dürfe „*den Neuanfang unseres Volkes*" und „*die Zukunft der Jugend*" nicht mehr mit der Vergangenheit belasten („Frankfurter Rundschau", 27.10.76).

Das Mahnmal sollte auf der dem Kreis Paderborn gehörenden Wewelsburg errichtet werden. Seit 1933 war die Burg umsonst der SS überlassen worden; von 1939 bis 43 war die Wewelsburg Sitz des KZs Niedernhagen. Mehr als 1.200 Häftlinge, darunter Jugendliche ab 14 Jahren, wurden von der SS in den Tod getrieben.

Nach 1945 diente die wiederaufgebaute Burg als Jugendherberge. 1973 wurde eine von der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes" (VVN) dort angebrachte Gedenktafel wieder entfernt, „*weil sie Mißverständnisse verursacht haben soll*".

Mittlerweile hat eine Leserbriefflut an die Regionalzeitung die Angelegenheit nicht verstummen lassen. Die SPD forderte eine Sondersitzung, und die CDU versucht, sich mit den üblichen Tricks aus der Affäre zu ziehen: Es sei ja nicht das Mahnmal generell abgelehnt worden, nur der Standort...

Weniger Mühe für einen Gedenkstein in Paderborn hatte ein durch und durch antikommunistischer Verein: Mitten in Paderborn steht seit kurzem ein „Mahnmal" für die „Opfer des Stalinismus"!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Einschüchterungsversuche

Zum ersten Mal sind in Hildesheim Anfang Oktober die Personalien unserer ARBEITERKAMPF-Verkäufer kontrolliert worden. Die Polizisten forderten eine „Reisegewerbekarte", die man braucht, wenn man, um Gewinn zu erzielen, auf der Straße Waren anbietet.

Das Oberlandesgericht in Celle hat in einem Urteil für Niedersachsen die Erlaubnisfreiheit für den Zeitungsverkauf festgestellt: *„Nach § 2 des niedersächsischen Pressegesetzes darf die Pressetätigkeit von irgendeiner Zulassung nicht abhängig gemacht werden. Die freie Verbreitung an den Leser ist Bestandteil der Pressefreiheit. Die Ausübung dieser Tätigkeit darf daher auch nicht von einer gewerblichen Zulassung abhängig gemacht werden, so daß der Angeklagte einer Reisegewerbekarte nicht bedurfte"* (OLG Celle, Az.: 1Ss 109/75, nach Ratgeber des IKAH, Sept. 76).Dennoch will die Polizei Ausweise, Berechtigungen, usw. sehen.

Vergleicht man das Kontrollieren der Personalien mit den Praktiken der Polizei in anderen Städten, so erscheint das Eingreifen in Hildesheim als relativ harmlose Behinderung: In Bremen z.B. werden Verkaufsstände und Stellschilder von der Polizei „abgeräumt", Zeitungen beschlagnahmt, Verkäufer brutal zur erkennungsdienstlichen Behandlung zur Wache geschleppt.

Wir können nicht berichten, daß man uns die Köpfe abgerissen hat, aber Polizeiterror hat in kleinen Schikanen seinen Anfang. Offensichtlich sollen solche Kontrollen uns einschüchtern, denn Namen und Adresse sind jetzt der Polizei bekannt. Wir versuchten sofort, mit den Passanten ins Gespräch zu kommen, um zu zeigen, was passiert oder passieren kann, wenn Linke das Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit wahrnehmen. Diejenigen, die uns unterstützten und ebenfalls empört waren über diese Schikane, wollen wir nicht zur „Stimme des Volkes" erklären: Mit ihnen waren wir in der Minderheit. Die Mehrheit der Fußgänger, die stehenblieben, hoffte einfach auf Sensationen, vielleicht auch auf Prügel gegen Linke.

Wir haben einen Leserbrief an die „Hildesheimer Initiativ Zeitung" (HIZ) geschickt, in dem wir über den Vorfall berichteten. Die „HIZ", die zu den Zeitungen der sogenannten Alternativpresse gehört, hatte immerhin in einer ihrer Ausgaben ein Gedicht veröffentlicht, in dem es hieß:

„Was immer den Kommunisten angetan wird, das tut man der Demokratie an. Wenn man den Kommunisten das Wasser abgräbt, verdurstet die Freiheit". Nach langer und harter Diskussion – es ging schließlich um die Veröffentlichung des Leserbriefs einer „K-Gruppe" – wurde beschlossen, den Bericht zu veröffentlichen, allerdings mit einer (unbegründeten) Abgrenzung gegenüber den „K-Gruppen". Nach unseren Informationen wird es über dieses Problem in der Redaktion dieser Zeitung noch weitere Diskussionen geben.

Schwieriger wird die Zusammenarbeit z.B. zum Thema Abbau demokratischer Rechte mit dem KBW sein. Die KBW-Leute haben sich fast kaputtgelacht, als sie den Bericht der ARBEITERKAMPF-Verkäufer in der „HIZ" lasen.

Wir wissen, daß der KBW und die Verkäufer der „KVZ" schon stärkeren Angriffen durch Polizei, Behörden und Justiz ausgesetzt waren als wir, nur bisher hat der KBW von diesen Angriffen nichts verlauten lassen.

Wahrscheinlich ist das Veröffentlichen dieser Angriffe in möglichst vielen Zeitungen der fortschrittlichen Presse in den Augen des KBW ein Zeichen von Angst und Schwäche. Und daß „das Volk" uns nicht schützte, beweist diesen Leuten sicher, daß die „Strömung des KB (Nord)" im Volke isoliert ist.

KB/Sympathisantengruppe Hildesheim

Erfolgreiche Antirepressionsveranstaltung in Eutin

Die „Initiative gegen den Abbau demokratischer Rechte" organisierte am 29.10.76 mit Rechtsanwalt Reinhard, der zur Einschränkung der Verteidigungsrechte und seinem Fall Stellung nahm, eine Antirepressionsveranstaltung. Mit Reinhard konnten einige konkrete Fälle von Repression in Eutin besprochen werden, wie z.B. das Öffnen der Post des KOMMUNISTISCHEN BUNDES Eutin durch den Verfassungsschutz, sowie das Verschleppen von Anzeigen gegen Faschisten in Eutin durch die Justizbehörden. So wurde im Mai '75 von Angehörigen der faschistischen „HIAG" ein Zuschauer bei einer „Taditionsfeier" im Wald, als er fotografieren wollte, vor den Augen der Polizei verprügelt. Bis heute wurde von den Justizbehörden nichts unternommen.

Die Kollegen der „Druckerei" aus Hardebek bei Neumünster zeigten ihren Film über den Polizeiüberfall auf ihre Druckerei. Kollegen der Theatergruppe Lübeck führten ein Stück gegen Berufsverbote auf. Begleitet wurde das Stück mit Musik. Zum Abschluß, der mit 70 Leuten gut besuchten Veranstaltung, wurde ein Film über die brutalen Polizeiüberfälle und Übergriffe auf Demokraten und Antifaschisten zum Schutz der NPD-Großveranstaltung in Hamburg am 7.8.76 gezeigt. Eine Spendensammlung erbrachte DM 110, die der Arbeit des MPZ (Medium-Pädagogischen Zentrum) zur Verfügung gestellt wurden.

KB/Gruppe Eutin

Klassenjustiz

Politische Justiz im Weser-Ems-Gebiet

Prozesse gegen Linke häufen sich

In Oldenburg und Umgebung sind zur Zeit mindestens vier politische Strafverfahren gegen Linke anhängig, die teilweise in den nächsten Wochen zur Entscheidung vor Gericht anstehen. Schon von August bis Oktober hatte es mehrere Prozesse überwiegend gegen KBW-Anhänger gegeben (§-218-Plakate, vor allem Fahrpreisdemonstrationen), die mit teilweise erheblichen Geldstrafen und in zwei Fällen mit einer halbjährigen Freiheitsstrafe („Zur Bewährung") ausgingen; von einzelnen Verurteilten werden wahrscheinlich Berufungsverhandlungen angestrebt. Diese momentane Häufung juristischer Verfolgung stellt an die linken, fortschrittlichen Kräfte und an unsere eigene Arbeit gegen politische Unterdrükkung und Verfolgung besondere Anforderungen, hinter denen aber noch weitgehend hinterhergehinkt wird.

mentane Häufung juristischer Verfolgung stellt an die linken, fortschrittlichen Kräfte und an unsere eigene

Polizei über Enthüllungen „beleidigt"

Eines der neueren Verfahren richtet sich gegen den presserechtlich Verantwortlichen der Ammerländer Jugendzeitung „Stachel", der nach §186 StGB („Üble Nachrede") mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder Geldstrafe bedroht wird. Der „Stachel", die Ammerländer KB-Sympathisanten und die Oldenburger Arbeitsgruppe Frauen des KB hatten Anfang April 1976 in einem Flugblatt ausführlich über einen nächtlichen Polizeiüberfall auf eine Frau in Augustfehn berichtet. Die Frau war im Zusammenhang der versuchten Festnahme ihres Freundes (Polizei: „Dich wollten wir immer schon haben, na endlich") ohne wichtigen Grund in einen Streifenwagen geschleppt, mit Handschellen gefesselt, geschlagen und nach einer Zick-Zack-Fahrt durch die Ammerländer Feldmark schließlich auf die Hauptwache in Westerstede verfrachtet und dort weiter schikaniert worden. Sie mußte sich tags darauf in ärztliche Behandlung begeben und wurde krank geschrieben. Vorher hatten die Polizeibeamten noch ihr Haus gestürmt und begründungslos alles durchsucht. Obendrein kriegte sie von der Polizei noch eine Anzeige wegen Widerstandes aufgehalst.

Es dürfte schwer gelingen, diesen Prozeß gegen die Polizei, die gleich sechs Zeugen aufbietet, zu gewinnen.

Nicht unerwähnt bleiben soll, daß eine fahrlässige Veröffentlichungspraxis des „Stachel" leider dazu geführt hat, daß die Anklage in einem weiteren Punkt voraussichtlich Erfolg haben wird: In einem Leserbrief im „Stachel" Nr.3 wurde eine Schule als „Sammelbecken halbkrimineller Lehrer" bezeichnet, die u.a. „SMV-Gelder veruntreut" hätten – dieser pauschale Vorwurf wird sich wohl kaum beweisen lassen und dürfte auch politisch gesehen für den „Stachel" wohl eher ein Bumerang gewesen sein.

Dieser dumme Fehler sollte allerdings der Solidarität mit dem angeklagten Presseverantwortlichen nicht im Wege stehen. Die Verhandlung ist am 19.12. um 9 Uhr morgens im Amtsgericht Westerstede, großer Saal.

NHB/NPD: Strafverfahren gegen „linken Terror" inszeniert

Gegen eine Studentin und einen Studenten an der Oldenburger Uni ist jetzt Anklage erhoben worden, weil sie auf einer NHB-„Gründungsveranstaltung" am 11.6.75 auf den Tischen liegende Flugblätter der NHB-Faschisten zerrissen („Sachbeschädigung") und die Veranstaltung selbst durch „rhythmisches Klatschen, Pfeifen, Johlen sowie Hämmern auf Tischen" verhindert haben sollen (Verstoß gegen das Versammlungsgesetz). Der Staatsanwalt bedauert, daß es den Faschisten, die Anzeige erstatteten, und der Polizei trotz mehr als einjähriger „Ermittlungsarbeit" nicht gelungen ist, weitere beteiligte Antifaschisten zu identifizieren. Dabei lief die Zusammenarbeit zwischen Faschisten und Polizei fabelhaft: NHB- und NPD-Vorsitzender Drechsler (der an der Oldenburger „Carl von Ossietzky-Universität" studiert) hat die beiden Genossen angeblich anhand von Polizeifotos identifiziert. Drechsler erhielt von der Kripo auch Name und Adresse eines anderen Beteiligten, damit er eventuell selber „Zweckdienliches" erforschen könne. Während verschiedene Genossen trotz Vorladung vor der Polizei (rechtmäßig) keine Aussagen machten, gaben sich die von Drechsler benannten faschistischen Zeugen bei der Kripo die Klinke in die Hand und sagten aus, etwa: „Es ist alles so, wie es Herr Drechsler dargestellt hat".

selbst durch „rhythmisches Klatschen, Pfeifen, Johlen sowie Hämmern auf Tischen" verhindert haben

Der Protest gegen die NHB-Veranstaltung im Juni '75 wurde von ca. 50 Antifaschisten getragen, obwohl am selben Tage eine VDS-Demonstration in Bonn stattfand. Der NHB wollte sich dadurch exemplarisch das Recht nehmen, an dieser Uni öffentliche Veranstaltungen durchzuführen. Das gelang nicht; der KB führte dagegen eine Mobilisierung durch, und Drechsler hätte am liebsten gleich den ganzen KB vorm Kadi gesehen.

Der NHB hatte damals als „Zugpferd" den „Schriftsteller" und „Diplom-Politologen" Udo Walendy zum Thema „Die Kriegsschuldfrage des II. Weltkrieges" eingeladen. Neben Walendy und verschiedenen Oldenburger Faschisten hat Drechsler in seiner „Zeugenliste" gegen den KB einige Faschisten aus dem Stader Raum aufgeführt, die vermutlich zu jener umherreisenden „Schutz"-Truppe der NPD gehören, die schon in verschiedenen norddeutschen Orten äußerst „schlagkräftig" das Treiben der NPD-Nazis absichern half. Darunter befindet sich ein Fritz-Ullrich Bundt, der uns als NPD-Schläger in mehreren Orten einschlägig bekannt ist. Auch in Oldenburg kam es damals zu Auseinandersetzungen, wobei die Faschisten zu ihren mitgebrachten Schlagknüppeln griffen.

CDU erstattet Anzeige wegen Plakat

Der CDU-Kreisverband Varel (Kreis Friesland) hat gegen die Urheber und Verbreiter eines Plakats Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Dies Plakat war im Rahmen des Wahlkampfes gegen den Auftritt des CDU-Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Gerhard Stoltenberg, in Varel gemacht worden. Stoltenbergs Kopf war auf dem Körper einer Frau montiert worden, wobei es sich um eine Plastik des der CDU nahestehenden „Anatol" handelt; das Ding steht im Watt der Jade bei Wilhelmshaven/Varel und heißt „Die Jade". Unter dem Plakat-Motiv hieß es: Jedem seinen Platz – Stoltenberg – in die Jade".

nahestehenden „Anatol" handelt; das Ding steht im Watt der Jade bei Wilhelmshaven/Varel und heißt „Die Jade". Unter dem Plakat-Motiv hieß

Nachdem das Plakat in Varel geklebt worden war, wurde ein Genosse während Stoltenbergs Auftritt in Varel mit einigen Plakaten von der Wilhelmshavener Kripo „erwischt" und die Plakate „sichergestellt". In der jetzt eingegangenen richterlichen Beschlagnahmeanordnung heißt es u.a.: *„... ist nämlich der Kopf des Ministerpräsidenten Dr. Stoltenberg montiert auf einen nackten Männerkörper ...".*

Daß die CDU gegen dies eigentlich noch recht „harmlose" Plakat gerichtlich vorgeht, das im Grunde noch weit innerhalb der Toleranzgrenzen bürgerlicher Jounalistik liegt, zeigt nur wie weit die CDU es bringen will. Das CDU-Programm kommt eben doch aus Sonthofen. In der Hetze gegen links gibt es für die bürgerlichen Politiker und die bürgerliche Presse allerdings keinerlei Zurückhaltung. Wir sind gespannt, ob das Gericht mit der CDU hier mitziehen wird...

Berufungsverhandlung gegen Antimilitaristen

In den nächsten Wochen soll die Berufungsverhandlung gegen den Genossen Peter Schneider vorm Oldenburger Oberlandesgericht stattfinden. Der Genosse hatte sich als Soldat an der Herausgabe einer antimilitaristischen Zeitung in Delmenhorst beteiligt und war vor über einem Jahr wegen „Wehrkraftzersetzung", „Störpropaganda" u.ä. angeklagt worden. Solche Prozesse haben in den letzten Monaten und Jahren erheblich zugenommen, wobei praktisch jede kritische Äußerung über Zustände in den Kasernen als „Verrat militärischer Geheimnisse", „Störpropaganda" u.ä. kriminalisiert wird.

Solidaritätsarbeit mit trotzkistischen Fußangeln

Zu den Prozessen gegen die Fahrpreisdemonstranten hatte es Anfang Oktober verschiedene erfolgreiche (wenn auch noch bescheidene) Solidaritätsaktivitäten gegeben, die gemeinsam von KB, GIM, Spartacusbund und Teilen des Jugendarbeitskreises „Werkstatt" getragen wurden. Hiernach kam allerdings nichts mehr zustande. Die Trotzkisten forderten von uns die Durchführung einer „Auseinandersetzungs- und Vertiefungsveranstaltung" über die verschiedenen Linien und „Perspektiven" der Gruppen; dazu sollte auch noch der KBW eingeladen werden. Ohne einer theoretischen Auseinandersetzung ausweichen zu wollen, schlugen wir demgegenüber die Verstärkung der „Breiten- und Basisarbeit" und Aktionen zu den konkreten Repressionsfällen vor (die hier erwähnten Prozesse sind nur ein kleiner Teil davon). Aber sogar ein von der GIM selbst vorgeschlagener Kultur- und Fest-Abend gegen die politischen Prozesse am 5.11. fand ohne die GIM statt, die so etwas nicht für unterstützungswürdig hält, weil dort nicht ausreichend über die „Perspektive" des Kampfes gegen die Repression diskutiert werde. Die GIM präsentiert solche theoretische Diskussion als eine Art „Allheilmittel", um endlich der Spaltung der Anti-Repressionsbewegung beizukommen – was sich konkret stets als Hemmnis für andere, an den Repressionsfällen orientierte Aktivitäten auswirkt. Ebenso wichtig erscheint der GIM die Schaffung von „Strukturen" in der Antirepressionsarbeit (z.B. ein Komitee), wozu die GIM allerdings auch noch nichts nützliches gesagt hat – was auch gar nicht möglich ist, wenn sich solche „Strukturen" nicht auf „Basisarbeit" stützen und in deren Dienst gestellt werden.

KB/ Gruppe Oldenburg

Freispruch im Trikont-Prozeß

Freispruch im Trikont-Prozeß

München. Das Buch von B. Baumann „Wie alles anfing" ist seit über einem Jahr Zielscheibe des Staatsapparates. B. Baumann, seit drei Jahren steckbrieflich gesucht, schildert dort in autobiographischer Form u.a. seine Erfahrungen als jugendlicher Arbeiter, seine späteren Erlebnisse im Zusammenhang mit der „Bewegung 2. Juni" und wie er sich schließlich von dieser Politik abgewandt hat.

„Angefangen" hatte alles damit, daß die Erstauflage des Buches im Herbst 1975 in einer großangelegten Polizeiaktion beschlagnahmt wurde. Ein Jahr später erschien das Buch im Trikont-Verlag, nun in 10.000 Auflage und mit der beachtlichen Zahl von 380 namentlich genannten Mitherausgebern, neu; darunter Böll, Abendroth, Zwerenz u.a.

Baumanns Buch vor der „Staatsschutzkammer"

Im Oktober 1976 wurden den Geschäftsführern des Trikont-Verlages, G. Erler und H. Röttgen vor der Staatsschutzkammer in München der Prozeß gemacht. Anklagepunkte waren „Verherrlichung von Gewalt" und „Billigung von Straftaten" nach dem neuen § 131 des Strafgesetzbuches. Staatsanwalt Gehring machte sehr schön deutlich, wie er den „Gewaltparagraphen" angewandt wissen möchte. Er verstieg sich zu der Behauptung, das Buch sei geeignet, „den öffentlichen Frieden zu stören"; ausreichend sei, *„wenn auch nur bei einem kleinen Teil der Leserschaft die Hemmschwelle zu aggressiven Taten harabgemindert wird"* („Süddeutsche Zeitung", 26.10.76). Gehring ging noch einen Schritt weiter: Da die Verleger das Buch veröffentlicht hätten, *„ohne sich durch einen Kommentar vom Inhalt zu distanzieren"*, hätten sie die darin enthaltenen „Straftaten" auch „gebilligt". (Logisch, oder?) Wer sich nach dieser Definition alles „strafbar" machen würde, liegt auf der Hand. Die Staatsanwaltschaft beantragte neun Monate mit Bewährung und Einziehung aller noch nicht verkaufter Exemplare.

Freispruch

Das Urteil wurde am 28. Oktober gesprochen: Freispruch für beide Angeklagten. Die Urteilsbegründung hebt sich auf den ersten Blick erfreulich von der Anklage ab: *„Dem Gericht zufolge ruft der Autor ... nicht etwa zu Gewalt auf, sondern rate, von sinnloser Gewalt Abstand zu nehmen."* Das Buch könne *„vielmehr Denkanstöße für Gesinnungsgenossen geben, die immer noch* (!) *radikal seien"* („Informationsdienst Nr. 149, S. 3.).

Zu recht stellte H. Röttgen in einer Stellungnahme zweierlei heraus. Der Freispruch ist insofern ein Sieg, da er durch die breite Solidaritäsbewegung und die Öffentlichkeitarbeit ermöglicht wurde. *„Zum anderen ist das Urteil eine Verschleierung, weil es ablenkt von den vielen Zensurprozessen, die nicht so spektakulär verlaufen. Gerade hier in München hat Staatsanwalt Gehring schon viele Prozesse gegen das ‚Blatt' angestrengt, bei denen es auch zu Verurteilungen kam"* („ID", s.o.).

Was bleibt ist die erneute Bestätigung, gegen welche Art auch der Literatur sich der „Gewaltparagraph" richtet und der erneute exemplarische Angriff gegen linke Verleger. (Man hatte wohlweislich darauf verzichtet, allen 380 Mitherausgebern den Prozeß zu machen.) Auch der Drucker des Baumann-Buches wurde nicht unbehelligt gelassen. Ihm wurde Ende September mit gleicher Begründung in Bamberg der Prozeß gemacht; auch er wurde freigesprochen („Spiegel" Nr. 44, S. 122).

Initiativkomitee Arbeiterhilfe Hamburg

Solidaritätsfest gegen politische Prozesse

Oldenburg. Zu einem Solidaritätsfest gegen die politischen Prozesse riefen am 5.11. in Oldenburg der Jugendarbeitskreis Werkstatt, der Spartacusbund, KB und das Kollektiv der Carl von Ossietzky-Buchhandlung auf.

Etwa 100 Teilnehmer folgten aufmerksam den Beiträgen zu den Prozessen, einem Theaterstück und den musikalischen Beiträgen. Auf dem Fest wurden 400 DM zur Unterstützung der Angeklagten in den politischen Prozessen gesammelt.

KB/Gruppe Oldenburg

Nachrichten aus dem Knast

Westberlin. In einem offenen Brief an den Justiz-Senator Baumann haben Anfang September die Rechtsanwälte Friton, Goy, Kolb, Panka, Rasch, Schöndienst, Spangenberg und Wullweder die Isolationshaft der U-Gefangenen Dreher, Fritzsch, Klöpper, Löffler, Reinders, Teufel, Vogel und Weßlau in der Anstalt Moabit kritisiert. Seit der Lorenz-Entführung und seit das Verfahren von der Generalbundesanwaltschaft übernommen wurde, sind folgende „Sicherheitsmaßnahmen" durchgeführt worden:

„a) Verstärkte Durchsuchung des Gefangenen, seiner Sachen (Durchleuchtung!) und seines Haftraumes, b) wiederholte Beobachtung, insbesondere während der Nachtzeit ..., c) bei Vorführungen Weitergabe von Hand zu Hand, d) Einzelfreistunde und Einzelbaden, e) keine Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen (auch nicht am Gottesdienst), f) keine Bastelerlaubnis und Zuteilung von Arbeit."

Die Rechtsanwälte wiesen in dem Brief den Justizsenator auf seine Verantwortung für die erwiesenermaßen zu erwartenden gesundheitlichen Schäden der Gefangenen hin. In einem rotzfrechen Brief antwortete der Senator mit folgenden Vorschlägen:

Die Rechtsanwälte sollten *„entsprechende und akzeptable Vorschläge"* machen, wie *„auf andere Weise die innere und äußere Sicherheit (sich) herstellen ließe"*; und - auf den Vorwurf der Mitwirkung an der physischen oder psychischen Zerstörung der Gefangenen bezogen: *„Mit derartigen Behauptungen zurückhaltend zu sein, kann ich Ihnen nur anempfehlen."*

nur anempfehlen."

Offensichtlich kann sich auch ein als liberal eingestufter Senator die offene Verhöhnung demokratischer Rechtsanwälte leisten.

☆ ☆ ☆

Lübeck/Hamburg. Die politischen Gefangenen Christa Eckes, Ilse Stachowiak und Irmgard Möller sind aus dem Hamburger U-Gefängnis in die berüchtigte Frauenanstalt in Lübeck verlegt worden. Die Verlegung wurde den Gefangenen gegenüber mit „Überbelegung" begründet.

Es ist zu erwarten, daß mit der Verlegnng eine weitere Verschlechterung der Haftbedingungen für die 3 eintritt. Der Frauenknast in Lübeck besitzt einen ebenerdigen Isoliertrakt, in dem bereits Anne Reiche und Brigitte Asdonk (aus Westberlin dorthin verlegt) sitzen. Ein knappes Dutzend Zellen ist in diesem Trakt nicht belegt. Die Gefangenen werden selbst zum Besuch nicht aus dem Trakt geführt, es gibt eine eigene Besucher-Zelle im Trakt. Sicht- und Rufkontakte zu anderen Gefangenen sind nicht möglich. Der bereits abgeschlossene Bau eines zweiten Isoliertraktes dieser Art läßt auf üble Pläne schließen.

Lübeck - Schikane gegen Peter Schönwiese. Der widerrechtlich von Fuhlsbüttel nach Lübeck verlegte Gefangene Peter Schönwiese ist dort schweren Schikanen unterworfen. Zeitungen, die er in Fuhlsbüttel noch erhalten hat, kriegt er nicht mehr, z.B. „ID", die „Undogmaten"-Infos, den AK usw. Wegen Ablehnung unzumutbarer Zellenarbeit wurden ihm 3 Monate Freizeitsperre verpaßt. Das für ihn in Fuhlsbüttel auf dem Konto liegende Geld zur privaten Verfügung ist ihm immer noch nicht angewiesen worden. Die ganze Frechtheit der Schikane mag an folgendem Beispiel deutlich werden: Zeitungsausschnitte zu Peters Hungerstreik in Fuhlsbüttel im April, die einem Brief an ihn beigelegt waren, dienten als Begründung für die Nicht-Aushändigung des Briefes. Die Ausschnitte waren jedoch zuvor von Peter selbst zur Information an den Absender geschickt worden, der sie nur zurückgeben wollte!

Der Lübecker Knast ist ein besonders übles Loch in dem ganz offensichtlich Zuchthauszustände herrschen. Wir bitten insbesondere ehemalige Lübecker Gefangene und Freunde aus Schleswig Holstein ihr Wissen über den Lübecker Knast zur Verfügung zu stellen!!!!!
(IKAH, Methfesselstr. 41, 2 HH 19)

☆ ☆ ☆

München. Das bayrische Arbeits(!)ministerium will für 20-30 Millionen DM „in absehbarer Zeit" die erste bundesdeutsche „Sonderanstalt für geisteskranke Gefangene" bauen. Für wen die wohl gedacht ist?

☆ ☆ ☆

☆ ☆ ☆

Westberlin. Die Untersuchungsgefangenen, die zusammen mit Ilse Jandt in West-Berlin angeklagt und bisher in erster Instanz zu drastischen Freiheitsstrafen verurteilt worden sind, und in Moabit sitzen, sind seit dem 7.7. (dem Tag nach der Entweichung von „vier Anarcho-Terroristinnen") durch eine Verfügung des Regierungsrats Franke verschärften „Sicherungsmaßnahmen" unterworfen, so z.B. genaue Kontrollen vor und nach j e d e m Besuch. Jede Lebensäußerung ist praktisch nur noch mit der Vorsilbe E i n z e l- erlaubt (Einzelzelle, Einzelhofgang, usw.).

Der Ablauf dieser Verfügung war folgender: der Regierungsrat „verfügte" sie gegen die – wie er sich ausdrückte – „hiereinsitzenden Anarcho-Terroristen", der stellvertretende Anstaltsleiter leitete sie an die Staatsanwaltschaft weiter mit der Bitte, die richterliche Zustimmung nachträglich zu erwirken!

Das ist der praktische Gang der Strafprozeßordnung: Strafe vollstrecken, die richterliche Zustimmung folgt im nachhinein. Wenn's um „Gesinnungstäter" geht.

IKAH, Hamburg

Berufsverbote — **Politische Verhöre Gesinnungsterror Willkür**

Hamburger „Extremistenregelung" Von „Liberalisierung" keine Spur

In AK 87 berichteten wir über die Koalitionsvereinbarungen zum „Radikalenerlaß" zwischen SPD und FDP, die vor den Wahlen als d i e „Liberalisierung" in der Berufsverbotepraxis verkauft wurde.

Diese Vereinbarungen fanden ein ganz unterschiedliches Echo: Innerhalb des sozialliberalen Lagers wurden sie als Festigung der Rechtsstaatlichkeit ausgegeben, der FDP-Abgeordnete Weber sprach sogar von einem *„Etappensieg über die Schnüffler"* („das da", Okt.76); die CDU befand: *„Der Hamburger Radikalenerlaß ist verfassungswidrig; der Staat wird sturmreif für die Extremisten."* Mittlerweile hat der Senat (im Grundsatz) Richtlinien zur Durchführung dieser Vereinbarungen beschlossen, die unsere damalige Einschätzung, daß es sich um „Augenwischerei" handelt, voll unterstreicht.

Vier Punkte wurden damals als „Liberalisierung" verkauft:

– Tatsachen, die länger als zwei Jahre zurückliegen (sogenannte „Jugendsünden"), sollten nicht mehr berücksichtigt werden. In den Richtlinien heißt es nun, diese *„werden dabei nur berücksichtigt, wenn andere Tatsachen auf einen Fortsetzungszusammenhang schließen lassen oder besondere Umstände des Einzelfalles dies erfordern."* Klar ist damit, daß weiterhin a l l e überprüft werden. Sollten dabei Tatsachen auftauchen, die darauf schließen lassen, daß ein Bewerber auch weiterhin „Zweifel an seiner Verfassungstreue" aufkommen läßt („Fortsetzungszusammenhang"), dann werden nach wie vor alle „Tatsachen" herangezogen. In der Praxis wird dies bedeuten, daß von den Bewerbern eine eindeutige Distanzierung verlangt wird. Darüberhinaus geben die *„besonderen Umstände des Einzelfalles"* natürlich weiterhin der Willkür breiten Raum.

– Beim Eintritt in eine Ausbildung

– Beim Eintritt in eine Ausbildung sollten keine Überprüfungen vorgenommen werden. Zwar heißt es auch in den „Richtlinien" unter Punkt 2.3., daß *„vor der Aufnahme in eine Ausbildung, ... keine Anfrage an die Behörde für Inneres statt(findet)"*, aber die Einstellungsbehörde *„unterrichtet ... die Behörde für Inneres vordruckmäßig über die Einstellung ... einschließlich der Aufnahme in eine Ausbildung."* D.h. der Verfassungsschutz erhält eine Liste aller Referendare und anderer Auszubildenden. Nun hat er eineinhalb Jahre Zeit, um „Tatsachen", die „Zweifel" an der „Verfassungstreue" aufkommen lassen, aufzuspüren, denn er ist angehalten, Tatsachen mitzuteilen, *„die den Verdacht einer Betätigung gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung seit der Aufnahme in die Ausbildung begründen können."* Alle Auszubildenden machen also eine „Bewährungszeit" durch, in der sie ständig vom Verfassungsschutz beobachtet werden können.

– Versprochen wurde, daß bei Arbeitern und Angestellten im Öffentlichen Dienst eine Überprüfung nicht stattfindet. Tatsache ist aber, daß auch bei diesem Personenkreis jede Einstellung dem Verfassungsschutz mitgeteilt wird, wobei in der Regel auf eine Anfrage verzichtet werden soll. Es gibt aber auch hier eine Hintertür, *„wenn besondere Umstände des Einzelfalles eine Anfrage angezeigt erscheinen lassen."* Diese Regelung ist dehnbar wie ein Gummiband.

– Gänzlich weggefallen ist in den Ausführungsbestimmungen eine Differenzierung bei der Übernahme in das Beamtenverhältnis.

Im Einzelnen bringen diese „Richtlinien" noch Verschärfungen mit sich. Hieß es noch in den Koalitionsvereinbarungen, daß in Verfahren und Anhörungen nur „gerichts v e r w e r t b a r e" Tatsachen verwendet werden sollten, so heißt es jetzt: *„Gegenstand der Prüfung sind vor Gericht verwertbare und v o r h a l t b a r e Tatsachen"* (Hervorhebung AK). Damit wird praktisch alles „Auffällige" als beweiskräftig herangezogen (ist z.B. das Zusammenwohnen mit einem „Radikalen" nicht „gerichtsverwertbar", so doch sicher „vorhaltbar").

Eine weitere Verschärfung liegt darin, daß Beamte und Richter sowie Angestellte und Arbeiter bei j e d e m Status- oder Aufgabenwechsel w ä h r e n d ihrer Beschäftigung neu durch die Schnüffelmaschine gejagt werden.

Ist ein Verdächtiger entdeckt, so zieht sich das Verfahren in der Behörde über vier (!) Stufen hin:

– der Verdächtige muß sich persönlich vor einer Kommission der Einstellungsbehörde vorstellen – also Anhörung,
– kommen die beteiligten Beamten nicht „übereinstimmend" zu der Ansicht, der Verdacht sei ausgeräumt, folgt eine weitere Anhörung vor einer gemeinsamen Kommission der Einstellungsbehörde, des Verwaltungsamtes und der Innenbehörde (sprich: des Verfassungsschutzes),
– kommen die drei beteiligten Staatsräte auch jetzt nicht „übereinstimmend" zu der Ansicht, der Verdächtige sei „unschuldig", so kommt die ganze Sache vor eine Senatskommission, die auch nur wieder einstimmig entscheiden kann,
– ist dies nicht möglich, so entscheidet der Hamburger Senat (also die Hamburger Regierung).

Dieses Verfahren ist eine völlige Umkehrung des sonst in der bürgerlichen Justiz wenigstens theoretisch vertretenen Prinzips „im Zweifel für den Angeklagten". Hier müssen die „Richter" ohne jeden „Zweifel" und „einstimmig" von der „Unschuld" des Betroffenen überzeugt sein – andernfalls ist er eben „schuldig" und wird nicht eingestellt.

Festzuhalten bleibt: Mit dieser „neuen" Regelung wird das Wesen Berufsverbotepraxis, die Einschüchterung und systematische Bespitzelung breiter Teile von aktiven Demokraten, keineswegs eingeschränkt, teilweise sogar perfektioniert, und durch die Forderung nach einstimmigen Entscheidungen wird geradezu ein völlig willkürliches Verfahren der Behörden vorbestimmt. Dies als „Liberalisierung" zu verkaufen, bleibt wieder einmal den „Sozialliberalen" vorbehalten.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg



Demonstration gegen Berufsverbote in Westberlin

Knast„arzt" Reith freigesprochen

Der frühere Arzt des Mannheimer Skandal-Knasts ist in zweiter Instanz von dem Vorwurf der fahrlässigen Tötung eines Gefangenen freigesprochen worden.

Nachdem die Herren Staatsanwälte bereits in 92 Fällen ein Verfahren gegen Reith niederschlagen konnten, hatte es ihn im Oktober '75 endlich 'mal erwischt.

In der ersten Instanz hatte er sechs Monate auf Bewährung plus 1 000 DM als Buße erhalten, weil er den 17-jährigen rauschgiftsüchtigen U-Häftling Stephan Kneifel in einer Einzelzelle sich selbst überlassen hatte, wo er sich erhängte.

Eine „gewisse Mitschuld" allerdings wollte ihm auch das Landgericht nicht absprechen. Es hielt aber Reith zugute, daß nicht sicher sei, ob der Gefangene nicht aufgrund einer Einsicht in die Ausweglosigkeit eines *„sozial unangepaßten Lebens"* sich entschlossen habe, *„frei verantwortlich"* den Ausweg des Selbstmordes zu wählen!

Das ist eine der originellsten Auslegungen des Rechtsgrundsatzes „im Zweifel für den Angeklagten"! Als Begründung für die Haltung des „Arztes" führten die Richter an, er sei so überlastet gewesen bei täglich 70 bis 90 Krankmeldungen.

„Überlastet" war Reith wohl: Durch seine Privatpraxis, die er seit 1968 betreiben durfte und die ihm zweifellos mehr einbrachte, als die Gefangenen, die er zu betreuen hatte.

IKAH Hamburg

RCDS will Schweinkram als liberal verkaufen

Anfang November legte der RCDS (CDU-Studenten) Vorschläge zur „Abwehr von Verfassungsfeinden im öffentlichen Dienst" vor („Welt", 5.11.76).

– Nur noch Beschäftigte mit „hoheitlichen" Funktionen (Richter, Lehrer, Verwaltungsbeamte) sollen „überprüft" werden.
– Anhörungen müßten auch unter Beteiligung eines Rechtsanwaltes stattfinden.
– „Jugendsünden" sollten keine Berücksichtigung finden.
– Der Verfassungsschutz soll besser kontrolliert werden und zukünftig keine speziellen Ermittlungen durchführen.

„Die Unruhe" – so RCDS-Vorsitzender Reckers – an den Hochschulen *„über den sogenannten Radikalenerlaß sei sehr groß. Mangelnde Information, bedenkliche Einzelfälle in der Praxis, die Uneinheitlichkeit in den Ländern, aber auch die hemmungslosen Lügenkampagnen gegen angebliche Berufsverbote hätten dazu beigetragen."* Man solle *„den Aspekt der Sicherung rechtsstaatlicher Liberalität höher bewerten als den Gesichtspunkt der Abwehr von Radikalen."*

Daß die ganze „Sorge" des RCDS um die Berufsverbote nur Augenwischerei ist, wird an seiner Hauptforderung deutlich: *„Das Bundesverfassungsgericht soll ohne Verbotsfolge entscheiden, welche Parteien und Organisationen verfassungsfeindliche Ziele haben. Nach Einführung eines solchen Verfahrens reiche die Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Partei oder Organisation in der Regel zur Ablehnung eines Bewerbers aus."*

Das nennt sich nun „liberal"!!! Der RCDS will „klare Verhältnisse". D.h. er will – über die Berufsverbote h i n a u s – einen kräftigen Schritt vorwärtsgehen auf dem Weg zum erneuten Verbot kommunistischer (und revisionistischer) Organisationen. Ist erst die „Verfassungsfeindlichkeit" höchstrichterlich besiegelt, ist es bis dahin noch ein winziger Schritt. Irre, daß so ein Schweinkram in der Presse als „fortschrittlicher Flügel" der CDU eingeschätzt wird.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

SPD-Kampagne gescheitert

Rom: Ende Oktober fand eine Seminarreihe des Goetheinstitutes in Rom zum Thema Berufsverbote in der BRD statt. Als offizielle Referenten waren eingeladen: Der Politologe und SPD-Bundestagsabgeordnete Prof. Schweitzer, Christien Tomuschat (Ordinarius für öffentliches Recht und Direktor des internationalen Instituts für Recht an der Uni Bonn) sowie als Sprecher Horst Ehmke, SPD-Abgeordneter.

In enger Zusammenarbeit mit der SPD-Prominenz sollte das Seminar dem Zweck dienen, „*fehlerhafte Einschätzungen der italienischen Presse (zu) korrigieren*" (Programmzeitschrift nach „Frankfurter Rundschau", 1.11.). Das Seminar läuft im Rahmen der seit Monaten andauernden internationalen Kampagne der SPD als Antwort auf den Protest im westeuropäischen Ausland. Dabei werden in der Ferne durchaus andere Töne angeschlagen als in der BRD. So sollte das Seminar in Rom „*die juristische Gedankenbasis und die politische Realität (?) des bundesrepublikanischen ‚Berufsverbots' durchaus kritisch darstellen*" („FR", 1.11.). Wie das aussah, erläuterte Professor Altvater, der an allen Seminarveranstaltungen teilnahm, in einem Leserbrief an die „FR" vom 9.11. Von Schweitzer wurden die Berufsverbotegegner als „*von Moskau gesteuert*" hingestellt, selbst Sozialdemokraten vom Schlage eines Mitterand als „*oberflächlich informiert*" angepöbelt. Den Zuhörern „verschlug's den Atem" (Altvater): „*Nachdem Prof. Tomuschat eine Parallele zwischen dem Schutz der Verfassung durch Berufsverbote in der BRD und den verfassungsmässigen Beschränkungen in Italien gegen neofaschistische Bestrebungen* (die nur auf dem Papier existieren, Red.) *gezogen hatte und damit ... die Erbauer der Konzentrationslager und der darin ermordeten Menschen auf eine Stufe stellte, zog die Mehrzahl der Zuhörer aus dem Saal*" (Altvater).

Für den „FR"-Schmierfinken stellte sich dieser Vorfall allerdings in einem ganz anderen Licht dar: „*Für Italien ist das geradezu kultische (!) Eintreten gegen die Verbrechen des deutschen Nazismus Jahr für Jahr willkommene Gelegenheit gewesen, die eigene faschistische Vergangenheit zu vergessen*"!

Daß ansonsten die Absicht dieses Seminars Dank des konsequenten antifaschistischen Bewußtseins der Zuhörer voll in die Hose ging, brachte die „FR" richtig auf die Palme: Das Seminar sei eine „*Wüste linksradikaler Agitation*" gewesen, in dem es sogar vorgekommen sei, daß ein „*wild gestikulierender Teilnehmer mit der Faust auf den Referententisch*" schlug, ein anderes Mal „*eine Gruppe von etwa 30 italienischen und deutschen Linksextremisten aus den Stuhlreihen hervor(drang), wie die Lava aus den Spalten eines Vulkans, und in beiden Sprachen (schrien): ‚Faschisten' und ‚Schweine' und ‚Da muß man nicht mehr zuhören'* " ... Allerdings so einfach ist es denn doch wieder nicht mit der „Linksradikalen"hetze, denn leicht betrübt mußte die „FR" dann doch eingestehen: „*Beifall gab es nur für die Störer und linke Ideologen*", und schon fast rührselig jammert sie den eigenen Kumpanen nach: „*Wo waren die Bürger von Rom? Wo waren die nicht ‚geimpften' Schüler? Wo waren die Vertreter von Parteien liberaler, republikanischer und sozialdemokratischer Tradition?*"

„Verständlich" ist die Enttäuschung und Sorge eingefleischter Sozialdemokraten, daß das „Modell Deutschland" auf erheblichen Widerstand stößt. In ihrer Verteidigung der bundesrepublikanischen Verhältnisse macht die „FR" dann selbst vor der Verhetzung „der Italiener" nicht halt: „*Die Deutschen sind in ihrer Mehrheit gute Demokraten, wenn Ordnung herrscht; die Italiener sind in ihrer Mehrheit gute Demokraten, wenn nur die fast anarchistische Freiheit nicht angetastet wird. Zwischen diesen beiden Konzepten gibt es nur schmale Stege, die zum Verständnis führen.*" Freiheit gleich Anarchie, Demokratie gleich Ruhe und Ordnung, diese Gleichungen blieben bisher der äußersten Reaktion vorbehalten. Ihre Anwendung in der „liberalen" „FR" zeigt nur allzu deutlich den Zerfall jeder wirklich liberalen Haltung im westdeutschen Pressewald.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

NRW-Kultusministerium läßt Kinder bespitzeln

In Nordrhein-Westfalen begnügt sich der Staat nicht mehr mit der Gesinnungsschnüffelei gegenüber fortschrittlichen und linken Erwachsenen.

Anfang Oktober wurde ein Schreiben vom September 76 bekannt, das als ein als „vertraulich" gekennzeichnetes Rundschreiben der Schulaufsichtsbehörde des Regierungsbezirks Arnsberg an die Leiter aller Realschulen des Regierungsbezirks gerichtet wurde. Zu diesem Bezirk gehören Dortmund, Witten, Hagen, Bochum, das ganze Sauerland und Südwestfalen.

Es heißt in dem Schreiben: „ ... *Auf Veranlassung des Kultusministers des Landes Nordrhein-Westfalen bitte ich Sie, mir von Ihnen bekanntgewordenen Mitgliedern der DKP-Organisation ‚Junge Pioniere' an Realschulen Kenntnis zu geben*" („Extradienst", 22.10.). Dem unter Leitung von Girgensohn, SPD, stehenden Kultusministerium ist vom Innenministerium „*routinemäßig mitgeteilt (worden), daß die Zahl der ‚Jungen Pioniere' zugenommen habe; mittlerweile gebe es 39 Gruppen in NRW*" („FR", 18.10.76), ließ der Sprecher Girgensohns nach Bekanntwerden dieser Anweisung der Presse mitteilen.

Und – wie es offenbar ebenfalls Routine ist – auf einer Dezernentenbesprechung des zuständigen Ministerialbeamten hat dieser dazu aufgefordert, ihn zu informieren, „... *falls Sie in Ihrem Bereich von solchen Gruppen hören* ..." („FR", 18.10.76). Nachdem die SPD-orientierte „Westfälische Rundschau" unter der Überschrift „Schlimme Radikalen-Hatz" die Gesinnungsschnüffelei gegenüber Kindern und Jugendlichen durch Verfassungsschutz und Lehrer publiziert hat, folgten vom NRW-Kultusministerium eilige Dementis. Zwar bestätigte Girgensohn, daß er „*Hinweise auf die Aktivitäten der Jungen Pioniere*" gegeben habe („Extradienst", 22.10.), suchte allerdings in einem „*offenbar 150prozentigen Beamten*"



und dessen „*sehr unglücklicher Umsetzung eines Gesprächs*" („Extradienst") einen Sündenbock.

Der Arnsberger Beschluß wurde „*mit sofortiger Wirkung*" aufgehoben und darauf hingewiesen, daß keine „ ... *Listen von Schülern mit Parteizugehörigkeit angelegt werden*" („FR", 16.10.). Bestehen bleibt aber in jedem Fall die Informierung des Kultusministeriums über die politischen Aktivitäten der Mitglieder der „Jungen Pioniere" durch die Schulleitungen.

Nachdem mit dem Arnsberger Erlaß die Lehrer erst einmal nachdrücklich zur Observierung und Bespitzelung der der DKP nahestehenden Schüler aufgefordert wurden, kann man davon ausgehen, daß seit September schon fleißig Namen von Mitgliedern der „Jungen Pioniere" festgehalten wurden.

Außerdem ist mit dem Erlaß der Boden bereitet, stärker gegen „linke Umtriebe" in den Schulen vorzugehen, auch wenn zunächst offiziell keine Namenslisten angefertigt werden.

Die Jungdemokraten schließen sich der Logik des „Sündenbocks" an: „*Die Möglichkeit für untergeordnete Beamte, selbst Überwachungsmaßnahmen anzuordnen und ihre Vorstellungen von politischer Gesinnung durchzusetzen, mache den ganzen Umfang der Gefahren deutlich*", ließ sich der Landesvorsitzende der Judos in NRW zur Kinderbespitzelung vernehmen.

Fakt ist, daß gerade durch Radikalenerlaß, Anweisungen und „Gespräche" der übergeordneten Dienststellen ein Klima geschaffen wird, in dem letztlich auch untergeordnete Beamte – soweit sie nicht eh Rechte sind – zur Jagd auf Schüler blasen.

KB-Sympathisanten Köln

Aktion gegen Berufsverbote

Ja, sie dachten sich das schön ...



„Herr Hauser, was machen Sie gegen die Berufsverbote?" Mit diesem und ähnlichen Plakaten verfolgten die Berufsverbote-Gegner den Krefelder Oberbürgermeister durch die Stadt

Die niederländische Stadt Leiden ist mit Oxford und Krefeld durch „Städtepartnerschaften" verbunden. Um dieser „Völkerverständigung" auch gebührenden Ausdruck zu verleihen, sollten am 18.10. in Leiden zwei Wege auf die Namen der „Partnerstädte" getauft werden. Geladen war u.a. auch der Oberbürgermeister von Krefeld, Hans-Heinz Hauser (CDU).

Die örtliche Gruppe der (durch zwei Abgeordnete auch im niederländischen Parlament vertretenen) „Pazifistisch-Sozialistischen Partei" (PSP) hatte schon längere Zeit vorher für denselben Tag einen Abend zur Entwicklung in Westdeutschland – „Jagd auf Linke" – geplant und hielt wenig von dem vorauszusehenden Geschwätz über „Völkerverständigung", dafür aber umsomehr vom Internationalismus der Tat.

Einige Tage vor Hausers Besuch wandte sich Anne van de Zande, PSP-Gemeinderatsmitglied, in einem Schreiben an den Leidener Rat und forderte ihn auf, sich bei Hauser für die Aufhebung des Berufsverbotes einzusetzen, das gegen den Krefelder Lehrer Klaus Stein, Mitglied der DKP, gefällt worden war. – Die örtliche Presse berichtete breit über diese Initiative und bereitete so von dieser Seite her die Leidener Bevölkerung auf den „hohen Besuch" vor.

Hauser wurde, wo er auch gerade schwamm, ging oder stand, mit dem Protest gegen die Berufsverbote konfrontiert:

- Bei seiner Rundfahrt durch den Hafen wurde er von fünf Booten begleitet, die Plakate und Transparente gegen die Berufsverbote in deutsch und niederländisch mit sich führten,
- bei der Stadtbesichtigung schlossen sich die Demonstranten den hohen Herren ebenfalls mit ihren Transparenten an (siehe Foto),
- als Hauser gerade die Tafel „Krefeldlaan" („Krefeldweg") befestigt hatte und sich für die Fotografen in Pose stellte, stand eine PSP-Genossin vor ihm und wies ihn – in bestem Deutsch – auf das Berufsverbot in seiner Stadt hin (Hauser gab zu verstehen, daß der „Fall" ihm wohlbekannt sei und wollte die Sache mit dem Hinweis, daß Klaus Stein ja „Kommunist" sei, abtun).

Der Abend zur „Jagd auf Linke" fand aufgrund der Aktionen am Tage noch ein zusätzliches Interesse. Die 200 Teilnehmer der Veranstaltung verabschiedeten eine Resolution, in der der Gemeinderat von Leiden aufgefordert wird, beim Krefelder Gemeinderat auf die Aufhebung des Berufsverbotes gegen Klaus Stein zu dringen (nach „Radikaal" – Ztg. der PSP – Nr. 19/76 vom 2.11.76).

Niederlande-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Fälle

Hessen/Bayern: Einen kleinen Berusverboterekord kann Claudia Eisinger verzeichnen: Nachdem sie 1973 in Hessen und in Bayern nicht in den Schuldienst übernommen wurde, hat sie jetzt zum s e c h s t e n m a l Berufsverbot bekommen. „*Obwohl sie bereits einen Vertrag mit einer Münchner Privatschule geschlossen hatte, wurde sie wegen ihrer DKP-Mitgliedschaft nicht eingestellt. Ebenfalls aus politischen Gründen wurde sie von der Universität Bremen, von einem Schulbuchverlag und einer weiteren Privatschule abgelehnt.*" Und da sage einer „Berufsverbote gibt es nicht"...(nach „Konkret", 11/76).

Göttingen: Seit fünf Jahren im Schuldienst, seit zwei Jahren Beamtin auf Lebenszeit – alles nichts genützt! Die Realschullehrerin Gerda Traupe aus Göttingen wurde vorläufig entlassen, weil sie sich nach Aussagen vom Hildesheimer Regierungspräsidium als „Lehrerin und Agitatorin für die Ziele des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) bezeichnet habe und ihr entsprechendes Verhalten in der Schule geeignet sei, die gedeiliche Zusammenarbeit im Kollegium nachhaltig zu beeinträchtigen und den reibungslosen Ablauf des Dienstbetriebes in der Schule zu stören" („FR", 28.10). Zugleich wurden Vorermittlungen für ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Äußerlicher Anlaß soll der Elternprotest gegen eine von ihr angeblich angeregte und vom KBW unterstützte Schüleraktion gegen die Lehrerarbeitslosigkeit und Unterrichtsausfall und zwei von ihr unterstützte KBW-Flugblattaktionen gewesen sein.

Freiburg: Nachdem das Bezirksamt Steglitz (Westberlin) gegen 268 Lehrer wegen ihres öffentlichen Protestes gegen das Berufsverbot von Waltraut Brenzel ein Disziplinarverfahren eingeleitet hat, deutet sich ähnliches auch in Freiburg an: In einer Anzeige in der „Badischen Zeitung" solidarisierten sich zahlreiche Lehrer mit dem vom Berufsverbot betroffenen Sonderschullehrer Kurt Faller und forderten seine Wiedereinstellung. Das Oberschulamt sieht hierin „*objektiv den Versuch..., das Oberschulamt in der Wahrnehmung seiner Pflichten zu behindern*"! Da dies als „*Verstoß gegen die sich aus dem Landesbeamtengesetz ergebende Loyalitätspflicht*" gedeutet werden kann (Schreiben des Oberschulamtes), ist hier mit weiteren Konsequenzen zu rechnen.

Bonn: Strafanzeige wegen Verstoßes gegen das Demonstrationsgesetz wurde gegen Angelika Lahndorf-Felsko erhoben: Sie hatte im Juli 76 zusammen mit anderen vom Berufsverbot Betroffenen aus Anlaß des Besuchs der französischen Sozialisten innerhalb der Bannmeile des Bundeshauses eine Mundbinde mit der Aufschrift „Berufsverbot" getragen.

Köln: Vor dem Verwaltungsgericht Köln fand der Prozeß der vom Berufsverbot betroffenen Lehrerin Hildegard Proft und Susanne Rohde gegen das Land Nordrhein-Westfalen statt. Beide waren 1974 nach dem zweiten Staatsexamen nicht in den Schuldienst übernommen worden. Ihnen wurde auch die Tätigkeit an Privat- und Volkshochschulen verweigert. Trotz einer Demonstration vor dem Gerichtsgebäude und der Mobilisierung in- und ausländischer Gäste, Journalisten und Mitgliedern des VVN bestand das Gericht auf der Abweisung der Klage. Wegen Mitgliedschaft in der DKP müßten die „Zweifel an der Verfassungstreue" aufrecht erhalten werden, da die DKP „verfassungsfeindliche Ziele" verfolge...

Würzburg: Ein positives Urteil zugunsten des seit 16 Monaten vom Berufsverbot betroffenen SPD-Mitgliedes Helmut Steiner fällte das Verwaltungsgericht Würzburg. („Konkret", 11/76).

Bochum: Zum 1. Februar nächsten Jahres soll Lehramtsbewerber Reinhard Junge in den regulären Vorbereitungsdienst übernommen werden. Grund der früheren Ablehnung war die angebliche „Beleidigung" des Herausgebers einer neonazistischen Schülerzeitung.

Erlangen: Das Land Bayern muß den Lehrer Erich Kretzer (Mitglied der SPD) für den Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Realschulen übernehmen. Seine politische Tätigkeit für den SHB führte damals zur Ablehnung.

Bonn: Unbeeindruckt der Proteste der Bonner Bürgerinitiative gegen die Berufsverbote zeigte sich das Düsseldorfer Ministerium und der Regierungspräsident in Köln: Nach sechs Monaten wurde die Begründung für die Ablehnung der Lehrerin Irmgard Cipa nachgeschoben: Zwar könne man ihr keine Mitgliedschaft beweisen, wohl aber, daß sie an „*Zusammenkünften von DKP-Mitgliedern teilgenommen*" habe. Auf Nazideutsch sagte man: Die weibliche Person deutschen Blutes wurde in Begleitung eines Juden gesehen... („extra dienst", 26.10.).

Waiblingen/Stuttgart: Wegen öffentlicher Kritik am Zustand städtischer Wohnungen droht zwei Angestellten der Stadt das Berufsverbot. Sie hatten den Zustand vieler Wohnungen als menschenunwürdig bezeichnet. Daß ihre Kritik gerechtfertigt ist, stellt die Stadtverwaltung im nachhinein nicht einmal in Abrede, geht sie doch jetzt, nach einem Protest der Bewohner daran, Renovierungen durchzuführen.

Einer der beiden Angestellten, ein Ordnungsamt-Inspektor, war schon vorher in die Stadtpflege versetzt worden, da er sich geweigert hatte, einen Polizeieinsatz gegen eine Demonstration anzuordnen (nach „extra-dienst", 9.11.). Der zweiten Kollegin, die Leiterin des städtischen Kindergarten ist, wird zusätzlich vorgeworfen, sich auf einem offenen Elternabend mit ihm solidarisiert zu haben.

Mit 230 Unterschriften solidarisierten sich Jugendliche, Bewohner der städtischen Wohnungen und Kollegen, z.T. aus dem öffentlichen Dienst (nach Angaben der „KVZ" vom 4.11.) gegen die geplanten Entlassungen. Die örtliche ÖTV-Führung zeigte auf ihre Weise ihre „Verbundenheit" mit den Interessen der Mieter und der Kollegen: statt gewerkschaftlicher Rückendeckung erhielt einer der beiden, selbst Mitglied im Ortsvorstand und von seinen Kollegen zum stellvertretenden Personalratsvorsitzenden bei der Stadtverwaltung gewählt, ein gewerkschaftliches Funktionsverbot! Der Gewerkschaftsausschluß soll offenbar dem Berufsverbot auf den Fersen folgen, was sich daraus schließen läßt, daß die ÖTV-Führer Zweifel geäußert haben, „*ob es überhaupt rechtens wäre, daß die beiden Kollegen Mitglieder der ÖTV seien*".

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



MILITARISMUS ANTIMILITARISMUS

„Brigade 80" – erneute Umrüstung der Bundeswehr

Anläßlich der letzten NATO-Herbstmanöver erprobten die BRD-Imperialisten die Umstrukturierung des Heeres. Es sind Übungen, die dazu dienen, das Heer zum vierten Mal neu auszurichten.

Diese Ausrichtung geht einher mit der immer offener ausgesprochenen militärischen Strategie, die „*Zielplanung der westlichen Sicherheitskräfte im Gebiet jenseits des Eisernen Vorhangs zu verlegen*" („Frankfurter Allgemeine", 25.9.76). Generalinspekteur Hildebrandt präzisierte diese Strategie: „*Wir können nicht mehr zum großen Schwinger ausholen, sondern müssen gleich eine Serie kurzer harten Haken einschlagen*" („Bild", 30.8.76). Damit die Imperialisten einen Präventivkrieg gegen die RgW-Länder vom Zaun brechen können, wenn Ort, Zeit und Bedingungen nach ihrem Ermessen gekommen sind, verstärken sie ihre Anstrengungen zur weiteren Aufrüstung ihrer Armee.

Die Übung „Gelber Luchs" im August dieses Jahres zeigte anschaulich, wie die „Brigade 80" aussehen soll. Die Ausrichtung der „Brigade 80" umfaßt vor allem folgende Faktoren: 1. Die Brigade soll „präsent", das heißt, ohne Auffüllung mit Reservisten und ohne Ausbildungseinheiten sofort einsatzbereit sein. 2. Die Umstellung auf „*kleinere, schnell zu verlegende und leichter zu führende Verbände*", die in der Lage sind, „*mehr noch als bisher im Gefecht der verbundenen Waffen zu kämpfen*" („Frankfurter Rundschau", 26.8. und „Lüneburger Landeszeitung", 28.8.76). Entscheidender Punkt bei der neuen Brigade ist, daß ihre Beweglichkeit erhöht und die Feuerkraft noch weiter gesteigert werden soll. Dazu wird der jetzt bestehenden Brigade ein viertes Kampfbataillon angegliedert. Die „Brigade 80" umfaßt an Verbänden sowohl die Panzer (Leopard und Marder), die „gen Osten" vorstoßen sollen. Um einen derartigen Angriffskrieg abzusichern und einzuleiten, verfügt die Brigade über zahlreiche Panzer- und Luftabwehrraketen. Die wichtigsten Raketen sind:

- die Panzerabwehrraketen „Milan", die von einem einfachen Soldaten abgefeuert werden kann und sich selbst elektronisch ins Ziel steuert (davon besitzt die Bundeswehr 40.000 Stück);
- die Panzerabwehrrakete „TOW", die eine größere Reichweite als die „Milan" hat (davon sind in der BRD 350 Abschußgestelle und 7.000 Raketen einsatzbereit);
- die westdeutsch-französische Panzerabwehrrakete (Reichweite: drei Kilometer) „Hot" (davon sind ebenfalls 7.000 Raketen und 350 Abschußrampen vorhanden);
- 200 Kampfhubschrauber des Typs „Bo-105", die speziell zur Panzerbekämpfung entwickelt wurden;
- der Raketenwerfer 110-SF, der innerhalb von 18 Sekunden über 14 km hinweg 2.304 Streuminen auf eine Fläche von 2.400 mal 300 Meter „verteilen" kann (auf dem Gebiet der Panzerminen hat es einige Neuerungen gegeben – so können sie sich nach einer gewissen Zeit selbst zerstören, wobei das Gelände für die eigenen Panzer wieder passierbar wird; die Panzermine „Meduse", in der BRD entwickelt, kann für bestimmte Zeiträume „scharf" gemacht werden);
- dann eine Vielzahl von Luftabwehrraketen wie die westdeutsch-französische „Roland", die amerikanische „Nike" und „Lance" usw. (einige der Flugabwehr-Raketen sind speziell gegen den Tiefflug, andere gegen Flugzeuge mit hoher Reichweite und Flughöhe entwickelt worden);
- die nicht fest stationierten Fla-Raketen werden auf 450 Fla-Kanonen und 200 Fla-Raketenpanzer montiert (ihre Trefferquote liegt bei 90%). (Alle Angaben nach „Spiegel" 31/76).

Im Verbund zu der „Brigade 80" operiert dann noch die Luftwaffe mit den Kampfbombern vom Typ „Phantom", die die Luftüberlegenheit sicherstellen sollen. Das Prinzip der neuen „Brigade 80" besteht also in einer „*gesteigerten Beweglichkeit, bei der übrigens kaum noch Reserven im Skat hinten behalten, sondern von Anfang an möglichst viel Kampfkraft nach vorn zusammengefaßt wird*" („Lüneburger Landeszeitung", 28.8.76).

Ausbau des „Heimatschutzkommandos"

Die gesamte Konzeption der westdeutschen Imperialisten geht also zum einen dahin, die Stoßtrupp-Brigaden nur noch mit Zeit- und Berufssoldaten zu besetzen. Die Kaderbrigaden der Bundeswehr für sich genommen entsprechen praktisch dem Charakter einer Berufsarmee. „*Eingreif-Reserven aus der Luft, Flächenfeuerwaffen, die in Sekunden kilometerweite Panzerminenriegel legen können, Raketen der neuen Generation, Geräte ... für den nächtlichen Kampf ... sowie ein Reservisten-Potential, dessen Heimatschutzkommandos künftig auch tief im Hinterland mit eigenen Panzern durchgebrochene oder aus der Luft abgesetzte Angreifer bekämpfen können, machen dieses Konzept noch glaubwürdiger*" („Lüneburger Landeszeitung", 28.8.76).

Die vielen wehrpflichtigen Soldaten der Bundeswehr werden also ausschließlich im Territorialheer und den Heimatschutztruppen eingesetzt werden. Dazu sollen die Heimatschutztruppen noch stärker als bisher ausgebaut werden: Sechs weitere Jägerregimenter mit Panzern und Artillerie, dazu sechs Kampfkommandos, 14 Sicherungsregimenter und 150 Sicherungskompanien sollen im wesentlichen die „zweite Linie" bilden und die „vorpreschenden" Brigaden abdecken. Sie sollen ferner gegnerische Luftlandetruppen und durchbrochene Panzer außer Gefecht setzen. Ihre wesentliche Aufgabe besteht aber darin, „*Brücken, Bahnhöfe und Industriewerke* (!) *zu sichern*" („Bild"). Dahinter verbirgt sich mehr oder weniger unverhohlen der Einsatz der Heimatschutztruppen gegen die „eigenen" Arbeiter, gegen „Unruhen" usw., damit der Imperialismus nach außen hin „freie Hand" hat. Der enorme Ausbau und die verstärkte Ausrüstung mit Artillerie und Panzern im Rahmen der Heimatschutztruppen zeigen, daß sich der BRD-Imperialismus wohlweislich auf die innere Absicherung seiner aggressiven Pläne vorbereitet.

Antimilitarismuskommission



Sondereinheiten beim „Häuserkampf" ... sie sichern auch das „Hinterland" bei Aggressionen der Bundeswehr nach außen



Von einem Soldaten zu bedienen: Panzerabwehr-Rakete „Milan"

Solidarität mit Holger Arend!

Kassel. Seit dem 1. April 1976 ist Holger Arend, stationiert bei der 1. Batterie des Panzeraufklärungsbataillons 5 in Sontra, als Wehrpflichtiger bei der Bundeswehr.

Gegen ihn wurde eine achttägige Arreststrafe verhängt, weil er sich an der 1.-Mai-Demonstration des DGB in Kassel und der anschließenden KBW-Kundgebung in Uniform beteiligte. Mit der „Begründung", die „Volksmiliz" (Zeitung des Soldaten- und Reservistenkomitees Kassel – SRK) angeblich in der Kaserne verteilt zu haben, wurde eine weitere Arreststrafe von 21 Tagen (!) gegen ihn ausgesprochen.

Am 27.6.76 bekam H. Arend den Befehl, als Fahrer der Bundeswehr am Umzug des Schützenfestes in Sontra teilzunehmen. Diesen Befehl hat er aus gutem Grund verweigert! Das Fahrzeug, das er fahren sollte, trug die Aufschrift „Panzerhusaren in Tradition und Gegenwart". Auf dem folgenden Fahrzeug wurden mehrere Soldaten in alte deutsche Uniformen gesteckt, u.a. in solche der Hitler-Wehrmacht mit Hakenkreuzen. Hier handelt es sich keineswegs um einen einmaligen „Ausrutscher". So heißt es z.B. in einer Presseerklärung des Panzeraufklärungsbataillons 5: „Nicht ohne Stolz nennen sich die Sontraer Panzeraufklärer auch Panzerhusaren, nicht zuletzt auch deshalb, weil sie aus den berittenen Aufklärern hervorgegangen sind ... sie sind wenn es gilt, überall dort, wo es brennt ..., haben Aufgaben zu lösen, die den ganzen Mann verlangen" („Hessisch-Niedersächsische Allgemeine" vom 28.5.76).

H. Arend bekam für seine „Befehlsverweigerung" weitere 21 Tage verschärfte Ausgangssperre aufgebrummt. Für eine von ihm verfaßte Presseerklärung soll H. Arend angeklagt werden. Und zwar wegen Verstoß gegen: § 90 a StGB, „Verunglimpfung des Staates", § 109 StGB „Störpropaganda gegen die Bundeswehr" und § 186/187 StGB („Verleumdung der Bundeswehr".

Diese Tatsachen beweisen sehr klar, was der gerade in den Militaristen-Ruhestand versetzte General Krupinski meint, wenn er die Bundeswehr lobend als „super-demokratisch" (Tagesschau vom 6.11.76) bezeichnet.

Inzwischen wurde H. Arend wegen seiner Disziplinarstrafen die Kandidatur bei den Vertrauensmannwahlen verboten. Bereits jetzt hat der Kommandeur des Panzeraufklärungsbataillons fünf weitere „zehn Tage Arrest angekündigt, weil H. Arend am ‚Tag der offenen Tür' (Großveranstaltung der 2. Jägerdivision in Kassel – Anm. Red.) die Volksmiliz verteilt und über seine Bestrafung berichtet hat" (nach „Kommunistische Volkszeitung", Ortsbeilage Kassel, 2.11.76).

KB/Gruppe Kassel

Kurzmeldungen

„Notstands"übungen in Salzgitter und Umgebung

Am 29./30.10. wurde durch die Stadt Salzgitter eine „Katstrophenschutzübung" durchgeführt. Die Übung dauerte 24 Stunden. Dabei wurde folgender Fall angenommen: „*Ein Orkan mit 120 km/Std. Windgeschwindigkeit hatte am Freitagvormittag die Landkreise Peine, Wolfenbüttel und Goslar sowie die Stadt Salzgitter überquert. Dadurch war es zu erheblichen Schäden gekommen. Polizei und örtliche Feuerwehren waren seit 8.30 Uhr ständig im Einsatz. Die Ereignisse überstürzten sich aber derartig, daß diese Kräfte allein nicht mehr ausreichten. Deshalb waren zusätzlich Einheiten des Technischen Hilfswerkes, des DRK und noch andere Hilfsorganisationen alarmiert worden. Die Lage hatte sich zu Mittag so zugespitzt, daß der Katastrophen-Stab einberufen werden mußte ...*

Die als ‚aktive Einheiten' fungierenden Funkfahrzeuge rückten jeweils [illegible] *ten sich von dort. Dabei wurde erprobt, wie lange es dauert, bis die Kräfte an Ort und Stelle sind ... Die Übung fing mit einem angenommenen Fall im Beddinger Hafen an, wo ein Tankschiff durch den Sturm leck geschlagen und Öl ausgelaufen war. Durch Hochwasser der Innerste mußte eine Teilevakuierung von Ringelheim erprobt werden. Im Ringelheimer Schloß war ein Großbrand ausgebrochen* (durch Orkan?), *wodurch nicht nur die Feuerwehrkräfte gebunden wurden, sondern auch die Patienten des Krankenhauses verlegt werden mußten. Wegen der Explosion eines Flüssiggas-Behälters in Osterlinde* (Orkan??) *mußte der Stadtteil evakuiert werden ...*" (alle Zitate „SZ-Z" vom 1.11.76).

Nun, ein Orkan ist schon möglich (Herbststürme '72). Doch gab der Orkan hier wohl mehr die notdürftige „Begründung" für eine Notstandsübung größten Stils ab. Angesichts dessen ist es ja so richtig beruhigend, wenn Oberstadtdirektor Paul Intrup in der „SZ-Z" zu berichten weiß: Eine Katastrophenlage könnte in der Stadt Salzgitter gemeistert werden.

Doch das ganze läßt sich noch abrunden: Parallel dazu fand im Raum Salzgitter ein Manöver statt. Tag und Nacht konnte man das Dröhnen von 300 Panzerfahrzeugen hören ... War dies nun ein böser Alptraum oder eine düstere Aussicht auf die Zukunft?

Ein AK-Leser aus Salzgitter

US-Division ehrt SS-General

Als Dank für die „Fairness" der SS, genauer der 12. SS-Panzerdivision, der auch der SS-Sturmbannführer Peiper, der zur Zeit Schlagzeilen macht, angehörte, hat eine Division der US-Armee den ehemaligen SS-General Schulze-Kossens zum Ehrenmitglied ernannt (nach „die tat", 5.11.76).

Frankreich steigert Militärausgaben um knapp 17%

Frankreich gibt immer mehr für seine Rüstung aus. Langfristig soll der Rüstungsanteil am Staatshaushalt 20% betragen; zur Zeit beträgt er bereits 17,5%, was eine Steigerung von 16,8% gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr bedeutet. 68,4 Mrd. Franc werden im nächsten Jahr ausgegeben werden. Schwerpunkt im Rüstungshaushalt bleibt weiter der Nuklear-Sektor. Die Rakete M-4 mit Mehrfachsprengköpfen wird eingeführt werden. Trotz dieser Steigerung sind einige Abstriche an den ursprünglichen Plänen gemacht worden (keine Weiterentwicklung der Pluto-rakete, Streichung des 6. Atom-U-Bootes, weniger Mirages und Panzer als erwartet). Das zeigt nur, daß der französische Imperialismus nicht auf Dauer in der Rüstung seine ehrgeizigen Pläne halten kann (nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 10.11.76, „Neue Zürcher Zeitung", 1.11.76).

In einem Monat 16 SS-Treffen mit der Bundeswehr

In der Zeit vom 18.9. bis 23.10.76 haben nach Angaben der Zeitschrift „Der Freiwillige", dem Organ des Waffen-SS-Verbandes in der BRD, allein 16 Treffen dieser Verbrecherorganisation stattgefunden. Die Treffen trugen Namen wie „Das Reich", „Horst Wessel", „Totenkopf", „HJ", „Leibstandarte A. Hitler" oder „Der Führer". Teilnahme von Abgeordneten der Bundeswehr waren die Regel. Im übrigen hat der SPD-eigene Pressedienst auf diese Vielzahl von Treffen hingewiesen, ohne auf die Bundeswehrteilnahme hinzuweisen. Er kennt sich also genau aus. Die SPD-Führer verfahren wieder mal nach dem bekannten Prinzip: Kamereraderie im allgemeinen – und plötzlich scheinheiliger Protest, wie bei der Rudel-Affäre („Extradienst", 9.11.76).

Bundeswehr lädt „Wiking"-Jugend ein!

Ein weiterer Beweis dafür, daß die Zusammenarbeit der Bundeswehr mit faschistischen Organisationen gang und gäbe ist, wie es sich ja am Beispiel Rudel gezeigt hat, ist die Einladung der „Wiking"-Jugend durch das 251. Fallschirmjägerbataillon in Calw. Die „Wiking"-Jugend ist eine Nachfolgeorganisation der Hitlerjugend. Begründet wurde dies vom Ministerium mit „staatsbürgerlicher Verantwortung" (nach „die tat", 5.11.76).

Nicht vergessen!

... das antimilitaristische Treffen in Stuttgart. Es beginnt am Freitagabend, 19.11.76 in Stuttgart mit einer offenen Veranstaltung (18 Uhr im DGB-Haus, 7 Stuttgart 1, Neckarstr. 178) und wird am Samstag/Sonntag im geschlossenen Kreis fortgesetzt.

Antimilitarismuskommission KB/Gruppe Hamburg

aus Betrieb und Gewerkschaft



METALL

MAN: Warnstreik gegen Arbeitsplatzvernichtung

Hamburg: Am Montag, den 8.11.76 fanden ein 1 1/2stündiger Warnstreik von ca. 500 Kollegen und eine Kundgebung vor dem Verwaltungsgebäude statt. Anlaß waren die Verhandlungen zwischen dem Vorstand und dem Betriebsrat der MAN in Hamburg um die Entlassung von fast 400 Kollegen aus dem Kesselbau. Die Kollegen versammelten sich auf dem Werksgelände und zogen dann mit Transparenten vor das Werk, zum Verwaltungsgebäude. Auf den Transparenten standen Parolen wie „Sozialplan ist keine Lösung" und „Schluß mit der Arbeitsplatzvernichtung".

In Sprechchören forderten die Kollegen „Information" und „Der Sozialplan hat kein' Zweck, die Arbeitsplätze soll'n nicht weg".

Der BR kam daraufhin zweimal 'runter, um zu berichten, daß der Vorstand erst dann über die Zukunft des Hamburger Werkes verhandeln will, wenn die Kesselbauer 'rausgeflogen sind; daß der Vorstand dann eine Kostenrechnung aufstellen werde, um auf deren Grundlage dann neu zu entscheiden.

Wie diese Entscheidung aussehen wird, ist klar: Schließung des Hamburger Werkes. Sehr deutlich kommt das auch in einer Stellungnahme des Betriebsrates zum Ausdruck, die er anderntags aushängte: *„Der Vorstand hat zu verstehen gegeben, die Weiterführung des eingeschrumpften Betriebes sei Unternehmensziel. Eine abschließende Stellungnahme über die Wirtschaftlichkeit kann aber erst nach der 'Personalreduzierung' abgegeben werden"*.

Nach drei Verhandlungsstunden brach der Betriebsrat diese Verhandlungen ab. Die Kapitalisten wollen jetzt die Einigungsstelle anrufen.

„Die Bevölkerung der ganzen BRD miteinbeziehen" ...

schlug der Betriebsratsvorsitzende Addi Janssen auf der IGM-Mitgliederversammlung am 1.11.76 vor, um gegen die geplanten Entlassungen „zu kämpfen". Doch die Kollegen von MAN, werden nach wie vor kaum „einbezogen": Ein plastisches Beispiel für diesen Widerspruch von großen Worten und kleinen Taten ist die Vorbereitung zu dem Warnstreik:

Schon vor der IGM-Mitgliederversammlung am 1.11. hatten einige Kollegen dem Betriebsrat eine Unterschriftensammlung mit ca. 50 Unterschriften überreicht. Darin wurde der Betriebsrat aufgefordert, endlich die Kollegen besser zu informieren und geplante Aktionen gemeinsam vorzubereiten.

Seit der letzten Protestversammlung vor fast einem Monat ist die Diskussion um weitere Kampfmaßnahmen fast „tot" gewesen. Bei der Übergabe dieser Unterschriftenliste sind dann die Kollegen übel angemacht worden. Man hat ihnen unterstellt, sie würden behaupten, daß der BR überhaupt nichts täte, daß er „an allem Schuld" sei (an der Resignation der Kollegen) ... Frech wurden die Kollegen belehrt: der BR kenne die Kollegen zum Teil schon seit über 15 Jahren und er wisse schon, „was gut und richtig ist".

Zur Folge hatte das dann auch, daß wiedermal keiner richtig Bescheid wußte und viele Kollegen überhaupt nicht bereit waren, sich am Warnstreik zu beteiligen. Denn gestreikt hatten ja auch nur ca. 500 Kollegen.

Ebenso schlecht steht es mit der Mobilisierung zur geplanten IGM-Demonstration, die Mitte November (!) stattfinden soll, durchgeführt von der Kollegenschaft der Hafen-Metallbetriebe. Weder die MAN-Kollegen noch die Kollegen der Betriebe, die angeblich mitdemonstrieren sollen, wissen bis heute Genaueres.

Genossen von MAN
KB/ Gruppe Hamburg



Streikende MAN-Kollegen auf der Kundgebung am 8. November

Kollegen gehen leer aus!

Am 30. Oktober einigten sich nach 24-stündigen Verhandlungen der IG-Metall Vorstand und Gesamtmetall über die Erhöhung der „vermögenswirksamen Leistungen" und auf einen neuen Tarifvertrag bei den Sonderzahlungen (Weihnachtsgeld).

Die neuen Tarifverträge sehen vor:

1. Der „Vermögensbildungsvertrag" wird rückwirkend ab 1.7.76 um 13 Mark erhöht, dann ab 1.1.1980 auf 52 Mark aufgestockt und läuft am 31.12.82 aus.
2. Die betrieblichen Sonderzahlungen werden für 1977 und '78 in allen Stufen um je 10 Prozent angehoben. Die Metaller erhalten danach (!) in der höchsten Stufe nach dreijähriger Betriebszugehörigkeit 50% eines 13. Monatslohnes!

Auch wenn dieser Abschluß wieder erheblich unter der Ausgangsforderung liegt (der IGM-Vorstand hatte bei den „vermögenswirksamen Leistungen" eine sofortige Aufstokkung auf 52 Mark und die schrittweise Anhebung der Sonderzahlung auf ein volles 13. Monatsgehalt gefordert), wertet IGM-Chef Loderer den Abschluß in seiner bekannten großspurigen Art als einen **„guten Schritt voran"**.

Berücksichtigt man zudem, daß die IGM-Führung selbst nach dem miserablen Tarifabschluß in der Lohnrunde (im Frühjahr) dieses Jahres der Kollegenschaft einen „Nachschlag" aus den jetzt abgeschlossenen Verhandlungen versprochen hat, so fällt die Beurteilung dieses „Erfolgs" noch schlechter aus.

Die IG-Metallführer haben es tatsächlich fertig gebracht, einen „Nachschlag" durchzusetzen, der den Kollegen effektiv für 1976 keinen Pfennig mehr bringt.

Aber das Schärfste kommt wohl erst noch: Denn die Kapitalisten haben bereits klargemacht, daß für sie eine Anrechnung auf die kommenden Tarifabschlüsse feststeht. Nach van Hüllen, Vorsitzender von Gesamtmetall, sei *„es mit diesem Ergebnis gelungen, das Jahr 1976 von zusätzlichen tariflichen Kostenbelastungen freizuhalten. Allerdings ist jetzt eine Vorbelastung für 1977 gegeben, die den Spielraum der Lohnpolitik stark einengt"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung" – „FAZ", 1.11.).

Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß die Gewerkschaftsführer sich einer Anrechnung nicht widersetzen, sondern im Gegenteil den zu erwartenden mäßigen Tarifabschluß mit Hinweis auf ihren jetzigen Verhandlungs„erfolg" aufzupolieren versuchen werden.

Entlassungen, Rationalisierungen

Der Besitzer der größten Unternehmerberaterfirma der BRD, G. Kienbaum, rief die Unternehmer dazu auf, „alle Sentimentalität" abzustreifen und „radikal Fixkosten abzubauen und Mitarbeiter freizusetzen". Ein heißer Tip, mit dem er allerdings offene Türen einrennt. Die Welle von Schließungen, Entlassungen, Kurzarbeit reißt nicht ab.

Nach einer Umfrage der Industrie- und Handelskammer will jeder sechste Unternehmer weiter entlassen und nur jeder zwanzigste will einstellen!

Die **Peine-Salzgitter AG**, bundeseigen, hat in den letzten beiden Jahren über 2000 Leute entlassen, der Vorstandschef redet gegenüber der Presse von Kurzarbeit zur Jahreswende.

Zu den ebenfalls **bundeseigenen Werften** (HDW) schreibt die „Frankfurter Rundschau" vom 29.10. zynisch: „Die Werftbelegschaft, die von früher 18.000 Mitarbeitern auf inzwischen 14.500 geschrumpft ist, soll bis Mitte nächstenJahres – allerdings still und mit Sozialplänen (!) – auf unter 14.000 weiter schrumpfen." Diese Zahl von 500 Entlassungen ist allerdings ein Hohn, das Vierfache ist zu erwarten.

Thyssen schickt 30.000 seiner 35.000 Beschäftigten über Weihnachten in einen dreiwöchigen Zwangsurlaub. Dafür muß Resturlaub oder Urlaub von 1977 genommen werden! Dort wurde ebenfalls Kurzarbeit angedroht.

Bei der erst 1976 gegründeten Firma **VBS-Maschinenbau** sollen 65 der 105 Beschäftigten zwecks „Gesundschrumpfung" (tatsächlich die offizielle Begründung) entlassen werden. Bisher ist es dem Betriebsrat gelungen, das abzublocken und hinauszuzögern.

Klöckner-Humboldt-Deutz will den Zweigbetrieb in Frankfurt dichtmachen. Die Geschäftsleitung will allen Arbeitern und Angestellten einen anderen Arbeitsplatz nachweisen, spricht aber gleichzeitig von einem „Sozialplan" für Härtefälle!

Hanomag-Henschel (Harburg)

Weder Nachtschicht noch Rufbereitschaft

Da durch Übernahme neuer Maschinen aus anderen Daimler-Benz-Werken die zahlreichen Überstunden, Erweiterung der Nachtschicht und Neueinstellungen der Arbeitsumfang rapide zugenommen hat, sind auch mehr Wartungs- und Reparaturarbeiten an den Maschinen notwendig. Um diese Mehrarbeit zu bewältigen, müßten entsprechend Kollegen bei den Elektrikern und Schlossern eingestellt werden. Die Daimler-Benz-Kapitalisten wollen dieses Problem aber „kostengünstiger" lösen: Statt Einstellung neuer Kollegen sollen die vorhandenen die zusätzliche Arbeit in Nachtschicht oder Rufbereitschaft aufgedrückt bekommen.

Die betroffenen Kollegen erfuhren davon erst, als Anfang November bereits die ersten Listen für den Bereitschaftsdienst aufgestellt wurden. Rufbereitschaft, das bedeutet: Du arbeitest deine Frühschicht und mußt ab 23.00 bis 6.00 Uhr morgens jeden Augenblick damit rechnen, zur Reparatur ins Werk geholt zu werden.

„Wir sind doch keine Sklaven!" und „Dabei geht unsere Familie zum Teufel" – das waren die Reaktionen der empörten Kollegen.

Auf einer Abteilungsversammlung, auf der der Vertrauensmann die Informationen, die er vom Betriebsrat erhalten hatte, an die Kollegen weitergab, war die Empörung groß. Es wurde beschlossen, eine Unterschriftenliste zu machen, wo jeder, der Lust auf Nachtschicht oder Rufbereitschaft hatte, sich eintragen konnte.

Die beiden anwesenden Betriebsräte der oppositionellen „alternative" wurden aufgefordert, eine BR-Sitzung einberufen zu lassen, da inzwischen bekannt geworden war, daß der BR-Vorsitzende Paulsen in einem Schreiben an die Geschäftsleitung erklärt hatte, daß der Betriebsrat prinzipiell keine Bedenken gegen die Ausweitung der Rufbereitschaft hätte, und falls das Schwierigkeiten gäbe, die Einführung einer dritten Schicht forderte. Nur – im BR war über dieses Thema nie diskutiert, geschweige denn ein Beschluß gefaßt worden.

Auf der BR-Sitzung verteidigten dann Paulsen und seine Freunde ihr Vorgehen und ließen sich von der Mehrheit auch noch bestätigen, daß diese sich nicht übergangen fühlte. Ein besseres Armutszeugnis hätten sich diese „Kollegenvertreter" kaum ausstellen können. Klar ist, daß diese Leute auch eine Abteilungsversammlung der betroffenen Kollegen ablehnten.

Die Unterschriftensammlung bei den Schlossern hatte inzwischen ergeben, daß sich niemand für Nacht- oder Rufbereitschaft, aber 18 Kollegen prinzipiell gegen beides ausgesprochen hatten.

Diese Liste wollte man nun dem BR Barfuß übergeben. Der ließ aber ausrichten, er könne leider nicht runter in die Abteilung kommen, „habe die Bude voller Leute." Darauf gingen ca. 15 Elektriker und Schlosser zu ihm hoch ins Betriebsratsbüro, wo sie ihn eigenartigerweise ganz allein antrafen.

Es wurde aufgefordert, der Werksleitung mitzuteilen, daß die Kollegen sich weigerten, die Rufbereitschaft oder Nachtschicht zu machen.

Indem er damit drohte, daß in einem solchen Falle die Kollegen mit Entlassung rechnen müßten, gelang es ihm, die Kollegen zur Zurücknahme der Liste zu bewegen und sie ganz auf die „Alternative" Rufbereitschaft oder Nachtschicht festzunageln. Da konnte er dann auch gut versprechen, sich für eine Erhöhung der Pauschale einzusetzen.

Bei den betroffenen Kollegen ist jetzt erstmal die Stimmung abwartend („erst mal sehen, wie das jetzt läuft").

Da aber schon abzusehen ist, daß die Rufbereitschaft nur die verschleierte Einführung einer Nachtschicht ist, werden die nächsten Auseinandersetzungen nicht lange auf sich warten lassen.

Betriebszelle Hanomag-Henschel
KB/Gruppe Hamburg

Klöckner-Hütte Bremen:

Kurzarbeit abgelehnt!

Wie wir bereits im letzten ARBEITERKAMPF berichteten, planten die Klöckner-Kapitalisten vom 1. November an die Einführung von Kurzarbeit auf unbestimmte Dauer. Begründet wurde die „Notwendigkeit" der Kurzarbeit mit der Explosion eines Winderhitzers am Hochofen II, die sich bereits am 12.10. ereignet hatte.

Der Hochofen II hatte eine tägliche Leistung von 5.500 Tonnen Roheisen täglich, der nach der Explosion angeblasene Hochofen IV bringt nur ca. 2000 Tonnen. Da die Feststellung der Unglücksursache und die Reparatur noch einige Zeit dauern wird, sollten rund 2000 Kollegen statt bisher drei Schichten nur noch eine arbeiten. Das hätte Lohneinbußen von rund 500 DM für die betroffenen Kollegen gebracht!

Der Betriebsrat hatte die Forderung der Klöckner-Kapitalisten nach Kurzarbeit nicht grundsätzlich abgelehnt, sondern gefordert: Keine Lohneinbußen durch Kurzarbeit, Zahlung der Differenz zwischen Kurzarbeitergeld und Durchschnittslohn. Begründet wurden diese Forderungen mit dem §10 des Manteltarifvertrages, der besagt, daß bei Betriebsstörungen der Betrieb ausfallende Stunden vergüten muß.

Die Klöckner-Kapitalisten scherte das nicht, sie riefen stattdessen die Einigungsstelle an, die bisher in allen Verfahren (Kurzarbeit im letzten Jahr usw.) zugunsten der Kapitalisten entschieden hatte. Gleichzeitig wurden weitere Gründe nachgeschoben, die die „Unabwendbarkeit" von Kurzarbeit belegen sollten. So hieß es plötzlich, im Januar müßte sowieso Kurzarbeit eingeführt werden, da die „konjunkturelle" Entwicklung dies erfordere. Durch die jetzt geforderte Kurzarbeitsperiode sollte angeblich nur eine später sowieso nötige vorgezogen werden. Mit diesem nachgeschobenen Grund haben die Kapitalisten die Katze aus dem Sack gelassen.

Bereits im letzten ARBEITERKAMPF schrieben wir: „Den Klöckner-Kapitalisten paßt dieses 'Unglück' offensichtlich ganz gut in den Kram ... Die Hütte war nur zu 70% ausgelastet". Dumm waren sie allerdings, daß sie mit diesem Grund so spät rausgekommen sind. Die Einigungsstelle lehnte am 2.11. den Antrag auf Kurzarbeit ab! Die Unternehmensleitung – so ein Sprecher – will den Spruch der Einigungsstelle respektieren.

Bleibt abzuwarten, wann der nächste Antrag auf Kurzarbeit gestellt wird, diesmal nur mit „konjunktureller Notwendigkeit" begründet!

KB/ Gruppe Bremen

Reynolds/HAW

„Der große Schlag" ging daneben!

Für Mittwoch, den 10.11., hatte die Hamburger IGM-Ortsverwaltung zu einer gewerkschaftlichen Mitgliederversammlung bei Reynolds/HAW eingeladen, um mit der bisherigen, fortschrittlichen Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit abzurechnen. Die IGM-Führer hatten hierfür ein übles Hetzblatt in deutscher, türkischer, jugoslawischer und arabischer Fassung herausgegeben, das mit dem Aufruf endete: „*Darum gilt es, den Bekämpfern einer freiheitlichen Gewerkschaft eine Abfuhr zu erteilen.*" Das Hetzblatt stellt klar eine neue Qualität in dem jahrelangen Streit zwischen den Belegschaftsvertretern und der IGM-Ortsverwaltung über die Orientierung der gewerkschaftlichen Arbeit dar. Die IG Metall-Führer erhofften sich davon, die Träger der bisherigen Arbeit isolieren zu können und endlich Verbündete für eine der Ortsverwaltung genehme Politik zu finden.

Hauptangriffspunkt war für die IGM Ortsverwaltung die letzte Nummer der von fortschrittlichen Kollegen herausgegebenen Betriebzeitung, die als „antigewerkschaftliche Hetzschrift" verunglimpft und der unterstellt wurde, „die IG Metall bewußt zu diffamieren."

In der August-('76)-Ausgabe dieser Zeitung war der Ortsverwaltung vorgeworfen worden, mit den Kapitalisten gemeinsame Sache gemacht zu haben, was anhand einer Aktennotiz dokumentarisch belegt werden konnte. Aus der Aktennotiz geht hervor, daß sich die IGM-Führer im Oktober '75 mit der HAW-Geschäftsleitung arrangieren wollten. Sie erklärten sich mit dem Übergang der Tarifzuständigkeit auf den Chemiebereich und den der Belegschaft dadurch entstehenden Verschlechterungen einverstanden.

Ohne auch nur mit einem Wort die Richtigkeit der Aktennotiz in Frage zu stellen, werden diejenigen als Gewerkschaftsfeinde diffamiert, die die Praktiken der Gewerkschaftsführer bekanntmachen.

Dabei versuchen die IGM-Führer den Eindruck zu erwecken, als ob Kritik an ihren gegen die Belange der Kollegen gerichteten Aktivitäten, sich gegen die IG Metall insgesamt richtet und zum Kampf gegen diese aufruft. Selbstverständlich durfte auch die antikommunistische Hetze und die damit verbundene Feststellung, daß es sich bei den Verfassern der besagten Betriebzeitung um „einen kleinen Haufen politischer Wirrköpfe" handelt, nicht fehlen.

Auf der Mitgliederversammlung selber erschien die IGM Ortsverwaltung mit großem Aufgebot. Es nahmen teil: Müllner, Engelmann, Teichmüller, Apenburg, Schmidt, HDW-VK-Leiter Kock sowie zwei Dolmetscher. Aber auch sie konnten die Änderung der Tagesordnung und die Behandlung der anstehenden Tarifrunde als „Punkt 1" nicht verhindern. Hierzu wurde eine Resolution beschlossen, die sich für eine Festgeldforderung aussprach und die den Gewerkschaftsmitgliedern den Auftrag gibt, in den Abteilungen die Höhe der Tarifforderung zu beraten. Danach mußte die IGM-Ortsverwaltung dann erleben, daß ihre Hetze nicht auf fruchtbaren Boden gefallen war. Von den etwa 80 anwesenden IG Metall-Kollegen ergriff nur ein einziger offen Partei für Müllner und Co. Dagegen mußten sie von zahlreichen Kollegen mehr oder minder scharfe Kritik einstecken – z.B. daran, daß die Ortsverwaltung eine Klärung der Tarifzuständigkeit nach über einem Jahr noch immer nicht zustande gebracht hat.

Gegen den Vorwurf „antigewerkschaftlicher Stimmungsmache" im Betrieb sprachen die Tatsachen: daß nämlich im Werk HAW in knapp drei Monaten über 70 neue IG Metall-Mitglieder geworben wurden; daß der Aufbau betrieblicher Vertretungsorgane den engagierten Kollegen allein überlassen wurde; daß eine Mitgliederversammlung mehrfach abgelehnt wurde, und daß ein neueingestellter Kollege berichtete, wie er vom Betriebsrat zur aktiven Mitarbeit in der IG Metall geworben wurde.

Angesichts der Tatsache, daß zahlreiche Kollegen die aktive Gewerkschaftsarbeit verteidigten, stecken die IGM-Führer merklich zurück. Am Ende sahen sie sich sogar gezwungen, erneut die gute Betriebsratsarbeit des Reynolds BR-Vorsitzenden zu bestätigen, gegen den vor wenigen Wochen der Ausschluß aus der IG Metall beschlossen wurde. Und was den Ausschluß anbetrifft, warf man ihm „Märtyrertum" vor, weil er ein „Kompromißangebot" abgelehnt hatte, das eventuell „nur" ein vierteljährliches Funktionsverbot zur Folge gehabt hätte.

Fest steht, daß die von der IGM-Ortsverwaltung geplante Kurskorrektur vorerst verhindert wurde. Außerdem mußten die IGM-Führer erleben, daß die aktive Gewerkschaftsarbeit bei Reynolds/HAW ein zu großer Brocken ist, der von ihnen im Augenblick nicht geschluckt werden kann. Trotzdem ist Vorsicht geboten: Denn der Mangel, daß immer noch zu wenige Kollegen die Arbeit mittragen, besteht nach wie vor. Und nur wenn dieser Zustand überwunden wird, können die Schläge der Gewerkschaftsführer auch in Zukunft ähnlich erfolgreich abgewehrt werden.

Betriebszelle HAW/Reynolds
KB/Gruppe Hamburg

Demonstration gegen Entlassungen

Siemens/Belgien. Am 22.10. demonstrierten in Brügge etwa 3.500 Beschäftigte zweier Werke der Siemens AG in Belgien gegen drohende Massenentlassungen. Zwecks Rationalisierung ihrer Produktion im Zweigwerk Oostkamp planen die Siemens-Kapitalisten zu Beginn des nächsten Jahres die Entlassung von 850 der 3.300 Beschäftigten in Oostkamp. Begründet werden die Entlassungen mit „Schwierigkeiten auf dem Telephonsektor". Dem Streik und der Demonstration der Kollegen des Oostkamp-Werkes schlossen sich die Kollegen einer kleineren Siemens-Fabrik der Nachrichtentechnik an. (nach „Süddeutsche Zeitung", 23.10.)

Benelux-Kommission
KB/Gruppe Bremerhaven

Warnstreik gegen Spitzel

HDW Kiel: Am 4.11. legten die Kollegen der neuen Rohrhalle für eine halbe Stunde die Arbeit nieder. Damit wollten sie Auskünfte über den in der Rohrhalle beschäftigten Horst Rheinstadler erzwingen, der Spitzel der Geschäftsleitung ist. BR-Vorsitzender Böhm hatte sich trotz 54 (von 70 Kollegen insgesamt) Unterschriften geweigert, der Sache nachzugehen.

Bereits 1972 hatte Rheinstadler in der bürgerlichen Presse Schlagzeilen gemacht, wo er beschrieb, wie er als DKP'ler seine Freundin aus der DDR geholt hatte.

Dann hatte Rheinstadler, der sich heute als Oberhetzer gegen die „Ostzone" hervortut, Fotos von Kollegen gemacht, die dabei waren, als die vier „roten Betriebsräte" der „KPD/ML" auf der Werft eine Kundgebung durchführen konnten, obwohl sie fristlos gefeuert waren.

Nachher bestritt er alles, ihm sei die Kamera, bevor er ein Bild geschossen habe, vom Werkschutz (!!) abgenommen worden – der ihm die Kamera auch umgehend zurückgab.

Bei „KPD/ML"-Arbeitertreffs engagierte er sich andererseits für wilde Aktionen der „roten Betriebsräte". Vor einem viertel Jahr soll Rheinstadler Spinde von Kollegen aufgebrochen haben.

Das Maß war dann voll, als er Ende September eine Gasleitung aufmontierte und das ausströmende Gas unter eine Brennmaschine leitete. Dann lief er zur Feuerwehr und behauptete, er habe zwei „rote Betriebsräte" bei der Aktion erwischt, er selbst habe das Gas dagegen abgedreht.

Selbst der Vorgesetzte von Rheinstadler drang beim Vorstand nicht durch, als er dessen Entlassung forderte.

Über die Hintergründe gibt es Vermutungen. Als sicher gilt, daß Rheinstadler auf Grund von Schulden bei der HDW willig benutzt werden kann.

Bei den Kollegen hat er inzwischen völlig verschissen.

Der „Reichsadler", wie er genannt wird, ist inzwischen ein Risikofaktor für die Kapitalisten geworden. Es ist anzunehmen, daß er bei weiteren Protesten still aus dem Verkehr gezogen wird.

Dagegen steht die Forderung der Kollegen nach voller Aufdeckung des „Falles Rheinstadler"!

Ein HDW-Kollege KB/Gruppe Kiel

Streik bei SIEMENS

Bruchsal. Rund 2.900 Kolleginnen und Kollegen von Siemens Bruchsal traten am Mittwoch, den 10.11., in einen spontanen Streik und führten Protestaktionen durch, die den Straßenverkehr zeitweilig völlig lahmlegten. Anlaß war der geplante Rausschmiß von 30 Kollegen. Der Streik ist nur eine weitere Kampfmaßnahme gegen Entlassungen und Rationalisierungen, die von den Siemens-Kapitalisten schon seit Jahren planmäßig durchgezogen werden. Am 25.9. demonstrierten rund 6.000 Kollegen (siehe AK 90).

Über die Entlassungspolitik der Kapitalisten sagen die Kollegen, „daß das Ganze nichts anderes als ein langsames Sterben!" ist. Sie wollen solange streiken, bis die Entlassungen zurückgenommen und verbindliche Zusagen über ihre Weiterbeschäftigung gemacht werden! (Information aus „Pforzheimer Kurier", 11.11.76).

KB-Sympathisanten Pforzheim

Letzte Meldung:

Nach Redaktionsschluß erreichte uns noch folgender Korrespondentenbericht: „*Am Morgen des 11.10. wird in der Schlosserei und dem Werkzeugbau bekannt, daß eine jugoslawische Vertrauensfrau entlassen worden ist, weil sie am Vortag eine westdeutsche Arbeiterin aufgefordert haben soll, ebenfalls die Arbeit stehen- und liegenzulassen. In beiden Abteilungen legten daraufhin sofort 600 Kolleginnen und Kollegen die Arbeit nieder. Die jugoslawische Vertrauensfrau wurde nach ein bis zwei Stunden Streik wieder eingestellt.*

Etwa gegen 13.00 Uhr trat dann abermals ein Großteil der Kollegenschaft in den Streik und zog in einem Demonstrationsmarsch durch Bruchsal – hin zum Rathaus, um den Bürgermeister zu benachrichtigen..."

HBV

9. HBV-Gewerkschaftstag:

Fortschrittliche Anträge abgewürgt, rechte durchgedrückt

Der 9. Ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft HBV fand vom 26.9. bis 2.10.1976 in Saarbrücken statt.

337 Anträge und 45 Entschließungen zu Satzungsfragen, allgemeinpolitischen Themen etc. standen zur Debatte und Abstimmung. 243 Delegierte aus den vier Hauptfachabteilungen Handel, Banken, Versicherungen und Wirtschaftsdienste waren anwesend. Davon waren 61 Frauen und 24 Jugendliche. Zwar sind über 50 % der HBV-Mitglieder Frauen und mindestens 1/3 Jugendliche und die Satzung in § 19 schreibt vor, daß „bei der Aufstellung der Kandidaten ... die Zusammensetzung der Mitgliedschaft angemessen zu berücksichtigen "ist, zwischen Reden und Wirklichkeit aber begann bereits hier ein gewaltiger Widerspruch zu klaffen.

Genügend Prominenz aus den Reihen bürgerlicher Parteien waren so kurz vor Ende des Wahlkampfes ebenfalls geladen und versammelt. Gleich zu Beginn überbrachten der CDU-Ministerpräsident des Saarlandes, Röder, SPD-Bundesminister Matthöfer und am 28.9. SPD-Chef Willy Brandt ihre „herzlichen Grüße". CDU-Kohl und FDP-Genscher übermittelten ihre „besonderen Wünsche" schriftlich.

Und wie es auf Kongressen so üblich ist, kamen auch der DGBChef Vetter, Vertreter der kapitalistischen „Gemeinwirtschaft" etc. zu Wort.

Damit aber immer noch nicht genug: Werner Staak, Hamburger Innensenator und Mitverantwortlicher der Brutalitäten von Brokdorf, Botschaftsvertreter aus Israel, den USA und (immerhin) auch aus der UdSSR, Weihbischhof Dr. Alfred Kleinerweilert und andere Kirchenfürsten etc. pp. waren geladen und präsent. Der alte Hauptvorstand wurde wiedergewählt. Verschiebungen gab es nur, weil die bisherige 2.Vorsitzende Moser aus Altersgründen ausschied und ein 6. Vorstandssessel geschaffen wurde.

Wir wollen im weiteren auf Schwerpunkte des Gewerkschaftstages eingehen, vor allem die Frage des „Extremistenerlasses" in den Gewerkschaften und die Frauenarbeit.

Der Extremistenerlaß bleibt

Neue Varianten zur Rechtfertigung und Festschreibung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse lieferte der Hauptvorstand.

Bereits im schriftlichen Geschäftsbericht für den Zeitraum 1972 bis 1975 brachte der Vorsitzende Vietheer die Aussage: „*Wer die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Gewerkschaften bekämpft, setzt sich dem Verdacht aus, Freiheit und Demokratie nicht verteidigen zu wollen*". Und als ideologische Untermauerung sagte Vietheer im mündlichen Geschäftsbericht vor den Delegierten: „*Die Gefahr von rechts ist für das deutsche Volk immer eine größere Gefahr gewesen. Aber gerade, weil Linksextremismus die Gefahr von rechts verstärkt, ist deren Bekämpfung ebenfalls notwendig.*"

(Ein kleiner Ausflug zur Behandlung der Rechtsextremen sei hier erlaubt:

Der 8. Ordentliche Gewerkschaftstag 1972 hatte in einem Antrag das Verbot und die Auflösung der neonazistischen NPD sowie aller rechtsextremen Gruppen in der BRD gefordert. Als Erledigungsvermerk gab der Hauptvorstand hierzu auf dem 9. Gewerkschaftstag bekannt: „*Die Bedeutungslosigkeit der NPD als Partei läßt den Antrag als erledigt erscheinen.*".)

Doch Vietheer geht es nicht nur darum, das sozialdemokratische Lügenmärchen zu verbreiten, daß durch den „Linksextremismus" die rechte Gefahr wachse, sondern ihm geht es darum, die Kritik an der Gewerkschaftsführung zu verhindern. So argumentierte er gegen die Linken: „*Wer Gewerkschaftsfunktionäre mit bösartigen Unternehmern in einen Topf wirft, dem müsse man das Aktionsfeld nehmen.*"

Es geht gar nicht darum, die Gefahr von rechts (durch links, was ohnehin sozialdemokratische Lügenmärchen sind) abzuwehren, es geht darum, die Kritik an der Gewerkschaftsführung zu verhindern.

Ganz in diesem Sinne stellt dann auch der Kontrollausschuß in seinem Bericht vor den Delegierten fest, daß „*... die vom Hauptvorstand ... zu beschließenden Ausschlüsse ... erheblich zugenommen*" haben. In 33 Fällen wurden Mitglieder generell bzw. befristet ausgeschlossen. Nach dem schriftlichen Geschäftsbericht gliedern sich die Ausschlüsse wie folgt:

HBV:

5 wegen aktiver Mitwirkung bei antidemokratischen und antigewerkschaftlichen Bestrebungen;
8 wegen Zugehörigkeit einer unter den Extremistenerlaß fallenden Gruppen;
1 wegen Unterschlagung von Gewerkschaftsgeldern;
1 erhielt einen befristeten Ausschluß;
1 erhielt Funktionsverbot für drei Jahre;
2 Fälle werden erneut untersucht;
4 Ausschlußanträge wurden abgelehnt.

Bis heute allerdings sind bereits neue Ausschlüsse vollzogen worden – zumindest zwei Fälle aus Hamburg sind bekannt (siehe Artikel in diesem AK).

Daß bei einem Viertel der Fälle übrigens nicht gleich ein voller Ausschluß durchgezogen wurde, ist für den Hauptvorstand Anlaß genug festzustellen, daß er „*bei seinen Entscheidungen ... differenziert und abgewogen vorging.*"

Einher mit dem formellen Unvereinbarkeitsbeschluß läuft die Entdemokratisierung. Nirgends in der Satzung steht, daß ein Mitglied, bei dem man die Zugehörigkeit zu einer „unvereinbaren Organisation" vermutet oder weiß, aber kein Ausschlußverfahren läuft, nicht für eine Funktion innerhalb der HBV kandidieren darf.

Der Kontrollausschuß aber beschreibt, daß in solch einem Fall, wo ein Mitglied für einen Fachgruppenvorstand kandidierte und gewählt wurde, eine Nichtbestätigung ausgesprochen und die Beschwerde dagegen abgelehnt wurde.

Wörtlich heißt es: „*Die Regelung des § 11, 2b* (Unvereinbarkeitsbeschluß, die Red.), *der im zutreffenden Fall den Ausschluß ohne Verfahren ... vorschreibt, nimmt einem Mitglied, auf das erwiesenermaßen diese Voraussetzungen zutreffen, automatisch und unabänderlich das Recht, für Funktionen in Gewerkschaftsorganen zu kandidieren, selbst wenn zum Zeitpunkt eines solchen Sachvorganges noch keine Maßnahme zum Ausschluß dieses Mitgliedes eingeleitet wurde.*"

An einem weiteren Punkt des Berichtes des Kontrollausschußes wird noch deutlicher, daß dieser Ausschuß alles andere als eine Kontrollinstanz im Sinne von Wahrung der innergewerkschaftlichen Demokratie ist, sondern den Abbau derselben vorantreiben soll:

„*Die Mehrzahl der mit Ausschlüssen nach § 11, 2a und b belegten Personen, begegnet mit zum Teil abgestimmten Methoden auch unter Einschaltung von Anwälten, den Verfahren bzw. Beschlüssen. Hierbei machen sich die Betroffenen auslegungsbedürftige Formulierungen sowohl in der Satzung als auch in den sie interpretierenden Richtlinien zunutze.*" Und weiter: „*Es zeigte sich aber auch, daß unsere Satzung und ihre ergänzenden Bestimmungen für solche Fälle nicht völlig zweifelsfrei sind. Aus diesen Gründen ersuchte der Kontrollausschuß nachdrücklich den Hauptvorstand, dem Gewerkschaftsausschuß diesen Gegebenheiten gerecht werdende Beschlußvorlagen zu unterbreiten.*"

Es erübrigt sich zu sagen, daß der Kontrollausschuß alle Beschwerden gegen Ausschlüsse etc. abwies.



Abschließend sei noch bemerkt, daß auf diesem Gewerkschaftstag immerhin zwei Anträge vorlagen, die die restlose Abschaffung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse forderten. Zum einen von der Landesbezirkskonferenz Westberlin und der Ortsverwaltung Marburg. Beide Anträge wurden mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ein entsprechender Antrag des Ortsverwaltungsvorstandes Celle wurde nicht behandelt, da er nicht „ordnungsgemäß" beschlossen wurde.

Ebenfalls abgewiesen wurde eine Berufung an den Gewerkschaftstag von zwei Ausgeschlossenen aus Hamburg. Eine Diskussion hierüber fand nicht statt. (s. AK 91).

Frauenarbeit — ein heißes Eisen

Wir berichteten bereits darüber, daß Bestrebungen im Gange sind, die notwendige spezielle Frauenarbeit in der HBV ganz aus der Satzung zu streichen. Der Hauptvorstand der HBV legte über die sog. „Satzungsreformkommission" den Änderungsvorschlag vor, daß die gewerkschaftliche Mitarbeit der weiblichen Mitglieder grundsätzlich in den Fachgruppen zu erfolgen hat. Frauenausschüsse sollen in Zukunft nur noch gebildet werden „können", im Gegensatz zu vorher, wo Frauenausschüsse gebildet werden müssen. Vier von fünf Gegenanträgen stellten allerdings fest, daß *„von einer Integration der Frauen in den gewerkschaftlichen Gremien nicht die Rede sein kann"* (Hauptfrauenausschuß), daß *„Frauen in unserer Gesellschaft einen Nachholbedarf auf Grund ihrer „Mädchen"-spezifischen Erziehung und Ausbildung haben"* und daß *„zur Vorbereitung und zur Befähigung der Frauen, aus dem alten Rollensystem herauszubrechen"*, Frauenausschüsse notwendig sind (Landesbezirkskonferenz Bayern). Ähnlich äußerten sich die Bezirksverwaltung Main-Taunus und die Landesbezirkskonferenz Westberlin. Lediglich die Ortsverwaltung Witten sah in der Existenz einer besonderen Frauenarbeit- und organisation eine Diskriminierung der Frauen und forderte den Kampf für Frauengleichberechtigung in der gesamten Gewerkschaft. Was alle Anträge ausdrückten, ist die einfache Erkenntnis, daß die HBV bisher wenig getan hat, um innerhalb wie auch außerhalb der Organisation die Probleme der Kolleginnen anzupacken. So mußte Anni Moser, bisher zuständig im Hauptvorstand für Frauen, (inzwischen aus Altersgründen ausgeschieden), im Geschäftsbericht feststellen, *„daß noch überall zu wenig Kolleginnen in verantwortlichen Funktionen sind – daß die Zahl der organisierten Frauen zwar ständig steigt, aber noch bei weitem nicht unsere Erwartungen erfüllt – daß sich die Situation der Arbeitnehmerinnen nach wie vor auszeichnet durch schlechte Ausbildung, ungerechte Bewertung der Arbeit und zu wenig gesellschaftliche Hilfen."*

Ad absurdum führt sie ihre eigenen Schnacks und die der anderen Gewerkschaftsführer z.B. in der „Argumentationshilfe für Nichtorganisierte", wo zur Frauenarbeit noch geschrieben wird: *„HBV fördert die gewerkschaftlich organisierten Frauen nach Kräften. Ein vielfältiges Veranstaltungsprogramm kommt den weiblichen Interessen entgegen."*

Im Geschäftsbericht sagte Moser weiter: *„Der oft gemachte Einwand, eigene Frauenveranstaltungen und Lehrgänge seien innerhalb der Gewerkschaft nicht mehr nötig, entspricht leider der Wirklichkeit."* Genau das erkannte auch ein Mitglied des Ortsverwaltungsvorstandes Hamburg, der eine gegen den Widerstand der Ortsverwaltung organisierte Frauenveranstaltung unterstützt hatte (s. AK 91) und nunmehr ausgeschlossen ist.

Weitere Anträge drückten zusätzlich die brenndende Notwendigkeit der Berücksichtigung von Frauenproblemen aus. So wurde ein Antrag des Hauptfrauenausschusses angenommen, der recht klar feststellt, daß *„noch immer Arbeiterinnen rund 30 %, weibliche Angestellte sogar 37 % weniger als ihre Kollegen erhalten."* Und weiter, daß *„die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen verstärkt angehoben werden müssen. In ihnen befinden sich überwiegend Frauen. Bei rein prozentualen Tariferhöhungen werden Frauen benachteiligt."* etc.

Angenommen wurde ferner ein Antrag der Hamburger Ortsverwaltung, der die Durchsetzung der Fristenregelung zum § 218 fordert. Der Antrag der Ortsverwaltung Wolfsburg, der die ersatzlose Streichung des § 218 zur Forderung erhob, wurde abgelehnt.

Die Beiträge einiger Ortsverwaltungen und des Frauenausschusses zeigten, daß man der Frauenarbeit einen nicht unerheblichen Stellenwert für die gewerkschaftliche Arbeit zumißt. Der Hauptvorstand mochte dagegen eine besondere Behandlung und Organisierung der Kolleginnen nicht. Es kam dann bei der Frage, Frauenausschüsse ja oder nein, zu einem „Kompromißantrag" der Satzungskommission, in dem zwar die Notwendigkeit einer besonderen Frauenarbeit bejaht wird, aber zu der Frage der Organisierungsform der weiblichen Mitglieder festgelegt wird, daß „Frauenausschüsse gebildet werden sollten". Dieser „Kompromiß" fand dann auch die Mehrheit der Stimmen.

Weg mit den Berufsverboten — Streichung der §§ 88a und 130a

Insgesamt fünf Anträge, vier Entschließungen und ein Initiativantrag forderten massiv die Bekämpfung der Berufsverbotepraxis in der BRD: Die Anträge kamen von den Landesbezirkskonferenzen Hessen, Nordrhein-Westfalen, Nordmark und Rheinland-Pfalz sowie von den Ortsverwaltungen Hamburg, Augsburg, Düsseldorf und Essen/Oberhausen. Um die Relation zu zeigen: Die HBV hat insgesamt neun Landesbezirke, vier davon griffen teils recht scharf die Berufsverbote an. Hessen z.B. stellte fest, daß *„im Zeitraum von 2 1/2 Jahren 450.000 Personen durch den Verfassungsschutz überprüft wurden"*, daß *„rund 57.000 Erkenntnisse über die Überprüften, z.B.*

- *Teilnahme an polizeilich genehmigten Demonstrationen;*
- *Beteiligung an Unterschriftenaktionen;*
- *Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen Partei;*

gesammelt sind." Und weiter:

„Immer mehr greift diese Praxis vom öffentlichen Dienst, der immerhin rd. 1/3 aller Erwerbstätigen der BRD beschäftigt, auf die freie Wirtschaft über. Schon spricht der Arbeitgeberverband von „tarifpolitischem Extremismus", ... Schon fliegen die Kollegen aus den Betrieben, weil sie ihr gesetzliches Recht auf Betriebsverfassung in Anspruch nehmen. Diese Praxis zersetzt die freiheitliche Grundordnung der BRD und führt Herrschaftsmethoden ein, die im Widerspruch zu unserem Grundgesetz stehen. Sie ist nur möglich, weil im Gefolge dieser Praxis Verdächtigungen, Massenschnüffeleien, Denunziationen und Duckmäusertum gedeihen, die es den Inhabern der wirtschaftlichen Macht immer leichter machen, ihre „schwarzen Listen" offen anzuwenden, mit Geheimschriften in Zeugnissen gegen unliebsame Kollegen Arbeitsverbot auszusprechen ..."

In diesem Tenor lagen auch die anderen benannten Anträge.

Hier nun griff die Gewerkschaftsführung in ihre Trickkiste und präsentierte einen „zusammenfassenden Antrag des Geschwerkschaftsausschusses", der dann nur noch allgemein und völlig verwässert vor der Untergrabung des Grundgesetzes warnte, gleichzeitig aber feststellte, daß der Staat seine Grundordnung sichern muß (!), und daß die *„Auseinandersetzung mit politischen Extremisten unter strikter Wahrung der Rechtsstaatlichkeit geführt werden muß"*.

Mit „Sorge" wurde noch registriert, daß es bedenkliche Praktiken bei den Berufsverboten gibt.

Der Gewerkschaftsausschuß führte auch den Begriff „Extremisten" ein, während in allen anderen Anträgen vom „Berufsverbot" gesprochen wurde. Trotz Widerstand fand der Antrag des Gewerkschaftsausschusses (und damit der Führung) die Mehrheit.

Mit 206 Stimmen wurde ein Antrag der Landesbezirkskonferenz Hessen angenommen, der vor der drohenden offenen Willkür durch die §§ 88a und 130a warnte und deren Abschaffung forderte. Ähnlich lautende Anträge aus Marburg und der Bundesjugendkonferenz waren damit erledigt.

An mehreren Stellen kamen fortschrittliche Anträge zur Abstimmung und wurden auch angenommen. Insgesamt aber hat es die Gewerkschaftsführung geschafft, durch Stimmungsmache (Unvereinbarkeitsbeschluß) und „Zusammenfassungen" (Berufsverbote) die Delegierten auf Linie zu bringen. Allerdings bieten gerade die Stellungnahmen zur Frauenarbeit und zum Abbau der demokratischen Rechte in Staat und Gesellschaft reichliches Material, innergewerkschaftlich wie auch in den Betrieben linke Positionen und Arbeit darzustellen und den Widerspruch zwischen den Tönen der Führung und ihrer Praxis zu verschärfen.

Das ist wohl das beste Ergebnis des 9. Ordentlichen Gewerkschaftstages.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Ausschlußterror in der HBV geht weiter

Hamburg. Zügig rollt in Hamburg die Ausschlußwelle weiter.

Wegen Mitgliedschaft in der KPD/ML liegt jetzt einer Kollegin im Einzelhandel der Ausschlußantrag vor.

Desweiteren ist die Betriebsrätin S.D. aus der Volksfürsorge Lebensversicherung vom Gewerkschaftsausschluß bedroht. Im Einschreiben des Hauptvorstandes vom 15.10.76 heißt es, *„uns (liegt) ein Aufruf zur Bundestagswahl der Wählerinitiative ‚Unterstützt die KPD' vor, den Sie* (die Kollegin, die Red.) *mit unterschrieben haben. Diese Unterlage läßt den dringenden Verdacht zu, daß sie Mitglied der ‚Kommunistischen Partei Deutschlands' (KPD) sind."* (aus „Offener Brief" vom 31.10.76) Danach folgt der bekannte Formtext, in dem auf die Unvereinbarkeitsbeschlüsse hingewiesen wird und eine Frist von 14 Tagen eingeräumt wird, um die Mitgliedschaft in der „KPD" zu kündigen.

Ansonsten folgt der Ausschluß. So einfach machen es sich die Gewerkschaftsführer. Hieran wird deutlich, wie weit schon die Gesinnungsschnüffelei in der Gewerkschaft ist. So steht es mit den „freien und geheimen Wahlen" wohl schon ziemlich schlecht, wenn heute jedes Gewerkschaftsmitglied fürchten muß, bei der Unterstützung einer linken Organisation in der Wahl, aus der Gewerkschaft ausgeschlossen zu werden.

Hiermit wird eindeutig in das Wahlrecht eingegriffen, und die Gewerkschaftsmitglieder werden per Extremistenerlaß auf die „Neutralität" bzw. auf die Unterstützung der bürgerlichen Parteien verpflichtet.

So nicht!

In einem offenen Brief, der zugleich die Antwort an den Hauptvorstand ist, verteidigt die Kollegin allerdings mehr schlecht als recht diesen Angriff auf alle Demokraten und Antifaschisten.

Zwar wird richtig festgestellt, daß die *„Gewerkschaftführung jeden ausschließen will, der ihr unliebsame Meinungen hat. ... Vor die Meinungsfreiheit will die Gewerkschaftführung den Filter ihrer Zensur setzen."* Im weiteren folgt nochmals die Propagierung eines Teils des Wahlaufrufs, sowie die Aufzählung von Persönlichkeiten, die sich in der BRD gegen die politische Unterdrückung wenden. Mit keinem Wort wird auf den undemokratischen Charakter der Unvereinbarkeitsbeschlüsse hingewiesen und die Aufmerksamkeit auf die gesamte Palette ihrer Anwendung gelenkt. Für die Kollegin gibt es scheinbar nur ihren Ausschluß, wenn sie schreibt: *„Darum bitte ich Sie mit Ihrer Unterschrift* (unter den offenen Brief, die Red.) *oder in anderer geeigneter Weise meinen Kampf gegen den angedrohten Ausschluß zu unterstützen!"* (ebenda).

Auf der Mitgliederversammlung der Fachgruppe Versicherungen am 3.11.76 stellte sie auch nur dar, daß sie nicht Mitglied der „KPD" sei und biederte sich bei den Rechten, an, indem sie über die „faschistischen Verhältnisse" in der DDR hetzte. (Dies hatte sie mit der Kollegin im Einzelhandel gemeinsam – sie soll wegen „KPD/ML"-Zugehörigkeit ausgeschlossen werden, – die in derselben Manier die Ohren der fortschrittlichen Gewerkschafter auf der Mitgliederversammlung am 20.10.76 strapazierte.)

Es gilt, den Ausschlußterror der HBV-Führung auf breiter Front entgegenzutreten und alle von den Unvereinbarkeitsbeschlüssen Betroffenen in die Solidarität miteinzubeziehen.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Informationsaktion der HBV ohne die Kollegen

Hamburg. Erstmals am 9. Oktober 1976 rührte sich die Gewerkschaft HBV öffentlich, um auf die ausgesprochen miese Bezahlung der Kolleginnen und Kollegen im Einzelhandel aufmerksam zu machen. Mit Informationsständen in der Hamburger Innenstadt und in einigen Einkaufszentren mit einem Flugblatt (s. nebenstehenden Abdruck), Plakaten und 5.000 Luftballons wurde versucht, „eine Solidarisierung mit dem Verkaufspersonal" zu erreichen. Der konkrete Hintergrund ist, daß bereits am 1. März dieses Jahres die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) mit den Einzelhandelskapitalisten eine Tarifanhebung von 4.6% vereinbarte, die die HBV aber ablehnte.

Die Aktion wird derzeit noch fortgesetzt.

Augenfällig war die geringe Beteiligung der gewerkschaftlich organisierten Einzelhandelskollegen an der Aufklärungskampagne. Die Aktion wurde vor allem von Hamburger Gewerkschaftssekretären und Gewerkschaftsmitgliedern anderer Wirtschaftsbereiche getragen. Dies führte zu teils starken Kritiken der aktiven Einzelhandels-Kollegen aus der HBV-Fachgruppe auf der Mitgliederversammlung am 20.10.76. Viele Kollegen führten an, daß sie erst am Vorabend der Aktion informiert wurden oder gar nicht, ein Teil hörte aus den Nachrichten von dem Aktionstag. Cohn, Fachsekretär für den Einzelhandel, hatte als Ausrede parat, daß die Aktion ohnehin schon DM 15.000,– kostet und für Mitgliederbenachrichtigung kein Geld mehr dagewesen sei!

Auch die Zielsetzung der Kampagne stieß auf Widerspruch bei den Kollegen. Es wurde kritisiert, daß keine einzigen Tarifforderungen benannt wurden und daß alles an die Kunden gerichtet war und nicht an die Einzelhandelskollegen selber.

HBV hat angekündigt, zur Weihnachtszeit ähnliche Aktionen „mit einer härteren Gangart" zu starten („Lebensmittelzeitung" vom 15.10.).

Für die aktiven und fortschrittlichen Kollegen des Einzelhandels sollte das Anlaß sein, Zielsetzung und Durchführung weiter zu kritisieren und dann selbst kräftig mitzumischen.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Kundeninformation

Wir bieten kein

► Sonderangebot ◄

sondern informieren Sie über

Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Einzelhandel

Trotz

- **ständigem Personalabbau bei vergrößerten Verkaufsflächen und erhöhtem Umsatz**
- **künstlicher Licht- und Luftverhältnisse** (dabei praktisch den ganzen Tag stehen müssen)
- **mieser Arbeitszeiten** (von 9 - 18.30 Uhr und fast an allen Samstagen)
- **der niedrigsten Tarifgehälter der deutschen Wirtschaft** (erst im 8. Jahr nach Abschluß der Lehre 1360,- DM brutto)

soll das Verkaufspersonal den ganzen Tag nett und freundlich sein. Dabei machen die Einzelhandelskonzerne von Jahr zu Jahr steigende Gewinne. Die Verkäuferinnen und Verkäufer z.B. in den Klein- und Mittelstädten Lörrach, Tuttlingen, Dinslaken, Bamberg, Bayreuth, Wesel, Gütersloh und vielen anderen Orten, werden besser bezahlt, als in der großen Handelsmetropole Hamburg.
Können Sie verstehen, daß die Verkäuferinnen im Einzelhandel sauer sind und Sie vielleicht nicht mehr so zuvorkommend bedient werden, wie Sie es als Kunde wünschen?

Solidarisieren Sie sich mit dem Verkaufspersonal

Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen
Landesbezirksleitung Nordmark, Besenbinderhof 56, 2000 Hamburg 1

Presserechtlich verantwortlich: Peter Deutschland, Gewerkschaft HBV, Besenbinderhof 58, 2000 Hamburg 1

Krankenbesuche durch Unternehmer und Betriebräte

Hamburg. Mindestens 20 krankgeschriebene Kolleginnen sind in der letzten Zeit bei einem größeren Hamburger Kaufhaus vom Geschäftsführer und einem Betriebsratsmitglied (Namen sind der Redaktion bekannt) zu Hause „besucht" worden. Wäre der Betriebsrat allein gekommen, so könnte man noch guten Willen und Sorge unterstellen, tanzt aber ein Unternehmervertreter mit an, wird der Zweck der Übung klar. Scheinheilig wurde sich nach dem „Wohlbefinden" erkundigt, dann kam die Frage, an welcher Krankheit man überhaupt leide und wie lange das denn noch dauert. Und abgeschlossen wurde der Besuch mit der Aufforderung, sich „doch einmal Gedanken über das Arbeitsverhältnis" zu machen!!

Dieses Kaufhaus ist kein Einzelfall. Aus einem Großhandelsbetrieb wissen wir, daß der hohe Chef persönlich die kranken Kollegen aufsuchte und sie so lange „bedrängte", bis sie mit ihm zusammen zur Arbeit fuhren. Das „Bedrängen" sah so aus, daß man im Gespräch auf die hohe Arbeitslosigkeit hinwies und andeutete, man könnte jeden Arbeitsplatz heute schnell neu besetzen!

Bei einem der größten Hamburger Versicherungsbetriebe gingen Leute der Personalabteilung so weit, telefonisch und an der Haustür Kinder der erkrankten Kollegen „nett und freundlich" auszufragen!

Ausgesprochen übel und an der Grenze der gesetzlichen Legalität sind diese Aktionen – besonders für gewerkschaftlich organisierte (bei HBV und DAG) Betriebsräte. Das Ziel der „freundschaftlichen Hausbesuche" wird oft erreicht:

Die kranken Kollegen sind verunsichert und eingeschüchtert. Bei der nächsten Krankheit soll erreicht werden, daß man sich zur Arbeit schleppt. Man bringt dann zwar nicht die volle Arbeitsleistung, aber immerhin etwas. Und das alles vor dem Hintergrund der Massenarbeitslosigkeit: Ein sehr zugkräftiges „Heilmittel".

Bei den Kolleginnen im Einzelhandel soll noch ein zusätzliches erreicht werden. Das Weihnachts-Profit-Geschäft steht vor der Tür; für alle Kolleginnen bedeutet das -zig Überstunden, für sehr viele Samstags-Arbeit bis Ende des Jahres. Jeder, der durch Krankheit ausfällt, fällt als Profitkassierer für den Unternehmer weg. Vorher soll deshalb alles auf Schwung gebracht werden, zur Not auch mit fast illegalen Methoden.

Dabei ist es immer mehr auch so, daß gerade durch den enormen Arbeitsanfall und die Hetze in den Kaufhäusern Kolleginnen einfach nicht mehr können. Die Antwort auf dann logischerweise vermehrte Krankheiten ist die Warnung mit der Arbeitslosigkeit ...!

Diesen Angriffen auf die Arbeitsbedingungen, die auch noch von Betriebsräten der Gewerkschaften getragen werden, muß durch Offenlegung des Nachspionierens entgegengetreten werden.

Zudem müssen die Gewerkschaften dazu verpflichtet werden, eine derartige Praxis ihrer Betriebsräte abzustellen.

In den Einzelhandelsaktionen an den Wochenenden muß die Öffentlichkeit durch Flugblätter informiert werden.

Branchenzelle Einzelhandel
KB/Gruppe Hamburg

Kampf den Rationalisierungen!

Hamburg. Auf der letzten Mitgliederversammlung der Hamburger Fachgruppe Versicherungen der HBV am 3.11.76 kam es zu einer breiten Debatte und Erfahrungsaustausch zu den Rationalisierungen in den einzelnen Betrieben,

Eingeleitet wurde die Diskussion durch eine Kollegin des Arbeitskreises Rationalisierung, indem sie die bisher mangelnde Unterstützung des Hauptvorstandes kritisierte. Namentlich wurde der „Kollege"* Vietheer aufgefordert, den Kampf gegen die Rationalisierungen ernster zu nehmen. Zurückzuführen ist die Haltung des Hauptvorstandes darauf, daß er den laufenden Rationalisierungen im Bereich Versicherungen bereits heimlich zugestimmt haben. Allzu oft werden die Kollegen, die einen breiteren Kampf dagegen führen wollen, in demagogischer Weise als „Maschinenstürmer" verschrien. Dies mußten sich die Kollegen der Iduna des öfteren von Sekretär Jaenisch anhören. Aus den Berichten der einzelnen Betriebe und der Dauer der Debatte wurde deutlich, in welcher eindeutigen Phase sich heute schon die Veränderung der Arbeitsprozesse befinden, was vor allem auf den Einfluß der Datentechnik zurückzuführen ist. So berichtete der Kollege von der Iduna vom M 70 Verfahren, was kurzfristig zu drei wesentlichen Qualifikationsgruppen führen wird:

1. Ein großer Bedarf an Anlerntätigkeit, wozu keine Ausbildung mehr nötig ist, wie Einweisen, Lochen, Versand der Produkte (Versicherungspolicen etc.).
2. Ein kleiner Bedarf an Sachbearbeitertätigkeit für maschinell nicht zu bearbeitende Fälle. Dieser Bedarf dürfte umso geringer sein, je weiter die Programme und Maschinen fortentwickelt werden.
3. Ein kleiner Bedarf an Programmierertätigkeit zur Wartung und ggf. Erweiterung der Verarbeitungsprogramme.

Dadurch werden viele Arbeitsplätze eingespart bzw. die Monotonie nimmt zu.

Bei der Hamburg-Mannheimer werden heute die Kollegen an ihren Arbeitsplätzen durch Refa-Leute mit Stoppuhren kontrolliert, um die möglichste Effektivität herauszubekommen. Der Vorstand der Hamburg-Mannheimer plant, durch Heraufsetzung der Auslastung der Arbeitsplätze um 35 % vorerst 120 Arbeitskräfte einzusparen.

Bekannt geworden ist in Hamburg das Rationalisierungsunternehmen „Rosenkranz". Dieses Team treibt in mehreren Versicherungen sein Unwesen, z.B. bei der Kravag, und dem Deutschen Ring. Es ist bekannt dafür, daß die Belange der Kollegen überhaupt nicht in Betracht gezogen werden. Schonungslos wird analysiert, wie am besten die Kollegen auszupressen sind. Oftmals werden diesem Unternehmen auch noch Gruppenleiter aus den Arbeitsbereichen der Kollegen mitgegeben, damit das „Team" sich besser durchsetzen kann.

Insgesamt ergab die Diskussion in der Fachgruppe Versicherungen die Notwendigkeit einer breiteren Diskussion unter den Betriebsgruppen, um den Kampf gegen die Rationalisierungen aufzunehmen. Sehr oft fehlen noch die Informationen. Diese Gespräche dürfen nicht nur auf Seminare verschoben werden, sondern müssen durch einen ständigen Erfahrungsaustausch über den Fachgruppenvorstand hinaus eine ständige Einrichtung werden.

Diese Forderung wurde immer wieder von Kollegen in ihren Beiträgen erhoben. Gerade der Beitrag eines Betriebsrates der Hermes Versicherungen, der betonte, daß der Kampf gegen die Rationalisierung heute mit den Kollegen gegen die kleinste Verschlechterung geführt werden muß, wurde begrüßt. Dabei ist die wichtige Seite, daß die Kollegen in den Abteilungen selbst den Widerstand aufnehmen. Als Betriebsrat allein ist da nichts zu machen.

Die gewerkschaftliche Arbeit darf auch nicht allein in der Untersuchungsarbeit enden. Gerade dieser Aspekt macht die Zusammenarbeit nötig. Deshalb sollte der Aufforderung des Fachgruppenvorstandes nachgekommen werden, den Arbeitskreis Rationalisierung mit weiteren Kollegen aus allen Betrieben zu unterstützen.

Erst anfangen, wenn die Kollegen entlassen werden, ist zu spät!

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Helaba-Sanierung: Die Zeche zahlt der Steuerzahler

Die Helaba und ihr ehemaliger Verwaltungsratsvorsitzender, der zurückgezogene SPD-Ministerpräsident Osswald, waren durch wilde Immobilienspekulationen, ominöse Beteiligungen und ‚undurchsichtige Geldschiebereien' ins „Gerede gekommen". Diese Spekulationen zogen nun einen „Wertberichtigungsbedarf" von 2.25 Milliarden (!!) DM nach sich, das heißt, in dieser Höhe ist mit Verlusten zu rechnen. 580 Millionen davon hat die Helaba bereits „aus eigenen Erträgen gedeckt. Weitere 600 Mio DM wurden vom Land und den Sparkassen in bar zugeschossen" („SZ", 27.10.).

Verbliebene 1.07 Milliarden DM waren bisher durch Garantien der ‚Gewährsträger' gesichert worden. D.h. zur Hälfte vom Land Hessen, und zur anderen Hälfte von hessischen Sparkassen, deren Gewährsträger wiederum die Kommunen und Gemeinden – kurz die Steuerzahler – sind. Die jetzigen Verhandlungen laufen darauf hinaus, diese Garantien in Bargeld umzuwandeln.

Die Moral von der Geschichte: Landesbanken und Minister dürfen risikolos spekulieren, die Zeche zahlt der Steuerzahler!

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

CHEMIE

Pharma-Spezialist Dr. Madaus:

Heute Menschenleben auf dem Gewissen – früher Forscher der Nazis?

Am 1. April 1975 wurde von dem Pharma-Hersteller Madaus & Co. das Medikament Amidonal (Aprindin) in der BRD auf den Markt gebracht; es soll bei schweren Herzschlagstörungen helfen. Schon vier Monate nach Beginn des allgemeinen Verkaufs der verschreibungspflichtigen Kapseln und Ampullen sah sich der Hersteller gezwungen, **alle Ärzte und Apotheker vor lebensgefährlichen Nebenwirkungen zu warnen.** Auch die Arzneimittelkommission der Ärzteschaft sprach in einer dringenden Warnmeldung an alle Ärzte

- von je zwei Toten in der BRD und in Holland durch Vernichtung der weißen Blutkörperchen (Agranulozytose),
- von sieben an Leberschädigungen und Gelbsucht erkrankten deutschen Patienten infolge Staus der Gallenflüssigkeit in der Gallenblase (cholestatische Hepatose),
- von einem Bericht der Uniklinik Marburg über eine „virushepatitisähnliche" Erkrankung mit Ikterusgefahr (Leberentzündung und Gelbsucht).

Von diesen Nebenwirkungen war auf dem ersten Begleitzettel kein Wort zu lesen.

Hinzu kommt ein fünfter Toter: Während der Erprobung Amidonals starb in Düsseldort ein Patient während einer Revision seines Herzschrittmachers, weil das Mittel Aprindin mit Lokalanästhetika kombiniert angewandt wurde („FR", 26.10.76). „Mit Befremden und Mißvergnügen" reklamierte Moebius, Herausgeber des „Arzneitelegramms", am 21. Juli 1976 in einem Brief an Amidonalhersteller Dr. Madaus & Co., die Firma habe *„in voller Kenntnis der Umstände Risiken in der Werbung verschwiegen."*

Die plötzlich aufgetretenen Schwierigkeiten (?!) mit dem Mittel „haben sich nicht vorhersehen lassen", betonte der sonst nur auf pflanzliche Substanzen spezialisierte Hersteller Madaus (45 Spezialitäten, 1.200 Beschäftigte, 120 Millionen DM Jahresumsatz).

Die Todesfälle führten auch nicht dazu, daß das Mittel aus dem Handel gezogen wurde, sondern man begnügte sich mit dem Drucken eines zweiten Begleitzettels zu Amidonal und mit einem Warnschreiben an Ärzte und Apotheker.

Die USA haben übrigens den Amidonal-Wirkstoff Aprindin bislang nicht zugelassen. Sie verweigerten vor Jahren auch der Contergan-Substanz die Genehmigung und bewahrten die Bevölkerung vor einer Katastrophe wie in der BRD.

„Unwirksame" Mittel der Firma Madaus & Co.:

Mit über 20 Millionen DM Jahresumsatz dürfte wohl das Mittel Legalon (Wirkstoff Silymarin aus den Früchten der Mariendistel gewonnen), zu den Präparaten gehören, die auf dem westdeutschen Arzneimittelmarkt Millionenumsätze erzielen, obwohl nach mehreren Untersuchungen bewiesen ist, daß es nicht die vom Hersteller behauptete Wirkung hat; es wird nicht einmal in einer bedeutenden Menge vom Darm in den Körper aufgenommen, wenn man die Tabletten ißt („Arznei-Telegramm", 9/76 und Blüchel: Die weißen Magier, S. 356).

Dennoch wirbt bis heute das Arzneimittelunternehmen Madaus in zahlreichen Fachzeitschriften für das Leberpräparat Legalon: *„Legalon bietet die Möglichkeit der protektiven und kurativen* (schützenden und heilenden – die Red). *Beeinflussung der Leberzelle ohne Risiko von Nebenwirkungen."*

In der „Medizinischen Monatsschrift" (Nr. 26./1972) stellte Professor Dr. F. Franken von der Inneren Abteilung des Krankenhauses St. Josef in Wuppertal-Elberfeld fest: *„Man wundert sich, welche Unzahl von Medikamenten eine kranke Leber verträgt, ohne nicht noch kränker zu werden!"* und erwähnte dabei ausdrücklich das im Legalon enthaltene Silymarin (Blüchel, S. 355). Gleichzeitig finden Madaus-Wissenschaftler (?) nichts dabei, wenn sie Arbeitskollegen versichern: *„Die von der Madaus-Forschung entwickelten Arzneistoffe sollen den Patienten in einer Form zugänglich gemacht werden, die den modernsten wissenschaftlichen Erkenntnissen entspricht und den höchsten Anforderungen an Wirksamkeit (!!) und Sicherheit (!!) genügt. Die Abteilung Biochemie trägt dazu bei, die optimale Wirksamkeit unserer Produkte zu garantieren."*

Selbst die Arzneimittelkommission der Deutschen Ärzteschaft stellte fest, daß *„in kontrollierten Prüfungen therapeutische Wirkung nicht nachgewiesen werden konnte".* (Schreiben der Arzneimittelkommission vom 29.11.1973). Gegen die Verbreitung einer vorgesehenen Erklärung der Arzneimittelkommission zum Mittel Legalon hat die Firma Madaus beim Verwaltungsgericht eine einstweilige Anordnung beantragt – logisch, welcher Kapitalist möchte sich auch schon so eine einträgliche Profitquelle kaputtmachen lassen!

Nazi-Arzt?

Dr. Madaus hat auch eine braune Vergangenheit. Während der NS-Zeit „forschte" er an Sterilisationsprojekten und erzielte auch „Erfolge" an Ratten, Kaninchen und Hunden mit dem „Schweigrohrextrakt" (Caladium seguinum). Die Faschisten fanden diese Entdeckung großartig, denn sie eröffneten neue Möglichkeiten, die „Rassenfragen" zu lösen. So schrieb ein Doktor (?) Pokorny im Oktober 1941 an Himmler:

„Dr. Madaus veröffentlicht das Ergebnis seiner Forschungen über eine medikamentöse Sterilisierung. Bei der Lektüre dieses Artikels ist mir die ungeheure Wichtigkeit dieses Medikaments für den jetzigen Kampf unseres Volkes eingefallen ... Allein der Gedanke, daß die 3 Millionen momentan in deutscher Gefangenschaft befindlichen Bolschewisten sterilisiert werden könnten, so daß sie als Arbeiter zur Verfügung stünden, aber von der Fortpflanzung ausgeschlossen wären, eröffnet weitgehendste Perspektiven" (Nürnberger Ärzteprozesse, Doc.No. 035).

Auch der stellvertretende Gauleiter in Niederdonau schrieb im August 1941 an Himmler und bezog sich auf die *„großen Forschungsreihen an Ratten, Kaninchen und Hunden"*, die bei Dr. Madaus vorgenommen worden waren: *„Es ist einleuchtend, von welch ungeheurer Wichtigkeit diese Beobachtungen dann sein können, wenn es gelingt, auch beim Menschen durch Verfütterung von Schweigrohrextrakt Veränderungen in der Zeugungskraft oder Fruchtbarkeit hervorzubringen. Dazu wären allerdings Untersuchungen am Menschen selbst notwendig. Der Leiter meines Rassenpolitischen Amtes macht daher darauf aufmerksam, daß die notwendigen Untersuchungen und Menschenexperimente durch einen entsprechend ausgewählten Ärztestab, auf den Madauschen Tieruntersuchungsergebnissen aufbauend, in Zusammenarbeit mit dem pharmakologischen Institut der Wiener medizinischen Fakultät an Insassen des Zigeunerlagers Lackenbach in Niederdonau vorgenommen werden könnten* (!)" (Nürnberger Ärzteprozesse, Doc.No. 039).

Heute fühlt sich die Firma Dr. Madaus beleidigt, weil in dem Buch von K. Blüchel „Das Medizin-Syndikat" u.a. behauptet wird: *„Niemand schien besser geeignet, auf diesem Sektor* (gemeint sind die oben genannten Fakten, – die Red.) *Schrittmacherdienste zu leisten als die pharmazeutische Industrie".*

Diese Passagen des Buches mußten jetzt auf gerichtliche Anordnung gestrichen werden. Denn heute behauptet Dr. Koch (Institutsleiter von Madaus), daß *„nie Caladium seguinum an die SS abgegeben worden sei und die seinem Institut anbefohlenen Versuche ... absichtlich bis 1944 hinausgezogen worden seien."* Angeblich hat zu diesem Zeitpunkt dann kein Interesse mehr an den Sterilisationsversuchen bestanden. Wir können den Wahrheitsgehalt der Koch'schen Aussage heute nicht überprüfen. Aber offensichtlich erwies sich die Züchtung des „Schweigrohrs" als „schwierig".

ÖTV-Kommission und Chemiekomitee nach Informationen eines Genossen aus dem Allgemeinen Krankenhaus Altona.

„Wilder Streik" – illegal

Hannover. Am 8.11.76 wurde in Hannover vor dem Arbeitsgericht die Klage des Arbeiters J.P. abgewiesen. Der Kollege hatte auf Wiedereinstellung bei der Conti Gummi geklagt, nachdem er im Frühjahr nach einem spontanen Streik in zwei Werken der Conti als angeblicher Rädelsführer von der Firmenleitung gefeuert worden war. Die Streiks, die beide Werke für mehrere Tage lahmlegten, waren spontan nach Bekanntwerden von Lohnkürzungen ausgebrochen. Mehrere Kündigungen, die nach dem Streik ausgesprochen wurden, wurden von der Geschäftsleitungzurückgenommen, sodaß der Kollege J.P. heute der einzige ist, der nicht wieder eingestellt wurde. Seine Kündigung wurde jetzt gerichtlich bestätigt.

Nach der Urteilsverkündung bestand der Kollege J.P. auf einer sofortigen mündlichen Urteilsbegründung, die auf Tonband mitgeschnitten wurde. In der Urteilsbegründung wird den Kollegen das Recht verwehrt, die Arbeit niederzulegen, auch wenn der Unternehmer willkürlich Lohnkürzungen vorgenommen hat:

„Nach bestätigter Rechtssprechung des Bundesarbeitsgerichtes haben ein Streikrecht nur die Gewerkschaften. Es können also nur gewerkschaftlich organisierte Arbeitsniederlegungen die Rechte und Pflichten aus dem Arbeitsverhältnis suspendieren ...

Die Kammer braucht nicht zu entscheiden, ob Ihre bloße Teilnahme an diesen Arbeitsniederlegungen ausgereicht hätte, eine fristlose Kündigung auszusprechen, denn die Kammer hat eine erhebliche Verletzung der Ihnen gegenüber dem Staat obliegenden Treuepflicht darin gesehen, daß Sie eben nicht nur an diesen Arbeitsniederlegungen teilgenommen haben, (sondern) daß sie darüberhinaus Ihre Kollegen aktiv darin bestärkt haben, gleichartige Arbeitsvertragsbrüche zu begehen und darin hat die Kammer den entscheidenden wichtigen Grund im Sinne des § 626 BGB gesehen ..."

Streik als Bruch der Treuepflicht gegenüber dem Staat darzustellen, kennt man sonst nur aus faschistischen Diktaturen.

Dieses Urteil ist nicht nur ein Grabgesang auf die grundgesetzlich „garantierte" Streikfreiheit. Der direkt betroffene Kollege ist seit der Entlassung bei der Conti arbeitslos (seit nunmehr neun Monaten) und soll jetzt die Kosten des Verfahrens tragen. Der Streitwert wurde vom Gericht mit 7.500 DM festgesetzt, so daß jetzt Conti-Anwälte und Gericht gehörig zulangen werden.

Bezeichnend für den Fall dieses Arbeiters und für viele ähnliche Fälle ist aber auch, daß während des Gerichtsprozesses ein Ausschlußverfahren aus der IG Chemie gegen den Kollegen eingeleitet wurde wegen „gewerkschaftsschädigendem Verhalten". Dem Kollegen, der seit fast 30 Jahren in der Gewerkschaft ist, wird vorgeworfen, Sympathisant des KBW zu sein, weil er auf einer Wahlveranstaltung des DGB eine Resolution gegen geplante neue Entlassungen bei der Conti vortragen wollte. Als dies nicht über das Saalmikrophon gestattet wurde, versuchte er es ohne, wobei er lautstark vom KBW unterstützt wurde. Tatsächlicher Grund jedoch ist, daß er von der Gewerkschaftsführung gefordert hatte, einen Anwalt seines Vertrauens für seinen Prozeß nehmen zu dürfen. In einem offenen Brief an seine früheren Abteilungskollegen hatte er dargelegt, daß der Rechtssekretär der Gewerkschaftsführung ihn nur bei einem windigen Vergleich vertreten würde.

Das Urteil wird für die Kapitalisten wie für die Gewerkschaftsführer gleichermaßen erfreulich sein: ist doch wieder einmal das Monopol der Gewerkschaftsführer bestätigt worden, zum Streik aufzurufen und obendrein ein abschreckend hartes Urteil gegen einen sogenannten „wilden" Streik gefällt worden.

Wir fordern alle Kollegen und Genossen auf, mit Solidaritätsadressen und durch Spenden auf das Solidaritätskonto ihre Unterstützung zu beweisen: Deutsche Bank Hannover, Konto Nr. 55/44408, Arbeiterbuch, Kennwort: Conti-Streikhilfe.

KB/Gruppe Hannover

Schichtarbeiter protestieren erfolgreich

Hoechst AG, Werk Hamburg. Eine Benachteiligung der Schichtarbeiter bei den Vorholzeiten für den 24.12. und 31.12. konnte durch konsequentes Auftreten der Kollegen verhindert werden. Wie jedes Jahr, sollten auch diesmal wieder die beiden genannten Tage an Sonnabenden vorgeholt werden. Dazu schloß der (rechtssozialdemokratische) Betriebsrat eine Betriebsvereinbarung ab, in der die Regelung getroffen wurde, daß alle Angestellten sowie die Arbeiter der Tagesschicht an einem Sonnabend fünf Stunden vorholen sollten. Für die Schichtarbeiter aber wurde vereinbart, daß diese an zwei Sonnabenden jeweils acht Stunden (!) vorholen sollten. Auf Befragen mehrerer Kollegen gab der Betriebsratsvorsitzende Volkmann zur Antwort: das sei übersehen worden bei der Unterzeichnung!

In einer Unterschriftensammlung protestierten viele Schichtarbeiter gegen diese Frechheit, mit dem Erfolg, daß vier Tage später diese Regelung zurückgezogen wurde.

Betriebszelle Hoechst
KB/Gruppe Hamburg

Norddeutsche Affinerie:

„Tote sollen in Frieden ruhen!?"

Hamburg. „Tote sollen in Frieden ruhen!", so wird das letzte Schweinsblatt des sozialdemokratischen Betriebsrats gegen die „Argumente-Gruppe" (benannt nach der Zeitung der Linken) eingeleitet.

In ihrer Zeitung prangerten die Linken den Tod eines Kollegen an, der im Sommer, während der Hitzewelle, 10 Minuten nach Feierabend einem Hitzschlag erlag. Sie fragten, „ob ein Fall von ‚unterlassener Hilfeleistung' vorliegt". Da sie dies nicht mit letzter Sicherheit beweisen konnten, nutzten die Geschäftsleitung und der BR diese Blöße, um einen weiteren Angriff gegen die Linken in bekannter Manier zu fahren (vergl. AK 80).

Zur Erinnerung: Im April dieses Jahres starben zwei Kollegen bei der Explosion eines Kondensators. Die Linken warfen dem BR „grobe Pflichtverletzung" vor, da erst nach den Ermittlungen von Kripo und Berufsgenossenschaft ein BR erschien. Der BR brachte daraufhin eines seiner bekannten Schweinsblätter heraus, mit dem Titel: „Schmutzige Lügen der Ehefrau Horn" (vgl. AK 80).

Das neue Schweinsblatt trug keinen so schillernden Titel, dafür wurde aber sonst mit Beschuldigungen und Unterstellungen nicht gespart. *„Tote sollen in Frieden ruhen! Man sollte den Tod nicht dazu benutzen, so wie es Horn und Konsorten machen, um daraus politisches Kapital zu schlagen"*, hieß es da. Zum Schluß wurde offen zur Kündigung zweier Kollegen aufgefordert. Dieser Aufforderung kam die Geschäftsleitung im Falle des Kollegen Horn prompt nach (vgl. AK 85).

Der andere Kollege bekam „nur" eine schriftliche Verwarnung, in der ihm vorgeworfen wurde, er habe *„den Mitarbeiter* (gemeint ist der verstorbene Kollege) *wie auch das Unternehmen in grober Weise beleidigt, verleumdet und beschuldigt."* Der Hinweis auf die Entlassung fehlte natürlich nicht.

Im Vertrauensleutekörper (VK) – die gleiche Anmache

Mitte September war der einzige Tagesordnungspunkt auf der VK-Sitzung: „Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten in der chemischen Industrie". Der Leiter der Berufsgenossenschaft (BG), Hamburg, verwirrte die Vertrauensleute erstmal mit Zahlen, Tabellen und Kurven. Die Vertrauensleute stellten eine Menge Verständnisfragen, nachdem sie sich von der Zahlenflut erholt hatten. Als dann aber die Linken die Fragen auf die Praxis, wie sie im Betrieb gehandhabt wird, gelenkt haben, machte sich der Referent mit der Begründung, er „habe zu tun" aus dem Staub. Der BR verteidigte dann sogleich die Geschäftsleitung in Sachen Arbeitssicherheit. Er verstieg sich ernsthaft in die Behauptung, daß neue Kollegen erst eine Woche in Arbeitssicherheit unterwiesen werden, und dann erst in den Betrieb gehen. Die Linken wurden als Lügner beschimpft, nachdem sie Beispiele von Kollegen gebracht haben, die nur einen „Sicherheitsfilm" gesehen haben und sonst nichts!

Es ist erschreckend, mit welcher Kaltschnäutzigkeit der „sozial"-demokratische BR hier versucht, die Kapitalisten in Schutz zu nehmen und gleichzeitig nach links holzt, daß die Fetzen fliegen. Würde sich das Engagement des BR gegen links für die Arbeitssicherheit einsetzen lassen, wären sicher nicht 7 (sieben!) Tote zu beklagen!!

Letzte Woche – wieder ein tödlicher Unfall

Die Belegschaftsverringerung um 8 % ist auch an der Kupferkathodengießmaschine nicht spurlos vorüber gegangen. Infolge der Reparatur eines Anodenofens wurden 9-11 Stunden ununterbrochen Kupferanoden gegossen. Die Kollegen haben 12-Stunden-Schichten geschoben. Bei Betriebsstörungen wird das Gießkarussell auch nicht mehr abgeschaltet. Dieser Umstand hat einem türkischen Kollegen das Leben gekostet. Die Aushebevorrichtung des Gießkarussells hat ihm das Genick gebrochen.

Wenn die Kripo und die Berufsgenossenschaft ihre Untersuchungen abgeschlossen haben, wird entweder der Verunglückte selbst Schuld sein, oder man hat bis dahin einen Sündenbock gefunden. Die eigentlichen Ursachen, – Arbeitshetze, Überbelastung, Lärm, Hitze, Unterbesetzung, muß die „Argumente-Gruppe" wieder enthüllen. Nur müssen die Linken diesmal vorsichtiger sein, und können nur 100 %ige Tatsachen beweisbare Tatsachen veröffentlichen. Denn die Geschäftsleitung und der BR wissen, wie man aus den Schwächen der Linken Stricke dreht.

Betriebszelle Norddeutsche Affinerie
KB/Gruppe Hamburg



1. Mai: Affi-Kollegen demonstrierten unter der Parole „Kampf dem Unfalltod"

Linke Kollegin erneut gekündigt

Colgate-Palmolive, Hamburg. Wie berichtet, hagelte es bei Colgate nach den Betriebsratswahlen des letzten Jahres Kündigungsdrohungen und Kündigungen gegen die mit 35 % der Arbeiterstimmen in den Betriebsrat eingezogene „Liste Frauen". War es bei Anna W. der allzugern an den Haaren herbeigezogene Grund „Störung des Betriebsfriedens" (Anna W. hat Ende des Jahres ihren Kündigungsschutzprozeß in zweiter Instanz), mußte bei Karin M. das „Informationsblatt für die Kollegen bei Colgate Palmolive" herhalten, in dem immer wieder von den schlechten und gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen bei Colgate berichtet wurde. Die Geschäftsleitung kündigte, als die gesundheitsgefährdeten Stoffe bei der Herstellung der neuen Zahnpasta „Copadent" offengelegt wurden.

Beim Kündigungsschutzprozeß behauptete die Firma, von keinem der Stoffe gehe eine gesundheitsschädigende Wirkung aus, die Arbeit mit den Stoffen sei lediglich „lästig"! Karin M. führte jedoch die Liste der gefährlichen Arbeitsstoffe an, in der es zum Natrium-Aluminium-Silikat (wird bei der Copadent-Herstellung verwendet) heißt: reizt Augen und Atemwege, darf nicht eingeatmet werden (dabei ist der gesamte Produktionsraum voll davon!!), Berührung mit Haut muß vermieden werden.

Die Geschäftsleitung hat schon recht: das Arbeiten mit diesem Stoff muß wirklich „lästig" sein!

Bei der Kündigung war sich die Geschäftsleitung so sicher, daß sie glaubte, sich ruhig auch noch grobe Verstöße gegen das Kündigungsschutzgesetz leisten zu können. Das gab dann allerdings letztendlich den Ausschlag, daß Karin M. den Prozeß gewann.

Doch damit war Karin M. noch längst nicht wieder im Betrieb. Ende letzter Woche wurde die zweite Kündigung, die sie gleich nach der ersten bekommen hatte, verhandelt. Hier ging es darum, daß die Betriebsrätin auf dem Volksfest der linken „Hamburger Aktionseinheit" zum 1. Mai 1975 „Informationsblätter für die Kollegen bei CP" verkauft haben soll, allesamt erschienen zur Zeit des Betriebsratswahlkampfes. Eine Kündigung also, die auf Bespitzelungen in der Freizeit der Kollegin fußt. Vor Gericht wollte die Colgate Geschäftsleitung die Angelegenheit dann offenbar zu einem schnellen, glatten Abschluß bringen, sie ließ durchblicken, daß man sich ja mal „privat" über eine Einigung unterhalten könnte; dabei war dann von DM 6.000,- Entschädigung die Rede.

So meint man wohl am billigsten eine unbequeme Betriebsrätin loszuwerden! Am 15.12. wird vom Gericht eine Entscheidung erwartet.

Chemiekomitee und Betriebszelle Colgate
KB/Gruppe Hamburg

Neue Rationalisierungswelle?

Spinnstoffabrik Zehlendorf, West-Berlin. Nachdem in den letzten zwei Jahren in der zum Hoechst-Konzern gehörenden Fabrik bereits 600 (!) Kollegen wegrationalisiert wurden und heute nur noch 1.000 Kollegen beschäftigt werden, steht eine neuerliche Rationalisierungswelle vor der Tür. Die Werksleitung forderte noch für dieses Jahr die Wiedereinführung von Kurzarbeit im Trevira-Faserbereich. Der Betriebsrat legte der Werksleitung daraufhin eine Betriebsvereinbarung vor, in der er die Zustimmung zur Kurzarbeit von einer Arbeitsplatzgarantie für die nächsten zwölf Monate abhängig machte („Gewerkschaftspost" 11/76). Diese Forderung resultiert aus der traurigen Erfahrung der Zehlendorfer, die sie mit der Kurzarbeit hatten: Nachdem bei der „Spinne" bereits jahrelang zur „Erhaltung der Arbeitsplätze" kurzgearbeitet wurde, sind dann doch zahlreiche Entlassungen über einen Sozialplan erfolgt.

Auf die Forderung des Betriebsrates nach Arbeitsplatzgarantie erfolgte seitens der Werksleitung in Zehlendorf als auch des Vorstandes von Hoechst ein kategorisches „nein". In Heochst wurde einer Betriebsratsdelegation eindeutig gesagt, der Konzern sei nicht bereit, auch nur einen Tag Arbeitsplatzsicherung zu gewähren. Der Konzern will die Flexibilität in personellen Dingen behalten, war die freche Antwort an den Betriebsrat. Hoechst ist bis jetzt auch nicht bereit, in Zehlendorf neu zu investieren, um die Produktion zu erweitern, bzw. auszubauen. Eine Erfahrung übrigens, die auch andere Hoechst-Betriebe machen mußten. So z.B. das Werk Hamburg, das in diesem Jahr auch von massivem Personalabbau und Rationalisierungen getroffen war. Obwohl die örtliche Werksleitung zwar immer zusicherte, man wolle für die nicht ausgelasteten Anlagen eine Ersatzproduktion nach Hamburg holen, ist bis heute nichts dergleichen passiert (und dabei wird es auch bleiben).

Chemiekomitee,
KB/Gruppe Hamburg

DRUCK

Das SB zur Auseinandersetzung in der DruPa:

Immer schön flexibel bleiben

Im „expreß", der „Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit" des SB vom 18.10.76, setzt sich ein Artikel ausführlich mit der Entwicklung in der IG Druck und Papier nach dem Druckerstreik auseinander:

„Während sich offenbar der Hauptvorstand bemüht, Erfahrungen und Fehler während des Streiks in der innerverbandlichen Öffentlichkeit zu diskutieren, versuchen einige Funktionäre auf der Ebene der Ortsvereine, Mitglieder auszuschließen, die bereits während des Streiks Kritik an der Organisation übten. So hat der Ortsvereins(vorstand) Hamburg unmittelbar nach Beendigung den Ausschluß von sieben Mitgliedern beantragt, da ein Kollege die „gewerkschaftsfeindliche Zeitung Arbeiterkampf" verkauft hat und die anderen ein unabhängig von der Gewerkschaft entstandenes Streikinfo verteilten (es sind inzwischen zehn Ausschlüsse in Hamburg, davon zwei wegen angeblichem Verkauf des Arbeiterkampfs, Anm.d.Red.). *Gerade die aktive Mitarbeit und Kritik dieser Kollegen war jedoch für den Verlauf des Streiks äußerst wichtig. Der Hauptvorstand der IG Druck wird dem Ausschlußantrag kaum zustimmen können, wenn er angesichts der von ihm selbst vorangetriebenen kritischen Aufarbeitung der Streikerfahrungen nicht unglaubwürdig werden will"* („expreß", 18.10.76).

Nun, der Hauptvorstand hat sich inzwischen „unglaubwürdig" gemacht, denn er hat die zehn linken Hamburger Drucker-Kollegen ausgeschlossen. Aus der „kritischen Aufarbeitung" der Streikerfahrungen zog die DruPa-Führung die Schlußfolgerung, daß sie besonders aktive und kampfbereite Kollegen, deren Mitarbeit „für den Verlauf des Streiks äußerst wichtig war", wie der SB-Genosse zutreffend schreibt, aus der Gewerkschaft rausschmiß.

Die Ausführungen im „expreß" verschleiern diese Tatsachen, wenn behauptet wird, daß nur „einige Funktionäre auf der Ebene der Ortsvereine" die Ausschlüsse vorantrieben und gibt dadurch Mahlein & Co. Rückendeckung, die auch den Hamburger Kollegen wochenlang vorlogen, sie wüßten gar nichts von Ausschlußanträgen gegen sie. Die vom „expreß"-Verfasser angebotene Argumentationskette bedeutet letzten Endes eine Inschutznahme der DruPa-Führer, die eben nicht „bemüht" waren, die „Erfahrungen zu diskutieren" (um die Kampfbereitschaft zu verbessern etc.), sondern die die Kollegen zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des „expreß"-Artikels schon längst ausgeschlossen hatten.

Wo sieht der Genosse eine womöglich noch solidarische innerverbandliche Diskussion um die Erfahrungen und Fehler des Streiks? Es gab einige kritische Leserbriefe im Zentralorgan der DruPa, aber von Diskussion seitens der DruPa-Führung über die Streiktaktik oder den getätigten Lohnraubabschluß kann keine Rede sein und die letzten Illusionen einer möglichen solidarischen Diskussion mit dem Hauptvorstand sollten eigentlich angesichts dessen rotzfrecher Anmache gegenüber den Kritikern des Sonderbeitrages beseitigt worden sein.

Den Kritikern des ohne jegliche Diskussion innerhalb der Mitgliedschaft beschlossenen Sonderbeitrages wurde von Mahlein persönlich jedes Kritikrecht abgesprochen, ja ihnen wurde gar vorgeworfen, mit ihrer Forderung nach innergewerkschaftlicher Demokratie zumindest indirekt „der anderen Seite" zu dienen. Dazu heißt es im „expreß" lediglich: *„Auch Mitglieder der Druckindustrie stehen der Beitragserhebung skeptisch gegenüber. Den Sinn ihrer regulären Beitragszahlung sehen sie gerade darin, im Streikfall eine Unterstützung durch die Gewerkschaft zu erhalten"*.

Und gänzlich auf den Kopf gestellt werden die innergewerkschaftlichen Zustände der DruPa, wenn es heißt: *„In den nächsten Jahren dürfte die Gewerkschaft streikunfähig sein, wenn es ihr nicht gelingt, die Mitglieder von der Notwendigkeit neuer Streikformen zu überzeugen. Der in der Diskussion schon aufgetauchte Vorschlag, dem Beispiel der Gewerkschaften in anderen Ländern zu folgen und ohne gewerkschaftliche Streikunterstützung zu kämpfen, wird nur schwer zu realisieren sein. Er setzt ein radikaleres Verständnis gewerkschaftlicher Arbeit voraus. Da die Drucker und Setzer in vielen Fällen höhere Streikunterstützung als den Lohn erhielten, wird die Durchsetzung dieses Vorschlags kaum möglich sein. Dann steht die IG Druck dem weiter voranschreitenden Rationalisierungsprozeß in der Druckindustrie, der in den nächsten Jahren schätzungsweise noch 50 000 Arbeitsplätze überflüssig machen wird, erneut ratlos gegenüber."*

Ja, die radikale und kämpferische DruPa-Führung hat schon arge Probleme mit ihrer lahmarschigen Mitgliedschaft. Aber Zynismus beiseite, was der Verfasser des Artikels da verbrät, ist Sozialdemokratismus in Reinkultur, hat aber mit der Realität nichts zu tun bzw. verdreht und ignoriert total die Ursachen des relativ gering entfalteten Klassenkampfes in der BRD und die spezielle Rolle der Gewerkschaftsführungen. Und ganz abgesehen davon hat es im Druckerstreik recht erfreuliche Vorkommnisse gegeben wie z.B. solidarische finanzielle Unterstützung von den organisierten Kollegen für die mitstreikenden Unorganisierten und Ausgeschlossenen, und das gegen den Willen der DruPa-Führer.

Der diffusen Schilderung der Widersprüche in der DruPa entspricht dann auch der Standpunkt, den der Verfasser des Artikels selbst einnimmt, mal nimmt er gegen die Ausschlüsse Stellung, sieht in dem Zusammenhang aber nur einige Ortsfürsten, die diese betreiben, während der Hauptvorstand sich angeblich um eine inhaltliche Auseinandersetzung bemüht. Und dann wieder wird sich der Kopf zerbrochen, wie der Hauptvorstand die vom Streikgeld verwöhnten Mitglieder zu neuen Streikformen und überhaupt zu weiteren Kämpfen bewegen könne.

Auch dieser Artikel des SB zeigt recht gut die Zwickmühle, in der sich die Genossen befinden. Einerseits unterstützt der Artikel die kämpferischen und vom Ausschluß bedrohten Kollegen und wendet sich – wenn auch recht lau – gegen die Ausschlußpraktiken der Gewerkschaftsführer. Dieser Seite des Problems entspricht das Bemühen des SB, auch weiterhin fortschrittliche Gewerkschaftskollegen anzusprechen und zu organisieren. Andererseits nimmt das SB die Gewerkschaftsführung – die allein für die Gewerkschaftsausschlüsse und andere Maßnahmen des Abbaus innergewerkschaftlicher Demokratie verantwortlich ist – in Schutz und konstruiert, wenn eine reine Beschönigung allzu waghalsig ist, absurde Widersprüche innerhalb des Gewerkschaftsapparates, wobei im vorliegenden Fall kurioserweise die oberste und hauptverantwortliche DruPa-Führung gut abschneidet und der schwarze Peter irgendwelchen – ungenannten – Ortssekretären zugeschoben wird. Dem zugrunde liegt die Furcht vieler SB-Genossen vor einem „Bruch" mit den Gewerkschaftsführern, der u.a. auch die

Fortsetzung auf Seite 23

Fortsetzung von Seite 22

materielle Lage vieler SBler gefährden würde, die als Bildungsbeauftragte wissenschaftliche Zu- und Mitarbeiter etc. bei der Gewerkschaftsführung angestellt sind und die wohl überhaupt die wesentliche Basis des gewerkschaftlichen Einflusses des SB ausmachen.

Der Artikel vertritt – auch wenn das viele SBler nicht gerne hören – typische links-sozialdemokratische Positionen, nämlich die herrschende sozialdemokratische Politik zu verteidigen und zu beschönigen und gleichfalls und trotzdem linke und fortschrittliche Gewerkschafter aufzufangen, den Kontakt mit ihnen nicht zu verlieren.

Der „express"-Artikel läuft letztenendes auf eine Verhöhnung der Interessen und des Kampfes der fortschrittlichen Drucker-Kollegen hinaus und biedert sich bei der SPD-Führung an. Diese DruPa-Einschätzung des SB geht noch erheblich über ihre Analyse zum IG-Chemie Gewerkschaftstag hinaus (siehe AK 92, S.18), in der bereits die rechten IG-ChemieFührer mit Samthandschuhen angefaßt und der scharfe Rechtskurs beschönigt wurde.

Diese Einschätzungen zur DruPa und zur IG Chemie geben zu der Befürchtung Anlaß, daß im Augenblick innerhalb des SB ein Rechtsschwenk in der Gewerkschaftsfrage auf „kaltem Weg" durchgesetzt wird.

Druckkomitee KB/Gruppe Hamburg

DruPa-Delegiertenversammlung fast einmütig gegen Ausschlüsse ...
... aus dem DDR-Schriftstellerverband

Hamburg. Zweimal stand das Thema Ausschlüsse auf der letzten Delegiertenversammlung der Hamburger DruPa am 8.11.76 auf der Tagesordnung. Einmal ging es um die Ausschlüsse fortschrittlicher Kollegen aus der DruPa, die trotz erheblicher Proteste aus der Mitgliedschaft vom Hauptvorstand vollzogen wurden. Gegen dieses undemokratische Vorgehen und die völlige Ignoranz des Mitgliederwillens wurde eine Resolution vorgelegt, die vom Vorstand und der zahlreich angekarrten rechten Riege stark beschossen wurde. Doch auch die DruPa-„Linke", wie DKP und „Arbeiterpolitik" hielten entgegen ihrer auf der vorigen Delegiertenversammlung zumindest verbalen Ablehnung nichts mehr von Solidarität gegen die Ausschlüsse. So weigerten sich die DruPa-Delegierten dieser Organisationen fast durchweg, den Antrag zu unterschreiben. (Es waren zehn Delegiertenunterschriften vonnöten, um den Antrag überhaupt zur Abstimmung bringen zu können.) Begründung: „Hau ab", oder „wir haben wichtigeres zu tun". So wurde die erforderliche Unterschriftenanzahl erst erreicht, als die Abstimmungsfrist schon verstrichen war.

Keine Schwierigkeiten hatte hingegen ein Antrag, der sich mit dem Ausschluß des DDR-Schriftstelles R. Kunze aus dem DDR-Schriftstellerverband befaßte und dagegen protestierte. Dieser Antrag wurde ohne Diskussion und ohne die geringste Hintergrundinformation mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Uns geht es hier nicht um die Recht- oder Unrechtmäßigkeit des Ausschlusses von R. Kunze, dafür reichen unsere Informationen nicht aus. Aber es wirft ein bezeichnendes Licht auf das Klima, das die Sozialdemokratie in den Gewerkschaften erzeugen will bzw. teilweise bereits erzeugt hat.

„Begründet" wurde der Antrag z.B. mit dem Argument, der DDR-Schriftstellerverband dürfe sich nicht zum Büttel des Staatsapparates machen.

Was jedoch macht der DruPa-Vorstand aus der DruPa? Er wird zunehmend zum Büttel des westdeutschen Druckkapitals und dessen Staatsapparates: Sehr deutlich wird dies an den teilweise gleichlautenden Begründungen bei Rausschmissen aus dem Betrieb und bei Rausschmissen aus der Gewerkschaft. Um hierüber in der Mitgliederschaft Klarheit zu schaffen, gibt es noch viel zu tun.

Druckkomitee KB/Gruppe Hamburg

Broschek-Kapitalisten bleiben am Ball!

Hamburg. Im Rechenschaftsbericht des Betriebrats von Broschek, vorgetragen auf der letzten Betriebsversammlung am 28.10.76, wurde unter anderem auf die mangelnde Bereitschaft der Jugendlichen, sich zur Jugendvertreterwahl aufzustellen, hingewiesen. Als Ursache wurde die Angst der Lehrlinge vor Repressalien, insbesondere die Nichtübernahme nach Lehrabschluß, angeführt. Denn bisher wurden nahezu alle Jugendvertreter und ihre Stellvertreter (welch ein Zufall) „aus Mangel an Qualifikation" nicht übernommen oder wie bei einer Kollegin versucht, per Prozeß den Rausschmiß durchzusetzen.

Allein die Andeutung des Betriebsrates, es könne sich hier um Repressalien der Kapitalisten handeln, ein Hinweis auf die ständige Mißachtung der Manteltarifbestimmungen und Betriebsvereinbarungen und das Aufzeigen anderer Mißstände, rief den Kapitalisten Broschek auf den Plan. Mit einem vorbereiteten Beitrag (wer steckte ihm das BR-Manuskript?) warf er dem BR-Vorsitzenden und einem anderen linken BR vor, sie seien verantwortlich für diesen extrem polemischen Rechenschaftsbericht, würden mal wieder Unwahrheiten verbreiten und seien letztlich verantwortlich für die Mißstände im Betrieb, weil sie mit ihrem sturen Verhalten jede Verbesserung abblocken würden. Allein in den vorderen Rängen stieß diese übelriechende Meinungsmache auf Resonanz.

Dieser dreiste Angriff auf die linken Betriebsräte wurde einige Tage nach der Betriebsversammlung noch um ein, rechtlich vollkommen haltloses, Schriftstück an den gesamten BR „bereichert". Hier wurden die Äußerungen bezüglich der Angst der Jugendlichen als Verleumdung aufgefaßt und die „vertrauensvolle Zusammenarbeit" in Gefahr gesehen.

Das „Schriftstück" an den BR soll der rechten Fraktion im BR mal wieder Gelegenheit geben, sich von den Linken zu distanzieren und die Spaltung weiter voranzutreiben. Der einzige Schutz der Linken bei Broschek wird sein, die zarten Ansätze einer aktiven Betriebspolitik weiterzuverfolgen und neue Initiative zu entwickeln, um die durch zahlreiche Angriffe der Kapitalisten eingetretene Isolation gemeinsam mit den Kollegen zu durchbrechen.

Betriebszelle Broschek
KB/Gruppe Hamburg

GEW

Rechtsbrecher Frister

Nun ist es endgültig: Mit einem Urteil vom 8.10 hat das Landgericht Westberlin die Einstweilige Verfügung der Klägergruppe gegen den Bundesvorstand in allen Punkten bestätigt. Es wird festgestellt, daß es sich bei den Maßnahmen von Frister um *„die Verwirklichung einer unerlaubten Handlung"* gehandelt hat (dieses und alle weiteren Zitate aus der Urteilsbegründung), die einen *„Eingriff in das ... geschützte Persönlichkeitsrecht"* (zu dem auch das Koalitionsrecht gehört) der Mitglieder der GEW Westberlin darstellen. Insbesondere *„haben die Kläger einen Anspruch darauf, daß ihre Gewerkschaft, die GEW Berlin, nicht durch Maßnahmen der Beklagten* (der Bundesvorstand, Anm. AK), *in ihrem Mitgliederbestand dezimiert und damit bedeutungslos oder gar vernichtet wird."* Dem Bundesvorstand wird vorgeworfen, daß er nach mehreren vergeblichen Versuchen, die Bundessatzung durchzusetzen, seinerseits die *„Probleme ... nunmehr mit Gewalt zu lösen versucht"*.

Gleichzeitig wird Frister die „Kündigung" des Landesverbandes Westberlin generell untersagt, weil *„kollektive Ausschlüsse unzulässig sind"* und *„weil der jeweilige Ausschliessungsgrund in der Person des einzelnen Mitglieds vorliegen muß."* Auch die Begründung der „Kündigung" wegen „Pflichtverletzung" wurde vom Gericht zurückgewiesen, denn die Westberliner GEW habe mehrfach versucht, den Satzungsvorrang zu übernehmen, aber *„abgesehen davon wäre selbst dann keine Pflichtverletzung des Landesverbandes Berlin ersichtlich, wenn sich sämtliche Mitglieder der GEW Berlin der von der Beklagten* (Bundesvorstand – AK) *beschlossenen Umstrukturierung geschlossen widersetzt hätten."*

Damit ist eindeutig festgestellt, daß es keinerlei Verpflichtungen für die einzelnen Landesverbände der GEW gibt, die Bundessatzung zu übernehmen. Das Gericht stellt weiterhin fest, daß *„die GEW Berlin immer noch ein Landesverband"* der GEW-Bund ist und *„für einen weiteren Berliner Landesverband kein Raum"* ist, womit Frister ausdrücklich die Neugründung eines bundesvorstandsorientierten Verbandes untersagt wird. Frister wird dann auch gleich noch bescheinigt, daß mit seinen Abwerbungsmethoden *„selbst eine rechtswidrige und strafbare Nötigung ... begangen werden kann"*, weil *„dem Opfer ein empfindliches Übel bevorsteht, wenn er eine geforderte Handlung nicht vornimmt"*, auch wenn ihm ausdrücklich noch kein Straftatbestand angelastet werden soll.

Für das Gericht war eindeutig klar, daß die Maßnahmen von Frister darauf abzielten, *„die Vernichtung der GEW Berlin herbeizuführen"*. Da mit den eingeschlagenen Maßnahmen dieses Ziel *„möglicherweise schon Wirklichkeit geworden"* wäre, bestätigt das Gericht noch einmal ausdrücklich die Rechtmäßigkeit der Einstweiligen Verfügung.

Soweit zum neuerlichen Urteil, das eine schallende Ohrfeige für Frister und seine Gesinnungsfreunde darstellt und gleichzeitig noch einmal mit allem Nachdruck beweist, daß dem GEW-Bundesvorstand selbst Mittel des bewußten Rechtsbruchs genehm sind, wenn es um die Durchsetzung seiner Ziele geht. Denn auch wenn das Gericht dem Bundesvorstand keine bewußte strafbare Handlung unterstellt, so war doch schon aus dem ersten Urteil ersichtlich, daß der Bundesvorstand keinerlei Rechtsgrundlage für das Erzwingen der Übernahme der Bundessatzung besitzt.

Der Kurs geht weiter auf Spaltung

Nicht anzunehmen ist, daß Frister und Kujawa im weiteren auf den Versuch der Spaltung des Westberliner Landesverbandes verzichten werden. So schickte der Geschäftsführende Vorstand noch am 11.10. an alle Mitglieder einen „Entwurf" für einen Antrag auf direkte Mitgliedschaft in der GEW-Bund, die es überhaupt nicht gibt. Erst auf Druck aus der GEW sah er sich zu einer „Klarstellung" veranlaßt, in der er erklärte, daß *„der dem Mitgliederbrief vom 11.10 beigelegte Entwurf/Muster eines Beitrittsformulars selbstverständlich* (?!) *keine Gültigkeit als Aufnahmeantrag"* habe (Brief vom 25.10.). Da dieser erneute Versuch, die Aufnahmebedingungen nach der Bundessatzung zu regeln, noch nach dem ergangenen Urteil erfolgte, kann man getrost davon ausgehen, daß dies auch nicht der letzte Versuch bleiben wird.

Die Hoffnungen auf den „Kompromiß"

Erneut wird auf der kommenden Vertreterversammlung (VV) ein Antrag des Bezirks Schöneberg vorliegen, in welchem die Übernahme der Bundessatzung mit zwei Drittel Mehrheit vorgesehen ist, mit Ausnahme der Bestimmungen über die Mitgliedschaft, der Vermögens- und Beitragsverwaltung und der Organbestellung und der Auflösung.

Bisher ist dieser „Kompromiß" von Frister rigoros abgelehnt worden und auch jetzt ist nicht erkennbar, daß er sich hiermit zufriedengeben wird. Vielmehr wird dieser Antrag eingebracht, ohne daß vom Bundesvorstand auch nur ein einziges „Versprechen" gegeben wurde. Somit sollen also Positionen aufgegeben werden, die heute noch, sogar gerichtlich anerkannt, bestehen. Ohne daß Frister seine Zustimmung geben muß, wird damit ein Weg eingeschlagen, der zumindest schon die Übernahme der Unvereinbarkeitsbeschlüsse vorsieht, womit ein wesentliches Ziel des Bundesvorstandes erreicht ist. Da Frister selbst keinerlei Positionen aufgeben muß (nicht einmal verbal), wird hiermit gleichzeitig der Weg geebnet, nach und nach auch alle weiteren Mitgliederrechte einzuschränken oder ganz aufzugeben. Noch weitergehender ist der Antrag des Bezirks Tempelhof, durch den die Auflösung des Landesverbandes durch eine Urabstimmung erreicht werden soll: *„Diese Urabstimmung wird mit einfacher Mehrheit von einer VV beschlossen. Zur Auflösung der GEW Berlin durch eine Urabstimmung sind 75 % der abgegebenen Stimmen, jedoch mindestens die Hälfte der Stimmen der Mitglieder erforderlich."* Dieser Antrag kommt genau den Erfordernissen des Bundesvorstandes entgegen: Auflösung des Landesverbandes Westberlin, um dann einen neuen, stramm ausgerichteten Verband zu gründen. Mit beiden Anträgen wird Frister also einen Schritt entgegengekommen, werden gewonnene Positionen verkauft. Bei einem solchen Vorgehen, sollte es die notwendige Mehrheit erreichen, wird sich so manches Mitglied (zu recht) fragen, weshalb dann solange gegen die Bundessatzung gekämpft wurde.

Linke Opposition noch keine einheitliche Kraft

Bisher ist es noch nicht gelungen, den Widerstand gegen die Spalterpolitik des Bundes- und Landesvorstandes zu einigen und zu verbreitern. Der Koordinationsausschuß, der diese Aufgabe übernehmen sollte, arbeitet immer noch auf einer schmalen Basis der linken oppositionellen Kräfte. Ein erneuter Versuch, diese Situation zu ändern, soll jetzt mit einer Veranstaltung am 16.11. getan werden. Dort soll über den Stand der Spaltungstätigkeit, der rechtlichen Situation, und oppositionellen Bewegung informiert werden. Eingeladen sind weiterhin Kollegen des Landesverbandes Hamburg, um die Erfahrungen mit dem „Hamburger Kompromiß" zu berichten; weiterhin Kollegen, die von Disziplinarmaßnahmen betroffen sind, aber von der GEW keinerlei Unterstütung erhalten. Im Anschluß daran soll eine Podiumsdiskussion mit Mitgliedern anderer Landesverbände durchgeführt werden, um über die weiteren Schritte der Solidarität in anderen Landesverbänden und über praktische Vorschläge in Westberlin zu beraten.

Kennzeichnend für den augenblicklichen Zustand der Kräfte in und um den Koordinationsausschuß ist, daß der „Bund Sozialistischer Lehrer und Erzieher" (BSLE, KPD-nahe) am 8.11. wiederum eine eigene Spalterveranstaltung durchführte, wobei er auch noch die Dreistigkeit besaß, den KA aufzufordern, diese zu unterstützen. Dieser Erpressungsversuch wurde mit eindeutiger Mehrheit abgewiesen. Allerdings gingen die Mitglieder des KA wiederum nicht so weit, diese Spaltertätigkeit eindeutig zu verurteilen und sich von der Veranstaltung zu distanzieren, so daß dem BSLE weiterhin Möglichkeiten verbleiben, dem KA seine Diskussionen aufzuzwingen.

Dieses Zurückweichen vor notwendigen Konsequenzen, erschwert die Zusammenarbeit mit allen konsequenten Gegnern der Bundessatzung ungemein und birgt in sich die Gefahr der vollständigen Isolierung, die gleiche Isolierung, in der sich heute schon der BSLE befindet.

Deshalb wird es gerade eine Aufgabe sein, auf der geplanten Veranstaltung eindeutig das weiter Vorgehen zu bestimmen, um sowohl den Spaltern von rechts als auch von „links" den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Nach einem Bericht Westberliner KB/Genossen

England: Solidarität mit den Westberliner Kollegen

Die englische Lehrerzeitung „Rank and File" (sinngemäß „Gewerkschaftsbasis") ruft in ihrer Novembernummer ihre Leser auf, an die westdeutsche GEW Resolutionen zu schicken, die *„die GEW-Aktion* (Ausschluß des Westberliner Landesverbandes Anm. AK) *verurteilen und das Recht der Berliner Lehrer, in ihrer ursprünglichen Gewerkschaft zu bleiben, unterstützen"* (Rank and File Nr. 48 Nov. 76).

Unter dem treffenden Titel *„Berufsverbot!!!! The same old song"* und mit einer AK-Karikatur aufgelockert, berichtet sie über die Berufsverbotepraxis in der BRD, wo „der Beweis, daß jemand gelegentlich mit revolutionären Gruppen zusammenarbeitet, in dem er sich an Vietnam-Demonstrationen, Chile-Solidarität oder Kampagnen gegen das reaktionäre Abtreibungsgesetz beteiligt, dazu ausreicht, um den Lehrer als einen Staatsfeind zu brandmarken und ihn so einer Entlassung auszusetzen".

Diese Repressionen seien ein Grund für die fehlende „Militanz" unter den bundesrepublikanischen Lehrern gegen die Sparpolitik im Schulbereich. Die Lehrergewerkschaft unternehme nichts, um die Lehrer gegen staatliche Repressionen zu schützen, sondern praktiziere im Gegenteil gemeinsam mit anderen Gewerkschaften den „Unvereinbarkeitsbeschluß" und fällt damit den Lehrern in den Rücken.

„Unvereinbarkeitsbeschluß" wird übrigens wie „Berufsverbot" als deutsches Wort ins Englische übernommen (das ist doch wenigstens mal eine internationale Leistung des DGB...).

„Rank and File" ist eine monatlich erscheinende Zeitung, die von oppositionellen Lehrern in der NUT (National Union of Teachers – Lehrergewerkschaft) herausgegeben wird und Berichte über den gewerkschaftlichen Kampf der Lehrer an Schulen, Kritik an der Gewerkschaftsführung und u.a. auch pädagogische Auseinandersetzungen enthält.

Außerdem ist „Rank and File" eine schon seit ca. 4 Jahren arbeitende Organisation gewerkschaftsoppositioneller Lehrer, die in der offiziellen Gewerkschaftszeitung „The Teacher" regelmäßig Beiträge veröffentlicht. Obwohl es in der NUT auch repressive Methoden gegen linke Kollegen gibt (siehe nebenstehenden Art.), ist dies doch eine Situation, die man sich in der BRD schlecht vorstellen kann.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Schleswig-Holstein
Landesweite Veranstaltung findet statt

Die bereits für den 23.10. auf Beschluß des AjLE-Landestreffen geplante landesweite Veranstaltung zur Übernahme der Bundessatzung findet nun am 19.11. um 16 Uhr im DGB-Haus in Neumünster statt. Nachdem der AjLE-Landesvorstand den ersten Beschluß boykottiert hatte, wurde auf einem weiteren Landestreffen am 3.11. massive Kritik an diesem Vorgehen laut. Allerdings gelang es dem Landesvorstand, den ursprünglichen Beschluß, eine landesweite Veranstaltung für a l l e GEW-Mitglieder, abzubiegen. Stattdessen wird nun eine AjLE-Landestagung durchgeführt, die sich auf die AjLE-Gruppen beschränkt. Aber auch dieser Beschluß wird vom Landesvorstand wieder boykottiert. Denn eine Woche vorher liegt den einzelnen Kreisverbänden immer noch kein Einladungsschreiben vor, so daß sich die Mobilisierung äußerst schwierig gestaltet. Um das Maß voll zu machen, soll die Tagesordung auch noch vollgestopft werden mit der Diskussion über das ganze Antragspaket zur Landesvertreterversammlung, womit eine grundsätzliche Diskussion über die Bundessatzung abgewürgt werden soll. Dies sollte ihm durch eine breite Mobilisierung vermiest werden.

Nach einem Bericht von Schleswig-Holsteiner Genossen

Fortsetzung GEW Seite 26

ausländische Arbeiter in der BRD

Acht Tote – und keine Konsequenzen



In diesem Haus starben acht ausländische Arbeiter

Am 3. 11. diskutierte die Hamburger Bürgerschaft über den Brand im Schäferkamp 14 (Bezirk Eimsbüttel), bei dem in der Nacht vom 27./28. 10. sieben ausländische Arbeiter umgekommen waren. (Der KB hatte schon am folgenden Tag ein Flugblatt dazu veröffentlicht). Über 20 ausländische Arbeiter waren zum Teil schwer verletzt worden – ein jugoslawischer Kollege starb eine Woche später an seinen Brandverletzungen.

Dieser „schwerste Brand seit Kriegsende“ in Hamburg hat schlaglichtartig die Wohnsituation unserer ausländischen Kollegen deutlich gemacht. Es ist erwiesen, daß allein der katastrophale Zustand dieses abbruchreifen Hauses zu dem „Unglück“ geführt hat: ein Kurzschluß



In diesem Haus starben acht ausländische Arbeiter

Am 3. 11. diskutierte die Hamburger Bürgerschaft über den Brand im Schäferkamp 14 (Bezirk Eimsbüttel), bei dem in der Nacht vom 27./28. 10. sieben ausländische Arbeiter umgekommen waren. (Der KB hatte schon am folgenden Tag ein Flugblatt dazu veröffentlicht). Über 20 ausländische Arbeiter waren zum Teil schwer verletzt worden – ein jugoslawischer Kollege starb eine Woche später an seinen Brandverletzungen.

Dieser „schwerste Brand seit Kriegsende“ in Hamburg hat schlaglichtartig die Wohnsituation unserer ausländischen Kollegen deutlich gemacht. Es ist erwiesen, daß allein der katastrophale Zustand dieses abbruchreifen Hauses zu dem „Unglück“ geführt hat: ein Kurzschluß

in den verrotteten elektrischen Leitungen löste den Brand aus, das Feuer konnte sich in Minutenschnelle bis zum vierten Stock fressen. Der Fluchtweg durch das Treppenhaus war versperrt, weil sich das Feuer in dort abgestellten Möbeln, Kartons u. ä. verfing (was allen feuerpolizeilichen Vorschriften widerspricht). Zerstörte Fenster (!) bewirkten einen gefährlichen Durchzug, der das Feuer zusätzlich verstärkte. Dazu kam, daß das Haus mit 50 – 60 Menschen total überbelegt war.

Allein diese unbestreitbaren Tatsachen zwangen die Parteien der Hamburger Bürgerschaft (SPD, FDP und CDU), diesen Fall nicht als einfaches „Unglück“ abzutun. Doch trotz der *„harten Worte der Kritik“* an den Hausbesitzer und die untätigen Behörden wird sich auch nach dieser Bürgerschaftssitzung an der Wohnsituation der ausländischen Kollegen nichts ändern. Diese Diskussion hatte reine Alibi-Funktion.

Die Vertreter der Parteien bestätigten der Öffentlichkeit, daß die gesetzlichen Bestimmungen eben nicht ausreichen, um Gastarbeiter-Unterkünfte ausreichend zu überprüfen, man könne die Hausbesitzer nicht zwingen, bestimmte Vorschriften einzuhalten. Außerdem hätten die Behörden nicht genügend Personal, um den gemeldeten Klagen nachzugehen. Innensenator W. Staak beschränkte sich daher auch darauf, einen „Appell“ an alle Althausbesitzer loszulassen, in ihren Gebäuden für feuersichere Treppenhäuser und Fluchtwege zu sorgen („Hamburger Morgenpost“, 4.11.76). Dr. Bloss von der Baubehörde: „Wir haben zwar das Recht, Altbauten auf ihre Sicherheit hin zu überprüfen, aber nicht die Pflicht. Nach § 78 der Hamburgischen Bauordnung muß der Grundeigentümer für die Sicherheit sorgen“ („Morgenpost“, 28.10.).

Wie ernst Profitgeier vom Schlage Cygielmans solche Aufforderungen zu nehmen brauchen, wird unter anderem daran deutlich, daß die Staatsanwaltschaft im Fall Schäferkamp 14 immer noch gegen „Unbekannt“ ermittelt! („Hamburger Morgenpost“, 4.11.76).

So wird wahrscheinlich die einzige Konsequenz, die aus dem Tod von acht ausländischen Arbeitern gezogen wird, die personelle Verstärkung der Hamburger Feuerwehr sein. Obwohl erwiesen ist, daß ein Feuerwehrmann mehr oder weniger an dem Tod der Kollegen nichts geändert hätte, möchte die Hamburger CDU und mit ihr die anderen beiden Parteien dieses

Wie ernst Profitgeier vom Schlage Cygielmans solche Aufforderungen zu nehmen brauchen, wird unter anderem daran deutlich, daß die Staatsanwaltschaft im Fall Schäferkamp 14 immer noch gegen „Unbekannt“ ermittelt! („Hamburger Morgenpost“, 4.11.76).

So wird wahrscheinlich die einzige Konsequenz, die aus dem Tod von acht ausländischen Arbeitern gezogen wird, die personelle Verstärkung der Hamburger Feuerwehr sein. Obwohl erwiesen ist, daß ein Feuerwehrmann mehr oder weniger an dem Tod der Kollegen nichts geändert hätte, möchte die Hamburger CDU und mit ihr die anderen beiden Parteien dieses

„Unglück“ zur Verstärkung des paramilitärischen Apparates ausnutzen, zu dem die Feuerwehr gehört ...

Wie's in Sachen Verbesserung des vorbeugenden Brandschutzes weitergehen soll, gab der zuständige Brandmeister an: Die Behörden sollen nur bei „extremen“ Fällen bzw. auf Anzeige hin tätig werden. Das abgebrannte Haus im Schäferkamp sei kein solcher Extremfall gewesen! Er kenne allein in Eimsbüttel *„1.000 (!) Häuser, die ebenso gefährdet sind“* („Welt“, 28.10.76). Die einzige „Logik“ ergibt sich vielleicht so: wir brauchen mehr Feuerwehr, weil in Eimsbüttel demnächst 1.000 Häuser brennen könnten ...

Jagd auf „Illegale“

Das Bezirksamt hatte schon vor dem Brand versucht, eine genaue Aufstellung aller Bewohner zu bekommen, *„um den illegalen Gastarbeitern auf die Spur zu kommen“* („Hamburger Abendblatt“, 28.10.) Auch nach dem Brand konzentrierten sich die Nachforschungen der Behörden auf die „Illegalen“.

Trotzdem konnte bis heute nicht festgestellt werden, wieviele Menschen wirklich in diesem Haus gelebt haben, viele gelten immer noch als „vermißt“. Sie haben sich auf die (kümmerlichen) Hilfsangebote des Bezirksamtes Eimsbüttel nicht gemeldet. Sie haben zwar alles verloren, meiden aber jeden Kontakt zu offiziellen Stellen, um nicht in die Fänge der Polizei zu geraten, die möglicherweise eine abgelaufene Aufenthaltserlaubnis oder sonstiges „Unerlaubtes“ feststellen könnte, was Abschiebung zur Folge hätte.

Unseres Wissens hat bisher auch keiner der dort „legal“ wohnenden Ausländer eine Strafanzeige gegen den Hausbesitzer gestellt – wegen fahrlässiger Tötung, eine Klage, die möglicherweise sogar Aussicht auf Erfolg haben könnte. Das Mißtrauen gegenüber allen, die mit ihnen in Kontakt treten wollen, ist sehr groß, die Kollegen haben schon Polizeiverhöre hinter sich.

Falls das zutrifft, was einige bürgerliche Zeitungen vermuteten, daß die Kollegen zunächst vermuteten, daß die Kollegen zunächst versuchten, das Feuer selbst zu löschen, um sich und vor allem die besonders gefährdeten „Illegalen“ vor Polizeikontakt zu bewahren, so wirft auch das ein schlimmes Bild auf den Dauerzustand Angst, in den ausländische Arbeiter von diesem Staat versetzt worden sind.

Schäferkamp 14 – ein Beispiel von Tausend

Das Haus Schäferkamp 14 war schon vor etwa sechs Jahren von seinen Besitzern David und Carna Cygielman zum Abbruch angemeldet worden, nachdem die deutschen Mieter wegen Unbewohnbarkeit des Hauses ausgezogen waren. Doch die Cygielmans beschlossen, das fast 100-jährige Haus gewinnbringenderen Zwecken zuzuführen: sie vermieteten es an ausländische Arbeiter. Obwohl von der Behörde nur 24 Bewohner für das Haus zugelassen waren, konnten sich 54 höchst offiziell und mit erstem Wohnsitz dort anmelden – was auf die stille Duldung dieser Zusammenpferchung der ausländischen Kollegen durch die Behörde schliessen läßt. In den zwölf Quadratmeter großen Zimmern standen bis zu vier oder sechs Betten, für jedes Bett kassierten die Besitzer zwischen 100 und 150 DM!

Durch das Dach tropfte der Regen, die Fenster waren so verrottet, daß eines – wie Nachbarn berichteten – einmal samt Rahmen auf die Straße fiel. Heizungen gab es nicht, und als die Behörde Auflagen machte, wurden Steigeleitungen gelegt, an die die Kollegen Heizlüfter anschließen konnten. Nachbarn beobachteten, daß Reparaturen an den verrotteten elektrischen Leitungen von Nicht-Fachleuten durchgeführt wurden, offenbar in billiger Schwarzarbeit.

Der Kommentar des Leiters des Amts für Wohnungspflege, Lindemann, zu den lebensgefährlichen Stromverhältnissen in diesem Haus macht deutlich, daß nicht der Hauswirt, sondern obendrein noch die ausländischen Arbeiter verantwortlich gemacht werden sollen: *„Altbau, keine Heizung, dann holen sie sich die Kochplatten und Heizkissen raus, und wenn die Sicherung durchbrennt, hauen die an deren Stelle einen dicken Nagel rein“* („Stern“, 4.11.76). Und dann sind „die“ eben selber schuld, wenn die Leitungen schmoren und es zu brennen anfängt ...

Doch nicht nur die gängige Ausländerfeindliche Haltung der „Behördenmenschen“ führt zur Legalisierung dieser menschenunwürdigen Wohnverhältnisse, sondern auch die völlig ungenügende personelle und finanzielle Ausstattung der mit solchen Aufgaben betrauten Ämter. So äußerte der Harburger Wohnungspfleger Heuer Anfang August d. J.

einmal samt Rahmen auf die Straße fiel. Heizungen gab es nicht, und als die Behörde Auflagen machte, wurden Steigeleitungen gelegt, an die die Kollegen Heizlüfter anschließen konnten. Nachbarn beobachteten, daß Reparaturen an den verrotteten elektrischen Leitungen von Nicht-Fachleuten durchgeführt wurden, offenbar in billiger Schwarzarbeit.

Der Kommentar des Leiters des Amts für Wohnungspflege, Lindemann, zu den lebensgefährlichen Stromverhältnissen in diesem Haus macht deutlich, daß nicht der Hauswirt, sondern obendrein noch die ausländischen Arbeiter verantwortlich gemacht werden sollen: *„Altbau, keine Heizung, dann holen sie sich die Kochplatten und Heizkissen raus, und wenn die Sicherung durchbrennt, hauen die an deren Stelle einen dicken Nagel rein“* („Stern“, 4.11.76). Und dann sind „die“ eben selber schuld, wenn die Leitungen schmoren und es zu brennen anfängt ...

Doch nicht nur die gängige Ausländerfeindliche Haltung der „Behördenmenschen“ führt zur Legalisierung dieser menschenunwürdigen Wohnverhältnisse, sondern auch die völlig ungenügende personelle und finanzielle Ausstattung der mit solchen Aufgaben betrauten Ämter. So äußerte der Harburger Wohnungspfleger Heuer Anfang August d. J.

gegenüber einem Mitglied der „Wilhelmsburger Bürgerinitiative ausländische Arbeitnehmer e. V.“, daß sein Amt mit 300 (!) Überprüfungsfällen im Rückstand sei; von drei für Harburg zuständigen Wohnungspflegern sei einer pensioniert und es würde wegen der Sparmaßnahmen kein neuer eingestellt. Zwei Wohnungspfleger in einem der mit ausländischen Kollegen am dichtesten besiedelten Stadtteile Hamburgs – das ist wirklich nichts weiter als ein soziales Feigenblatt. Wenn man dann noch dazunimmt, daß es außer diesen 300 angezeigten Meldungen sicher noch unzählige nicht angezeigte bauliche Mängel gibt, die aus Angst oder Unkenntnis hingenommen werden, so verschärft sich das Bild weiter.

In der BRD gelten seit April 1971 gewisse „Richtlinien für Unterkünfte“, die z. B. eine Mindestquadratmeterzahl (8 qm) pro Person festlegen, ein Maximum von vier (!) Betten pro Raum, eine Dusche für 20 Personen, usw. vorschreiben. *„Allerdings haben die Richtlinien keinen Normcharakter, können also nicht mit rechtlichem Zwang durchgesetzt werden“* (Cinnani, „Emigration und Imperialismus“). Diese Richtlinien können nur in Unterkünften der Bundesanstalt für Arbeit heute zwingend durchgesetzt werden

Die „Richtlinien für Unterkünfte“, die für die Hausbesitzer weder rechtlich verbindlichen Charakter haben, noch von den ausländischen Mietern einklagbar sind, werden dann plötzlich hervorgezogen, wenn sie gegen die Mieter selbst gekehrt werden können. So bekamen 40 türkische Familien aus Hamburg-Bergedorf, die gegen ihren Hausbesitzer wegen unzumutbarer Wohnbedingungen geklagt hatten, folgenden Brief von der Ausländerpolizei zugestellt:



KREIS HERZOGTUM LAUENBURG
DER LANDRAT

Ordnungsamt

An die
Eheleute
[geschwärzt]
Dünenkamp 6
. . . . .

Mit Postzustellungsurkunde

Ich bin davon unterrichtet worden, daß Sie mit Ihrer Familie nur einen Raum von ca. 16 qm bewohnen.

Da Ihre Familie aus 5 Personen besteht, sind Sie nach den Richtlinien für die wohnungsmäßige Unterbringung von Ausländern nur dann ausreichend untergebracht, wenn Ihre Wohnung eine Mindestgröße von 40 qm hat. Eine Küche muß zusätzlich vorhanden sein.

In Ihrem eigenen Interesse muß ich Sie daher bitten, sich unverzüglich eine größere Wohnung zu beschaffen und mir den Mietvertrag vorzulegen.

Sollten Sie mir bis zum 10.11.1976 keine größere Wohnung nachgewiesen haben, werde ich Ihnen Ihre Aufenthaltserlaubnisse nicht verlängern.

Ich gebe Ihnen Gelegenheit, zu dem Sachverhalt gem. § 87 Landesverwaltungsgesetz Stellung zu nehmen.

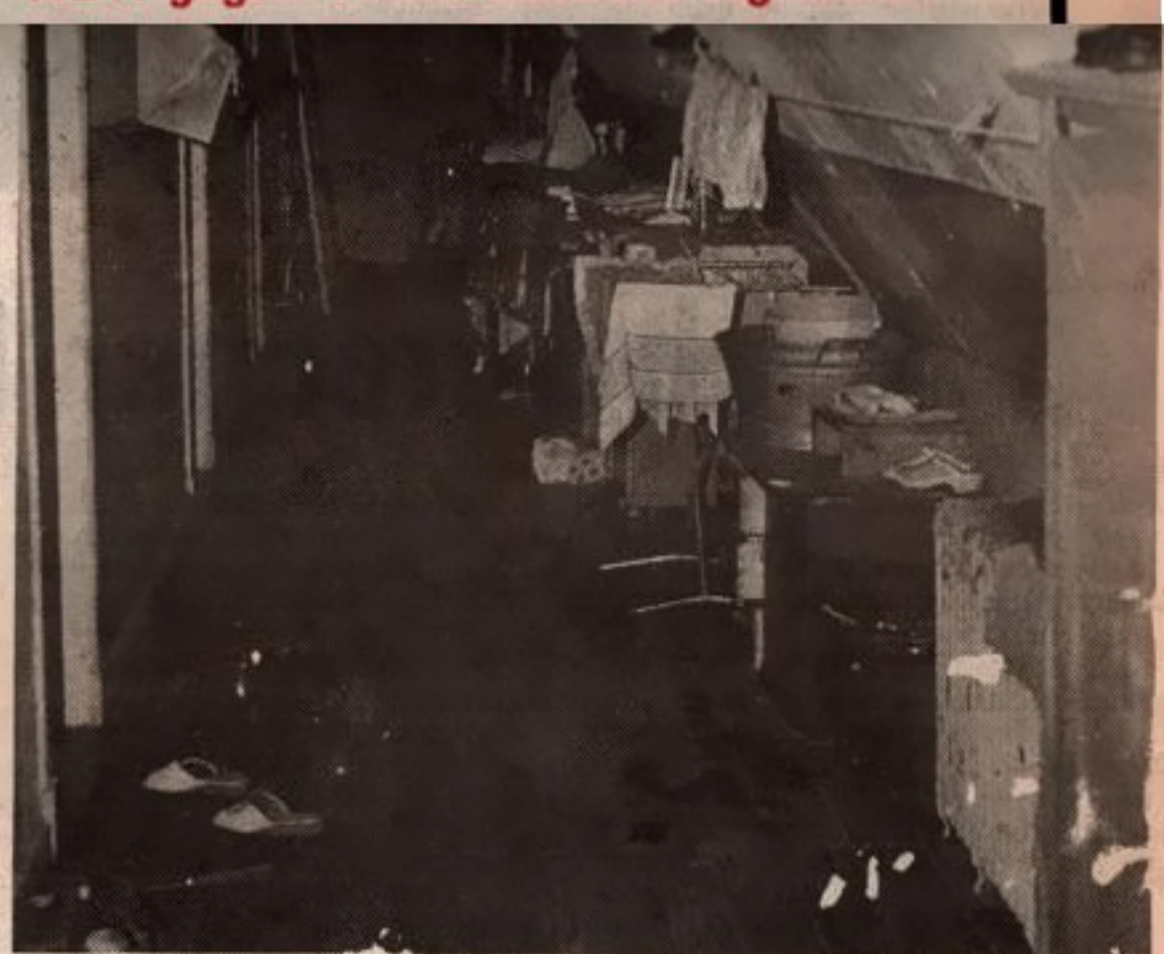
Hochachtungsvoll
Im Auftrag

Die türkischen Familien führen ihren Kampf gegen den Hausbesitzer mit Unterstützung des Türkischen Arbeitervereins, Bergedorf weiter.

Emigrantenzelle



Als 40 türkische Familien in Börnsen gegen die unzumutbaren Bedingungen in der Wohnbaracke protestierten, wurde einigen von ihnen vom Hausbesitzer Scheurer fristlos gekündigt – wegen „vertragswidrigen Gebrauchs der Mietsache“



Als 40 türkische Familien in Börnsen gegen die unzumutbaren Bedingungen in der Wohnbaracke protestierten, wurde einigen von ihnen vom Hausbesitzer Scheurer fristlos gekündigt – wegen „vertragswidrigen Gebrauchs der Mietsache“

KBW gegen antirassistische Agitation

KBW gegen antirassistische Agitation

Der KBW hat sich in seiner „Kommunistischen Volkszeitung“ (4.11.) über das Flugblatt des KB zum Brand im Schäferkamp 14 mokiert. Im Flugblatt des KB hatten wir ausgeführt, daß der Tod der ausländischen Kollegen kein *„tragischer Unglücksfall“*, sondern *„ein schockierendes Ergebnis ganz ‚normaler‘ Lebensbedingungen“* der ausländischen Arbeiter in diesem Land ist; diese werden von der Meinung der Herrschenden über die Minderwertigkeit der Ausländer, durch die *„Praxis der Ausländerbehörden, der Bezirksämter, der Hausbesitzer, der etablierten Politiker“* usw. bestimmt.

Der letzte Absatz des Flugblatts richtete sich an alle Demokraten und Antifaschisten mit der Aufforderung, *„über die heutige Lage unserer ausländischen Kollegen nachzudenken, sich im eigenen Lebens- und Arbeitsbereich umzuschauen, wie sie leben müssen und sich im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten für eine Verbesserung ihrer Lage einzusetzen“*.

Dieser Absatz ging dem KBW offensichtlich sehr gegen den Strich. Er schrieb: *„In pfäffischer Manier werden die Arbeiter aufgefordert, sich der Gedankenlosigkeit zu bezichtigen und als schuldig zu bekennen... Davon halten die Massen nichts. Die vielen Menschen, die tagelang vor dem Haus standen und erregt debattierten, waren da anderer Meinung. Viele haben gesagt: ‚Den Hausbesitzer, das Schwein, den sollte man aufhängen‘.*

Wir möchten nicht rundherum bezweifeln, daß jemand solch eine Äußerung gemacht hat – für wahrscheinlicher halten wir jedoch, daß der KBW wieder mal seine Operettenszene abgespielt hat: ein KBW'ler spielt „die Massen“, der andere den Kommunisten, der sein Ohr am Herz „der Massen“ hat.

„Die Massen“ wollen den Hausbesitzer am liebsten aufhängen, so der KBW. Der KBW bestreitet mit seiner Kritik am „pfäffischen KB“, daß die westdeutsche Bevölkerung durch ein jahrzehntelanges Propaganda-Trommelfeuer tatsächlich in großem Maß rassistisch verhetzt ist. Dieser Rassismus reicht vom einfachen Hinnehmen, daß Ausländer halt schlechter wohnen als Deutsche, über die Meinung, daß Ausländer schmutzig, unberechenbar, gefährlich sind bis hin zum militanten *„Ausländer raus – deutsche Arbeitsplätze den deutschen Arbeitern“*!

Indem der KBW die Existenz dieser rassistischen Haltung sehr vieler Menschen leugnet, bestreitet er auch die Notwendigkeit antirassistischer Agitation und Propaganda und des Kampfes gegen die nationale Überheblichkeit. Er verzichtet damit auf eins der wesentlichen Elemente kommunistischer Politik, d.h. auf den Kampf gegen Chauvinismus und nationale Überheblichkeit – Einstellungen, die gerade in „Deutschland“ zu den bekannten Exzessen von Menschenverfolgung geführt haben. Mehr noch: er verzichtet nicht nur für sich selbst auf diese wichtige Propaganda, sondern stellt sich diesen Bemühungen durch die Kommunisten direkt entgegen. Er unterstützt damit den herrschenden Rassismus.

Der KOMMUNISTISCHE BUND wird an seiner von Gründung an geübten Praxis festhalten und dem Kampf gegen die nationale Überheblichkeit als einer verbreiteten falschen ideologischen Haltung einen zentralen Platz in seiner Agitation und Propganda einräumen.

In Abwandlung eines Satzes von Lenin („Ein Volk, das ein anderes unterdrückt, kann niemals frei sein“) meinen wir: eine Arbeiterklasse, die unter sich noch Sklaven duldet, kann nicht für die eigene Befreiung kämpfen.

Emigrantenzelle

Frauen der IAF gegen Ausländer-Gesetzgebung

Am 23./24. Oktober fand in Frankfurt ein Bundestreffen der „Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen e.V." (IAF) statt. Die Frauen der IAF übten zum Teil scharfe Kritik an verschiedenen Bestimmungen und Schikanen, denen Ausländer und deren westdeutsche Frauen unterliegen. So muß z.B. ein Ausländer, der eine Westdeutsche heiraten will, nicht nur ein Ehebefähigungszeugnis, eine Traubereitschaftserklärung und ein ärztliches Attest über Geistes-, Lungen- und Geschlechtskrankheiten beibringen – er muß darüber hinaus einen Nachweis seiner Potenz erbringen. Die Frauen der IAF verglichen diese Bestimmungen mit „NS-Recht" und fordern die Veränderung dieses Gesetzes.



Ausländer in Abschiebehaft: Weg mit dem reaktionären Ausländergesetz!

Zur Gründung der IAF

Zur Zeit leben in der BRD ca. 250.000 mit Ausländern verheiratete deutsche Frauen. Jährlich kommen ca. 14.500 hinzu. Die meisten von ihnen haben Kinder. Die IAF wurde 1972 von Frauen gegründet, um den Kampf aufzunehmen gegen:

1. die Diskriminierung der mit Ausländern verheirateten Frauen,
2. die Unterdrückung der Frauen in dieser Gesellschaft und
3. die Behandlung der ausländischen Kollegen in der BRD.

Dazu die IAF: *„Die besondere Problematik der mit einem Ausländer verheirateten deutschen Frau und deren Kinder ist nach unserer Meinung weder isoliert zu betrachten noch isoliert zu lösen. Vielmehr steht sie im Zusammenhang mit zahlreichen noch zu lösenden gesellschaftlichen Problemen in der BRD. Zum Beispiel: Integration der Gastarbeiter, Reform des Ausländerrechts, Fragen der sozialen und rechtlichen Stellung der Frau, Stellung der Frau in der Familie, generell Kampf gegen die Aushöhlung des Grundgesetzes."*

„Ausländer und Frauen sollen sich anpassen, unmündig bleiben, gehorchen, arbeiten, unkritisch und unpolitisch sein."

Die IAF greift die Rechtlosigkeit dieser *„benachteiligten Gruppen in der BRD"* an: *„In der Bundesrepublik gibt es eine Reihe von Sondergesetzen"*, die *„rechtsstaatliche Prinzipien außer Kraft setzen"*:

– das Ausländergesetz von 1965, das zum Teil wesentliche Verschärfungen gegenüber der nationalsozialistischen Ausländerpolizeiverordnung (APVO) von 1938 beinhaltet. So wird z.B. durch die §§ 2.10 AuslG im Ergebnis sogar der Rechtsstand über die Behandlung von Ausländern von 1939 unter Geltung der national-sozialistischen Kriegsordnung wieder hergestellt.

– Jeder ausländische Ehemann einer Deutschen kann ausgewiesen werden ...

– Der ausländische Ehemann einer Deutschen erhält zwar eine Aufenthaltserlaubnis, aber nur selten das Aufenthaltsrecht. Damit wird faktisch das Aufenthaltsrecht der deutschen Frau mit in Frage gestellt.

– Von Ausweisungsverfügungen betroffene Ausländer werden häufig sofort abgeschoben, ohne ihnen eine Chance zur Einlegung von Rechtsmitteln zu geben.

– Deutsche Frauen, die Ausländer heiraten, unterstehen in ihrer eigenen Heimat zum Teil ausländischem Privatrecht, d.h. z.B., daß sie mit der Heirat auf den Grundsatz der Gleichberechtigung verzichten müssen, wenn dieser in den Gesetzen des Heimatlandes ihres Ehemannes nicht besteht.

Die Frauen der IAF dazu: *„Weder haben wir die Rechte einer deutschen Frau, die einen deutschen Mann heiratet, noch die Rechte eines deutschen Mannes, der eine ausländische Frau ehelicht. Der Ruf nach Völkerverständigung wird für uns damit als Lippenbekenntnis entlarvt, weil ja schon der vielzitierte Rechtsstaat Bundesrepublik die zeitgemäßen Forderungen seiner Staatsbürgerinnen mißachtet und ihnen die elementarsten Rechte verweigert."*

Die IAF sieht ihren Kampf nicht losgelöst von den Kämpfen anderer Ausländergruppen, sondern legt besonderes Gewicht auf Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung. Offensichtlich gibt es bei der IAF keinen „Unvereinbarkeitsbeschluß" gegen Zusammenarbeit mit kommunistischen Gruppen und Organisationen. Insofern sehen wir hier die Möglichkeit, über den gemeinsamen Kampf gegen die ökonomische und politische Entrechtung von Frauen und Ausländern, ein Bündnis im Kampf gegen die zunehmende Faschisierung in der BRD zu erreichen.

Wir unterstützen u.a. die Forderungen aus dem Programm der IAF:

– *„Grundsätzlich keine Ausweisung von Ausländern, die mit Deutschen verheiratet sind"*, wobei wir hinzusetzen: Grundsätzlich keine Ausweisung von Ausländern, es sei denn, sie wären Faschisten.

– *„Wiedereinreiseerlaubnis für alle ausgewiesenen Ehepartner deutscher Frauen. Dies betrifft insbesondere die 1972* (anläßlich des Verbots von GUPS und GUPA – Anm. Verf.) *ausgewiesenen Staatsangehörigen arabischer Länder."*

– *„Änderung des Ausländergesetzes von 1965 ..."*

„ ... Gleichberechtigung mit den deutschen Arbeitnehmern bei der Arbeitsvermittlung am Arbeitsamt."

– *„FREIE POLITISCHE BETÄTIGUNG FÜR ALLE AUSLÄNDER IN DER BUNDESREPUBLIK"*

Sympathisantin des KB/ Gruppe Frankfurt und Emigrantenzelle

Geheimverhandlungen über neues Ausländer"recht"

Seit einiger Zeit bastelt die Bundesregierung an einem neuen Konzept zur Ausländerpolitik, dessen Ziel der weitere Abbau geringfügig noch vorhandener Rechte der ausländischen Arbeiter ist. Der letzte Vorstoß in dieser Richtung, der der Öffentlichkeit auch nur durch eine Indiskretion bekannt wurde, waren Ende letzten Jahres die sog. „17 Thesen", die die zwangsweise Abschiebung bei Arbeitslosigkeit sowie die Aufhebung des Rechts auf unbeschränkten Aufenthalt nach fünf Jahren vorsahen. Die jetzt bekannt gewordenen neuen Vorschläge gehen in ihrer Schärfe weit über die „17 Thesen" hinaus.

Bezeichnenderweise werden diese Fragen unter Ausschluß der Öffentlichkeit als „geheime Sache" diskutiert. Ein nicht-veröffentlichtes Protokoll der zuständigen „Bund-Länder-Kommission für Gastarbeiterfragen" wurde nur indirekt durch die Kritik des hessischen „Initiativausschusses ausländische Mitbürger" bekannt („FR", 3.11.76). Da die Kommission in diesen Fragen das Beschlußgremium ist, ist noch nicht einmal eine parlamentarische Kontrolle erforderlich. Die „Empfehlungen" der Kommission können jedoch, wenn sie einmal in Kraft sind, Dienstanweisungen mit Gültigkeit für die ganze BRD werden. Ende September und Anfang Oktober veröffentlichte „Mundo Oberero", die Zeitung der revisionistischen spanischen KP, Vorschläge des Bundesministeriums für Arbeit im Wortlaut („Mundo Obrero", Nr.34 vom 29.9.76 und Nr.35 vom 6.10.76). Das Dokument ist datiert vom 11.August dieses Jahres und hat die Ministeriums-Register-Nr. IIc-24200/22. Als Protokollsekretär hat ein Dr. Kreuzaler unterschrieben.

Nachstehend veröffentlichen wir Auszüge aus diesem Dokument. (Aus Gründen der Rückübersetzung können sich einige sprachliche Unterschiede zum Original ergeben).

In Punkt 1 dieser „Vorschläge des Bundesministeriums für Arbeit" heißt es zur Frage der *„Schätzung des zukünftigen Bedarfs an ausländischen Arbeitnehmern (...), daß es riskant ist, die genaue Zahl der in der Zukunft benötigten Arbeiter festzulegen. Diese Festlegung würde nur unangenehme Diskussionen im Innern und im Ausland hervorrufen"*(!).

Punkt 2 betrifft **geplante Veränderungen des Ausländergesetzes**: *„Den Ausländern darf nur Arbeits- oder Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn sie nachweisen, daß sie fähig zur Integration sind (!).*

Sie müssen bestimmte Bedingungen erfüllen, z.B. Sprachkenntnisse besitzen, die ihrer Aufenthaltsdauer entsprechen. Dies könnte erreicht werden, indem ein Zeugnis eingeführt wird, das ihre Kenntnis der deutschen Sprache bescheinigt und Gültigkeit besitzt für die gesamte BRD.

Um die Aufenthaltserlaubnis das erstemal verlängert zu bekommen, müssen sie Grundkenntnisse nachweisen. Das Recht auf Aufenthalt wird nur gewährt, wenn gute sprachliche Kenntnisse nachgewiesen werden."

„Die Aufenthaltsgenehmigung kann nur gewährt werden, wenn angemessene Wohnverhältnisse nachgewiesen werden. Dieser Nachweis muß nicht nur bei der Ankunft im Land geführt werden, sondern bei jeder Verlängerung. Dafür gültige Maßstäbe müssen auf Bundesebene geschaffen werden."

„Sie müssen b e s t i m m t e B e d i n g u n g e n erfüllen, z.B. Sprachkenntnisse ...". Diese „bestimmten Bedingungen" sind ein ebenso dehnbarer Begriff wie die berüchtigten

Faksimile aus „Mundo Obrero" (29.9.76): Eines der geheimen Protokolle der Bund-Länder-Kommission

„Belange der BRD", die je nach Konjunkturlage anders interpretiert werden können und jede Ausweisung wegen Verletzung derselben rechtfertigen. Deutlich wird die t o t a l e W i l l k ü r, deren Ziel die Durchsetzung eines brutalen Rotationsprinzips ist. Das wird besonders deutlich daran, daß schon bei der ersten Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung Deutschkenntnisse nachgewiesen werden müssen. Da von vornherein klar ist, daß das nur für einen Bruchteil der ausländischen Arbeiter möglich sein wird, ist damit das Instrument geschaffen, um sich eine ständig wechselnde Gruppe von optimal auszubeutenden Sklaven zuzulegen.

Der dritte Punkt betrifft die **„Familienzusammenführung"**: *„... der Nachzug von Familienmitgliedern wird nur erlaubt, wenn die unbegrenzte Aufenthaltserlaubnis erreicht ist."* Das ist wohl die größte Verschärfung, denn bisher war der Familiennachzug nach einem Jahr möglich, die „17 Thesen" wollten ihn auf drei Jahre verlängern. Mit dieser Regelung würde praktisch jedes Recht des ausländischen Arbeiters auf Ehe und Familie liquidiert! Denn eine unbegrenzte Aufenthaltserlaubnis wird heute praktisch keinem Ausländer mehr gewährt. Würde diese Regelung wirksam werden, dann würden sich die folgenden Einschränkungen sowieso von selbst erledigen:

– *„Für den Nachzug von Kindern unter 16 Jahren ist eine Aufenthaltsgenehmigung erforderlich."* Bisher hatten Kinder unter 16 ohne Erlaubnis das Recht, zu ihren Eltern in der BRD zu ziehen. Das soll dann unmöglich werden.

– *„Für Kinder über 16 Jahre wird ein Arbeits- oder Lehrvertrag verlangt."* Die Möglichkeiten für ausländische Jugendliche, ohne den westdeutschen Hauptschulabschluß eine Lehrstelle zu finden, sind faktisch gleich Null – also Ausweisung!

– *„Die Familienzusammenführung muß in Gebieten, die von Ausländern überlastet sind, reduziert werden."* Wer das Pech hat, einen Arbeitsplatz in einem sog. „Sperrgebiet" (Gebiete mit über 12% ausländischer Bevölkerung) zu haben, muß erst recht auf seine Familie verzichten!

– *„ Die Familienangehörigen, die als Touristen kommen, haben kein Aufenthaltsrecht."*

– *„Kinder, die in ihrer Heimat nur noch zwei Jahre oder weniger bis zum Schulabschluß haben, erhalten keine Aufenthaltserlaubnis."* Bei der kürzeren Schulpflicht z.B. in der Türkei ist dies eine „elegante" Methode, die schulpflichtigen Kinder gar nicht mehr in die BRD zu lassen.

Und nun der Hammer: *„Vor der Entscheidung, die Familienangehörigen nachzuholen, ist eine Beratung durch die Behörden Pflicht."*.

Zu Punkt 4. **Arbeitserlaubnis**: *„Das gegenwärtige Arbeitsverbot für Jugendliche, die nach dem 30. November 1974 gekommen sind, wird jetzt auf den 30. November 1975 gelegt. Dieses Datum wird in jedem Falle eingehalten."* Also haben alle Jugendlichen, die nach '75 gekommen sind, keinerlei Hoffnung mehr auf Arbeitserlaubnis.

„Den Ausländern, die in die BRD zurückkehren, nachdem sie in ihrem Land den Militärdienst abgeleistet haben, wird keine erneute Arbeitserlaubnis erteilt." Ein weiterer krasser Verstoß gegen den Gleichbehandlungs„grundsatz" (jeder westdeutsche Werktätige muß nach dem Militärdienst an seinem alten Arbeitsplatz wieder beschäftigt werden).

Punkt 5 und 6. **„Wohnung"**: *„Es werden einheitliche Normen für Wohnungen und Wohnheime erlassen. Es werden auch Privatwohnungen (!) kontrolliert"*. Da die Wohnungen der meisten ausländischen Arbeiter nicht den zu erlassenden Normen entsprechen werden, kann dies wieder ein Grund mehr zur Ausweisung *„wegen nicht angemessener Wohnverhältnisse"* sein. Bereits heute ist es gängige Praxis, daß z.B. bei Überbelegung einfach ein paar Kollegen auf die Straße gesetzt werden und dann nicht mehr den für die Aufenthaltsgenehmigung nötigen Wohnsitz nachweisen können.

(Unter Punkt 7 wird die Frage einer Sonderregelung für die mit der EG assoziierten Länder erwähnt).

Punkt 8: **„Soziale Integration und Berufsbildung"**: *„Die Kriterien diesbezüglich werden vereinheitlicht. Die Verfügungen werden getrennt für Erwachsene und Jugendliche erlassen. Bei den letzteren wird unterschieden zwischen denen, die bleiben wollen und denen, die wieder gehen wollen. ... Man muß versuchen, das linguistische* (=sprachliche – AK) *Defizit der Jugendlichen abzubauen. Schaffung spezieller Klassen in den Berufsschulen, Gewährung von Hilfen etc. Aber diese Hilfe muß so gewährt werden, daß sie den Wunsch nach Rückkehr in die Heimat fördert* (!!!). *Die Jugendlichen werden so beraten, daß sie nur den Beruf erlernen, an denen die deutsche Industrie und Wirtschaft interessiert sind und die von der Arbeit der Ausländer abhängen."*

Dieser „Diskussionsbeitrag" des Bundesarbeits-Ministeriums – dieses Ministerium ist dafür bekannt, immer die „weitestgehenden" Anträge zu stellen – macht die ganze menschenverachtende Haltung dieser Imperialistenknechte deutlich. Alles Geschwafel von „Integration" der Ausländer wird vor dem Hintergrund dieser Geheimgespräche als einzige große Lüge zur Irreführung der Öffentlichkeit entlarvt.

Gegen diese geplante weitere Versklavung der ausländischen Arbeiter muß eine gemeinsame Front aller fortschrittlichen westdeutschen und ausländischen Organisationen geschaffen werden!

Emigrantenzelle

Deutsche Polizei einig mit türkischen Faschisten

Hagen. Am 16.10.76 organisierte der türkische „Arbeiter- und Studentenverein Hagen" eine Demonstration und Kundgebung, die sich gegen die faschistische türkische „Nationale Front-Regierung" wandte, die gänzliche Abschaffung der Staatssicherheitsgerichte (gegen die es in der Türkei Arbeitermassenproteste gegeben hatte) und die Freilassung von tausenden von politischen Gefangenen forderte.

Seit Bekanntwerden der Demonstration wurden Flugblattverteiler und Plakatkleber durch Mitglieder der faschistischen „Kommandos" der „Nationalen Befreiungspartei" (MHP) in der BRD bedroht und angegriffen. Die Bullen unternahmen nichts dagegen, sondern ließen sich vielmehr die Namen und Anschriften von Plakatklebern geben. Dabei mußten sich die Antifaschisten von den Bullen auch noch sagen lassen, *„ ... wenn ihr gegen den Faschismus in der Türkei protestieren wollt, fahrt nach Ankara und macht es dort. Hier habt ihr nichts verloren"* (Presseerklärung, Arbeiterverein Köln, 17.10.76).

Hinweise der Demonstrationsveranstalter an die Polizei, daß die MHP-Kommandos damit gedroht haben, die Demonstration „auseinanderzujagen" und „blutig verlaufen" zu lassen, ließen die Polizei ebenfalls unbeeindruckt. Stattdessen erklärte sie die Demonstration für aufgelöst, als die Faschisten der MHP ihre ersten Provokationen gegen den Demonstrationszug starteten und auf eine junge Frau einprügelten. Gemeinsam mit den MHP-Mitgliedern schlugen die Bullen auf helfende Demonstranten ein, die die Frau schützen wollten.

Die genehmigte Demonstrationsroute wurde von Polizeifahrzeugen versperrt, um die Auflösung zu erreichen. Die türkischen Antifaschisten, unter denen viele Frauen und Kinder waren, forderten von der Polizei, daß zuvor die Provokateure und Schläger der MHP gehen müßten, um Übergriffe auf Einzelne oder kleine Gruppen durch die Faschisten zu verhindern. Die Bullen gingen darauf nicht ein, sondern setzten Schlagstöcke und scharfe Hunde ein, um die Auflösung durchzusetzen.

Nach diesem brutalen Einsatz mußten sich 18 Männer und Frauen mit zerrissenen Kleidern und Bißwunden in ärztliche Behandlung begeben. Einige Türken wurden festgenommen.

Während des ganzen Abends hielten sich zivile Bullen mit Hunden in der Nähe des türkischen Arbeiter- und Studentenvereins auf, wo auch bekannte MIT-Leute (Nationaler Nachrichtendienst der Türkei) gesehen wurden.

KB-Sympathisanten Köln

GEW

In der GEW-Führung „spukt's"

Hamburg. In der Woche vom 8.-12. Nov. fand in Hamburg eine Aktionswoche der GEW statt. Die Hauptforderungen waren: Klassenstärken bis höchstens 25 Schüler, Einführung des 10. Schuljahres, Einrichtung von weiteren Gesamtschulen und Einstellung aller arbeitslosen Lehrer.

Laut GEW-Landesvorsitzendem Lemke wollte man „*keineswegs agitieren, sondern informieren und Eltern und Bevölkerung überzeugen*" (Welt, 5.11.).

Auch mit den Schülern sollten die Kollegen die miserable Situation im Bildungsbereich diskutieren. Dazu hatten Kollegen auf einem Planungsseminar Unterrichtseinheiten für Deutsch und Geschichte ausgearbeitet, die nach dem in den Richtlinien geforderten Prinzip des „kontroversen Denkens" aufgebaut waren (jede „Seite" zu Wort kommen lassen, nur so werde „Objektivität" erreicht).

Diese „maßvollen" Bemühungen, der „Sparpolitik" des Hamburger Senats zu begegnen, waren der Behörde und der Springerpresse Anlaß genug, die bisher schon betriebene massive Hetzkampagne gegen die GEW und damit gegen jeden demokratischen Kollegen weiter fortzuführen.

Landesschulrat Neckel schrieb in einem Brief an alle Schulleiter, „*die 'Eingreifstunden' lassen die vorgeschriebene Ausgewogenheit der Information vermissen.*" Ferner verbot er den Kollegen, GEW-Flugblätter vor ihren Schulen zu verteilen.

Generell dürften Räume, Grundstücke und Einrichtungen der Schule nicht für Aktionen der GEW genutzt werden. Das heißt, Interessensvertretung vor Ort, wo man arbeitet, wird eingeschränkt.

Nach Verhandlungen mit der GEW ließ Neckel lediglich das Verbot des Flugblattverteilens vor der eigenen Schule fallen. Alle anderen Auflagen, die er der GEW-Aktionswoche machte, erhielt er aufrecht.

Der Hamburger Elternbund – wie die Anführer der rechten GEW-Fraktion „Alternative" ebenfalls ein Lieblingskind der Springerpresse – „warnte" die Eltern davor, „*sich nicht unversehens manipulieren zu lassen*" (Welt, 9.11.).

Obersparschwein Apel schließlich antwortet in einem ausführlichen „Welt"-Interview auf die Frage, welche Position er zu den Forderungen der GEW beziehe: „*Ich halte das Vorgehen der Hamburger GEW für eine politische Entgleisung und habe daher gegenwärtig nicht die Absicht, zu irgendwelchen Forderungen der GEW Stellung zu nehmen.*" (Welt, 5.11.76).

Apel gibt sich ungnädig, um die Lehrer einzuschüchtern. Daß er die Information der Bevölkerung als „Entgleisung" bezeichnet, ist sicher von Herzen gesprochen und bezeichnend für seine Vorstellungen von „Zusammenarbeit" mit der Gewerkschaft!

Daß er zu den Forderungen wie kleinere Klassen und Einstellung aller arbeitslosen Lehrer keine Stellung beziehen will, ist nicht neu. Für ihn gibt es ja bekanntlich keine arbeitslosen Kollegen.

Und die Forderung nach kleineren Klassen überhört er lieber, denn an alte Versprechungen will man sich nicht gern erinnern.

Auf der letzten Landesvertreterversammlung der GEW (siehe Artikel in diesem AK) war auch die Reaktion der Behörde auf die Aktionswoche Thema der Diskussion. In diesem Zusammenhang wurde mit großer Mehrheit ein Antrag eines pensionierten Kollegen angenommen, Landesschulrat Neckel wegen seiner massiven Einschüchterungsversuche aus der GEW auszuschließen. (Der Antrag wird an die Schiedskommission weitergeleitet). Dieser Antrag ist auch deshalb pikant, weil ausgerechnet Neckel von 1963 bis 1966 Vorsitzender der GEW Hamburg war. Neckel selbst dazu: „*Es ist natürlich nicht uninteressant, daß man innerhalb der GEW auf den Gedanken kommt, einen ehemaligen Vorsitzenden auszuschließen*" (Hamburger Abendblatt, 10.11.). Sollte dieser Gedanke etwa Schule machen?

Als schließlich im Laufe des Abends noch zwei der DKP nahestehende Kollegen in den Vorstand gewählt wurden, schäumte die Springerpresse über: „*Kommunisten rein – Demokraten raus*". Unter diesem Motto sah die Bild-Zeitung vom 10. 11. die LVV.

Was Bild vollends auf die Palme bringt (9.11.), war, daß auf der LVV über den brutalen Polizeieinsatz gegen friedliche Demonstranten in Brokdorf und über neue Berufsverbote diskutiert wurde. „*Pädagogen... verdrehen die Tatsachen*"!!

Ein Dr. Plambeck, Vizechef der Elternkammer zu Bild: „*Bei diesem Kurs sind Gemeinsamkeiten zwischen Eltern und GEW nicht mehr möglich.*"

Als ob Leute wie die von „Elternkammer" und „Elternbund" (oder gleich von Springer) jemals etwas anderes im Sinn gehabt hätten, als der GEW maximal zu schaden. Eltern, die sich in Initiativen oder Elternräten gegen die Schulmisere eingesetzt haben, werden natürlich nicht nach ihrer Meinung gefragt.

SPD-Sprecher Busse sieht das etwas differenzierter: „*Die große Mehrheit der Demokraten in der GEW sollte diesem Spuk von Kommunisten und Extremisten ein Ende machen*".

Busse verschweigt, daß die Delegierten der LVV gerade frisch gewählt sind und zur 1. Sitzung zusammengetreten waren. Die „große Mehrheit von Demokraten in der GEW" hat sich seiner nicht gerade neuen Empfehlung eben nicht angeschlossen. Deshalb muß CDU-Echternach schon einen Schritt weitergehen: „*Das schlimme Ergebnis der zu laschen Haltung von SPD und FDP gegenüber kommunistischer Infiltration der Hamburger Lehrerschaft*" (Zitate aus Bild, 10.11.).

„Eule" Echternach meint, wenn die GEW nicht spurt, muß eben der Staat nachhelfen. Dazu ein Bild-Kommentar vom 9.11.: „*Jetzt muß das Parlament den Senat endlich fragen, was für Pädagogen er eigentlich für Steuergelder 'eingekauft' hat.*"

Die gesamte Springerpresse und nicht minder SPD-eigene Morgenpost nehmen die Wahl der DKP-nahen Kollegen und den Ausschlußantrag gegen Neckel zum Anlaß, ein massives Trommelfeuer gegen die GEW zu eröffnen. Sie soll von Lehrern und der Öffentlichkeit gemieden werden, denn sie stehe „*im Abseits*", und „*nützt einfach jede Gelegenheit, um in der Öffentlichkeit unangenehm aufzufallen*" (Welt, 10.11.).

Anstatt sich von der Diffamierungskampagne der Springerpresse eindeutig abzugrenzen und die Mitglieder gegen diese Verleumdungen in Schutz zu nehmen, hat sich der Geschäftsführende Ausschuß der Hamburger GEW von dem Ausschlußantrag gegen Neckel distanziert. „*Der geschäftsführende Ausschuß der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hat ein Ausschlußverfahren gegen Landesschulrat Neckel, der GEW-Mitglied ist, abgelehnt*" (Welt 11.11.).

Kein Wort von der Entscheidung der LVV. Die Kollegen haben ihren Willen bekundet, ihren Vorgesetzten nicht mehr in der GEW zu Gesicht zu bekommen. Dem GA dagegen ist die Loyalität gegenüber dem Dienstherrn wichtiger als gegenüber den Kollegen.

In Westberlin war bereits eine ähnliche Kampagne gelaufen, obwohl auch der dortige Vorstand – wie sich mittlerweile gezeigt hat – nicht gerade von „Radikalen" besetzt ist. Es ist wichtig klarzumachen, daß man wahrhaftig nichts verloren hat, wenn Bildungssenatoren „Stellungnahmen verweigern" und die bürgerliche Presse den guten alten „Respekt vor der GEW" vermissen läßt. Gewerkschaftliche Forderungen mußten immer gegen diese Leute durchgesetzt werden.

Ein Lehrergenosse und Lehrerkomitee, KB/Gruppe Hamburg

England: Lehrergewerkschaft suspendiert 34 Kollegen

Wie in der BRD werden in England vom Staat drastische „Sparmaßnahmen" im sozialen Bereich durchgeführt. 20.000 Lehrer sind z.Zt. arbeitslos, Krankenhäuser werden geschlossen, Stellen im öffentlichen Dienst gestrichen. Für den 17. Nov. rufen aus diesem Grund die für diese Bereiche zuständigen Gewerkschaften zu einem „Aktionstag" auf.

Auch in England wird der durch Krankheit oder Schwangerschaftsurlaub anfallende Unterrichtsausfall durch Überstunden der Lehrer abgedeckt. Dagegen haben sich die Lehrer gewehrt, indem sie „no-cover" Aktionen durchführen, d.h. die Lehrer wehren sich geschlossen gegen die Übernahme ausfallender Stunden. Diese Aktionen wurden von der NUT (National Union of Teachers – Lehrergewerkschaft) jedoch nur für eine begrenzte Anzahl von Regionen beschlossen.

Als an der „Little Ilford School" in London Versuche der Lehrer, die Erlaubnis für eine „offizielle" „no-cover" Aktion bei der Gewerkschaftsführung einzuholen, scheiterten, verweigerte ein Lehrer auf eigene Faust eine Überstunde. Die darauf vom Schulleiter ausgesprochene Kündigungsdrohung beantwortete das Lehrerkollegium mit Streik. Jetzt sind die 34 Lehrer von der Gewerkschaft suspendiert worden.

Bereits am selben Abend fand eine Demonstration mit 200 Lehrern statt. Zu weiteren Demonstrationen wird aufgerufen.

(nach „Rank and File", Nr. 48 Nov. 76).

Lehrerkomitee KB/Gruppe Hamburg

RANK AND FILE
A paper of NUT classroom teachers
No 48 November 1976 10p

Nach der Absetzung des Warnstreiks: Lehrer verbittert...

GEW Hessen. Einen Tag, nachdem die Urabstimmung in Hessen von der GEW-Führung abgesetzt worden war, (s. AK 91) kam das Kultusministerium mit einem neuen „Einstellungsverfahren für Lehramtsbewerber" heraus. Danach muß „*1. An der Schule eine freie Planstelle vorhanden sein, 2. nach Fachkombination und Lehramt voller Unterrichtseinsatz gewährleistet sein, 3. der Dienstvorgesetzte 'überdurchschnittliche Befähigung' bescheinigen*" (dies für Lehrer, die sich schon auf befristeten Jobs „bewähren", d.h. beim Schulleiter anschleimen mußten, Anm. AK). Außerdem muß ein Durchschnitt der Examensnoten von mindestens 1,8 erreicht sein. – So einfach ist das. „*Mit diesem Erlaßentwurf beweist die 'neue' Regierung, daß sie fest entschlossen ist, in den Fußstapfen der 'alten' zu gehen.*" (alle Zitate aus dem GEW-Infoblatt des Bezirksverbands Frankfurt vom 29. 10.). Dies ist das zynische „Eingehen" des alten und neuen Kumi Krollmann auf die Forderung: Einstellung a l l e r Lehrer!

Bei den GEW-Kollegen, die sich für einen Warnstreik eingesetzt hatten, sind momentan Anzeichen von Verbitterung zu erkennen (eine Vertreterversammlung mußte mangels Beteiligung für beschlußunfähig erklärt werden). Ein „schöner Erfolg" für den GEW-Vorsitzenden und frisch gebackenen Schulrat Ludwig, der ihm hoffentlich bald durch erneute Proteste sauer aufstoßen möge!

... Schüler streiken

Währenddessen weitet sich der Schülerstreik in Kassel aus. Ausgehend von zwei Kasseler Oberschulen griff der Streik in der vergangenen Woche auf weitere Gymnasien und Gesamtschulen (bisher 10) und auf Schulen in den nordhessischen Landkreisen über. Mehrere Demonstrationen zum Regierungspräsidium, „*an denen sich zeitweise über 7000 (!) Schüler beteiligt haben*" (FR 10.11.), brachten die Empörung über „Lehrerschiebung" und Lehrermangel unüberhörbar zum Ausdruck. Während die Schulbehörde heftig mit „Umsetzungen" wirbelt, um die ärgsten Löcher zu stopfen, „*beteiligen sich auch d i e Schüler, die von der beabsichtigten Versetzung profitieren würden, an den Protesten*" (FR). Die Streikleitung an der Berufsfachschule begründet ihren Entschluß, den Unterricht vorläufig nicht zu besuchen, mit den folgenden Forderungen:

- Schaffung neuer Planstellen!
- Einstellung aller verfügbaren Lehrer!
- Baubeginn eines Kasseler Berufsschulzentrums!

Bau

Baupleiten

Schon in den letzten beiden Jahren gab es jeweils weit über 1.200 Baupleiten. Nach Schätzungen des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie werden dieses Jahr wieder mehr als 1.000 Bauunternehmen Konkurs anmelden („FAZ", 23.10.76).

Allein in den letzten Wochen sind über 4.000 Arbeiter und Angestellte durch Pleiten arbeitslos geworden! Die Fülle der Baupleiten widerlegt auch das Gerede vom Aufschwung aus der Krise. Das Baugewerbe, welches bis auf wenige Großbetriebe noch recht „rückständig", d.h. handwerklich und kleinbürgerlich organisiert ist, hat die Krise 1975/76 besonders stark zu spüren bekommen. Und es sind die Arbeiter und Angestellten, die die Krise ausbaden müssen. (Die Baukapitalisten haben in der Regel ihre Schäfchen auf Schweizer Konten ins Trockene gebracht.)

Von den Baupleiten sind neben unzähligen kleineren vor allem mittlere Betriebe betroffen:

– Ende September machten Müller + Co., Essen (770 Beschäftigte) und Rose KG, Dortmund (550 Beschäftigte) pleite. Anfang November machte in Saarbrücken die Jager KG (300 Beschäftigte) dicht, nachdem sie seit 1974 bereits 155 Arbeiter entlassen hatte.

– In Hamburg brachen im Oktober zwei große Baufirmen zusammen: Die Firma Hermann Möller warf 1.200 Kollegen auf die Straße. Die Firma, die hauptsächlich für die Neue Heimat gearbeitet hatte, hatte weder Massenentlassungsanträge gestellt, noch den Betriebsrat angehört. Nach ihrer fristlosen Entlassung haben sofort mehr als 50 Kollegen vor dem Arbeitsgericht geklagt. Sie sollen auch noch um einen „Sozialfond" von 200.000 DM betrogen werden, der einfach der Konkursmasse zugeschlagen wurde!

– Am 3.11. meldete die Lenz-Bau AG Konkurs an (1.000 Beschäftigte). Die wochenlangen „Sanierungsbemühungen", mit denen man hoffte, die Arbeitsplätze zu erhalten, scheiterten an der „starren Haltung" der Thosti Bau AG, die ein Viertel der Aktien der Lenz-Bau besitzt („Handelsblatt", 4.11.). An diesem Zusammenbruch kann man gut ablesen, wie die großen Bauunternehmen noch an den Pleiten verdienen:

– Bei einer „Sanierung" hätte die Thosti Bau AG 2 Mio. zahlen müssen, bei dem Konkurs verliert sie nur ihre Aktien im Wert von 1,5 Mio. DM, (was sie natürlich steuerlich abschreiben kann).

– Die Thosti führt Lenz-Baustellen zuende und übernimmt hierfür einen Teil der Lenz-Mitarbeiter; d.h., die Thosti, die ursprünglich mit Lenz fusionieren wollte, spart so Massenentlassungen und Sozialplan auf eigene Kosten und kann ihr Auftragsvolumen vergrößern. (Während die ca. 500 Lenz-Kleinaktionäre völlig leer ausgehen).

– Schließlich werden auch noch 600.000 DM Bußgeldforderungen des Bundeskartellamtes wegen unerlaubter Absprachen gesperrt, die demnächst von der Lenz-Bau fällig geworden wären. Auf diesem Hintergrund ist es ein Witz, wenn der Verband der Bauindustrie als Ursache für den Zusammmenbruch den „gnadenlosen Wettbewerb" im Bausektor nennt („Hamburger Abendblatt", 4.11.).

– Durch den Lenz-Zusammenbruch bekommt die Thosti-Bau zudem den Rücken frei für weitere Investitionen und Aufträge im Ausland. Durch Beteiligungen in Brasilien und Kuweit und Aufträge in Algerien, Saudi-Arabien und Iran konnten ihre Aktionäre im letzten Jahr immerhin trotz Krise 8 % Dividende einstreichen („Handelsblatt" 2.7. und 30.7. 76). Die entlassenen Arbeiter ihrer Firmen-Tochter Lenz dagegen müssen mit längerer Arbeitslosigkeit bei spärlichem Arbeitslosengeld rechnen – was kümmert's die Kapitalisten?!

Wohnungskommission

Bauindustrie: Noch mehr Arbeitslose im Winter!

Nachdem im ersten Halbjahr 1976 bereits 36.000 Bauarbeiter arbeitslos geworden sind, wird für den Winter mit einer noch erheblich höheren Anzahl von „saisonbedingten" Arbeitslosen gerechnet. Dabei wird die Bauindustrie gerade im Winter mit Millionensubventionen von der Bundesanstalt für Arbeit eingedeckt:

Die Investitionskosten für Zelte und Heizgeräte für den Winterbau werden bis zu 60 % übernommen; und zusätzlich gibt es für jede geleistete Arbeitsstunde unter einem Winterbaudach einen Mehrkostenzuschuß von 2,50 DM für den Baukapitalisten (nach „Handelsblatt", 1.9.76).

Die Arbeiter, die in Zelten Temperaturen von selten mehr als zehn Grad ausgesetzt sind, bekommen lediglich zwei DM pro Stunde als Wintergeld – ebenfalls von der Bundesanstalt für Arbeit.

Dafür werden Anfang des Jahres das Schlechtwettergeld drastisch reduziert und nach neuen „Leistungsgruppen" aufgegliedert. Die Kürzungen betragen bis zu 3,72 DM pro Stunde!

Trotz Lohnkürzungen für die Arbeiter und Millionensubventionen für die Kapitalisten drohen neue Arbeitslosenrekorde. Schließlich ist es für die Bauunternehmer immer noch billiger, die Arbeiter im Winter zu entlassen.

Wohnungskommission

Menschenhändler

Nachdem in den letzten zwei Jahren über 200.000 Arbeiter in der Bauindustrie entlassen wurden, tummeln sich jetzt auf dem Arbeitsmarkt zunehmend „Leihfirmen", die mit Bauarbeitern und Planern handeln. Diese Menschenhändler werben die Kollegen vorwiegend im Ausland an und verleihen sie kurzfristig zu Hungerlöhnen an westdeutsche Baukapitalisten. Nach dem Arbeitnehmer-Überlassungsgesetz unterliegen sie dabei nicht den geltenden Tarifverträgen der IG Bau-Steine-Erden.

So wurden z.B. auf Baustellen in Westfalen „Leiharbeiter" zu einem Stundenlohn von 5,50 DM beschäftigt. Sie wohnten bei ihrem Menschenhändler für eine Miete von 100 DM pro Woche und waren weder rentennoch krankenversichert (nach „Vorwärts", 21.10.76). „*Leiharbeiter werden oft von Unternehmer zu Unternehmer weitergereicht. Gültig sind dabei nur die Vertragsbestimmungen zwischen den Kapitalisten. Mucken die Kollegen dagegen auf, werden sie ohne Kündigungsschutz einfach an ihre Stammfirma zurückgegeben und hier wegen Arbeitsmangel entlassen.*" („Extradienst", 6.8.76).

Die IG Bau-Steine-Erden fordert jetzt für die Verleih-Firmen ein verbessertes Überprüfungs- und Meldeverfahren, damit sie zur Einhaltung tarifvertraglicher Vereinbarungen gezwungen werden können. Auf dem letzten Gewerkschaftstag wurde immerhin noch das Verbot des „Verleihens von Arbeitnehmern" gefordert.

Wohnungskommission

ÖTV

Tarifrunde '77

Auftakt in den Häfen

Wie in den letzten Jahren, so hat auch in diesem Jahr die ÖTV-Führung die Tarifrunde der Hafenarbeiter von der TR des Öffentlichen Dienstes abgespalten und einige Wochen vor diese gelegt.

Am 28.10. ließ die Bezirksverwaltung der ÖTV-Hamburg ein Flugblatt an die Betriebsräte und Vertrauensleute des Hafens verteilen, welches in theatralischer Manier ein Fernschreiben des stellvertretenden ÖTV-Vorsitzenden Merten wieder-

mit ihren Kollegen im gewerkschaftlichen Rahmen zu treffen). Auf der FK wurde von Seiten der Ortsverwaltung die ‚Linie' für diese Tarifrunde ausgegeben:

- An erster Stelle stehe die Sicherheit der Arbeitsplätze.
- Am zweitwichtigsten sei die Verbesserung der Arbeitsbedingungen.
- Erst an dritter Stelle stehe die Erhaltung und Vermehrung der ‚Kaufkraft'.

Die Frage der Lohnerhöhung steht

Gewerkschaft Öffentliche Dienste
Transport und Verkehr
Bezirksverwaltung Hamburg

ötv

An alle
Betriebsräte und Vertrauensleute
in den Hafenbetrieben

Hbg., 28.10.1976
Ru/Ot.

Betrifft: Lohn- und Gehaltsverhandlungen mit dem Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe für das Jahr 1977.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Nachfolgend geben wir Euch den Text eines Fernschreibens zur Kenntnis, das der Kollege M e r t e n , stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft ÖTV, heute übermittelt hat:

"Die Daten zur gegenwärtigen Wirtschaftslage in der Bundesrepublik Deutschland sind in der November-Ausgabe des ÖTV-Magazins unter dem Titel "Daten, Fakten, Tendenzen" veröffentlicht.

Die in diesem Artikel genannten Zahlen weichen nur unwesentlich von dem Gutachten der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, veröffentlicht am 25.10.1976, ab.

Danach wird sich das Bruttosozialprodukt im Jahr 1977 gegenüber dem Jahr 1976 real um etwa 5,5 v.H. steigern.
Die Preissteigerungsrate wird mit rd. 5,0 v.H. angenommen.

Der gHV fordert alle Mitglieder in den Seehäfenbetrieben auf, die Diskussion über die für 1977 zu stellende Lohnforderung gemäss Antrag 367 des 8. Ordentlichen Gewerkschaftstages auf der Grundlage einer Forderung zu führen, die zum Ziel hat, die Stundenlöhne der ersten Werktagsschicht für die im Eingruppierungsvertrag festgelegten Lohngruppen jeweils um 8,5 v.H. zu erhöhen.

Wir gehen dabei davon aus, dass die Beschäftigungs- und Ertragslage der Seehäfenbetriebe und die gesamtwirtschaftliche Beurteilung eine solche Erhöhung rechtfertigen, ohne dass die dadurch bewirkte Mehrbelastung der Arbeitgeber die Sicherheit der Arbeitsplätze in den Seehäfen beeinträchtigt.

Wir bitten, die Meinungsbildung innerhalb der Mitgliedschaft so zu fördern, dass die Tarifkommission in den Stand gesetzt wird, am 9. November d.J. über die endgültige Höhe und den Umfang der Forderung Beschluss zu fassen.

gez. Merten"

Mit freundlichen Grüssen
Abteilung Seehäfen

R u m p e l

Abteilung Seehäfen

R u m p e l

Eine Woche später, am 5.11. veranstalteten die Hamburger ÖTV-Führer die ‚Große Funktionärskonferenz' (FK) (ein seltenes Ereignis im Hamburger Hafen, es findet 1-2mal im Jahr statt und ist für eine große Zahl von Betriebsräten und Vertrauensleuten die einzige Möglichkeit, sich

in der **Lohn**tarifrunde an dritter Stelle! Das ist so recht nach dem Geschmack der Hafenkapitalisten, die „von einer überdurchschnittlich guten Entwicklung im vergangenen Jahr" sprechen („DVZ", 13.7.) und auch für dieses Jahr feststellen, daß „gegenüber den ersten drei Quartalen des Vorjahres... ein um 7,8 % höheres Güteraufkommen erreicht werden (konnte)" („DVZ", 21.10.).

So als wollte er auch dem letzten Funktionär klarmachen, wie er seinen Kollegen in diesem Jahr verklaren soll, was in der TR Trumpf ist, unterstrich der Redner der Bezirksverwaltung, daß in dieser Tarifrunde überhaupt die Rahmentarife Vorrang haben. Daß just zur Lohnrunde 76/77 die ÖTV-Führung die Wichtigkeit der Rahmentarifverhandlungen entdeckt,ist um so verdächtiger, als sie bei einer Laufzeit von vier Jahren, den dieser Vertrag hat, überhaupt nichts dabei fand, ihn im letzten Jahr sang- und klanglos um ein Jahr zu verlängern.

Der Sprecher des Ortsvorstandes wies schließlich ausdrücklich darauf hin, daß alle Forderungen als Paket zu betrachten seien und zur Verhandlung stünden. Unter diesem Gesichtspunkt betrügen die Forderungen an die Unternehmer 17 - 20 %!!! Nachtigall, ick hör dir...

Vier Tage später, am 9.11., erscheint das, was die Gewerkschaftsführung auf der Funktionärskonferenz gesagt hatte, noch mal als Flugblatt für alle Kollegen. Eine Lohnforderung und sieben Forderungen zum Rahmentarif! Das Flugblatt schließt mit den aufmunternden Worten: „Wir werden euch über den Verlauf der Verhandlungen informieren."

Am 16. und 22.11. soll es mit dem ‚Ringen' losgehen.

Daß hier in der kleinen Hafen-TR der geplante Verlauf der TR des Öffentlichen Dienstes vorgeprobt werden soll ist eine Erfahrung der letzten Jahre.

Aufschlußreich für die Kollegen des Öffentlichen Dienstes ist schließlich auch Folgendes: Im letzten Jahr forderten die Kollegen auf der Funktionärskonferenz im Hamburger Hafen 10 %, beschlossen wurde von der Tarifkommission eine Forderung von 8 %, abgeschlossen wurde bei 5,4 - 6 %, also 30 % unter der zurechtgestutzten Forderung. Bei der diesjährigen Forderung von 8,5 % wäre das ein Abschluß bei 6 %. Da Hafenkapital und ÖTV-Führung es „traditionell" für geboten halten, den Hafenarbeitern einige 10tel % mehr „zuzugestehen" als die Beschäftigten des

arbeitern einige 10tel % mehr „zuzugestehen" als die Beschäftigten des

Öffentlichen Dienstes bekommen (sie erhielten im letzten Abschluß 5 %), so dürfte klar sein, daß die Gewerkschaftsführer diesmal im Öffentlichen Dienst einen Abschluß ansteuern, der einiges unter 6 % liegt.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Polizei gegen streikende Seeleute

Bremen. Am 26./27.10 kam es auf dem israelischen Schiff „Galila", das im Bremer Hafen lag, zu einem Streik der Besatzung. Der Bootsmann des Schiffes war vom Kapitän gefeuert worden. Nach dem Rausschmiß sollte die Mannschaft einzeln beim Kapitän vortreten. Als diese sich weigerte, schmiß der Kapitän auch die gesamte Mannschaft raus. Die Mannschaft streikte. Dies war – wie dem Hafenkapitän und der Polizei bekannt – ein „legaler" Arbeitskampf.

Anders sahen das der Kapitän, der Bremer Senat und die Bremer Polizeiführung. Der Kapitän informierte das israelische Transportministerium in Jerusalem, dieses trat mit dem Bremer Senat in Kontakt. *„Resultat der Kontaktpflege: 20 schwerbewaffnete Polizisten der Hansestadt drangen ins Schiff ein, holten die teilweise im Bett liegenden Matrosen gewaltsam aus ihren Kojen und trieben sie im Tagesraum zusammen"* („Berliner Extradienst" Nr. 87). Westdeutsche Streikbrecher wurden eingesetzt, das Schiff in einen anderen Hafen verholt.

Der Seebetriebsrat der Hapag Lloyd hat sich am 1. November an den Bremer SPD-Bürgermeister Koschnik gewandt: *„Sollten diese ungeheuren Angaben zutreffen, die den Tatbestand eines schweren Verstoßes gegen das Grundgesetz der BRD bedeuten, protestieren wir mit aller Schärfe gegen diesen unglaublichen Überfall. Der durch nichts zu rechtfertigende Einsatz von schwerbewaffneten Polizisten gegen streikende Arbeiter in einem Hafen der Bundesrepublik Deutschland erfüllt uns mit Entsetzen und Empörung. Wir fordern dringend eine Erklärung und verlangen, falls sich die Berichte bestätigen, daß die für diesen einmaligen (?) Vorfall Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden"* (Angaben nach „ED", Nr. 87).

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Das Säubern ist der ÖTV-Führer Lust!...

Im folgenden drucken wir einen Auszug aus einem Artikel „die ÖTV schließt aus" vom November 1976, der den innergewerkschaftlichen Terror in der Freiburger ÖTV zeigt.

Wir wollen damit – neben der Charakterisierung der Positionen der ÖTV-Führer – auch einen Anstoß für einen breiten Erfahrungsaustausch der oft isoliert vor sich hinarbeitenden Gewerkschafts- und Kollegengruppen geben.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Am Dienstag, 19. Oktober, beschloß der erweiterte Kreisvorstand der ÖTV in Freiburg, die Abteilungen „Soziale Arbeit" sowie „Wissenschaft und Forschung" („WiFo") aufzulösen. Außerdem leitete er Ausschlußverfahren ein gegen die Kollegen Reinhard OPITZ und Dr. Rainer GRUBER, beide Mitglied des Abteilungsvorstands „WiFo".

Dieser Amoklauf ist der vorläufige Höhepunkt innergewerkschaftlicher Auseinandersetzung in Freiburg: Von der Auflösung der beiden Abteilungen sind etwa 200 ÖTV Mitglieder betroffen. Das Ausschlußverfahren gegen Kollegen Opitz, SPD-Stadtrat in Emmendingen, Mitglied zahlreicher ÖTV-Gremien, unter anderem im Beirat des Hauptvorstands sowie im Bundesvorstand der Abteilung „WiFo", krönt eine Serie von Ausschlüssen in beiden Abteilungen, die bislang nur gegen vermutete Mitglieder oder Sympathisanten des KBW gerichtet waren.

In der Begründung für die Auflösung der Abteilungen und das Ausschlußverfahren gegen Kollegen Opitz verschanzte sich die Kreisleitung hinter Vorwänden (s. Kasten). Kurzschlüssig wäre es allerdings wohl auch, diese Vorgänge als eine Antwort wildgewordener Kreisfunktionäre auf unbequeme und linke Basisbewegung anzusehen. Freiburg reiht sich würdig ein in eine zentralgesteuerte innergewerkschaftliche Politik der Unvereinbarkeitsbeschlüsse, die verstärkt als Hebel eingesetzt werden, die Gewerkschaften auf zentralistischen Kurs auszurichten. Wo dies nicht ausreicht, werden ganze Abteilungen aufgelöst, werden sogar bekannte SPDler gefeuert (so z.B. GEW Berlin).

Zum Kraftakt des hiesigen Kreisvorstands war eigens ein Mitglied des Bezirksvorstands angereist. Das Ausschlußverfahren gegen Kollegen Gruber war durch den DGB-Kreisvorsitzenden Jorzig persönlich eingeleitet worden, der für das Gewerkschaftshaus gegen Gruber Hausverbot verhängt hatte, weil dieser in seiner Anwesenheit auf einer SPD-Wahlveranstaltung zur Reform des öffentlichen Dienstrechts angeblich zur Zerschlagung des Staatsapparats aufgerufen hat. Nach diesem Wink mit dem Zaunpfahl zog die ÖTV mit einem Ausschlußverfahren nach.

Die Ausschlußpraxis der ÖTV-Funktionäre reiht sich nahtlos ein in den antidemokratischen Kontext der Berufsverbotspraxis: Gegen Freiburger Rechtsreferendare wurde durch die Kreisverwaltung ein Ausschlußverfahren angestrengt, weil sie eine ÖTV-interne (!) Veranstaltung gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse organisiert hatten. In Stuttgart läuft zur Zeit gegen den dortigen ÖTV-Kreisvorsitzenden und SPD-Stadtrat ein Verfahren durch den Hauptvorstand, weil er gegen ein ihm angeblich bekanntes KBW-Mitglied kein Ausschlußverfahren eröffnet habe. Wer nicht selber ausschließt, wird gleich mitgefeuert...

Aber auch ein anderer Zusammenhang als der zu den Berufsverboten drängt sich auf: Just werden die neuen Tarifrunden eingeläutet.

ÖTV-Chef Kluncker hat bereits lediglich den Ausgleich der Teuerungsrate als Verhandlungsziel angepeilt.

Aus dem Hauptvorstand verlautet ausserdem, daß die ÖTV-Spitze wieder prozentuale Forderungen ansteuert. In der vergangenen Tarifrunde war die 135,- DM-Forderung gegen den Willen der ÖTV-Führer von den Mitgliedern durchgesetzt worden. Da liegt es nah, durch verschärfte Ausschlußpraxis und andere organisatorische Maßnahmen alle möglichen Nester innergewerkschaftlicher Opposition gründlich auszuräuchern.

Es wird an den Mitgliedern selbst liegen, den offensichtlich zentral angeordneten Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie gerade in der neuen Tarifrunde entgegenzutreten.

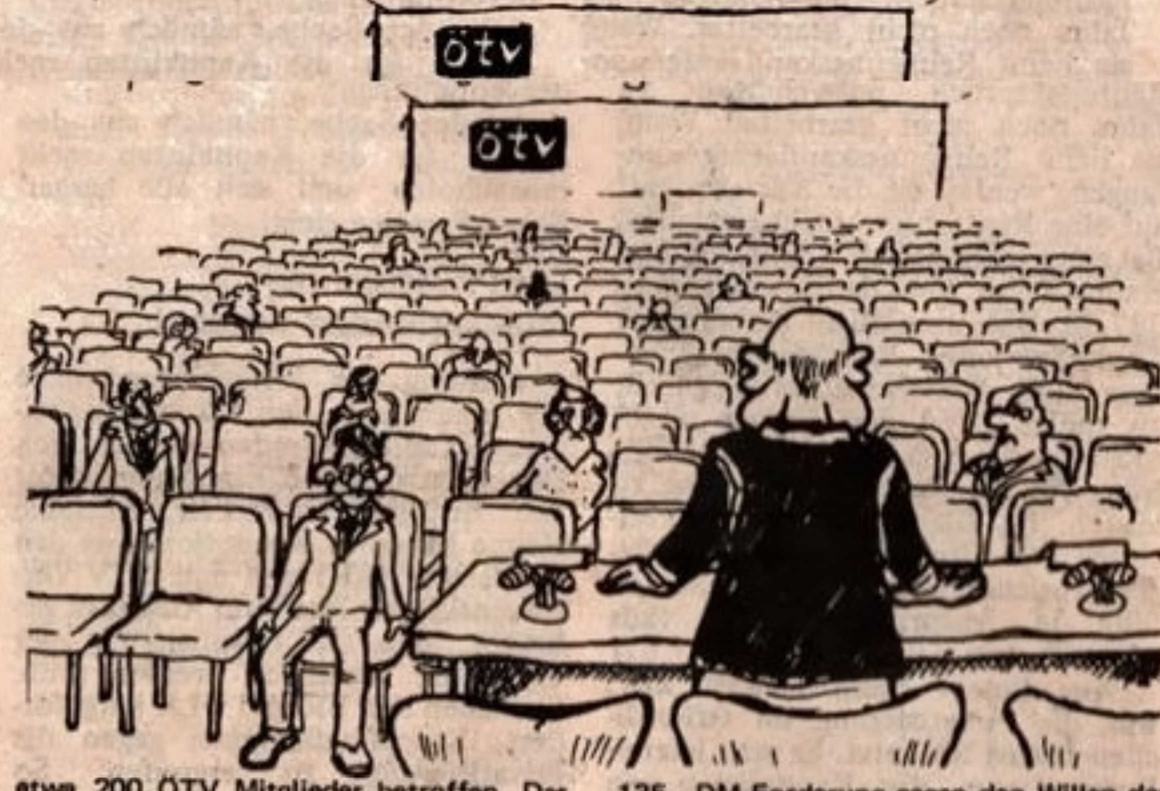
Angesichts der Rationalisierungen gerade im Bereich von Wissenschaft und Forschung wird eine verstärkte Organisierung der dort Beschäftigten immer notwendiger. Gerade Akademiker werden von den Kürzungen der Forschungsmittel immer mehr betroffen. Eine starke ÖTV im Bereich von Wissenschaft und Forschung kann dem wirkungsvoll entgegentreten, weil sie Arbeiter, Angestellte und Beamte zusammenfaßt.

In dieser Situation eine Abteilung „WiFo" als unmittelbare Kontaktstelle zur Gewerkschaft aufzulösen, ist daher objektiv gewerkschaftsschädigend. Der Kreisvorstand muß gerade durch eine aktive Basisarbeit im Bereich von „WiFo" sowie durch breiteres gewerkschaftliches Engagement zur Wiedereröffnung der Abteilung gezwungen werden.

Wir fordern auf, trotz oder gerade wegen dieser Vorfälle in die ÖTV einzutreten und gemeinsam die Wiedereröffnung zu erreichen.

Mitglieder der Abteilung „WiFo"

Aufgrund der Unvereinbarkeitsbeschlüsse müssen noch folgende Kollegen ausgeschlossen werden:...



HHLA:
Gekündigter Handwerker wieder eingestellt!

Seit dem 1. November arbeitet der Kollege J.D. wieder in der Container- und Chassis-Werkstatt TW 14 am Burchardkai bei der HHLA (Hamburger Hafen und Lagerhaus AG). Nachdem die Firma in der zweiten Instanz den Prozeß verloren hatte, sah sie sich zur Wiedereinstellung gezwungen. Gleichzeitig zog der Kollege in den Betriebsrat ein, in den er im Frühjahr 1975 gewählt wurde. Die rechtssozialdemokratische Mehrheit seiner Betriebsrats-„kollegen" stimmte damals seiner Kündigung zu.

Die Kündigung wurde von der HHLA-Geschäftsleitung seinerzeit damit begründet, daß der Kollege bewußt langsam gearbeitet hätte und seiner ganzen Einstellung nach ein „negativer Mitarbeiter" gewesen sei. In der Tat war es für die Firma negativ, daß der Kollege nicht „Ja und Amen" sagte, als in seiner Abteilung Akkord eingeführt werden sollte.

War ihm selbst noch von der HHLA angeboten worden, Vorarbeiter zu werden (!), so war er jedoch nicht bereit, sich in das Radfahrersystem eingliedern zu lassen. Als nun die verschiedensten Vorstöße der Geschäftsleitung zur Einführung von Akkordarbeit unternommen wurden, wehrte er sich gemeinsam mit seinen Kollegen dagegen und setzte sich bei der ÖTV-Führung und beim Betriebsrat für die Belange seiner Abteilung ein. Seine Kündigung war seitens der Geschäftsleitung ein Meilenstein auf dem Weg, gegen den Widerstand der Kollegen ihre Ziele durchzusetzen.

Nach vielen Täuschungsmanövern und mit Hilfe der ÖTV- sowie der Betriebsratsführung gelang es der HHLA dann auch vor kurzem, die Kollegen vor die vollendete Tatsache der tariflich eingeführten Akkordarbeit zu stellen.

Was der HHLA jedoch nicht gelang, war, den Kollegen ihren Sprecher zu nehmen. J.D. gab den Kampf zu keinem Zeitpunkt auf. Als er schon die Kündigung hatte, stellte er sich dennoch gemeinsam mit anderen fortschrittlichen Kollegen in der Gruppe „Alternative" zur Betriebsratswahl '75 – und wurde gewählt.

Er setzte mit Hilfe einer gerichtlichen „Einstweiligen Verfügung" seine Teilnahme an einer Betriebsversammlung durch, die ihm vom sozialdemokratischen Betriebsratsvorsitzenden Gerd Österreich verweigert worden war. Als die ÖTV-Führung dem Kollegen den Rechtsschutz entzog, nahm er sich privat einen Anwalt. Als er die 1. Instanz vor dem Arbeitsgericht verlor, obwohl er der HHLA sogar Manipulation der Unterlagen nachweisen konnte, legte er Berufung ein.

Ebenso wichtig wie diese Dinge war die Tatsache, daß J.D. den Kontakt zu seinen Arbeitskollegen aufrechterhielt und daß die Kollegen-Gruppe „Alternative" ihn unterstützte und die Vorkommnisse an TW 14 veröffentlichte.

Der Kampf wird weitergehen. Denn klar ist, daß die HHLA-Geschäftsleitung nicht auf ihre Pläne verzichten will, den Akkord auch in anderen Abteilungen „einzuführen".

HHLA-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Keine Privatisierung der Reinigungsarbeiten!

Untersuchungskommissionen haben im Auftrag des Hamburger SPD/FDP Senats neue drastische Sparvorschläge erarbeitet:

Die Reinigung der Kindertagesheime soll, weil es angeblich billiger ist, von Reinigungskapitalisten übernommen werden!

„Die Erfahrungen mit der Firmenreinigung in anderen Bereichen der Verwaltung und insbesondere in Krankenanstalten, Kliniken und Schulen lassen erkennen, daß auch die Heime des Amts für Jugend einschließlich der Einrichtungen der Vereinigung städt. Kinder- und Jugendheime e.V. von Firmen gereinigt werden können" („Organisationsgutachten des Senatsamtes für den Verwaltungsdienst").

FRAUEN SIND DIE BETROFFENEN!

Bisher reinigen ca. 700 Frauen, die einen Arbeitsvertrag mit der Behörde haben, täglich ca. 190 Kindertagesheime der „Vereinigung".

Sollten die Pläne des Senatsamtes Wirklichkeit werden, dann verlieren sie ihren Arbeitsplatz!

60% der betroffenen Frauen sind zwischen 40 und 60 Jahre alt und ungelernt. Sie werden es also besonders schwer haben, einen neuen Arbeitsplatz zu finden.

Angesichts der gegenwärtigen Arbeitsmarktsituation sind gerade ungelernte Frauen gezwungen, unter den schlechtesten Bedingungen zu arbeiten. Z.B. arbeiten allein in Hamburg bei Gebäude- und Glasreinigungsfirmen rund 40.000 Arbeiterinnen. Davon 90% (!) ohne Papiere! Von 37 Firmen haben nur 3 (!) einen Betriebsrat. Ein Reinigungskapitalist wurde dabei erwischt, als er schwangere Frauen entließ, ein anderer hatte mehr als eine halbe Mio. DM Krankenkassenbeiträge unterschlagen (aus „Stern", vom 2.9.76).

Was den Frauen außerdem noch blüht, wenn sie von der Behörde gekündigt und bei einem Reinigungskapitalisten eingestellt werden, zeigt ein Beispiel aus Pinneberg (CDU-regierte Kleinstadt in Schleswig-Holstein):

Die CDU hat dort 51 Putzfrauen rausgeschmissen, weil sie dadurch 584.000 DM jährlich einspart.

Die Pinneberger Putzfrauen können zwar bei einer Hamburger Reinigungsfirma weiterarbeiten, aber nur zu deren Bedingungen:

Für die Putzfrauen bedeutet das 30% weniger Lohn bei 40% mehr Leistung!

33 Frauen haben die für ihren Rentenanspruch notwendigen 15 Jahre noch nicht gearbeitet. Wenn sie beim Reinigungskapitalisten anfangen, werden sie die Anwartschaft auf eine Rente nicht mehr erreichen. Bei einer verringerten Arbeitszeit und einem Lohn von dann weniger als 387,50 DM monatlich braucht der Kapitalist keine Beiträge zur Kranken- und Sozialversicherung mehr zu zahlen. Und den Frauen bleibt nicht genug, von sich aus volle Beiträge für die Rentenversicherung zu leisten. Im Klartext: Wer bei Erreichung der Altersgrenze keine sonstigen Absicherungen hat, muß Sozialhilfe in Anspruch nehmen (aus „Stern", vom 2.9.76).

An diesem Beispiel wird klar, was die Privatisierung im Öffentlichen Dienst bedeutet. Es geht letzten Endes darum, den Kapitalisten von Seiten des Staates (trotz Steuergeschenke, Subventionen etc.) noch mehr Profitmöglichkeiten zu verschaffen und die Aufgaben des Staates auf wenige (unprofitable) Bereiche zu beschränken!



CDU-FDP-SPD in der Sache einig !

CDU-FDP-SPD in der Sache einig !

Die bürgerlichen Parteien „streiten" sich im Moment nur darum, welches ihrer „Spar"konzepte für die Kapitalisten am meisten bringt.

CDU und FDP möchten die Reinigungskapitalisten sofort mit der Ausbeutung der Putzfrauen beauftragen, während die SPD stärker dafür eintritt, daß der Staat selbst die Putzfrauen mehr „rannimmt". Bremens Bürgermeister und stellvertretender SPD-Vorsitzender Koschnik, fordert, laut „Stern", statt der Privatisierung eine Änderung des Dienstrechts, um von den Beamten und Angestellten mehr Leistung fordern zu können. Er denkt sogar an vollverantwortliche, nicht beamtete Manager für die Wirtschaftsbetriebe der Kommunen...

In der Sache, nämlich aus den Frauen für die Kapitalisten mehr rauszuholen, sind sich alle bürgerlichen Parteien einig!

Die Privatisierung muß verhindert werden!

Seitdem die Privatisierungspläne der Behörde in den Kindertagesheimen bekannt geworden sind, hat sich eine relativ breite Empörung unter den Kollegen entwickelt. Einzelne Heime haben in Resolutionen an den Betriebsrat (BR) und den ÖTV-Vertrauenskörper klar zum Ausdruck gebracht, daß die Privatisierung der Reinigung verhindert werden muß. Sie haben den BR und VLK aufgefordert, Kampfmaßnahmen gegen die Privatisierung zu ergreifen. So schreibt ein Heim (ca. 20 Kollegen) an den VK: *„Entgegen unseren Erfahrungen in den letzten Jahren erwarten wir von der Gewerkschaft ÖTV massive Maßnahmen gegen die immer weiter fortschreitenden Verschlechterungen unserer Arbeitsbedingungen"!*

Der BR (Mehrheit SPD und DKP-Mitglieder) hat in 2 Infos an die Kollegen und auf der letzten Betriebsversammlung zum Ausdruck gebracht, daß er eine Privatisierung ablehnt. Der Forderung von über 1.000 Beschäftigten nach einer außerordentlichen Betriebsversammlung zu diesem Thema ist dieser BR allerdings bis zum heutigen Tag noch nicht nachgekommen. Stattdessen hat er sein Schwergewicht darauf gelegt, mit Vertretern bürgerlicher Parteien zu sprechen. Anscheinend verspricht sich dieser BR mehr davon, als von der Mobilisierung der Kollegen. Auf der nächsten BV sollte man ihn dafür zur Rechenschaft ziehen!

Schlimmer noch als das Verhalten des BR's ist das der örtlichen ÖTV-Führung:

Vor der Bundestagswahl hat der für diesen Bereich zuständige ÖTV-Sekretär Eckard Schön alles darangesetzt, die SPD als Garant für die Verhinderung der Privatisierung zu verkaufen! Leider ist ihm dieses auch vielfach gelungen. Ebenfalls hat dieser Typ es geschafft, fast jegliche Initiative von Seiten des VLK etc. gegen die Privatisierung abzuwürgen. So sollte noch vor den Bundestagswahlen ein Aktionstag der ÖTV in Hamburg zur Situation in den Kindertagesheimen etc. stattfinden. Dieser wurde kurzerhand abgeblasen (siehe AK, Nr. 91)!

Die fortschrittlichen Kolleginnen und Kollegen müssen durch selbständige Aktivitäten und hartnäckige Überzeugungsarbeit mehr Kollegen als bisher für einen aktiven Kampf gegen die Privatisierung der Reinigung gewinnen.

Zelle Vereinigung II
KB/Gruppe Hamburg

Gegen „Spar"politik

7000 Kinder, Eltern, Erzieher und Lehrer demonstrierten

Gegen die geplanten Stelleneinsparungen in Kindertagesstätten (Kitas) – geplant ist die Sperrung von 191 Stellen (siehe auch AK 90) – demonstrierten am 6. November 6.000 – 7.000 Kinder, Eltern, Erzieher und Lehrer durch die Westberliner City.

Aufgerufen zur Demonstration hatte die GEW unter den Parolen:

- Gegen Personalstreichungen im Kindertagesstättenbereich;
- 1,5 Erzieher pro Gruppe;
- Einstellung aller ausgebildeten Erzieher;
- Keine Streichung von Vertretungsmitteln;
- Keine Zusammenlegung von Gruppen;
- Keine Sperrung von freiwerdenden Planstellen;
- Gegen Einschüchterung von Eltern und Erziehern;
- Keine Kürzung der Öffnungszeiten;
- Keine Sparmaßnahmen auf dem Rücken der Kinder.

Die beachtliche Teilnehmerzahl ist umso erfreulicher, als der Senat und die bürgerliche Presse in den Tagen davor massiv versucht hatten, mit Verdrehungen und vermeintlichen „Verhandlungserfolgen" die Protestbewegung von Eltern und Erziehern zu spalten. So tönte Jugendsenatorin Ilse Reichel am 3.11., es würde keine Entlassungen im städt. Kitabereich geben, die Gruppen würden nicht vergrößert (!) und nicht aufgeteilt. Im Durchschnitt werde der Personalbestand sogar verbessert! (nach „Tagesspiegel", 4.11.76)

Tatsache ist dagegen, daß an dem ursprünglichen Plan, 191 Erzieherstellen in den Arbeiterbezirken zu sperren, nur unbedeutende „Verbesserungen" vorgenommen wurden:

- Statt den geplanten 0,87 Erziehern pro Hortgruppe soll es einen ganzen Erzieher geben, allerdings für 11 1/2 Stunden am Tag!
- Wenn in einer Kita mehr als 30 % oder in einer Gruppe mehr als 60 % Ausländerkinder sind, soll es einen „Sozialzuschlag" (ein Erzieher zusätzlich) geben.

Ansonsten sind sämtliche Stellensperrungen verabschiedet!

Schon vorher hatte sich der Senat bemüht, Informationen über die geplanten Sparmaßnahmen zu verhindern. So wurden z.B. in Spandau Kolleginnen Disziplinarmaßnahmen angedroht, weil sie ein ÖTV-Transparent aus dem Kita-Fenster hängten. In anderen Bezirken bekamen Kolleginnen von ihren Leiterinnen die Anweisung, nicht mit den Eltern über die Einsparungen zu reden. Eine Kollegin aus Reinickendorf wurde vorläufig vom Dienst enthoben, weil sie die Eltern in einer öffentlichen Erklärung informiert hatte.

ÖTV-Bezirksvorstand – Interessenzertretung?

Auch die ÖTV-Führung tat ihr Möglichstes, um die Protestbewegung unter Erziehern und Eltern zu bremsen.

Nachdem in mehreren Bezirken die gewerkschaftliche Basis ein gemeinsames Vorgehen der ÖTV mit der GEW (die schon seit September auf Druck von fortschrittlichen Kollegen über die Sparmaßnahmen informierte) gefordert hatte und die Kollegen schon teilweise selbständig Flugblätter, Wandzeitungen u.ä. gemacht hatten, genehmigte der Bezirksvorstand ein nichtssagendes Flugblatt für die Eltern und für jede Kita 1 (!) Plakat. Außerdem wurden schon genehmigte Unterschriftensammlungen verschleppt, von den Kollegen geforderte Veranstaltungen in den Bezirken (z.B. Kreuzberg und Wedding) nicht genehmigt. In Reinickendorf schloß die Gewerkschaftsführung ein Stillhalteabkommen mit dem Bezirksamt ab, das Elternflugblatt der ÖTV erst dann zu verteilen, wenn der Senat auch eine Eltern"information" (die die Einsparungen als kolossale Verbesserung anpries) herausgegeben hatte!

Was die von Kollegen geforderte Demonstration betrifft, vertröstete der Bezirksvorstand auf den St. Nimmerleinstag: Da noch weit mehr Stellenstreichungen im gesamten öffentlichen Dienst geplant seien, wolle die ÖTV-Führung nicht in dieser einen Frage eine kleine Demonstration machen, sondern irgendwann (?) gegen die Sparmaßnahmen insgesamt demonstrieren.

Inzwischen sind auch diese Einsparungen im gesamten öffentlichen Dienst bekannt geworden – es dreht sich um 3.000 - 4.000 Stellen! – die einzige Reaktion der ÖTV-Führung war eine Presseerklärung und eine Plakataktion mit lächerlichen 2.000 Plakaten für ganz Westberlin, Überschrift: „**Sparen ja** – aber nicht auf unsere Kosten".

Demonstration – was nun?

Es ist erfreulich, daß trotz der Demobilisierung der ÖTV-Führer (der Abt.Vorstand Sozialarbeit beschloß noch ein paar Tage vor der Demonstration, nicht daran teilzunehmen) so viele ÖTV-Kollegen und sogar ganze Fachgruppen mitdemonstrierten. Es kommt jetzt darauf an, verstärkt Druck auf den Bezirksvorstand auszuüben, um zu erreichen, daß er eine weitere Mobilisierung der Kollegen unterstützt, daß auch verhindert wird, daß einzelne Kollegen diszipliniert werden.

Neben den Informationen über die Einsparungen im Kitabereich und im öffentlichen Dienst insgesamt, müssen weitergehende Maßnahmen unter Eltern und Kollegen diskutiert werden. So halten wir es für eine richtige Initiative, wenn von den Kita-Vertrauensleuten in Kreuzberg gefordert wurde, daß die ÖTV einen eintägigen Warnstreik vorbereitet. Allerdings kommt es darauf an, daß eine solche Forderung nicht nur von e i n e m Bezirk erhoben wird.

Für den 25.11. plant die GEW eine Großveranstaltung in der Hasenheide zu den Stellensperrungen. Die ÖTV-Führung wurde schon aufgefordert, diese Veranstaltung mitzutragen. Es ist allerdings zu erwarten, daß sie diese Einladung der GEW wieder einmal gar nicht erst zur Kenntnis nimmt. Es liegt jetzt vor allem an den ÖTV-Kollegen, in jedem gewerkschaftlichen Gremium den ÖTV-Bezirksvorstand aufzufordern, die Veranstaltung mitzutragen und breit unter Eltern und Erziehern dafür zu mobilisieren.

Erzieher/Lehrer-Zelle
KB/Westberlin

Vier Entlassungen wegen „Störung des Betriebsfriedens"

Stadtkrankenhaus Wolfsburg:
Fristlose Kündigungen gab es kürzlich für vier Pflegehelfer im Stadtkrankenhaus in Wolfsburg. Begründung der Stadtverwaltung (die hier Arbeitgeber ist): „Störung des Betriebsfriedens" und „Bruch der abgegebenen Treuepflicht". Was war geschehen?

In einem Leserbrief an die Lokalpresse hatten 77 Kollegen aus dem Stadtkrankenhaus gegen die Streichung von Planstellen und die Einführung einer neuen Dienstzeitregelung protestiert: *„34 Planstellen sind gestrichen worden. Die Pflegedienstleitung plant darüber hinaus die Einführung einer 5 1/2-Tage-Woche für das gesamte Pflegepersonal, ein freier Tag soll uns gestrichen werden, ein Tag, an dem wir uns bisher unseren Familien widmen konnten. Der Fortschritt, den die Einführung der 5-Tage-Woche darstellt, soll wieder rückgängig gemacht werden"* (zit. nach „Wolfsburger Nachrichten", WN).

Direkt nach der teilweisen Veröffentlichung dieses Briefes in den „WN" bestellte Oberstadtdirektor Hasselbring eine Reihe der Kollegen, die den Brief unterzeichnet hatten, einzeln zu „Gesprächen" und versuchte die Kollegen dazu zu bringen zu erklären, sie hätten gar nicht gewußt, was sie da unterschrieben hätten.

Damit hatte er allerdings wenig Erfolg. Daraufhin kündigte er vier Kollegen. Nach Meinung der Stadtverwaltung haben sie *„maßgeblich am Zustandekommen der Unterschriftenaktion mitgewirkt"*, und da die Verhandlungen über den neuen Dienstzeitplan noch nicht abgeschlossen seien, dürfe *„keine der Parteien durch ein Publizieren in der Öffentlichkeit unter Druck gesetzt"* werden („WN", 6.11.).

Kommt die Stadtverwaltung damit durch, ist das eine eklatante Einschränkung der Informations- und Meinungsfreiheit! Die vier Kollegen wollen jetzt einen Arbeitsgerichtsprozeß anstrengen.

Genossen aus Wolfsburg

Arzt schrieb „zuviel" krank

Auf gemeinsames Betreiben der Kassenärztlichen Vereinigung, der Krankenkassen und eines Elektrounternehmens hin, wurde einem Arzt in Westberlin jetzt verboten, Patienten, die Mitglieder der Orts-, Betriebs- oder Innungskassen sind, weiterhin zu behandeln. Ihm wird vorgeworfen, seine Patienten, vorwiegend ausländische Kollegen, doppelt so häufig wie andere Kassenärzte und angeblich „ohne wesentliche Indikation" krankgeschrieben zu haben. Darüber hatte sich das Elektrounternehmen, bei dem diese Kollegen arbeiteteten, beschwert. Die Kassenärztliche Vereinigung entzog ihm kurzerhand die Lizenz!

Diese Maßnahme dient offensichtlich der Einschüchterung derjenigen Ärzte, die bisher noch Verständnis für die Kollegen, insbesondere ausländische Kollegen, angesichts der mörderischen Arbeitshetze, aufgebracht haben. Denn *„ein Arzt, der zu viele Patienten krankschreibt und offenkundig Gefälligkeitsatteste ausstellt, muß mit dem Entzug der Kassenzulassung rechnen."*

Nach vielen Versuchen der Kapitalisten, kranke Kollegen mit Drohbriefen einzuschüchtern, soll hier das Recht „krank zu sein" weiter abgebaut werden. Denn wer bestimmt in Zukunft, was eine „wesentliche" und was eine „unwesentliche" Indikation ist. Etwa die Kassenärztliche Vereinigung? – die hat sich hier mal wieder eindeutig als Wachhund und Kontrollorgan der Kapitalisten ausgewiesen (Zitate nach „HAZ", 3.11.76).

KB/Gruppe Hannover

Österreich / Schweiz

Sparschweine am Werk

Österreich. Anfang Oktober rückte der Tiroler Landeshauptmann-Vize Herbert Salcher (SPÖ) mit einem Vorschlag zur Sanierung des defizitären Krankenhausbereichs heraus: 40 Schilling pro Monat soll nach seinen Vorstellungen jeder Versicherte berappen. Dieser Vorschlag stieß in der Öffentlichkeit auf unterschiedliche Reaktionen: die ÖVP lehnte eine solche Sondersteuer ab und forderte stattdessen ein umfangreiches Sparbudget mit umfassenden Sparvorschlägen! Unterstützung fand Salcher bei seinem Parteifreund Hans Mayr, Finanzstadtrat von Wien, der seinerseits die Einführung einer Spitalsteuer von 1/2 Prozent des Einkommens vorschlug. Bei einem monatlichen Durchschnittseinkommen von 10.000 Schilling würde dies eine zusätzliche Belastung von 50 Schilling bedeuten, heute beträgt der Maximalsatz zur Krankenversicherung 420 Schilling bei Angestellten und 630 Schilling bei Arbeitern!

Österreichs Sozial- und Gesundheitswesen: Ein lebender Leichnam!

Die Misere im österreichischen Gesundheitswesen ist unübersehbar: Der Betriebsaufwand der 327 Krankenhäuser hat sich von 2,5 Milliarden S. im Jahre 1960 auf ca. 15 Milliarden S. im letzten Rechnungsjahr erhöht. Das Defizit der Krankenkassen betrug 1975 runde 500 Mio. S., dieses Jahr rechnet man mit 1,5 Milliarden Schilling. Obwohl diese Finanzmisere der Spitäler bereits Ende letzten Jahres deutlich geworden ist, war der Haushalt des Gesundheitsministeriums um 9,5 % gekürzt worden u n d die Bundeszuschüsse zu den „kranken Häusern" (so die „Wochenpresse" vom 13.10.) waren von bisher 742 Mio. S. um weitere 200 Mio. S. gekürzt worden. Dies trotz zweimaliger Erhöhung der Zigarettenpreise, die, so wurde behauptet, zur Auffettung der Spitalsfinanzen herangezogen werden sollten. Der verteuerte blaue Dunst brachte zwar 550 Mio. S. ein, mit dem Geld wurden dann allerdings alle möglichen anderen Budgetlücken gestopft! Die ersten Folgen dieser Ausplünderungspolitik sollen jetzt durch das Konzept der Spitalsteuer, auch Kopfgeld genannt, wiederum auf den Rücken der österreichischen Werktätigen abgewälzt werden!

Von Schmidt gelernt

Die Misere im österreichischen Gesundheitswesen, ausgelöst durch die

dings alle möglichen anderen Budgetlücken gestopft! Die ersten Folgen dieser Ausplünderungspolitik sollen jetzt durch das Konzept der Spitalsteuer, auch Kopfgeld genannt, wiederum auf den Rücken der österreichischen Werktätigen abgewälzt werden!

Von Schmidt gelernt

Die Misere im österreichischen Gesundheitswesen, ausgelöst durch die



Der „Macher" Androsch und sein Parteifreund Kreisky bei den Budgetberatungen

staatliche Sparpolitik, ist nur die Spitze eines Eisberges. Weitere umfangreiche Spar- bzw. Ausplünderungsmaßnahmen sind bereits beschlossene Sache. Dabei haben die österreichischen SPÖ-Führer offensichtlich mit leichter Verspätung eine Menge von ihren hiesigen Partei„genossen" gelernt:

- die Telefongebühren werden um 20 Schilling ab 1977 angehoben. Die Tarife für Ortsgebühren verteuern sich um 25 Prozent;
- die Rundfunk- und Fernsehgebühren werden angehoben;
- die Personentarife bei der Österreichischen Bundesbahn werden stufenweise zum 1.4.77 um 25,2 %, zum 1.3.78 um 12,5 % und zum 1.2.79 um weitere 8,5 % steigen! Die Gütertarife werden zu jedem Stichtag um 15 % angehoben;
- im öffentlichen Dienst soll 1 % des Personals „eingespart" werden;

teuern sich um 25 Prozent;
- die Rundfunk- und Fernsehgebühren werden angehoben;
- die Personentarife bei der Österreichischen Bundesbahn werden stufenweise zum 1.4.77 um 25,2 %, zum 1.3.78 um 12,5 % und zum 1.2.79 um weitere 8,5 % steigen! Die Gütertarife werden zu jedem Stichtag um 15 % angehoben;
- im öffentlichen Dienst soll 1 % des Personals „eingespart" werden;

- Stempel- und sonstige Gebühren werden angehoben;
- der Etat des österreichischen Bundesjugendringes wird um 2 Mio. S. gekürzt;
- beim Milchwirtschaftsfonds sollen 458 Mio. S. eingespart werden.

Verantwortlich für diese Politik zeichnet insbesondere der österreichische Finanzminister und Vizekanzler Androsch, der österreichische „Macher". Auf wessen Kosten sein Budgetplan für 1977 geht, zeigt ein Blick in die Berechnungen der Einnahmenseite: Während sich die Einnahmen aus der Lohnsteuer der Arbeiter und Angestellten um fast 25 % erhöhen soll, werden sich die Einnahmen aus den Kapitalistensteuern (Einkommenssteuern und Körperschaftssteuern) um ca. 20 % vermindern!

Österreich-Kommission
KB/Gruppe Bremen

getplan für 1977 geht, zeigt ein Blick in die Berechnungen der Einnahmenseite: Während sich die Einnahmen aus der Lohnsteuer der Arbeiter und Angestellten um fast 25 % erhöhen soll, werden sich die Einnahmen aus den Kapitalistensteuern (Einkommenssteuern und Körperschaftssteuern) um ca. 20 % vermindern!

Österreich-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Auseinandersetzung um die 40-Stunden-Woche

Schweiz. Am 5. Dezember beginnt in der Schweiz die Volksabstimmung um die Einführung der 40-Stunden-Woche. Die Initiative hierzu haben die „Progressiven Organisationen der Schweiz" (POCH) unternommen. Unterstützt werden sie von verschiedenen linken Organisationen und Teilen der sozialdemokratischen SP (vergl. AK 92).

Die Auseinandersetzung um diese Initiative und die Frage, ob man sie unterstützen soll, laufen weiter. Einstimmig verabschiedeten 130 Delegierte des „Schweizerischen Typographenbundes" auf ihrer Versammlung Anfang November eine Resolution zur Unterstützung der POCH-Initiative, obwohl auf der zentralen Sitzung des „Schweizerischen Gewerkschaftsbundes" (SGB, dem die Typographen angehören) mehrheitlich beschlossen wurde, die POCH-Initiative nicht zu unterstützen.

Die SGB-Führer hatten vorher eine solche positive Entscheidung als „statutenwidrig" bezeichnet.

Eine erneute Niederlage mußten die sozialdemokratischen SGB-Führer auf dem Parteitag ihrer eigenen Partei hinnehmen. Mehrere Parteisektionen der SPD hatten den Antrag eingebracht, die Volksabstimmungsinitiative mit JA zu unterstützen. Bereits bei Eröffnung des Parteitags hatte SGB-Boß Ezio Canonica versucht, die Delegierten auf Ablehnung einzustimmen. In der Beratung des Antrags wurde er vom Parteivorstand unterstützt. SPS-Präsident Hubacher warnte davor, *„daß es unmöglich sei, innerhalb eines Jahres die 40-Stunden-Woche zu verkraften und den Lohnausgleich hereinzubringen"* („NZZ", 2.11.). Es half jedoch nicht; mit 404 zu 177 Stimmen beschlossen die Delegierten, die POCH-Initiative zu unterstützen.

Zwar zeugt dieser Beschluß nicht davon, daß nun die Mehrheit der Sozialdemokraten für die unmittelbare Einführung der 40-Stunden-Woche ist, denn viele hatten ihre Unterstützung damit erklärt, daß durch ein einigermaßen gutes Ergebnis in der Abstimmung (mit mehrheitlicher Annahme rechnet sowieso niemand) bessere Voraussetzungen für eine Volksabstimmungsinitiative des SGB Ende dieses Jahres bestehen würden (die SGB will damit stufenweise in vier Jahren die 40-Stunden-Woche einführen; vgl. AK 92). Dennoch läßt sich dieser SPS-Beschluß gut verwenden, die Herren Sozialdemokraten beim Wort zu nehmen, wie ernst sie es mit ihren Beschlüssen meinen.

SGB-Führer: „Rücksichtslosigkeit"

Bös empört waren die SGB-Führer. Dieser Beschluß sei eine *„Rücksichtslosigkeit und Unverständnis gegenüber traditionell Verbündeten"* („NZZ", 6.11.). Canonica sah sich trotz allem genötigt, seine eigenen Parteifreunde in Schutz zu nehmen, sie seien halt etwas dümmlich: *„Es sei ein emotionaler Entscheid gewesen, man habe die Initiative gar nicht näher untersucht. Die Partei sehe viel eher den rein politischen Standpunkt, während die Gewerkschaften – aus naheliegenden Gründen – pragmatischer vorgehen müßten. Vom Standpunkt der Arbeiter aus sei ihr* (der Gewerkschaftsführer, Red.) *Entscheid repräsentativer"* („Tages-Anzeiger", 2.11).

Festzuhalten bleibt noch, daß sich die SGB-Führer in der Ablehnung der POCH-Initiative in guter Gesellschaft befinden. Am letzten Wochenende lehnten die Parteitage der drei im Bundesrat vertretenen bürgerlichen Parteien „Schweizerische Volkspartei", „Christliche Volkspartei" und der „Freisinnig demokratischen Partei" die Einführung der 40-Stunden-Woche in einem Jahr ebenfalls ab; durchweg einstimmig. Die Belastung für die Wirtschaft sei zu groß.

Schweiz-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Hungerstreik gegen Isolationshaft

Bern. Ende September traten vier Untersuchungsgefangene im Berner Amtshaus in den Hungerstreik. Sie protestierten damit gegen die auch in schweizerischen Gefängnissen praktizierte Isolationshaft. In zehn Punkten stellten sie unter anderem die Forderungen auf:
– das Recht auf Benutzung der

über ihre berechtigten Forderungen hinwegzutäuschen. Am 16. Oktober demonstrierten 150 Menschen ihre Solidarität mit den Gefangenen.

Bereits vorher hat es eine breitere Bewegung in Zürich gegen die Isolationshaft gegeben. Als einen Erfolg ihres Kampfes kann die Bewegung verbuchen, daß es ihr ge-

Hungerstreik gegen Isolationshaft

Bern. Ende September traten vier Untersuchungsgefangene im Berner Amtshaus in den Hungerstreik. Sie protestierten damit gegen die auch in schweizerischen Gefängnissen praktizierte Isolationshaft. In zehn Punkten stellten sie unter anderem die Forderungen auf:
– das Recht auf Benutzung der

Gemeinschaftsräume mindestens drei Stunden am Tag
- eine Stunde Spazieren am Tag
- Informationsfreiheit – keine Zensur
- keine Besuchseinschränkungen
- Möglichkeit der Wahl eines Vertrauensarztes.

Die Berner „Aktion Strafvollzug" (ASTRA) rief daraufhin Anfang Oktober öffentlich zu einer Protestaktion auf, an der sich 50 Personen beteiligten. Diese kleine Aktion reichte immerhin aus, viel Staub aufzuwirbeln. Zwei der Streikenden wurden in andere Strafanstalten versetzt, die beiden anderen wurden öffentlich als „labile Handlanger von Extremisten" diffamiert, um

über ihre berechtigten Forderungen hinwegzutäuschen. Am 16. Oktober demonstrierten 150 Menschen ihre Solidarität mit den Gefangenen.

Bereits vorher hat es eine breitere Bewegung in Zürich gegen die Isolationshaft gegeben. Als einen Erfolg ihres Kampfes kann die Bewegung verbuchen, daß es ihr ge-

lungen ist, auch auf juristischem Wege die Schikanen im Knast zu bekämpfen. Sechs Verordnungen in Polizeigefängnissen müssen jetzt zurückgezogen werden (z.B. das Verbot, Bücher anzuschaffen, Verweigerung von eigenem Schreibzeug, begrenzte Lebensmittelabgaben).

Der „REBELL", Zeitung der „Organisation der revolutionären Linken" schreibt zu den Berner Aktionen: *„Der Kampf gegen die zunehmende Faschisierung des bürgerlichen Justiz- und Polizeiapparats geht weiter"* (Informationen: „REBELL" 14/76).

Schweiz-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Bombenanschlag gegen slowenische Minderheit

Kärnten. „Unbekannte Täter" haben am 31.10. ein Denkmal zu Ehren der im antifaschistischen Kampf gefallenen slowenischen Partisanen in die Luft gesprengt.

Dieser Anschlag steht in einem direkten Zusammenhang mit der Minderheitenzählung am 14. November: Von ihrem Ergebnis soll abhängig gemacht werden, welche Rechte der slowenischen Minderheit in Kärnten vom Staat zugestanden werden. Seit Jahrzehnten betreiben die Reaktionäre aller Schattierungen gegen die Slowenen eine intensive rassistische Hetze. Sie wollen verhindern, daß sich die Slowenen zu ihrer Volksgruppe bekennen. Ihre besondere Wut richtet sich gegen die antifaschistischen Kämpfer unter den Slowenen, denn auch heute träumen sehr viele von ihnen von einem neuen „großdeutschen Reich" und „Bollwerk gegen den Kommunismus" (siehe AK 92).



Plakataktion in Wien gegen den reaktionären Versuch, über eine angeblich „demokratische" Volksabstimmung die Rechte der slowenischen Minderheit einzuschränken. In der österreichischen Bundeshauptstadt werden die Wiener Demokraten aufgefordert, massenhaft slowenisch als Muttersprache anzugeben, um so das Volkszählungsgesetz zu unterlaufen. Daß die österreichische sozialdemokratische Regierung diese Abstimmung nur als demokratische Tarnung benutzt und den Abbau der Minderheitenrechte auf jeden Fall betreiben will, macht die Äußerung von Außenminister Pahr deutlich: „Falls ein Boykott die Ergebnisse unbrauchbar machen wird, blieben andere statistische Unterlagen als Orientierungshilfe" („FAZ", 12.11.). Für die Slowenen und alle österreichischen Demokraten kann das nur eine Bestärkung in ihrem Kampf sein: Keine reguläre Abstimmung kann die Minderheitenrechte nicht garantieren, sondern nur der konsequente Kampf für die Beibehaltung und Erweiterung dieser Rechte.

Obwohl reaktionäre Umtriebe in Kärnten zur Tagesordnung gehören, „tappen die Sicherheitsbehörden" bei der Aufklärung des Sprengstoffanschlages „noch immer im Dunkeln" („Arbeiterzeitung" – „AZ", 3.11.). Die Täter werden vermutlich nicht gefunden werden, denn die Regierung und sämtliche bürgerliche Parteien sind aktive Mitbetreiber der antislowenischen Hetze. Gegenüber der Feststellung des „Bundes Kärntner Slowenen": Der Anschlag sei ein *„reiner Terrorakt ... neonazistischer Kräfte"* ereiferte sich SPÖ-Regierungschef Wagner: *„Solange man über die Täter noch nichts Genaues weiß, ist eine derartige Behauptung unverantwortlich"* („Presse", 2.11.). Gleichzeitig versuchte er aber, den Slowenen selber das Denkmalsattentat in die Schuhe zu schieben! Er erklärte, *„es sei wohl das beste, auf die Errichtung weiterer Denkmäler überhaupt zu verzichten"* („AZ", 2.11. 1976). Noch unverschämter ging die großbürgerliche „Presse" zu Werke: Sie behauptete in dick aufgemachten Artikeln, die Attentäter seien aus Jugoslawien gekommen und *„der eine oder andere Spitzenfunktionär der (slowenischen) Minderheit (sei) über die Aktion unterrichtet gewesen"* („Presse", 4.11.).

Gegen solche unverhüllten Lügenmärchen hat der „Bund Kärntner Slowenen" unmißverständlich erklärt, daß die *„Verantwortung für die Verschärfung des Klimas in Kärnten auf keinen Fall bei der slowenischen Minderheit"* liege, *„sondern bei denen, die diese Entwicklung zulassen"* – bei den Reaktionären und der Regierung.

Österreich-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Protest gegen US-Botschafter in der Schweiz

Zürich. Verschiedene linke Organisationen hatten Ende Oktober in Zürich zu Protestaktionen gegen den US-Botschafter in der Schweiz aufgerufen. An diesen Protesten beteiligten sich auch die Sozialdemokraten der SP/Kanton Zürich.

Anlaß war die Einladung von Botschafter Nathaniel Davis zum Presseball des Vereins Schweizer Presse. Zu Protesten gegen Davis war es schon bei seiner Ernennung Anfang des Jahres gekommen. Davis ist führender Vertreter der US-Außenpolitik:

- 1966 wurde er Mitglied des nationalen Sicherheitsrats der USA, neben dem CIA das wichtigste Organ der US-Außenpolitik.
- 1968 meldete Davis sich freiwillig als US-Botschafter nach Guatemala, wo er zusammen mit CIA-Agenten und Ex-Vietnam-Soldaten für „Ruhe und Ordnung" im Interesse des US-Imperialismus sorgte. Ihre Unterstützung für rechtsextreme Terrorbanden half mit, mehrere tausend aufständische Bauern zu ermorden.
- 1971 - 1973 war Davis US-Botschafter in Chile (im Jahr 1973 wurde die Regierung Allende durch einen faschistischen Militärputsch gestürzt!).

Davis wird von der Schweizer Linken angegriffen, da er jetzt in der „neutralen" Schweiz offensichtlich an zentraler Stelle in Europa die aggressive US-Außenpolitik vor allem den südeuropäischen Ländern gegenüber vertreten soll. Der Protest Ende Oktober richtete sich auch gegen den Versuch der Schweizer Presse, diesen Mann als Ehrengast „hoffähig" zu machen.

Schweiz-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Türkei

Streik bei „Ascar Film"

Seit dem 20. Februar 1976, also seit neun Monaten, wird nun schon bei „Acar Film" in Mecidiyeköy/Istanbul gestreikt. „Acar Film" ist eine der bekanntesten Filmgesellschaften in der Türkei, deren Filme auch außerhalb der Türkei gezeigt werden.

Es ist zudem der zweite Streik in dieser Branche und einer der langwierigsten in der Arbeiterbewegung der Türkei.

Der Anlaß für den Streik war die nicht mehr zu ertragende Ausbeutung.

Die Arbeitsbedingungen der Cutter, Laborarbeiter, Monteure usw. waren besonders miserabel. Dazu kam eine Entlohnung, die weit unter dem Niveau lag, aber für „Acar" Spitzenlohn war. So lag der Lohn für Kollegen, die teilweise schon über 22 Jahre in der Filmbranche arbeiten bei 1400 bis 1800 Lira, was umgerechnet 200 bis 240 Mark im Monat sind.

Zum Vergleich: für eine Barackenwohnung muß ein Arbeiter in der Türkei mindestens 700 Lira (ca. 100 Mark) und für eine „etwas bessere"Altbauwohnung mindestens 1000 Lira bezahlen.



Dieses Plakat haben die Kollegen von Acar Film selbst entworfen und realisiert. Der Text im oberen Teil lautet etwa: Im Acar Filmstudio wird gestreikt. Der Text des Spruchbandes: „Der höchste Wert ist die Arbeit" und unten: „Recht bekommt man nur durch revolutionären Zusammenschluß".



Block der türkischen Filmarbeiter auf der 1. Mai-Demonstration 1976 in Istanbul. Über den Kollegen mit den Streikwesten kann man das Transparent lesen: „72 Tage Streik". So lange dauerte der Streik der Acar Kollegen bereits am 1. Mai dieses Jahres.

„Wir sind keine Künstler, sondern Hungerkünstler"

Trotz dieser mageren Löhne mußten die meisten noch regelmäßige Überstunden und Sonntagsarbeit (z.B. als Filmvorführer im Kino) leisten.

Trotz dieser mageren Löhne mußten die meisten noch regelmäßige Überstunden und Sonntagsarbeit (z.B. als Filmvorführer im Kino) leisten.
Deshalb beschlossen die Kollegen der regionalen Gewerkschäft „Marmara Oleyis" beizutreten, einer Gewerkschaft der in Hotel-, Gaststätten und Unterhaltungsbetrieben Beschäftigten.

Eine besondere Gewerkschaft der Medienarbeiter gibt es nicht. Da der Filmkapitalist nicht bereit war, Verhandlungen über eine Lohnerhöhung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen zuzustimmen, sondern im Gegenteil durch Kündigungsandrohungen versuchte die Kollegen einzuschüchtern und sie zum Austritt aus der Gewerkschaft zu bewegen, antworteten die Kollegen mit Urabstimmung. Auch sein weiterer Versuch, durch Neueinstellung von zehn Leuten die Konkurrenz unter den Kollegen zu erhöhen, schlug fehl – am 16. Februar 1976 stimmten die Arbeiter mit großer Mehrheit für Streik!

Als Demonstration ihrer Entschlossenheit bauten sie sofort ein Streikzelt auf und verweigerten die Überstunden. Als nun trotz Auftragsrückgänge der Acar-Kapitalist glaubte, den Arbeitern Paroli bieten zu können, riefen die Kollegen in Absprache mit der Gewerkschaft am 20. Februar den Streik aus.

Dadurch wollten sie ihren Forderungen nach einer 30–35 prozentigen Lohnerhöhung mehr Nachdruck verleihen.

Die Kollegen forderten außerdem Kindergeld, Wegegeld, Zuschüsse zu den Heizungskosten und den Ausbildungskosten der Kinder, Heirats- und Essengeldzuschuß, Festegeld, Sterbegeld, Geburtsgeld und nicht zuletzt Kündigungsschutz (gesetzlichen Kündigungsschutz gibt es nicht, häufig wird er tarifvertraglich abgesichert). Um die Arbeiter in die Illegalität zu drängen, versuchte der Kapitalist nun die Rechtmäßigkeit der Mitgliedschaft in der Gewerkschaft per Gericht aberkennen zu lassen.

Er behauptete demagogisch, bei seinen „Mitarbeitern" handle es sich nicht um Arbeiter, sondern um Künstler, da es eine freie, unabhängige und schöpferische Tätigkeit sei.

Dazu ein Kollege:

„Wenn wir z.B. montieren oder schneiden, dann kommt dauernd der Regisseur und gibt Anweisungen, da ist nichts ‚schöpferisch'. Und bei dem Lohn kann man höchstens Hungerkünstler werden".

schneiden, dann kommt dauernd der Regisseur und gibt Anweisungen, da ist nichts ‚schöpferisch'. Und bei dem Lohn kann man höchstens Hungerkünstler werden".

Der Streik spitzt sich zu

Nach der Klageabweisung in der 1. Instanz wurde das Urteil von der 2. Instanz aufgehoben und soll Ende des Monats nochmal entschieden werden.

Sollte der Acar-Boss sich mit seiner provokanten „Künstlertheorie" durchsetzen, bedeutet das für die Kollegen eine Zuspitzung ihrer Streiksituation: Der Streik ist dann illegal und die ersten Polizei- und sonstigen Kommandos dürften nicht sehr lange auf sich warten lassen.

Die Streikenden sind auf breite Solidarität angewiesen

Trotz der enorm schweren Bedingungen ist bis heute kein Bruch der Streikfront festzustellen. Die Gewerkschaft bezahlte nur in den beiden ersten Monaten Streikgeld von monatlich 30 Mark pro Arbeiter.

Seitdem fehlt diese Unterstützung seit nunmehr sieben Monaten! Die Durchführung des Streiks hängt deswegen weitgehend von der Hilfe der Angehörigen und Freunde ab. Angesichts dieser Situation ist die Haltung der Frauen sehr entscheidend und bewundernswert!

Sind einzelne Äußerungen wie „Du machst die Sache schon" noch aus der besonders in der Türkei anerzogenen untertänigen Achtung der Frauen vor den Männern zu verstehen, so zeigen andere Äußerungen wie, „wenn wir vor Hunger sterben, dann sterben wir zusammen", doch die Einbeziehung der Frauen in den Streik.

Daß dieser Streik nicht nur ein großes Klassenbewußtsein ausdrückt, sondern auch immer politischer in seiner Erkenntnis wird, zeigen die Parolen am 1. Mai *„Es lebe das Kino, das im Klassenkampf auf Seiten der Arbeiterklasse steht"* sowie das von den Kollegen entworfene Plakat (s. Bild). Ein Arbeiter machte noch einmal deutlich, daß dieser Streik auch bei negativem Ende ein wichtiger und richtiger Prozeß in ihrem Leben ist:

„In dieser Branche ist es der zweite Streik. Viele Kollegen sind zum erstenmal in einer solchen Situation. Wir haben viel erlebt in diesen Monaten, besonders was die Bourgeoisie mit uns angestellt hat. Wir haben auch festgestellt, daß der Staat sich auf die Seite der Bourgeoisie gestellt hat. Wir mußten uns gegenseitig unterstützen, damit wir den Streik überhaupt durchstehen konnten. Es gibt z.B. in der Türkei viele Gruppen, die sich revolutionär geben, uns aber letzt-

hat. Wir mußten uns gegenseitig unterstützen, damit wir den Streik überhaupt durchstehen konnten. Es gibt z.B. in der Türkei viele Gruppen, die sich revolutionär geben, uns aber letzt-
lich allein gelassen haben. Es gibt aber auch Gruppen, die uns geholfen haben; eine davon möchte ich ganz besonders herausstellen, die heißt „Yapisen", (Bau und Kreditbank-Gewerkschaft). Sie ist von den Arbeitern dieser Bank gegründet worden. Sie helfen uns immer noch. Durch diesen Streik haben wir viel gelernt. Wenigstens wissen wir jetzt, wo wir stehen. Das ist unsere Erfahrung. Wir werden soweit gehen, wie wir können, auch wenn wir drauf gehen. Ich möchte die Arbeiterklasse aufrufen und ich begrüße jede Solidarität!"

Konto-Nr. der Streikkasse:
Türkiye Is Bank, N o 8464 – F
Mecidiyeköv-Istanbul

Nach einem Bericht eines westdeutschen und türkischen Kollegen, die die Streikenden besuchten.

Griechenland/Türkei-Kommission

Die Begeisterung der Kollegen am Tag des Streikaufrufs ist in 9 Monaten Streik ohne feste finanzielle Unterstützung ein wenig gewichen - nicht jedoch ihre Zuversicht, daß ihr Streik durch ihre Ausdauer erfolgreich sein wird.



Der Text des Transparents auf dem unteren Foto: „Es lebe das Kino, das im Klassenkampf auf Seiten der Arbeiterklasse steht".

Halsabschneider Demirel als Parteivorsitzender wiedergewählt

Der Vertreter des türkischen reaktionären Flügels und derzeitige Ministerpräsident, Demirel, wurde zum siebten Mal als Vorsitzender der „Gerechtigkeitspartei" wiedergewählt. Er führt seit 1964 ununterbrochen dieses Amt. Die Gerechtigkeitspartei ist die größte von vier Parteien der z.Zt. die Regierung beherrschenden „Nationalistischen Front". Die auf dem Parteitag verabschiedete Erklärung richtet sich zynischerweise „gegen Kommunismus und Faschismus" (!). Außerdem wurden „Unterdrückung und Terror" abgelehnt („FAZ" v.25.10.76).

Wenn man sich die bisherige Politik Demirels vor Augen führt, ist diese Demagogie wohl kaum zu überbieten: Er deckt nicht nur die von seinem Vize-Premier Türkesch angeführte MHP (Nationalistische Bewegungspartei) und deren faschistische „Kommandos", die sogenannten „Grauen Wölfe", die auch in der BRD ihren Terror gegen fortschrittliche türkische Kollegen ausüben, sondern er war auch großer Verfechter der bis vor kurzem bestehenden Staatssicherheitsgerichte (s. AK 92).

Demirel ist ein Vertreter der Anlehnungspolitik an den US-Imperialismus und an die EG (hauptsächlich an die BRD) und versucht diesen Kurs bei der nationalen Bourgeoisie durchzusetzen.

Hierbei stößt er auf einen gewissen Widerstand. Gelingt es ihm nicht, die „Vorteile" einer Zusammenarbeit mit der EG der einheimischen Bourgeoisie „schmackhaft" zu machen, wird er wohl über kurz oder lang von der politischen Bühne und in den Hintergrund treten müssen, wie schon 1971. Er war bereits vor 1971 schon einmal Ministerpräsident und scheiterte seinerzeit an der antiimperialistischen Bewegung, deren Widerstand er nicht brechen konnte. Er wurde durch einen Militärputsch abgelöst. Demirel wurde für eine bestimmte Zeit aus dem politischen Schaufenster genommen, spielte jedoch unter den Militärs eine entscheidende Rolle bei der Bildung diverser Marionettenregierungen und bei der Bestimmung der faschistischen Politik („tat", 22.10.76).

Bei der letzten Wahl 1973 konnte er zwar nicht die Mehrheit erlangen, es gelang ihm jedoch in der Folgezeit aufgrund der Regierungskrise von Ecevit (Republikanische Volkspartei), und durch die Verhinderung von Neuwahlen mit Hilfe von US-Außenminister Kissinger die vier reaktionären Parteien in der Türkei zu einer „Nationalistischen Front" zu vereinigen und später die Regierung zu stellen. Da die parlamentarische Mehrheit noch nicht ganz reichte, wurden zehn Abgeordnete der ebenfalls reaktionären Demokratischen Partei hinzugekauft, was allerdings nichts Neues war („tat", 22.10.76).

Als noch unter Ecevit ein Amnestiegesetz vom Parlament verabschiedet werden sollte, kaufte Demirel die 20 Abgeordneten der religiös-fanatischen Heilspartei MSP mit 40 Millionen Türkischer Lira (ca. 5,8 Mio DM) und verhinderte dadurch die Freilassung der Gefangenen („die Tat", 22. 10. 76).

Mit seiner Wirtschaftspolitik der Unterordnung unter den Imperialismus brachte Demirel das Land an den Rand des Ruins. Unter seiner Regierung ging der Export um 10 % zurück, dagegen stieg der Import um 34,6 %. Allein im April 1976 wurde das türkische Pfund innerhalb von 15 Tagen zweimal abgewertet. Die Auslandsschulden betragen heute 3 Milliarden US-Dollar („die Tat", 22. 10. 76).

Aber während das türkische Volk in größter Armut lebt, läßt Demirel und seine Kumpanen diese Entwicklung kalt: Sein „Einkommen" ist weiterhin durch Korruptionsgelder, hauptsächlich aus den USA, gesichert.

Erst kürzlich wurde aufgedeckt, daß ein Neffe Demirels ca. 4,1 Mio. türkische Pfund (rund 700.000,- DM) durch Ergaunern von Exportinvestitionsgeldern auf die Seite geschaff hat (s. AK Nr. 76).

Griechenland/Türkei-Kommission



Ein Opfer des Polizeiterrors von Demirels Schergen

Ein Opfer des Polizeiterrors von Demirels Schergen

Überfall auf das Büro der Revolutionären Jugend

Türkei. Zum wiederholten Male wurde das Büro der Revolutionären Jugend CRJ (Devrimci Genclik) in Ankara von der Polizei überfallen. Ziel dieser Aktion war, die Zeitung der RJ vor der Auslieferung noch zu beschlagnahmen, was jedoch nicht gelang. Außerdem hoffen die Bullen führende Genossen dort anzutreffen und zu verhaften. Jedoch hatten sie hier ebenfalls kein „Glück".

Von den bisher 12 erschienenen Ausgaben der Zeitung der „Revolutionären Jugend" „Devrimi Genclik" sind alle bis auf die dritte beschlagnahmt worden. Gegen den Chefredakteur Taner Akcam ist eine für jede Ausgabe getrennte, insgesamt 60 Seiten umfassende Anklageschrift aufgestellt worden. Die Summe der beantragten Strafen beträgt 670 Jahre!

Das Strafgesetzbuch, nach dem solche Urteile gefällt werden, ist direkt von Mussolinis faschistischen Gesetzen abgeschrieben (siehe Kasten).

Freiheit für Taner Akcam!
Kampf dem Faschismus!

Griechenland/Türkei-Kommission

Auszug aus dem faschistischen türkischen Strafgesetzbuch

Die Paragraphen 141 und 142 haben folgenden Wortlaut: „Diejenigen, die auf irgendeine Art und Weise oder unter irgendeinem Namen versuchen, Vereinigungen zu gründen oder tatsächlich gründen oder ihre Tätigkeit ordnen oder leiten oder beraten, um die Herrschaft einer sozialen Klasse zu begründen oder eine soziale Klasse zu beseitigen oder irgendwelche bestehenden sozialen oder wirtschaftlichen Grundordnungen im Lande zu stürzen, werden zu acht bis fünfzehn Jahren schwerer Gefängnisstrafe verurteilt.

Derjenige, der auf irgendeine Art und Weise Propaganda treibt, um die Herrschaft einer sozialen Klasse über eine andere soziale Klasse zu begründen oder eine soziale Klasse zu beseitigen oder irgendwelche bestehende soziale oder wirtschaftliche Grundordnung im Lande zu stürzen oder die politischen und rechtlichen Ordnungen total zu zerstören, wird zu fünf bis zehn Jahren schwerer Gefängnisstrafe verurteilt."

Erneute Terrorübergriffe der Faschisten

Die Überfälle faschistischer Kommandoeinheiten auf fortschrittliche und antiimperialistische Studenten hat wieder zugenommen.

Allein seit Anfang November sind in Istanbul drei Menschen getötet und 63 verletzt worden.

In Ankara sind am 8.11. 16 Studenten verletzt worden („Le Monde" 11.11.76). Das Ziel der faschistischen Überfälle der „Grauen Wölfe", deren Obergangster Vizepremier der Regierung Demirel ist, ist es, die antiimperialistische und antifaschistische Bewegung, die eine starke Basis unter den Studenten hat, einzuschüchtern und im Keim zu ersticken.

Griechenland/Türkei-Kommission

Griechenland

Der Niarchos-Skandal

Dieser Tage hat die Athener Tageszeitung „Eleftherotipia" mit der Veröffentlichung von Dokumenten zum Tode der Frau des Großreeders Niarchos für einen in seinen Auswirkungen noch kaum abzuschätzenden Skandal gesorgt.

Stavros Niarchos, engster Freund des Ex-Königs Konstantin und des Faschistenführers Papadopoulos, hat in der Karamanlis-Regierung erneut Freunde gefunden, die bereit sind, ihn in jeder Beziehung zu decken. Dies wiederum kann sich als gefährlicher Bumerang für die konservative Regierung erweisen. Das griechische Volk ist empört!

Worum geht es?

Niarchos hatte am 3. Mai 1970 seine Frau in seiner Luxusvilla brutal zu Tode geprügelt.

Gekaufte Gerichtsmediziner und Richter behaupteten die Todesursache sei eine Überdosis Schlaftabletten, also Selbstmord, gewesen. Tatsächlich ergaben die Recherchen des Staatsanwalts K. Fafoutis, daß das Opfer 14 Wunden am Körper aufwies, von denen zwei allein tödlich wären (u.a. Blutaustritt in einer Länge von 50cm!).

Der Staatsanwalt stellte daraufhin Anklage wegen Gattenmordes.

Am 17. Sept. 1970 verwarf das zuständige Richtergremium den Antrag. Bereits im Juli hatten die Richter auf Anweisung der Junta das vom Staatsanwalt erlassene Ausreiseverbot für Niarchos aufgehoben. Am 10. Sept., also sieben Tage vor der Verhandlung, unterschrieben die Juntagrößen mit Niarchos einen Investitionsvertrag über 190 Mill. US-Dollar.

Am 5. 3. 1971 verhaftete die berüchtigte Sicherheitspolizei im Akropolis-Express von Thessaloniki in Richtung Jugoslawien den Journalisten Kanistras und übergab ihn dem griechischen Geheimdienst KYP. Kanistras wollte an den „Stern" die Fotokopien des Niarchos-Prozesses schmuggeln.

In diesen Unterlagen wird eindeutig belegt, daß zwei der damaligen Gerichtsmediziner von Niarchos geschmiert waren. Der Journalist Kanistras wurde damals auf Befehl des KYP-Chefs Chadzipetros verurteilt.

Dieser Chadzipetros ist heute Sicherheitschef auf der Niarchos Werft in Skaramangas bei Athen mit Posten im Verwaltungsrat.

Nach dem Sturz der Junta wurde von mehreren Seiten ein Verfahren gegen Niarchos, die beteiligten Richter und die geschmierten Gerichtsmediziner angestrengt. Es wurde allerdings mit der Begründung angeblicher „Korrektheit" zu Juntazeiten abgelehnt. Dies sowohl von den Richtern als auch von der wahrlich „Neuen" Demokratie – wie Karamanlis demagogisch seine Partei nennt!

Der Stein kommt ins Rollen

Unmittelbar auf die Enthüllungen der „Eleftherotipia" reagierte Niarchos mit einer bezahlten Erklärung, die er auf mehreren Tageszeitungen auf der ersten Seite drucken ließ, in der er sich scharf gegen die *„Verleumdungsstrategie gegen ihn und die griechische Justiz wendet"*. Na, wen das überzeugen soll?

Inzwischen haben ebenfalls 12 Abgeordnete aller Fraktionen eine Wiederaufnahme des Prozesses gefordert. Skandalös antwortete Justizminister Stefanakjis auf parlamentarische Anfrage, *„durch das Urteil von 1970 ist unwiderrufbar entschieden worden, daß der Tod von Evjenia Niarchos nicht auf eine kriminelle Handlung zurückzuführen ist.*

Ich erachte es als meine Verpflichtung, hinzuzufügen, daß die Richter die den Beschluß (das Urteil von 1970, AK-Red.) *herausgegeben haben, sich durch Beherztheit, außerordentlichen Charakter und eine vollkommene juristische Bildung auszeichnen"*.

Durch solche Äußerungen wird die Karamanlis-Regierung zweifellos dafür sorgen, daß der Niarchos-Skandal zum Politikum wird.

Griechenland/Türkei-Kommission

Zypern

Faschistischer Terror auf Zypern

Immer stärker haben türkische wie griechische Zyprioten unter der Besiedlungspolitik der Türkei zu leiden. Vorzugsweise werden vor allem türkische Faschisten, darunter viele Mitglieder der „Grauen Wölfe" (MHP) in den türkisch besetzten Teil angesiedelt. Ihnen werden unter dem Schutz der türkischen Truppen die besten Ländereien und Besitzungen geflüchteter griechischer Zyprioten zugeteilt.

In der letzten Zeit ist es zu Abwehrmaßnahmen der türkischen Zyprioten gegen diese unerwünschten Neusiedler gekommen. Bei blutigen Zusammenstößen in den Provinzen Kyrenia und Nikosi gab es viele Tote und Verletzte („FAZ", 22.10.76). Diese Besiedlungspolitik hat zum Ziel, einen harten Bevölkerungskern zu schaffen, der die Teilung der Insel vorantreibt. Hierfür sind die türkischen Zyprioten kein Garant, da sich die Besetzung durch die türkischen Truppen sowie ihre teilweise Vertreibung aus dem griechischen Teil nur zum Nachteil ausgewirkt hat. Immer stärker treten daher auch Parolen auf, die den Kampf gegen den Faschismus propagieren. Somit sind die faschistischen Neusiedler zum einen als Wachhund für die türkischen Zyprioten und zum anderen zu Terrorangriffen gegen die griechischen Zyprer gedacht. So kommt es zu immer stärkeren Angriffen und Überfällen gegen die im türkischen Teil noch lebenden griechischen Zyprioten.

Nach einem Bericht Makarios, der die türkische Armee mit den hitlerschen Besatzungstruppen in Osteuropa verglich, seien etwa 4.000 Zyperngriechen vertrieben worden und die noch verbliebenen 4.200 seien täglich Einschüchterung, Vergewaltigung, willkürlicher Mißhandlung und Wegnahme von Eigentum ausgesetzt („FAZ", 22. 10.76).

Griechenland/Türkei-Kommission



Gefangene griechische Zyprioten, von denen viele noch heute vermißt sind.

Spanien

Generalstreik vom 12. November

Die „Comisiones Obreras" hatten im Namen der COS (Koordination gewerkschaftlicher Organisationen, in der auch die Splittergewerkschaften UGT und USO vertreten sind) am 12. November zum Generalstreik gegen das Sparprogramm der Regierung aufgerufen.

Der Streik richtete sich gegen die faktische Einfrierung der Löhne sowie gegen die Bestimmung, daß zukünftige „kollektive Tarifverträge" innerhalb von 10 Tagen abgeschlossen werden müssen, was einem generellen Streikverbot gleichkommt. Außerdem sollte gegen die neue Bestimmung der „freien Entlassung" von Arbeitern durch die Kapitalisten protestiert werden (unter dem Franco-Faschismus hatte es ein offizielles Entlassungsverbot seitens der Unternehmer gegeben – was die Zahl von 1 1/2 Mio. Arbeitslosen sowie unzählige politische Entlassungen nicht verhindert hat).

Der wochenlang angekündigte Streik scheint nicht ganz den erwarteten umfassenden Erfolg gehabt zu haben. In den großen Industriebetrieben, in der Automobil- und Werftindustrie sowie in den asturischen Bergwerken wurde der Aufruf jedoch fast vollständig befolgt – somit haben sich einige hunderttausend Arbeiter daran beteiligt. Die vom spanischen Innenministerium verkündete Streikbeteiligung von 200.000 Arbeitern kann getrost mit 2 multipliziert werden.

Die städtischen Verkehrsbetriebe beteiligten sich so gut wie gar nicht an der Aktion, die Madrider Busarbeiter haben gerade eine Streikniederlage einstecken müssen.

Die spanische Regierung hatte vorher scharfe Gegenmaßnahmen angekündigt, tatsächlich waren die Übergriffe der Guardia Civil auf jeden Demonstrationsversuch äußerst brutal. In allen größeren Städten und in den Arbeitersiedlungen hatten die Bullen Generalmobilmachung.

Noch in der Nacht auf den 12.11. waren zahlreiche Linke wegen Streikpropaganda verhaftet worden. Am Tage des Streiks selbst wurden 120 Menschen festgenommen, weil sie angeblich die Arbeiter zum Streik aufgefordert hatten.

Dem in Spanien akkreditierten Kamerateam des westdeutschen Fernsehens wurde vor den Chrysler-Werken in Madrid ein Film beschlagnahmt, den sie gerade über den Bullenaufmarsch vor dem Werk gemacht hatten. Sie bekamen ihn allerdings später zurück. („SZ", 13.11.76).

Das Vorgehen der spanischen Behörden gegen diese Streikaktion ist ein weiterer Beleg für die in den letzten Wochen wieder besonders „harte Linie" gegen jede Form der Opposition.

Verschiedene bekannte Oppositionelle wie Camacho, Tamames, u.a. wurden bis auf weiteres unter Polizeiaufsicht gestellt. Sie können sich nicht mehr ohne einen Bullen auf den Hacken bewegen.

Der Streiktag vom 12. November ist auf verschiedentliche Kritik gestoßen, weil er mehr der Profilierung der COS als den aktuellen Bedürfnissen der Arbeiter diente. Die führenden COS-Vertreter sollen gemerkt haben, daß der Streik *„bei vielen Arbeitern und Angestellten unpopulär war. Die Arbeiter der baskischen Provinz Guipúzcoa, die in den letzten Jahren die weitaus meisten politischen Streiks in Spanien durchgeführt hatten, nahmen diesmal von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, überhaupt nicht teil.*" („FAZ", 13.11.).

Der beschwichtigende Charakter dieses Generalstreiks war auch allzu offensichtlich. Im COS-Aufruf wurde ausdrücklich auf dem *„begrenzten und friedlichen"* Charakter dieser Aktion bestanden. Die reformistischen und revisionistischen Gewerkschaftsführer sind heute weniger denn je an wirksamen Massenaktionen interessiert, um ihr Konzept des „friedlichen Übergangs" zur bürgerlichen Demokratie gegenüber der Bourgeoisie glaubhaft zu vertreten. Offensichtlich haben sich die Revisionisten in letzter Zeit auch offen gegen verschiedene Streiks gewandt, bzw. diese nicht unterstützt.

Spanien-Kommission



12. November: Die Arbeiter von Chrysler, Madrid mit erhobenen Fäusten

Streik der städtischen Busarbeiter in Madrid

Am 5.11. endete der Streik der rund 7.000 städtischen Busfahrer von Madrid mit einer vorläufigen Niederlage. Seit 28.10. – also eine Woche lang – standen die Busfahrer im Streik für Lohnverbesserungen (von ca. 30%) und volle Lohnfortzahlung während des Urlaubs. Außerdem forderten sie die Wiedereinstellung von 33 aus politischen Gründen entlassenen Kollegen, von denen fünf bereits vor zehn Jahren entlassen worden waren! („Ya", 30.10.).

Die Schlüsselfrage des Streiks war jedoch eine politische Forderung: Die Streikenden forderten die Anerkennung einer Kommission ihrer gewählten Vertreter als Verhandlungspartner. Bereits im September hatten sie sich diese „Kommission der 32" gewählt, deren Vertreter aus den Reihen der Arbeiterkommissionen sowie aus der UGT und unabhängigen Gruppen kommen („SZ", 3.11.). Offensichtlich handelte es sich hier auch um eine Form der Basisgewerkschaft (s. Art. „Kampf um Comisiones Obreras"). Demgegenüber beharrte die Madrider Stadtverwaltung auf Verhandlungen mit den Vertretern der faschistischen Zwangsgewerkschaften und des „Jurado" (Schein-Betriebsrat).

Brutaler Bullenterror gegen Streikende und ihre Familien

Gleich am ersten Tag des Streiks, am 28.10., verhafteten die Bullen ca. 35 Busfahrer als „Rädelsführer". *„Sogar Jugendliche, Söhne von streikenden Arbeitern, die die Streikenden mit Nahrungsmitteln versorgten, wurden festgenommen."* („NZZ", 4.11.). 26 der Verhafteten wurden noch am selben Abend wieder freigelassen und von einer seit Stunden wartenden Menge beim zentralen Busdepot begeistert empfangen. Die Freigelassenen dankten für die breite Solidarität – besonders für die Unterstützung durch die Frauen der Streikenden – und forderten die sofortige Freilassung ihrer neun noch inhaftierten Kollegen.

In den nächsten Tagen fanden fast täglich große Streikversammlungen am zentralen Busdepot statt, die jedesmal gewaltsam von Bullen mit Schlagstöcken aufgelöst wurden, *„was fast zum Ritual in den letzten Tagen hier geworden ist"* („International Herald Tribune", 3.11).

Eine wahre Terrororgie feierten die Bullen mit einem Riesenaufgebot von 50 Jeeps sowie 10 Bussen bei einer Streikversammlung am 29. 10. Zuerst lösten sie die Versammlung von ca. 2.000 Arbeitern mit Rauchbomben, Gummigeschossen (von denen man gefährliche Verletzungen bekommen kann) und Wasserwerfern auf. Zuvor war es den Streikenden noch gelungen, einen Jeep samt dem darin sitzenden Streikbrecher umzustürzen – wobei dieser eine blutige Nase bekam; bei einem Militär-Bus voll Streikbrechern blieben die Umsturzversuche leider vergeblich. (Die Stadtverwaltung hatte 500 Armee- und Polizeifahrer zu Streikbrecherdiensten abkommandiert, außerdem noch 400 private Busse gemietet, der Verkehr wurde in den letzten Streiktagen von Soldaten notdürftig aufrechterhalten). Nach Auflösung der Versammlung verfolgten die Bullen die Demonstranten bis in ihre Wohnviertel. Ihr besonderer Haß galt dabei der Wohnsiedlung der Bus-Arbeiter San Cristobal. Als Frauen vom Fenster her die Bullen beschimpften, richteten diese Wasserschläuche auf sie und spritzten und schossen Rauchbomben direkt bis in die Wohnungen hinein. Die Siedlung wurde derartig mit Rauchbomben bombardiert, daß sie mehrere Stunden lang von einer dicken Giftgaswolke bedeckt war. Drei Kinder mußten mit akuten Erstickungsanfällen im Krankenhaus La Paz behandelt werden.

Sogar bis ins Innere dieses Krankenhauses verfolgten die Bullen die Streikenden. Mehrere Rauchbomben explodierten im Inneren des Krankenhauses; Direktion und Krankenhauspersonal protestierten scharf. (alle Angaben nach „Ya", 31.10.).

Am 2.11. bildeten Hunderte von streikenden Arbeitern gleich nach der Auflösung ihrer Streikversammlung einen Demonstrationszug zur Plaza de España, wo Bullen sie mit Schlagstöcken und Gasbomben angriffen („IHT", 3.11.).

Solidaritätsaktionen

Von seiten anderer Arbeiter gab es zahlreiche Solidaritätsaktionen: Die Arbeiter von Pegaso, Telefonica, der Metro und die Fahrer der S-Bahnen unterstützten die Forderungen ihrer Kollegen durch Solidaritätsversammlungen und Geldspenden. Besonders die S-Bahn-Fahrer sorgten verschiedentlich für „Verspätungen" des Verkehrs. Die Taxifahrer führten am 31.10. einen Auto-Corso zur Unterstützung durch und stellten in ihren Taxen Sammelbüchsen auf.

Die SEAT-Arbeiter führten einen kurzen Solidaritätsstreik durch, und in den Banken organisierte die UGT verschiedene Solidaritätsversammlungen.

Aus Frankreich kam ein Solidaritätstelegramm der CGT.

Der Internationale Bund Freier Gewerkschafter (IBFG) hat ein Protesttelegramm an die spanische Regierung gesandt und außerdem beim Internationalen Arbeitsgerichtshof in

Forts. S. 32

Fortsetzung von Seite 31

Genf Klage wegen Verstoßes gegen die gewerkschaftlichen Rechte in Spanien erhoben.

Plötzliches Ende und Niederlage

Am 5.11. kehrten die Busfahrer, die zu diesem Zeitpunkt immer noch nicht ihren Lohn für Oktober ausbezahlt bekommen hatten, jedoch mehrheitlich an ihre Arbeitsplätze zurück und zwar, ohne daß auch nur eine ihrer Forderungen erfüllt war. Verhandlungen wurden erst nach dem Wiederbeginn der Arbeit aufgenommen, die gewählte Kommission wurde nicht anerkannt. Sieben Streikführer bleiben weiterhin in Haft und werden wegen verschiedener *„Vergehen gegen die öffentliche Ordnung"* angeklagt, die 33 Entlassenen wurden nicht wieder eingestellt.

Die Kapitalisten machten sich so eilig an die brutale Zerschlagung des Streikes, weil sie eine Ausweitung der Streikbewegung unter allen Umständen verhindern wollten. Die Empörung über das arbeiterfeindliche Sparprogramm der Regierung: den faktischen Lohnstop, Einschränkungen des ohnehin kümmerlichen Tarifvertragsrechts, Erhöhung der Strompreise, u.a.m. ist groß. Die brutalen Angriffe der Kapitalisten, die absolute Weigerung, irgendeiner Forderung nachzugeben, deutet daraufhin, daß diese eine neue und schärfere Gangart gegenüber den Arbeiterkämpfen anschlagen will.

So konnten trotz großer Kampfentschlossenheit bei den Streiks in den letzten Wochen weder die Postarbeiter bei ihrem nationalen Streik (vgl. AK 90), noch die Bauarbeiter von León, noch die Metallarbeiter von Sabadell, die über mehrere Wochen lang entschlossen kämpften, ihre Streikforderungen durchsetzen. Die spanischen Kapitalisten stehen ökonomisch „an der Wand" – mehr noch als z.B. die italienische Bourgeoisie. Sie wollen die Arbeiterbewegung deshalb in die Resignation treiben. Dieser bleibt nur die Chance, vor allem auf politischer Ebene den Kampf gegen die spanische Oligarchie weiter zu radikalisieren.

„El Moudjahid" über ETA

„El Moudjahid", eine halboffizielle Tageszeitung Algeriens, hat am 8.11. einen langen Artikel über die baskische revolutionäre Organisation ETA veröffentlicht („Ständige Spannung

über ETA

„El Moudjahid", eine halboffizielle Tageszeitung Algeriens, hat am 8.11. einen langen Artikel über die baskische revolutionäre Organisation ETA veröffentlicht („Ständige Spannung

im Baskenland").

Dieser Artikel nimmt im Unterschied zu sämtlichen Gruppen der spanischen Opposition (s. ausführlichen Artikel in AK 92) positiv Stellung zur revolutionären Gewalt dieser Organisation und konkret zur Hinrichtung des führenden Faschisten Araluce vor etwa einem Monat.

In dem Artikel wird die nach dem Juan Carlos-Besuch in Frankreich verstärkte Zusammenarbeit beider Länder bei der Verfolgung von ETA-Militanten angegriffen, wobei Beweise für eine Zusammenarbeit zwischen dem französischen Geheimdienst (SDECE) und der faschistischen spanischen Terrorgruppe ATE (Anti-ETA-Terror) gebracht werden.

Im folgenden wird die historische Entwicklung des nationalen Widerstandes im Baskenland dargestellt und die Lösung der ETA von bürgerlich-nationalistischen Strömungen innerhalb desselben und ihre Umwandlung in eine revolutionäre marxistische Organisation. Am Schluß urteilt „El Moudjahid":

„So kann man sagen, daß die derzeitige Lage im Baskenland nichts anderes ist, als das Ergebnis einer wohldefinierten Strategie, die die Massen auf einen langdauernden Volkskrieg vorbereitet. Für Euskadi besteht die Wahl zwischen Revolution oder Tod. Es gibt keine andere Alternative. Wenn mit dem Tod von Franco auch eine der härtesten Etappen im Kampf des baskischen Volkes zu Ende gegangen ist, so hat jetzt eine andere ebenfalls harte und nicht minder entscheidende und wichtige Periode begonnen. Wie in den Zeiten des Franco-Regimes führt ETA den Kampf gegen die Machthaber, gegen jene, die Euskadi unterjochen wollen.

Das Beispiel des Attentats gegen den Königsberater (Araluce - Anm. AK) *hat die Entschlossenheit dieser Bewegung gezeigt, die Revolution fortzusetzen. Das ist eine ernste Warnung an die Regierung in Madrid, deren Halbheiten, deren Zögern weit entfernt sind, die Gemüter zu beruhigen, sondern sie im Gegenteil noch mehr erhitzen".*

Vielleicht eine kleine Anregung zum Nachdenken an diejenigen spanischen „revolutionären" Organisationen (ORT, PT, MC), die die Hinrichtung Araluces in hysterischen Tönen und rundheraus „verurteilt" haben?!

Skandinavien

Nein zum 6-Stundentag

Schweden. Auf einer nationalen Konferenz von „Gruppe 8" in Uppsala mit 200 Teilnehmerinnen wurde zu den Punkten

– Nein zum 6-Stundentag für Eltern mit kleinen Kindern
– Nein zum Pflegebeitrag

folgende Resolution verabschiedet:

„Jetzt haben wir eine bürgerliche Regierung erhalten, in der alle teilnehmenden Parteien in ihrem Programm den 6-Stundentag für Eltern mit kleinen Kindern und in irgendeiner Form einen Pflegebeitrag haben. Sie haben immer noch nicht beschlossen, wie die Vorschläge ausgeglichen werden sollen, aber daß der 6-Stundentag für Eltern mit kleinen Kindern drohend nahe ist, ist sicher.

Der 6-Stundentag, ausschließlich für Eltern mit kleinen Kindern, würde bedeuten, daß die Frauen auf dem Arbeitsmarkt noch mehr diskriminiert werden als früher. Die Frauen würden zu einer weniger attraktiven Arbeitskraft werden; ein SAF-Direktor sagte: ‚Spezielle Abteilungen für die 6-Stunden Arbeitenden würden an vielen Arbeitsplätzen gebraucht.'

Es werden die Frauen sein, die oftmals niedrigere Löhne haben als die Männer, die zu Hause bleiben, wenn ein Pflegebeitrag in Höhe von ca. 10.000 Kronen im Jahr an die Eltern gezahlt wird, die während der ersten drei Lebensjahre des Kindes zu Hause sind. Diese maskierte Form von ‚Hausfrauenlohn' wird in Wirklichkeit ein direkter Schlag gegen das Recht der Frau auf Arbeit sein.

– Die Frauen werden es schwerer haben, einen Job zu bekommen, wenn die Arbeitgeber wissen, daß sie vielleicht plötzlich für drei Jahre zu Hause bleiben.

– Bei Kündigungen werden die, die Kinder unter drei Jahren haben, einem starken Druck ausgesetzt sein, zur Hausarbeit zurückkehren, da sie dort auf jeden Fall einen gewissen ‚Lohn' erhalten. Die Rolle der Frau als Prellblock und Arbeitskraftreserve wird verstärkt.

– Der Ausbau von Tagesheimen wird eingeschränkt, wenn die Politiker darauf verweisen können, daß die Frauen einen verkürzten Arbeitstag haben und einen Beitrag erhalten, so daß sie zu Hause bei den Kindern bleiben können.

– 10.000 Kronen im Jahr geben keine ökonomische Unabhängigkeit und die Abhängigkeit der Frau von einem anderen Versorger wird verstärkt. Damit wird auch der Kampf der Frau für gleiche Rechte auf anderen Gebieten erschwert.

Heute haben die Frauen nicht das gleiche Recht auf Arbeit wie die Männer. Die Arbeitslosigkeit ist groß, die Kinderaufsicht schlecht geordnet und die Löhne liegen oft unter dem Existenzminimum. Der 6-Stundentag für Eltern mit kleinen Kindern und der Pflegebeitrag würden die Situation weiter verschlechtern und den Kampf der Frauen um Emanzipation erschweren. Darum sind wir gegen den Vorschlag der Regierungsparteien und fordern alle Frauen und Frauenorganisationen dazu auf, eine starke Opposition gegen den Vorschlag zu schaffen, so daß verhindert wird, daß die neue Regierung den 6-Stundentag für Eltern mit kleinen Kindern und den Pflegebeitrag durchführt.

Wir müssen für einen vollständigen Ausbau der Tagesheime kämpfen. Alle Kinder sollen das Recht auf einen Tagesheimplatz haben.

Wir fordern auch einen 6-Stundentag für alle, mit einem Lohn für acht Stunden. Das würde mehr Arbeitsplätze schaffen und dazu beitragen, daß die Frauen aus ihrer Unterlegenheit auf dem Arbeitsmarkt herauskommen." (Aus „Internationalen" Nr. 48/76).

Skandinavienkommission

Neuer Prozeß gegen „Folket i Bild"?

Schweden. Schon einmal 1973 wurden einige Journalisten der Zeitung „Folket i Bild" – wegen ihrer Enthüllungen über die schwedische Auslandsspionage – der Spionagetätigkeit angeklagt. Jetzt droht der Zeitung ein weiterer Prozeß.

Im Mai 1973 begann die Zeitung eine Artikelserie über das schwedische „Informationsbüro (IB)". In dieser Serie wurde enthüllt, *„daß IB-Agenten den Sicherheitscode der chinesischen und tschechoslowakischen Botschaft in Stockholm geknackt hatten, daß ein Stockholmer Wirtschaftsbüro Spionage in der Sowjetunion betrieb, daß man sich für das sowjetische Verkehrsnetz interessierte, daß IB-Leute eng mit dem westdeutschen Bundesnachrichtendienst, mit dem britischen und israelischen, dem französischen Geheimdienst und dem amerikanischen CIA zusammenarbeiteten"* („FR", 19.12.73).

Aufgrund eines schon früher vom schwedischen Reichstag verabschiedeten sogenannten Terroristengesetzes, in dem das Presserecht einen Zusatzparagraphen erhielt, der die Anklage wegen Spionage auch dann zuläßt, wenn jemand militärische Geheimnisse preisgibt, ohne die Absicht zu haben, diese fremden Mächten in die Hände zu spielen, wurde damals Anklage gegen die „Folket i Bild"-Journalisten erhoben.

Droht jetzt ähnliches?

Diesmal enthüllte „Folket i Bild" folgendes: *„Die schwedische Regierung hat während der Jahre 1970 – '73 zusammengenommen 2.185.000 skr. in aller Heimlichkeit an amerikanische Flugoffiziere ausgezahlt. 1.450.000 skr. wurden davon an den Generalmajor und Chef für den amerikanischen Luftwaffen-Nachrichtendienst Rockly Trianfafellu gezahlt"* („Arbetarkamp", 16/76).

Diese Geldtransaktionen liefen über Riksbanken und Enskilda Banken natürlich mit Wissen des damaligen Verteidigungsministers Sven Andersson. Nach einigen linken schwedischen Zeitungen wurden Gelder von 1968 bis zum heutigen Zeitpunkt an den amerikanischen Verteidigungsstab gezahlt.

Die schwedische Zeitung „Internationalen" schreibt in diesem Zusammenhang in ihrer Ausgabe 42/76: *„Abgesehen davon, ob die heimlichen Millionen heimlicher elektronischer Ausrüstung galten – wie der Oberbefehlshaber Stig Synnergren behauptet – oder heimlichen Satellitenbildern von Osteuropa –' wie „Aftonbladet" behauptet – so zeigt sich klar die Verknüpfung der schwedischen Klassenverteidigung mit den Nato-Mächten. In Washington sieht man, daß die geographische Lage Schwedens dieses Land zu einem perfekten Horchposten für die Überwachung z. B. des militärischen Radioverkehrs der westlichen Sowjetunion macht. Deshalb versieht man die schwedische Verteidigung mit elektronischer Ausrüstung."*

Die offenbare Zusammenarbeit von schwedischen und amerikanischen Militärs fand zur gleichen Zeit statt, als Olaf Palme 1968 mit dem nord-vietnamesischen Botschafter gegen den Krieg in Vietnam demonstrierte und die amerikanische Regierung ihren Botschafter aus Stockholm abberief. Die Freundschaft der Militärs blieb ungetrübt, um die Etikette zu wahren, mußte nur alles heimlicher geschehen.

„Folket i Bild" hat nun durch die Enthüllungen Licht ins Dunkel gebracht und sich dadurch natürlich den Haß der Geheimniskrämer zugezogen. Der Justizkanzler Ingvar Gullsnäs hat erklärt, daß die Zeitung „Folket i Bild" für die Enthüllungen angeklagt wird.

Sollte ein Prozeß stattfinden, kann sich „Folket i Bild" wie schon im Prozeß 1973 der Unterstützung aller fortschrittlichen Menschen in Schweden gewiß sein.

Skandinavienkommission

Sollte ein Prozeß stattfinden, kann sich „Folket i Bild" wie schon im Prozeß 1973 der Unterstützung aller fortschrittlichen Menschen in Schweden gewiß sein.

Skandinavienkommission

England

England

Sozialdemokraten bei Nachwahlen in den Keller

England. Am 4. November fanden in drei sozialdemokratischen Hochburgen Walsall North, Workington und Newcastle Central in England Nachwahlen für das Parlament statt. Das Ergebnis zeigt in erster Linie einen massiven Sturz für die sozialdemokratische „Labour Party" (LP), einen erheblichen Stimmenzuwachs für die konservativen Tories und den Anstieg des Einflusses der faschistischen National Front in Walsall North (s. nebenstehende Tabelle).

Damit besteht im englischen Parlament praktisch eine Pattsituation: Die Sozialdemokratische LP zusammen mit zwei Abgeordneten aus der inzwischen abgetrennten schottischen LP und zwei nordirischen Abgeordneten haben eine Stimme Vorsprung gegenüber dem Oppositionsblock aus Tories, Liberalen, Schottischen und Walisischen Nationalisten und den nordirischen Reaktionären (315 zu 314 Sitze). Schon frohlockt Toryführerin Thatcher: *„Es ist nur noch eine Frage der Zeit..."*

Gerade in den Arbeiterbezirken Newcastle Central und Walsall N., nördlich von Birmingham, fällt auf, daß die Verluste von Labour parallel zur Abnahme der Wahlbeteiligung verlaufen.

Im Februar 1974 hatte die Mobilisierung der Arbeiterklasse durch Bergarbeiterstreik und 3-Tage-Woche auch an der Wahlurne ihren Niederschlag gefunden. Jetzt sind die enttäuschten Labourwähler zu Hause geblieben, eine linke Alternative sehen sie noch nicht.

Die Reaktion der Labourführung auf diese Wahlniederlage wird ihren Abschwung beschleunigen:

Kein Wort der Selbstkritik!

Nicht die Tatsache, daß diese „Arbeiterregierung " mit Lohnraubabkommen und Sparpolitik die Senkung des Lebensstandards der Arbeiter vorantrieb, sei Schuld an diesem Wahlergebnis, sondern „natürlich" die Linken der Partei! Die Menschen wären zu solchem Wahlverhalten *„gezwungen, da die LP im Laufe der Zeit immer extremistischer und intoleranter scheinen"* würde, so Mr. Prentice (nach „Daily Telegraph" v. 6.11.76), ein besonders rechter Labourminister. Wenn er es auch anders gemeint hat, so stimmt diese „Analyse" bezüglich der Vokabel „immer intoleranter" gewiß. Jedenfalls hat Callaghan schon gleich nach der Wahl angekündigt, daß die Ursache des schlechten Wahlergebnisses, nämlich die Parteilinke (besonders die Tribune Gruppe) beseitigt werden müsse: Auflösung der Tribune Gruppe sei wünschenswert, wenn die LP die Tories stoppen will.

Solche Politik charakterisiert die englische Gruppe International Sozialists ganz richtig: *„Die LP pflastert den Weg für die Rückkehr der Tories und schafft die Bedingungen, in denen die Faschisten sich entwickeln können."* („Socialist Worker" vom 6.11.76).

Diese Organisation hat sich übrigens das erst Mal an Wahlen beteiligt, mit 1,5 bzw. 1,9 % recht erfolgreich, wie wir meinen.

England-Kommission

Nachwahlen in drei englischen Wahlkreisen am 4.11.1976
Zum Vergleich: Ergebnisse Oktober und Februar 1974

Partei	Walsall North Nov. 76	Walsall North Okt. 74 (v.H.)	Walsall North Feb. 74	Workington Nov. 76	Workington Okt. 74 (v.H.)	Workington Feb. 74	Newcastle Central Nov. 76	Newcastle Central Okt. 74 (v.H.)	Newcastle Central Feb. 74
Tories (Konservative)	43,3	26,1	34,8	48,2	32,3	40,3	19,7	16,5	25,5
Labour (Sozialdemokr.)	31,6	59,5	63,6	45,6	56,0	59,7	47,6	71,8	74,5
Parteiloser	11,7	–	–	–	–	–	–	–	–
Liberale	3,2	13,4	–	6,2	11,7	–	29,0	11,7	–
National Front (Faschisten)	7,3	–	–	–	–	–	1,8	–	–
Socialist Worker (Int. Socialists)	1,5 (= 574 Stimmen)			–	–	–	1,9 (= 184 Stimmen)		
National Party (Faschisten)	0,7	–	–	–	–	–	–	–	–
Communist Party (Revisionisten)	–	1,0 (465)	1,6 (819)	–	–	–	–	–	–
Übrige	0,6	–	–	–	–	–	–	–	–
Wahlbeteiligung	51,5	66,6	71,0	74,3	75,8	76,8	41,0	58,4	65,4

(Alle Zahlen aus „Daily Express", 2.3.1974 und 12.10.1974, „Daily Telegraph", 6.11.1976)

Soldatengewerkschaft in Umea gegründet

Schweden. Auf einem Treffen von 350 Wehrpflichtigen des Infanterieregimentes 20 in Umea wurde beschlossen, ein Gewerkschaftskomitee zu gründen. Als Repräsentanten wählt jeder Korridor in den Kasernen ein oder zwei Mann ins Komitee. Das Komitee hat die Aufgabe, die gewerkschaftliche Organisierung der Wehrpflichtigen zu planen und durchzuführen. Außerdem soll das Komitee einen Vorschlag für die Statuten und die Organisationsstruktur ausarbeiten. Dieser Vorschlag soll dann in den Kompanien breit diskutiert werden.

Das Komitee betrachtet sich als einziger Verhandlungspartner für die Regimentsführung und wird solange, bis die gewerkschaftliche Organisierung durchgeführt wurde, sich um folgende Fragen kümmern:

– Gewerkschaftliche und demokratische Rechte während der Wehrpflichtzeit
– 40-Stunden Arbeitswoche
– ein Lohn, von dem man leben kann
– Abschaffung des militärischen Strafsystems
– das Recht auf Treffen während der Dienstzeit.

Im übrigen soll das Komitee einen Bußgeldfond aufbauen, um die Wirkungen des Strafsystems zu lindern und es soll für das Erscheinen einer gewerkschaftlichen Regimentszeitung sorgen. Die Zeitung wird als wichtiges Instrument betrachtet. Durch sie soll die gewerkschaftliche Aktivität am Leben erhalten werden und über die Information aus den verschiedenen Kompanien sollen die Diskussionen unter den Soldaten angeleiert werden.

Die Militärführung hat schon zu erkennen gegeben, daß sie nicht bereit ist, das Verhandlungsorgan der Wehrpflichtigen anzuerkennen; es wird wohl, trotz der Kampfstärke der schwedischen Soldatenbewegung, eine Zeit dauern, bis die Militärs durch Aktionen der Soldaten dazu gezwungen werden, das Komitee als Verhandlungspartner anzuerkennen (nach „Internationalen" 48/76).

Skandinavienkommission



afrika aktuell

Angola: Ein Jahr Volksrepublik!

Am 11.11.75 fand die 500jährige portugiesische Kolonialherrschaft über Angola ihr Ende. Die MPLA rief in Luanda die Volksrepublik aus, während in den Vorstädten der Geschützdonner der vom Imperialismus geschickten Aggressoren zu hören war.

Heute finden die Feiern zum ersten Jahrestag in einer völlig anderen Situation statt: Die Aggressionstruppen sind bis auf einige wenige umherschweifende Banden vertrieben, in Angola wird die Volksmacht aufgebaut.

Der „zweite Befreiungskrieg", nach zehn Jahren antikolonialem Kampf der MPLA und dem Zusammenbruch des portugiesischen Faschismus – vom Imperialismus dem angolanischen Volk aufgezwungen – ist siegreich beendet.

Der gezielte Bruch des Abkommens von Alvor (Januar 75, Übergangsregierung mit MPLA, FNLA, UNITA) durch die von FNLA und UNITA verübten Massaker in Luanda (April 75) wurde zum Auftakt für den letzten verzweifelten Versuch der imperialistischen Konterrevolution, mit den Mitteln der konventionellen Kriegsführung (Panzer etc.) die Revolution in Angola nach dem kongolesischen Vorbild auf viele Jahre im Blut zu ersticken. Aber der „Blitzkrieg" der faschistischen RSA-Truppen und der zairischen Verbände, der Horden von FNLA und UNITA und der vielen tausend weißen Söldner scheiterte. Faschismus und Imperialismus wurden durch die
und Imperialismus wurden durch die
Massenmobilisierung der MPLA gebrochen.

Zugleich wurde Angola zu einem entscheidenden Prüfstein antiimperialistischer Solidarität, der sich keine revolutionäre Organisation in Afrika entzog, sei es PAIGC in Guinea-Bissau (deren Truppenkontingente zusammen mit kubanischen Soldatengenossen für die Revolution kämpften; vergl. „Voz di Povo", 26. 6.76), Frelimo, SWAPO, ANC-Südafrika, Frente Polisario oder die antiimperialistischen Staaten in Afrika, die allein die MPLA als einzige rechtmäßige Vertreterin des angolanischen Volkes anerkannten, ganz zu schweigen von den zahlreichen Antiimperialisten der Welt, die sich propagandistisch und materiell für die MPLA engagierten.



Ein Jahr Volksrepublik Angola hat die gewaltige revolutionäre Ausstrahlung dieser Niederlage des Imperialismus und der bis dahin „unbesiegbaren" RSA-Faschisten hinreichend deutlich gemacht: Massenaufstände und -streiks in der RSA, erfolgreiche Kämpfe der ZIPA gegen das Smith-Regime in Zimbabwe, Konsolidierung der SWAPO in Namibia, die mit der VR Angola ein sicheres Hinterland hat und die ihr Hauptquartier nach Luanda verlegt hat. Man kann mit Gewißheit sagen, daß der Sieg der MPLA in Angola (ebenso wie der Sieg der Frelimo in Mosambik) eine wesentliche Voraussetzung für die Erfolge und die weitere Entwicklung des südafrikanischen Befreiungskampfes ist.

Ein zerstörtes Land wird wieder aufgebaut

Der portugiesische Kolonialismus und der zweite Befreiungskrieg, der allein über 500.000 Menschen das Leben kostete, haben Angola eine schwere Hypothek aufgelastet. Fast die gesamte Infrastruktur des Landes – sofern überhaupt nach 500 Jahren Kolonialismus vorhanden – wie Straßen, Brücken, Krankenhäuser und Schulen wurden durch die Invasoren zerstört, die eine Politik der „verbrannten Erde" praktiziert hatten. Fabriken und Maschinenparks, Fischereischiffe und Lastwagen wurden bis zur Unbrauchbarkeit beschädigt. Die für die Verteilung von Lebensmitteln und Verbrauchsgütern besonders wichtigen Lastwagen – Angola ist mehr als fünfmal so groß wie die BRD – sind auf ein Fünftel ihres Vorkriegsstandes von 30.000 zusammengeschrumpft. Die beiden wesentlichen Zonen für die Landwirtschaft, das Kaffeegebiet des Nordens und das Hochplateau in Zentralangola weisen ebenfalls schwere Kriegsschäden auf, die die landwirtschaftliche Produktion, gemessen am Vorkriegsstand, vorerst erheblich haben absinken lassen („West-Africa", 13.9. 76).

Während Angola normalerweise eine Viertel Million Tonnen Zucker ausführt, mußte 1976 Zucker eingeführt werden. Die für die Küstenbewohner lebenswichtige Fischindustrie hat durch die Zerstörung der Kühlhäuser erheblich gelitten, man hilft sich provisorisch durch die Herstellung von getrocknetem und halbgetrocknetem Fisch (ebenda). Besonders schwerwiegend ist der Verlust von qualifizierten Kadern für die Leitung der von den portugiesischen Technikern und Spezialisten verlassenen Betriebe und Verwaltung. Allein in Bié hat die UNITA von den 500 dort lebenden MPLA-Kadern 425
dort lebenden MPLA-Kadern 425
ermordet. Dieses Beispiel steht für viele, die erst nach der Entdeckung der zahlreichen Massengräber im vollen Umfang sichtbar wurden.

Zu den Kriegsschäden hinzu kommen die strukturellen Schwächen eines kolonialisierten Landes. Besondere Probleme werfen medizinische Betreuung und die Alphabetisierung auf. Nach der Flucht der weißen Siedler und Spezialisten verfügte das Sechs-Millionen-Volk über ganze hundert Ärzte, wovon die meisten in Luanda konzentriert waren. Die medizinische Aufklärung wird vor allem im Süden durch Aberglauben und Analphabetismus behindert, der heute in diesen Gebieten noch bis zu 90 % beträgt. Dort ist nahezu nur die mündliche Agitation möglich, die durch den Einsatz von Wandzeitungen u.ä. unterstützt wird.

Die elenden Lebensbedingungen, die durch den Kolonialismus für die einheimische Bevölkerung produziert wurden, haben eine Lebenserwartung in Angola von 35 bis 40 Jahren zur Folge. Ein besonderes Kapitel sind in dieser Hinsicht die Slums in der Nähe der größeren Städte, die von den Kolonialisten ohne Licht, Kanalisation und ausreichender Trinkwasserversorgung gelassen wurden. In diesen Gebieten hat die MPLA eine traditionelle Arbeit während des ersten Unabhängigkeitskampfes geleistet und verfügt hier über großen Anhang.

Die ausführliche Schilderung der Kriegsschäden und der kolonialistischen Deformierungen schienen uns notwendig, um die großartige Leistung würdigen zu können, die das angolanische Volk unter der Führung der MPLA in dem ersten Jahr der Unabhängigkeit erbracht hat.

Volksmacht gegen das Kolonialerbe

Die zahlreichen, von den weißen Siedlern verlassenen Betriebe und Plantagen wurden sogleich von den Organen der Volksmacht übernommen. Arbeiterkommissionen in den Betrieben sorgten für die Aufrechterhaltung der Produktion, wenn auch naturgemäß die Vorkriegsproduktivität noch nicht erreicht werden konnte. Die Gewerkschaft UNTA hat eine sprunghafte Zunahme von Mitgliedern erfahren, die heute nicht mehr unter den sklavenartigen Bedingungen der portugiesischen Kolonialzeit arbeiten müssen und die jetzt durchschnittlich 200 Dollar im Monat verdienen, während es in der Kolonialzeit nur ein Viertel dieses Betrages war („African Developement", Sept. 76). Die Arbeiterkommissionen übernahmen weiterhin einen Großteil der Verteilung der Lebensmittel, um dem Spekulantentum den Boden zu entziehen.

Die Volkskommissionen in den Wohnvierteln werden direkt von der Bevölkerung gewählt und sind verantwortlich für Fragen der Bildung, Alphabetisierung, Beschaffung von Wohnraum, gesundheitliche Betreuung und vor allem für die politische Aufklärung. Sie kämpfen gegen Alkoholismus und Prostitution und setzen sich in enger Zusammenarbeit mit der O.M.A. (angolanische Frauenorganisation) für die Gleichberechtigung der angolanischen Frauen ein, die auch heute einen nicht unerheblichen Teil der Volksmilizen mit eigenen Frauenverbänden stellen.

Das Gesetz über die Volksmacht vom 5. Februar 1976 verankert den demokratischen Aufbau der Volksmacht juristisch. Die Volkskommissionen existieren heute vor allem in der Hauptstadt Luanda und sollen in den nächsten zwei Jahren in allen anderen Städten und Landesprovinzen gebildet worden sein. Parallel zu den Volkskommissionen beteiligen sich die Jugendlichen durch Alphabetisierungs- und Produktionsbrigaden zum Bau von Schulen, Straßen und für die Einbringung der Kaffee- und Zuckerernte an der wirtschaftlichen Rekonstruktion des Landes.

Auf dem Gesundheitssektor wurde ein Fünf-Jahresplan entwickelt, der vor allem eine Senkung der hohen Kindersterblichkeit und der Tuberkuloseerkrankungen vorsieht. Dem Mangel an fachlich ausgebildeten Medizinern versucht man durch Schnellkurse für Krankenschwestern und Pflegepersonal zu begegnen, und tatsächlich ist es gelungen, im vom Krieg zerstörten Land Seuchen und Epidemien zu vermeiden!



Der hohe Stand an Analphabeten, der auf die bewußte Politik der portugiesischen Kolonialfaschisten zurückzuführen ist, soll durch eine Kampagne gesenkt werden, in der jeder, der lesen und schreiben kann, verpflichtet wird, mindestens einem weiteren Angolaner diese Fähigkeiten weiterzuvermitteln.

Verstaatlichung wichtiger Industriezweige

Die wichtigsten Industriezweige, wie Bergbau, Zementherstellung, die Zucker- und Textilwerke sind mittlerweile nationalisiert worden und werden durch die Arbeiterkommissionen geleitet. Gleichzeitig wurden Kommissionen zur Restrukturierung sämtlicher Produktionszweige gebildet, die Pläne und Initiativen entwikkeln sollen, um die Produktion wieder auf das Niveau der Vorkriegsproduktivität zu bringen. Alle Häuser und Wohnungen, deren Besitzer geflüchtet sind, oder die mit FNLA/UNITA zusammengearbeitet haben, wurden beschlagnahmt („NZZ", 20. 6.76).

Die angolanische Regierung hat in ihrem „Gesetz zur staatlichen Intervention in den privaten Sektor der Wirtschaft" klargelegt, daß sie gewillt ist, alle „strategischen Bereiche" der Wirtschaft zu kontrollieren. Neben der Verstaatlichung zahlreicher Betriebe werden mit Großkonzernen wie Gulf Oil und DIAMANG Verhandlungen über die Einordnung dieser Konzerne in die angolanische Wirtschaft geführt. Im Fall der Gulf Oil haben diese Verhandlungen zu einer Übernahme von 51 % des Kapitals durch die angolanische Regierung geführt, der Abschluß der Verhandlungen mit der DIAMANG steht bevor. Es ist zu diesem Zeitpunkt für die MPLA noch nicht möglich, diese mit hochqualifizierter Technologie ausgerüsteten Konzerne zu nationalisieren, dazu fehlt es noch an den nötigen Fachkräften und Erfahrung in der Leitung von Betrieben solcher Ausmaße. Andererseits decken die Steuern der Gulf Oil 80 % der benötigten Devisen, die zum Beispiel zum Kauf von Lastwagen und Bussen in Brasilien und Schweden gebraucht werden.

Auf diese Weise hält die Regierung sowohl die Konzerne unter Kontrolle und zieht unmittelbaren Nutzen aus den erheblichen Steuerzahlungen. Gleichzeitig ist aber klar, daß diese Regelungen nur Übergangsregelungen sein können, auch wenn sie etwas länger andauern sollten.

„Landwirtschaft als Grundlage"

Die Regierung hat entscheidende Schritte unternommen, um die Landwirtschaft zum Nutzen des Volkes produzieren zu lassen. Im Juni 1976 wurden 36 landwirtschaftliche Großbetriebe verstaatlicht, darunter die größte Kaffeeplantage des Landes. Weitere 386 Kaffeeplantagen von insgesamt 432 wurden in der Provinz Uige nationalisiert, die Zuckerproduktion wird mittlerweile zu 90 % vom Staat kontrolliert („Horizont", 40/1976). Doch es sind nur die großen, kapitalintensiven Plantagen und Rinderfarmen, die von MPLA-Kadern geleitet werden. Mittlere und kleinere Farmen werden durch landwirtschaftliche Kooperativen – eine Mischform zwischen staatlichem und privatem Besitz – verwaltet. Daneben gibt es noch privaten Landbesitz. Die Kaffeernte des Jahres 1976 wurde zur großen „Ernteschlacht", an der viele tausend Freiwillige nach kubanischem Vorbild sich beteiligten. Kaffee ist das Hauptanbauprodukt in Angola und von wesentlicher Bedeutung für eine gesicherte Beschäftigung der Bauern und Landarbeiter. Da die im Norden lebenden Wanderarbeiter durch den FNLA-Terror im zweiten Befreiungskrieg in südlichere Regionen verdrängt wurden, fehlte es zu Beginn der Ernte an etwa 140 000 Arbeitskräften. Unter diesen Bedingungen ist es ein recht gutes Ergebnis, wenn die Ernte ein Drittel der Vorkriegsproduktion ausmacht („West-Africa", 13.9.76).

Die Provokationen gegen die VR Angola werden scheitern

Die MPLA hat das angolanische Volk zur Versöhnung und Einheit aufgerufen. A. Neto erklärte wörtlich: „*Wir sind nicht gegen diejenigen, die getäuscht wurden, die zu bestimmten Zeiten der Demagogie der Chefs der unseligen UNITA erlagen. Es sind Angolaner und deshalb haben sie das Recht, hier zu leben. Doch wenn eines Tages irgend jemand die Waffe gegen die MPLA erhebt, dann gibt es kein Pardon. Gegenüber denjenigen, die Bandentum betreiben, üben wir keine Nachsicht*" („Neues Deutschland", 17. 8.76).

Das Bandentum der FNLA und UNITA existiert vor allem in den Presseerklärungen ihrer Führer, darüberhinaus versuchen z.B. bewaffnete Haufen der FNLA die Kaffeeernte im Norden durch Überfälle auf die Landarbeiter und Sprengung von Brücken zu sabotieren. („West-Afrika", 13.9.) Die versprengten Teile der FNLA erhalten Unterstützung durch das neokolonialistische Regime in Zaire, das erst im August einen Bombenangriff auf ein angolanisches Grenzdorf unternommen hatte („FR", 12.8.76). Im Süden treiben die Reste der UNITA ihr Unwesen, die ihrerseits offene logistische Unterstützung durch die RSA-Faschisten in Namibia erhalten („West-Afrika", 13.9.) und auch in Namibia die schwarze Bevölkerung terrorisieren. RSA und UNITA-Truppen verüben immer wieder Überfälle auf das angolanische Territorium, kürzlich erst wurde ein RSA-Soldat auf angolanischen Boden von der FAPLA gefangengenommen. Das ständige Überfliegen des angolanischen Territoriums durch RSA-Flugzeuge gehört mit in das Arsenal der Provokationen. Es ist naheliegend, daß die UNITA auch aus Sambia Unterstützung erhält, vertrat doch Kaunda noch im August,

er würde in Angola nur eine Regierung der „nationalen Einheit", also mit Beteiligung der FNLA/UNITA-Faschisten, anerkennen. A. Neto erklärte dazu: *„Wir verstehen die Haltung einiger Nachbarstaaten nicht, die unsere politische und militärische Lage zu destabilisieren versuchen"* („FR", 12.8.76)! Der westafrikanische Staat Senegal, mit der neokolonialistischen Marionette Senghor an der Spitze, hat sich als einziges Land Afrikas bis heute geweigert, die MPLA anzuerkennen, da nach wie vor kubanische Genossen der MPLA bei der Rekonstruktion der Nachkriegswirtschaft behilflich sind.

Im Süden Angolas haben die Marionettengruppen keine soziale Basis in der Bevölkerung, die unter dem Terror von FNLA/UNITA sehr zu leiden hatte. In diesen Gebieten, in denen der Aggressionskrieg tiefe Spuren hinterlassen hat, kommt es für die MPLA vor allem darauf an, die Massen für den Wiederaufbau und für die Errichtung der Volksmacht zu mobilisieren („African Development", Sept. 76).

Die VR Angola hat sich auch durch die US-imperialistischen Störmanöver in der UNO - Blockierung der Aufnahme der VR Angola - nicht irritieren lassen. Sie hat ihre Absicht bekundet, Mitglied der OPEC-Staaten zu werden (Erdölproduzierende Länder) und nahm an der Konferenz der Nichtpaktgebundenen Staaten in Colombo teil, wo sie einen Entwurf einer Konvention gegen das Söldnertum vorlegte. In der afrikanischen Politik hat die VR Angola ihre revolutionäre Linie u.a. durch die frühe Anerkennung der Frente Polisario und das Selbstbestimmungsrecht der Sahauris unter Beweis gestellt.

Sicher wird der Aufbau eines revolutionär-demokratischen Angolas nicht ohne Widersprüche und Konflikte abgehen, da sich heute der Klassenkampf vor allem auf die Klassengegensätze *im* Land konzentriert und stets die Gefahr der Herausbildung neuer parasitärer Schichten besteht, die das Volk um seine aktive Teilnahme an der Leitung des Staates betrügen könnten. Schließlich beinhaltet das Klassenbündnis zur Durchführung der revolutionären Demokratie auch Teile der nationalen Bourgeoisie, deren revolutionärer Elan im Kampf gegen den Kolonialismus und Imperialismus nur allzuleicht einem bourgeoisen Klassenverhalten und Lebensstil Platz macht, sobald sie wichtige Positionen im Staatsapparat und in der Wirtschaft einnehmen.

Insofern steht auch heute die alte Losung der MPLA: A Luta Continua – der Kampf geht weiter!

Afrika-Kommission

60 Tage Mutterschaftsurlaub für die arbeitenden Frauen in Mosambik

Der Ministerrat von Mosambik hat kürzlich ein neues Gesetz zum Schutz schwangerer Frauen und junger Mütter erlassen, das diese 60 Tage von der Arbeit freistellt. Dieses Gesetz stellt einen großen Fortschritt gegenüber der kolonialen Zeit dar, in der es einen Mutterschutz für die farbigen Frauen nicht gab. Es wäre sicher falsch, das neue Gesetz mit der Regelung etwa in der BRD zu vergleichen, wo die Frauen sechs Wochen vor der Geburt und acht Wochen hinterher von der Arbeit freigestellt werden. Mosambik steht in einer Phase des schwierigsten wirtschaftlichen Aufbaus, in der es praktisch ums Überleben dieses Landes geht und wo jede Arbeitskraft gebraucht wird. Nur vor diesem Hintergrund kann die Neuregelung des Mutterschutzes gemessen werden.

In dem Gesetzestext heißt es: *„Während der Kolonialzeit hatte die arbeitende Frau außer der Diskriminierung, der sie unterworfen war und dem Zustand der Minderwertigkeit, in dem sie gehalten wurde, nicht den Schutz, der ihr zustand, insbesondere während der Zeit der Mutterschaft.*

Die Verfassung der Volksrepublik Mosambik, in Übereinstimmung mit der politischen Linie der FRELIMO, hat die Emanzipation der Frau als eine der grundlegenden Aufgaben des Staates definiert und es zur Aufgabe des Staates erklärt, die Familie, die Mutterschaft und die Kinder zu schützen."

In den folgenden zehn Artikeln des Gesetzes wird u. a. festgelegt, daß die Frau 20 Tage vor der zu erwartenden Geburt des Kindes Urlaub bekommen muß und daß ihr daraus für ihre zukünftige Beschäftigung keinerlei Nachteile erwachsen dürfen. In Artikel 5 heißt es darüberhinaus: *„Wenn die Arbeiterin ihr Kind säugt, kann sie die Arbeit unterbrechen, und zwar täglich zweimal je eine halbe Stunde, ohne Minderung des Lohnes".*

Während der ganzen Schwangerschaft dürfen Frauen nicht in Industriebetrieben beschäftigt werden, weil das für sie gesundheitsgefährdend ist. Sie müssen eine andere Arbeit erhalten (Art. 7).

Das Koordinations-Komitee der Organisation der Mosambikanischen Frau (O.M.A.) begrüßte das neue Mutterschutzgesetz mit folgenden Worten:

„Es (das Gesetz – AK) *ist ein weiterer Faktor, der die Frau als integralen Bestandteil der Neuen Gesellschaft, die in unserem Land aufgebaut werden muß, aufwecken wird, und sie aktiv in den Nationalen Wiederaufbau einbezieht.*

Die O.M.A. bestätigt noch einmal ihr vollkommenes Engagement im Kampf des ganzen mosambikanischen Volkes für die ökonomische Unabhängigkeit, in einer Zeit, in der sich der Klassenkampf in unserem Land verschärft, in der der Imperialismus mit allen Mitteln versucht, den revolutionären Prozeß zu behindern. Wir sind trotz alledem sicher, daß die Revolution siegen wird, denn es gibt keine Kraft, die ein vereintes und organisiertes Volk besiegen kann."

(Zitate aus „Tempo" – mosambikanische Wochenzeitung – vom 31.10.76).

Afrika-Kommission



PAIGC – auch heute fest an der Seite der MPLA!

Jüngster Beweis der über ein Jahrzehnt andauernden herzlichen Freundschaft der Genossen der PAIGC und der MPLA ist die erneute Bestätigung des Außenministers von Guinea-Bissau, Victor Maria, daß PAIGC-Genossen mitgeholfen haben und noch mithelfen, die Marionetten-Truppen der FNLA/UNITA sowie den imperialistischen Einmarsch der RSA niederzuschlagen. Wörtlich sagte der Genosse: *„Der Grund dafür, daß wir Truppen nach Angola geschickt haben, ist sehr einfach." „Wir sind der Auffassung, daß wir für die Befreiung Afrikas einen aktiven Beitrag zu leisten haben. Also der erste Grund ist die Sicherung der Unabhängigkeit Angolas. Zweitens gibt es noch Verträge aus der Kolonialzeit, die besagen, daß wir uns gegenseitig helfen sollen, wenn es nötig ist."* (In diesen Verträgen aus der Zeit des bewaffneten Kampfes ist neben MPLA und PAIGC auch die FRELIMO eingeschlossen). *„Der dritte Grund war ein Appell Präsident Netos, und wir haben darauf geantwortet, indem wir unsere Soldaten nach Angola schickten. Angola war, wie Sie wissen, von südafrikanischen Truppen und einigen europäischen Söldnern angegriffen worden. Wie lange unsere Soldaten dort bleiben werden, das hängt davon ab, wie lange die angolanische Regierung sie dort braucht."* („FR", 10.10.76).

Die PAIGC konnte auch so viele Freiwillige nach Angola schicken, da sie nach dem Kolonialkrieg über mehr befreite Gebiete verfügte und nicht so scharf wie Angola den Angriffen faschistischer Nachbarstaaten ausgesetzt war.

Die Stabilisierung der Verhältnisse in Angola erlaubte es, daß inzwischen FARP-Einheiten (militärische Einheiten der PAIGC) nach Guinea Bissau zurückkehren konnten. Anläßlich des 1. Jahrestags der Gründung der Republik Guinea-Bissau begrüßte Präsident Luis Cabral heimkehrende FARP-Kämpfer, die *„sich in jenes Bruderland begeben haben, um an der Seite der FAPLA* (die militärischen Einheiten der MPLA) *die Souveränität und Unabhängigkeit jenes Bruderlandes, Opfer der durch das rassistische Regime Südafrika und die Kräfte der Feinde der Befreiung Afrikas entfachten imperialistischen Aggression, zu verteidigen. Unsere FARP, in der Verfolgung einer weiteren Mission kämpferischer Solidarität, wußte den ihr von unserer glorreichen Partei erteilten Ehrenauftrag zuverlässig auszuführen"* („Voz di Povo", 26.6.76).

Interessant am Rande ist, daß sowohl die bürgerliche Presse als auch die gesamte hiesige ML-Szene die Unterstützung der MPLA mit PAIGC-Freiwilligen – obwohl schon seit langem bekannt – total totgeschwiegen hat. Man vergleiche hierzu die widerliche Hetze gegen die kubanische Unterstützung!

Das ist sicherlich nicht nur eine Frage der unterschiedlichen Anzahl der Kämpfer. Guinea-Bissau paßt eben heute (noch?) nicht in das Gruselbild eines von der Sowjetunion dirigierten Marionetten-Staats. Die ML-Szene heuchelt Freundschaft mit der PAIGC und gesteht deshalb auch wohlweislich nicht ein, daß die PAIGC eine der ML-Szene genau entgegengesetzte Politik macht.

Nebenbei bemerkt, ist die Entgegennahme von kubanischer Unterstützung keine besondere Angelegenheit der MPLA; vielmehr konnten und können alle drei Befreiungsbewegungen der ehemaligen portugiesischen Kolonien von der Unterstützung durch Kuba profitieren. Erinnert sei hier nur an die im Mai '74 von den portugiesischen Massen erkämpfte Freilassung eines kubanischen Hauptmannes, der 1969 während des Befreiungskampfes in Guinea-Bissau gefangengenommen und zu einer hohen Gefängnisstrafe verurteilt worden war (siehe ARBEITERKAMPF 45/ Juni '74).

Heute leisten kubanische Genossen wichtige technische Hilfe beim Aufbau eines Luftabwehrsystems der Kapverdischen Inseln („Neue Zürcher Zeitung (NZZ)", 16.10.), heute arbeiten Militärausbilder sowie 40 kubanische Ärzte in Guinea-Bissau (nach einem Bericht eines Vorstandsmitglieds der Amilcar-Cabral-Gesellschaft).

In seiner Rede zum 1. Jahrestag von Guinea-Bissau stattete Cabral im Namen der PAIGC *„besonders den Söhnen des heroischen Brudervolkes von Cuba unseren Dank ab, die, einen revolutionären Beitrag leistend, mit uns lebten und litten in den Wäldern unseres Landes, in den glorreichen Momenten unseres Kampfes"* (PAIGC – Servico d'Informacao, Mai '76).

Afrika-Kommission

Französischer Agent und FNLA-Mann gefeuert

Angola. Wie Radio Luanda am 30.9. bekannt gab, wurde Albert Bertrand, ein Spitzenagent des französischen Imperialismus, aus Angola ausgewiesen.

Die Liste seiner Verbrechen ist lang. Zusammenarbeit mit Jacques Foccart, *„dem berüchtigten Initiator zahlreicher neokolonialistischer Staatsstreiche in Afrika"*, Zusammenarbeit mit Cyrille Adoula, dem ehemaligen Ministerpräsidenten der damaligen Republik Kongo, *„ein Politiker, der in der afrikanischen Geschichte als einer der größten Agenten des Imperialismus bekannt wurde"*, Zusammenarbeit mit dem berüchtigten Kongosöldner-Chef Bob Berner und – wie könnte es anders sein – *„einer der wichtigsten Verbindungsleute der FNLA in Europa"*, verantwortlich *„für die Organisation und die Lieferung von Waffen und Material aus Europa für die FNLA"*.

Getarnt als Repräsentant der französischen Firma Creusot et Loire, versuchte er in Angola weiterhin sein schmutziges Geschäft zu betreiben (nach „Monitor-Dienst", 6.10.76).

Afrika-Kommission



Mosambikanische Frauen

Lügenpropaganda über angebliche UNITA-Offensive

Pünktlich zum ersten Jahrestag der Gründung der VR Angola am 11.11. 1976 tauchten in der bürgerlichen Presse wieder Meldungen über „erbitterte Kämpfe" in Angola auf. Quelle aller dieser „Berichte" war zumeist die Republik Südafrika, und natürlich Äußerungen der beiden bekannten Figuren der Konterrevolution Angolas: Holden Roberto (FNLA) und Jonas Savimbi (UNITA).

Bereits am 29.10. zitierte die „Neue Zürcher Zeitung" („NZZ") H. Roberto, dessen Banden *„beträchtliche Gebiete entlang der Grenze zu Zaire erneut unter Kontrolle"* gebracht haben sollen. Möglich sei dies gewesen, so Roberto, da die MPLA starke Truppenkontingente im Süden konzentrieren mußte, um gegen Savimbis UNITA *„gefährdetes Terrain zu sichern"* („NZZ", 29.10.). Man beachte übrigens die Formulierung *„gefährdetes Terrain"*, da Tage später, am 9.11., die „Süddeutsche Zeitung" („SZ"). Savimbi zitierte, der angab, daß *„etwa ein Drittel Angolas unter Kontrolle der UNITA-Guerillas stehen"*.

Meldungen aus Johannesburg („SZ", 5.11.) untermauerten diese Savimbi-Aussage und fügten hinzu, daß *„neue schwere Kämpfe zwischen UNITA und MPLA-Regierungstruppen und Kubanern andererseits ausgebrochen seien"*. Dabei hätten die UNITA-Truppen *„der MPLA und den Kubanern schwere Verluste"* zugefügt. Insbesondere die Kubaner hatten, wie dieselbe Quelle über die Fernschreiber verbreiten ließ, ein *„Schreckensregime ausgeübt"*.

„Männliche Zivilisten, die unter dem Verdacht der UNITA-Zugehörigkeit stehen, würden bis hinunter zum Knabenalter von zehn Jahren summarisch erschossen". Wen wundert es da noch, daß ein *„neuer Flüchtlingsstrom"* aus der VR Angola nach Namibia eingesetzt haben soll („NZZ", 10.11., Meldung aus Johannesburg).

Vor dem Hintergrund, daß die UNITA-Truppen sich *„hauptsächlich in wenig bewohntem Buschgebiet aufhalten"* („SZ", 9.11.), erschien dies zwar ein wenig merkwürdig, aber es handelte sich ja auch um eine reine Propagandaaktion der südafrikanischen Faschisten, die nur allzu bereitwillig von der hiesigen bürgerlichen Presse mitgetragen wurde. Fakt ist, daß der UNO-Hochkommissar für Flüchtlingsfragen die Zahl der Flüchtlinge in Namibia mit 8.000 insgesamt (!) angibt. Eine lächerlich kleine Zahl, die etwa der reaktionä-

Fortsetzung Seite 35

Fortsetzung von Seite 34

ren „Flüchtlinge" aus Mosambik entspricht.

Auch die SWAPO äußerte sich zu dem „Flüchtlingsstrom". So sagte Mishake Moeyongo, Vizepräsident der SWAPO bei einem Gespräch mit den holländischen Genossen der „Socialistiese Partij": „ ... *Es sind jetzt etwa 50.000 Soldaten* (der RSA, AK) *in Namibia. Darüber hinaus trainiert Südafrika nun die Truppen der UNITA, die aus Angola geflüchtet sind. Diese UNITA-Soldaten überfallen die zivile Bevölkerung und plündern in großem Maßstab. Die SWAPO kriegt dann die Schuld daran. Entlang der Grenze zu Angola hat Südafrika einen Streifen von 30 Kilometern vollständig entvölkert. Das Stück ist in eine vollkommen leere Wüstenei verwandelt. Dieser Plan ist von israelischen Beratern entworfen worden, die große Erfahrungen in der Kriegsführung in dieser Art Gelände haben*" („de Tribune" 20/76).

Meldungen dieser Brisanz findet man natürlich nicht in der bürgerlichen Presse. Ebenso wurden die Dementis aus der VR Angola zu den angeblichen Kämpfen in Angola nur am Rande erwähnt. Nach angolanischer Darstellung handelte es sich bei der Greuelkampagne lediglich darum, anläßlich des Jahrestages der Gründung der VR Angola das internationale Klima zu vergiften. Wirklich stattgefunden hat nach Aussagen des Leiters des angolanischen Informationsamtes, Luis de Almeida, die Beschießung des südangolanischen Grenzgebietes durch RSA-Truppen, mit dem Ziel, Lager der SWAPO zu treffen (lt. „NZZ", 11.11.76). Die RSA-Faschisten waren natürlich schlau genug, zu wissen, daß ihre Lügenkampagne auf Dauer nicht durchzuhalten war. Und prompt einen Tag nach den Feierlichkeiten in der VR Angola, am 12.11. wußte die „NZZ" aus Johannesburg zu berichten, daß die glorreichen UNITA-Verbände, die ja immerhin einige Tage vorher noch ein Drittel Angola unter Kontrolle hielten ... – „*nur noch in erbitterte Nachhutgefechte verwickelt seien*". „*Die Überlebenden setzten sich nach Osten in den Busch ab*".

Seltsamerweise tauchten die „*großen eroberten Gebiete*" des CIA-Roberto im Norden des Landes überhaupt nicht mehr auf. Das ließ man einfach unter den Tisch fallen. Dafür leistete sich die Johannesburger Tageszeitung „The Citizien" noch einen der üblichen „Scherze" zum Abschluß der ganzen Kampagne: Der Offensivplan der MPLA und der Kubaner für die Säuberungsaktion im Süden sei von Militärberatern aus der DDR ausgearbeitet worden ... (lt. „NZZ", 12.11.76).

Afrika-Kommission

Genfer Konferenz

Was spielt sich hinter den Kulissen ab?

Seit über zwei Wochen finden in Genf Verhandlungen zwischen den „traditionellen Führern" des Befreiungskampfes in Zimbabwe auf der einen Seite und der englischen Kolonialmacht sowie des Smith-Regimes auf der anderen Seite statt. Gemäß den Erklärungen der Beteiligten an den ersten Sitzungstagen geht es um den Zeitpunkt und die Struktur einer Übergangsregierung für Zimbabwe. Nach dem Willen der weißen Rassisten soll diese Übergangsregierung auf dem reaktionären Kissinger-Plan beruhen (wir berichteten ausführlich darüber), was von den „traditionellen Führern" Zimbabwes in unterschiedlicher Schärfe bisher abgelehnt wird. Ein Zeitpunkt für diese „Übergangsregierung" – die gemäß der imperialistischen Strategie direkt in den Neokolonialismus einmünden soll – konnte offiziell nach zwei Wochen „intensiven Verhandelns" nicht vereinbart werden. Die bürgerliche Berichterstattung wurde auch nicht müde, permanent pessimistische Aussagen der Beteiligten aneinanderzureihen, daß man keine „Annäherungen" zu verzeichnen habe.

Der Rassistenchef Smith ist bislang der Einzige, der die Konsequenzen aus dieser vordergründig fruchtlosen Debattiererei zog: Er reiste nach Salisbury ab, um den wirklichen, militärischen Gegner, die ZIPA (zimbabwesche Befreiungsfront), die an der Verhandlung nicht mit einer eigenen Delegation teilnahm, nicht vom grünen Tisch aus, sondern „vor Ort" zu bekämpfen. Rassistentruppen überfielen dieser Tage mit Panzern und Flugzeugen mosambikanisches Territorium. Smith machte sich auch nicht die Mühe noch länger sein diplomatisches „Genfer Mäntelchen" zu tragen. Seine provokatorischen Kommentare: „ ... *sie* (die schwarzen Verhandlungsteilnehmer) *reden über alles, nur nicht über das, was man von ihnen erwartet ... Insgesamt sind sie doch ziemlich dumme schwarze Politiker und vergeuden Geld, je länger sie in Genf bleiben*". Er würde erst dann weiter verhandeln, „*wenn sich das auch lohnt*" („New York Times", 4.11.76). Zusätzlich geht man im Lager der Imperialisten und Rassisten von der zumindest teilweise zutreffenden Einschätzung aus, „*daß Robert Mugabe nur bedingt als Sprecher des Guerillaflügels betrachtet werden kann, während die anderen drei politischen Führer überhaupt keinen Einfluß auf die militärische Entwicklung zu haben scheinen*" („Neue Zürcher Zeitung", 12.11.76).

Im Gegensatz zu Smith blieben die „traditionellen schwarzen Führer" – auch nach der Aggression gegen Mosambik – am Verhandlungstisch, obwohl selbst der progressivste Flügel (ZANU) durch den Generalsekretär Mugabe erklärte: „*Aus der Tatsache, daß Großbritannien nicht bereit ist, die Gesamtheit seiner kolonialen Verantwortung zu übernehmen, folgere ich, daß es unmöglich ist, hier auch nur die kleinste Lösung zu erarbeiten*". Gleichzeitig betonte er jedoch: „*Ich bin nicht hierhergekommen, um abzubrechen, sondern um zu verhandeln*" („Le Monde", 8.11.76).

Die Frelimo hat ebenfalls ihre Einschätzung wiederholt, daß es heute keine für das Volk befriedigende Verhandlungslösung geben kann.

Der mosabikanische Vizepräsident erklärte: „**Es wird keinen Friedensplan für Rhodesien geben. Das kompliziert nur die Lage. Die Schwarzen selber werden durch den Krieg und in dem Krieg sehen und bestimmen können, wer ihre Führer sind ... Sie selber werden feststellen, was ihnen mehr hilft. Der bewaffnete Kampf gegen Unterdrückung und Rassismus** oder lange Reden" („Diario de Luanda", 5.11.76).

Scheitern oder Geheimdiplomatie?

Täglich aufs neue wird von der bürgerlichen Presse das Scheitern der Verhandlungen prophezeit, weil die schwarzen eine 12-monatige Übergangsfrist, die weißen Rassisten dagegen eine 24-Monatsfrist fordern und eine Einigung noch nicht in Sicht ist. Ein vollständiges Scheitern der Konferenz zu diesem frühen Zeitpunkt ist allerdings nicht sehr wahrscheinlich. Die schwarzen Opportunisten vom Schlage Nkomos, Muzorewas und Sitholes sind auf „Erfolge" in Genf angewiesen, da sie auf den bewaffneten Kampf in Zimbabwe keinen Einfluß mehr haben. Ein ergebnisloser Abbruch der Verhandlungen würde sie auf den status bedeutungsloser Kommunique-Schreiber zurückwerfen, die von den bürgerlichen Journalisten so gern zitiert werden, um die „Uneinigkeit der Schwarzen" zu demonstrieren.

So also erleben wir zur Zeit in Genf das Drama eines hartnäckigen Ringes um die „Zeitpunkt-Frage", die in Relation zum Problem der Funktion und Struktur der Übergangsregierung zweitrangig ist. Der tiefe Zweckpessimismus der Beteiligten und ihre gleichzeitig fortgesetzte Teilnahme an den Verhandlungen deuten darauf hin, daß es bereits um mehr und um wesentlichere Dinge geht, als es nach außen den Anschein hat. In diesem Sinn zitiert die „Neue Zürcher Zeitung" das englische Außenministerium, „*die Konferenz scheine nur nach außen hin festgefahren zu sein. In Wirklichkeit finde in Genf rege Aktivität statt. Zahlreiche Fragen würden beraten und geklärt.*" (11.11.76).

Afrika-Kommission

Freiheit für alle politischen Gefangenen

RSA. Das war eine der Hauptlosungen für einen fünftägigen Streik Anfang November in der RSA. In dem Streikaufruf, der in der RSA tausendfach verteilt wurde, heißt es u. a.:

– „*Während der Unruhen der letzten drei Monate in Soweto und anderen Gebieten hat die Polizei Hunderte von Schulkindern erschossen, Tausende verwundet und verstümmelt. Sie hält noch immer weit mehr als 2.000 in ihren Gefängnissen fest. Einige Studenten und Führer der Schwarzen starben in Gefängniszellen aufgrund von Polizeifolter und Gewaltanwendung. Viele schwarze Arbeiter verloren Lohn und Arbeitsstellen ... Die Forderungen sind:*

Gewaltanwendung. Viele schwarze Arbeiter verloren Lohn und Arbeitsstellen ... Die Forderungen sind:

1. *Schluß mit dem Polizei-Terror. Freie Meinungsäußerung ...*
2. *Freiheit für alle Studenten und schwarze Führer ...*
3. *Einberufung einer nationalen Versammlung ungeachtet der Rasse und Hautfarbe ...* "

Obwohl am Tage des Streikbeginns (1. Nov.) die Polizei alle Schwarzen aufforderte, zur Arbeit zu gehen, wurde der Streikaufruf von sehr vielen Schwarzen befolgt.

So stellte selbst die RSA-Nachrichtenagentur fest, daß nur etwa 50 % aller Arbeiter zur Arbeit erschienen (Diese „offizielle Zahl" ist wahrscheinlich stark untertrieben).

Alle Läden der Schwarzen waren geschlossen, die Schüler boykottierten die Schule („Le Monde", 3.11. 1976).

Dieser Streik ist schon der dritte große Ausstand der Schwarzen innerhalb der letzten drei Monate.

Jeweils waren weit mehr als hunderttausend an den Streiks beteiligt. Alle Streiks waren nicht regional, sondern auf alle Industrieviertel der RSA verbreitet.

Diese Tatsachen gewinnen noch mehr an Bedeutung, wenn man berücksichtigt, daß es für die Schwarzen

Diese Tatsachen gewinnen noch mehr an Bedeutung, wenn man berücksichtigt, daß es für die Schwarzen

in der RSA weder das Streikrecht, noch das Recht auf gewerkschaftliche Organisation gibt. Ebenso zählt der Einsatz von Polizeischützen gegen Streikende „zum Alltag" in der RSA.

Allein von September 1973 bis März 1975 wurden 132 Arbeiter bei Streiks erschossen!

Der Mut und die Entschlossenheit der Schwarzen im Kampf gegen Rassismus verdient unsere volle Solidarität.

Afrika-Kommission



Mobilisierung der Polizei gegen streikende Arbeiter

Soweto = Musterstaat?

Foto und Unterschrift aus der „HAN":
Wenigstens die Kinder haben für diese Foto-Stellung etwas bekommen.
„Mehr Freiraum und Bolzplätze als deutsche Großstadtkinder: Schulkinder in Soweto."



Liest man die „Harburger Anzeigen und Nachrichten" vom 20.10.76, so könnte man glauben, Rassisten-Chef Vorster hätte dort selber einen Artikel untergebracht.

Unter dem Titel „*Soweto. Es ist besser als sein Ruf*" soll auf mehr als einer halben Seite belegt werden, daß das „*Ghetto Soweto gar nicht existiert.*" Stattdessen wohnen die Schwarzen in Soweto in „*Häuschen mit kleinem Garten. Davon können die Arbeiter im Ostblock nur träumen ... und mancher europäischer Arbeiter könnte vor Neid erblassen.*"

Nach der „HAN" „*wird für die Menschen in einem Umfange gesorgt, den man beispielhaft nennen darf: ... kostenlose Krankenbehandlung, ... Sportanlagen, ... neue Straßenbeleuchtung etc.*" Die „*arbeitswilligen Schwarzen sind zufrieden*", aber es gibt auch „*Unzufriedenheit ... Banditen, Taschendiebe und schwarze Banden nutzen die Dunkelheit für Überfälle.*"

Da wird die Sache klar: Kein Wort über Apartheid, Unterdrückung und Faschismus in der RSA. Stattdessen sind die Schwarzen, die gegen ihre Unterdrückung demonstrieren, „Banditen, Taschendiebe, usw.". Belegt wird das ganze mit einer Lügengeschichte über die „schöne Stadt" Soweto.

Als „Preis" für diese Leistung sollte man dem Journalisten **Martin Janke** und der gesamten Redaktion der „HAN" einen 30-Jahres-Aufenthalt in Soweto – verbunden mit täglicher Minenarbeit, versteht sich – verschaffen!

Ein Tip für Journalisten: Die RSA und verschiedene westdeutsche Förderer zahlen nicht schlecht für solche Artikel, die ihren Hauptzweck im Nachdruck in der RSA-Presse finden.

Afrika Kommission

Südafrika – ein „faszinierendes Reiseland"?

Unter diesem Motto rührt die „WELT" vom 14.10. in einem ganzseitigen Artikel die Werbetrommel für den Tourismus im Rassistenstaat: „*Südafrika mit Bergen und Wüsten, mit Küsten und Wildparks, mit Flüssen und Canyons, mit verträumten Nostalgie-Städtchen im Süden, mit Wolkenkratzern, Autostraßen und beispielhaften Stadtautobahnen, mit Industrie und Zululand – dieses Südafrika ist ein faszinierendes Reiseland.*

Ein Land, in dem Touristen, wenn sie wollen, auch alleinmit Campingbus und Caravan auf eigene Faust abenteuern können. Ein Gebiet, ..., das mit Zug und Bus, mit Jet und Hubschrauber von der Küste bis zum Kral erobert werden kann."

Das alles hübsch garniert mit netten Fotos, auf denen z.B. schwarze Kinder in niedlicher Schulkleidung die „*Touristen mit Jubel begrüßen*"!! Dazu noch konkrete Tips – Fluglinien und Impfungen – jeder ernsthafte Bourgeois möchte am liebsten gleich die Koffer packen und mit seinem Jet losfliegen. – Aber halt – da war doch noch was? Apartheid? Soveto? Wer sich nach den farbenprächtigen Bildern noch daran erinnert, dem sei auf den Weg gegeben:

„*Fast alle Weißen, mit denen der Reisende zusammentrifft, – und es sind bis auf Boys, Kellner, Taxifahrer, Hausdiener, Gärtner, immer nur Weiße – möchtendie Rassentrennung aufgelockert oder beseitigt haben.*"

Na also ...

Mit über 40.000 Touristen aus der BRD rechnet die RSA in diesem Jahr; wir können ihnen nur wünschen, daß sie einmal den „Jubel" der schwarzen Kinder und Jugendlichen zu spüren bekommen!!

Afrika-Kommission

Freispruch für Mörder

RSA. Im AK 92 berichteten wir über die ständig steigende Zahl von ermordeten Häftlingen in den Gefängnissen der RSA.

Einer dieser „mysteriösen Todesfälle" wurde jetzt wieder bekannt:
– Am 18. 3. 76 wurde ein ANC-Militanter in Durban in das Gefängnis eingeliefert. Einen Tag später fand man ihn tot in seiner Zelle.

Seine Mörder standen jetzt vor Gericht. Zwei weiße und zwei schwarze Bullen waren angeklagt, „freiwillig einen Mord begangen" zu haben. Urteil: Freispruch, obwohl ihnen der Mord nachgewiesen werden konnte! Damit ist wohl der Beweis erbracht: Morden gehört zum Handwerk der RSA-Gefängniswärter.
(Angaben nach „Le Monde", 30.10. 1976).

Afrika-Kommission

Massenflucht

RSA. Den einzigen Ausweg, sich vor der faschistischen Repression in der RSA zu retten, sehen viele Schwarze aus den Ghettos in der Flucht aus ihrem eigenen Land. So sollen allein in den letzten Wochen mehr als 130 Studenten aus Soweto nach Swaziland geflüchtet sein. Diese Zahl ist sicherlich um einiges zu niedrig angegeben, denn sie entstammt einer RSA-Zeitschrift.

Neben Hunderten von Toten, Tausenden Verletzten und Inhaftierten haben die Rassisten nun auch noch eine Flüchtlingsbewegung hervorgerufen. Vielen Flüchtlingen geht es darum, ihr nacktes Leben zu retten. Sie waren beim Flugblattverteilen fotografiert worden oder hatten bei Demonstrationen Reden gehalten. Hierauf können sie von den Rassisten zum Tode verurteilt werden (nach „SZ", 9.11.76)!

Afrika-Kommission

Journalisten ausgewiesen und verhaftet

RSA. In der letzten Woche wurden in der RSA wieder einmal zwei Journalisten von den Repressionen der Rassisten getroffen:

– Ein Journalist mußte innerhalb von 48 Stunden das Land verlassen.
– Ein anderer wurde nach dem „Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus" auf unbestimmte Zeit inhaftiert.

Beide Journalisten hatten in den Zeitungen auch von dem Vorgehen der RSA-Polizei gegen die Schwarzen berichtet. Nicht mehr und nicht weniger.

Nach „offiziellen Angaben" sind damit allein in den letzten drei Monaten zwölf Journalisten von den Rassisten gemaßregelt worden. Die tatsächliche Zahl dürfte um ein vielfaches höher liegen! (nach „SZ" 10.11. und „FR", 9.11. 1976)

Afrika-Kommission

BRD-Imperialisten sind die engsten Freunde der RSA-Rassisten

In der zweiwöchigen UNO-Debatte über Südafrika wurden insgesamt neun Resolutionen gegen den Rassismus und Faschismus verabschiedet. Zu den wichtigsten Anträgen gehörte die Verurteilung der USA, England, Israel, BRD, Frankreich und Japan als die *„traditionellen Verbündeten und die wichtigsten Waffenlieferanten"* der weißen Faschisten.

Alle Anträge wurden mit großer Mehrheit verabschiedet.

Diese Tatsachen wären weniger interessant – weil schon lange bekannt –, hätten nicht die BRD-Imperialisten in der UNO und auch anderswo ein Riesenspektakel gegen diese Resolutionen entfacht.

– Von Wechmar (UN-Botschafter) sprach von „Verleumdung und Hetzkampagne", denn *„die Bundesrepublik hat zu keiner Zeit Waffen an Südafrika geliefert"* („Guardian", 11.11.76).

– Die BRD-Regierung meinte, *„wer von Waffenlieferungen an Südafrika spricht, der sagt die Unwahrheit"* (ARD-Fernsehen, 10.11.76).

– Auf internationalen Pressekonferenzen in New York und Bonn wurde behauptet *„es gibt weder Waffenlieferungen, noch Lieferungen ähnlichen Materials an Südafrika"*.

Gegen diejenigen, die für die Resolution gestimmt hatten, wurde dann noch ein Zahn zugelegt. Mit Blickrichtung auf Dänemark – es stimmte für den Antrag – kam die Drohung *„in der EG und NATO müsse man in Zukunft überlegen, wie ein solches Verhalten verhindert werden kann"* (ARD-Fernsehen, 10.11.76).

Die Wahrheit aber sieht anders aus:

– Seit spätestens 1970 werden Ausrüstungsgegenstände der RSA-Armee in der BRD mit NATO-Nummern versehen.

– AEG, Siemens und MAN liefern ständig militärisches Material in die RSA, insbesondere für Nachrichtentechnik („Extra-Dienst", 43/IX 75).

– Über Frankreich liefert die BRD Flug- und Panzerabwehrraketen.

– Israel liefert der RSA die Lizenz für Reshef-Patrouillienboote. Diese Lizenz wiederum kommt von der Lürssen-Werft in Bremen.

– Noch jedem in Erinnerung ist der Besuch des BRD-Generals Rall in der RSA und Namibia, dem *„dort fast alle Türen offenstanden"* („Spiegel").

– Die Spitze der *„nicht existierenden"* Zusammenarbeit ist jedoch die atomare Zusammenarbeit. Während die BRD das Fertigungsverfahren einer Atombombe an die RSA liefert, liefert die RSA der BRD den für sie notwendigen Uranbrennstoff (siehe auch AK 68).

Diese Liste ließe sich seitenlang fortsetzen.

Ebenso wie die BRD liefern die anderen imperialistischen Länder Kriegsmaterial an die RSA:

– England hat im wesentlichen den Beobachtungsstützpunkt Simonstown aufgebaut;

– Frankreich gab erst im Oktober wieder die Lieferung von zwei Torpedo-U-Booten an die RSA zu („Monitor-Dienst", 6.10.76).

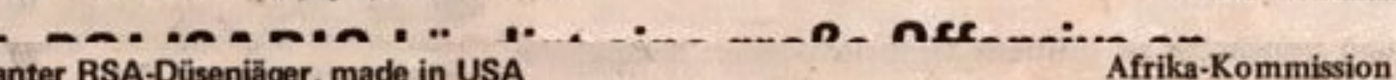
– USA und Israel liefern u.a. Düsenjäger an die RSA, um nur einige Beispiele zu nennen. Selbst der Jüdische Kongress in den USA mußte feststellen, daß die RSA hauptsächlich von diesen Ländern seit 1963 für 2,5 Milliarden DM Waffen gekauft hat („Süddeutsche Zeitung", 11.11.76). (Diese Zahl dürfte noch erheblich untertrieben sein.)

Diese Tatsachen beweisen, daß die Imperialisten eben doch „die natürlichen Verbündeten" der Rassisten in der RSA sind.

Afrika-Kommission

Militär-LKW vor der Verschiffung nach Südafrika in Bremerhaven

Geplanter RSA-Düsenjäger, made in USA



Geplanter RSA-Düsenjäger, made in USA

Afrika-Kommission

Treffen zwischen Bokassa und Kadhafi

Der libysche Staatschef Kadhafi traf am 17.10. in der zentralafrikanischen Republik (ZAR) mit dem Diktator Bokassa zusammen. Dieser Staatsbesuch Kadhafis ging über den Rahmen diplomatischer Gesten hinaus und steht in krassem Widerspruch zu der fortschrittlichen Außenpolitik Libyens im Nahen Osten und besonders Palästina/Libanon. Da Bokassa im Verlauf des Staatsbesuches zum Islam überwechselte, er nennt sich jetzt Salah Ad-Din Ahmad Bokassa, schien sich Kadhafi verpflichtet zu fühlen, zu vergessen, mit wem er sich da eingelassen hat.

Er sagte u.a.: *„Heute erleben wir in Zentralafrika einen neuen fortschrittlichen Vorgang, der auf die Konzentrierung der Anstrengungen für eine Beendigung der Rückständigkeit und zur Erklärung der kulturellen Wachsamkeit gerichtet ist, damit meine ich die Bokassa Operation. Vorwärts!"*

In der „Bokassa-Operation" ist u.a. durchgesetzt worden, daß jeder auch nur irgendwie geartete politische Unterricht in den Schulen mit der Todestrafe (!) verfolgt wird. Doch angesichts des islamischen Lippenbekenntnis des Diktators Bokassa, scheint das für Kadhafi keine Rolle zu spielen. Ebenso trübte das eine Woche zuvor stattgefundene Treffen Bokassas mit Ägyptens Sadat, das zu einer Festigung der beiderseitigen Zusammenarbeit geführt hatte, nicht die „brüderlichen Gefühle" Kadhafis. Und das, obwohl Sadat erwiesenermaßen eine Vielzahl offener und versteckter Provokationen, bis hin zur offenen Kriegsdrohung, gegen Libyen angezettlet hat.

Verständlich wird das „Freundschaftstreffen" der ungleichen Brüder nur durch Kadhafis spleenige Religiösität: *„Der Islam ist eine Freiheitsreligion. Afrika führt einen historischen Kampf um seine Freiheit. Es ist daher nur logisch, daß die Afrikaner den Islam annehmen. Von diesem Punkt an (!) beginnt die kulturelle Revolution."* Nun, der Bluthund Bokassa ist zum Islam übergetreten und der *„Islam betrachtet alle (!) Moslem als Brüder"* (Kadhafi).

(Radio Tripolis zitiert nach Monitor Dienst, 20. und 22.10.76)



Bokassa; dekoriert mit einer Auswahl selbstverliehener Orden

Afrika-Kommission

Kein Phosphat für Hassan

Die ständigen Kampfaktionen der Kämpfer der Frente POLISARIO gegen die saharauischen Phosphatminen von Bou Craa haben jetzt die spanische INI (35% der Aktien) und die marokkanische Gesellschaft OPC gezwungen, alle 300 Minenarbeiter „vorläufig" für die Dauer von 90 Tagen in einen Zwangsurlaub zu schikken. Lediglich 15 Arbeiter und einige Techniker sind noch in der Mine verblieben.

Die Zerstörung mehrerer Hochspannungsmasten sowie des Erz-Förderbandes an verschiedenen Stellen, hatte schon seit längerem den Raub der saharauischen Bodenschätze für den Aggressor Marokko unmöglich gemacht. Hinzu kam, daß es mehrfach Unterstützungsaktionen

unmöglich gemacht. Hinzu kam, daß es mehrfach Unterstützungsaktionen

der Minenarbeiter für die Frente POLISARIO gegeben hatte, so z.B. als sich vier Arbeiter zum Jahrestag des Beginns des bewaffneten Kampfes mitsamt ihrer Lastwagen demonstrativ der Frente POLISARIO anschlossen. Durch die faktische Entlassung der Belegschaft haben Marokko und seine Verbündeten die Hoffnung auf Phosphat-Profite aufgeben müssen. Die F. POLISARIO hat damit eines ihrer wichtigsten militärischen Teilziele erreicht („Cambio 16", 7.11.76).

Zugleich verstärkt der US-Imperialismus die gewaltige Aufrüstung seiner marokkanischen Marionette. So weist das neue „Auslandshilfegesetz" der USA einen erneuten Kredit in Höhe von 89 Mio. US-Dollar für Marokko aus. Zweck: Ankauf von T-12 Flugzeugen. In dieser Waffenlieferung *„sind selbstverständlich die ‚außerordentlichen' Kosten für die marokkanische Aufrüstung im Zusammenhang mit der*

Kosten für die marokkanische Aufrüstung im Zusammenhang mit der

DAR-Sahara Besetzung nicht inbegriffen. Die diesbezüglichen Lieferungen laufen bekanntlich über Jordanien, Saudiarabien und Iran" (Solidarität, SKAAL, Nr. 12/76).

Afrika-Kommission

F. POLISARIO kündigt eine große Offensive an

Ein Sprecher der saharauischen Befreiungsbewegung F.Polisario kündigte in Brüssel gegenüber Journalisten der spanischen Nachrichtenagentur „Efe" an: *„Wir beginnen jetzt mit der wirklichen Offensive"*. Die letzten Militäraktionen *„waren nicht mehr als der Anfang unserer großen Offensive"*. Die marokkanischen und mauritanischen Soldaten seien völlig verstört und demoralisiert.

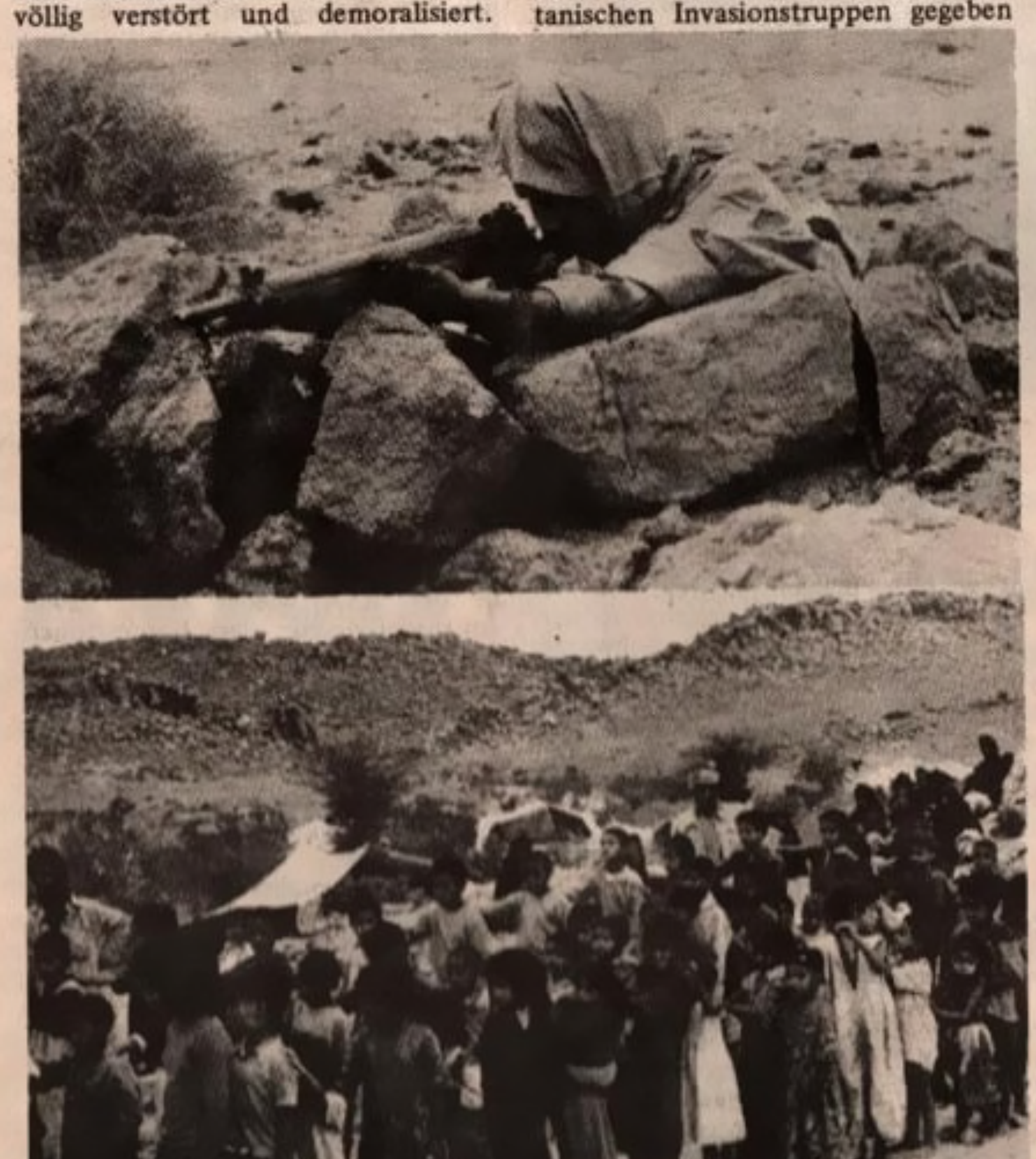
Der Genosse der F.Polisario sagte, sie seien selber *„in gewisser Weise überrascht"* über den Erfolg und die Leichtigkeit bestimmter militärischer Aktionen.

Obwohl es auch schwierigere Operationen gebe, *„haben wir wenig Verluste"* – nicht einmal 10% der Toten und Verletzten, die es auf der Seite der marokkanischen und mauritanischen Invasionstruppen gegeben hat (nach „YA", 30.10.76).

Unsere uneingeschränkte Solidarität gilt diesem mutigen saharauischen Volk, das unter den widrigsten Lebensumständen – aus den Flüchtlingslagern in der Wüste heraus – eine derartige militante Kraft entwickelt hat.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit aber noch einmal auf die gerade um diese Jahreszeit besonders schlimmen Bedingungen in den Flüchtlingslagern hinweisen, in denen etwa 100.000 Saharauis leben müssen. Um diese Jahreszeit gibt es Temperaturschwankungen zwischen Tag und Nacht bis zu 35 Grad, es wird warme Kleidung, besonders für Kinder benötigt. Nach wie vor besteht Mangel an Medikamenten. Der KB hat die Möglichkeit, jede Art von Spenden, natürlich auch Geldspenden, an die F.Polisario weiterzuleiten.

Afrika-Kommission



Die Basis des bewaffneten Kampfes sind die Flüchtlingslager

Einheitsfront in Djibouti

Die Zusammenarbeit zwischen der Befreiungsbewegung FLCS sowie der legalen Massenbewegung LPAI ist jetzt durch die Verabschiedung eines gemeinsamen Kommuniques, das unter anderem weitere Treffen der beiden genannten Bewegungen sowie einer Gruppe fortschrittlicher Abgeordneter des von Frankreich installierten „Parlaments" vorsieht, konkreter geworden. *„Die nationalen Gruppen haben bei der Erörterung der Haupthindernisse für die Unabhängigkeit Djiboutis beschlossen, die imperialistischen Verschwörungen und Taktiken zu vereiteln, die die Einheit und die tatsächliche und wirkliche Unabhängigkeit der Bewohner der von Frankreich beherrschten somalischen Küste verhindern wollten."* (Radio Mogadisco 24.10., zitiert nach Monitor Dienst, 26.10.76). Damit sind die Absichten der französischen Kolonialisten, die LPAI für eine neo-koloniale Scheinunabhängigkeit unter Auschluß der FLCS zu benutzen (siehe AK 86) offensichtlich gescheitert. Das ist ein großer Fortschritt für das Volk der Afar und Issa in ihrem Kampf um totale Unabhängigkeit!

Afrika-Kommission

Gefangene in Zimbabwe gefoltert

Während in Genf von den Rassisten über einen „friedlichen" Übergang geredet wird, wurde zu gleicher Zeit ein Bericht über die Lage der politischen Gefangenen in Zimbabwe bekannt.

Hiernach sind mindestens 3.000 politische Gefangene „offiziell" registriert, darunter 58 zum Tode Verurteilte.

Unter ihnen sind auch 70jährige Männer und Frauen.

Viele von ihnen werden monatelang in Einzelhaft gehalten, mit Elektroschocks, Schlägen auf die Genitalien, Verbrennen mit Zigaretten und Wassertorturen gefoltert.

In den Zellen müssen die Gefangenen zwischen ihren Exkrementen schlafen. Sie haben keine Decken und kein Bett. Kaum besser geht es der „frei lebenden" schwarzen Bevölkerung in den „Wehrdörfern".

Ab 18 Uhr herrscht Ausgangssperre, die umzäunten Dörfer werden abgeschlossen und jeder, der das Ausgangsverbot nicht beachtet, wird sofort erschossen! (Angaben nach „Neues Deutschland", 3.11.76).



Von den Söldnern des Smith-Regimes grausam ermordete Freiheitskämpfer Zimbabwes

Afrika-Kommission

Putsch in Burundi

Am 1.November putschte in Burundi (Kleinstaat in Ostafrika) ein Oberstleutnant Bagaza gegen die 10-jährige brutale Herrschaft des Kompradoren Michel Micombero. In dem 1. Kommunique nach dem Putsch wird die Bildung eines 30-köpfigen „Revolutionsrats" bekanntgegeben, alle Organe der Einheitspartei sind aufgelöst, der Flughafen sowie die Grenzen sind bis auf weiteres geschlossen. Der Putsch soll unblutig verlaufen sein; im übrigen soll es keinerlei – weder begrüßende noch ablehnende – Reaktionen der Bevölkerung gegeben haben. Das Kommunique beschreibt die politische und wirtschaftliche Lage Burundis, welches *„ausgebeutet wurde von mannigfaltigen Clans der egoistischen Politiker, gierig nach persönlicher Macht und nach materiellen Gütern"* (Informationen nach „Le Monde" vom 3.11. und 5.11.). Gleichzeitig wurde betont, daß sämtliche *„außenpolitischen Verpflichtungen des Landes respektiert und die gutnachbarlichen Beziehungen mit den benachbarten Ländern fortgesetzt würden"* (Neue Züricher Zeitung, 6.11., gemeint sind die Nachbarländer Zaire und Ruanda, s.u.).

Die „Verurteilung" der Mißstände und brutalen Herrschaftsmethoden des jeweiligen Vorgängers gehört in aller Regel zu den üblichen ersten Verlautbarungen nach gelungenen Putschversuchen in den Kompradoren-Staaten der „3.Welt". Tatsache ist, daß Bagaza, genau wie sein Vorgänger Micombero, Schüler der belgischen Militärakademie war, seit 1971 wichtige Posten in der Armeeführung des Landes bekleidete und somit schon mehrere Jahre an den Schaltstellen des vorigen Terrorregimes gearbeitet hat.

Bleibt abzuwarten, wie und ob sich die Sprüche der neuen Machthaber in Taten umsetzen oder ob nicht nur eine Auswechslung der Kompradoren-Chefs stattgefunden hat. Nur eins kann man wohl – bei einer Betrachtung der Geschichte des
Kompradoren-Chefs stattgefunden hat. Nur eins kann man wohl – bei einer Betrachtung der Geschichte des
Kleinstaats, auf die im Folgenden eingegangen wird – mit Sicherheit sagen: Viel schlimmer kann es nicht werden.



Armut und Abhängigkeit

Burunde gilt als der viertärmste Staat der Erde. Die burundische Wirtschaft ist total abhängig von einem einzigen Exportprodukt: von Kaffee, der zu 89% von den USA abgenommen wird. Auf der anderen Seite werden fast die gesamte Energie sowie Industrieprodukte und Konsumgüter aus Europa importiert. Mineralvorkommen, die z.T. schon lange erschlossen sind (Nickel-,Uran-, Gold- und Kohlevorkommen), sind für den Imperialismus wegen der langen Transportwege zum Ozean bis heute noch uninteressant geblieben. Fazit: Preisschwankungen auf dem Weltmarkt oder ein eventueller Boykott würden unmittelbar die chronische Hungersnot Burundis ins Unermeßliche steigern.

Das Pro-Kopf-Einkommen beträgt durchschnittlich 40 Dollar im Jahr (!), wovon aber nur 15 Dollar bar ausgezahlt werden, der Rest in Naturalien (Handelsblatt, 5.2.69).

Von 1000 geborenen Kindern sterben 150 im ersten Lebensjahr (Frankreich: 22) (nach B.Holtz, Burundi, S.12).

Zehn Jahre tribalistische Tyrannei

Der Kolonialismus hat in Afrika Hunger und Armut hinterlassen und die Weltwirtschaftordnung hat diesen Zustand für die Völker der „3.Welt" allemal verschärft. In Burundi hat die seit 10 Jahren herrschende tribalistische Tyrannei zu einer Situation der weiteren Auszehrung der Bevölkerung geführt.

Zunächst schien es, daß ein relativ antiimperialistisches Regime die Kolonialzeit Burundis (bis 1918 Deutsches Reich, danach bis 1962 unter belgischem Mandat) beenden würde. 1958 gründete sich die UPRONA (Partei der Einheit und des nationalen Fortschritts), der damals Mitglieder der beiden größten ethnischen Gruppen, der Watussis und der Bahutus, angehörten.

Die UPRONA trat für den sofortigen Abzug der belgischen Truppen, für die nationale Unabhängigkeit und eine Bodenreform ein (Neues Deutschland (ND), 19.1.65). 1961 gewann sie mit 85% die Parlamentswahlen, ihr Premierminister Rwagasore wurde einen Monat später im Auftrag der monarchistischen Opposition ermordet.

Zaghafte nationalistische Ansätze (Unterstützung der Kongo-Guerillas, ND,19.1.65) und Ansätze einer Umorientierung der Außenpolitik, wie z.B. die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur VR China (Welt, 18.7.65) und der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur RSA und zum faschistischen Portugal (NZZ, 14.11.63), wurden Ende 1965 abrupt durch die Ermordung sämtlicher (!) Parlamentsangehöriger (FAZ,8.1.66) und durch den Putsch des an der belgischen Militärakademie ausgebildeten Offiziers Michel Micombero beendet.
des an der belgischen Militärakademie ausgebildeten Offiziers Michel Micombero beendet.

Seine Herrschaftsmethode bestand in der Ausnutzung des alten vom Imperialismus gezüchteten Rassendenkens. Im November 1966 erklärte er sich zum Staatspräsidenten und regierte seitdem mit blutigsten Ausrottungsfeldzügen gegen die Bahutu-Mehrheit und tribalistischer Bevorzugungspolitik zugunsten der Watussis. Das berüchtigte Massaker (1972) kostete offiziell (lt. UNO-Bericht) mindestens 80.000 (!) Menschen das Leben (NZZ, 31.7.72), wobei sich die erste Vernichtungswelle ganz gezielt (mit Namenslisten, lt. B.Holtz, S.48) gegen die Elite der Bahutus richtete, wozu in Burundi schon Facharbeiter und niedrige Staatsangestellte zählen.

Anlaß des tausendfachen Massakers war ein angeblicher Aufstand von Teilen der Bahutu-Bevölkerung mit angeblicher Unterstützung revolutionärer Guerillas aus Zaire (sog. „Mulelisten", benannt nach Mulele, einem hingerichteten Revolutionär aus Zaire). Das würde auch die eilige Hilfe Mobutos erklären, der auf Bitten Micomberos sofort Truppen aus Zaire zur Niederschlagung des Aufstandes in Marsch setzte (NZZ, 5.5.72, FAZ, 4.5.72, IZ3w Nr.19, Okt. 72).

Europäische Piloten (Frankreich) am Steuer zairischer Kampfflugzeuge griffen ebenfalls zur Unterstützung der Truppen Micomberos ein (IZ3w Nr. 19, Okt.72).

Das Massaker ist eines der grausigsten Beispiele des vom Imperialismus gezüchteten Tribalismus, der vor der Kolonialisierung in Afrika völlig unbekannt war und erst durch die imperialistische Teile- und Herrsche-Politik Eingang ins Denken – allerdings nur der afrikanischen Elite – fand. Der Tribalismus als Mittel zur Herrschaftssicherung ist auch in erster Linie nur Anreiz für die Elite , wenn es um den Kampf um die größten Brosamen geht, die von der Ausbeutung durch den Imperialismus abfallen. Amilcar Cabral hat das folgendermaßen zusammengefaßt: *„Es gibt keine Dispute zwischen den einzelnen Stämmen Afrikas, sondern nur zwischen ihren Eliten"*(zit. in M.Traber: Das revolutionäre Afrika). Daß diejenigen Köpfe, die den Tribalismus anpeitschen und gleichzeitig von ihm profitieren, selbst sehr wohl über derartigen rassistischen Mummenschanz erhaben sind, zeigen u.a. die herzlichsten Beziehungen zwischen Burundi und dem Nachbarstaat Ruanda, in dem seit 1959 die Elite der Bahutu an der Macht sitzt. Seit dem Massaker von 1972 pflegen Burundi, Ruanda und Zaire allemal noch intensivere Beziehungen. Recht deutlich wurde das erst kürzlich wieder auf einem Gipfeltreffen dokumentiert, auf dem eine Wirtschafts-Dreier-Gemeinschaft gegründet wurde und auf dem sich die drei Staatschefs *„befriedigt über ihre sich einander nähernde Außenpolitik"* äußerten (Radio Kigali lt. „Monitor-Dienst" v. 27.9.76). Das ganze Schlußkommunique schwelgt von gegenseitigen Freundschaftsbekundungen. Wer die Dominanz in dieser Dreiergemeinschaft ausübt, läßt sich
genseitigen Freundschaftsbekundungen. Wer die Dominanz in dieser
Dreiergemeinschaft ausübt, läßt sich erahnen, wenn man betrachtet, daß Burundi nahezu 100 % seiner gesamten Energie aus Zaire einführt (B. Holtz, a.a.O., S. 20).

Unter anderem an der Haltung zu diesem Unterordnungsbündnis (und Zaire ist ja bekanntlich Statthalter des US-Imperialismus in dieser Region) wird man die „Fortschrittlichkeit" des neuen „Revolutionsrats" in Burundi messen können.

Afrika-Kommission

Menschenjagd in Äthiopien

Der Terror der herrschenden Militärjunta gegen die demokratische Opposition scheint chilenische Ausmaße anzunehemen. Der Auslands-Pressedienst der EPRP (Ausgabe vom 22. Okt. 76) meldete, daß der DERG in und um Addis Abeba einen Ausnahmezustand verhängen will, der noch schlimmere Repression bringen soll als bisher verhängte Ausnahmezustände:

Die gesamte Bevölkerung soll 72 Stunden lang nicht die Häuser verlassen dürfen, während Polizei und Armee Haus für Haus nach Waffen und Gegnern des Regimes durchkämmen. Was den Demokraten und Revolutionären dabei blühen soll, läßt sich unter anderem aus den Erfahrungen des Ausnahmezustandes vor einem Jahr entnehmen, wo viele hundert von ihnen auf LKW's getrieben, in KZ's verschleppt oder gleich an Ort und Stelle ermordet wurden. Der EPRP-Pressedienst berichtet auch, daß Killerkommandos des DERG (besonders von der durch Zionisten trainierten „Flammen-Brigade") schon seit Wochen Überfälle auf Menschenansammlungen verüben, in denen Revolutionäre vermutet werden. So drangen sie z.B. in Bars oder studentische Seminare ein und mähten mit MG's alle Anwesenden nieder.

Es ist bezeichnend für die hiesige bürgerliche Presse, daß von all dem Terror praktisch nichts berichtet wurde. Lediglich Anfang November gab es eine Meldung, die sogar durch die Radionachrichten kam: Der DERG machte bekannt, daß er 23 Genossen der EPRP hinrichten ließ. Sie waren beschuldigt worden, ein Attentat auf Regierungschef Mariam verübt zu haben, sowie auf Fikre Merid (ein Mitglied der Haile-Fide-Gruppe, des politischen Beraterstabs der Junta) und einen Bombenanschlag auf ein politisches Schulungszentrum der Regierung.

Die Tatsache, daß der DERG jetzt den Ausnahmezustand verhängen will, deutet darauf hin, daß der seit dem 7.10.76 offen besonders gegen die EPRP erklärte Krieg der Junta nicht die erwünschte Totenstille, sondern eine weitere Verschärfung der Kämpfe gebracht hat. So berichtet der EPRP-Pressedienst von Überfällen ihrer revolutionären Armeeorganisation EPRA auf Soldatenposten in der Hauptstadt und auf dem Land, gelungenen Exekutionen reaktionärer Offiziere und bekannter Folterexperten, und auch von zunehmenden Desertationen von Soldaten und Offizieren aus der äthiopischen Armee, die sich dem revolutionären Widerstand anschließen.

Letzte Meldung: Nach einer Kleinst-Meldung der Süddeutschen Zeitung vom 11.11.76, die sich auf die äthiopische Nachrichtenagentur ENA beruft, haben Polizei und Militärs bereits mit den Terror- und Durchsuchungsaktionen begonnen. Außer der systematischen Durchkämmung aller Häuser der Hauptstadt Addis Abeba werden von Militärpatrouillen ständig Brücken, Banken und öffentliche Gebäude bewacht und Leibesvisitationen durchgeführt. Außerdem wird gemeldet, daß die EPRP den ständigen Sekretär im Ministerium für Arbeit und Soziales, Zewde Quetenet, liquidiert hat.

Afrika-Kommission

Gemeinsames Manöver Elfenbeinküste – Frankreich

Für viele der ehemals französischen Kolonien Westafrikas hat die formale Unabhängigkeit kaum reale Veränderungen gebracht. Zwei aktuelle Meldungen aus der Elfenbeinküste bestätigen dies:

– Im Oktober fand ein gemeinsames Großmanöver der Elfenbeinküste mit seinem „Mutterland" statt. Ziel der Übung, die mit scharfer Munition durchgeführt wurde, war die Ausbildung der Landstreitkräfte der Elfenbeinküste zur Unterstützung der (französischen!) Luftwaffe. Außerdem wurde einigen Piloten der Elfenbeinküste der Umgang mit dem französischen Überschallflugzeug „Jaguar" beigebracht („AFP", 21.10. nach „Monitor-Dienst", 23.10.).

– In Übersee hat Frankreich ungefähr 20.000 Soldaten in 7 Kommandos. In der Elfenbeinküste sind 400, nämlich das 4. Bataillon der Marineinfanterie, dazu eine Abordnung der Luftwaffe (mit Hubschrauber) und der Feldpolizei. In Abidjan (Hauptstadt) gibt es ein autonomes Kommando französischer Truppen.

Die Sicherung des französischen wirtschaftlichen Einflusses in der Elfenbeinküste, wurde durch einen neuen Vertrag unterstrichen. Der Aufenthalt der 40.000 Franzosen, die überwiegend in Spitzenpositionen der Wirtschaft, der Verwaltung und des Erziehungssystems sitzen, wurde durch Dreijahresverträge weiterhin gewährleistet. Mit Senegal, Kamerun und Benin wurden die gleichen Verträge abgeschlossen (nach „Le Monde", 20.10.76).

Afrika-Kommission

Emanzipation und Islam ...

Im Oktober wurde auf der Panafrikanischen Messe in Algier der Stand der „Editions des Femmes" (Frauenverlag in Paris) abgeräumt. Angehörige des algerischen Religionsministeriums fanden unter anderem „Schrei leise, die Nachbarn könnten dich hören" (ein Buch, das Gewalt gegen Frauen behandelt) und „O Mama, küß mich noch einmal" (behandelt Mutter-Kind-Beziehungen) zu freizügig und nicht mit der islamischen Lehre vereinbar. Die Vertreter des Verlags waren erstaunt: *„Wir haben die Nationalcharta gelesen, wir waren beeindruckt von den sozialistischen Zielen Algeriens und von den Passagen, die die Frauen betreffen. Wir waren der Meinung, den gleichen Kampf zu führen."*

Der Verlag wollte seinen Stand auch ohne die angegriffenen Bücher fortführen, doch die Frauen konnten nicht einmal dies durchsetzen. Nach langen Verhandlungen durften sie einen neuen Stand beziehen, aber nur Plakate von Buchanzeigen und Kataloge zeigen.

Diese Offensive ist verwunderlich, weil einige Publikationen des Verlages auch sonst in Algerien offiziell verkauft werden, doch hiermit sollten die algerischen Frauen anscheinend gewarnt werden vor einer zu starken „Europäisierung", d.h. die Emanzipation der Frau wird als „importierte Idee" dargestellt. Hieran zeigt sich, daß auch in einem fortschrittlichen Land wie Algerien es die Frauen schwer haben, sich gegen Religion, Tradition etc. durchzusetzen und die Gleichbereichtigung auf dem Papier noch lange nicht eine tatsächliche Gleichberechtigung garantiert („Le Monde", 13.10. und 15.10.76).

Nahost-Kommission

naher osten

Ein Schahbüttel bei Attentat lebensgefährlich verletzt

Auf den Kulturattache der persischen Botschaft in Paris, Houmayoun Keykavoussi, wurde am 2.11. in Paris ein Attentat verübt. Er wurde durch mehrere Schüsse schwer verletzt, die Täter entkamen auf einem Motorrad („Frankfurter Rundschau" – „FR", 4.11.)

Bei dem sogenannten Kulturattache handelt es sich tatsächlich um einen bekannten Agenten der Schah-Gestapo SAVAK, der in Frankreich die Verfolgung oppositioneller Iraner leitete (Pressekommunique der CISNU und „FR", 4.11.). Die Verantwortung für den Anschlag übernahm nach westdeutschen Presseberichten („dpa") eine Organisation „Internationale Brigaden Reza Rezai" (Reza Rezai ist ein Revolutionär, der von der faschistischen Geheimpolizei ermordet wurde), nach der französischen Nachrichtenagentur „AFP" seien die Attentäter französische Staatsbürger gewesen (Pressekommunique der CISNU).

Nach dem Attentat bewies die französische Regierung, wie gut und gern sie mit dem Schah zusammenarbeitet: Ohne jeden Beweis ließ sie 10 in Frankreich lebende Cisnu-Genossen und andere iranische Demokraten verhaften. Die CISNU protestierte sofort und forderte vollständige Freilassung: *„Wer heute noch dieses Regime unterstützt, ist ein offener Kollaborateur des Faschismus und macht sich zum Komplizen eines der barbarischsten Regime, das laut Jahresbericht von Amnesty International von 1975 ‚das Land mit den meisten Todesurteilen der Welt ist.' Wir werden uns durch diese Kollaborateure, wenn sie auch Giscard d'Estaing heissen.... nicht einschüchtern lassen, den Faschismus im Iran weiter anzuprangern..."* (Pressekommunique der CISNU).

Inzwischen mußten die 10 verhafteten Genossen wieder frei gelassen werden.

Nahost-Kommission

Liefert die Sowjetunion flüchtende Revolutionäre dem Schah aus?

Ende Oktober entschied der Schah, den einen Monat zuvor mit einem Doppeldecker aus der Sowjetunion geflüchteten Piloten Jakimow, Leutnant der Roten Armee, nicht nach den USA ausreisen zu lassen, sondern an die Sowjetunion auszuliefern.

Die iranische Regierung begründete ihre Entscheidung, dem sowjetischen Auslieferungsbegehren nachzukommen, damit, daß Jakimow politische Motive abzusprechen seien, und er als „gewöhnlicher Krimineller" nach dem vor drei Jahren abgeschlosssenen iranisch-sowjetischen Kooperationsabkommen, das Maßnahmen zur „Bekämpfung von Flugzeugentführungen" vorsehe, ausgeliefert werden müsse („Neue Zürcher Zeitung" – „NZZ", 26.10. und „Süddeutsche Zeitung" – „SZ", 25.10.).

Für das faschistische Schahregime, das im eigenen Land und in aller Welt durch seine Spitzelapparate gegen jede linke und fortschrittliche Bewegung vorgeht und dessen Diktator Reza Pahlewi ständig zum Kampf gegen „den Kommunismus" aufruft, ruft diese Entscheidung zunächst großes Erstaunen hervor.

Grundlage dafür scheint jedoch zu sein, daß sich der Schah bei der Sowjetunion dafür revanchiert hat, daß die Revisionisten ihre Südgrenze zum Iran für vor den Mordbanden des Schah flüchtende Revolutionäre, die im offiziellen Sprachgebrauch des Schahs „islamische Marxisten" heissen, geschlossen hat und Zuflucht nur Mitgliedern der revisionistischen Tudeh-Partei des Iran gewährt. Diese Liebesdienste möchte sich der Schah weiter sichern: *„Die Iraner können nach Meinung von Beobachtern nun darauf hoffen, daß sich Moskau bei Gelegenheit ähnlich verhält: Unbestätigten Meldungen zufolge soll die Sowjetunion an der Grenze bereits in der Vergangenheit mehrfach Iraner zurückgewiesen haben, die als Mitglieder des politischen Untergrunds der „Islamischen Marxisten" auf der Fahndungsliste der Teheraner Sicherheitszentrale ganz oben standen. Gerade jetzt spitzen sich laut dpa die blutigen Auseinandersetzungen zwischen der iranischen Sicherheitspolizei und dem politischen Untergrund zu"* („SZ", 25.10.).... *„Lediglich Mitgliedern der längst verbotenen kommunistischen ‚Tudeh'-Partei Irans hat der Ostblock Asyl gewährt"* („NZZ", 26.10.).

Die politische Zusammenarbeit der Revisionisten mit dem faschistischen Schahregime ist von einem sprunghaften Anwachsen der wirtschaftlichen Beziehungen begleitet. Die Sowjetunion eröffnet dem Schahregime zunehmend die Möglichkeit, die Waren, die es auf den westlichen imperialistischen Märkten nicht absetzen kann – die Imperialisten sind nur an Rohstoffen, vor allem dem persischen Öl interessiert – in die Sowjetunion zu verkaufen: Textilien, Schuhe, Gas, Baumwolle, Trockenfrüchte und Mineralerze. Die Sowjetunion liefert dafür Maschinen, Lastwagen, Chemikalien usw., alles Produkte, bei denen der Schah bei seinen Einkäufen im Westen lieber zugunsten seine Waffen- und Atomkraftkäufe spart. Indirekt unterstützt die Sowjetunion damit den Ausbau des Irans zu einer Großmacht der Region, die einmal ihr selbst gefährlich werden wird.

Wenige Tage vor dem Auslieferungsentscheid wurde in Teheran ein neues sowjetisch-iranisches Handelsabkommen über die nächsten fünf Jahre abgeschlossen. Es sieht ein Handelsvolumen von über drei Milliarden Dollar vor und liegt dreimal höher (!) als der Umfang des vorherigen Abkommens, das allerdings schon sowieso um 60% übertroffen wurde (1,6 Milliarden Dollar in den letzten fünf Jahren statt der vorgesehenen 1 Milliarde Dollar) (Informationen nach „Monitor-Dienst", 22.10.).

Nahost-Kommission

Südjemen: Fest an der Seite der PFLO

Anläßlich des 13. Jahrestages der Revolution hat Abd Al-Fattah Ismail, der Genenralsekretär der Vereinigten Politischen Organisationen der Nationalen Front der Demokratischen Volksrepublik Jemen, die Bevölkerung des Landes angesichts der Ereignisse im Libanon und in Oman zur verstärkten Wachsamkeit aufgerufen. Ismail bezeichnet die Qabus-Regierung des Oman als „Marionettenregime, als ein nicht-nationales Regime": *„Wegen der Übergabe eines Stützpunktes in Oman an die Amerikaner durch Sultan Qabus, der Erlaubnis für die iranische Reaktion, die arabischen Inseln im Golf zu besetzen und wegen der gegenwärtigen Präsenz iranischer Kräfte auf dem Hoheitsgebiet von Oman, die die bewaffnete Revolution unter Führung der PFLO zu liquidieren versuchen, sind wir der Auffassung, daß es sich bei diesem Regime um ein Marionettenregime handelt. Deshalb kann es zwischen uns und diesem Regime keinerlei Verständigung und keine Beziehungen geben . . . Wir unterstützen jeden entschlossenen Kampf, und wir unterstützen all die arabischen Kräfte, die gegen die iranische Präsenz in Oman auftreten. Außerdem unterstützen wir die Volksfront für die Befreiung (PFLO) gegen dieses Marionettenregime von Qabus..."* („Radio Aden", 14.10., nach „Monitor-Dienst", 21.10). Damit ist der Genosse Ismail mit klaren Worten nochmal allen Spekulationen in der bürgerlichen Presse der letzten Monate entgegengetreten, Südjemen unterstütze die PFLO nicht mehr und habe im antiimperialistischen Kampf in der Region nachgelassen.

Im weiteren Teil seiner Rede bedankte er sich für die Unterstützung „*d e r s o z i a l i s t i s c h e n L ä n d e r*", die die Revolution gestärkt und ihr eine kontinuierliche Entwicklung ermöglicht habe (ebenda).

Zu den Kämpfen im Libanon sagte der Genosse, daß sie nicht nur die Liquidierung der progressiven Kräfte im Libanon und der Palästinenser zum Ziel hätten, sondern *„die Liquidierung der arabischen Befreiungsbewegung als Ganzes"* ....*„Ihre Niederlage* (ist) *auch unsere Niederlage und ihr Sieg ist auch unser Sieg. Dies ist unser Ausgangspunkt bei unserer Unterstützung... Wir sind der Meinung, daß dieser zionistische imperialistische Plan und die isolationistischen und reaktionären Kräfte, die damit in Verbindung stehen, in der Tat eine Gefahr darstellen, die nicht übersehen werden darf. Zugleich sind wir der Meinung, daß grundsätzlich jede Intervention eines Landes gegen ein anderes Land unlogisch und nicht akzeptabel ist..."* (ebenda).

lateinamerika aktuell

Zerfall des Andenpakts – Chile hat neue Freunde

Wie erwartet, ist Chile aus dem Andenpakt ausgetreten, nachdem es schon drei Jahre lang die Arbeit des Andenpaktes sabotiert hatte.

Zur Erinnerung: Der Andenpakt wurde unter wesentlicher Beteiligung Freis und Allendes 1968 gegründet, um die nationalen Wirtschaften, Chiles, Perus, Kolumbiens, Venezuelas, Ekuadors und Boliviens nicht völlig den Imperialisten zu überlassen und eine engere Zusammenarbeit zwischen diesen Ländern zu erreichen. Dies wollte man durch eine gewisse Kontrolle des Auslands-Kapitals erreichen, vor allem sollte nicht der gesamte Gewinn imperialistischer Konzerne außer Landes geschafft werden.

Gerade aber dieser, wenn auch nur sehr begrenzte, antiimperialistische Charakter war den chilenischen Militärs ein Dorn im Auge. So wurde durchgesetzt, daß statt 14 künftig 20% des Profits abgezogen werden darf, und gefordert, daß auf jegliche Restriktionen verzichtet werden müßte. Ebenso sind sie gegen die Vorstellung, daß nationale Kapital zu 30-51 % an den ausländischen Unternehmen zu beteiligen und gegen eine gemeinsame Zollmauer von 60-70%, um das nationale Kapital zu schützen. Chile sieht seine politische Heimat inzwischen mehr bei den sogenannten Plata-Staaten, es dind dies die faschistischen Militärdiktaturen im Süden Lateinamerikas: Argentinien, Bolivien, Brasilien, Paraguay und Uruguay. Zwischen diesen Staaten und Chile findet schon länger eine Zusammenarbeit in der Unterdrückung der Linken Lateinamerikas statt, z.B. der Chileflüchtlinge in Argentinien, die Zusammenarbeit der Geheimdienste usw. Jetzt soll die außenpolitische Isolierung der chilenischen Militärjunta durch offizielle Erweiterung diplomatischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit weiter durchbrochen werden. Es entsteht so im ganzen Süden Lateinamerikas eine Front faschistischer Staaten, die wirtschaftlich und politisch eng zusammenarbeiten, antiimperialistische Überlegungen spielen natürlich keine Rolle mehr, ausländische Investitionen sind hochwillkommen, an irgendwelche Einschränkungen wird nicht mehr gedacht.

Lateinamerika-Kommission



Der größte Teil Lateinamerikas besteht aus den „Plata-Staaten"; sie übertreffen sich gegenseitig in der brutalen Unterdrückung der Arbeiter und Bauern.

Kuba kündigt Abkommen mit den USA über Luftpiraterie

Über den Absturz einer kubanischen

Verhaftet wurde ebenfalls der

Über den Absturz einer kubanischen Verkehrsmaschine vor der Küste der Insel Barbados, bei dem am 6. Oktober infolge eines Anschlages alle 73 Insassen ums Leben kamen, sind jetzt neue Fakten bekannt geworden. Alle Anzeichen deuten auf die Kampforganisation „Coru" hin, in der sich fünf antikommunistische exilkubanische Gruppen zusammengeschlossen haben. Ihr Ziel ist es, gezielt kubanische Einrichtungen im Ausland anzugreifen. („Frankfurter Rundschau", „FR", 22.10.76).

Nach Meldungen der US-Zeitung „Washington Star" soll die gleiche Gruppe auch für die Ermordung des ehemaligen chilenischen Außenministers Orlando Letelier in Washington am 6. September 76 verantwortlich sein. („Süddeutsche Zeitung", 4.11.76).

Finanziert wird diese Gruppe außer vom CIA auch von der chilenischen Militärjunta. In der kubanischen Hauptstadt Havanna wurde auf einer Pressekonferenz Carlos Rivero Collado vorgestellt, der nach seinen Angaben einer dieser Gruppen in den USA angehörte und dann freiwillig nach Kuba zurückkehrte. Rivero erklärte, unmittelbar nach dem Staatsstreich in Chile sei Ende September 1973 der chilenische Oberst Eduardo Sepulveda nach Miami gekommen und habe dort ein Abkommen mit den Exilkubanern getroffen. Darin habe sich die Militärjunta verpflichtet, der antikommunistischen Bande mit Waffen und Geld zu helfen. („FR", 22.10.76).

Ihr Chef, der Arzt Orlando Bosch, wurde zusammen mit vier anderen Personen nach dem Sabotageakt gegen die kubanische Maschine in Venezuela verhaftet („Monitor-Dienst", „MD", 19.10.76).

Verhaftet wurde ebenfalls der ehemalige Kommissar der politischen Polizei Venezuelas, Luis Posada, der für seine Verbindungen zum CIA bekannt ist, und der bis zum Sieg der kubanischen Revolution im Jahre 1959 der Polizei des kubanischen Batista-Regimes angehört hatte. („MD", 19.10.76).

Massenproteste in Kuba

Vor mehr als einer Million Menschen in Havanna bezeichnete Fidel Castro den CIA und Washington als Hauptschuldige für das blutige Attentat. In seiner Ansprache erklärte Fidel, das vor drei Jahren mit den USA unterzeichnete Abkommen über Piratenakte auf See und in der Luft zum 15. April 1977 aufzukündigen. Castro sagte wörtlich: *„Kuba hat niemals Propaganda für Flugzeugentführer gemacht und wird dies auch in Zukunft nicht tun. Aber die US-Regierung war nicht in der Lage, Geist und Buchstaben des ... Abkommens zu erfüllen. Nachdem bei einem Piratenangriff bei Florida ein kubanischer Fischer ermordet und zwei Boote vernichtet wurden, ... wiesen wir die US-Regierung warnend darauf hin, daß, falls sich solche Zwischenfälle wiederholen, ... das Abkommen nicht mehr in Kraft sein würde... Und wir werden mit den Vereinigten Staaten kein Abkommen dieser Art mehr unterzeichnen, bis die gegen Kuba gestartete Terrorkampagne definitiv beendet ist...*

Zwischen einem Aggressorland und einem angegriffenen Land kann es keine Form der Zusammenarbeit geben"... („MD", 19.10.76).

**Lateinamerika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg**

Streiks in Argentinien

Nachdem rund 70 000 Arbeiter verschiedener Automobilwerke in Argentinien für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne zum Teil mehrere Wochen lang streikten, traten Mitte Oktober die Arbeiter der staatlichen Elektrizitätsbetriebe Segba und Italo in den Streik. Anlaß war die Entlassung von 250 Arbeitern, die aus Rationalisierungsgründen gefeuert wurden. Tatsächlich handelte es sich um politische Entlassungen, denn unter den Arbeitern befanden sich die aktivsten Gewerkschafter. Die Arbeiter streikten gegen die Entlassungen und gegen die Kündigung der kollektiven Arbeitsverträge, die eine Reihe von materiellen Nachteilen zur Folge hatten. Als Kampfmittel legten die Arbeiter teilweise den Strom lahm, so daß er in Buenos Aires völlig ausfiel. Der Streik dauert mittlerweile schon über vier Wochen an.

Der Streik ist auf andere Betriebe ausgedehnt worden, da die Elektrizitätsgewerkschaft „Luz y Fuerza" mit 30 000 Mitgliedern zu den kampfstärksten des Landes zählen.

Der Streik brach in einer Situation aus, nachdem die faschistische Militärregierung Videla sämtliche Streiks verboten hatte. Zum ersten Male setzte die Junta Polizei und Armee gegen die Streikenden ein. Die Arbeiter gingen nur an die Arbeit, wenn die Militärs mit dem Gewehr hinter ihnen standen.

Die Streiks nehmen auch in einigen anderen Bereichen zu. So streiken seit 14 Tagen die 9000 Stauer und Maschinisten im Hafen von Buenos Aires gegen den Reallohnzerfall und Kürzungen der Zulagen für Überstunden und Nachtarbeit.

Auch die Bankangestellten traten in den Streik, da sie – als Halbtagsbeschäftigte – die andere Hälfte des Tages dazu nutzten, anderswo ihr Gehalt aufzubessern. Diese Möglichkeit ist ihnen nun genommen worden.

Konfrontation spitzt sich zu

Die Massenstreiks machten die bestehenden Differenzen innerhalb des Militärs deutlich; zu größeren Verhaftungswellen ist es nach den vorliegenden spärlichen Informationen bisher noch nicht gekommen, die Junta hat noch nicht die direkte Konfrontation mit den Arbeitern gesucht. Die Differenzen innerhalb der Junta werden auch daran erkennbar, daß das argentinische Arbeitsministerium die Verantwortung der Streiks dem Wirtschaftsministerium in die Schuhe geschoben hat. Die Junta versucht seit längerem, die Gewerkschaften in den Griff zu bekommen und von dort aus die Arbeiter zu kontrollieren. Allerdings ist es mehr als fraglich, ob es der Junta gelingen wird, die Gewerkschaftsbewegung zu kontrollieren. Bisher sind diese Versuche gescheitert. Nach Angaben der „FR" vom 18.10.76 üben der internationale Währungsfonds und die Weltbank, die der Segba einen 125-Millionen-Dollar-Kredit gewährten, Druck auf die Junta aus, massive Entlassungen und einen härteren Kurs gegen die Arbeiter zu fahren. („FR", 18.10. und 6.11.; „NZZ", 12.10.76)

Lateinamerika-Kommission

Imperialismus gewährt Mexico Kredit von 1 Milliarde Dollar

Zum 1. September des Jahres wurde der mexikanische Peso von seiner Bindung an den Dollar gelöst und um rund 40% abgewertet. („Neue Zürcher Zeitung", „NZZ", 23.9.76). Durch dieses neuerliche Floaten des Peso und der damit verbundenen Schwächung seines Dollarkurses wird die Abhängikeit Mexicos vom Imperialismus weiter verstärkt.

Dieses läßt sich sowohl an der bisherigen Wirtschaftspolitik des Landes als auch an der Zukunft des Peso anlesen. Da sind z.B. die inflationären Belastungen des Haushalts durch den hohen Defizit im Außenhandel mit den USA, das in den ersten sieben Monaten des Jahres rund 1 Milliarde Dollar betragen hat. Damit klettert Mexiko hinsichtlich der Außenhandelsverschuldung Lateinamerikas weit nach oben. Da ist das riesige Loch im Haushaltsplan, das vor einiger Zeit mit 2,2 Milliarden Dollar berechnet wurde, was einem Steigerungssatz um 4,2 % im Jahresvergleich entspricht.

Die Frage ist, ob die neue Regierung, die Anfang Dezember antritt, diese Tendenz stoppen kann.

Die bisherigen Aussagen des neuen Präsidenten Lopez Portillo zur Wirtschaftspolitik besagen, *„daß seine Regierung Produktionssteigerungen im Nahrungsmittel- und im Energiesektor als Spitzenprioritäten behandeln"* will. („NZZ", 7.10.76).

Diese Maßnahmen werden kaum geeignet sein, die Wirtschaftsprobleme des Landes zu lösen. Denn 1. ist Mexiko durch den US-Imperialismus gezwungen, sein Außenhandelsdefizit durch Produktionssteigerungen abzubauen. D.h. durch die vom Imperialismus erzwungene Abwertung muß Mexico jetzt mehr an die USA zurückzahlen, als es der Gegenwert der von den USA gelieferten Waren darstellt.

Zweitens hat Mexico kürzlich einen neuen Kredit vom Internationalen Währungsfonds IMF in Höhe von einer knappen Milliarde Dollar erhalten, was die Verschuldung vom internationalen Finanzkapital noch erhöht. („NZZ", 1.11.76).

Lateinamerika-Kommission

Jamaika: Zwölf CIA-Agenten enttarnt!

Auf einer Pressekonferenz in Kingston/Jamaika berichtete ein ehemaliger CIA-Agent von den Aktivitäten 12 weiterer Agenten, die alle über die US-Botschaft in das Land gekommen waren. (nach „Granma", 26.9.76)

Die meisten dieser Agenten waren schon, bevor sie in Jamaika eingesetzt wurden, in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern für den US-Imperialismus tätig. Besonders beliebte Länder ihrer Wühlarbeit waren Ekuador, Argentinien, Bolivien, Dominikanische Republik. In Jamaika selbst arbeiteten sie getarnt als Wirtschaftsberater, Konsul, als Berater bei den Massenmedien oder einfach als Botschaftsangestellte.

Auffällig, aber nicht verwunderlich ist, daß ein großer Teil der Agenten in Jamaika zu einer Zeit eingesetzt wurde, als die Rechte einen gewaltsamen Putschversuch vorbereitete.

Daß Henry Kissinger über die Aktivitäten seiner Agenten auf Jamaika bestens Bescheid wußte, so die Angaben des ehemaligen CIA-Agenten, zeigt einmal mehr die wahre Fratze dieses Friedensnobelpreisträgers.

Lateinamerika-Kommission

Peru:

Reaktinonär nach außen und innen

Schon seit mehreren Monaten ist die peruanische Militärregierung entschieden dabei, ihre Wirtschafts- und Innenpolitik völlig den Interessen der Imperialisten zu unterwerfen. Sämtliche sozialen Reformen werden abgebaut und das Lebensniveau der Arbeiter und Bauern drastisch gesenkt, während die Investitionsbedingungen für die Imperialisten weiter verbessert und die Arbeiterbewegung durch immer stärkere Repression niedergeschlagen werden soll. Diese Anpassung an den „Wind von rechtsaußen", der in ganz Lateinamerika spätenstens seit dem Putsch in Argentinien wieder weht, war die Bedingung der Imperialisten für Kredite und Investitionen nach Peru, mit denen die derzeitige Wirtschaftskrise – nun endgültig wieder auf kapitalistischem Weg – bewältigt werden soll.

Dieselbe Rechtsentwicklung, die in der Innen- und Wirtschaftspolitik bereits in vollem Gange ist, wird jetzt auch mit Riesenschritten in der Außenpolitik eingeleitet.

Peru gehörte unter der reformfreudigen Regierung Velasco Alvarado (der 1975 von Bermudez abgelöst wurde) zu den Ländern der Dritten Welt, die für größere Unabhängigkeit vom Imperialismus und eine stärkere nationale Selbständigkeit eintraten. Peru hatte zum Beispiel schon 1972 Kuba diplomatisch anerkannt, Panama in der Kanalfrage gegen die USA unterstützt und eine führende Rolle auf der Konfernz der Blockfreien gespielt.

In den letzten Wochen aber wurden die Beziehungen zu Kuba *„merklich abgekühlt"*, der peruanische Außenminister stattete den Faschisten in Buenos Aires einen Besuch ab und der Verteidigungsminister der chilenischen Junta wurde in Peru empfangen, unter anderem, um die *„unzerbrechliche Freundschaft"* der beiden Länder hervorzuheben („Neue Zürcher Zeitung"= „NZZ", 4.11.76).

Auf der Konfernz der Blockfreien Länder im Herbst dieses Jahres in Colombo hat Peru keine der einigermaßen fortschrittlichen Resolutionen, die gefaßt wurden, voll unterstützt. Weder die Forderung nach der Unabhängigkeit für Puerto Rico, noch eine Verurteilung Israels, noch das Lob für die kubanische Solidarität in Angola wurden von der peruanischen Delegation befürwortet. („NZZ", 4.11.76).

Am 5.11. schließlich traf Morales Bermudez mit dem brasilianischen Präsidenten Geisel im Amazonas-Grenzgebiet zwischen beiden Ländern zusammen, das erste Gipfeltreffen seit 15 Jahren! In erster Linie ging es dabei um die Intensivierung des Handels zwischen Peru und Brasilien und um den Ausbau des Straßennetzes im peruanischen Amazonasgebiet, was Peru bisher vermieden hatte, um eine „Besiedelungspolitik" Brasiliens zu verhindern.

Das Treffen ist zugleich ein deutliches Zeichen für die neue sogenannte „gemäßigte" Linie in der peruanischen Außenpolitik.

Außerdem wurde inzwischen die lange umstrittene Entschädigung für die früher US-eigene Kupfermine Marcona festgelegt, die der ehemalige Präsident Velasco 1974 entschädigungslos enteignet hatte. Der peruanische Staat zahlt der US-Firma die *„erstaunlich hohe"* Summe von 61,4 Mio Dollar! („NZZ", 4.11.76).

Die staatliche Fischereiflotte, deren Verstaatlichung vor Jahren als große Reform gefeiert wurde und die der Hauptdevisenbringer Perus ist, soll laut Regierungsbeschluß an private Investoren verkauft werden. Ebenso sollen die Gebiete, in denen Erdöl vermutet oder bereits gefunden wurde, wieder für ausländische Firmen geöffnet und zum Verkauf freigegeben werden.

Die Industriegemeinschaften, die den Arbeitern einige Mitbestimmungsrechte und langfristig einen Gewinnanteil gewährten, werden nach und nach aufgelöst. Denn schließlich *„können Sie von einem Unternehmer nicht verlangen, daß er investiert, wenn er weiß, daß er eines Tages die Kontrolle über sein Unternehmen verlieren wird"* („Le Monde", 10./11.10.76). Und auf die ausländischen Investitionen kommt es der Regierung gerade an.

Alle Proteste gegen diesen Abbau der Reformen und die immer brutalere Auspressung der Arbeiter werden massiv bekämpft.

So wurde das bisherige Arbeitsgesetz, das Entlassungen nur in Ausnahmefällen gestattete für die Bereiche Bergbau und Fischerei aufgehoben. Insbesondere die Beteiligung an Streiks gilt heute als Kündigungsgrund. *„Die Arbeiter haben sich bisher einer zu großen Sicherheit erfreut"*, versichern heute die offiziellen Stellen und das wird jetzt ganz schnell geändert („Le Monde", 10./11.10.76). Gewerkschaftsversammlungen können nur noch mit Genehmigung der zuständigen Militärkommandos abgehalten werden, Streiks sind sowieso verboten, in allen wichtigen Betrieben in Lima wurden die Direktorenposten an Militärs übergeben („Informationsdienst", = „ID", 23.10.76). Offiziell hat es bei Auseinandersetzungen zwischen „Sicherheits"kräften und Arbeitern seit der Verhängung des Ausnahmezustandes am 1. Juli elf Todesopfer gegeben. Tatsächlich geht die Zahl aber in die Hunderte. Streiks der Minenarbeiter, einer Zucker-Kooperative und auch der Studenten wurden alle militärisch bekämpft. Allein in Lima gibt es mindestens 200 politische Gefangene, gegen die bisher noch kein Gerichtsverfahren eingeleitet wurde, was eine Verteidigung unmöglich macht. Die Rechtsanwälte von politischen Gefangenen sind zudem einer ständigen Polizeikontrolle ausgesetzt und werden massiv eingeschüchtert („ID", ebenda).

Daß der Höhepunkt der Repression noch lange nicht erreicht ist, zeigt unter anderem die Tatsache, daß im ganzen Land die Gefängnisse aus- bzw. neu gebaut werden.

Morales Bermudez hat die Richtung seiner Politik sehr deutlich angegeben, als er sagte: *„Die Revolution (??) ist in Gefahr, wenn sie sich dem Urteil des Volkes unterwirft"* („Le Monde", 7./8.10.76).

Das Urteil und die Interessen des Volkes völlig auszuschalten, ist Inhalt der Politik, die die peruanischen Militärs immer stärker betreiben.

Lateinamerika-Kommission

Panama-Kanalzone: Sicherheitsvorkehrungen verschärft

In der von den USA besetzten Panama-Kanal-Zone sind die Sicherheitsvorkehrungen verschärft worden, nachdem dort bei Bombenanschlägen fünf Autos zerstört worden waren. Zu dieser Aktion bekannte sich unterdessen die antiimperialistische Gruppe „Yankee Go Home". Auf einem Flugblatt heißt es, für jeden Stützpunkt, den die Amerikaner auf diesem Gebiet haben, sei eine Bombe gelegt worden. Durch die Bombenanschläge wurde u.a. das Auto eines amerikanischen Polizisten zerstört, der sich besonders stark für einen Verbleib des US-Imperialismus in der seit 1903 besetzten Kanal-Zone einsetzt. (nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung" 3.11.76)

Lateinamerika-Kommission

Trinidad: Ausnahmezustand verhängt

Der seit mehreren Wochen andauernde Streik der Postangestellten auf Trinidad hat die Postzustellung völlig lahmgelegt. In einer Erklärung fordern die Streikenden höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Sofort nach dem Ausrufen des Ausnahmezustandes durch die Regierung besetzten Polizisten die Postämter in der Hauptstadt Port of Spain. Außerdem beschloß die Regierung, Armee-Einheiten als Streikbrecher einzusetzen, um bei der Beseitigung der unbearbeiteten Post zu helfen. Man kann nur hoffen, daß sich die Postangestellten durch diese Maßnahmen nicht einschüchtern lassen. (nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 6.11.76)

Lateinamerika-Kommission



asien aktuell

Das indische „Ermächtigungsgesetz"

Im indischen Zentralparlament ist jetzt die erwartete Verfassungsänderung mit der nötigen Zwei-Drittel-Mehrheit beschlossen worden. Der Regierungsvorlage stimmten die regierende Kongress-Partei und die revisionistische KPI (!) sowie einige „Unabhängige" zu! Nur die KPI (Marxisten) und Parteien der bürgerlichen Opposition boykottierten die Verabschiedung. Inzwischen hat auch das indische Oberhaus der Verfassungsänderung zugestimmt – was sowieso nur noch reine „Formsache" war.

Mit dieser 44. Änderung der indischen Verfassung wurden insgesamt 59 Paragraphen abgeändert oder völlig neue hinzu gefügt. Danach ist der Staatspräsident jetzt an die Weisungen der Regierung gebunden. Die Weisungen der Regierung können von dem Ministerpräsidenten, d.h. der derzeitigen Ministerpräsidentin Indira Gandhi auch allein formuliert werden. Aktivitäten gegen die Regierung gelten als „Verstoß gegen die Verfassung" oder als „antinationale Umtriebe" und können zum Verbot der sie tragenden Organisationen führen. Was jeweils darunter zu verstehen ist, entscheidet die Regierung. Der Staatspräsident darf zukünftig auf Weisung der Regierung die Verfassung ohne Einschaltung des Parlaments vorübergehend selbst ändern, wenn dies *„zur Beseitigung von Schwierigkeiten"* notwendig sein sollte. Die Justiz darf künftig Verfassungsänderungen nicht mehr anfechten.

Die Zentralregierung kann jetzt jederzeit den Notstand in einzelnen Regionen ausrufen und indische Truppen einsetzen, wenn ihr das angebracht erscheint. Dies ist auch gegen den Einspruch der betroffenen Landesregierung möglich. Neu in die Verfassung eingefügt wurde ein Katalog von „Bürgerpflichten", wodurch eine „patriotische Disziplin" der Bevölkerung erreicht werden soll.

Mit diesem „Ermächtigungsgesetz" hat sich das Gandhi-Regime praktisch eine Blankovollmacht erteilt, mit der beliebig und ganz im Einklang mit der Verfassung jederzeit jede Opposition gewaltsam unterdrückt werden kann. Damit ist nicht nur der bisherige Terror und die Unterdrückung legalisiert, sondern der Weg frei gemacht für neue Unterdrückungsmaßnahmen.

Asien-Kommission

Streiks in Indien!

„Die Zahl der durch Auseinandersetzungen verlorengegangenen Arbeitstage, die sich im ersten Halbjahr 1975 auf 17,1 Mill. belaufen hatte, fiel in der zweiten Hälfte auf 4,46 Mill. Alle Betriebe der Zentralregierung, wie Eisenbahn, Post und Häfen, wurden in den Monaten Juli bis Dezember 1975 überhaupt nicht bestreikt. Im ersten Quartal 1976 lag die Zahl der ausgefallenen Arbeitstage nach offiziellen Angaben um rund 84% unter denen der vergleichbaren Vorjahreszeit (– 93% im Staatssektor, – 83% im Privatsektor)" (BfA/NfA, 24.8.76). Der Rückgang der Streikaktivitäten seit der Verhängung des Ausnahmezustandes ist nicht weiter verwunderlich. Interessant an dieser Meldung aber ist, daß es trotz totalem Streikverbot, trotz des Stillhalteabkommens der beiden wesentlichen Gewerkschaftsbünde INTUC (der herrschenden Congress Partei nahestehend) und AITUC (der revisionistischen KPI nahestehend) überhaupt Streiks gegeben hat. Das läßt darauf schließen, daß es bisher nicht gelungen ist die totale Friedhofsruhe in den Betrieben herzustellen und daß es unter der Arbeiterschaft eine oppositionelle Bewegung gibt, die sich selbst unter diesen schweren Bedingungen des Kampfes dem Willen der Gewerkschaftsführungen nicht beugt.

Indiens Kapitalisten entdecken die „Mitbestimmung"

Eine höchst interessante Sache ist das in mehr als 600 Industriebetrieben (in 400 staatlichen und rund 250 privaten Betrieben) eingeführte „System der Arbeitnehmerbeteiligung". Ziel der Gründung des sogenannten „National Apex Body", der sich aus Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite zusammensetzt, soll es sein, *„die Arbeitsauffassung der bisher vielfach ‚militanten' (!!) Belegschaft zu verbessern"* („BfA/NfA", 24.8.76).

Außerdem bemüht sich die Regierung *„bei der Gewerkschaftsführung durch Ausbildung in von ausländischen Experten (!) geleiteten Kursen Verständnis für die Probleme der Mitbestimmung zu gewinnen und mehr Verantwortungsgefühl zu wekken"* (ebenda).

Regierung und Kapitalisten in Indien verlassen sich nicht allein auf Streikverbot und Unterdrückung, sondern sind bemüht, durch Mitbestimmungsillusionen und Einschwören der Gewerkschaftsführungen auf „Sozialpartnerschaft" den Kampfwillen und jegliches Klassenbewußtsein zu zerschlagen und die Arbeiter von der konsequenten Vertretung ihrer Interessen abzuhalten.

Anders als die indischen Werktätigen wird man die Gewerkschaftsführungen von INTUC und AITUC zu diesem Komplott nicht gerade zwingen müssen.

Asien-Kommission

Acht Millionen Sterilisationen bis Jahresende in Indien!

Seit der Verhängung des Ausnahmezustands in Indien stellen Massensterilisationen zunehmend das Mittel der „Bevölkerungspolitik" Indira Gandhis dar.

Von April bis September dieses Jahres sind in Indien 3,7 Millionen Sterilisationen vorgenommen worden, davon allein 1,3 Millionen im letzten Monat („FR", 29.10.76)! Das Gesundheitsministerium erwartet bis zum Jahresende eine Steigerung auf nicht weniger als acht Millionen („FAZ", 29.10.76)!

Die Methoden bei diesen „Operationen" sind viehisch: *„Es gibt keine Medizin und kein Wasser. Die Leute werden am Straßenrand operiert und in Ochsenkarren in ihre Dörfer zurückgefahren."* So schildert ein junger Fabrikarbeiter die „Operationen" in seinem Dorf. Nach diesem Eingriff sind die Menschen zunächst arbeitsunfähig, was für einige den Hungertod bedeuten kann. Besonders die Frauen haben unter den für sie komplizierteren Operationen zu leiden (Zitat und Angaben nach „New Asia News", 27.8.76).

Die Auswahl der zu Sterilisierenden ist vollkommen willkürlich. Es werden sowohl jungverheiratete, kinderlose Männer sterilisiert als auch Männer im zeugungsunfähigen Alter. Protestieren sie, werden sie eingesperrt. Es gibt vorgeschriebene Zahlen für die Distrikte und Dörfer, die um jeden Preis erreicht werden müssen. Dafür sorgen die Dorfobersten und die Polizei. Arme Bauern verstecken sich nachts in den Feldern, um den Sterilisationen zu entgehen, doch auch sie werden *„zum Dorfbüro geschleppt, auf einen Tisch gelegt und sterilisiert"* („New Asia News", 27.8.76).

Angestellte und Beamte sowie kleine Geschäftsleute und Rikschafahrer werden gezwungen, sich sterilisieren zu lassen und außerdem drei Interessenten zu werben, ansonsten müssen sie mit Entlassung rechnen bzw. mit dem Entzug ihrer Lizenzen.

Im Übrigen dienen diese Sterilisationen zur Disziplinierung von Minderheiten, wie z.B. den Muslims. Die Behörden konzentrierten sich in Muzafarnagar auf einen von Muslims bewohnten Stadtteil. Der Präsident der indischen Muslimliga, Sulaiman Sait sprach im Unterhaus davon, daß *„in einigen Distrikten des Unionsstaates Uttar Pradesh ... Menschen im Zuge dieser Kampagne ‚ermordet und abgeschlachtet' worden"* sind („FAZ", 26.10.76).

Das brutale Vorgehen in Muzafarnagar löste schwere Unruhen aus, bei denen 60 Menschen von der Polizei ermordet wurden. Die lokale Moschee wurde von Polizisten auf Befehl des Bezirksrichters und des Polizeichefs gestürmt und der Imam zusammengeschlagen („FAZ", 29.10.76). Ähnliche Unruhen gab es in zwei Vororten Neu-Delhis, die ebenfalls mehrere Todesopfer forderten.

Nach Aussagen indischer Ärzte gingen die Sterilisationen selbst *„nicht ohne Todesopfer vonstatten oder führten doch häufig zu schweren Infektionen, weil die hygienischen Verhältnisse völlig ungenügend seien"* („FAZ", 29.10.76).

Die Revisionisten sind für die Gandhi-Diktatur

Bei dieser Art der „Familienplanung" sahen sich selbst die indischen Revisionisten (KPI) zu einer lauen Kritik genötigt. Sie forderten die Premierministerin und den Gesundheitsminister auf, das Volk durch „vernünftige Argumente" von der Notwendigkeit der „Familienplanung" zu überzeugen (nach „FAZ", 29.10.76). Der KPI geht es also nur um sogenannte „Auswüchse" bei dieser Art Entrechtung und Unterdrückung. Prinzipiell aber hat sie gegen die „Familienplanung" Indira Gandhis nichts einzuwenden.

Noch einen Grad verkommener argumentiert die der DKP nahestehende „Deutsche Volkszeitung", die in einem Artikel *„Positive Bilanz in Neu-Delhi"* die Gandhi-Diktatur hochleben läßt: *„Frau Gandhi kann nach einem Jahr Ausnahmezustand eine positive Bilanz ziehen"* („DVZ", 21.10.76). Die Revisionisten schwärmen davon, daß *„das Planziel von vier Millionen* (Zwangssterilisationen – Anm. AK) *für 1976 deutlich übertroffen"* wird, *„bei der Geburtenkontrolle wurden Fortschritte erzielt"* (ebenda). Die Lobhudeleien der „DVZ" über die Gandhi-Diktatur gipfeln in folgendem Satz: *„Dies läßt eine schnelle Aufhebung des Ausnahmezustandes weder erhoffen noch als sinnvoll erscheinen ..."* (ebenda). **Muß das noch kommentiert werden?!**

Asien-Kommission

Zur Außenpolitik der Sowjetunion Teil 1

‹Entspannungspolitik› – Ein gigantischer Betrug

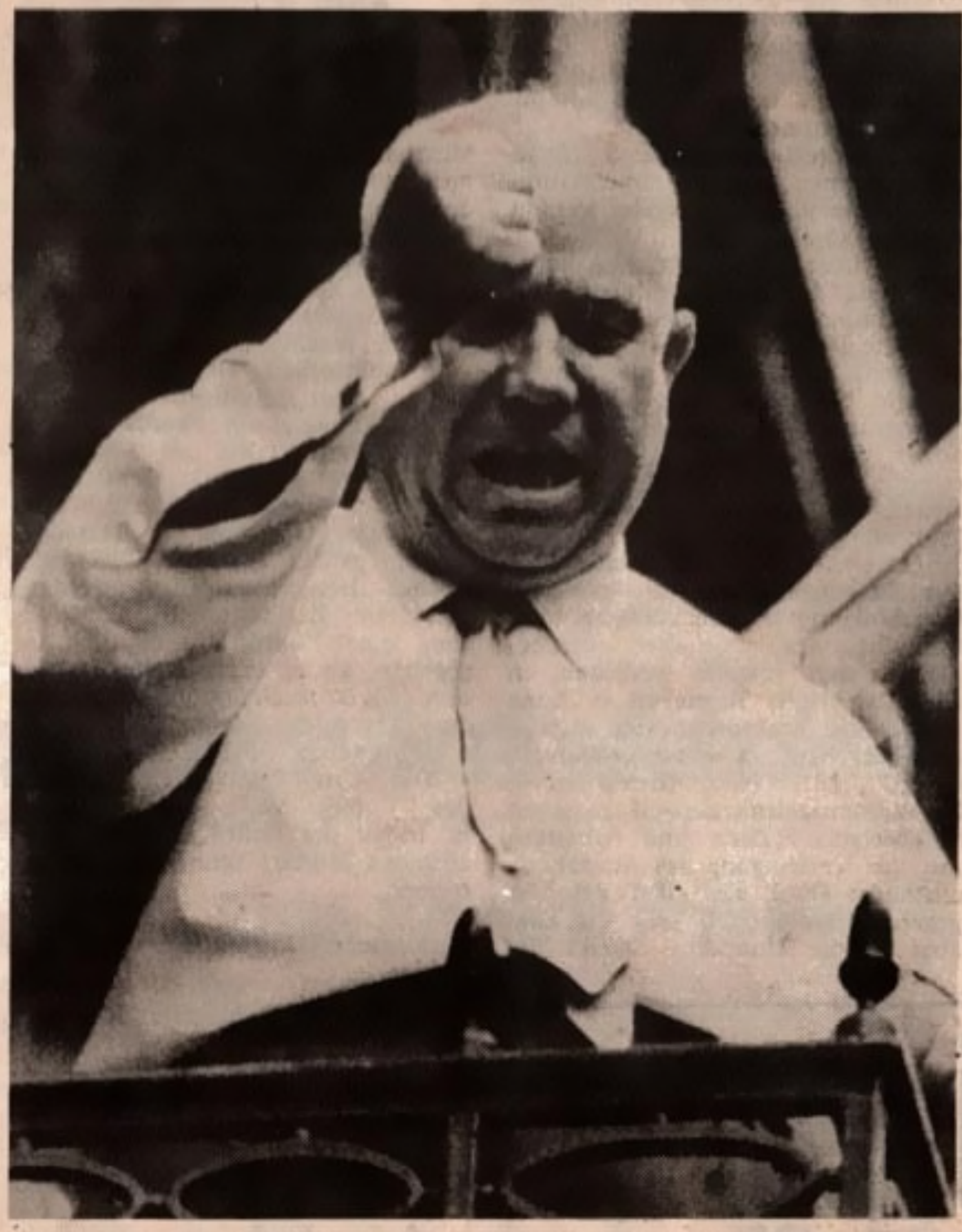
Die internationale revolutionäre Bewegung ist insbesondere während der zurückliegenden zwei Jahrzehnte mit einer Außenpolitik der Sowjetunion konfrontiert, die insgesamt den nationalen Vorteil über die Erfordernisse des proletarischen Internationalismus gestellt hat und stellt. Der Beginn dieser Politik – die mit der folgenden Artikel-Serie untersucht werden soll – fällt im wesentlichen mit der Machtergreifung der modernen Revisionisten unter Chruschtschow nach dem Tode Stalins zusammen, wenngleich es auch vorher schon, selbst zu Lebzeiten Stalins, eine Reihe von Verirrungen gegeben hat.

Chruschtschow und Seinesgleichen propagierten auf dem 20. Parteitag die „Vermeidbarkeit von Kriegen", die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit den „realistischen Kreisen" des Imperialismus im Rahmen eines „friedlichen Wettbewerbs" der Systeme, den „friedlichen Übergang zum Sozialismus" etc.

Dies war die „theoretische" Grundlage für die seither von den SU-Revisionisten betriebene „Entspannungspolitik", die die „friedliche" Begleitmusik für ein in der bisherigen Geschichte beispielloses Wettrüsten der imperialistischen Länder, aber auch ein Aufrüsten der Sowjetunion selbst, darstellt.

Die genaue Analyse der sowjetischen Außenpolitik ist für uns von überaus großer Bedeutung, sowohl was die Kritik an den z.T. üblen Tendenzen dieser Politik, die Einschätzung ihres Charakters etc. angeht, aber auch was die eigene strategische und taktische Orientierung betrifft.

Die besondere Kompliziertheit dieser Frage ergibt sich daraus, daß die Sowjetunion zugleich Feind unseres Hauptfeindes, nämlich des BRD-Imperialismus, ist. Daraus ergibt sich, daß eine kommunistische Kritik der



Nikita Chruschtschow: „Verdammt noch mal' wenn der Kopf ab ist, was nützen da Prinzipien?"

dieser Frage ergibt sich daraus, daß die Sowjetunion zugleich Feind unseres Hauptfeindes, nämlich des BRD-Imperialismus, ist. Daraus ergibt sich, daß eine kommunistische Kritik der

Nikita Chruschtschow: „Verdammt noch mal' wenn der Kopf ab ist, was nützen da Prinzipien?"

sowjetischen Politik die Gefahr beachten muß, sich nicht im geringsten dem vorherrschenden bürgerlichen Antisowjetismus anzupassen und diesem Zugeständnisse zu machen. Dies ist der Fall bei den diversen „ML"-Gruppen, die unverfroren die Sowjetunion als „Diktatur in der Art Hitlers" dazustellen versuchen, wo die Unterdrückung womöglich sogar noch schlimmer sei als unter der Nazi-Diktatur. Außenpolitisch drückt sich diese falsche Linie aus in der Bekämpfung der Sowjetunion als „H a u p t-kriegstreiber" und in einer Anpassung an die imperialistische Kriegspropaganda, die mit total falschen Behauptungen über das militärische Kräfteverhältnis in Europa und in der Welt Angst vor einem sowjetischen „Überfall" zu schüren trachtet, um die eigene Kriegsrüstung zu motivieren. Unabhängig davon, ob diese Gruppen sich o f f e n zur Linie der „Vaterlandsverteidigung" bekennen, erfüllen sie mit ihrer Anpassung an die imperialistische Kriegspropaganda auf jeden Fall o b j e k t i v genau die Funktion der „Vaterlandsverteidigung".

Zugleich erweisen sich diese Gruppen entweder als unaufrichtig oder aber als jämmerlich schlecht informiert, was die historische Entwicklung der sowjetischen Außenpolitik angeht. So ist es z.B. bei den „ML"-Gruppen gang und gebe, die Auswanderung sowjetischer Juden nach Israel und eine angebliche Unterstützung Israels durch die Sowjetunion als Beweis für „sozialimperialistische" Politik darzustellen.

Tatsache ist jedoch, daß allein zu Lebzeiten S t a l i n s mehr Juden die Sowjetunion Richtung Israel verlassen konnten als in allen späteren Jahren zusammengenommen. Die Sowjetunion unterstützte 1947 sogar in der UNO die Bildung Israels auf dem Territorium Palästinas.

Es gibt für eine derartige Politik der Sowjetunion unter Stalin eine Reihe weiterer Beispiele (z.B. die damals schon begonnene Begünstigungs-Politik gegenüber der indischen Bourgeoisie, ihre nur halbherzige Unterstützung der chinesischen Revolution zu manchen Zeiten, u.a.m.). Auch diese Fragen wollen wir noch gründlicher „aufarbeiten".

Wir verstehen die hiermit begonnene Artikelserie als einen Diskussionseinstieg und -beitrag, aus der Erkenntnis heraus, daß nur eine systematische Analyse und die fortdauernde politische Diskussion um die durch sie zu Tage geförderten Zusammenhänge letzlich zur fundierteren Einschätzung der sowjetischen Außenpolitik und ihrer Bedeutung für den Kampf der Unterdrückten in aller Welt führen kann.

In diesem ersten Teil der Artikelserie wollen wir uns zunächst mit der von Chruschtschow und Co. eingeleiteten „Entspannungspolitik", mit ihrem „Friedenskampf", Abrüstungsprogrammen etc. befassen und diese mit der tatsächlichen Entwicklung konfrontieren.

In den in unregelmäßigen Abständen folgenden Teilen wollen wir Schwerpunkte und symptomatische Entscheidungen der sowjetischen Außenpolitik behandeln.

Konkret in Arbeit ist zunächst der 2. Teil, der die Beziehungen der Sowjetunion zu Indien zum Thema haben wird, sowie ein 3. Teil über die von den SU-Revisionisten herbeigeführte Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung.

„Eine Welt ohne Waffen?"...

N.S. Chruschtschow leitete auf dem 20. Parteitag der KPdSU die Revision des Marxismus-Leninismus in allen entscheidenden Bereichen ein. Zur uns hier zunächst interessierenden Frage von „Krieg und Frieden" sagte er: *„Es gibt bekanntlich den marxistisch-leninistischen Leitsatz, daß Kriege unvermeidlich sind, solange es den Imperialismus gibt. Dieser Leitsatz wurde in einer Zeit ausgearbeitet, als 1. der Imperialismus ein allumfassendes Weltsystem war, und 2. die am Krieg nicht interessierten gesellschaftlichen und politischen Kräfte schwach, ungenügend organisiert waren, und deshalb die Imperialisten nicht zwingen konnten, auf Kriege zu verzichten"* (1). Inzwischen allerdings habe sich die Lage „grundlegend geändert", es gebe das sozialistische Lager, was *„nicht nur die moralischen, sondern auch die materiellen Mittel zur Verhinderung einer Aggression..."* besitze (2).

An anderer Stelle erklärte Chruschtschow noch deutlicher: Trotz der *„.... These, daß der Krieg in unserer Gesellschaft nicht unvermeidlich ist. . . (bleiben) die von Lenin aufgestellten Grundsätze über den Imperialismus in Kraft. . . Man darf jedoch nicht außer acht lassen, daß die Leninschen Leitsätze über den Imperialismus vor Jahrzehnten aufgestellt und entwickelt worden sind, als es viele Erscheinungen nicht gab, die jetzt für die Entwicklung des geschichtlichen Prozesses, für die ganze internationale Lage entscheidend geworden sind"* (3).

„Das Kräfteverhältnis ermöglicht es uns heute, die Lösung des Abrüstungsproblems als praktische Aufgabe zu stellen und anzustreben" (4).

Chruschtschow hat seine These von der „Vermeidbarkeit von Kriegen" nach dem 20. Parteitag mit einer Flut von plattester, verleumderischer Ausfälle und Demagogie in der Sowjet-Führung und in großen Teilen der internationalen kommunistischen Bewegung durchgesetzt. Insbesondere die Drohung mit nuklearen Waffen diente ihm dazu, jegliche marxistisch-leninistischen Prinzipien in dieser Frage über Bord zu schmeißen. *„Wenn der Kopf ab ist, was nützen da Prinzipien?"*, schrieb die „Prawda" Anfang der 60er Jahre (5).

„Die Atombombe hält sich nicht an das Klassenprinzip"; „Die Atombombe fragt nicht danach, wer Imperialist und wer Werktätiger ist; sie fällt überall hin, und deshalb würden auf einen Monopolisten Millionen Arbeiter vernichtet werden". (6)

Gestützt auf diese Schreckensbilder verstieg sich die Führung der SU mit Chruschtschow an der Spitze so weit, zu behaupten, daß es möglich sei, **„eine Welt ohne Waffen"** zu schaffen, o h n e den Kapitalismus zu beseitigen. *„Die allgemeine und vollständige Abrüstung wäre der Auftakt zu einer neuen Phase in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft: der Welt ohne Krieg ..."* (7). In dieser prächtigen „neuen Phase" wäre dann der Kampf zwischen den verschiedenen Klassen, bzw. den verschiedenen gesellschaftlichen Systemen *„ ... ein wirtschaftlicher, politischer und ideologischer, aber kein militärischer Kampf"* (8).

Trotz der scheinheiligen Berufungen der Revisionisten auf Lenin wird man nicht e i n e i n z i g e s Wort finden, in dem Lenin etwa den Kampf um den Frieden verwechselt hat mit Ergüssen über die Möglichkeit, dem Imperialismus seine Aggressivität, seine Waffen zu nehmen, o h n e ihn vollständig zu zerschlagen. In der Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Pazifismus während des ersten imperialistischen Weltkrieges ließ Lenin keinen Zweifel an seiner und der revolutionären Bolschewiki Auffassung über den Frieden und die Perspektiven des Friedenskampfes zu:

„Das einfache Aufgreifen und Wiederholen der L o s u n g des Friedens wäre ... ein B e t r u g am Volke, in dem die Illusion geweckt würde, daß die jetzigen Regierungen, die jetzigen herrschenden Klassen ohne ‚Belehrung' (richtiger gesagt, ohne ihre Beseitigung) durch eine Reihe von Revolutionen i m s t a n d e seien, einen Frieden herbeizuführen, der die Demokratie und die Arbeiterklasse auch nur halbwegs zufriedenstellt. Nichts wäre schädlicher als ein solcher Betrug. Nichts wäre besser dazu angetan, den Arbeitern den Blick zu trüben, die trügerische Vorstellung bei ihnen zu erwecken, daß der Widerspruch zwischen Kapitalismus und Sozialismus n i c h t t i e f g e h e n d sei; nichts wäre geeigneter, die kapitalistische Sklaverei zu b e s c h ö n i g e n. Nein, wir müssen die Friedensstimmung ausnutzen, um die Massen darüber aufzuklären, daß die guten Dinge, die sie vom Frieden erwarten, ohne eine Reihe von Revolutionen unmöglich sind. Beendigung der Kriege, Friede unter den Völkern, Aufhören von Raub und Gewalt – das ist fürwahr unser Ideal, jedoch können bürgerliche Sophisten die Massen damit betören, indem sie dieses Ideal von der sofortigen, unmittelbaren Propagierung revolutionärer Aktionen trennen" (9).

	NATO insgesamt	davon USA	WP insgesamt	davon UdSSR
1967	114.715	87.730	39.700	34.450

	NATO insgesamt	davon USA	WP insgesamt	davon UdSSR
1967	114.715	87.730	39.700	34.450
67–68	(+1.4)	(+2.7)	(+15.9)	(+15.5)
1968	116.308	90.103	45.997	39.780
68–69	(–3.3)	(–4.2)	(+6.8)	(+5.9)
1969	112.416	86.274	49.122	42.143
69–70	(–7.1)	(–9.8)	(+2.0)	(+1.1)
1970	104.374	77.827	50.114	42.619
70–71	(–4.5)	(–7.8)	(+0.8)	(0)
1971	99.626	71.776	50.534	42.619
71–72	(+3.0)	(+3.0)	(+0.8)	(0)
1972	102.588	73.911	59.960	42.619

quelle: sipri-jahrbuch 1973, zitiert nach ami 6/74, g–5

Diese Zahlen sagen mehr zum Problem „Entspannung" als die geschwollenen und verlogenen Phrasen!

Die „Abrüstungs"-Show der SU-Revisionisten in der UNO

Nachdem die SU-Revisionisten schon während der 50er Jahre verschiedene konkrete Abrüstungsvorschläge unterbreitet hatten, schlug Chruschtschow schließlich in einer Rede auf der Sitzung der Vollversammlung der UNO 1959 ein Programm zur „allgemeinen und vollständigen Abrüstung" vor:

„Der Kern unserer Vorschläge besteht darin, daß im Laufe von vier Jahren (!) alle Staaten vollständig abrüsten und keine Mittel zur Kriegführung mehr haben sollen. Das bedeutet, daß die Landstreitkräfte, die Kriegsflotten und die Luftstreitkräfte aufhören werden, zu existieren, daß die Generalstäbe und Kriegsministerien aufgelöst und die Kriegsschulen geschlossen werden. Dutzende Millionen Menschen werden zu friedlicher, schöpferischer Arbeit zurückkehren. Die Militärstützpunkte auf fremden Territorien werden beseitigt. Alle im Besitz der Staaten befindlichen Atom- und Wasserstoffbomben werden vernichtet, ihre weitere Produktion wird eingestellt. Die Energie der spaltbaren Stoffe wird ausschließlich für friedliche wirtschaftliche und wissenschaftliche Zwecke verwendet. Die Raketen aller Reichweiten für militärische Zwecke werden abgeschafft, und die Raketentechnik dient nur noch zu Transportzwecken und der Erschließung des Weltraumes zum Wohle der ganzen Menschheit.

Jeder Staat soll nur streng begrenzte, für jedes Land zu vereinbarende Kontingente an Polizei (Miliz) behalten, die mit leichten Schußwaffen ausgerüstet werden und ausschließlich für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und den Schutz der persönlichen Sicherheit der Staatsbürger bestimmt sind.

Damit niemand seine Verpflichtungen verletzen kann, schlagen wir vor, ein internationales Kontrollorgan unter Beteiligung aller Staaten zu bilden" (10).

Später legten die SU-Revisionisten den Abrüstungsausschüssen der UNO den Entwurf zu einem „Vertrag über allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger internationaler Kontrolle" vor, der die einzelnen Schritte zur Abrüstung noch bis ins Einzelne präzisiert (11).

Chruschtschow schwärmte, daß dieser Vertrag *„.... allen Staaten volle Sicherheit geben (wird). (Er) wird günstige Voraussetzungen für die friedliche Koexistenz der Staaten schaffen. Alle internationalen Probleme werden dann nicht durch Waffengewalt, sondern auf friedlichem Wege gelöst"* (12).

Zur Einleitung von konkreten Verhandlungen über Abrüstungsmaßnahmen wurde schließlich, nachdem die sowjetischen Vorschläge in der UNO einstimmig (!) gebilligt worden waren, ein Ausschuß von zehn Staaten (fünf sozialistische und fünf kapitalistische – im Einzelnen: SU, Polen, CSSR, Rumänien, Bulgarien; USA, Großbritannien, Frankreich, Italien, Kanada) gebildet.

Ein Jahr später mußte der Leiter der sowjetischen Delegation auf der 15. UNO-VV zugeben, daß der Abrüstungsausschuß seinen Sinn verfehlt hatte: *„Es ist leider festzustellen, daß dieses Jahr für das Abrüstungswerk verloren ging"* (13).

Die imperialistischen Staaten waren natürlich nur zum Schein auf die Abrüstungsvorschläge eingegangen. So schlugen z.B. die USA im Abrüstungsausschuß provokativ vor, zunächst einmal die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte der SU und USA auf 2.500.000 Mann zu „begrenzen", obwohl beide Truppenstärken schon genau auf diesem Niveau standen! Die US-Imperialisten haben damals also schon – zunächst noch gegen sowjetische Proteste – das Muster vorgezeichnet, nach dem später die bilateralen Abrüstungsverhandlungen mit der SU (z.B. SALT) geführt wurden!

Insgesamt wurden trotz einstimmiger Zustimmung in der UNO zu der sowjetischen Abrüstungsresolution allein im darauffolgenden Jahr über 100 Mrd. Dollar für die Aufrüstung ausgegeben (14).

Die SU-Revisionisten zogen aus dieser Pleite natürlich nicht die Konsequenz, ihre Abrüstungsillusionen nicht mehr weiter zu verbreiten, im Gegenteil:

„Damit die Abrüstungsfrage s c h n e l l s t e n s g e r e g e l t wird," unterbreitet die sowjetische Regierung der UNO-Vollversammlung den Vorschlag: „Grundbestimmungen eines Vertrages über allge-

Fortsetzung Seite 41

Fortsetzung von Seite 40

meine und vollständige Abrüstung" (15).

Als Ergebnis wurde dann unter Einbeziehung der sog. „neutralen Staaten" ein 18 Länder umfassender Ausschuß eingesetzt, der wiederum nichts zustandebrachte, und so fort ...

Diese Entwicklung hinderte allerdings die SU-Revisionisten nicht daran, drei Jahre nach ihrem ersten Vorschlag zur „allgemeinen und vollständigen Abrüstung" in der UNO auch ein „Wirtschaftliches Programm der Abrüstung" vorzulegen. In diesem Programm wurde den Imperialisten vorgerechnet, daß die Abrüstung allen Staaten in 25 Jahren 3.000 Mrd. Dollar Gewinn einbringen würde. Deshalb sollte man sich doch lieber auf „Friedenswirtschaft" umstellen und darüber reden, wie die *„Umleitung der Mittel und Ressourcen, die gegenwärtig von den Staaten für militärische Zwecke verwendet werden, auf friedliche Zwecke zum Wohle aller Länder verwirklicht werden kann, ohne daß daraus ein Schaden für ihre Volkswirtschaft entsteht"*. Ferner könnten alle *„Probleme der Übergangsperiode, die sich aus der allgemeinen und vollständigen Abrüstung ergeben, mit Hilfe entsprechender nationaler und internationaler Maßnahmen gelöst werden"* (16).

Einziger „Erfolg" der „Abrüstungs"-Show der SU-Revisionisten unter Chruschtschow war die Unterzeichnung eines Vertrages über das „Verbot der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im Kosmos und unter Wasser" durch die Regierungen der SU, USA und Großbritanniens. Dieser Vertrag, der weder irgendwelche Abrüstungsmaßnahmen, noch z.B. das „Einfrieren" des derzeitigen Bestandes an Nuklear-Waffen, noch auch nur das Einstellen j e g l i c h e r Kernwaffenversuche (die u n t e r i r d i s c h e n sind weiterhin gestattet) zum Inhalt hatte, fiel der weltweiten Bewegung zur vollständigen Vernichtung der Kernwaffen in den Rücken.

Die Regierung der VR China, die diesen Tatbestand kritisierte, wurde seitens der SU-Revisionisten in einer Erklärung ‚belehrt':

„Die Sowjetregierung hat bereits die Aufmerksamkeit der Regierung der VR China auf die einfache Wahrheit gelenkt, daß das Leben nicht auf der Stelle steht, daß Wissenschaft und Technik sich stürmisch entwickeln, und daß das, was noch gestern unannehmbar war, sich heute als nützlich, sogar als außerordentlich nützlich erweisen kann".

Auf das Argument, daß nicht einmal das Verbot sämtlicher Kernwaffenversuche Vertragsgegenstand ist, erklärte die SU-Regierung:

„Aber erstens waren die Hände der USA in dieser Beziehung auch vor der Unterzeichnung des Vertrages nicht gebunden, so daß in diesem Sinne nichts Neues geschehen ist. Und zweitens verbietet der Vertrag auch der Sowjetunion nicht, falls dies erforderlich sein sollte, unterirdische Kernwaffenversuche durchzuführen, die Vorräte ihrer Kernwaffen zu vergrößern und diese Waffen sogar gegen imperialistische Agressoren anzuwenden" (17).

Eine wirklich einmalige ‚Logik'!

Hieraus geht wohl hervor, daß nach eigenem Eingeständnis der SU-Revisionisten der Vertrag gar keinen Abrüstungsschritt darstellte, sondern einen solchen Schritt nur v o r t ä u s c h e n sollte!

Der „Vertrag zur Begrenzung der Kernwaffenversuche" richtete sich zudem klar gegen die VR China: während nämlich die USA und die Sowjetunion technologisch schon auf einem Stand waren, der ü b e r i r d i s c h e Atomversuche nicht mehr erforderlich machte, befand sich die VR China erst im Anfangsstadium der Entwicklung von Atomwaffen. Das hätte also entweder bedeutet, daß die VR China auf diese Entwicklung hätte verzichten müssen (wenn sie den Vertrag unterzeichnet hätte), oder andernfalls, daß sie als „entspannungsfeindlich", „internationaler Störenfried" etc. diffamiert werden konnte. Dies geschah dann ja auch von Seiten der Imperialisten ebenso wie von Seiten der Revisionisten. Tatsache ist allerdings, daß die VR China insgesamt bis heute nur einen B r u c h t e i l der Versuche in der Atmosphäre durchgeführt hat, die von den USA und der Sowjetunion bis zum Abschluß des „Vertrags zur Begrenzung der Kernwaffenversuche" durchgeführt worden waren. Dies zum einen, weil die VR China sich auf die schon vorliegenden Erkenntnisse stützen konnte; zum anderen aber auch eindeutig als Ausdruck eines größeren Verantwortungsgefühls gegenüber der Menschheit! **Mit dem „Vertrag zur Begrenzung der Kernwaffenversuche" wollten sich ausgerechnet die USA und die Sowjetunion, die bis dahin mit Serien riesiger Atom-„Versuche" in der Atmosphäre die Menschen gefährdet hatten und die allein über die Kapazität zur weitgehenden Auslöschung der Menschheit verfügen, als die größten Friedensengel unserer Zeit hinstellen. In Wahrheit diente dieser Vertrag nur der Absicherung ihres Atommonopols, während es ihnen selbst keine Schranken auferlegte, sondern im Gegenteil einen noch ungeheuerlicheren Aufschwung ihrer Atom-Rüstung einleitete!**

Hier haben wir genau den Kernpunkt der Kritik an den SU-Revisionisten zu fassen: Während sie einerseits unglaublich hochgesteckte Abrüstungsprogramme aufstellten und binnen kürzester Frist für realisierbar erklärten, schlossen und schließen sie andererseits Verträge (in jüngster Zeit z.B. SALT) die entweder nur ganz geringfügige Verbesserungen oder aber den völligen Betrug, statt wirklicher Abrüstungs- oder Begrenzungsmaßnahmen, enthalten, und sie beschimpfen jeden als „abenteuerlich" und „entspannungsfeindlich", der das Wesen dieser Schwindelverträge entlarvt.

Kreuzer der „Swerdlow"-Klasse

Es geht hier nicht um die Ablehnung von Abrüstungsvorschlägen, um die Ablehnung des Kampfes um den Frieden schlechthin, wie die SU-Revisionisten allen linken Kritikern unterstellen. Die chinesischen Genossen erklärten damals dazu:

„Wir waren stets der Meinung, daß es, um die Aufrüstung und die Kriegsvorbereitung des Imperialismus zu entlarven und zu bekämpfen, notwendig ist, Vorschläge zur allgemeinen Abrüstung zu unterbreiten. . . Wenn aber die allgemeine und vollständige Abrüstung als der g r u n d l e g e n d s t e W e g zum Weltfrieden betrachtet wird, wenn die Illusion verbreitet wird, daß der Imperialismus automatisch die Waffen niederlegen wird, und wenn unter dem Vorwand der Abrüstung versucht wird, den revolutionären Kampf der geknechteten Massen und unterdrückten Nationen zu liquidieren, dann ist das ein wissentlicher Betrug an den Völkern der ganzen Welt und Schützenhilfe für die imperialistische Aggressions- und Kriegspolitik". (18)

Die bunte Palette der Schwindelverträge ...

1969 – fünf Jahre nach dem eben erläuterten Vertrag zur „Begrenzung der Kernwaffenversuche" – konnten die SU-Revisionisten mit dem sog. „Atomwaffensperrvertrag" einen weiteren „Erfolg" ihrer „Entspannungspolitik" verbuchen.

Dieses Abkommen, in dem sich die Nuklearmächte verpflichteten, keine A-Waffen an Nichtnukleare weiterzugeben, wurde seinerzeit als „markanter Schritt" etc. auf dem Weg zu einer umfassenden nuklearstrategischen Rüstungskontrollpolitik angepriesen. Die Nuklearmächte wurden durch ihn jedoch in k e i n e r Weise an der weiteren technologischen Entwicklung und an der Aufrüstung ihrer nuklearen Streitmacht gehindert. Wie heute klar zu sehen ist, hat demzufolge auch der A-Waffensperrvertrag absolut keinen Rüstungskontroll- bzw. -begrenzungseffekt gehabt – er hat vielmehr faktisch die Vormachtstellung der beiden nuklearen Großmächte USA und SU stabilisiert! (19)

1971 folgte dem A-Waffensperrvertrag der sog. Meeresbodenvertrag. Er verbietet die Installierung fixierter (fest stationierter) Waffensysteme auf dem Meeresboden, und damit etwas, „ ... *was keine der beiden Großmächte – vor allem auch nicht die USA – jemals erstrebten"* (20) Der Vertrag e r l a u b t dagegen umgekehrt das, was als einzig sinnvolle strategische Möglichkeit der Nutzung des Meeresbodens anzusehen ist, nämlich die Installierung von b e w e g l i c h e n Waffensystemen, *„gleichgültig ob diese auf dem Meeresboden k r i e c h e n oder als schwimmende Systeme etabliert werden"* (21).

Das sog. „SIPRI-Jahrbuch über Weltrüstungen" charakterisierte diesen Vertrag sehr treffend: *„Da der Vertrag durchaus die Plazierung von Einrichtungen auf dem Meeresboden erlaubt, welche freischwebende nukleare Waffensysteme logistisch unterstützen können, wird er kein Hindernis für die Entwicklung eines nuklearstrategischen Rüstungswettlaufs unter See darstellen."* (22)

Im Winter 1971/72 wurde mit der „Konvention über das Verbot und die Zerstörung der bakteriologischen (biologischen) Waffen und Toxine" ein weiterer Schwindel-„Abrüstungsvertrag" geschlossen. *„Bezeichnend für das Abkommen ist ..., daß es wahrscheinlich nur zustande kam, nachdem die ursprünglich mit den B-Waffen verschränkte Komponente der chemischen Kampfstoffe aus dem Verhandlungspaket herausgelöst worden ist"* (23).

Der Schwindel-Vertrag über „Verbot und Zerstörung" bakteriologischer Waffen verdankt sich zweifellos deren besonderen Eigenschaften: Minimale Mengen reichen, um maximale Wirkungen zu erzielen. Ihre Herstellung und Lagerung ist also praktisch überhaupt nicht zu kontrollieren, der Vertrag folglich ein Hohn. Es ist bekannt, daß in den USA ebenso wie in der Sowjetunion die Entwicklung bakteriologischer Waffen (die im Übrigen von „friedlicher" biologischer Forschung gar nicht eindeutig zu trennen ist!) fortgesetzt wird – hin zu immer gefährlicheren Bakterien-Stämmen. Bekannt ist ferner, daß die US-Imperialisten bakteriologische Waffen auch nach Abschluß des „Abrüstungsvertrages" in ihrem Indochina-Krieg eingesetzt haben, beispielsweise zur Infizierung der Nutztiere mit tödlichen Krankheiten.

SALT-Verhandlungen – Aufrüstung unter dem Deckmantel der „Entspannung"

Seit 1969 laufen die „Gespräche über die Begrenzung strategischer Waffen" (Strategic Arms Limitation Talks = SALT) zwischen den USA und der Sowjetunion. Anläßlich des Nixon-Besuches in Moskau wurde am 26. Mai 1972 ein erstes Abkommen geschlossen: *„Ihre Absicht bekundend, baldmöglichst eine Beendigung des atomaren Wettrüstens zu erreichen ... und ... effektive Maßnahmen ... zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung einzuleiten"*, verpflichten sich beide Seiten, *„ihre Raketenabwehrsysteme einzuschränken"* (24).

Tatsächlich handelt es sich bei diesem ersten SALT-Abkommen um den Versuch, den Austausch veralteter Waffensysteme gegen modernere als Schritt zur „Abrüstung", natürlich gemäß dem sowjetischen Slogan auch gleich noch zur „allgemeinen und vollständigen", zu verkaufen.

In Artikel 1 verpflichten sich die USA und SU, ihre ABM-Systeme zu „begrenzen", d.h. „nur" je ein ABM-Stationierungsgebiet mit einem Radius von 150 km um die jeweilige Landeshauptstadt und eines in einer weiteren Region innerhalb der Landesgrenzen sind gestattet. In diesen Gebieten dürfen jeweils nicht mehr als 100 ABM-Startrampen und eine gleiche Anzahl Abfangraketen vorhanden sein (Artikel 3). Diese Begrenzung ist nur deshalb zustande gekommen, weil zum damaligen Zeitpunkt der Bedarf der USA und SU an großen strategischen Raketen weitgehend gesättigt war, und sich die Rüstungskonkurrenz auf die Produktion „kleinerer", taktischer A-Waffen für „begrenzte Konflikte" verlagerte.



Silo für sowjetische Fernrakete

Artikel 4 des Abkommens läßt ausdrücklich eine *„Modernisierung und eine Auswechselung der strategischen, offensiven Raketen- und Startanlagen"* zu.

Zudem sieht das SALT-Abkommen zwar eine Begrenzung der Startrampen und der Trägerraketen vor, aber keine Begrenzung der S p r e n g k ö p f e. So ist das erste SALT-Abkommen in „Null Komma Nichts" durch die Produktion von Mehrfachsprengköpfen (MIRV) zur offensichtlichen Farce degradiert worden.

Als ob das nun alles noch nicht genug Verarschung der durch die „Entspannung" geweckten Friedenshoffnungen der Völker wäre, enthält das SALT-Abkommen zusätzlich eine Klausel, die es überhaupt in die Willkür der Vertragspartner stellt, ob sie das Abkommen einhalten wollen oder nicht – Artikel 15:

„Jede der beiden Seiten hat in Ausübung ihrer staatlichen Souveränität das Recht, sich aus dem Vertrag zurückzuziehen ... wenn außerordentliche Umstände ihre Interessen gefährdet haben".

Im Juli 1974 unterzeichneten die USA und die SU-Revisionisten ein weiteres SALT-Abkommen, das die Begrenzung der unterirdischen Atomversuche zum Inhalt hat. Diese Tests sollen danach mit Wirkung vom 1.4.1976 (also zwei Jahre nach Unterzeichnung des Vertrages!) auf eine Größe von 150 Kilotonnen „beschränkt" sein. Selbst Springers „Welt" kommentierte: *„Die Beschränkung auf 150 Kilotonnen Sprengkraft bei unterirdischen Atomtests erlaubt nach wie vor die Erprobung mittlerer MIRV-Sprengköpfe und vor allem die von den Amerikanern geplante ‚Miniaturisierung' ihres taktischen Atomarsenals"* (25).

Beim Besuch des US-Präsidenten Ford in der Sowjetunion (Wladiwostok) im Dezember 1974 kam es zu einer weiteren Vereinbarung, die ursprünglich Mitte 1975 unterzeichnet werden sollte, inzwischen aber durch die technischen Neuentwicklungen (Cruise Missle etc.) eingeholt worden ist, wodurch die Verhandlungen insgesamt wieder einmal ins Stocken geraten sind.

Die Vereinbarung von Wladiwostok sieht vor, daß die USA und die Sowjetunion bis 1985 je 2.400 Langstreckenraketen bzw. Langstreckenbomber unterhalten dürfen, von denen je 1.320 Träger mit atomaren Mehrfachsprengköpfen (MIRV) bestückt werden dürfen. Das besonders Zynische an dieser „Abrüstungs"-Vereinbarung ist, daß weder die USA noch die SU zum Zeitpunkt der Übereinkunft über die festgeschriebene Anzahl von 1.320 MIRV-Raketen verfügten! Kurzum, nicht Abrüstung war in Wladiwostok das Thema (erst recht nicht die „vollständige und allgemeine"), sondern Breschnew und Ford plauderten vielmehr über die „Begrenzung" der noch vorzunehmenden A u f r ü s t u n g!

US-Präsident Ford gab demzufolge unumwunden zu, daß die **„Vereinbarung vorerst keine Verminderung des sowjetisch-amerikanischen Rüstungswettlaufes bringen wird"** (26).

Statt „Entspannung": beispiellose Aufrüstung!

„Unsere Verteidigungsstellung muß sowohl flexibel als auch entschlossen sein. Jeder potentielle Aggressor, der mit einem Angriff auf irgendeinen Teil der freien Welt mit irgendeiner Art von Waffen, nuklear oder konventionell, liebäugelt, muß wissen, daß unsere Antwort angemessen, selektiv, schnell und effektiv sein wird (...). Unsere Waffensysteme müssen in einer Weise brauchbar sein, daß sie Überlegung und kritische Entscheidung hinsichtlich der Zeitplanung, Reichweite und Ziele ermöglichen, und unsere Fähigkeit zur Verteidigung muß sicher sein gegen wiederholte und langdauernde Angriffe wie auch gegen einen Überraschungsangriff, den der Gegner als Erstschlag ausführt" (27).

Das sind die Worte des Mannes, den die Sowjetrevisionisten unter N.S. Chruschtschow als „einsichtsvoll", „realistisch" etc., sozusagen als Garanten der „Entspannung" im imperialistischen Lager betitelt haben – John F. Kennedy!

Während die Sowjetrevisionisten Anfang der sechziger Jahre ihre vorne behandelten umfangreichen Abrüstungsprogramme in die Welt hinausposaunten, gingen Kennedy und Co. daran, den Militärapparat der USA innerhalb kürzester Frist geradezu gigantisch auszubauen:

„Die Zuwachsraten betrugen in den ersten beiden Jahren der Kennedy-Administration: 100% bei der Zahl der nuklearen Waffen, die den mobilisierten strategischen Streitkräften zur Verfügung standen; 45% bei der Zahl der gefechtsbereiten Armeedivisionen; 33% bei der Zahl der taktischen Jagdgeschwader; 60% Zuwachs bei den in Westeuropa stationierten taktischen Nuklearstreitkräften; 75% bei den Lufttransport-Kapazitäten (air lift); 100% Zu-

Fortsetzung Seite 42

Fortsetzung von Seite 41

wachs im allgemeinen Schiffbau; 600% (!) in den Potentialen zur Bekämpfung von Befreiungsbewegungen" (28).

Diese Zahlen mögen ein ungefähres Bild der Aufrüstung des US-Imperialismus geben, die mit einer enormen Ausdehnung seiner weltumspannenden Aggressionsarmee, Stützpunkte usw. und nicht zuletzt seiner unmittelbaren militärischen Aktivitäten (Vietnam, diverse CIA-Putsche etc.) verbunden war.

Mit dem Beginn der Kennedy-Administration wurden auch im Bereich der militär-strategischen Doktrin, d.h. der globalen Orientierung des US-Imperialismus, wesentlich aggressivere Töne angeschlagen.

Während die Nuklear-Waffen in den militär-strategischen Überlegungen der 50-er Jahre vorgeblich als „Abschreckungs"-Waffen diskutiert und geplant wurden („Doktrin der minimalen Abschreckung", Zweitschlagskapazität etc.), propagierten Kennedy und Co. die „Doktrin optimaler militärischer Optionen" (wählbarer Möglichkeiten) „für politische Entscheidungen vor allem in Krisen- und Konfliktfällen".

Unter Kennedy wurde im Rahmen der sog. **„Strategie der flexiblen Antwort"** die *„gleichzeitige Vorbereitung auf m e h r e r e mögliche Konfliktfälle zur grundlegenden sicherheitspolitischen Devise erhoben".*

Mit den in diesem Sinn entwickelten strategischen Konzeptionen, die **„ ... in der Kennedy-Administration nicht bloß in vielen Variationen diskutiert, sondern in vielfältige praktische Programme übersetzt worden sind, glaubten Militärplaner, gerade auch n u k l e a r e Waffenpotentiale wieder politisch verfügbar machen zu können"** (29).

Später setzte sich dann nach der „McNamara-Doktrin" der „sicheren Zerstörung" („assured destruktion"), die einen Kompromiß zwischen der „minimalen Abschreckung" und der Erlangung der „Erstschlagkapazität" darstellte, mehr und mehr im Rahmen der gigantischen Aufrüstung und aggressiven Ausrichtung der US-Armee die Erlangung der „Erstschlagskapazität" (first Strike) als strategisches Konzept im nuklearen Bereich durch. Im konventionellen Bereich verbreitete die USA während der 60-er Jahre gemäß der angemaßten Rolle als „Weltpolizist" ihre Streitkräfte über sämtliche Teile der Welt, in denen sie Einfluß erlangen konnte.

Insgesamt ging es den US-Imperialisten darum, ihre Aggressionsarmee sowohl im konventionellen, als auch im nuklearen Bereich auf eine Vielzahl von „kleinen" Kriegen anstelle der großen Konfrontation mit der SU umzurüsten. Daß es nicht nur bei Diskussionen und Umorganisieren blieb, wird deutlich an der Vielzahl von militärischen Aktionen – von der Schweinebucht-Invasion (Kuba-Krise) bis zum bestialischen Wüten der US-Völkermörder in Vietnam. Hier ist das Konzept der stufenweisen Eskalation bis hin zur völligen Vernichtung der Völker und ihrer Lebensgrundlagen bis dicht an die letzte Stufe herangekommen: den Einsatz

sen Eskalation bis hin zur völligen Vernichtung der Völker und ihrer Lebensgrundlagen bis dicht an die letzte Stufe herangekommen: den Einsatz

der forciert seit der Kennedy-Administration entwickelten „kleinen" Atomsprengköpfe für „begrenzte Konflikte", deren Wirkung in etwa der Hiroschima-Bombe entspricht!

Die „begrenzten" Aktivitäten der US-Imperialisten scheinen allerdings nach Meinung der Sowjetrevisionisten ihren „Frieden" durchaus nicht zu gefährden. So behauptete etwa Breschnew im Frühjahr 1976 auf einer Kundgebung in den Moskauer Lichatschow-Autowerken, daß es *„uns gelang, die Kriegsgefahr zurückzudrängen ... Die internationale Spannung hat sich erheblich vermindert".* Die Sowjetunion *„scheue keine Mühe, den errungenen Frieden (?) zu erhalten".*

Offenbar verstehen die Sowjetrevisionisten unter „Frieden" allein die Tatsache, daß es keine offene Konfrontation zwischen der Sowjetunion und den USA gibt! Breschnew in derselben Rede: *„Solch günstige Bedingungen für die friedliche Arbeit wie jetzt hat u n s e r Land noch nie gekannt ..."* (nach „UZ", 4.5.76).

Unbeschadet durch die „Entspannungserfolge" der SU-Revisionisten und deren „Frieden" hatten die USA im September 1969 schließlich 1,2 Mio. Soldaten (die Gesamtstärke betrug damals 3,5 Mio.) in mehr als 30 Ländern stationiert und verfügten über 2.270 Militärbasen (ohne Vietnam) in Übersee (30).

Welchem „Frieden" dieses gewaltige Potential dient, hat der US-Imperialismus mit seinen zahlreichen Aggressionen nach dem zweiten Weltkrieg gezeigt. Allein von 1945 bis 1970 hat er 26 Interventionen und Aggressionen mit insgesamt 73 Kriegsjahren begangen! (31)

Beide Großmächte verfügen inzwischen über ein atomares Potential, das es ihnen gestatten würde, sich gegenseitig mehr als 100 Mal zu vernichten! Als atomare V e r t e i d i g u n g s-Streitmacht betrachten Rüstungsexperten gemeinhin eine Kapazität, die imstande ist, ca. 25% der Bevölkerung und 50% der Industrie des potentiellen Gegners zu vernichten (32).

Hatte die Sowjetunion Ende der 50-er Jahre, zur Zeit des Beginns ihrer „Entspannungspolitik", noch zumindest in einigen Bereichen einen technologischen Vorsprung vor dem US-Imperialismus (sie schickte z.B. den ersten Satelliten in eine Erdumlaufbahn), so ist derzeit im Vergleich USA–Sowjetunion der US-Imperialismus eindeutig überlegen.

„Die USA besitzen zur Zeit nach ihren eigenen Angaben über 30.000 Nuklear-Waffen, die sich auf amerikanischem Boden, auf allen Meeren, in Europa und Asien befinden. Davon sind 8.500 als strategische und 22.000 als taktische Waffen eingestuft. Der Hauptunterschied zwischen den strategischen und den taktischen Nuklearwaffen liegt in der Reichweite. Die taktischen Waffen haben eine kürzere Reichweite, sind aber in ihren Auswirkungen z.T. viel gewaltiger als die strategischen Waffen. Mitte 1975 sind von den 8.500 strategischen Nuklearwaffen mit Mehrfachsprengköpfen geeigneten Trägermittel ausgerüstet:

- *die 1.054 in den USA zu Land stationierten Minuteman und Titan-Raketen,*
- *die 656 Polaris/Poseidon-Raketen auf 41 atomaren U-Booten und*
- *500 strategische Bomber (B52), in Kürze die weiterentwickelte B-1"* (33).

Laut zitierter Zeitschrift produzierten die USA in den letzten vier Jahren rund drei strategische Nuklear-Waffen t ä g l i c h. Bis 1985 werden die USA über 21.000 strategische Nuklear-Waffen verfügen. Trotz (??!) SALT-Abkommen produzierten **„die USA 1973 etwa siebenmal so viel A-Waffen wie 1969 beim Amtsantritt Nixons"** (34). Dabei haben die Imperialisten einen riesigen Vorsprung vor der Sowjetunion, die „nur" über ca. 2.500 strategische A-Bomben verfügt (35). So stieg die Anzahl der Interkontinentalraketen in der Zeit von 1971 bis 1974 bei den USA um 390, bei der Sowjetunion um 80; bei den Sprengköpfen liegt das Verhältnis im gleichen Zeitraum 1.170 zu 160. Bei den atomaren Seestreitkräften (SLBM) stieg die Anzahl der Träger (U-Boote, Zerstörer, Flugzeugträger) in den USA auf 758, bei der SU auf 492 an. Die Anzahl der von Schiffen und U-Booten aus abschießbaren Atomsprengköpfe stieg in den letzten vier Jahren in den USA um 4.850, bei der Sowjetunion um 572 (36). Der US-Außenminister Kissinger bemerkte schon am 26.4.1974 zu dieser Entwicklung: *„Wenn man nicht auf die Trägerwaffen, sondern auf die abschießbaren Sprengköpfe sieht, dann hat sich der Vorsprung der USA gegenüber der Sowjetunion während der Laufzeit des SALT-Abkommens (!) vergrößert und wird sich noch weiter vergrößern. Und man wird schließlich von Sprengköpfen getroffen – nicht von Trägersystemen"*(37).

(!) vergrößert und wird sich noch weiter vergrößern. Und man wird schließlich von Sprengköpfen getroffen – nicht von Trägersystemen"(37).

„Entspannungs" – Schwindel: Wahnsinn oder Methode?

Angesichts dieser Fakten muß man sich fragen, welchen konkreten Nutzen sich die SU-Revisionisten von ihrem penetranten Getue mit „Entspannung" und von ihrem „Abrüstungs" – Schwindel eigentlich versprechen können.

Klar ist folgendes: Die Sowjetunion k a n n beim Wettrüsten gegenüber dem US-Imperialismus überhaupt nur verlieren! Denn erstens ist die Sowjetunion grundsätzlich aus wirtschaftlichen Gründen nicht in der Lage, ebenso große Mittel in die Aufrüstung zu investieren wie die USA, ohne den Lebensstandard der Sowjetvölker d e r a r t stark anzugreifen, daß Unzufriedenheit überhand nimmt. Zweitens kann die Sowjetunion aufgrund ihres technologischen Rückstands gegenüber den USA selbst bei g l e i c h e m Mitteleinsatz keineswegs auf gleiche E r g e b n i s s e rechnen. Anders gesagt: Die Sowjetunion müßte, um auch nur mit der Aufrüstung der USA Schritt zu halten, weitaus m e h r als diese investieren. Das aber ist aus ökonomischen Gründen absolut unmöglich! Daher v e r g r ö ß e r t sich der Rüstungsvorsprung „des Westens" also immer mehr. Hieraus ergibt sich die Unsinnigkeit der chinesischen Gegenüberstellung von „aufsteigender Supermacht" (Sowjetunion) und „absteigender Supermacht" (USA).

Es wäre demnach – unabhängig, wie man die sowjetische Politik ansonsten bewertet – eigentlich ganz logisch, wenn die Sowjetunion die allergrößten Anstrengungen machen würde, um t a t s ä c h l i c h das für sie mörderische Wettrüsten zumindest zu verlangsamen, wenn nicht gar zu stoppen.



Entspannung

Dies würde beinhalten, als entschiedenster Ankläger der imperialistischen Aufrüstung aufzutreten und den gegenwärtigen Zustand nicht als „Entspannung", sondern als brisante Kriegsgefahr, als eine Frage von Leben und Tod für die gesamte Menschheit zu kennzeichnen.

Wir sehen jedoch, daß die SU-Revisionisten das genaue Gegenteil taten und tun:

- Sie schwätzen von „Entspannung als Haupttendenz unserer Zeit" und diffamieren jede realistische Einschätzung der Kriegsgefahr als „entspannungsfeindlich";
- Sie bemänteln die wahnwitzige Aufrüstung der letzten 10 bis 15 Jahre und gehen soweit, ökonomisch bedingte finanzielle Einsparungen einiger imperialistischer Staaten auf dem Rüstungssektor (die in Wirklichkeit durch Rationalisierung und Modernisierung mehr als wett gemacht werden!) schon als konkrete Abrüstungsschritte auszugeben, um ihrem „Entspannuns"-Schwindel mehr Glaubwürdigkeit zu geben;
- Sie haben mit den US-Imperialisten eine Fülle von Pseudo-„Abrüstungs"-Abkommen geschlossen, die allesamt nicht etwa erste Schritte in die richtige Richtung (Abrüstung) sind, sondern im Gegenteil nur zur ideologischen Bemäntelung eines enorm gesteigerten Wettrüstens gedient haben.

Sieht man von der höchst unwahrscheinlichen Möglichkeit ab, daß die sowjetische Führung zu blöd sein könnte, um die Konsequenzen ihrer eigenen Politik zu erkennen, so ergibt sich zwangsläufig nur eine Schlußfolgerung: O b w o h l die Fortsetzung des Wettrüstens gegenüber dem US-Imperialismus klare Nachteile für die Sowjetunion bedeutet, halten die SU-Revisionisten offensichtlich die V o r t e i l e einer Fortsetzung des Wettrüstens insgesamt für wichtiger als eine w i r k l i c h auf dessen Verlangsamung zielende Politik.

offensichtlich die V o r t e i l e einer Fortsetzung des Wettrüstens insgesamt für wichtiger als eine w i r k l i c h auf dessen Verlangsamung zielende Politik.

Eine revisionistische Standardparole lautet, die „Entspannung" müsse **„unumkehrbar"** gemacht werden. In dieser Parole ist die ganze Unsinnigkeit und Verlogenheit revisionistischer „Friedens"-Politik enthalten. Denn „Entspannung beschreibt überhaupt nicht mehr als eine **zeitweilige F o r m** der Beziehungen zwischen Staaten. An den diesen Beziehungen zugrunde liegenden W i d e r s p r ü c h e n ändert sich jedoch nicht das geringste. Dieser Tatsache entspricht auch die reale Entwicklung: Unverdrossen um das eigene „Entspannungs"-Geschwätz rüsten alle imperialistischen und revisionistischen Staaten auf wie noch nie!! Warum wohl?! Die gesamte Geschichte zeigt, daß Waffen produziert werden, um sie anzuwenden. Nicht eine zeitweise „Entspannung" in den Beziehungen zwischen imperialistischen und revisionistischen Staaten bestimmt die Entwicklungsrichtung, sondern das immer fieberhaftere Wettrüsten.

Wenn die Imperialisten und Revisionisten Begriffe wie Frieden und Abrüstung entwertet und unglaubwürdig gemacht haben, so sollte das jedoch für uns kein Anlaß sein, die zunehmende Aktualität und Wichtigkeit des Kampfes für Frieden und wirkliche Abrüstung zu verkennen oder diesen Kampf a n s i c h für „reformistisch" und revisionistisch zu halten. Dieser Kampf kann, richtig geführt, breiteste Unterstützung gewinnen, weil er den Interessen der übergroßen Mehrheit des Volkes völlig entspricht. Die bisherige, vorwiegend von der DKP und linken Sozialdemokraten dominierte „Friedensbewegung" in unserem Land negiert die Tatsache, daß das Wettrüsten v o r a l l e m von den USA und der Sowjetunion betrieben wird, und versucht den Anschein zu erwecken, als wäre die BRD der einzige „Störenfried" in einer sonst ganz auf Abrüstung und Entspannung eingestimmten Welt. Diese Darstellung hat mit der Wirklichkeit nichts zu tun. Daher kann sie im Volk kaum Unterstützung finden, sondern ruft

auf Abrüstung und Entspannung eingestimmten Welt. Diese Darstellung hat mit der Wirklichkeit nichts zu tun. Daher kann sie im Volk kaum Unterstützung finden, sondern ruft

Mißtrauen hervor und stärkt dadurch die Reaktion. Angesichts wachsender Kriegsdrohung und des immer unheilvolleren atomaren und „konventionellen" Wettrüstens kann man dem Volk „Abrüstung" und „Entspannung" immer weniger als „Haupttendenz unserer Zeit" verkaufen. Das Leben selbst widerlegt von Tag zu Tag mehr diese Parole. Der Kampf für Frieden und Abrüstung muß von einer r e a l i s t i s c h e n Analyse **und Darstellung der Verschärfung der** Widersprüche im Weltmaßstab und von der wachsenden Kriegsgefahr ausgehen, er muß die Kriegshetze und Kriegsvorbereitungen der „eigenen" Bourgeoisie unter dem Vorwand der „russischen Gefahr" schonunslos entlarven, und er muß von dem Prinzip ausgehen, daß nur der revolutionäre Sturz des Imperialismus e n d g ü l t i g den Friden sichern kann - ohne jedoch andererseits die konkreten Möglichkeiten geringzuschätzen, die für diesen Kampf schon heute bestehen.

RGW-Kommission (KB/Gruppe Hamburg) und AK Redaktion

Quellennachweis:

1. Rechenschaftsbericht, 20. Parteitag, S. 31
2. ebenda, S. 32
3. Rede auf dem 3. Parteitag der rumänischen Arbeiterpartei, 21.6.1960
4. Sammelband über die Außenpolitik der Sowjetunion, Bd. 2, S. 550 bis 559
5. „Zwei Linien in der Frage von Krieg und Frieden", Peking 1963, S. 27
6. Offener Brief der Führung der KPdSU an die KPCh, 1963
7. „Welt ohne Waffen – Welt ohne Krieg", Sammelband, Bd. 2, S. 366/67 russ.
8. ebenda, S. 341
9. Lenin, „Die Frage des Friedens", Werke, Bd. 21, S. 292
10. Rede auf der Sitzung der VV der UNO, 18.9.1959
11. „Sowjetunion Heute", Heft 7, 1.4.1962 Dokumentenbeilage
12. Rede auf der Sitzung der VV der UNO, 18.9.1959
13. Erklärung der UdSSR zur Abrüstungsfrage, 15. Tagung der UNO – VV
14. ebenda
15. ebenda
16. „Sowjetunion Heute", Heft 20, 16.10. 1962, Dokumenten-Beilage
17. „Sowjetunion Heute", Heft 17/18, 1.9. 1963, Erklärung der sowjetischen Reg.
18. Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, Oberbaumverlag, 1971, S. 31/32
19. Vergleich u.a. D. Senghaas, „Aufrüstung durch Rüstungskontrolle", S. 29
20. ebenda, S. 30
21. ebenda, S. 30
22. „SIPRI-Jahrbuch für Weltrüstungen und Abrüstung", Ausgabe 1969/70
23. D. Senghaas, „Aufrüstung ...", S. 31
24. Kommuniqué vom 26.5.1972
25. „Welt", 4.7.74
26. Siehe auch ARBEITERKAMPF Nr. 56, Februar 1975
27. J.F. Kennedy, zitiert in L. Rodberg u. D. Shearer (Hrg.) „The Pentagon Watchers", 1970, S. 69
28. D. Senghaas, „Rüstung und Militarismus", S. 119
29. ebenda, S. 108/9 ff
30. ebenda, S. 112
31. Freimut Duve (Hrg.) „Ein Anti-Weißbuch", S. 26
32. Freimut Duve (Hrg.) „Frieden in Europa?", S. 15
33. „Atomic Scientists", Mai 1975
34. „Hamburger Morgenpost", 20.11.1973
35. „Atomic Scientists", Mai 1975
36. Angaben nach „Sicherheitspolitik heute", BRD 1975

33. „Atomic Scientists", Mai 1975
34. „Hamburger Morgenpost", 20.11.1973
35. „Atomic Scientists", Mai 1975
36. Angaben nach „Sicherheitspolitik heute", BRD 1975,

37. ebenda

KONTAKTADRESSEN des KB

Redaktion und Verlag
2 Hamburg 50
Lerchenstraße 75
Telefon: 43 53 06 (Verlag)
43 53 46 (Red.)

Schleswig-Holstein

Flensburg
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2064 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr vor Hertl

Kappeln
Dagmar Schneider
234 Kappeln
Postlagernd

Kiel
W.D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A
Jeden Mi. von 11 bis 14 Uhr Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Fr. von 16 bis 18 Uhr am Hauptbahnhof
Jeden Do./Fr. von 16 bis 18 Uhr Holstenstraße Weipert/Karstadt

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
24 Lübeck 1
Mühlenstr. 39

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein
(Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
242 Eutin
Postlagerkarte A 022 854
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
208 Pinneberg
Postlagerkarte A 022 926

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr Kaufzentrum Reinbek/West

Hamburg

ARBEITERKAMPF
Literaturvertrieb und Büro
2 Hamburg 6
Susannenstr. 41
Tel: 040/439 38 15
Mo. bis Fr.: 15 bis 20 Uhr
Sonnabend: 10 bis 13 Uhr

Arbeiterbuch
2 Hamburg 13
Grindelhof 45

Sozialistischer Studentenbund
Büro
2 Hamburg 13
Schlüterstr. 4

Bremen

Bremerhaven
285 Bremerhaven
über Arbeiterbuch
Sonnenstr. 8
Jeden Sonnabend 10 - 12 Uhr Karstadt

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
28 Bremen
Fedelhören 77
Mi. und Fr.: 16 bis 19 Uhr
Sonnabend: 10 bis 14 Uhr

Niedersachsen

Braunschweig
33 Braunschweig
Postlagerkarte 081 378

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend 10 - 12 Uhr vor Karstadt Nordersteinstraße

Emden
2970 Emden
Postlagerkarte 067452 A

Göttingen
Buchladen Rote Straße
34 Göttingen
Rote Straße 10

Hannover
Arbeiterbuch, z.Hd. KB
3 Hannover
Rehbockstr. 3

Hildesheim
32 Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
Jeden Sonnabend 10 - 12 Uhr Fußgängerzone/ Hoher Weg

Lüneburg
314 Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
Sonnabend Bäckerstr. 11.00 – 13.00 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
29 Oldenburg 1
Postlagerkarte 070 178 A

Rheinlandpfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
6748 Bad Bergzabern
Postfach 22

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
Jeden Sonnabend von 10 bis 13.30 Uhr Bahnhofstraße

Bochum
463 Bochum
Postlagerkarte A 058 028

Duisburg
41 Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
jeden Samstag 11-13 Uhr vor Karstadt (Stadtmitte)

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Samstag 11 - 13 Uhr im Rheydt (Fußgängerzone)

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
61 Darmstadt
Am Eichbaumeck 52

Frankfurt
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
6 Frankfurt/M. 90
Kurfürstenstr. 8
Mi. von 16.30 bis 19.30 Uhr

Kassel
Floria Rohs
Postfach 10 31 43
35 Kassel
Jeden Sonnabend 10.30 – 13.00 Uhr Königsplatz
Jeden Do., 20.00 Uhr Gaststätte Störtebeker, Kohlenstr. 40

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
78 Freiburg
Wilhelmstraße 15
Tel: 26 877
Di. von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
Jeden Mi. alte Mensa/Marstallhof
jeden Do. neue Mensa/Neuenheimer Feld

Karlsruhe/Pforzheim
Heidi Zorn
75 Karlsruhe
Humboldtstr. 13

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Samstag 11.00 - 12.30 Uhr Einkaufszentrum vor Hertie

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch 12.00 - 13.30 Uni-Mensa Langemarck-Platz 4

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 84
83 Landshut
Verkauf jeden Samstag 10.00 - 12.00 Uhr Altstadt vorm Oberpaur

Nürnberg/Fürth
P. Trötzler
Postfach 150472
85 Nürnberg 15
offener AK-Lesekreis Mittwochs 19.00 Uhr im Komm
Verkauf jeden Samstag 10.30 - 12.30 Uhr Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag 11.30 - 13.30 Uhr Uni-Mensa
16.00 - 18.00 Uhr Fußgängerzone Königsstr.

Westberlin
A. Radtke
1 Westberlin 21
Thomasiusstr. 3
Fr. von 16 bis 19 Uhr

Der KBW und die Frauenfrage

Seit der Diskussion um die „Reformierung" des § 218 beschäftigt der KBW sich mit der Frauenfrage. Seine Veranstaltungen und „KVZ"-Artikel dienen jedoch nie dazu, konkret die doppelte Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Frau im Kapitalismus aufzudecken und Forderungen zum Kampf dagegen zu entwickeln. Der KBW ist im Gegenteil stets bemüht, die b e s o n d e r e Unterdrückung der werktätigen Frau durch die Kapitalisten u n d durch die Männer zu leugnen. Die „Begründungen" für diese Haltung zeugen von Realitätsblindheit und Frauenfeindlichkeit. Das Hauptgewicht legt der KBW bei seinen Äußerungen zur Frauenfrage auf die Diffamierung des „KB Nord", den er bequemerweise mit den feministischen Frauengruppen gleichsetzt.

In diesem Artikel wollen wir die bisherigen Verlautbarungen des KBW zu diesem Thema noch einmal zusammenfassend kritisieren.

Zuvor noch ein Blick auf die Erkenntnisse von Friedrich Engels – auf den der KBW sich mitunter ganz tollkühn beruft – zur doppelten Unterdrückung der Frau im Kapitalismus:

1884 zeigte Engels in seinem Werk „Vom Ursprung der Familie, des Staates und des Privateigentums" die Entstehung der besonderen Unterdrückung der Frau mit zunehmender Entwicklung des Kapitalismus auf. In der Urgesellschaft hatte die Frau *„eine nicht nur freie, sondern hochgeachtete Stellung"* (MEW, Bd. 21, S. 53). Schon dort bildete sich die erste Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau heraus – der Mann sorgte für die Nahrungsbeschaffung außer Haus, während die Frau die häuslichen Arbeiten erledigte. Mit der Zähmung und Züchtung von Vieh entstand eine ungeheure Quelle des Reichtums, der nach damaliger Arbeitsteilung und Besitzrecht dem Mann zufiel. Mit zunehmender ökonomischer Stärke wuchs das Interesse des Mannes, die Erbfolgeregelung, nach der sein Reichtum seinen Geschwistern zufiel, zugunsten seiner Kinder umzuwandeln; die männliche Abstammung und Erbfolge setzte sich durch. Engels nennt diese Revolution eine der entscheidensten der Menschheit; sie bedeutete die *„weltgeschichtliche Niederlage des weiblichen Geschlechts"* (ebd., S. 59). Es entsteht die patriarchalische Familie und die monogame Ehe aufgrund des Sieges des Privateigentums über das ursprüngliche Gemeineigentum. Die daraus hervorgegangene doppelte Unterdrückung der Frau be-

über das ursprüngliche Gemeineigentum. Die daraus hervorgegangene doppelte Unterdrückung der Frau be-

schreibt Bebel in „Die Frau und der Sozialismus" folgendermaßen:

„Das weibliche Geschlecht in seiner Masse leidet in doppelter Beziehung: Einmal leidet es unter der sozialen und gesellschaftlichen Abhängigkeit von der Männerwelt – diese wird durch formale Gleichberechtigung vor den Gesetzen und in den Rechten zwar gemildert, aber nicht beseitigt – und durch die ökonomische Abhängigkeit, in der sich die Frauen im allgemeinen und die proletarischen Frauen im besonderen gleich der proletarischen Männerwelt befinden".

Auch heute existiert diese doppelte Unterdrückung der Frau:

- Eine Erziehung, die darauf angelegt ist, sie zu gehorsamen, fleißigen Hausmütterchen zu machen, die nur Kinderkriegen, Kochen, Waschen usw. im Kopf haben sollen;
- wenn überhaupt eine Berufsausbildung, dann meist als schlecht bezahlte Hilfskraft;
- Leichtlohngruppen und nervenaufreibende Fließbandarbeit im Betrieb;
- unbezahlte Dienstmädchen für die Familie und damit für die Kapitalisten;
- Degradierung zum Sexualobjekt in Film, Presse, Werbung etc.

Das ist die Realität der proletarischen Frau heute!

Und angesichts dieser Fakten Stellt der KBW sich hin und sagt, es gäbe keine doppelte Unterdrückung der Frau. Dazu nun reichlich Kostproben.



Kinder gebären – der Frau natürliche Bestimmung

Der KBW entdeckte erstmals seine speziellen Thesen zur Frauenfrage, als er sich anschickte, die „Forderungen der Massen" in die Bewegung gegen den § 218 zu tragen. Waren sich bis dahin doch alle Gegner des § 218 darin einig, daß der § 218 eine Unterdrückung insbesondere der Frau darstellt und die Frau die Entscheidung über eine Abtreibung fällen soll, so trat der KBW mit der These auf die Bühne, daß *„mit dem Abtreibungsverbot das V o l k weiter bevormundet und unterdrückt werden soll"* (Offener Brief des „Komitees gegen den § 218", Hamburg, 23.1.76). Also, **„Abtreibung ja oder nein, das muß Sache des V o l k e s sein".**

Mit der Begründung für diese Parole hat der KBW noch heute schwer zu schaffen: *„Es ist ein natürliches Bedürfnis für Mann und Frau, sich fortzupflanzen. Müssen sie abtreiben, weil sie sich ein weiteres Kind nicht leisten können und werden sie dafür bestraft, so ist das eine doppelte Unterdrückung von Mann und Frau durch die herrschende Kapitalistenklasse".*

Abgesehen davon, daß man nicht weiß, ob man bei dieser kuriosen Neu-Interpretation des Begriffs „doppelte Unterdrückung" lachen oder weinen soll, wird an diesem Beispiel deutlich, was der KBW von Frauen hält. Ihre „natürliche Bestimmung" soll es sein, Kinder zu gebären. Laut KBW ist es a u s s c h l i e ß l i c h die schlechte materielle Situation im Kapitalismus, die die Frauen davon abhält, sich diesem „natürlichen Bedürfnis" ohne Einschränkung hinzugeben. Im Sozialismus, wo diese materielle Not aufgehoben ist, sollen die Frauen dann ein Kind nach dem anderen „werfen", je nachdem wie es die Komitees, denen Fochler (Mitglied des ständigen Ausschusses des ZK des KBW) die Entscheidungsbefugnis über Schwangerschaften im Kommunismus übertragen will, bestimmen. Abtreibungen sind dann „überflüssig".

Wir teilen diese frauenfeindlichen Vorstellungen, die der KBW auch noch als „Kommunismus" ausgibt, allerdings nicht im geringsten. Im Kommunismus sollte sich niemand mehr einfach seiner „natürlichen Bestimmung" hingeben, denn dann werden wir mit Kenntnis der Naturgesetze unsere Entwicklung und unser Handeln b e w u ß t bestimmen und planen. Und keine Frau hat heute und erst recht nicht im Sozialismus ein Interesse daran, sich ihre Entwicklungschancen zu verbauen, indem sie ein Kind nach dem anderen gebärt. Erst recht im Sozialismus und Kommunismus werden die Frauen ihr Recht auf Selbstbestimmung voll verwirklichen und selbst über eine Abtreibung entscheiden können.

Der KBW versuchte noch mit einer anderen Version seine Parole zu untermauern: So geht er davon aus, *„daß in unserem Lande die Konsequenzen sowohl der Kinderaufzucht als auch der Abtreibung Mann und Frau zu tragen haben".* Deshalb müßten b e i d e „demokratisch" entscheiden, ob die F r a u ein Kind gebären soll oder nicht. *„So verhalten sich Millionen und das ist normal"* (!). *„Die arbeitenden Klassen sind demokratisch und beraten die Fragen untereinander"* („KVZ", Ortsbeilage Hamburg, 5.6.75). Der KBW leistet sich hier mehrere Hämmer gleichzeitig:

1. Seine Theorie ist vom Biologischen her völlig absurd. Es sind immerhin die Frauen, die Schwangerschaft, Geburt und gegebenenfalls eine Abtreibung mit allen gesundheitlichen Gefährdungen und Schikanen durch Ärzte und Behörden durchmachen. Da selbst der KBW für so dämlich nicht gehalten werden kann und auch schon mal erkannt hatte, daß man **„bei Männern nicht abtreiben kann"** („KVZ", Ortsbeilage Hamburg, 6.3.75), steckt hinter dieser Aussage eine Mißachtung der besonderen Schwierigkeiten, denen eine Frau in so einer Situation ausgesetzt ist.
2. Es ist Fakt, daß die Kinderaufzucht heutzutage fast ausschließlich von den Frauen getragen wird, auch wenn der KBW beschwört, daß Mann und Frau dies „gemeinsam" betreiben würden. Zahlreiche Frauen verlieren durch eine Schwangerschaft ihren Beruf. Suchen sie auf dem Arbeitsamt einen neuen Job, werden sie nach Hause geschickt, wenn sie nicht nachweisen können, daß ihre Kinder versorgt sind; ein oft unlösbares Problem angesichts der gleichzeitigen Einsparung von Kindergartenplätzen.
3. Was für ein Demokratieverständnis liegt beim KBW vor, wenn er fordert, daß der Mann gleichberechtigt über Dinge mitentscheiden soll, die in erster Linie die Frau betreffen?

Je schwerer die Tasche, desto emanzipierter die Frau

Je schwerer die Tasche, desto emanzipierter die Frau

Der KBW trifft in der Broschüre zu seinen „Arbeiterbildungsveranstaltungen" in Hamburg (13.5.76) folgende Feststellungen: *„Durch die Senkung des Arbeitslohns weit über den Punkt hinaus, wo der Lohn des Mannes zur Ernährung der Familie nicht mehr ausreichte, haben die Kapitalisten in der Geschichte der BRD hunderttausende Frauen unter das Joch des Lohnsystems gezwungen, in Lohnarbeiterinnen verwandelt. Die Zerstörung der Arbeiterfamilien ist damit Zug um Zug einhergegangen. Wichtige Aufgaben, die die Familie seitdem nicht mehr privat erfüllen konnte, zum Beispiel die Kindererziehung, hat der bürgerliche Staat in seine bürokratische Regie übernommen. Traditionell sind dies Aufgaben der Frau und die Frauen kümmern sich um diese Probleme ganz besonders".*

Die absolute Meisterleistung stellt die Behauptung dar, die Hausarbeit sei quasi vergesellschaftet. Gerade der Kapitalismus hat die „traditionellen Aufgaben der Frau" gegenüber einer früher hochgeachteten und gesellschaftlich anerkannten Tätigkeit zur Privatsache der Kleinfamilie und dort wiederum der Frau gemacht. Damit hat er sich einerseits die Kosten und Arbeit erspart, die Arbeiter immer wieder für den Produktionsprozeß fit machen zu müssen, andererseits bietet die Kleinfamilie die beste Basis für die Kapitalisten, um die Werktätigen ideologisch zu beeinflüssen und die kapitalistischen Unterdrückungsstrukturen an die folgende Generation weiterzuvermitteln. Für die Frau heißt das heutzutage, daß sie unentgeldlich für die herrschende Klasse notwendige Berufe ausübt, auf der anderen Seite ihre Tätigkeiten nicht im geringsten gesellschaftlich anerkannt werden. Selbst wenn die Frau berufstätig ist, denkt der Staat nicht daran, ihr „Aufgaben abzunehmen", sondern setzt sie schonungslos einer Doppelbelastung aus. Gerade angesichts der aktuellen „Sparpolitik" (Kindergärten, Schulen etc.) ist es reichlich weltfremd, wenn man behauptet, der Staat würde den Frauen die Kindererziehung abnehmen.

Das Thema „Lohn für die Hausarbeit" war für den KBW ein weiterer Anlaß zur Polemik gegen den „KB Nord". Eingefallen sind dem KBW dabei nichts als törichte Spitzfindigkeiten. So hat er schlauerweise herausgefunden, daß *„die Hausfrau ihre Arbeitskraft nicht an den Mann verkauft"*, folglich auch nicht von diesem ökonomisch abhängig sei. Nicht vom Mann sei die Frau wirtschaftlich abhängig, sondern vom L o h n des Mannes ... Der Tatsache, daß die Hausfrau unbezahlte Schwerstarbeit leistet, stellt der KBW entgegen, daß es z.B. auch beim Arbeiter ja nicht anders sei: „ ... *auch bei ihrem Mann, z.B. dem Schweißer, ist es nicht anders: Seine Schwerarbeit wird nicht bezahlt"* („KVZ", 10.6.76). Schlauerweise übersieht der KBW ganz und gar, daß wohl doch noch ein „kleiner Unterschied" besteht zwischen der unbezahlten Arbeit der Hausfrau und der unterbezahlten Arbeit z.B. des Schweißers, der ja eindeutig einen Arbeitslohn erhält, während die Hausfrau gar keinen bekommt. Der KBW übersieht auch, daß die Hausfrau nicht bloß vom Lohn ihres Mannes abhängig ist, sondern außerdem auch davon, welchen Anteil seines Lohns der Mann ihr gibt. Daß diese Abhängigkeit eine Quelle der Unterdrückung der Frau durch den Mann ist (z u s ä t z l i c h zu der Unterdrückung b e i d e r durch den Kapitalisten) kann nur der KBW leugnen. Und endlich gibt der KBW, zur Abwechslung mal in Übereinstimmung mit Alice Schwarzer, den Frauen den klugen Rat, doch einfach berufstätig zu werden, denn *„heutzutage geht das ja, viele Frauen tun das"* („Arbeiterbildungsveranstaltung" des KBW in Hamburg, 16.5.76).

Und das soll ohne weiteres in einer Situation möglich sein, in der

- die Frauen zunehmend aus den Betrieben entlassen werden,
- „Sparmaßnahmen" zusätzlich die Frau dazu zwingen, ihre Berufstätigkeit zugunsten ihrer Kinder aufzugeben,
- in der Presse eine ideologische Kampagne „zurück mit der Frau an Heim, Herd und Mutterglück" entfacht worden ist,
- Gesetze verabschiedet werden, die die Frau zur Gebärmaschine und Hausmütterchen verdammen sollen (§ 218, Ehescheidungsgesetz)!

Hat der KBW somit „bewiesen", daß die Hausarbeit mit Unterdrückung der Frau nichts zu tun haben soll, nimmt er sich ebenso die Unterdrükkung der Frau durch den Mann vor, besser gesagt n i c h t vor.

nimmt er sich ebenso die Unterdrükkung der Frau durch den Mann vor, besser gesagt n i c h t vor.

So geht es in der „Arbeiterfamilie" selbstverständlich „demokratisch" zu und die vorherrschende Tendenz in der Arbeiterfamilie ist Solidarität, was der KBW schon daran erkennt, daß für das Geld, das der Mann verdient, gemeinsam Haushaltsgeräte angeschafft werden (Waschmaschine etc.), die der F r a u die Hausarbeit erleichtern (KBW-lerin bei der Aufführung des Theaterstücks „Gewalt gegen Frauen" im Hamburger Audimax, 18.6.76).

Wie ist denn heute die Situation in den Arbeiterfamilien? Auch dort hat die kapitalistische Ideologie Einfluß, was sich am drastischsten an zahlreichen geprügelten Kindern und Frauen zeigt. Wie soll denn ein System, das auf Unterdrückung beruht, wirklich demokratische Zustände in seinen kleinsten Zellen, den Familien, ermöglichen? Diese Demokratie müssen wir uns erst erkämpfen; und das tut man nicht, wenn man wie der KBW die Arbeiterfamilie, nur weil sie **Arbeiterfamilie** ist, automatisch für „demokratisch" erklärt und zu der konkreten Situation innerhalb der Familie keinen Klassenstandpunkt bezieht. Andernfalls könnte es dem KBW auch gar nicht gelingen, die Unterdrückung der Frau durch den Mann zu leugnen.

Und wo es so „harmonisch" zugeht, gibt es für den KBW natürlich auch nicht das Problem der Gewalt gegen Frauen. Die Unterdrückungsmechanismen im Kapitalismus zeigen sich in den Familien in einer ihrer brutalsten Formen. Zigtausende Frauen und Kinder werden von Männern und Eltern regelmäßig mißhandelt. Für den KBW hingegen sind das nur noch vereinzelte „Verzweiflungstaten": *„In einzelnen Fällen geraten die Arbeiter in Verzweiflung über das Elend, das die Herrschaft der Kapitalisten ihnen bereitet. Wenn ein Arbeiter dann seine Frau prügelt ..."* („KVZ", 27.5.76, Ortsbeilage Hamburg, S. 4). Als Lösung schlägt der KBW den geprügelten Frauen vor, sich einfach die chinesischen Frauen zum Vorbild zu nehmen und sich mit ihren „verzweifel-

Fortsetzung Seite 44

Fortsetzung von Seite 43

ten" tobenden und schlagenden Männern an einen Tisch zu setzen und über deren Verhalten zu diskutieren.

Hier zeigt sich krass, welche – gelinde gesagt – Fehleinschätzungen der KBW sich leistet, indem er die sozialistischen Verhältnisse Chinas blind auf unsere heutige Situation in der kapitalistischen BRD überträgt. Einen wesentlichen Unterschied hat der KBW dabei vergessen: Das kapitalistische System produziert diese Zustände und profitiert von der doppelten Unterdrückung der Frau, während in China die Gleichberechtigung der Frau mit allen Mitteln gefördert wird. In der VR China stehen die Massen hinter einer geschlagenen Frau, um sie gegenüber ihrem Mann zu unterstützen; in der BRD hingegen ist die Frau meist ziemlich auf sich allein gestellt. Deshalb müssen gerade Kommunisten diese Mißstände aufgreifen und alles dazu tun, sie zu beseitigen. Und das schafft man nicht, wenn man, wie der KBW, diese Sachen einfach leugnet oder meint: „Die Massen regeln das schon".

KBW: Frauenfeind im „frauenfreundlichen" Mäntelchen

All diese Beispiele – vom § 218 bis zur Gewalt gegen Frauen – zeigen, daß der KBW sich einen Dreck um die doppelte Unterdrückung und ihre konkreten Erscheinungsformen schert. Die Realitätsblindheit, die der KBW auch in dieser Frage an den Tag legt, führt zu einer oft zynischen Frauenfeindlichkeit. Und nicht zuletzt Äußerungen in Richtung „natürliches Mutterglück" oder die Meinung, es sei äußerst „demokratisch", wenn der Mann die Haushaltsgeräte anschafft und die Frau die Arbeit macht, zeigen das Verhältnis des KBW zur Frauenfrage.

Warum tut der KBW dann so, als ob er sich mit der Frauenfrage beschäftigt? Ein Blick in seine Presse genügt. Nicht die reaktionäre Frauenpolitik der Bourgeoisie und nicht einmal der kleinbürgerliche Feminismus sind das Angriffsziel des KBW, sondern „Hauptfeind" ist allemal die Frauenpolitik des KB „Nord"! „Kampf gegen den KB Nord", unter diesem Motto laufen die „Frauen"-veranstaltungen des KBW:

- Veranstaltung in Hamburg am 24.6.76 „Der Kampf gegen den § 218 und die falschen Auffassungen der Frauengruppen";
- in Wolfenbüttel fand am 19.6.76 eine Veranstaltung statt, um die „spalterische Frauenpolitik des KB Nord vor den Massen zu entlarven";
- in Salzgitter ebenso wie in Hamburg standen die „Arbeiterbildungsveranstaltungen" des KBW im Zeichen des Kampfes gegen *„die bürgerliche Ideologie, der § 218 sei eine Frauenfrage, deren Träger die verschiedenen Frauengruppen und der KB (Nord) sind"* (Broschüre zu den „Arbeiterbildungsveranstaltungen" in Salzgitter, 21.6.76).

Der KBW schreckt auf diesen Veranstaltungen und in seiner Presse vor den verrücktesten Unterstellungen und Diffamierungen nicht zurück und läßt sich die absurdesten „Begründungen" für seine Unterstellungen einfallen.

Eine vergleichsweise harmlose Kostprobe bot der KBW Salzgitter, der nachweisen wollte, daß nur Reaktionäre von einer doppelten Unterdrückung der Frau reden: *„Dem Anschein nach sind alle weiblichen Bürger der BRD in besonderer Weise vom Verbot der Abtreibung betroffen. Deshalb kann die Bourgeoisie auch landen mit dem Argument, der Paragraph 218 sei eine Frauenfrage, es sei ein Paragraph zur besonderen Unterdrückung der Frau".*

Der KBW scheint ja ganz besondere Drähte zur Bourgeoisie zu haben! Seit Inkrafttreten des „reformierten" § 218 versucht die SPD, ihn gerade als großen Fortschritt für die Frauen zu verkaufen; der CDU bietet der § 218 immer noch viel zu viel „Freiheit" für die Frau; und überhaupt, seit wann gibt die Bourgeoisie denn zu, daß sie Gesetze schafft, um den Menschen zu unterdrücken?

Noch plumper und einfacher macht es sich der KBW bei seiner Stellungnahme zur Bezahlung der Hausarbeit: Diese Forderung sei deshalb reaktionär, weil *„die großen bürgerlichen Parteien bereits eher auf diesen Vorschlag gekommen sind als die Zeitung ARBEITERKAMPF"* („KVZ", 10.6.76).

Noch schwerere Geschütze fährt der KBW zum Thema Gewalt gegen Frauen auf: Der KB würde *„die ‚Bild'-Zeitung und bürgerliche Parteien rechts überholen"*; hinter der Arbeitsgruppe Frauen des KB würden sich *„kleinbürgerliche Jünglinge oder alte Jungfern"* verbergen („KVZ", 10.6.76).

Seine speziellen Auffassungen zur Frauenfrage versucht der KBW auch mit undemokratischen und frauenfeindlichen Taten durchzusetzen. Erinnert sei nur:

- An die Prügeleien gegen Frauen, die sich bei einer gemeinsamen Demonstration von Frauengruppen, GIM, LHV, KHG und KBW-Komitees gegen den § 218 in Freiburg nicht dem Führungsanspruch und den Parolen des KBW unterordnen wollten, der sich frech an die Spitze des Zuges gesetzt hatte.
- An die Beschimpfung von Frauen, die das Selbstbestimmungsrecht der Frau vertreten, als „lesbische Ziegen" (Veranstaltung der SSG in Hamburg, 27.5.75).
- An die Versuche des KBW, mit Schlägereien Frauenveranstaltungen in Bremerhaven, Bremen und Hannover zu „zerstören" und zu „verhindern".

Zur Realitätsferne und dem damit verbundenen frauenfeindlichen Sektierertum des KBW kann man mit Clara Zetkin sagen: **„Man hört den Einwand, daß wir als Kommunisten heute schon die Gleichstellung der Geschlechter innerhalb der kommunistischen Partei durchzuführen hätten und daher ablehnen sollten, für die Frau besondere Einrichtungen der Agitation und Schulung zu treffen. Dieser Einwand kann nur aus mangelndem Verständnis und Vertrautsein mit dem Ganzen der vorliegenden Frage erhoben werden. Wie wir unser Ziel nicht auf Wolken bauen, so führen auch unsere Wege auf dem Boden der Wirklichkeit vorwärts. Wir knüpfen dort an, dort bauen wir weiter. Für die Frauen bedeutet dies, daß wir, um sie für unsere Aufgaben zu gewinnen, sie in der Rückständigkeit aufzusuchen haben, die durch ihre besondere soziale Entrechtung bedingt und gezeitigt wurde. Wir können von der heutigen Frau zu der Frau als Mitträgerin des Kommunismus nicht in Sprüngen gelangen".** (Clara Zetkin: Warum brauchen wir Kommunisten eine Frauenbewegung?, in: Arbeiterbewegung und Frauenemanzipation 1889 bis 1933, a.a.O., S. 41).

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Aber nicht doch, Genossen! ...

Das Schicksal des Genossen Maier, abgesägter Chef-Redakteur der „KVZ" des KBW, beschäftigt weiter die Gemüter. Stellvertretend für mehrere ähnliche Leserbriefe, aufgeregte Telefon-Anrufe und neugierige Anfragen drucken wir hier einen Leserbrief aus Göttingen ab:

„Schreibt Wilfried Maier jetzt für den Arbeiterkampf? Trotz ausdrücklichem Dementi der Redaktion (AK 92/S. 49) scheint sie sich doch an den Genossen Maier oder der Genosse Maier an die Redaktion herangemacht zu haben. Gerade die Heftigkeit des Dementis jedoch (es wurde eigens ein LG-Beschluß zitiert !!!) hat uns veranlaßt, wachsam zu sein. Dank unserer sorgfältigen Recherchen sind wir denn auch auf eine heiße Spur gestoßen.

Jedenfalls ist die Handschrift des Genossen Maier unübersehbar im AK Nr. 92 in dem Artikel „Kein KKW in Brokdorf" zu identifizieren. Auf der Seite 4 heißt es:

‚Dieser Kampf wird schwierig werden, aber die grundlegenden Voraussetzungen sind nicht schlecht: Der Kampf gegen das KKW Brokdorf ist gerecht und kann daher breite Unterstützung gewinnen!'

Diese Formulierung ist unseres Wissens bisher für den KBW reserviert gewesen, er hat sie immer dann benutzt, wenn er politisch nicht mehr weiter wußte (und das war oft). Man braucht anstelle von ‚KKW-Brokdorf' nur ‚§ 218' o.ä. zu setzen, um auf alte Bekannte zu stoßen. Hat Maier diese Formulierung in die AK-Redaktion eingeschleust?

Wir fragen uns, wird die Redaktion den Mut haben, diese peinliche Enthüllung der Öffentlichkeit zugänglich zu machen? Oder bläst der ‚Wind von rechts' schon zu stark? – Mit solidarischem Gruß ...".

Nun, d a ß dieser Brief veröffentlicht wird, dürfte wohl allen derartigen Spekulationen endgültig den Boden entzogen haben! Um die letzten vielleicht noch vorhandenen Zweifel zu zerstreuen, sei darauf hingewiesen, daß es sich bei dem Zitat nicht um die Handschrift des KBW, sondern um die Handschrift des Genossen Mao Tse-tung handelt, der bekanntlich erklärt hat: „Eine gerechte Sache kann überall Unterstützung finden". Um gleich neuen Spekulationen vorzubeugen: Auch der Genosse Mao ist nicht der Verfasser des Brokdorf-Artikels! Der Unterschied zwischen Mao und Maier ist folgender: Mao spricht davon, daß eine gerechte Sache Unterstützung finden k a n n , wärend der KBW behauptet, diese Unterstützung „der Volksmassen" schon automatisch zu h a b e n , da seine Forderungen gerecht seien. Dieser Unterschied entspricht dem zwischen Kommunisten und kleinbürgerlichen Phantasten, die ihre Wünsche schon für die Wirklichkeit halten. Die Ähnlichkeit der Handschriften ist also nur eine scheinbare, und der AK wird auch zukünftig nicht zur „KVZ". Anderslautende Spekulationen entbehren jeder Grundlage.

AK-Redaktion

Da lacht das Sammler-Herz: Wieder zwei sowjetische „Geister"-Stützpunkte entdeckt!

Das Aufspüren sowjetischer „Flottenstützpunkte" in aller Welt ist das Hobby aller aufrechten Patrioten von „KPD" bis NPD. Für den Sammler können wir jetzt zwei neue anbieten:

- *„Nach in Lissabon umlaufenden Informationen"* ist die Sowjetunion schon feste dabei, auf der zu Mosambik gehörenden Insel Bazaruto eine **„Flotten- und Luftbasis"** auszubauen. Die Planung erstreckt sich angeblich auch auf eine Reihe weiterer kleiner Inseln in der Umgebung. („Frankfurter Rundschau", 16.10.76). Die Sowjetunion hat selbstverständlich alles dementiert, aber das kann einen erfahrenen Sammler nicht verblüffen.
- Den bisher tollsten Fund hat die NPD-nahe „Deutsche Wochen-Zeitung" gemacht, die bekanntermaßen schon immer zu den Wachsamen dieses Landes gehörte: Sie berichtete am 17.9.76, daß die Sowjetunion sich um den früheren britischen Flottenstützpunkt Simonstown in Südafrika bemüht. Zum Ausgleich soll die Sowjetunion bereit sein, *„die bisherige südafrikanische Politik auf allen Gebieten zu billigen".*

Die „ML"-er, die in den letzten Monaten etwas nachlässiger beim Aufspüren der sowjetischen Geister-„Stützpunkte" geworden sind, müssen schon einen Zahn zulegen, wenn sie das Niveau mithalten wollen!





selbstverständlich alles dementiert, aber das kann einen erfahrenen Sammler nicht verblüffen. „Stützpunkte" geworden sind, müssen schon einen Zahn zulegen, wenn sie das Niveau mithalten wollen!

Im Süden nichts Neues!

Im Süden nichts Neues!

Gut drei Seiten seiner Zeitung „KAZ" widmet der vorwiegend in Südbayern „aktive" „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" dem Kommunistischen Bund („KAZ", 31.10.76). Im wesentlichen führen die Genossen dabei wieder einmal ihr Kunststück vor, viel zu reden, ohne etwas zu sagen.

Es ist eine einfache, für jedermann überprüfbare Tatsache, daß die leitenden Genossen des „Arbeiterbund" seit gut einem Dreivierteljahr jeder konkreten Auseinandersetzung mit uns aus dem Wege gegangen sind wie der Teufel dem Weihwasser. Der Hauptpunkt unserer Kritik war dabei in den letzten Monaten die opportunistische und unaufrichtige Taktiererei des „Arbeiterbund" gegenüber der DKP. Statt hierüber endlich die konkrete Auseinandersetzung zu führen, wollen uns die leitenden Genossen des „Arbeiterbund" immer wieder veranlassen, über ihre „prinzipiellen und programmatischen" Auslassungen zur DKP zu diskutieren. Es ist freilich für Marxisten kein Geheimnis, daß das Kriterium der Wahrheit immer die Praxis ist. Das kann man auch beim Genossen Mao nachlesen. „Prinzipien" lassen sich viele niederschreiben, richtige und falsche, aber wenn die konkrete Praxis nichts taugt, nützen die schönsten „Prinzipien" nichts!

Die Genossen berufen sich beispielsweise in der „KAZ" vom 31.10. im Oberlehrer-Ton auf die *„marxistisch-leninistische Einschätzung unseres Programms"*, die da lautet: *„Die kommenden revolutionären Kämpfe werden mit Sicherheit diese Partei des modernen Revisionismus* (die DKP – Anm. AK) *zerreiben. Die antikommunistische Politik ihrer Führer trennt sie immer mehr von dem revolutionären Drang eines großen Teils ihrer Mitglieder. Der Klärungsprozeß schreitet in ihren Reihen fort. Die Arbeitermassen werden sich auf den Kampfboden des Marxismus-Leninismus stellen, die kleinbürgerlichen Führer werden sich immer mehr verschmelzen mit der alten Sozialdemokratie, zu der sie praktisch wie theoretisch schon jetzt gehören".*

Wir halten solche zeitlosen Zukunftsgemälde, hochtrabend als „Einschätzung" etikettiert, für einen Schmarrn! Wenn man sich schon über die kommende Entwicklung Gedanken macht (was durchaus seinen Zweck haben kann), dann sollte man z.B. einmal die unterschiedliche Entwicklung der revisionistischen Parteien in Italien und Portugal analysieren und mit den allgemeinen Voraussagen des „Arbeiterbund" vergleichen. Die sogenannte „Einschätzung" der leitenden Genossen des „Arbeiterbund" ist gerade so viel wert wie die „Einschätzung", daß das kapitalistische System eines Tages dem Sozialismus Platz machen wird. Über derartige „Einschätzungen" eine Auseinandersetzung (?) zu fordern, statt sich endlich den konkreten Fragen der Praxis zu stellen, ist glattweg eine Unverschämtheit.

Ebenso ist es eine glatte Verarschung, wenn die leitenden Genossen des „Arbeiterbund" uns in der „KAZ" vom 31.10. noch einmal die Prinzipien herunterkäuen, nach denen Kommunisten die Aktionseinheit mit den von der Sozialdemokratie beeinflußten Arbeitermassen suchen. Ja, liebe Leute, für diese Prinzipien sind wir schon 1971 öffentlich eingetreten, als ihr uns noch ans Bein pinkeln wolltet, weil wir die DKP nicht als „Speerspitze des Sozialimperialismus in unserem Land" bezeichneten (wie ihr es damals tatet). Man braucht uns auch keine Belehrungen über die Notwendigkeit des ideologischen Kampfes gegen den modernen Revisionismus zu geben, denn auch auf diesem Feld haben wir seit 1971 weiß Gott unvergleichbar mehr getan als die Genossen vom „Arbeiterbund". – All dies langweilige Wiederkäuen von „Prinzipien" und Allerweltsweisheiten verfolgt doch nur den e i n e n Zweck, die Auseinandersetzung über die konkrete, reale Politik des „Arbeiterbund" gegenüber der DKP noch einmal hinauszuschieben. Schade um das schöne Papier, kann man da nur sagen!

Gespannt sind wir auf die Realisierung der Ankündigung: „In einer der nächsten Ausgaben der KAZ werden wir die politischen und ideologischen Positionen offenlegen, von denen aus der KB uns kritisiert und uns mit ihnen auseinandersetzen".

Na, hoffentlich! Zeit wird's ja!

Erfolgreiche Irlandveranstaltung: Rettet das Leben von Noel und Marie Murray!

Am 18. Oktober führte das westdeutsche Irlandkomitee in Frankfurt eine Veranstaltung gegen die Todesurteile in der Republik Irland durch, die von 250 Menschen besucht wurde. Unterstützt wurde die Veranstaltung vom Palästinakomitee und vom AStA.

Als Hauptredner sprach John McGuffin, Mitglied des Murray Defence Comittees aus Belfast. Er stellte den Fall dar:

Nach Erschießung eines Zivilpolizisten wurden in Dublin 200 Wohnungen durchkämmt (vgl. Strecker, Ickler in Frankfurt) und die Murrays willkürlich verhaftet. Die Eheleute wurden in nebeneinander liegenden (!) Räumen gefoltert (z.B. an den Füßen aufgehängt und auf sie uriniert usw.) Um ihren Mann von den Qualen zu erlösen, unterschrieb Marie ein „Geständnis".

Im Prozeß selbst gab es keine Zeugen. Aufgrund des „Geständnisses" erklärte sie ein Polizeioffizier als einziger „Zeuge" für schuldig. Das genügte.

Die Vollstreckung der Todesurteile steht kurz bevor, nur eine breit angelegte internationale Kampagne, wie schon in Tokio, Rom, Paris, London usw. angelaufen, kann die Vollstrekkung der Urteile verhindern.

Das Irlandkomitee bittet, Protestbriefe zu schicken, an:

- 1. Irischer Botschafter, 53 Bonn-Bad Godesberg, Kölner Str. 54
- und
- 2. President of the Supreme Court Dublin, Phoenix Park, Republik Irland.

Für die Verteidigung der Murrays kann gespendet werden auf das Postschekkonto 29101-604, Internees Release Association, Frankfurt. Unsere Aktivitäten sind deshalb so wichtig, weil die Murrays (früher bei der Official IRA) heute keiner Organisation angehören und in Irland selbst nicht so verteidigt werden können, wie etwa IRA-Genossen.

KB/Gruppe Frankfurt

Zimbabwe-Solidaritäts-Theater in Hannover

Mit ca. 120-150 Teilnehmern war am Freitag, dem 22.10.76, eine Zimbabwe-Solidaritätsveranstaltung des unabhängigen KSA in Hannover recht gut besucht. Die Veranstaltung diente der Erstaufführung eines Soldaritätstheaterstücks für Zimbabwe.

Für das KSA war das Stück ein erster Erfolg seiner vom KBW unabhängigen Solidaritätsarbeit.

Nachdem der KBW mit seinen Störversuchen während des Stücks voll auf dem Bauch landete – Pfiffe und Buh-Rufe wurden sehr laut – versuchte er in der anschließenden Diskussion unter Protest der Anwesenden seinen Schmus nochmal zum Besten zu geben.

- Der bewaffnete Kampf wäre im Stück nicht erwähnt worden.
- Der Imperialismus wäre nicht erwähnt worden.
- Es wäre propagiert worden, daß das Volk von Zimbabwe sich abhängig machen sollte von imperialistischen Beratern.

Fazit: Der KBW hat es nicht geschafft, wie offensichtlich geplant, diese Veranstaltung zu sprengen. Sein provokatorisches Vorgehen ist auf starke Ablehnung gestoßen. An entscheidenden inhaltlichen Fragen ist er allerdings noch mit ziemlich heiler Haut davongekommen.

KB / Gruppe Hannover

Libanon-Veranstaltung

Am Samstag, dem 6. November, haben wir in Butzbach eine Veranstaltung mit dem Titel „Libanon in Flammen – warum?" durchgeführt. Im Stadtzentrum haben wir dazu Flugblätter verteilt.

Auf dem Programm dieser ersten Libanon-Veranstaltung, unserer ersten Veranstaltung überhaupt, standen ein Beitrag über die Geschichte des Palästinensischen Widerstandes, ein Beitrag über die Lage im Libanon und zwei Filme, über die wir diskutierten.

Außerdem wurde eine Erklärung der PFLP verlesen, in der sich die Genossen über die geübte Solidarität bedankten.

Zur Veranstaltung kamen 20 Besucher, darunter einige neue Gesichter. Für die PFLP wurden 26 DM gesammelt. Wir werten die Veranstaltung als einen kleinen Erfolg, zumal es unsere erste Veranstaltung war.

2 Sympathisanten aus Butzbach

Essen:

Auf Initiative des Spanischen Kulturkreises in Essen findet unter dem Motto „Leben, Kämpfen, Solidarisieren" ein großes Fest in der Essener Gruga-Halle statt:

Am Sonntag, 28.11.76, Beginn 14.00 Kindertheater, Kinderprogramm usw., 18.00 Kulturelles und Politisches Programm mit José Afonso, W. Mossmann, Klaus der Geiger, Ton-Steine-Scherben, und vielen anderen.

Dieses Fest wird getragen von zahlreichen Bürgerinitiativen, Jugendzentren und anderen Gruppen, die dieses Fest nutzen wollen, um Erfahrungen auszutauschen und sich breiter bekannt zu machen.

Politische Organisationen wie KB oder GIM wurde die Mitgestaltung des Festes leider vom Initiator verwehrt.

Bochumer KB-Genossen



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Laßt 1.000 Bäume blühn!



Dies ist die Überschrift, mit dem die Frankfurter Sponti-Frauen ihr AStA-Programm vorstellen. Seit Anfang dieses Semesters existiert in Frankfurt ein Frauen-AStA, der die politikmüden Sponti-Männer im AStA abgelöst hat. Zuerst hält man diesen Frauen-AStA möglicherweise für das Resultat eines Kampfes und nicht für das Verbergen einer Tatsache, die in Frankfurt die Spatzen von den Dächern pfeifen: daß nämlich die Spontis resigniert sind, daß sie müde geworden sind und daß ein Frauen-AStA ihnen als elegante Lösung dieses Problems vorkam.

Und wirklich, mit frischem Schwung gehen die Sponti-Frauen an ihren AStA heran! Ab sofort soll die „Diskussion über alternatives Zusammenleben und Arbeiten" nicht mehr ausgerechnet vor der Tür des AStA haltmachen. Der alte AStA wird kritisiert, weil er „kein bischen Mut aufbrachte, sich herauszuwagen aus dem außerbürokratischen, außerseminaristischen Alltag". Aufgesessen sei er allzusehr dem Antirepressions-, Anti-HRG-, Anti-Sonstwas-Mechanismus traditioneller linker Politik, in der Arbeit und Politik kontra Leben stehe.

Um dieses Dilemma fürderhin zu umgehen, fordert der Frauen-AStA, daß die Phantasie an die Macht kommen möge und schlägt auch gleich eine phantasievolle Aktion in der Mensa vor: Ein Jahrmarkt soll stattfinden, auf dem den Studenten geweissagt werden soll, ob sie ihr Examen schaffen oder Hirse auf dem Land pflanzend ihr Dasein fristen werden.

„Der 203 wird voll sein von aromatischen Düften – es gibt makrobiotisches Essen, zubereitet von den Gowinda-Freaks. Keine Tiefkühlkost, frisches Gemüse und ungeschälter Reis und Hirse" werden die Lebensgeister der Spontis wieder auf Trab bringen. Ein Erdbeerteechen am Ende des Mahls nutzt der vorzüglichen Verdauung, die bei einer solchen Mensaernährung sicher sowieso nicht länger zu leiden hätte. Und frisch gestärkt nach einem solch reichhaltigen Mahl fällt sofort die Idee nach der nächsten phantasievollen Aktion: Gegen die Zerstörung der Natur will frau ein Symbol setzen: *„Eine mehr oder weniger feierliche Baumpflanzung auf dem Campus mitten in diese häßliche Betonwüste"* stellen sich die Sponti-Frauen als den Abschluß der ersten Uni-VV im neuen Semester vor.

Frau sollte sich vorher erkundigen, ob sie den Bäumen zumuten kann, in einer häßlichen Betonwüste angepflanzt zu werden, denn nach Aussagen namhafter Wissenschaftler haben auch Pflanzen ein Leben und leiden unter häßlichen Umweltbedingungen, zumindest müssen sie täglich gestreichelt werden und frau sollte mit ihnen sprechen, um den Bäumen ihr Leben zu erleichtern. Ein solches Gespräch könnte beiden, Frau und Baum, ihr streßreiches Leben mit einem Ruhepol versehen.

Denn *„der Frauen-AStA wird natürlich als zentrales Thema Frauenunterdrückung hauptsächlich auf die Uni thematisieren"*. Die Auswirkung des Numerus Clausus auf das Studium von Frauen, der wachsende Leistungsdruck, die erhöhten Durchfallquoten im Examen von Frauen, die Studienabbrecherinnen – alle Beispiele werden aufgezählt. Für den Frauen-AStA *„geht es um einen Angriff auf die generell von patriarchalischen Denkstrukturen geprägte Wissenschaft"*. Der Frauen-AStA will allen *„Frauengruppen Mut machen, ihre Probleme öffentlich darzustellen und als Teil der gesellschaftlichen Unterdrückung der Frau zu bekämpfen."* Doch Frausein bedeutet nach Meinung des Frauen-AStA *„in dieser spätkapitalistischen Gesellschaft nicht nur unterdrückt sein, Opfer sein, sondern verkörpert in dieser Verwertungsgesellschaft das Nicht-entfremdete, Lustvolle"*. Es geht weiter: *„Wie anders ist es zu verstehen, daß in der Werbung jedes Produkt mit einer Frau zusammen höhere Verkaufserfolge erzielt. Wir wollen uns natürlich nicht zu Mannquins linker Politik machen oder gemacht werden, aber die Betonung des Subjektiven, der Sinnlichkeit, das Bestehen auf Unsinnigem, sich der Rationalität des Kapitals nicht Unterwerfenden, sondern Verweigernden, ist unser Anliegen."* Nach einem kleinen schwesterlichen Seitenhieb auf die Frauen, die in ziemlich unsinnlichen Overalls und mit Schraubenschlüsseln herumlaufen, geht es weiter.

„Wenn wir uns keine Jeans, sondern bunte Kleider anziehen, dann nicht um uns auf unsere Weiblichkeit reduzieren zu lassen, sondern um Phantasie und Sinnlichkeit als positive Momente unseres Verständnisses von Politik und Leben sichtbar zu machen". Es folgt dann die Frage, warum die Genossen im Sommer keine Röcke tragen? Ja, warum eigentlich nicht, und wieso nur im Sommer nicht? Und damit ist der Frauen-AStA bei einem Problem angelangt: nämlich sein Verhältnis zu den Uni-Männern. Diskussionen sollten im gemischten Plenum geführt werden, aber *„der Frauen-AStA ist ein Angriff auf die Vormachtstellung der Männer, nicht nur an der Uni, sondern allgemein, das ist ja auch die Vorstellung von einem Kulturschock, den der Frauen-AStA ablösen"* wird. Wird der Kulturschock so wirken, daß die Männer demnächst ein Männerreferat vom Frauen-AStA fordern, oder werden sie der Forderung der Sponti-Frauen folgen, *„ihr Politikverständnis neu zu überdenken"*?

Wenn frau „redet wie ein Typ"

Ihr Politikverständnis neu überdenken müssen offensichtlich auch die Frauen, die noch nicht auf die Idee gekommen sind, daß das Tragen von bunten Kleidern ein „positives" Verständnis von Politik bedeutet, und die es wagten, diese neue Ideologie zu kritisieren, weil sie bislang immer der Meinung waren, daß eine Ideologie zu Kleidungsfragen eigentlich immer eine Waffe g e g e n die Frauen war.

Den Genossinnen des KB, die dieses neue Verständnis von Politik nicht haben können, weil sie, wie die Sponti-Frauen meinen, in einer *„hierarchischen, patriarchalischen und sexistischen Organisation"* seien, wurde jedenfalls klargemacht, daß sie „reden wie ein Typ", wenn sie das Papier kritisieren. Zwei andere Frauen, die ebenfalls am Papier was auszusetzen hatten – ketzerischerweise – wurden gleichfalls befragt, ob sie im KB seien, was leider nicht stimmt, wessen sie sich aber durch ihre Kritik verdächtig gemacht hatten. Denn organisierte Frauen reden nach Meinung der Sponti-Frauen eh nur „auswendig gelerntes Zeug" von wegen der sexistischen Organisation und haben aus diesem Grunde auch nichts in einer Uni-Frauen-Gruppe zu suchen. So wurde allen Frauen, die etwas mit dem KB zu tun haben oder nach Meinung ihrer Sponti-Schwestern haben k ö n n t e n, deutlich gemacht, daß sie in Zukunft von der Mitarbeit in der AStA-Frauengruppe ausgeschlossen seien.

Aber das muß frau ja schließlich verstehen, daß bei solch politisch brisanten Zielen wie makrobiotisches Essen in der Mensa frau sich nicht mit den Meckereien von den KB-Frauen herumschlagen kann, die eh nur von ihren „Freaks" oder „Gurus" manipuliert werden.

Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt! ...

Inzwischen hat die erste Uni-VV stattgefunden, seit längerer Zeit wieder erste gutbesuchte Uni-VV. Und sie war dann auch von viel Sinnlichkeit geprägt: Sehr weiblich – hübsch zurechtgemacht – wirkten die AStA-Frauen auf der Bühne. Man (oder etwa sogar frau?) fühlte sich wie in einem gutinszenierten Theaterstück, in dem allerdings den Zuschauern das aktive Beitragen zum Gelingen des Stücks versagt blieb. Zum Abschluß der VV pflanzte frau sich ein Hanfbäumchen auf dem Campus – dem Unmenschlichen und Unbäumlichen zum Trotz.

Derzeit scheint noch eitel Freud und Wonne über solche Mätzchen zu herrschen. Wenn uns jedoch nicht alles täuscht, und wenn bei den Sponti-Frauen nicht noch überraschend der Groschen fällt, wird man erleben müssen, wie mit diesen Späßchen, die an den Bedürfnissen der Masse der Studierenden (von der Arbeiterklasse wollen wir schon gar nicht reden!) glatt vorbeigehen und den meisten wohl bald zum Halse heraushängen werden, einem r e c h t e n AStA der Weg bereitet wird.

Mit Haschbäumchen, makrobiotischer Kost und bunten Kleidchen kann weder frau noch man der Bourgeoisie entgegentreten, die sich derzeit anschickt, a l l e Blumen und Bäumchen, seien es Sponti-Blumen oder arg patriarchalisch gefärbte Kommunisten-Blumen, zu zertreten. Wenn die Spontis so weitermachen, würden sie jedenfalls ihre Bäumchen und Blümchen nicht mehr lange pflanzen können. Den Abbau demokratischer Rechte muß man o r g a n i s i e r t bekämpfen, auch wenn's vielleicht nicht immer soviel Lustgewinn bereitet wie das Hegen sinnlicher und positiver „neuer" Idyllen.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Anmerkung:

Wir wollen uns in einem der nächsten AKs einmal grundsätzlich mit dieser Tendenz auseinandersetzen, die eine Änderung der gesellschaftlichen Mißstände dadurch herbeizuführen wünscht, indem sie eine „Gegenkultur", „Alternative Lebensformen" u. ä. aufbauen will. Denn diese Tendenz tritt nicht nur bei dem Frauen-ASTA in Frankfurt auf, sondern findet insgesamt bei vielen Spontis und anderen fortschrittlichen Menschen Verbreitung.

Basisgruppen lehnen „Aktions"tage ab

Auf einem Basisgruppen- (BG-)Treffen in Rothenfels/Franken vom 5. bis 7.11. stand die bisherige und zukünftige VDS-Politik der BG-Fraktion im Mittelpunkt der Diskussion. Dabei lehnten die BG den Aufruf des VDS-Vorstandes für die Aktionstage ab, der im Vorstand der VDS mit den Stimmen der Vertreter von MSB, SHB und BG (vertreten durch ihren Referenten von der „Demokratischen Front", einer Bündnisorganisation der „Arbeiterbund"-Studentenorganisation KHB), gegen die der Jusos bei Stimmenthaltung des LHV angenommen worden war. Zuvor waren auf der Zentralratssitzung der VDS am 19.10. die „Aktionstage" mehrheitlich beschlossen worden.

In der Stellungnahme der BG heißt es: *„Die Zustimmung zum VDS-Aufruf wird durch die Basisgruppen-Fraktion zurückgenommen im Einverständnis mit den BG-Vertretern im Vorstand der VDS"*.

Damit ist dieser Aufruf hinfällig, da er nur durch die Stimme des BG-Vertreters eine Mehrheit finden konnte. Im Grunde war dieser Aufruf jedoch von vornherein gegenstandslos, da es keinerlei Rückhalt bei den Basisgruppen hatte, und die Zustimmung des BG-Vertreters vorher nicht diskutiert worden war.

Kritik am VDS-Aufruf

Die Jusos hatten am Aufruf bemängelt, daß dort ein mickeriges Schmidt-Zitat enthalten war, womit sie aber jede Kritik an der SPD/FDP-Regierung abzublocken versuchten. Dieses Hauptanliegen ihrer gesamten VDS-Vorstandspolitik garnierten sie noch mit ein paar zusätzlichen Schnacks.

Anders die BG. In ihrer Stellungnahme kritisieren sie die wesentlichen Aussagen des Aufrufs, der *„in seinen Grundzügen eine Aneinanderreihung von reformistischen Einschätzungen und Forderungen dar(stellt) und .. keinerlei Aussagen (beinhaltet), wie ein erfolgreicher Kampf um fortschrittliche Positionen von den Studenten an den Hochschulen geführt werden kann"*. Kritisiert wurde an dem Aufruf, daß er zwar einerseits alle gängigen Einschätzungen und Forderungen von MSB/SHB enthält (*„Bildung statt Bomben"*, *„Verankerung der Forderungen der VDS in den Landeshochschulgesetzen"* etc.), daß jedoch *„der Bereich der zunehmenden politischen Disziplinierung und Unterdrückung mit keinem Wort erwähnt wird. Dieses für alle politischen Bereiche gegenwärtig grundsätzliche Thema muß nach Ansicht der BG ein Schwerpunkt der Arbeit der Studentenschaften in der BRD und Berlin (West) sein. Dieser Kampf muß sich gegen alle Formen der politischen Unterdrückung in Hochschule und Betrieb richten, also gegen Berufsverbote, Gewerkschaftsausschlüsse, Einschränkung von Verteidigerrechten etc."*

Die Zustimmung zum VDS-Aufruf beruht also auf einem „Alleingang" des KHB und ist nur der vorläufig letzte Schritt seiner „Aktionseinheitspolitik" gegenüber dem MSB, die im wesentlichen darin bestand, daß dem MSB immer weitergehende Zugeständnisse gemacht wurden, angefangen mit der Duldung des Tricks von MSB und Jusos auf der letzten Mitgliederversammlung der VDS im April, die Ablehnung des „Sternmarsches" im Sommersemester durch die BG dadurch zu umgehen, daß man es außerhalb des Aktionsprogramms abstimmen ließ (vgl. AK 78). Unverständlich bleibt es uns allerdings, wie gerade in einer so entscheidenden Frage wie der Zustimmung zu einem vom MSB vorgelegten Entwurf dem KHB-Vertreter die alleinige Verhandlungsvollmacht überlassen wird, wo doch gerade der KHB für seine außerordentliche „Kompromißbereitschaft" gegenüber dem MSB auch in den BG bekannt ist.

BG und Aktionstage

Schwerer noch als die Zustimmung zum Aufruf wiegt unseres Erachtens die vorangegangene Billigung der „Aktionstage" durch die BG-Fraktionsleitung und die darauf erfolgte Zustimmung der Vorstandsvertreter und der BG-Asten (mit Ausnahme von Frankfurt und Kaiserslautern, die dagegen stimmten) auf der Zentralratssitzung der VDS.

Alle Erfahrungen der letzten Semester zeigen, daß die allsemestrig wieder ausgerufenen „Aktionstage" nurmehr ein Ritual darstellen. Immer weniger sind sie geeignet, die Mobilisierung innerhalb der Studentenschaft voranzutreiben. In den meisten Fällen bewegen sich diese „Aktionstage" auf dem Niveau von

Fortsetzung Seite 46

Fortsetzung von Seite 45

schwerfälligen, den Studenten aufgezwungenen Diskussionen. Selbst die alljährlichen „Höhepunkte" der „Aktionstage", die „Sternmärsche", können immer weniger Studenten reizen und dies insbesondere in den ehemaligen Hochburgen dieser Politik (Hamburg, Marburg, Münster, Bremen). Erfolge in der Mobilisierung wurden in den letzten Semestern dort erzielt, wo an konkreten Konflikten der jeweiligen Hochschule zu radikalen Kampfmaßnahmen (Streik mit Lahmlegung der Unis, Boykottmaßnahmen, Besetzungen) gegriffen wurde, wo auch von den Studenten her die Konflikte zugespitzt wurden, so in Marburg, Hamburg, Westberlin, Tübingen. In keinem dieser Fälle waren die „Aktionstage" Ausgangspunkt. Vielmehr müssen die „Aktionstage" immer wieder dafür herhalten, daß der VDS-Vorstand Aktivitäten gegen die Angriffe auf die demokratische Studentenbewegung organisiert hat, obwohl diese Aktionen den Herrschenden nicht einmal ein müdes Lächeln abverlangen. Von den Linken wurde diese Politik immer abgelehnt.

Auf dem BG-Seminar wurde daher auch vor allem von den Aachener BG-Vertretern und denen des SSB Hamburg die Zustimmung zu den „Aktionstagen" durch die BG kritisiert. Nicht zufällig waren es gerade Vertreter solcher Gruppen, die aufgrund der Stärke von MSB/SHB in Nordrhein-Westfalen und Hamburg die lähmende Wirkung solcher „Aktionstage" auf die Studentenbewegung am deutlichsten selbst erfahren. Diese Kritik wurde in der Diskussion von den meisten BG geteilt, auch solchen, die auf dem Zentralrat für die „Aktionstage" gestimmt hatten. Die Zustimmung wurde hauptsächlich damit begründet, daß die „Aktionstage" an solchen Hochschulen, wo die BG stark sind, ohnehin keine schädliche Wirkung haben, da die Studentenbewegung sich dort unabhängig davon entwickelt, und man sich an die „Aktionstage" seitens der BG sowieso nicht halten wird, wenn die Bedingungen am Ort andere Kampfzeiten und -formen vorschreiben. Die Unterschätzung der schädlichen Wirkung der „Aktionstage" durch die BG an Orten, wo der Einfluß von MSB/SHB und Jusos größer ist, stellt unseres Erachtens mangelnde Verantwortung gegenüber der gesamten studentischen Linken in der BRD und Westberlin dar und ist sicher nicht im Interesse ihrer Basis. Umso erfreulicher ist es, daß die BG nach dieser Diskussion mit großer Mehrheit die „Aktionstage"-Politik ablehnten.

Die zukünftige VDS-Politik der Basisgruppen

Insgesamt wurde die Politik der BG im VDS-Vorstand neu bestimmt. In Zukunft wird der BG-Vertreter dort stärker eigenständige Positionen formulieren, auch auf die Gefahr hin, dann nicht mehr an der „Großen Koalition" beteiligt zu sein. Das Vertreten linker alternativer Positionen auch im VDS-Vorstand kann sich für die Bewegung am Ort nur positiv auswirken. Wenn wir auch in einzelnen Fällen Kompromisse mit MSB/SHB nicht ablehnen, so darf doch die Rolle der BG nicht vorrangig darin bestehen, den revisionistischen Plunder gegen noch rechtere Positionen der Jusos durchsetzen zu helfen. Vielmehr erlaubt es die gegenwärtige Sitzverteilung im VDS-Vorstand den BG doch gerade, vom MSB größtmögliche Zugeständnisse für eine konsequent linke Politik zu erzwingen.

Entsprechend wurde das Vorgehen auf der nächsten VDS-Mitgliederversammlung im März diskutiert. Dort werden die BG auf die „Hinterzimmerdiplomatie" der Jusos und MSB/SHB nicht wieder eingehen, sondern auf der MV selber um die Durchsetzung möglichst vieler eigener Initiativen kämpfen, auch wenn sie damit aufgrund des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses notwendigerweise vielfach alleine stehen werden.

Verwunderlich ist in diesem Zusammenhang die Kritik des BG-Vorstandsvertreters, sein Verhältnis zum KB sei etwas „getrübt" wegen unseres Verhaltens auf der letzten MV. Genau die oben angeführte Position ist von uns schon damals vertreten worden, nur daß wir uns damals damit in der Minderheit befanden. Immerhin war es aber nur ein Drittel der BG-ASten, das auf der MV die Hauptresolution ablehnte, weil MSB/SHB und Jusos die BG in der zentralen „Sternmarschfrage" einfach überstimmten. Wir betrachten unsere Diskussionsbeiträge auf der letzten MV durchaus als konstruktiv und verweisen (gewiß nicht aus „Schadenfreude" o.ä.) darauf, daß die Beschlüsse des Rothenfels-Seminars im wesentlichen damit übereinstimmen, was (nicht nur) die KB-Sympathisanten im April vertreten haben.

Unvereinbarkeitsbeschluß gegen den KB?

Dies war jedoch nicht der einzige Punkt, in dem der VDS-Vorstandsvertreter sein Verhältnis zum KB als „getrübt" ansah. In sehr massiver Form wurde dem KB vorgehalten, er betreibe z.B. im AStA der Hochschule für Bildende Künste (HfBK) Hamburg keine Basispolitik, sondern „funktionalisiere" diesen für seine Organisation. Weiterhin habe der KB eine „undemokratische" Organisationsstruktur, die Leitung werde nicht gewählt und der KB betreibe „Antirevisionismus" statt Basispolitik.

Wir sind zu einer sachlichen Diskussion um die unterschiedlichen Organisationsvorstellungen (KB-Struktur und „Selbstorganisation") und die Erfahrungen, die damit gemacht worden sind, jederzeit bereit. Wir lehnen es allerdings ab, wenn mit bestimmten Gerüchten über die angeblich „undemokratische Struktur des KB", die – weil sich damit in Teilen der Linken offenbar gut Stimmung machen läßt – in letzter Zeit vor allem von GIM und KBW in Umlauf gebracht werden, gearbeitet wird. Es hat doch einen etwas merkwürdigen Beigeschmack, wenn eine solche Kritik gerade von solchen Genossen vorgebracht wird, die selbst „abgehobene" Beschlüsse im VDS-Vorstand mitzuverantworten haben und uns dann mangelnde „Basisnähe" vorhalten. Wir scheuen keine solidarische Auseinandersetzung um unsere Politik und Kritik der BG daran und haben dies durch unsere öffentliche Auseinandersetzung im ARBEITERKAMPF wiederholt bewiesen, können uns aber des Gefühls nicht erwehren, daß einigen Genossen aus VDS-Vorstand und Fraktionsleitung unsere Initiativen und Öffentlichkeitsarbeit lästig geworden zu sein scheinen. In diese Richtung zielt offenbar die Bemerkung aus dem Rechenschaftsbericht der Vorstandsvertreter, *„daß wir da* (gemeint ist Niedersachsen und ganz Norddeutschland) *was machen müssen, um den Einfluß von KBW und auch KB-Nord (?) zurückzudrängen"*. So entsteht für uns der Eindruck, daß die Vorwürfe auf dem BG-Seminar als „Warnschuß" an den KB gedacht sind, entweder unsere auch öffentlich geäußerte Kritik einzustellen (wie dies z.B. die „Arbeiterbund"-Studenten praktizieren), oder unsere Mitarbeit in der BG-Fraktion zu gefährden. Es scheint, daß solche undemokratische Methoden gegenüber sogenannten „K-Gruppen" für legitim gehalten werden.

Wir arbeiten bewußt in der BG-Fraktion mit, obwohl wir in einer Reihe von Fragen (darunter auch die Organisationsfrage) nicht vereinheitlicht sind. Wir sehen aber in den zahlreichen Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen in Fragen der praktischen Basispolitik nach wie vor gute Möglichkeiten konstruktiver Zusammenarbeit. Ein Demokratieverständnis, das an der öffentlichen Auseinandersetzung um strittige Fragen Anstoß nimmt, teilen wir nicht.

Bündniskommission
KB/Gruppe Hamburg

AStA der Aktionseinheit gebildet

Göttingen. Mit eindeutiger Mehrheit hat die Vollversammlung (VV) am 2.11. entschieden, einen Aktionseinheits-AStA, bestehend aus verschiedenen Fachschaftsräten und dem Kommunistischen Hochschulbund (KHB, Sympathisanten des KB) zu wählen. Dies dann auch auf einer Studentenrats (SR)-Sitzung am 4.11. geschehen.

Die Neubildung des AStA war notwendig geworden, weil die Juso-Hochschulgruppe (HSG) am Ende des Sommersemesters ihren Austritt (für das Wintersemester) aus dem Juso/KHB-AStA erklärt hatten, da es ihnen nach eigenen Aussagen nicht gelang, eine *„klare politische Linie im AStA durchzusetzen."* Dahinter steckt eine erhebliche Schwächung der Juso-HSG durch Austritte und das noch immer nicht ganz geklärte „Verhältnis zu SPD". Die Göttinger Jusos rechnen sich zum „ganz linken" Flügel der SPD („Antirevisionisten"), was sie allerdings gerade während des Wahlkampfes in einige Schwierigkeiten brachte. Einerseits zur Kritik an der SPD herausgefordert, versuchten sie andererseits eine eindeutige Verurteilung der SPD-Politik aus den AStA-Publikationen herauszuhalten. Da die Jusos nach wie vor über die stärkste Fraktion im SR verfügten, stellte sich für den KHB die Aufgabe, einen AStA zu bilden, der nicht von den Mehrheiten im SR abhängig ist. Neuwahlen waren zu diesem Zeitpunkt kaum sinnvoll, da sie (mit einigen unwesentlichen Verschiebungen) die alten Mehrheitsverhältnisse reproduziert hätten. Denn zwar war die Juso-HSG mit ihrer Politik gescheitert, was aber noch nicht bedeutet, daß sich bei Wahlen größere Teile von ihr abgewendet hätten.

Deshalb wurde der Vorschlag unterbreitet, einen AStA gemeinsam aus Fachschaftsräten (Vertretungsorgane in den Fachbereichen) und der KHB-AStA-Fraktion zu bilden. Für einen solchen AStA sollten zwei Prinzipien gelten:

1. In allen zentralen Fragen muß sich dieser ASTA auf die Diskussion und Beschlußfassung der Studentenschaft stützen; deshalb ist er an das i m p e r a t i v e Mandat der Uni-VV gebunden.
2. Ein solcher AStA muß konsequent das Prinzip der Aktionseinheit anwenden; d.h. jede Form von Unvereinbarkeitsbeschlüssen werden abgelehnt.

Der Uni-VV am 2.11. wurde ein Aktionsprogramm vorgelegt, das als Schwerpunkte die Mobilisierung gegen den Entwurf für ein Niedersächsisches Hochschulgesetz, eine Solidaritätskampagne mit dem südafrikanischen Volk und die Ausweitung der Frauenarbeit enthält. Die Uni-VV stimmte diesem Vorgehen zu.

Auch die Jusos erklärten sich bereit, einen solchen AStA zu unterstützen, machten dies jedoch von weitgehenden Zugeständnissen abhängig, die ihnen weiterhin eine wesentliche Einflußnahme auf die AStA-Arbeit sichern sollten.

– Sie beanspruchten, jeweils auf vier Seiten der „Göttinger Nachrichten" (AStA-Zeitung) Juso-Politik verbreiten zu können. Damit wollten sie sich einen Vorteil erpressen, der sonst keiner politischen Gruppe zugestanden wird.
– Sie forderten weiterhin uneingeschränkten Zugang zu den AStA-Räumen und dem technischen Apparat des AStA. Auch dies steht sonst keiner anderen Organisation zu.

Beides wurde von der VV eindeutig zurückgewiesen, woraufhin die Jusos auf diese unverschämten Ansprüche auch verzichteten. Unverzichtbar war für sie allerdings ein entscheidender Eingriff in die zukünftige AStA-Politik. Um diesen AStA zustandezubekommen, wurde der Kompromiß geschlossen, daß die Außenvertretung bei VDS-Tagungen im Verhältnis 1:1 festgelegt wird (ein AStA-Vertreter, ein Juso). Sollte zwischen diesen keine Einigkeit erzielt werden, werden die Stimmen neutralisiert. Ohne also im AStA vertreten zu sein und ohne diese AStA-Politik zu tragen, werden die Jusos die Göttinger Studentenschaft weiterhin nach außen vertreten, denn ihre Stimme entscheidet, ob die Göttinger Studentenschaft überhaupt in die Diskussion und Abstimmung auf der nächsten VDS-Mitgliederversammlung eingreifen kann.

Der AStA ist gebildet worden, um die Aufgaben im Wintersemester anzupacken. Es muß sich an den gemeinsam geplanten Aktionen zeigen, wieweit es möglich sein wird, einen AStA von der Basis her aufzubauen und zu tragen. Entscheidend wird dabei sein, daß alle zentralen Entscheidungen v o r h e r innerhalb der Studentenschaft diskutiert werden und dann auf VVs beschlossen werden. Dies gilt unserer Meinung nach auch für den Auftrag, den die VDS-Delegation zur nächsten Mitgliederversammlung mitnehmen muß.

In der Auseinandersetzung wird sich dieser AStA vor allem gegen die Bevormundung durch die SR-Mehrheit von Jusos, MSB, SHB, LHV und RCDS wehren müssen. Auch hierbei kann sich der AStA allein auf die Entscheidung der VVs stützen. Dies wird auch das entscheidende Kriterium sein, an der die Jusopolitik im weiteren gemessen werden muß. Ein Ziel des weiteren Vorgehens sollte es auch sein, dem Bündnis, das jetzt den AStA stellt, bei den nächsten SR-Wahlen eine sichere Basis zu verschaffen.

KHB/Göttingen und
Bündniskommission
KB/Gruppe Hamburg

Mensaboykott gegen Preiserhöhung



Braunschweig. Seit dem 26.10. wird die Braunschweiger Mensa von den Studenten boykottiert. Der Mensaboykott richtet sich gegen Preiserhöhungen für das Stammessen von 1,40 auf 1,80 DM, die am Tag zuvor vom Vorstand des Studentenwerks gegen die Stimmen der Studenten beschlossen wurde. Diese Erhöhung konnte kurzfristig per einstweiliger Verfügung wieder rückgängig gemacht werden, da viele Studenten versucht hatten, die Beschlußfassung zu verhindern und damit die Rechtmäßigkeit der Abstimmung zweifelhaft war. So kostete das Essen an zwei Tagen wieder 1,40 DM, so daß der Boykott für diese Zeit ausgesetzt wurde.

Um die Preiserhöhungen erneut und ohne „Störungen" der Studenten durchzusetzen, fand die nächste Sitzung des Studentenwerksvorstands am 5.11. im von der Polizei militärisch abgesicherten Zivilschutzamt statt. Dafür wurde die Zufahrtsstraße für Autos abgeriegelt, Reiterstaffeln und Hundeführer sowie zahlreiche uniformierte und zivile Polizisten waren um das Gebäude aufmarschiert. Zwei Studenten wurden festgenommen, weil sie von Zivilbullen Fotos gemacht hatten. Die Polizei selbst fotografierte und filmte die Demonstranten und nahm die Kundgebung sogar auf Tonband auf. Bei diesem massiven Polizeiaufgebot war es den Studenten nicht mehr möglich, auf der Sitzung die Öffentlichkeit herzustellen und die Abstimmung zu verhindern. Der Boykott wurde daraufhin sofort wieder aufgenommen. Er läuft von Anfang an relativ erfolgreich, im Schnitt kann die Mensa nur noch 200 Essen ausgeben, während die Studenten in der Notmensa durchschnittlich 1.500 Essen verkaufen. Auf der TU-Vollversammlung am 9.11. wurde die unbefristete Fortsetzung des Boykotts beschlossen, jede Woche soll darüber erneut auf einer Vollversammlung abgestimmt werden. Da in Göttingen und Clausthal-Zellerfeld und wahrscheinlich auch in Hannover zum 1.1.77 ebenfalls Mensapreiserhöhungen anstehen, sollen landesweite Aktionen unternommen werden.

KB/Gruppe Braunschweig

Raumverbot für amnesty international

Freiburg. Für eine Veranstaltung über die Apartheidspolitik in Südafrika wurde „amnesty international" vom Kanzler der Uni Freiburg „mit dem Hinweis auf den allgemeinpolitischen Inhalt der Veranstaltung kein Raum zur Verfügung gestellt" (aus einem Flugblatt von „ai"). Damit wird das Verbot des Politischen Mandat nicht mehr nur auf Organe der Verfaßten Studentenschaft angewandt, sondern ebenso auf politische Organisationen. Amnesty wies bei diesem Raumverbot noch darauf hin, „daß es befremdlich sei, wenn einerseits die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft am 9. September für einen Vortrag des Hamburger Generalkonsuls zu dem angekündigten Thema ‚Die Innen- und Außenpolitik Südafrikas' einen Hörsaal zur Verfügung gestellt bekam."

Ganz offensichtlich werden bei den allgemeinpolitischen Themen doch ganz gewaltige Unterschiede gemacht.

RCDS will Frauenzentrum räumen lassen

Noch nicht eine Woche im Sprecherrat (siehe Artikel dazu), läßt der RCDS schon die Sau raus: Während das Frauenzentrum Erlangen seit etwa einem Jahr einige Räume des alten AStA-Gebäudes für die Arbeit (Beratung, Arbeitsgruppen, Kampf gen §218 usw.) benutzt, hat der RCDS jetzt den Frauen das Ultimatum gestellt, die Zimmer bis zum Freitag, den 12.11. zu räumen und *„jegliche Spuren ihrer Anwesenheit (z.B. Wandbemalung) auszulöschen"*. Die StrauSS-Zöglinge, die ihre Besprechungen sicherlich viel komfortabler im Adenauer-Haus durchführen können, boten den Frauen „gnädig" einen Ersatz-Mini-Raum im ersten Stock an. Falls ihnen dieser Raum nicht reichen sollte, riet das Erlanger RCDS-Oberferkel Michael Aufleger den Frauen: *„Dann müßt ihr euch eben dezimieren!"*

Solchen Schweinen sollte man wirklich mal die Schwänze langziehen! Vielleicht kommt es noch dazu: Die Frauen haben beschlossen, die Räume am Freitag zu besetzen und am Samstag dort ein Frauenfest zu veranstalten.

Sollte der RCDS seine Räumungsdrohung wahrmachen wollen, wird er auf einiges gefaßt sein müssen!

KB/Nürnberg

Germanisches Seminar geschlossen

Heidelberg. Am 2.11. ließ der Rektor der Heidelberger Uni das Germanische Seminar schließen und die Studenten aussperren. Damit reagierte er auf die massiven Aktionen der Studenten gegen die Einführung einer zusätzlichen Klausur in Mittelhochdeutsch. Schon Ende des Sommersemesters wurden die ersten Klausuren verhindert. Zu Beginn dieses Semesters wurde eine Urabstimmung eingeleitet, an der sich innerhalb kurzer Zeit 400 Studenten beteiligten, wovon sich 80 % für einen Streik aussprachen.



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Büchertische „bedrohen" die Ordnung

Marburg. Es hatte damit begonnen, daß der Dekan der Marburger Chemie den seit Semestern üblichen Büchertisch der Fachschaft nicht genehmigen wollte, weil dies eine „rechtswidrige" Wahrnehmung des politischen Mandats bedeute. Aber nicht nur die „Rechtswidrigkeit" stört ihn – er ist darüberhinaus ein wahrer „Sauberkeitsfanatiker". So in einem Brief an die Fachschaft: *„Es mißfällt mir auch, daß das ... Anbieten und Verkaufen von Druckschriften ... einen Eindruck vermittelt, der wenig mit der vom Fach Chemie verlangten Arbeitsdisziplin übereinstimmt. Ein Ort, an welchem vor dem Hintergrund politisch ausgerichteter Wandzeitungen wahllos sachfremde Bücher herumliegen, widerspricht dem Gebot der Sauberkeit und absoluten Ordnung, Werte, die dem Chemiker nahezu zur zweiten Natur geworden sind."*

Kein Wunder, daß Maier mit solchem Gefasel auch einige Professoren gegen sich hat. Die Fachschaft Chemie jedenfalls führte ihren Büchertisch – auf dem neben gebrauchten Chemiebüchern auch Bücher über Kernkraftwerke und andere politsche Bücher liegen – weiterhin durch, obwohl der Dekan zunächst mit Brachialgewalt und dann mit Strafanzeigen für die Fachschaftsvertreter drohte. Gedämpft wurde sein Amoklauf allerdings durch die Anwesenheit von etwa hundert Kommilitonen, die lautstark das Ansinnen Maiers zurückwiesen.

So auch am 5. November. Da der Dekan seine Drohungen, gegen jeden am Büchertisch Beteiligten Anzeige zu erstatten, bekräftigt hatte, hatten sich viele Kommilitonen unter ihre sauberen und absolut ordentlichen (s.o.) Kittel eins der Bücher gesteckt und plötzlich stand da ein Büchertisch, und die Fachschaft begann ein Teach-in. Einige Prominenz hatte sich dazu eingefunden: der Dekan der Chemie, der Dekan der physikalischen Chemie, zahlreiche Professoren und der Universitätspräsident Zingel. Dieser erklärte, von Zischen und Buhrufen begleitet, der Büchertisch müsse weg, bis er die Sache endgültig entschieden habe. In der folgenden Diskussion drohte der Unipräsident damit, den Fachbereich Chemie zu schließen, den ebenfalls anwesenden stellvertretenden AStA-Vorsitzenden anzuzeigen und schließlich die Polizei zu holen.

Die Polizei, zwölf Mann hoch, traf jedoch erst ein, nachdem der Büchertisch – zur üblichen Zeit! – abgebaut worden war, und zog unverrichteter Dinge wieder ab.

Eigentlich ein Erfolg, sollte man meinen, zumal sich der Dekan beim nächsten Büchertisch-Termin nicht sehen ließ. Nur: ganz haben die Anzeigendrohungen ihre Wirkung auf die Betroffenen nicht verfehlt. Es gab keinen Büchertisch der Fachschaft, sondern einen „der Studenten" (laut davorgehängter Wandzeitung).

Auch in anderer Hinsicht steckte die Fachschaft zurück: Sie kam der Aufforderung des Präsidenten nach, schriftlich anzugeben, was für Bücher sie auszulegen gedenke. Dies tat sie, indem sie vier Themenbereiche angab, unter die auch die „allgemeinpolitischen" Bücher eingeordnet werden können.

Inzwischen kam man aber doch zu einem Erfolg, der sicherlich der im Ganzen offensiven Vorgehensweise und der großen Mobilisierung zu verdanken ist: Auf der letzten Sitzung des Fachbereichsrats protestierten sogar einige Profs gegen Maiers Selbstherrlichkeiten. Der Universitätspräsident ließ durchblicken, daß er die Anzeigen nicht weiterleiten würde, worauf der Dekan sie zurücknahm! Am selben Tag kam die Genehmigung für den Büchertisch!

Man sieht: Nur die offensive Verteidigung der demokratischen Rechte zwingt die Reaktionäre zum Zurückweichen.

Marburger Sympathisanten des KB

Spendenliste

Wie üblich, veröffentlichen wir hier die laufenden, in den letzten zwei Wochen eingegangenen Spenden für ausländische revolutionäre Organisationen. Diese Veröffentlichung schließt an diejenige im letzten Arbeiterkampf an.

Wir sind grundsätzlich bereit, Geld- und Sachspenden an alle revolutionären Organisationen, Institutionen und Staaten auf der Welt zu überweisen bzw. zu überbringen. Dasselbe gilt für Projekte, die dem Aufbau des Sozialismus, sowie dem Kampf der Arbeiterklassen und fortschrittlichen Bewegungen dienen.

Wir bitten alle Spender bei Überweisungen deutlich sichtbar den Empfänger zu vermerken, ebenso den Absender, damit wir den Spendeneingang quitieren können.

Die regelmäßige Veröffentlichung der eingegangenen Spenden soll der Kontrolle der Spender und Empfänger dienen. Wir werden alle Spenden ohne jeden Abzug weiterleiten.

Für PFLP, Libanon	
Versteigerung auf Geburtstagsfeier in Hamburg	170,-
Kollegentreffen Steilshoop, Hamburg	163,-
Wahlfete KB Gruppe Bremerhaven	170,-
B.W., Hamburg	100,-
Wohngemeinschaft, Hamburg-Altona	66,-
ÖTV-Zelle und Kontakte, Hamburg	304,-
L.M., Hamburg	100,-
KB West-Berlin, Frauenveranstaltung	1.314,50
KB Gruppe Landshut	10,-
KB Gruppe Kiel	41,-
KB Gruppe Lübeck	50,-
Wohngemeinschaft, Hamburg-Harburg	128,-
ÖTV-Bereich, KB Gruppe Hamburg	41,10
Pflaumenkuchenessen	50,-
M.C., Hamburg	200,-
KB-Symphatisanten, Düsseldorf	5,-
SSB Historiker, Sammeltopf WG	50,-
Genosse aus Darmstadt	10,-
H.J.B., Berlin	100,-
KB Gruppe Kassel	80,-
KB Gruppe Hannover	68,-
W.D.Sch., Kiel	9,-
H.-J. Sch., Hannover, Fotoverkauf	50,-
Wahlfete des KB Gruppe Hildesheim	134,50
IKAH, Hamburg	100,-
Pfennigdose bei Genossen in Hildesheim	11,-
Seminar „Zerschlagt die Klassenschule!"	560,-
Sammlung Karolinenviertel, Hamburg	24,40
SSB, Romanistik	10,-
HDW-Zelle Angestellte, KB Gruppe Hamburg	10,-
BO Hamburg-Bergedorf	338,-
BO Hamburg-Eimsbüttel	196,-
Sammeldose HDW-Genossen (Hamburg)	35,-
Genossen aus Hamburg-St.Pauli	10,-
BO Hamburg-Harburg	200,-
Betriebszelle Heidenreich & Harbeck (Hamburg)	100,-
Sammeldose HDW-Genossen (Hamburg)	60,-
Sammlung der BO Hamburg-Eimsbüttel	122,29
Bezirk Hamburg-Ost des Schüler-SSB	111,50
SSB-Schulungstermin (Hamburg)	50,-
Bezirk Hamburg-Bergedorf des Schüler-SSB	152,-
Sammlung am Gymn. Heinrich-Hertz (Hamburg)	21,47
Blutspende Bezirk Hamburg-Ost des Schüler-SSB	132,-
KB Gruppe Pinneberg/Steinburg	200,-
BO Hamburg St. Pauli	104,-
Erlös aus Plaketten-Verkauf (Hamburg)	15,-
Hamburger Metaller Genossen	50,-
Branchen-Lehrlings-Zelle II, Metallbereich Hamburg	103,-
BO Hamburg-Harburg	170,-
Flohmarktstand Hamburger Metall-Genossen	467,07
Betriebszelle Heidenreich & Harbeck, Hamburg	200,-
Sammlungen u. Versteigerungen der BO Hamburg-Wandsbek	1.761,50
Geburtstagsfeier in Hamburg-Harburg	170,-
BO Barmbek, KB Gruppe Hamburg	140,-
Zelle Amt für Jugend, KB Gruppe Hamburg	115,-
ÖTV-Bereich, KB Gruppe Hamburg	140,-
SSB Büchertisch (Hamburg)	118,05
BO Bergedorf KB Gruppe Hamburg	210,-
ÖTV-Bereich, Hamburg	18,25
KB Gruppe Flensburg	24,-
Chemie-Bereich, KB Gruppe Hamburg	182,-
J.W., Hemer	40,-
KB Gruppe Kassel	80,-
KB Gruppe Braunschweig	40,-
KB Gruppe Bremen	39,-
N.H., Duisburg	400,-
Überschuß aus Plakettenverkauf	75,-
2 Gen. aus Hamburg-Eimsbüttel	48,20
Leserkreis Hamburg-Eimsbüttel	40,-
Betriebszelle MBB, KB Gruppe Hamburg	250,-
Erlös aus Verkäufen (Hamburg)	38,-
Bezirksgruppe Hamburg-Rahlstedt	26,37
Betriebszelle HDW/Angestellte Hamburg	75,50
Schüler-SSB, Bezirk Hamburg-Mitte	30,-
Schüler-SSB, GE Geesthacht	100,-
Blutspende SSB Hamburg-Bergedorf	133,-
Blutspende SSB Hamburg-Ost	86,-
Schüler-SSB Hamburg-Bergedorf	100,-
Genossen aus Hamburg und Stuttgart	11,50
Summe	11.468,20
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die PFLP auf	84.366,80

Für FRENTE POLISARIO, West-Sahara	
M.C., Hamburg	200,-
KB Symphatisanten, Düsseldorf	5,-
Summe	205,-
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die FRENTE POLISARIO auf	21.203,10

Für ERP/PRT, Argentinien	
M.C., Hamburg	200,-
H.W., Darmstadt Stichwort: „Bestechungsversuch von einem Rechten"	60,-
N.H., Duisburg	400,-
Summe	660,-
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die ERP/PRT auf	820,30

Für SWAPO, Namibia	
M.C., Hamburg	200,-
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die SWAPO auf	4.413.49

Für ZANU, Zimbabwe	
KB Sympatisanten, Hannoversch-Münden	47,-
N.H., Duisburg	400,-
Summe	447,-
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die ZANU auf	26.327,66

Für OMA, Angola	
Solidaritätsverkäufe des Hamburger Schüler-SSB	644,-
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die OMA, Angola auf	8.875,06
und der Angola-Solidarität auf insgesamt	156.259,79

Für PAIGC (Kapverden, Guinea-B.)	
KB Gruppe Stade	72,10
Chemiebereich, Hamburg	181,65
BO Hamburg-Bergedorf/Innenstadt	37,50
Summe	291,35
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für PAIGC auf	8.651,35

Für MES, Portugal	
Wohngemeinschaft in Hamburg-Eimsbüttel	19,41
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für den MES auf	76.565,71

Für MIR, Chile	
M.C., Hamburg	200,-
H., Pforzheim	32,-
Chile-Veranstaltung, Pforzheim	157,-
Kneipensammlung Uni-Viertel Hamburg	65,60
Th.H., Sobernheim	30,-
KB Gruppe Hildesheim	47,-
BO Bergedorf KB Gruppe Hamburg	66,-
H.B., Hamburg	170,-
KB Gruppe Bremen	1,-
Frauengruppe G2 (Hamburg) für MIR-Frauenarbeit	140,-
Solidaritätsfest SSB Hamburg-Langenhorn	210,-
Summe	1.018,-
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für den MIR auf	279.158,27

Das muß schon sein: Nochmals zu Alice S.



In AK 87 veröffentlichten wir einen Artikel einer Westberliner Genossin, der sich mit dem politischen und geschäftlichen Wirken von Alice Schwarzer beschäftigte. Frau Schwarzer schickte uns daraufhin mit Pauken und Prozeß-Androhung eine „Gegendarstellung", die wir im AK 91 abdruckten. Eine Praxis übrigens, die A.S. - wie inzwischen zu erfahren war - nicht nur gegen die kommunistischen „Männer-Organisationen" pflegt, sondern vor denen sie auch innerhalb der Frauenbewegung nicht zurückschreckt.

Zu dieser Auseinandersetzung erreichte uns jetzt der Leserbrief einer betroffenen Frau, den wir nachstehend abdrucken. Zur Erläuterung: es handelt sich um eine der Frauen, die zusammen mit Alice S. und den anderen den „Frauenkalender 75" herausgegeben hatte, sich dann aber - zusammen mit einer zweiten Frau - von den übrigen wegen politischen Meinungsverschiedenheiten getrennt hatte, woraus sich jene Auseinandersetzungen entwickelten, die dann Gegenstand des Artikels in AK 87 und der Gegendarstellung von Alice S. waren.

In dem Leserbrief wird uns der Vorwurf gemacht, wir seien *„ganz schön in die Falle gelaufen"* und seien praktisch vor Alice Schwarzer zurückgewichen, aus Angst *„vor der Autorität einer Bestsellerautorin und eines linken Anwaltskollektivs"*, was *„für eine linke Zeitung ein ziemlich peinlicher Vorgang"* sei. – Wir halten diesen Vorwurf für ungerecht. Wir versichern, daß es uns ein V e r g n ü g e n gewesen wäre, juristische Schritte der Frau Schwarzer abzuwarten, wenn wir sicher gewesen wären, p o l i t i s c h mit dieser Sache richtig zu liegen. Andererseits war es uns in der gegebenen Situation (die Genossin, die den Artikel in AK 87 geschrieben hatte, war in Urlaub) g e r a d e als kommunistische Zeitung „peinlich", wenn der Eindruck entstanden wäre, als würden wir eine politische Auseinandersetzung mit Alice S. mit möglicherweise unwahren Geschichtchen „würzen" wollen. Auch heute noch sind wir der Meinung, daß wir die Strömung um Alice S. in erster Linie d e s h a l b bekämpfen, weil sie politisch eine reaktionäre Tendenz in der Frauenbewegung darstellt, und nicht deshalb, weil sie vielleicht geschäftlich „unsauber" bzw. unsolidarisch arbeitet.

Nach dem Leserbrief drucken wir auch noch eine Stellungnahme der Genossin ab, die den Artikel in AK 87 geschrieben hatte.

AK-Redaktion

Leserbrief zur Auseinandersetzung mit Alice Schwarzer

„Unabhängig davon, wie es um die Auseinandersetzung zwischen „Kommunisten und feministischer Frauenbewegung" steht und ohne mich auf eine „Solidarität unter Linken" oder eine „Solidarität unter Frauen" berufen zu wollen, möchte ich als eine der beiden aus der ersten Frauenkalendergruppe ausgeschiedenen Frauen auf die im ARBEITERKAMPF begonnene Auseinandersetzung mit Alice Schwarzer eingehen – soweit dies sich auf die Frage bezieht:
- Was war los mit der Kalendergruppe?
- Und: Was ist aus dem Geld geworden und warum?

Weil man sonst aus der Abfolge von Darstellungen und Gegendarstellungen überhaupt nicht mehr schlau wird, schreibe ich in der Form eines Leserbriefes, der sich allerdings, weil ich mich dadurch angegriffen gefühlt habe, auf die Punkte 1 bis 3 der sogenannten Gegendarstellung von Alice Schwarzer bezieht und auf die entsprechenden Mutmaßungen der Redaktion des AK.

Ich habe mich sehr gewundert, daß es für die Redaktion offensichtlich selbstverständlich war, auf die Gegendarstellung von Alice Schwarzer Punkt für Punkt einzugehen, ohne mit der Genossin zu sprechen, die für den Artikel gegen Alice Schwarzer verantwortlich war. Weil ihr dem Informationsstand dieser Genossin offenbar wenig vertraut habt, seid ihr ganz schön in die Falle gelaufen und habt eine Wischi-Waschi-Darstellung geschrieben, die teilweise wieder falsch und objektiv ein Zurückweichen vor der Autorität einer Bestsellerautorin und eines linken Anwaltskollektivs war. Für eine linke Zeitung ein ziemlich peinlicher Vorgang. Zu den Behauptungen von Alice Schwarzer den Frauenkalender betreffend:

1. Es hat ziemliche Schwierigkeiten gemacht, überhaupt festzustellen, d a ß der Frauenkalender '75 Gewinn abgeworfen hat. Einen „verfügbaren Gewinn aus dem Jahre 1975" habe es deshalb nicht gegeben, weil der gesamte Gewinn für die Drucklegung des zweiten Kalenders gebraucht worden sei, wurde uns zunächst gesagt.

2. Nachdem der Unterschied zwischen Profit und Darlehen klar war, war zu fragen, w i e h o c h der Gewinn denn sei. Die DM 20.000,–, von denen seither immer die Rede ist, sind nicht das Ergebnis einer Buchprüfung, sondern beruhen auf der Aussage der drei Kalenderfrauen, die weitergemacht haben – d.h. diese Summe ist nicht das Ergebnis von Wissen, sondern von Treu und Glauben.

3. Es ist zwar richtig, daß die Aufforderung, Rechenschaft über die Kalendergelder zu geben, an alle drei Frauen der Gruppe gegangen ist. Immerhin aber gibt die Tatsache, daß die Kommission des Frauenzentrums beim ersten vereinbarten Termin deshalb wieder nach Hause gehen mußte, weil Alice Schwarzer nicht da war, Auskunft über die tatsächlichen Verhältnisse innerhalb der neuen Kalendergruppe.

4. Die Kommission des Frauenzentrums hatte durchaus den Auftrag, nicht nur über die Höhe des Betrages zu verhandeln, der den ausgeschiedenen Frauen (nicht: den „scheidenden Frauen" – wie es in der „Gegendarstellung" heißt; d i e Auseinandersetzung war bereits im Januar 1975 gelaufen) ausgezahlt werden sollte, sondern auch noch einmal die Angaben über die tatsächliche Höhe des Gewinns zu überprüfen. Daß daraus nichts wurde, liegt an zwei Dingen:
a) daß es eine abgeschlossene Abrechnung über den Kalender '75 offenbar nicht gab, man sich also auf mündliche Angaben verlassen mußte;
b) daß den beiden ausgeschiedenen Frauen der Sinn nach weiterer Fortsetzung des Konflikts nicht mehr stand – nachdem die Geschichte inzwischen im März 1976 angekommen war.

5. Die DM 5.600,–, die den ausgeschiedenen Frauen zugestanden wurden (und die sofort in die Finanzierung der „Courage" flossen), setzen sich zusammen aus DM 2.000,– für jede der beiden plus zweimal DM 800,–, die zurückzuzahlen sind an die Kalendergruppe, falls tatsächlich noch Steuern zu zahlen sind. Im Gesamtanteil der ausgeschiedenen Frauen – der geringer ist als deren ursprünglicher Anspruch auf zwei Fünftel des Gewinns (das wären nämlich DM 8.000,– gewesen) – steckt also ein Unsicherheitsfaktor von beträchtlicher Höhe.

Ich schreibe dies alles so ausführlich, weil ich feststellen mußte, daß auf dem Umweg über den Streit um Gewinne die Auseinandersetzung um Inhalte der Frauenbewegung weitergeführt wird; weil ich zweitens den Eindruck habe, daß eine Geschichte umso eher für eine solche Auseinandersetzung benutzt werden kann, je länger sie schon zurückliegt: Man weiß dann nicht mehr ganz genau, wie das damals war und kann sich darauf verlassen, daß die anderen das auch nicht mehr so genau wissen. Wenigstens ungefähr aber sollte man wissen, was alles abgelaufen ist – es läßt sich dann auch besser über die wirklichen Widersprüche diskutieren. Im übrigen bin ich mir darüber klar, daß die Annäherung an die „objektive Wahrheit" vermutlich nur dadurch zu erreichen ist, daß man in einem konkreten Konflikt die beiden Seiten, d.h. also zwei „subjektive Wahrheiten" aufführt.

Daß richtig ist, was ich unter 1. bis 5. gesagt habe, dafür steht allerdings nicht nur mein Gedächtnis, sondern dafür gibt es auch Unterlagen".

Hilke Schlaeger
Nassauische Str. 20
1 Berlin 31

Stellungnahme einer Westberliner Genossin

„Ergänzend zum Leserbrief von Hilke Schlaeger, der wohl für sich spricht und die sogenannte „Gegendarstellung" von Frau Schwarzer auf sehr wacklige Beine stellt, möchte ich zu Punkt 4 noch bemerken, daß in dem von Frau Schwarzer monierten Artikel in AK 87 keineswegs behauptet wurde, daß das Geld aus dem „Kleinen Unterschied" auf Frau Schwarzers „Privatkonto" ging, sondern es heißt lediglich, daß „ ... dessen große Folge (des „Kleinen Unterschieds") ein mehrstelliges Bankkonto war". Ansonsten siehe AK 91.

Zu Punkt 6, daß hinter dem Projekt einer Frauenzeitung „Emma" Gruner & Jahr stehe, zitiere ich aus einem Interview, das Frau Schwarzer in der „Kölner Stadtrevue" Nr. 1 vom 9.11.76 (nach einer von ihr zensierten Tonbandaufnahme) gegeben hat:

„ ... Ich kenne das Gerücht. Es ist absurd, aber ich kann das erklären. Der Vertrieb, mit dem wir zusammenarbeiten, ist eine Tochtergesellschaft von Gruner & Jahr". Nach unseren Informationen handelt es sich hierbei um den Sohn von Herrn Jahr. Sofern sich die Zusammenarbeit wirklich nur auf den Vertrieb beschränkt, kann man allerdings in der Tat nicht davon reden, „hinter" dem Projekt „Emma" stehe Gruner & Jahr.

Punkt 7 wird aufrecht erhalten. Frau Schwarzer sprach in Zusammenhang mit ihrem Projekt „Emma" sehr wohl davon, daß sie an ihre Altersversorgung denken müsse. Punkt 8 trifft ebenfalls zu. Wir ließen uns in Absprache mit den dafür verantwortlichen Frauen auf die Tagesordnung setzen, die Frau Schwarzer dann änderte. Für beide Punkte gibt es Zeugen".

Frauenhaus-Initiative in Essen gegründet

Zwölf Essener Frauen haben eine Initiativgruppe „Zufluchtshaus für mißhandelte Frauen" gegründet. Ihr Ziel ist es, in Essen ein Haus einzurichten, in dem 20 bis 30 Frauen mit ihren Kinder leben können. Die Initiativgruppe, zu der mehrere Sozialarbeiterinnen und eine Betriebsrätin gehören, ist durch einen Fernsehfilm zu diesem Thema unter dem Titel „Schrei leiser" und auf Grund eigener Erfahrungen gegründet worden (nach „Ruhr-Nachrichten", 21.10.76). Nach in Essen gesammelten Erfahrungen der Gruppe gehen 50% der abendlichen Bulleneinsätze auf gewaltsam ausgetragene Ehe- und Familienstreitigkeiten zurück. Die Initiativgruppe will sich als Verein eintragen lassen und durch Spenden und eigene Mittel zunächst eine Beratungsstelle in der Innenstadt einrichten.

Frauengruppe
KB/Gruppe Bochum